



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft
am Beispiel des Teilflächennutzungsplans
Erneuerbare Energien
der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen

BACHELORARBEIT

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von
Fabienne Heinzmann

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachter: Prof. Thomas Schad
Zweitgutachter: Rudolf Kaufmann

„Weht der Wind der Veränderung,
soll kein Windschutz, sondern eine Windmühle gebaut werden.“

Chinesische Weisheit

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	III
Abkürzungsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VI
Tabellenverzeichnis.....	VII
1. Einleitung	1
2. Stand der erneuerbaren Energien in Deutschland und Baden-Württemberg	3
3. Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien	10
3.1. Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien.....	10
3.2. Ausbau und Betrieb von Windkraftanlagen	12
3.2.1. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz	15
3.2.2. Bundesgesetzliche Regelung auf dem Gebiet der Raumordnung.....	16
3.2.3. Hochstufige Raumordnungsplanung auf Landesebene (Landesplanung)	18
3.2.4. Raumordnungsplanung auf regionaler Ebene (Regionalplanung)	21
4. Steuerung der Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen.....	23
4.1. Änderungen des Verfahrens und Steuerung auf der Ebene des Regionalverbands	23
4.1.1. Grundsätzliche Möglichkeiten eines Regionalverbands	25
4.1.2. Maßnahmen des Regionalverbands Ostwürttembergs	26
4.1.3. Vergleich mit dem Verband Region Stuttgart.....	31

4.2. Änderungen des Verfahrens und Steuerung auf kommunaler Ebene.....	37
4.2.1. Grundsätzliche Handlungsmöglichkeiten einer Kommune ...	37
4.2.2. Reaktion der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen auf die Änderung des Landesplanungsgesetzes im Hinblick auf die Steuerung regionalbedeutsamer Windkraftanlagen.....	50
5. Bewertung und Handlungsempfehlungen anhand der Vorgehensweisen des Regionalverbands Ostwürttembergs und der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen	58
6. Schluss	62
7. Anlagen.....	63
8. Literaturverzeichnis	66
9. Erklärung	70

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BauGB	Baugesetzbuch
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
ca.	circa
d.h.	das heißt
EEG	Erneuerbare Energien Gesetz
etc.	Et cetera (lat. „und die übrigen Dinge“; steht hauptsächlich für und so weiter)
FFH-Gebiet	ist ein spezielles europäisches Schutzgebiet, das nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ausgewiesen wurde
GG	Grundgesetz
GWh	Gigawattstunde
ha	Hektar
Hs	Halbsatz
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
LPIG	Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg
m/s	Meter pro Sekunde
Mio.	Millionen
MW	Megawatt
Nr.	Nummer
ROG	Raumordnungsgesetz
t	Tonne(n)
u.a.	unter anderem
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Beitrag der erneuerbaren Energien zur Endenergiebereitstellung in Deutschland	5
Abbildung 2: Beitrag erneuerbarer Energien zur Strombereitstellung in Deutschland 1990-2011	6
Abbildung 3: Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch in Deutschland im Jahr 2011.....	7
Abbildung 4: Beitrag erneuerbarer Energien zur Strombereitstellung in Baden-Württemberg 1998 bis 2011	8
Abbildung 5: Das Planungssystem und seine einzelnen Ebenen	13
Abbildung 6: Das System der Raumplanung	16
Abbildung 7: Region Ostwürttemberg.....	26
Abbildung 8: Windhöflichkeit 140 m über Grund im Bereich des Regionalverbands Ostwürttemberg	28
Abbildung 9: Suchräume des Regionalverbands (RV1-RV11) und zusätzliche Suchräume der Stadt Aalen (Aalen1-Aalen4)	29
Abbildung 10: Plangrafik mit Vorranggebieten für Windkraft vom 6. Juli 2012.....	30
Abbildung 11: Karte Verband Region Stuttgart.....	31
Abbildung 12: Windhöflichkeit 140 m über Grund im Bereich des Verbands Region Stuttgart.....	33
Abbildung 13: Karte des Planentwurfs zur Festsetzung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie	35
Abbildung 14: Fließschema zur Ermittlung des empfohlenen Untersuchungsrahmen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB	47
Abbildung 15: bisheriger Rechtszustand, Vorrang- und Ausschlussgebiete in der Verwaltungsgemeinschaft vor der Änderung des Landesplanungsgesetzes	51
Abbildung 16: Windhöflichkeit 140 m über Grund für die Verwaltungsgemeinschaft	53

Abbildung 17: geplante Vorranggebiete des Regionalverbands auf der Gemarkung Waldhausen mit Beschluss vom 6. Juli 2012	55
Abbildung 18: geplantes Vorranggebiet des Regionalverbands auf der Gemarkung Ebnat mit Beschluss vom 6. Juli 2012	56

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Inkrafttreten energiewirtschaftlich relevanter Gesetze und Verordnungen in Deutschland 1991-2009.	11
--	----

1. Einleitung

Der Klimawandel auf der einen und die knapp werdenden fossilen Rohstoffe auf der anderen Seite zwingen den Menschen zum Handeln. Um einem Energieengpass vorzubeugen und das Klima nicht weiter durch den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid und anderen Treibhausgasen zu belasten, müssen neue Formen der Energiegewinnung gefördert werden. Die jüngste Atomkatastrophe in Fukushima, bei der große Mengen an radioaktivem Material freigesetzt und dadurch Boden, Luft und Wasser kontaminiert wurden, zeigte, dass ein Umstieg auf erneuerbare Energien unerlässlich ist.

Bisher machte der Anteil der Stromerzeugung aus Kernenergie rund 26 % aus¹. Dieser soll sich in Zukunft verringern, da die Bundesregierung das Ziel hat, die Nutzung der Kernenergie in Deutschland zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu beenden. Das Energiekonzept von 2010 soll nun beschleunigt umgesetzt werden, in dem ein realistischer Einstieg in die Nutzung erneuerbarer Energien formuliert ist.

Der Ausbau der Windkraftnutzung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Das Potential in Deutschland ist noch nicht ausgeschöpft und muss unter Berücksichtigung und Ausschluss von Risiken sinnvoll genutzt werden. Diese Herausforderung stellt auch die Länder, Kommunen und Planungsverantwortlichen vor neue Aufgaben.

In den ersten Kapiteln werden die Entwicklung sowie die gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Nutzung erneuerbarer Energien dargestellt. Anschließend werden die Ebenen vorgestellt, die zum Ausbau der Windkraftnutzung relevant sind und die jeweiligen gesetzlichen Vorgaben aufgezeigt.

Des Weiteren werden die Auswirkungen auf einzelne Ebenen, auf Grund der Änderung des Landesplanungsgesetzes, analysiert. Dabei werden auf

¹ Bundesregierung: „Nutzung der Kernenergie“.

regionaler und kommunaler Ebene grundsätzliche Handlungsmöglichkeiten diskutiert und am Beispiel des Regionalverbands Ostwürttemberg und der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen mögliche Vorgehensweisen dargestellt und bewertet.

2. Stand der erneuerbaren Energien in Deutschland und Baden-Württemberg

Eine wirtschaftliche, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist Grundlage für die Funktionsfähigkeit einer Volkswirtschaft, für den Wohlstand der Menschen und für die Zukunftschancen nachfolgender Generationen.² Bisher sicherten die fossilen Energieträger³ zusammen mit der Kernenergie den Großteil der Stromerzeugung in Deutschland. Seit Beginn der Industrialisierung wächst allerdings der Energieverbrauch deutlich schneller als die Anzahl der Menschen. Dabei gewinnt die Frage nach der Reichweite dieser Energieträger und den noch verfügbaren Ressourcen⁴ eine immer zentralere Bedeutung.⁵

Um einem Energieengpass vorzubeugen und das Klima nicht weiter durch den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) und anderen Treibhausgasen zu belasten, müssen neue Formen der Energiegewinnung gefördert werden. Dies stellt auch die Länder, Kommunen und Planungsverantwortlichen vor neue Aufgaben.

Durch schwerwiegende Katastrophen in der Nutzung der Atomenergie wurden außerdem neue Debatten über dessen weitere Nutzung ausgelöst. Der ehemalige Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen erklärte am 11. März 2012, ein Jahr nach dem katastrophalen Unfall im Kernkraftwerk, dass „die Katastrophe von Fukushima [...] nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl die zweite Zäsur in der Nutzung der Kernenergie [ist]“. Dies hatte einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie zur Folge.⁶

Das im September 2010 formulierte Energiekonzept der Bundesregierung stellt Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare

² BMWi, Energie in Deutschland – Trends und Hintergründe zur Energieversorgung, S.7.

³ Fossile Energieträger sind kohlenstoffhaltige Energieträger, welche über Jahrtausende dauernden Prozesse entstanden sind (Braun-, Steinkohle, Mineralöl und Erdgas).

⁴ Ressourcen sind Energiemengen, die entweder geologisch nachgewiesen, aber derzeit nicht wirtschaftlich förderbar sind oder Mengen, die nicht nachgewiesen sind, aber aus geologischen Gründen in dem betreffenden Gebiet erwartet werden können.

⁵ BMU, Erneuerbare Energien - Innovationen für eine nachhaltige Energiezukunft, S.9.

⁶ Pressemitteilung Dr. Norbert Röttgen, 11.03.2012.

Energieversorgung auf und beschreibt erstmalig den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.⁷ Bei dem Energiekonzept geht es um die Entwicklung und Umsetzung einer bis zum Jahr 2050 reichenden Gesamtstrategie.⁸ Basierend vor diesem Hintergrund und den Ereignissen in Japan wurde die Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ gebildet. Diese hatte die Aufgabe die Risiken der Kernenergie und in diesem Zusammenhang die Sicherheit der Energieversorgung neu zu bewerten. Die Ethikkommission ist der festen Überzeugung, dass der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie innerhalb eines Jahrzehntes mittels ihrer vorgestellten Maßnahmen zur Energiewende abgeschlossen werden kann.⁹ Daraufhin hatte der Bundestag am 30. Juni 2011 beschlossen, dass die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität zeitlich gestaffelt bis Ende 2022 beendet werden soll. Außerdem wurde an diesem Tag beschlossen, dass der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kontinuierlich erhöht werden und bis 2020 auf mindestens 35 Prozent, bis 2030 auf mindestens 50 Prozent, bis 2040 auf mindestens 65 Prozent und bis 2050 auf mindestens 80 Prozent steigen soll.¹⁰

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energiebereitstellung aus erneuerbaren Energien in Deutschland soll in folgenden Abbildungen veranschaulicht werden.

⁷ Erneuerbare Energie bezeichnet Energie aus Quellen, die nach menschlichen Maßstäben unerschöpflich sind und trotz der Nutzung in ihren wesentlichen Eigenschaften erhalten bleiben (Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse, Geothermie).

⁸ Energiekonzept 2010, S. 3.

⁹ Ethikkommission – Deutschlands Energiewende, S. 4.

¹⁰ Beschlüsse des Deutschen Bundestags vom 30.06. und 01.07.2011 (http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34915890_kw26_angenommen_abgelehnt/index.html).

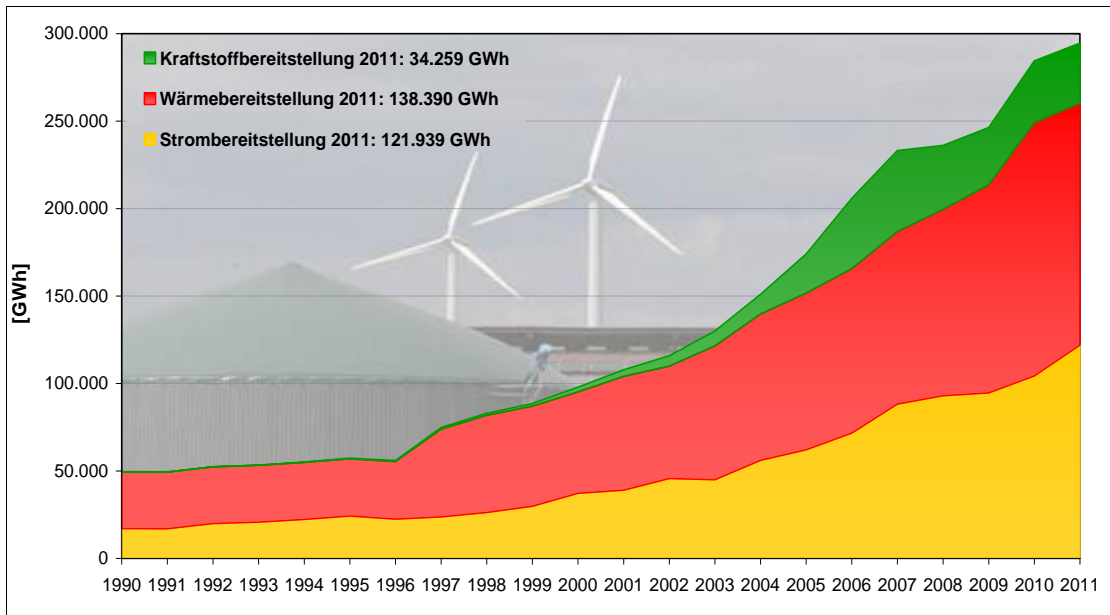


Abbildung 1: Beitrag der erneuerbaren Energien zur Endenergiebereitstellung¹¹ in Deutschland (Quelle: BMU: Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2011, Grafiken und Tabellen)

Die Entwicklung seit dem Jahr 1990 lässt einen deutlichen Aufwärtstrend erkennen. Die Endenergiebereitstellung, hier Kraftstoff-, Wärme-, und Strombereitstellung, aus erneuerbaren Energien hat sich von 1990 von rund 5 % auf rund 36 % im Jahr 2012 gesteigert.¹²

In nachfolgender Abbildung wird die Entwicklung der Strombereitstellung, aufgeteilt in die erneuerbaren Energien Wasser-, Windkraft, Biomasse und Photovoltaik, dargestellt.

¹¹ Endenergie ist die Energie, die beim Endverbraucher nach Abzug von Verlusten ankommt.

¹² BMU: Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2011, Grafiken und Tabellen, Folie 7.

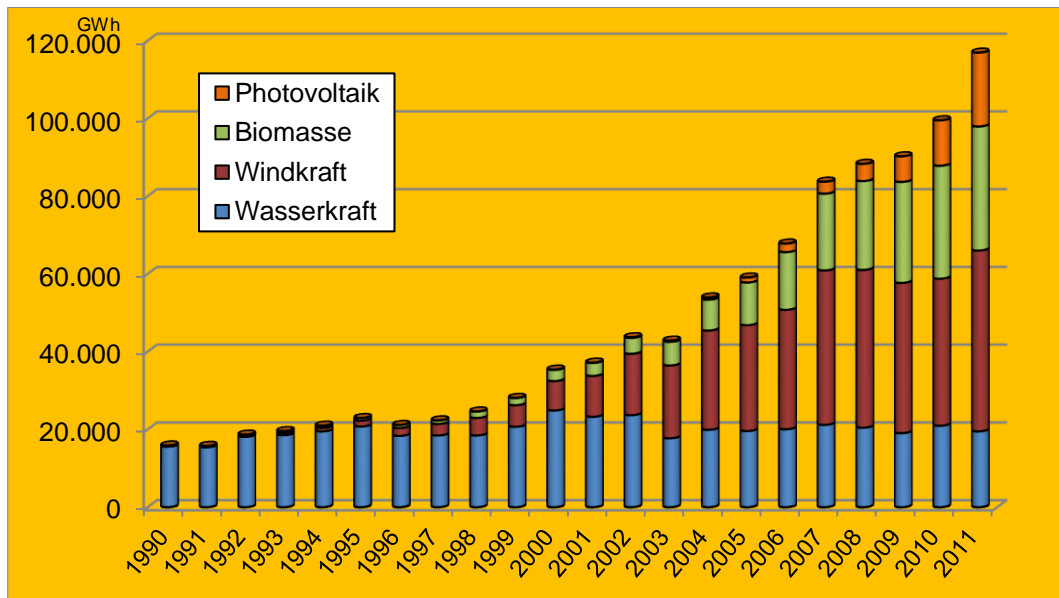


Abbildung 2: Beitrag erneuerbarer Energien zur Strombereitstellung in Deutschland 1990-2011 (Quelle: BMU: Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2011, Grafiken und Tabellen, eigene Darstellung)

Die Summe des erzeugten Stroms im Jahr 2011 aus erneuerbaren Energien hat sich auf 121.939 GWh belaufen.¹³ In der Abbildung ist zu erkennen, dass der Beitrag zur Strombereitstellung aus Windkraft seit 1990 stetig angestiegen ist.

¹³ BMU: Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2011, Grafiken und Tabellen, Folie 11.

Windkraft hatte am Endenergieverbrauch im Jahr 2011 in Deutschland einen Anteil von 1,9 %¹⁴. Außerdem ist zu erkennen, dass Biomasse mit 8,2 % bislang den größten Anteil in Deutschland an erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch ausmachte.

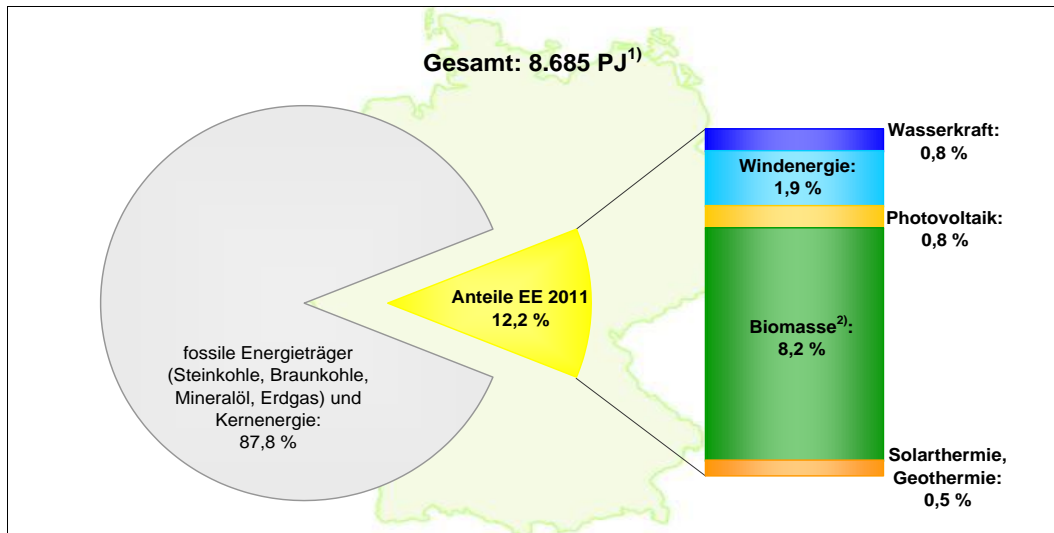


Abbildung 3: Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch in Deutschland im Jahr 2011

In Baden-Württemberg stellte die Nutzung der Wasserkraft bisher das größte Gewicht bei der Nutzung erneuerbarer Energien dar. Allerdings sind die Ausbaupotentiale der Wasserkraft weitgehend ausgeschöpft. Die Stromerzeugung aus Biomasse stößt ebenfalls in naher Zukunft absehbar an Grenzen. Demgegenüber bestehen bei der Photovoltaik und bei der Nutzung der Windkraft noch erhebliche Ausbaupotentiale.¹⁵ Im Jahr 2010 waren 368 Windkraftanlagen an der Strombereitstellung beteiligt.¹⁶

¹⁴ BMU, Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2011, S. 2.

¹⁵ Windenergieerlass Baden-Württemberg, S. 5.

¹⁶ Ruf, Dietmar, 2011, S. 1006.

Bei der Entwicklung des Beitrags erneuerbarer Energien an der Strombereitstellung ist im Gesamten ein Aufwärtstrend festzustellen, was in nachfolgender Abbildung zu erkennen ist.

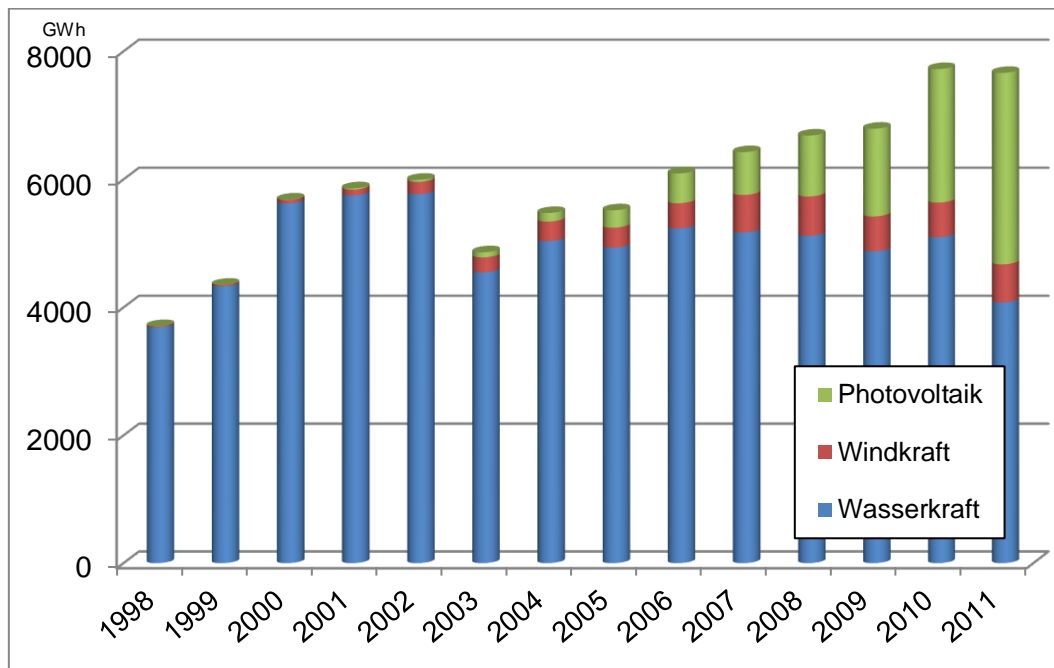


Abbildung 4: Beitrag erneuerbarer Energien zur Strombereitstellung in Baden-Württemberg 1998 bis 2011 (Quelle: Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2011, Erste Abschätzung, März 2012, eigene Darstellung)

Grundsätzlich lässt sich eine Zunahme des Beitrags der Windkraft zur Strombereitstellung in Baden-Württemberg seit dem Jahr 1998 erkennen. Um das Ziel der Landesregierung, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 % des Stroms im Land aus heimischer Windkraft bereit zu stellen, zu erreichen, ist es erforderlich, im Land rund 1200 neue Windkraftanlagen mit einer Leistung von je etwa 3 MW zu errichten. Zusammen mit den bereits jetzt vorhandenen Anlagen soll damit eine Strombereitstellung von etwa 7 TWh pro Jahr ermöglicht werden.¹⁷

Der Vorteil der Stromerzeugung durch Windkraft ist ihr vergleichsweise geringer Flächenbedarf. Eine Windkraftanlage benötigt im Gegensatz zu

¹⁷ Ruf Dietmar, S. 1006.

einer Photovoltaikanlage nur einen Bruchteil der Fläche, um die gleiche Leistung zu erzeugen. Allerdings bedarf es Flächen mit einer Windgeschwindigkeit von mehr als 5 m/s für eine wirtschaftliche Nutzung der Windkraft. Hierzu wurde im Jahr 2011 vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft der Windatlas BW vorgestellt. Der Windatlas wurde vom TÜV Süd erstellt und soll als Planungshilfe für regionale und kommunale Planer dienen und kann online abgerufen werden. Datengrundlage für die Auswertung waren mehr als 150 Messstellen. Diese Messstellen beinhalten Daten von Betreibern von Windkraftanlagen und Windmessungen, von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) und vom Deutschen Wetterdienst.¹⁸

¹⁸ Windatlas Baden-Württemberg online abrufbar unter:
<http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/82723/>.

3. Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien

Die energiewirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird durch eine Vielzahl von Faktoren geprägt. Derartige Faktoren sind u.a. das Energieangebot, die Verfügbarkeit und die Reserven¹⁹ an energetischen Rohstoffen, aber auch die politischen Rahmenbedingungen.²⁰ In der Vergangenheit wurden durch die Bundesregierung eine Vielzahl von gesetzlichen Regelungen zur Senkung des Energieeinsatzes und der damit verbundenen Umweltbelastungen geschaffen.

3.1. Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien

In Deutschland wurden, wie schon erwähnt, auf Grund der Katastrophe in Japan und des daraus resultierenden raschen Ausstieg aus der Atomkraft und der geforderten Energiewende zahlreiche Beschlüsse gefasst, um den Ausstieg zu schaffen und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern. Darüber hinaus hat die Bundesregierung schon eher zahlreiche Regelungen geschaffen, die in der nachfolgenden Tabelle einen Überblick geben sollen.

1991	Stromeinspeisungsgesetz
1992	Mineralölsteuergesetz
1995	3. Wärmeschutzverordnung
1998	Novelle Heizungsanlagenverordnung Neufassung Energiewirtschaftsgesetz
1999	Einstieg in die Ökologische Steuerreform Stromsteuergesetz Anpassung Mineralölsteuergesetz
2000	Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien

¹⁹ Reserven sind solche Energiemengen, die sicher nachgewiesen und mit den heutigen technischen Möglichkeiten wirtschaftlich abbaubar sind.

²⁰ BMWi, Energie in Deutschland – Trends und Hintergründe zur Energieversorgung, S. 8.

2001	Änderung Mineralölsteuergesetz
2002	Novelle Atomgesetz Gesetz für die Erhaltung, Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung Nationales Programm zur Reduktion von Luftschadstoffen Energieeinsparverordnung
2003	1. Novelle Energiewirtschaftsgesetz Gesetz zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform
2004	Gesetz über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen 1. Novelle Energieeinsparverordnung 1. Novelle Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien Änderung Mineralölsteuergesetz
2005	2. Novelle Energiewirtschaftsgesetz
2006	Energiesteuergesetz löst Mineralölsteuergesetz ab Gasgrundversorgungsverordnung Niederspannungsanschlussverordnung Niederdruckanschlussverordnung
2007	Kraftwerksnetzanschlussverordnung Anreizregulierungsverordnung Stromgrundversorgungsverordnung 2. Novelle Energieeinsparverordnung
2008	Energiebetriebene Produkte Gesetz
2009	Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich 2. Novelle Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien 3. Novelle Energieeinsparverordnung Novelle Gesetz für die Erhaltung, Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung Novelle Heizkostenverordnung

Tabelle 1: Inkrafttreten energiewirtschaftlich relevanter Gesetze und Verordnungen in Deutschland 1991-2009.

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Energie in Deutschland – Trends und Hintergründe zur Energieversorgung)

Das wohl wichtigste Gesetz in Bezug auf erneuerbare Energien ist das im Jahr 2000 verabschiedete und 2004 novellierte Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien, kurz Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es hat die Absicht, den Anteil an erneuerbaren Energien an der Stromversorgung deutlich zu erhöhen. Der Zweck des Gesetzes ist gemäß § 1 EEG insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern. Die wichtigsten Elemente des EEG sind die Verpflichtung der Netzbetreiber zum Netzanschluss von EEG-Anlagen und ggf. dem erforderlichen Netzausbau, die vorrangige Abnahme, Übertragung und Verteilung des Stroms aus erneuerbaren Energien und die Vergütung des Stroms zu einem i.d.R. über 20 Jahre festen Vergütungssatz.²¹ Außerdem verfolgt das EEG das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung mindestens auf 35 Prozent bis spätestens zum Jahr 2020 zu erhöhen.²²

3.2. Ausbau und Betrieb von Windkraftanlagen

Der Ausbau und Betrieb von Windkraftanlagen ist ein Teilbereich des EEG, da dieses grundsätzlich den vorrangigen Anschluss von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien regelt.²³

Aus bauplanerischer Sicht sind bei dem Ausbau und Betrieb von Windkraftanlagen auf der Ebene des Bundes das Raumordnungsgesetz, auf Landesebene der Landesentwicklungsplan und das Landesplanungsgesetz, auf regionaler Ebene die Regionalpläne und auf

²¹ BMU: EEG – Erfahrungsbericht 2011, S. 4.

²² Siehe § 1 II Nr. 1 EEG.

²³ Siehe § 2 Nr. 1 EEG.

kommunaler Ebene die Flächennutzungspläne und die Bebauungspläne besonders von Bedeutung. Im folgenden Schaubild erkennt man die Hierarchieebenen der genannten Institutionen. Dabei ist zu beachten, dass die Vorgaben der jeweils höheren Ebene von den nachgeordneten Ebenen beachtet werden müssen und dass umgekehrt die jeweils höheren Ebenen an der Aufstellung der Vorgaben beteiligt werden müssen.

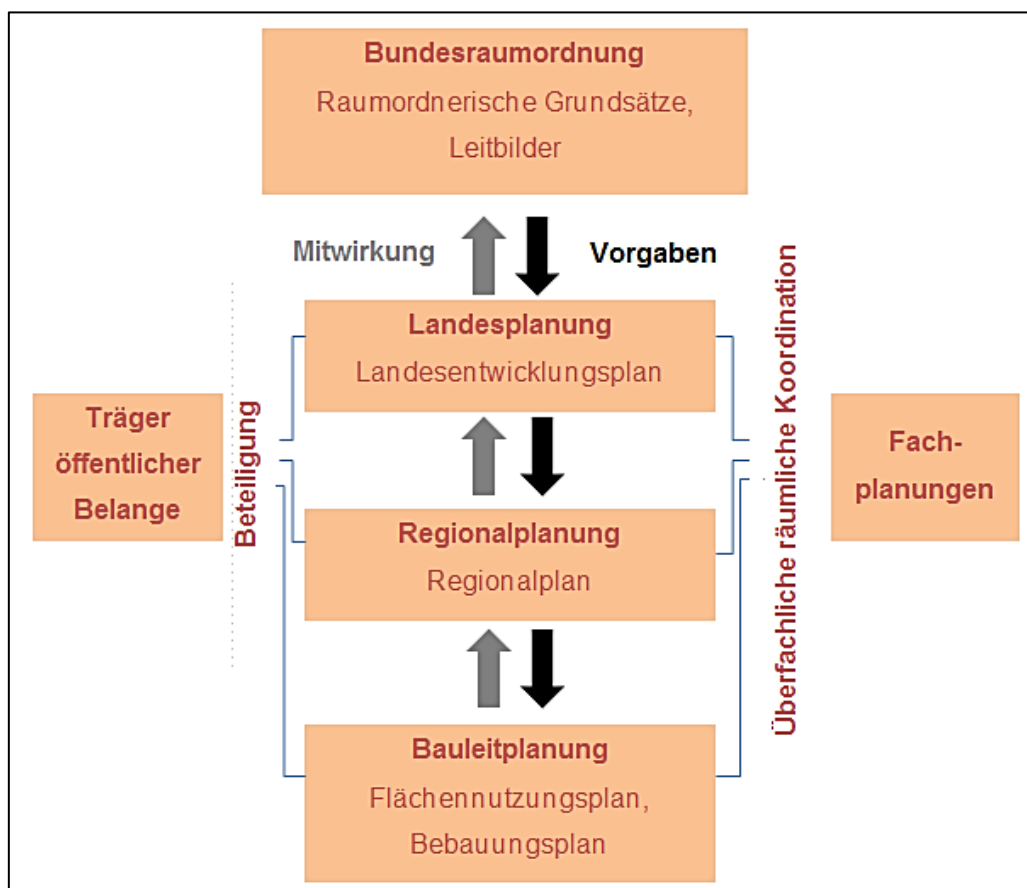


Abbildung 5: Das Planungssystem und seine einzelnen Ebenen
(Quelle: www.region-stuttgart.org/)

Ende 2011 hat die Landesregierung von Baden-Württemberg einen Entwurf zur Änderung des Landesplanungsgesetzes verabschiedet, um eine gesetzliche Grundlage für den umfassenden und schnellen Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg zu schaffen. Das Landesplanungsgesetz in der Fassung vom 10. Juli 2003 sah in

§ 11 Abs. 7 S. 1 2. Hs vor, dass im Regionalplan die Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen²⁴ als Vorranggebiete und die übrigen Gebiete der Region als Ausschlussgebiete, in denen regional bedeutsame Windkraftanlagen nicht zulässig sind, festgelegt werden. Vorranggebiete sind dabei Gebiete, die für die Windkraftnutzung vorgesehen sind und die andere raumbedeutsame Nutzungen innerhalb dieses Gebietes ausschließen, soweit diese mit der vorrangigen Windkraftnutzung nicht vereinbar sind. Daraus resultierten in den Regionalplänen flächendeckende Planaussagen hinsichtlich der Errichtung regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, entweder Vorrang- oder Ausschlussgebiete, die sogenannte „Schwarz-Weiß-Planung“. Da die bisher in den Regionalplänen festgelegten Vorranggebiete für Windkraftanlagen jedoch nicht ausreichen, neue Standorte zum Ausbau der Windkraft zeitnah zu eröffnen, wurde das Landesplanungsgesetz novelliert.²⁵ Die Änderung wurde am 9. Mai 2012 vom Landtag beschlossen und am 25. Mai im Gesetzblatt für Baden-Württemberg verkündet. Auf Grund der Abhängigkeit, in Bezug auf Überwachung und Mitwirkung, der verschiedenen Hierarchieebenen, wirkt sich die Änderung des Landesplanungsgesetzes auf alle Ebenen aus. Die speziellen Änderungen und Auswirkungen werden bei den jeweiligen Ebenen aufgezeigt und Handlungsmöglichkeiten dargestellt.

²⁴ unter den Begriff „regionalbedeutsame Windkraftanlagen“ fallen nach der Rechtsprechung Standorte mit mindestens 3 Anlagen oder einer Nabenhöhe von mindestens 50 m.

²⁵ Windenergieerlass, S. 8 f.

3.2.1. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz

Gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG erstreckt sich die konkurrierende Gesetzgebung auf das Gebiet der Raumordnung. Art. 72 Abs. 1 GG sagt aus, dass die Länder im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung die Befugnis zur Gesetzgebung haben, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht Gebrauch gemacht hat.²⁶ Der Bund hat die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG in Anspruch genommen und das Raumordnungsgesetz erlassen, das seit Juni 2009 gilt. Die Länder sind nach Art. 72 Abs. 3 Nr. 4 GG befugt, Regelungen zu treffen, die vom bundesgesetzlichen Raumordnungsrecht abweichen.²⁷ Die Länder haben eigene raumordnungsrechtliche Gesetze erlassen, die häufig als Landesplanungsgesetze bezeichnet werden, wie auch das für Baden-Württemberg.²⁸

Daher ist eine Abweichung vom Raumordnungsgesetz des Bundes zulässig, da die Raumordnung Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung mit Abweichungskompetenz der Länder ist.²⁹

²⁶ Spannowsky, Runkel, Goppel, 2010, S. 28.

²⁷ Koch, Hendler, 2009, S. 31.

²⁸ Koch, Hendler, 2009, S. 32 f.

²⁹ Edelbluth, Heilshorn, 2011, S. 1001.

3.2.2. Bundesgesetzliche Regelung auf dem Gebiet der Raumordnung

Raumordnung stellt die hoheitliche Gestaltung des Raumes jenseits der Ortsebene unter überörtlichen und überfachlichen Gesichtspunkten dar, die nicht unmittelbar die rechtlichen Beziehungen des Menschen zum Grund und Boden betrifft.³⁰

Das System der Raumplanung lässt sich wie folgt darstellen.

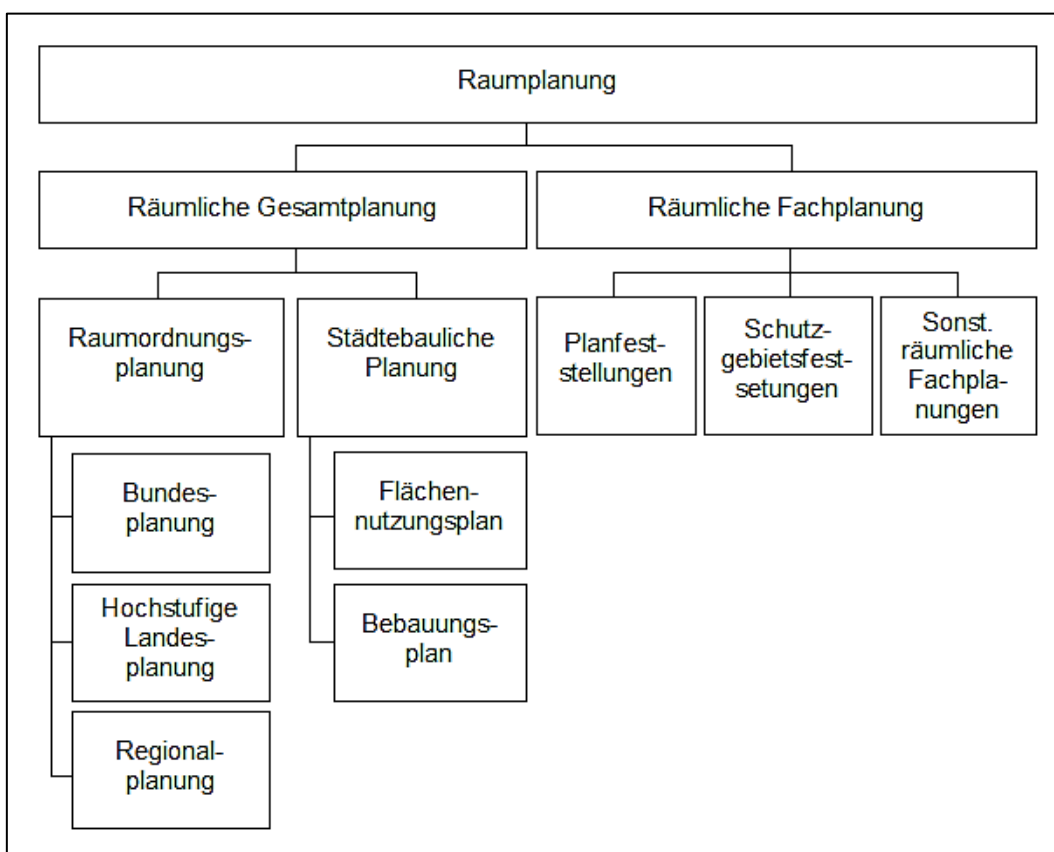


Abbildung 6: Das System der Raumplanung
(Quelle: Koch, Hendler, 2009)

Die Raumordnungsplanung ist ein wichtiges Handlungsinstrument der Raumordnung. Sie erzeugt hauptsächlich nur im Bereich der öffentlichen Verwaltung unmittelbare, rechtliche Bindungswirkungen. Demgegenüber steht die städtebauliche Planung, die gesetzlich als Bauleitplanung

³⁰ Koch, Hendler, 2009, S. 34.

ausgestaltet ist und unmittelbar die Nutzung des Bodens und damit auch Rechte und Pflichten der einzelnen Staatsbürger regelt. Die Raumordnungsplanung gestaltet sich auf drei räumlichen Ebenen, auf Bundesebene als Bundesplanung, auf Landesebene als hochstufige Landesplanung und auf regionaler Ebene als Regionalplanung.

Gemäß § 1 Abs. 1 S.1 des Raumordnungsgesetzes (ROG) ist die Aufgabe der Raumordnung die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamtgebietes, sowie der Teilräume der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufgabe von Raumordnung und Landesplanung auf überörtlicher Ebene ist somit die planerische Koordination und Lenkung der Bodennutzung. Diese Aufgabe soll durch zusammenfassende, überörtliche und fachübergreifende Raumordnungspläne, durch raumordnerische Zusammenarbeit und durch Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen erfüllt werden.³¹ Die Leitvorstellung ist bei alledem gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 ROG die nachhaltige Raumentwicklung.

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 ROG untergliedern sich die Erfordernisse der Raumordnung in drei Arten, in die Grundsätze der Raumordnung, in die Ziele der Raumordnung und in die sonstigen Erfordernisse der Raumordnung.

Die Grundsätze der Raumordnung sind allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen.³² § 2 ROG beschreibt die Anwendung der Grundsätze und stellt in Absatz 2 einen nicht abschließenden Katalog von Grundsätzen der Raumordnung zusammen.

Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche, räumlich und sachlich bestimmte oder bestimmbar festlegungen,

³¹ Koch, Hendler, 2009, S. 38.

³² Koch, Hendler, 2009, S. 44.

textlicher oder zeichnerischer Art, in Raumordnungsplänen und beruhen auf einer abschließenden Abwägung.³³

Die sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind nach § 3 Nr. 4 in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung, sowie die Ergebnisse förmlicher landesplanerischer Verfahren wie des Raumordnungsverfahrens und landesplanerische Stellungnahmen.

3.2.3. Hochstufige Raumordnungsplanung auf Landesebene (Landesplanung)

Auf Bundesebene wird durch § 8 Abs. 1 S. 1 ROG den Ländern eine Pflicht zur hochstufigen Raumordnungsplanung auferlegt. Danach haben sie einen Raumordnungsplan aufzustellen, dessen Geltungsbereich das gesamte Landesgebiet umfasst. Die Aufstellung räumlicher und sachlicher Teilpläne ist gemäß § 7 Abs. 1 S. 2 ROG zulässig. Hierbei ist zu beachten, dass es sich bei der Aufstellung von räumlichen und sachlichen Teilplänen nicht um Regionalplanung handelt, sondern um hochstufige Raumordnungs- bzw. Landesplanung. § 7 Abs. 1 S. 2 ROG ermöglicht die Aufstellung von Raumordnungsplänen, deren Geltungsbereich über die für die Regionalplanung festgelegten Regionen hinausgeht, aber gleichzeitig nicht das gesamte Landesgebiet umfasst.³⁴

Auf Landesebene sind gemäß § 6 des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LPIG) zwei Planarten der hochstufigen Raumordnungsplanung vorgesehen. Zum einen der Landesentwicklungsplan und zum anderen fachliche Entwicklungspläne.

Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg

Der Landesentwicklungsplan wird gemäß § 9 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 30 Abs. 1 LPIG vom Wirtschaftsministerium als oberste Raumordnungs-

³³ Koch, Hendler, 2009, S. 47.

³⁴ Koch, Hendler, 2009, S. 59.

und Landesplanungsbehörde aufgestellt. Aktuell gilt der von der Landesregierung für verbindlich erklärte Landesentwicklungsplan 2002.³⁵ Dieser wirkt gezielt darauf hin, die Inanspruchnahme freier Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke und den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Wasser auf das für eine langfristig ausgewogene Entwicklung notwendige Maß zu begrenzen. Gleichzeitig zielt er darauf ab, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen, die regionale Vielfalt zu bewahren und in allen Landesteilen räumliche Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse, günstige wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven und gesunde Umweltbedingungen zu erreichen.³⁶ Gemäß § 7 Abs. 1 LPIG enthält der Landesentwicklungsplan Grundsätze und Ziele der Raumordnung für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Landes, sowie Ziele für landeswichtige raumbedeutsame Einzelvorhaben. Die Aussagen des Landesentwicklungsplans werden für die zwölf Regionen des Landes durch die Regionalplanung als Teil der Landesplanung eigenständig konkretisiert. Die Zuständigkeit hierfür liegt nach dem Landesplanungsgesetz bei den Regionalverbänden.³⁷

Das im Landesentwicklungsplan unter Punkt 2.4.7 ausformulierte Ziel hat seit 23. Mai 2012 keine Gültigkeit mehr.³⁸ Der Grundsatz, dass „bei der Standortwahl für Windkraftanlagen [...] insbesondere Rücksicht auf benachbarte Siedlungen, den Luftverkehr, das Landschaftsbild und ökologische Belange zu nehmen [ist], muss beachtet werden.

Fachliche Entwicklungspläne

Die fachlichen Entwicklungspläne enthalten nach § 8 Abs. 1 LPIG die Grundsätze und Ziele der Raumordnung für die Entwicklung des Landes in einem oder mehreren Fachbereichen. Ferner können in die Pläne Ziele für einzelne landeswichtige raumbedeutsame Vorhaben aufgenommen

³⁵ Verordnung über die Verbindlicherklärung des Landesentwicklungsplan 2002.

³⁶ Landesentwicklungsplan 2002, S. 5.

³⁷ MVI, Das System der räumlichen Planung.

³⁸ Art. 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes.

und zu diesem Zweck Bereiche für besondere Aufgaben sowie vorsorglich freizuhaltende Flächen für Trassen oder Standorte mit ihren Entwicklungsaufgaben festgelegt werden. Nach § 9 Abs. 1 S. 2 LPlG erfolgt die Aufstellung der fachlichen Entwicklungspläne durch das für den entsprechenden Fachbereich zuständige Ministerium.

Ein mit einer Verbindlicherklärung ausgestatteter fachlicher Entwicklungsplan besteht gegenwärtig nicht.

Windenergieerlass Baden-Württemberg

Die gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 9. Mai 2012 wurde am 29. Mai 2012 im gemeinsamen Amtsblatt förmlich veröffentlicht und trat am 30. Mai 2012 in Kraft und ist ein weiteres wichtiges Element zum Ausbau der Windkraft im Land. Der Windenergieerlass fasst die mit dem Bau von Windkraftanlagen zu beachtenden planerischen und rechtlichen Anforderungen zusammen und gibt eine Richtschnur für vorhandene Auslegungsspielräume vor. Für die nachgeordneten Behörden, wie beispielsweise Immissions- oder Naturschutzbehörden, ist der Erlass verbindlich. Für die Träger der Regionalplanung, die Kommunen und sonstigen Träger der Bauleitplanung bietet der Erlass eine Hilfestellung für die Planung. Der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erklärt, dass der Windenergieerlass allen am Verfahren zur Planung, Genehmigung und Bau von Windkraftanlagen beteiligten Fachstellen, Behörden, Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Investoren eine praxisorientierte Handreichung und Leitlinie biete.³⁹

³⁹ Pressemitteilung des BMU vom 11.05.2012.

3.2.4. Raumordnungsplanung auf regionaler Ebene (Regionalplanung)

Auf Bundesebene sind die Länder gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 ROG zur Aufstellung von Regionalplänen verpflichtet, die die Teilräume der Länder erfassen sollen. Da es sich bei der Raumordnung um eine konkurrierende Gesetzgebung handelt und der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch macht, zwingt er die Länder unmittelbar, ohne dass es der vorangehenden Einführung im Landesrecht bedürfte, zu einer flächendeckenden Regionalplanung. Die landesweite Planung und Regionalplanung sind Teile eines Gesamtsystems Landesplanung. Daher hat die Regionalplanung die landesweite Planung gemäß dem Entwicklungsgebot auf den überschaubaren Raum der Region zu konkretisieren und problembezogener zu gestalten.⁴⁰ Außerdem dient sie unterhalb der Raumordnung des Landes der Konkretisierung der fachlichen Integration und Umsetzung der landesplanerischen Ziele. Indem die Regionalplanung Grundsätze und Ziele für Raumordnung aufstellt, erzeugt sie Planungssicherheit und Grundlagen für die Bauleitplanung der Kommunen.⁴¹

Die Umsetzung der Regionalplanung hat in Baden-Württemberg der Regionalverband nach dem Landesplanungsgesetz zu veranlassen. Hierzu regelt das Landesplanungsgesetz in der Fassung vom 10. Juli 2003, aktuell geändert am 23. Mai 2012, u.a. die Regionalplanung.

§ 11 Abs. 3 LPIG regelt den Inhalt der Raumordnungspläne. Dieser Katalog ist nicht abschließend und enthält drei grundsätzliche Bereiche; die anzustrebende Siedlungsstruktur, die anzustrebende Freiraumstruktur und die zu sichernde Standorte und Trassen für Infrastruktur. § 11 Abs. 3 S. 2 LPIG regelt dann konkret, was im Regionalplan hierzu festzulegen ist.

⁴⁰ Spannowsky, Runkel, Goppel, 2010, S. 306 f.

⁴¹ Sitzungsvorlage Nr. 6112/002 S. 4.

Ein wichtiger Bestandteil bei der Aufstellung von Regionalplänen ist die Beteiligung der Öffentlichkeit, was in § 12 LPlG geregelt wird. Dies ist relevant für die planende Stelle selbst, die beachten muss, dass alle die von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange umfassend ermittelt und bewertet werden. Aus der Sicht der Beteiligten geht es u.a. um Interessenwahrnehmung, Verbesserung der Planung und um Transparenz. Für die Öffentlichkeit ist es zusätzlich relevant, da die demokratische Teilhabe an Prozessen gestärkt wird.⁴² Der Entwurf des Regionalplans ist gemäß § 12 Abs. 3 S. 2 und 3 LPlG mindestens einen Monat öffentlich auszulegen und ins Internet einzustellen. Zu dem Planentwurf können dann Stellungnahmen abgegeben werden, wobei die Öffentlichkeit auch ohne eine Betroffenheit Stellung nehmen kann.⁴³ Weitere Formen der Beteiligung der Öffentlichkeit sind nicht vorgeschrieben, werden jedoch von den Regionalverbänden allerdings praktiziert, insbesondere in Form der vorgezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung.⁴⁴

⁴² Spannowsky, Runkel, Goppel, 2010, S: 352 f.

⁴³ Spannowsky, Runkel, Goppel, 2010, S: 353.

⁴⁴ Ruf, Dietmar, 2011, S. 1009.

4. Steuerung der Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Bisher erfolgte die Steuerung der Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in Baden-Württemberg, wie oben erläutert, ausschließlich über die Festlegung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Windkraftnutzung.⁴⁵ Der Planansatz 4.2.7 (Windkraft) des Landesentwicklungsplans 2002 besagt, dass zur Steuerung der Windkraftnutzung in den Regionalplänen Gebiete auszuweisen sind, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen haben und Gebiete festzulegen sind, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen unzulässig sind.⁴⁶

Demnach wurden in den Regionalplänen Gebiete ausgewiesen, die vorrangig für Standorte für raumbedeutsame Windkraftanlagen galten. Gleichzeitig war mit der Ausweisung derartiger Vorranggebiete eine Ausweisung der übrigen Bereiche als Ausschlussgebiete verbunden, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen nicht zulässig sind.⁴⁷ Diese Regelung wurde auch als Schwarz-Weiß-Ausweisung bezeichnet.

4.1. Änderungen des Verfahrens und Steuerung auf der Ebene des Regionalverbands

Durch die am 26. Mai 2012 in Kraft getretene Änderung des Landesplanungsgesetzes in der Fassung vom 10. Juli 2003 zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 4. Mai 2009 traten folgende Änderungen in Kraft.

⁴⁵ Vgl. § 11 Abs. 3 Nr. 11 i.V.m. Abs. 7 S.1 2. HS LPlG in der Fassung vom 10. Juli 2003, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 4. Mai 2009.

⁴⁶ Landesentwicklungsplan 2002, S. 33.

⁴⁷ Edelbluth, Heilshorn, 2011, S. 1000.

Gemäß Art. 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes wird zu § 11 Abs. 2 LPIG folgender Satz hinzugefügt: „Dies gilt nicht für das Ziel der Raumordnung Planansatz 4.2.7 (Windkraft) des Landesentwicklungsplans 2002 Baden-Württemberg.“

Dies bedeutet, dass der Regionalplan das Ziel der Raumordnung im Planansatz 4.2.7 des Landesentwicklungsplans 2002 nicht ausformt. D.h. dass in den Regionalplänen zur Steuerung der Windkraftnutzung nicht mehr Vorrang- und Ausschlussgebiete ausgewiesen werden. Die „Schwarz-Weiß-Ausweisungen“ in den Regionalplänen sind nun unzulässig.

Art. 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes sieht vor, dass § 11 Abs. 7 S. 1 LPIG wie folgt neu formuliert wird: „abweichend hiervon können Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen nach Abs. 3 S. 2 Nr. 11 nur als Vorranggebiete festgelegt werden.“

Das bedeutet, dass aus der zuvor bestehenden „Schwarz-Weiß-Regelung, d.h. Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung außerhalb der Vorranggebiete, eine „Weiß-Graue-Ausweisung“, d.h. Ausweisung von Vorranggebieten in den Regionalplänen ohne Ausschlusswirkung. Innerhalb der weißen Flächen ist nur die Nutzung der Windkraft zulässig, in den grauen Flächen ist die Nutzung der Windkraft aber nicht ausgeschlossen.⁴⁸

In Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes wird ausgeführt, dass die am 26. Mai 2012 bestehenden verbindlichen Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in der bis zum 25. Mai 2012 geltenden Fassung aufgehoben werden. Diese Aufhebung tritt gem. Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes am 1. Januar 2013 in Kraft.

⁴⁸ Ruf, Dietmar, 2011, S. 1008.

Die rechtlichen Vorgaben zur Windkraftplanung im Landesplanungsgesetz werden durch die Änderungen flexibilisiert. Im planerischen Abwägungsprozess werden die verschiedenen öffentlich-rechtlichen Belange im Vorfeld des stets erforderlichen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft und abgewogen. Durch die Festlegung von Vorranggebieten wird im Hinblick auf eine planungsrechtliche Zulässigkeit eine positive Vorentscheidung getroffen und somit in den Vorranggebieten Investitions- und Planungssicherheit gegeben.⁴⁹

4.1.1. Grundsätzliche Möglichkeiten eines Regionalverbands

Gemäß § 11 Abs. 3 Nr. 11 LplG können im Regionalplan „Standorte und Trassen für Infrastrukturvorhaben, insbesondere Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen“ ausgewiesen werden.

Das Potential, das in einem Gebiet vorhanden ist, soll bestmöglich ausgenutzt und der Flächenbedarf auf das Nötigste begrenzt werden.

Ein Regionalverband hat dabei dann die Möglichkeit, alle geeigneten Standorte zur Windkraftnutzung, nach vorheriger Prüfung, als Vorranggebiete für Windkraftanlagen auszuweisen.

Um allerdings den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum zu geben, was auch die Änderung des Landesplanungsgesetzes zum Ziel hat, kann ein Regionalverband nur einen Teil der möglichen Gebiete ausweisen.

⁴⁹ Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, Vorblatt S. 1 f.

4.1.2. Maßnahmen des Regionalverbands Ostwürttembergs



Abbildung 7: Region Ostwürttemberg

Der Regionalplan Ostwürttemberg umfasst insgesamt 53 Städte und Gemeinden mit den vier Mittelzentren Aalen, Ellwangen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim.⁵⁰

In der Region wurden bisher 47 raumbedeutsame Windkraftanlagen gebaut. Im Regionalplan, der seit 1997 als verbindlich erklärt wurde, waren hierfür zwei Vorranggebiete für Windkraft auf dem Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen ausgewiesen.

⁵⁰ Regionalplan Ostwürttemberg, S. 31.

Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes sieht wie erwähnt vor, dass der Regionalplan hinsichtlich der Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen aufgehoben wird. Diese Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten sollen zum 1. Januar 2013 kraft Gesetz aufgehoben werden.⁵¹ Dies bedeutet allerdings, dass die Regionalplanung weiterhin die Aufgabe behält, bestmögliche Standorte zur Errichtung von Windkraftanlagen zu sichern. Es sollen im Regionalplan weiterhin Vorranggebiete für raumbedeutsame Windkraftanlagen festgelegt werden, was bedeutet, dass das gesamte Gebiet im Hinblick auf die neue Ausweisung von Vorranggebieten untersucht werden muss.⁵²

Der Regionalverband Ostwürttemberg hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 die Planungen für die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung verabschiedet. Hiermit sind sogenannte Suchräume beschlossen worden, die vor dem Hintergrund der bestmöglichen Windhöflichkeit⁵³ und geringstmöglichen Konfliktsituation eine substantielle Nutzung der Windkraft ermöglichen. Die Suchräume wurden anhand von einer umfangreichen Auswertung von Ausschlusskriterien und einem ausgearbeiteten Kriterienkatalog zur Definition von Suchräumen von Windkraft ermittelt. Ausschlusskriterien sind hierbei rechtliche Vorgaben, die den Bau von Windkraftanlagen generell nicht zulassen, sowie Kriterien, die der Planungsausschuss des Regionalverbands Ostwürttemberg in seiner Sitzung am 22. Juli 2011 als Ausschluss festgelegt hat. Hierzu gehören u.a. Abstandsregelungen zur Wohnbebauung und Natur- und Vogelschutzgebiete.

⁵¹ Edelbluth, Heilshorn, 2011, S. 1001.

⁵² Regionalverband Ostwürttemberg mit Schreiben vom 10.11.2011.

⁵³ Unter dem Begriff Windhöflichkeit versteht man die mittlere Windgeschwindigkeit in m/s auf einer bestimmten Höhe im Jahresmittel.

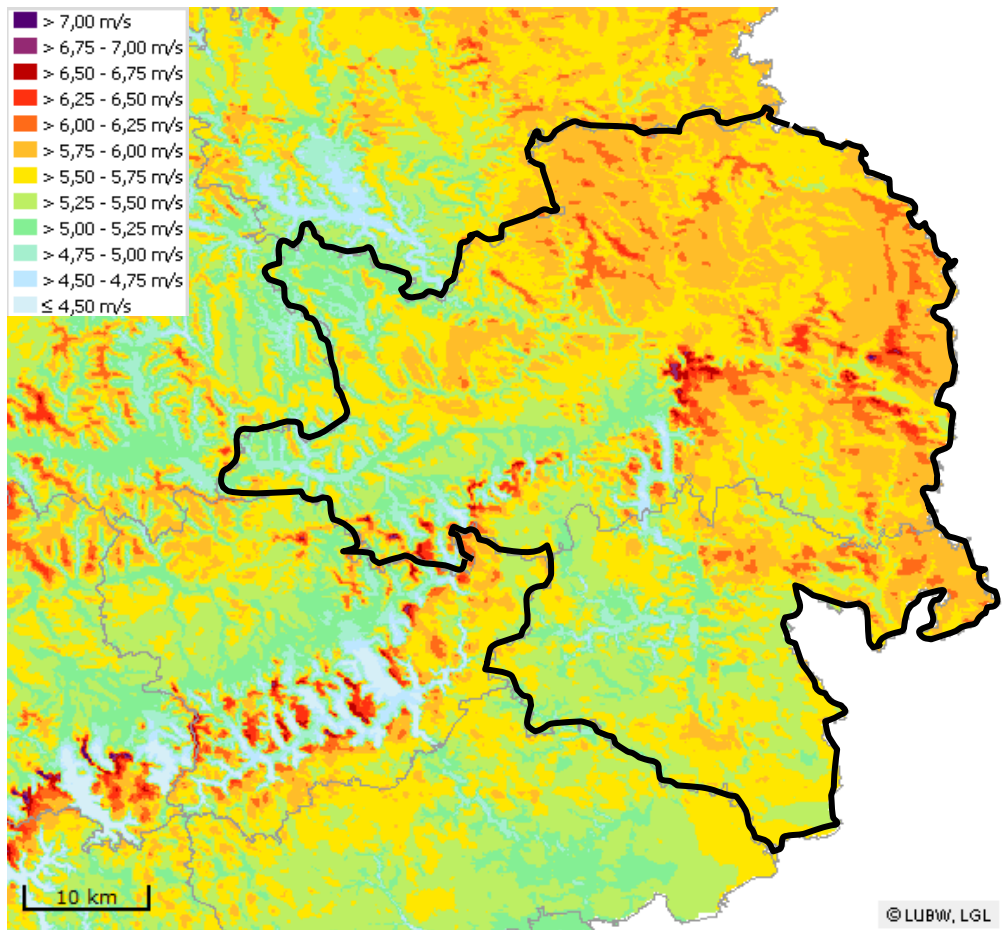


Abbildung 8: Windhöffigkeit 140 m über Grund im Bereich des Regionalverbands Ostwürttemberg⁵⁴
(Quelle: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg)

Der Regionalverband führte eine informelle Beteiligungsrunde durch, um die Suchräume eng mit den Kommunen, berührten Behörden und der Bevölkerung abzustimmen. Das Ziel der informellen Beteiligungsrunde war, dass in Abstimmung mit allen Beteiligten konkret abgegrenzte Vorranggebiete entstehen. Die Kommunen, aber auch Bürger der Region und weitere Interessierte hatten die Möglichkeit, Anmerkungen zu machen. Der Zeitrahmen der informellen Beteiligungsrunde des Regionalverbands war bis Ende Februar 2012 angesetzt.

Vor dem Hintergrund der bestmöglichen Windhöffigkeit und der geringstmöglichen Konflikte hat der Regionalverband im Gebiet der Stadt

⁵⁴ Der Windatlas gibt nur eine Erstinformation zur Lokalisierung geeigneter Standorte.

Aalen die in der nachfolgenden Karte abgegrenzten Suchräume „RV 1“ bis „RV 11“ ermittelt. Der Gemeinderat der Stadt Aalen hat in seiner Sitzung am 29. Februar 2012 die Verwaltung beauftragt, die ergänzenden Suchräume „Aalen 1“ bis „Aalen 4“ dem Regionalverband als Stellungnahme zur weiteren Prüfung zu melden.

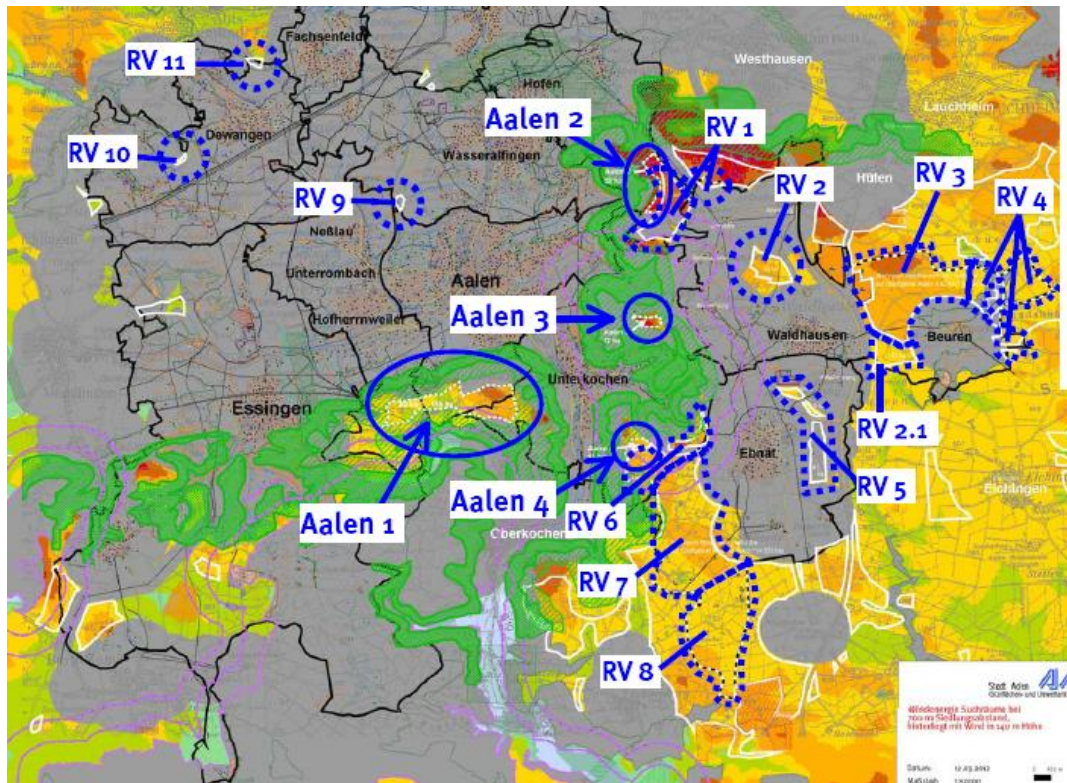


Abbildung 9: Suchräume des Regionalverbands (RV1-RV11) und zusätzliche Suchräume der Stadt Aalen (Aalen1-Aalen4)
(Quelle: Stadtverwaltung Aalen)

Im Anschluss an die informelle Beteiligung wurde mit den Stellungnahmen der Kommunen ein Planentwurf mit konkreten Vorranggebietsausweisungen ausgearbeitet, zu dem die Kommunen anschließend angehört werden.⁵⁵

Am 20. Juni 2012 fand die Verbandsversammlung statt, in der die Regionalplan-Teilfortschreibung Windenergie öffentlich vorberaten wurde

⁵⁵ Regionalverband Ostwürttemberg mit Schreiben vom 10.11.2011.

und die geplanten Vorranggebiete für Windkraftnutzung vorgestellt wurden. Die Lage dieser Vorranggebiete sind in nachfolgender Abbildung für die Region Ostwürttemberg an den rot-karierten Stellen zu erkennen.

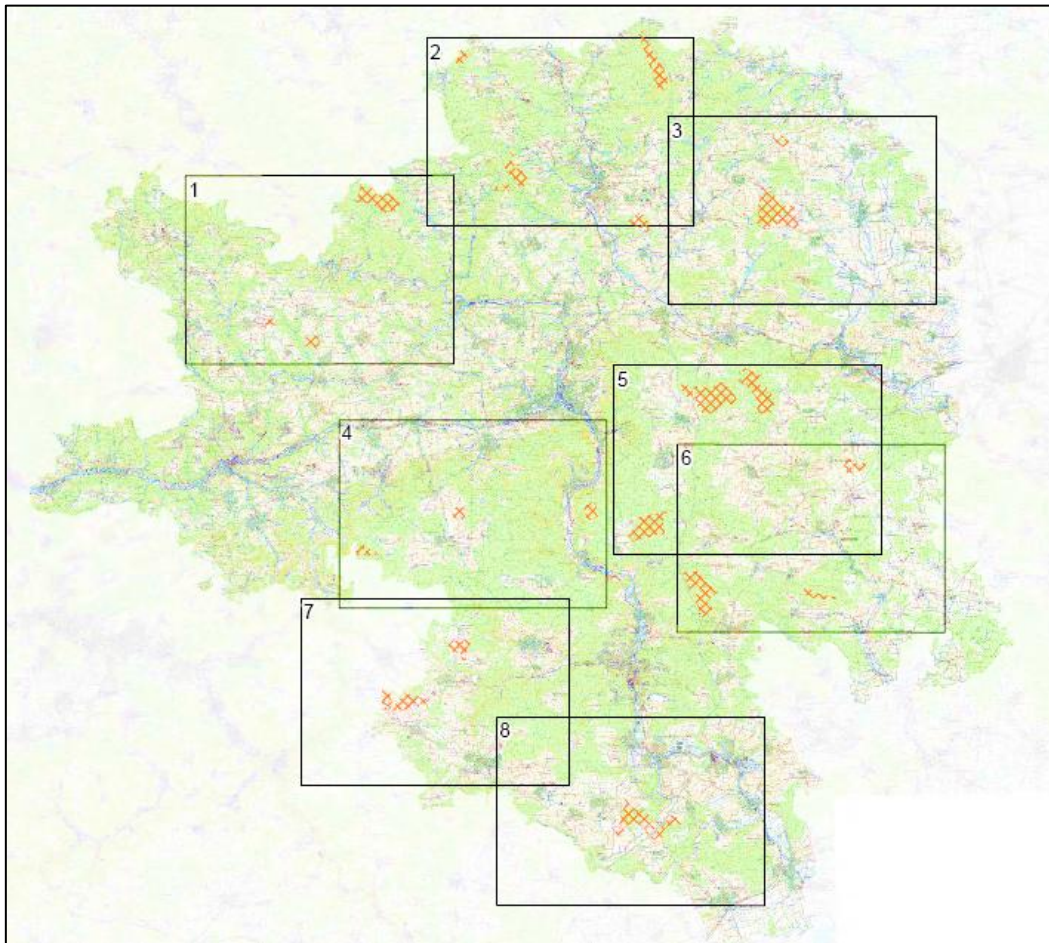


Abbildung 10: Plangrafik mit Vorranggebieten für Windkraft vom 6. Juli 2012 (Quelle: Regionalverband Ostwürttemberg)

Der Entwurf der Regionalplan-Teilfortschreibung und der damit geplanten Vorranggebiete wurde am 6. Juli 2012 durch den Regionalverband in seiner Verbandsversammlung beschlossen. Nun werden die Träger öffentlicher Belange gem. § 12 Abs. 2 LPlIG angehört. Hierzu wird eine Frist bis 31. Oktober gesetzt.⁵⁶

⁵⁶ Entwurf zur Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans Ostwürttembergs auf Grund des Beschlusses der Verbandsversammlung am 06.07.2012.

4.1.3. Vergleich mit dem Verband Region Stuttgart

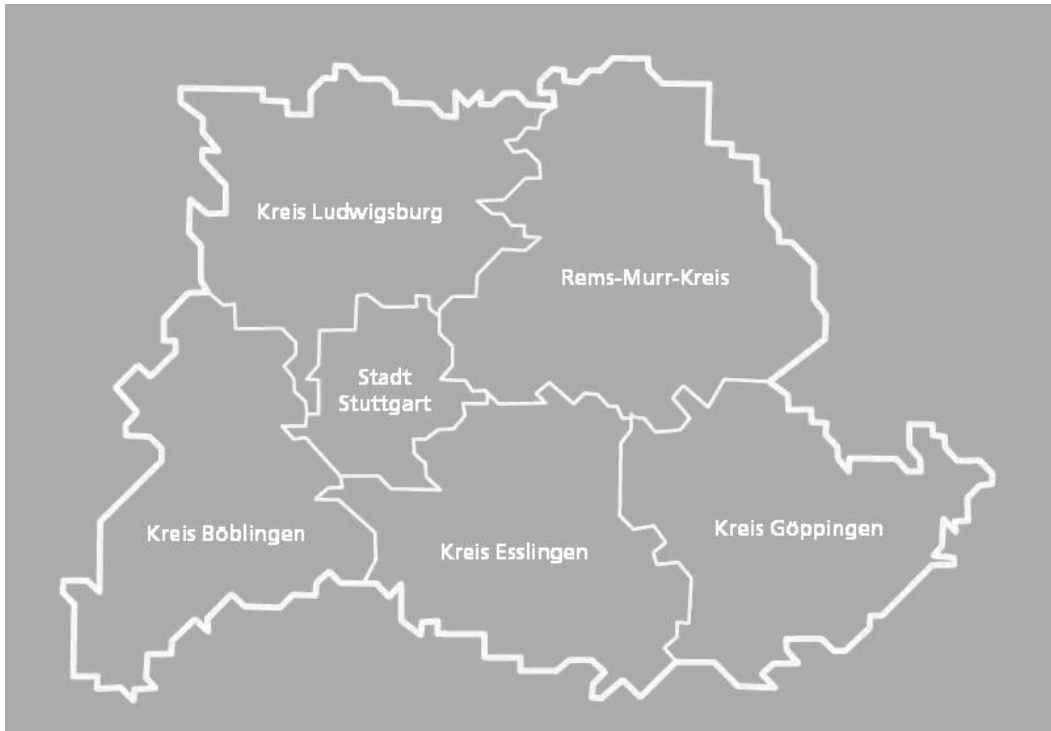


Abbildung 11: Karte Verband Region Stuttgart
(Quelle: Regionalplan 2009 Verband Region Stuttgart)

Die Region Stuttgart umfasst insgesamt 179 Städte und Gemeinden.

Ein allgemeiner Grundsatz im Regionalplan im Hinblick auf die Energieversorgung in der Region ist, dass zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung auf einen sparsamen Verbrauch fossiler Energieträger, eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien sowie auf den Einsatz moderner Anlagen und Technologien mit hohem Wirkungsgrad hinzuwirken ist.

Im Planansatz 4.2.1.2.4.1 des Regionalplans 2009 wurden neun Vorranggebiete für Windkraftnutzung ausgewiesen. Diese waren im Einzelnen:

- Alfdorf Brend, Hummelberg
- Bad Ditzenbach, Lange Fäule
- Böhmenkirch-Steinige
- Böhmenkirch/Geislingen, Stöttener Berg

- Geislingen-Aufhausen, Funkturm
- Ingersheim, Holderweg
- Stuttgart-Weilimdorf, Grüner Heiner
- Welzheim-Aichstrut, Nähe Wasserturm
- Wiesensteig, Raller.

An diesen Standorten waren 27 Windkraftanlagen in Betrieb. Außerhalb dieser festgelegten Vorranggebiete waren regionalbedeutsame Windkraftanlagen im Außenbereich in der Regel nicht zulässig.⁵⁷ Diese Vorranggebietsfestsetzungen werden ebenfalls zum 1. Januar 2013 außer Kraft gesetzt. Damit auch zukünftig für die Nutzung der Windkraft besonders geeignete Standorte regionalplanerisch bereitgestellt werden können, hat die Regionalversammlung am 21. September 2011 ein entsprechendes Verfahren zur Teilfortschreibung des Regionalplans eingeleitet.

Im November 2011 wurden die Städte und Gemeinden der Region Stuttgart zu einer Informationsveranstaltung über Methodik, Vorgehensweise und rechtliche Grundlagen der Regionalplanfortschreibung informiert. In einem ersten Beteiligungsschritt wurden bei den Gemeinden vorliegende Planungsvorstellungen zur Entwicklung der Windkraftnutzung abgefragt und in die regionalplanerische Methodik integriert.

Im Planungsverfahren zeichnete sich eine Schwerpunktbildung potenzieller Vorranggebiete im Schwäbisch-Fränkischen Wald, dem Schurwald sowie im Bereich der Schwäbischen Alb und des Albvorlandes ab. In diesen Teilräumen wurde mit den Gemeinden bereits in einer sehr frühen Planungsphase eine erste überörtliche Abstimmung möglicher Vorranggebiete angestrebt.

⁵⁷ Regionalplan Region Stuttgart, S. 280.

Vor diesem Hintergrund wurde ein Planentwurf erarbeitet, der insgesamt 96 Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen umfasst. 65% der Gesamtfläche weisen ein Windpotential von mehr als 5,5 m/s auf, 25% mehr als 5,75 m/s.⁵⁸

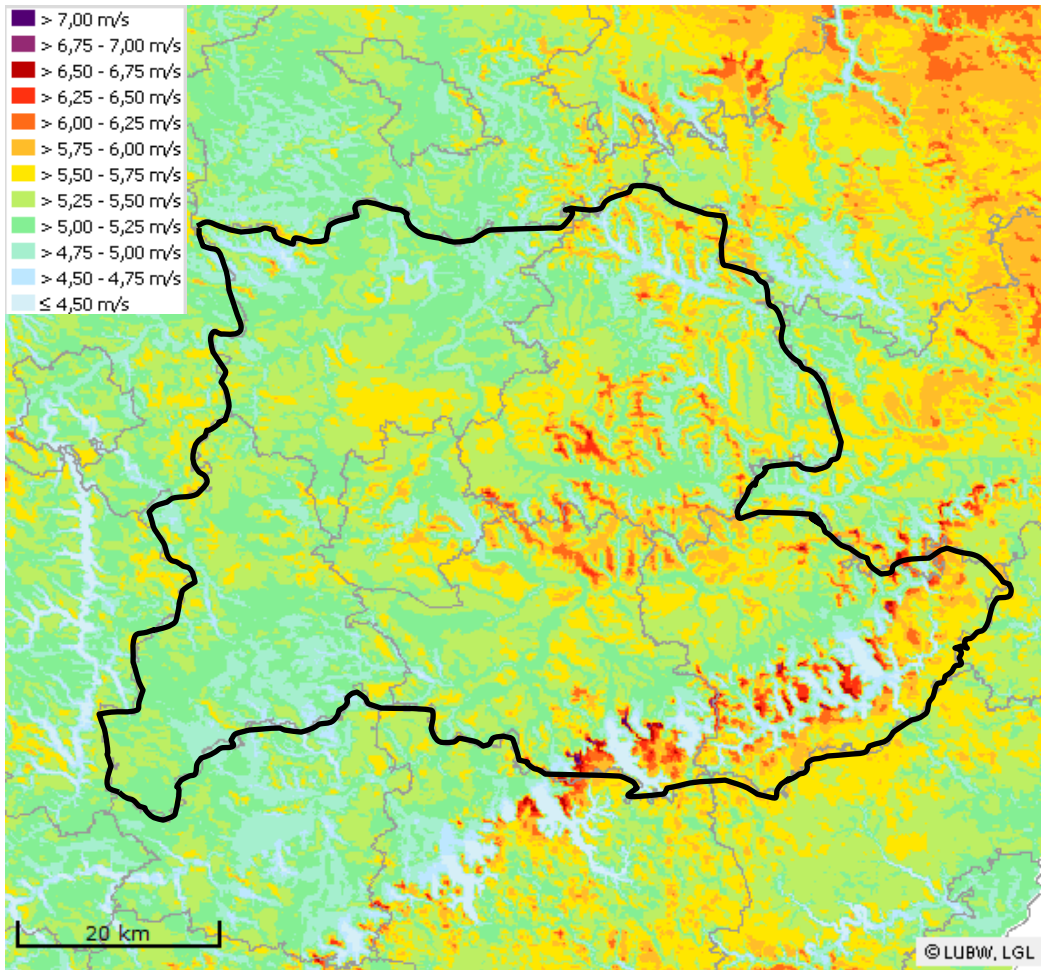


Abbildung 12: Windhöffigkeit 140 m über Grund im Bereich des Verbands Region Stuttgart
(Quelle: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg)

Auf Beschluss der Regionalversammlung am 25. Juli 2012 wird der Planentwurf mit Begründung, sowie der Raumnutzungskarte mit den Vorranggebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen und dem Umweltbericht den Gemeinden und Trägern öffentlicher Belange

⁵⁸ Sitzungsvorlage Nr. 68/2012 der Regionalversammlung Verband Region Stuttgart am 25. Juli 2012.

sowie den anerkannten Naturschutzvereinen gemäß § 12 LplG mit der Bitte um eine Stellungnahme zugesandt. Der gesetzlich vorgeschriebene dreimonatige Anhörungszeitraum wird sich voraussichtlich von September bis November erstrecken.

Einen Überblick über die Vorranggebiete für Windkraftnutzung in der Region Stuttgart soll die Abbildung 13 geben, die Bestandteil des Planentwurfes ist. Dabei stellen die schwarz schraffierten Bereiche die potentiellen Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen dar.

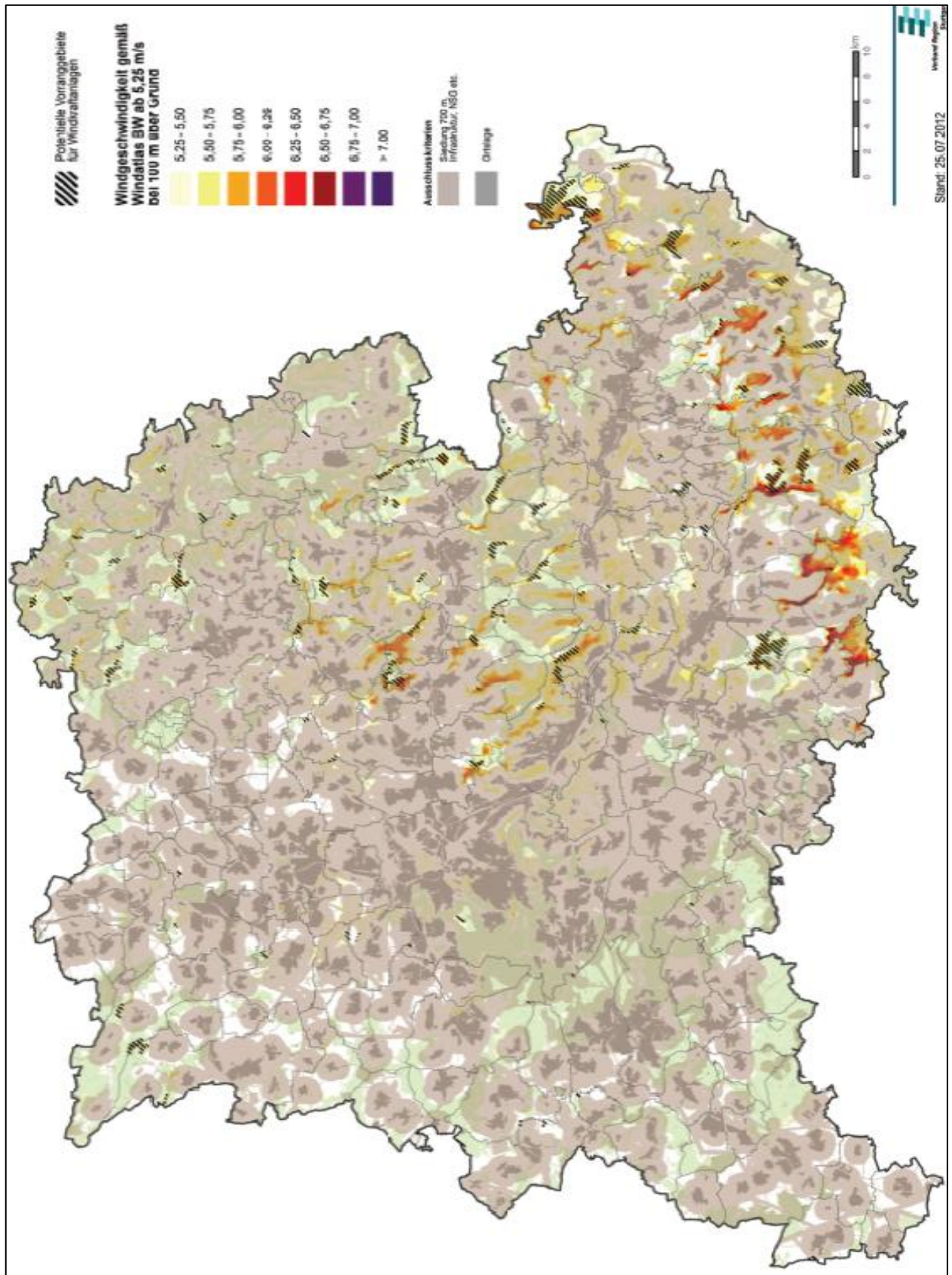


Abbildung 13: Karte des Planentwurfs zur Festsetzung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie
(Quelle: Verband Region Stuttgart)

Die Öffentlichkeit soll ebenfalls Gelegenheit erhalten, sich zum Planentwurf und zum Umweltbericht zu äußern. Daher wird der Planentwurf nach öffentlicher Bekanntmachung in den Landratsämtern, dem Rathaus der Landeshauptstadt Stuttgart sowie der Geschäftsstelle des Verbands Region Stuttgart öffentlich ausgelegt. Zudem ist der Planentwurf mit ergänzenden Informationen im Internet abrufbar. Des Weiteren wurden Informationsveranstaltungen in einzelnen Teilräumen der Region durchgeführt, die den Planentwurf sowie die zugrundeliegende Auswahlmethodik vorgestellt haben.

Der Verband Region Stuttgart wird nicht alle möglichen Vorranggebiete in der Regionalplanfortschreibung ausweisen. Es werden hauptsächlich die Gebiete ausgewiesen, in denen mehrere Windkraftanlagen installiert werden können. Die Flächen, die für nur ein oder zwei Anlagen ausreichen, sollen nicht als Vorranggebiete ausgewiesen werden.⁵⁹ In Abbildung 13 ist dies gut zu erkennen, dass nicht alle möglichen Gebiete als Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen.

Der Verband Region Stuttgart lässt den Kommunen Spielraum zur eigenen Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft in einem Flächennutzungsplan. Denn wenn solange und soweit flächendeckende Planungen für Windkraftstandorte im Regionalplan Geltung haben, besteht für die eigenständige bauleitplanerische Steuerung von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen kein Raum. Eine ausführliche Erläuterung hierzu wird im nachfolgenden Kapitel gegeben.

Der Regionalverband Ostwürttemberg weist nahezu alle möglichen Gebiete zur Nutzung der Windkraft als Vorranggebiete aus. Dabei gestaltet es sich dann schwierig als Kommune weitere Gebiete in einem Bauleitplanverfahren auszuweisen.

⁵⁹ Umweltbericht zur Teilfortschreibung des Regionalplans, S. 8

4.2. Änderungen des Verfahrens und Steuerung auf kommunaler Ebene

Vor der Änderung des Landesplanungsgesetzes erfolgte die Standortzuweisung für regionalbedeutsame Windkraftanlagen ausschließlich über die Festlegung von Vorrang- und Ausschlussgebieten als Ziele der Raumordnung in den Regionalplänen, die über § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Außenwirkung entfalten. Eine Ausweisung zusätzlicher Standorte oder eines noch weitergehenden Ausschlusses auf Ebene der Kommunen war nicht möglich, da sich die Bauleitpläne gem. § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung anpassen müssen.⁶⁰ Die Kommunen hatten lediglich die Möglichkeit durch Bebauungspläne innerhalb der ausgewiesenen Vorranggebieten Festsetzungen beispielsweise von Baugrenzen oder Höhenbegrenzungen zu machen.⁶¹

4.2.1. Grundsätzliche Handlungsmöglichkeiten einer Kommune

Die Reaktivierung der kommunalen Planungshoheit ist ein wesentliches Ziel der Gesetzesnovelle.⁶² Die Kommunen haben verschiedene Möglichkeiten auf die Änderung des Landesplanungsgesetzes zu reagieren. Kommunen können im Flächennutzungsplan Gebiete zur Windkraftnutzung neben den Vorranggebieten des Regionalverbands ausweisen und damit die übrigen Flächen für die Windkraftnutzung ausschließen oder die Vorranggebiete des Regionalverbands für die Zulässigkeit für Windkraftnutzung übernehmen.

Verzichtet eine Kommune auf eine steuernde Einflussnahme und wird nicht selbst tätig, gelten die Festlegungen im Regionalplan. Windkraftanlagen sind **innerhalb** neu ausgewiesener Vorrangflächen im

⁶⁰ Edelbluth, Heilshorn, 2011, S. 1001.

⁶¹ Edelbluth, Heilshorn, 2011, S. 1001.

⁶² Edelbluth, Heilshorn, 2001, S. 1003.

Regionalplan künftig erleichtert zulässig, da sie hier keinen öffentlichen Belangen entgegenstehen.

Außerhalb der Vorranggebiete, die jetzt keine Ausschlussgebiete mehr darstellen, richtet sich die Zulässigkeit von Windkraftanlagen nach § 35 BauGB. Da Windkraftanlagen privilegiert sind, wenn keine öffentlichen Belange gem. § 35 Abs. 3 BauGB entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist, müssen Anträge hierzu von den zuständigen Behörden genehmigt werden. Auch in diesem Fall muss ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren durchlaufen werden.

Im **immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren** gelten die Regelungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Gemäß §4 BImSchG bedarf „die Errichtung und der Betrieb von Anlagen die [...] geeignet sind, schädliche Umwelteinwirkungen hervorzurufen oder in anderer Weise die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft zu gefährden, erheblich zu benachteiligen oder erheblich zu belästigen [...] einer Genehmigung“. Für die Durchführung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens sind die unteren Verwaltungsbehörden, d.h. die Bürgermeisterämter der Stadtkreise und die Landratsämter, zuständig.

Im Immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren müssen mehrere Zulässigkeitsvoraussetzungen gegeben sein.

Zunächst sind im Hinblick auf die **immissionsschutzrechtliche Zulässigkeit** die Aspekte Lärm, Schattenwurf und Diskoeffekt⁶³ sowie Lichtimmissionen durch Hinderniskennzeichnung zu untersuchen.⁶⁴ Im Rahmen dieser immissionsschutzrechtlichen Zulässigkeit ist somit insbesondere sicherzustellen, dass durch die Errichtung oder den Betrieb der Anlage keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren

⁶³ Unter dem Begriff Diskoeffekt werden die periodischen Lichtreflexionen verstanden, die von einer Windkraftanlage ausgehen.

⁶⁴ Windenergieerlass, S. 26 ff.

erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden.

Die **bauplanungsrechtliche Zulässigkeit** richtet sich danach, ob die Windkraftanlage im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans gem. § 30 BauGB, sich im unbeplanten Innenbereich gem. § 34 BauGB oder sich im Außenbereich gem. § 35 BauGB befinden soll.⁶⁵

Im Gebiet eines qualifizierten Bebauungsplans sind Windkraftanlagen zulässig, wenn sie ausdrücklich festgesetzt sind. Diese können als Flächen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien nach § 9 Abs.1 Nr. 12 BauGB oder als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Windkraftanlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO festgesetzt werden.

Im unbeplanten Innenbereich richtet sich die Zulässigkeit für Windkraftanlagen danach, ob diese sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, im von der Umgebung geprägten Rahmen halten und sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen.⁶⁶

Windkraftanlagen, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, sind gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB im Außenbereich privilegiert. Eine Windkraftanlage ist damit im Außenbereich zulässig, sofern die ausreichende Erschließung gesichert ist und öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

Im Rahmen der **bauordnungsrechtlichen Zulässigkeit** sind Abstandsflächen zu Nachbargrenzen und zu anderen baulichen Anlagen zu prüfen. Diese Abstandsflächen beziehen sich nur auf den Abstand zu Grundstücksgrenzen und einzelnen baulichen Anlagen. Sie sind neben den immissionsschutzrechtlich erforderlichen Abständen zu beachten.

⁶⁵ Windenergieerlass S. 29 f.

⁶⁶ Windenergieerlass S. 30.

Außerdem sind Brandschutz und technische Baubestimmungen, sowie Standsicherheit und Eisabwurf zu untersuchen.⁶⁷

Im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren sind außerdem sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften zu beachten. Diese sind:

- Naturschutz- und forstrechtliche Vorgaben
- artenschutzrechtliche Verbote
- Bodenschutz
- Belange der Wasserwirtschaft
- Denkmalschutz
- Straßenrecht
- Eisenbahnrecht
- Seilbahnrecht
- Freileitungen
- Vorgaben der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG
- Wasserstraßenrecht
- Luftverkehrsrecht
- militärische Belange
- behördlicher und privater Richtfunk
- Wetterradar
- Flurbereinigung
- Arbeitsschutz

Entscheidet sich schließlich eine Kommune dazu, keine steuernde Einflussnahme zu nehmen, kommen wie oben erwähnt die Vorschriften des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens zur Anwendung. Dabei ist zu beachten, dass in einem immissionsschutzrechtlichen Verfahren, welches keiner Umweltverträglichkeitsprüfung⁶⁸ bedarf, eine Öffentlichkeitsbeteiligung grundsätzlich nicht vorgesehen ist.

⁶⁷ Windenergieerlass S. 32 f.

⁶⁸ Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist erforderlich, wenn 20 und mehr Anlagen innerhalb einer Windfarm geplant werden.

Im zweiten Fall, **wenn eine Kommune sich zur Steuerung auf kommunaler Ebene entscheidet**, ist diese durch ein tätig werden auf Grundlage des BauGB über Bauleitplanverfahren möglich. Eine Kommune oder ein Gemeindeverwaltungsverband kann gem. § 5 i.V.m. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB die Zulässigkeit von Windkraftanlagen als privilegierte Anlagen im Außenbereich durch die Darstellung im Flächennutzungsplan steuern. Außerdem kann die Steuerung durch eine Darstellung in sachlichen und / oder räumlichen Teilflächennutzungsplänen gem. § 5 Abs. 2b bzw. § 5 Abs. 2b 2. Hs BauGB erfolgen.

Es ist zu beachten, dass solange und soweit flächendeckende Planungen für Windkraftstandorte im Regionalplan Geltung haben, besteht für die eigenständige bauleitplanerische Steuerung von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen kein Raum. Das bedeutet, dass wenn die regionalplanerisch neu ausgewiesenen und ab 1. Januar 2013 geltenden Vorranggebiete für Windkraft fast alle Möglichkeiten der Windkraftnutzung ausschöpfen, besteht kaum Möglichkeit zur eigenständigen kommunalen Steuerung. Werden allerdings die regionalplanerischen Festlegungen auf Vorranggebiete beschränkt, würden die Gebiete einer kommunalen Steuerung zugänglich werden.⁶⁹

Erfolgt eine Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen durch Darstellungen im Flächennutzungsplan, können diese durch Konzentrationsflächen, z.B. Sondergebiete zur Nutzung der Windenergie, dargestellt werden. Dann stehen einer gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegierten Windkraftanlage an anderer Stelle in der Regel öffentliche Belange entgegen, soweit für Windkraftanlagen durch Darstellungen im Flächennutzungsplan oder als Ziele der Raumordnung eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist. Hat eine Gemeinde durch entsprechende Darstellungen im Flächennutzungsplan eine Konzentrationszone für Windkraftanlagen ausgewiesen, sind diese außerhalb dieser Zone in der Regel unzulässig. Die Darstellung von Standorten im

⁶⁹ Windenergieerlass, S. 11.

Flächennutzungsplan muss auch mit der Absicht der Kommune verbunden sein, den Ausschluss von Windkraftanlagen an anderer Stelle gem. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB zu bewirken. Daher muss die kommunale Entscheidung nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung ausgegangen wird, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum von Windkraftanlagen freizuhalten.⁷⁰

Dem Flächennutzungsplan muss ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zugrunde liegen, das den allgemeinen Anforderungen des planungsrechtlichen Abwägungsgebots gerecht wird und der Windkraftnutzung in substantieller Weise Raum schafft. Dazu müssen bei der Festlegung von Standorten für die Windkraftnutzung die Belange des Klimaschutzes mit den anderen gewichtigen städtebaulich relevanten Belangen wie den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, den Belangen von Sport, Freizeit und Erholung, den Belangen des Rohstoffabbaus, der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes und den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege im jeweiligen konkreten Planungsfall abgewogen werden.⁷¹ Bei den Planungen zur Aufstellung und bei der Festlegung von Vorranggebieten zur Windkraftnutzung muss beachtet werden, dass es Tabubereiche gibt, in denen wegen deren besonderer Schutzbedürftigkeit keine derartigen Vorranggebiete ausgewiesen werden.

Diese sind:

- Nationalparke
- Nationale Naturmonumente
- Naturschutzgebiete Kernzonen von Biosphärengebieten

⁷⁰ Windenergieerlass, S. 11.

⁷¹ Windenergieerlass, S. 10.

- Bann- und Schonwälder
- Europäische Vogelschutzgebiete mit Vorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten
- Zugkonzentrationskorridore von Vögeln oder Fledermäusen, bei denen Windkraftanlagen zu einer „signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos“ oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können
- Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung

Auch außerhalb der genannten Schutzgebiete kann der Betrieb von Windkraftanlagen zu erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzzwecke und Erhaltungsziele dieser Gebiete führen. Deshalb müssen vorgegebene Abstände von naturschutzrechtlich bedeutsamen Gebieten eingehalten werden. Diese Abstandsflächen werden in der Bauleitplanung durch eine jeweilige Einzelfallbetrachtung ermittelt.

Des Weiteren unterliegen einige Bereiche bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung besonderer naturschutz- und forstrechtlicher Restriktionen und müssen gesondert geprüft werden. Dies sind folgende Prüfflächen:

- Landschaftsschutzgebiete und Pflegezonen von Biosphärengebieten

- FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete, die nicht bereits Tabubereiche sind:
Windkraftanlagen dürfen grundsätzlich nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten und Europäischen Vogelschutzgebieten führen.

- Geschützte Waldgebiete:
Als geschützte Waldgebiete unterliegen Bodenschutzwälder, Schutzwälder gegen schädliche Umwelteinwirkungen sowie durch Rechtsverordnung zu Erholungswald erklärte Waldgebiete bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung besonderen Restriktionen.

Weitere naturschutzrechtliche Belange, die bei der Standortwahl von Windkraftanlagen und Ausweisung von Vorranggebieten berücksichtigt werden müssen, sind

- Abstandsbereiche zu Gebieten, in denen das Wohnen zulässig ist:
Es wird ein Vorsorgeabstand von 700 m zu Wohngebieten als Orientierungsrahmen empfohlen. Von diesem pauschalisierten Vorsorgeabstand können die Kommunen im Einzelfall auf Grund einer eigenständigen gebietsbezogenen Bewertung abweichen.
- Naturparke
- Artenschutzrecht:
Bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung bezogen auf die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und die Europäischen Vogelarten erforderlich. An Windkraftanlagen können insbesondere Greifvögel und verschiedene Fledermausarten verunfallen. Hierdurch kann gegen das Tötungs- und Verletzungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG verstoßen werden. Auch das Störungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG kann durch von der Windkraftanlage ausgehenden Beunruhigungen und Scheuchwirkungen verwirklicht werden. Dazu sind Ermittlungen notwendig, auf deren Grundlage die Voraussetzungen der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände beurteilt werden können.

Als Grundlage dieser Beurteilungen hat die LUBW fachliche Hinweise veröffentlicht, die für die Art der Vögel in nachfolgender Abbildung ersichtlich sind.⁷² Als weitere Planungshilfen werden derzeit Erfassungsstandards für Fledermäuse,

⁷² Der ausführliche Teil der „Hinweise für den Untersuchungsumfang zur Erfassung von Vogelarten bei Bauleitplanung und Genehmigung für Windenergieanlagen“ ist online auf der Homepage der LUBW abrufbar (<http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/216927/>)

Bewertungsstandards für windkraftempfindliche Fledermaus- und Vogelvorkommen sowie Hinweise zur Eingriffsverminderung von der LUBW entwickelt und nach Fertigstellung auf deren Homepage abrufbar sein.

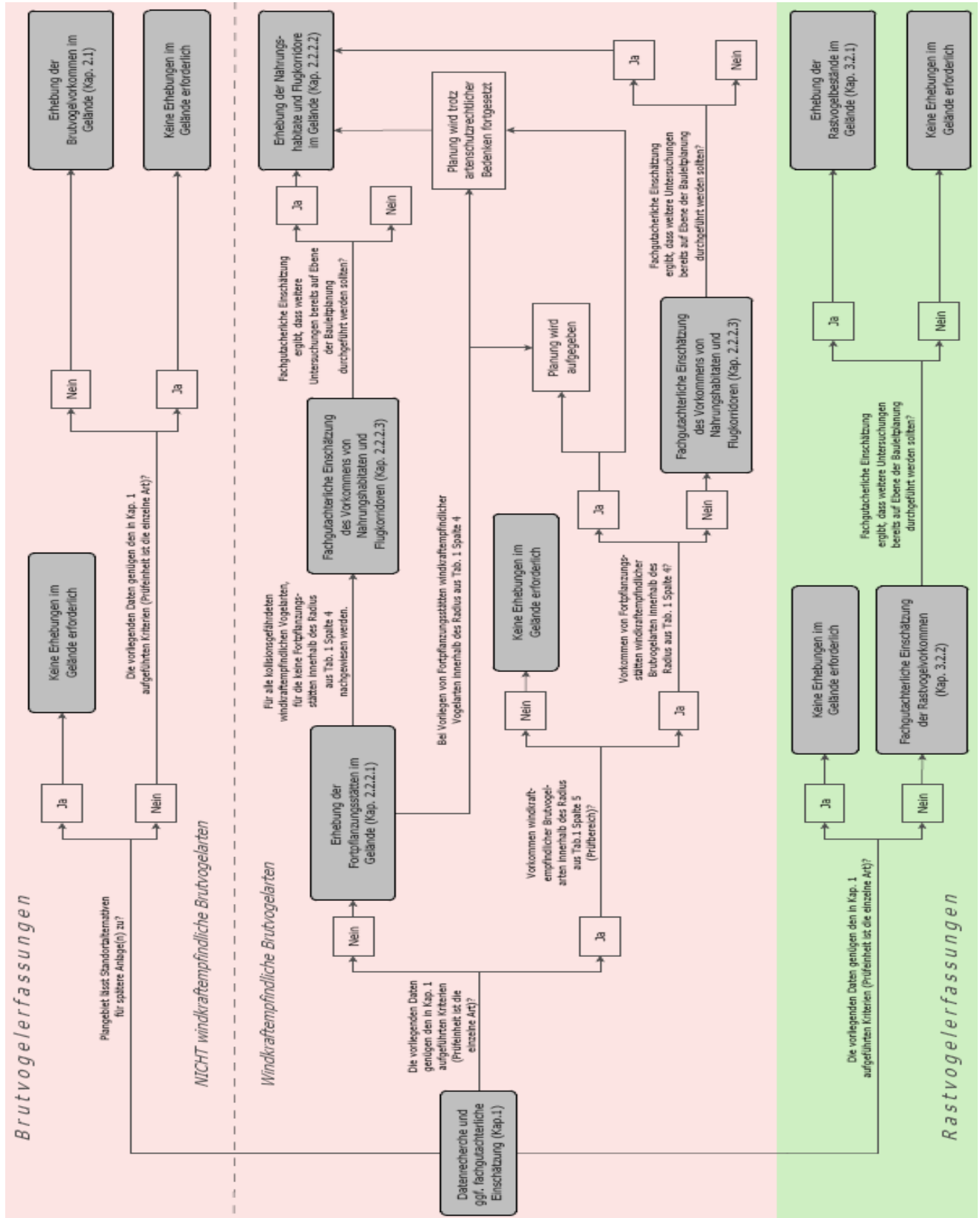


Abbildung 14: Fließschema zur Ermittlung des empfohlenen Untersuchungsrahmen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB (Quelle: LUBW)

- Landschaftsbild:
Das Landschaftsbild ist bei der Standortsuche für Windkraftanlagen zu berücksichtigen, das im Hinblick auf seine Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie seinen Erholungswert bewahrt werden soll.⁷³

- Biotopverbund:
Sofern Biotopverbundflächen als Prüfgebiete oder als Teile hiervon einzustufen sind, sind die in § 21 Abs. 1 BNatSchG geregelten Funktionen zusätzlich bei der Standortauswahl als Abwägungsbelang zu berücksichtigen.

- Bodenschutz

- Landwirtschaft

- Wälder mit besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen

- Wasserwirtschaft

- Denkmalschutz

- Behördlicher und privater Richtfunk

- Wetterradar

Die oben aufgeführten voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen sind in einem Umweltbericht, der ein Teil der Begründung zur Aufstellung des Flächennutzungsplans darstellt, nach der Anlage 1 zum BauGB zusammenzufassen und zu bewerten. Dieser Umweltbericht ist das Ergebnis der Umweltprüfung, die bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans erforderlich ist.

⁷³ § 1 Abs 1 Nr. 3 BNatSchG.

Die Erstellung des gesamträumlichen Planungskonzeptes ist eine zeit- und kostenintensive Überprüfung der Planungsgrundlagen und kann die Verlängerung des Verfahrens zur Folge haben.

Bei einer Steuerung durch ein Bauleitplan-Verfahren ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung gesetzlich vorgesehen. § 3 BauGB ist hierbei die zentrale Vorschrift für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Planaufstellungsverfahren. Absatz 1 führt aus, dass die Gemeinde, sobald die Planung der Gemeinde hinreichend konkret geworden ist, die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, eventuelle Planungsalternativen und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und ihr Gelegenheit geben soll, die Planung zu erörtern. Der Gemeinde ist es freigestellt, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Verfahrensweise die Öffentlichkeit unterrichtet werden soll. § 3 Abs. 2 BauGB regelt das förmliche Auslegungsverfahren. Dieses ist die zweite Stufe der Öffentlichkeitsbeteiligung, bei der der Entwurf mit Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt werden.⁷⁴

⁷⁴ Rixner, Biedermann, 2010, S. 59 ff.

4.2.2. Reaktion der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen auf die Änderung des Landesplanungsgesetzes im Hinblick auf die Steuerung regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Deutlich formulierte Ziele der Verwaltungsgemeinschaft sind Energieeinsparung und die Verbesserung der Energieeffizienz. Außerdem soll durch die 2010 von der Stadt Aalen eingeführte Klimaschutzkonzeption „Aalen schafft Klima“ die Nutzung erneuerbarer Energien vorangetrieben werden und ein Zuwachs der erneuerbaren Energien von 175 GWh/a im Jahr 2010 auf ca. 380 GWh/a im Jahr 2025 geschaffen werden.

4.2.2.1. Bisherige Verfahrensschritte der Verwaltungsgemeinschaft

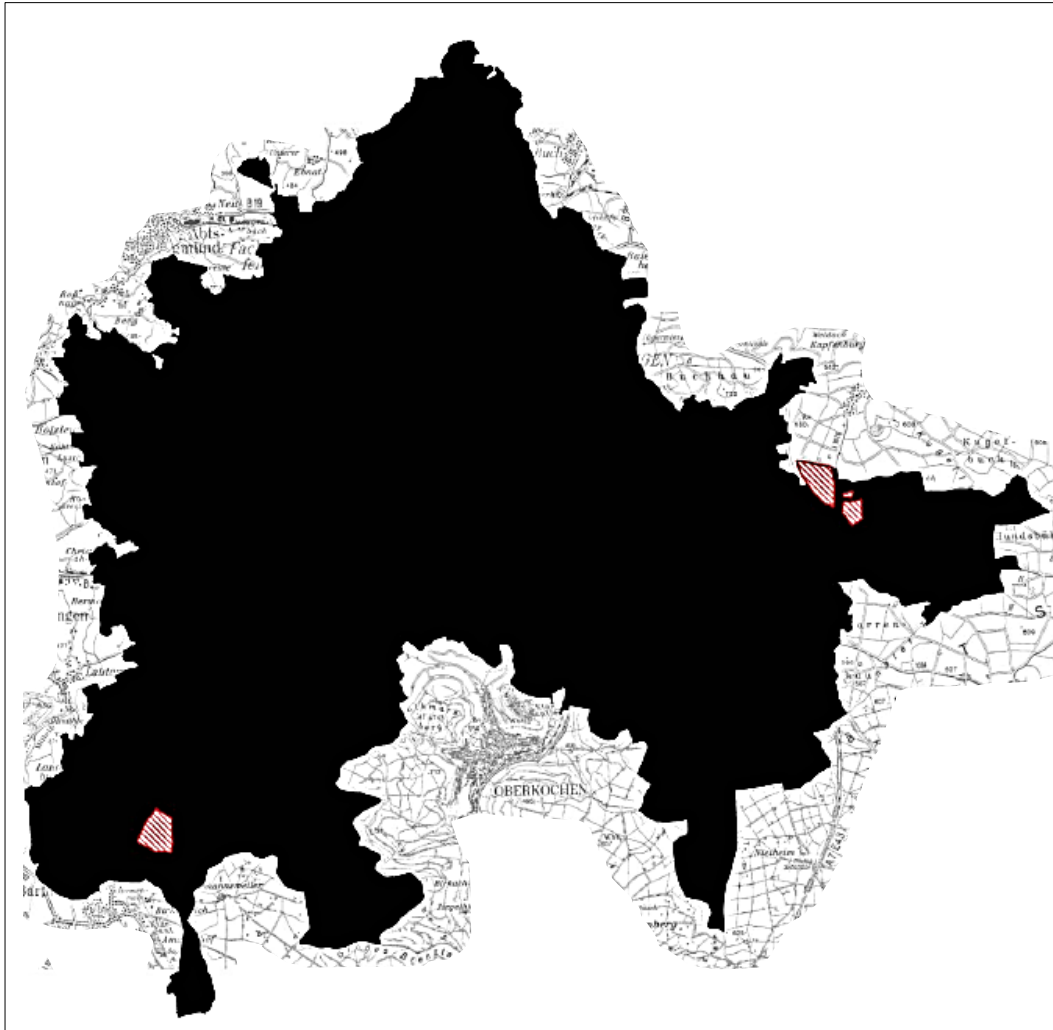


Abbildung 15: bisheriger Rechtszustand, Vorrang- und Ausschlussgebiete in der Verwaltungsgemeinschaft vor der Änderung des Landesplanungsgesetzes (Quelle: Stadtverwaltung Aalen)

In Abbildung 15 sind die vor der Änderung des Landesplanungsgesetzes ausgewiesenen Vorrang- und Ausschlussgebiete ersichtlich. Die schwarze Fläche stellte das Ausschlussgebiet, die rot-weiß schraffierte Fläche die Vorranggebiete für Windkraftnutzung dar. Im Bereich Aalen-Waldhausen (rechts in der Abbildung gelegene Vorranggebiete) ist ein am 20.06.2006 genehmigter Flächennutzungsplan vorhanden. Dieser behält auch nach

der Änderung des Landesplanungsgesetzes und der damit verbundenen Aufhebung regionalplanerisch ausgewiesener Standorte Gültigkeit.

Im Dezember 2011 wurde im Gemeinderat der Stadt Aalen ein Sachstandsbericht über geplante FNP-Teilfortschreibung Windenergie / Erneuerbare Energien in der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen vorgestellt. Im Januar 2012 wurde eine Kriterienliste für die Ausweisung von Eignungsflächen / Konzentrationszonen für raumbedeutsame Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Aalen entwickelt und im Gemeinderat vorgestellt.

Die Gemeinde Essingen hat sich bezüglich des Aufstellungsbeschlusses des sachlichen Teilflächennutzungsplans Erneuerbare Energien dafür ausgesprochen, dass die bislang im Windregionalplan ausgewiesene Vorrangfläche im Gebiet der Gemeinde Essingen (links in der Abbildung 16 gelegene Vorrangfläche) auch in den Teilflächennutzungsplan mitaufgenommen und hierbei eine maximale Nabenhöhe von 100 m festgesetzt werden soll.⁷⁵

⁷⁵ Protokoll des Scopingtermins am 25.04.2012 der Stadt Aalen, AZ:67-794.62 vom 07.05.2012, S. 2 f.

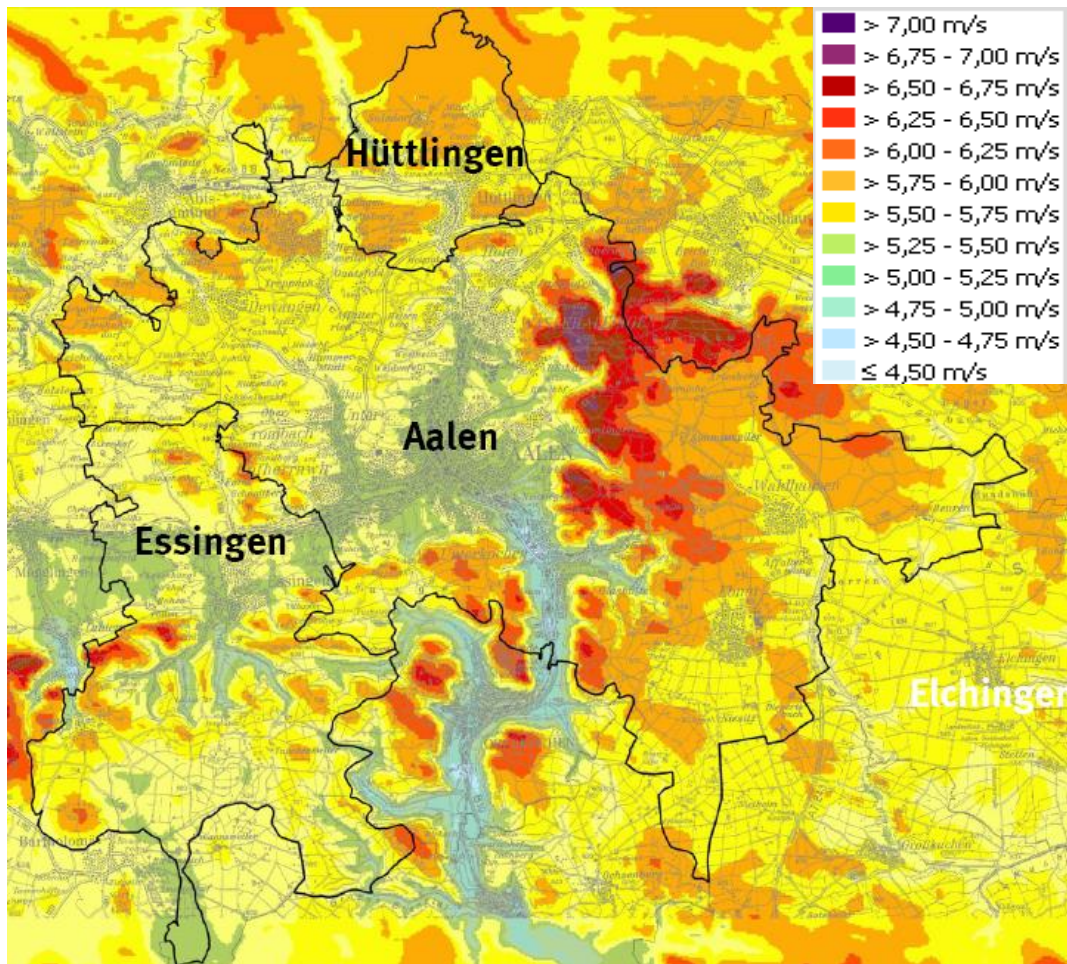


Abbildung 16: Windhöffigkeit 140 m über Grund für die Verwaltungsgemeinschaft (Quelle: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg)

Im Rahmen der Vorberatungen haben sich alle politischen Gremien dazu entschlossen, von der Steuerungsmöglichkeit des Flächennutzungsplans inklusive der dann gegebenen Möglichkeit einer umfassenden Bürgerbeteiligung Gebrauch zu machen. Die endgültige Entscheidung zur Aufstellung des „sachlichen Teilflächennutzungsplans Erneuerbare Energien“, mit den Teilbereichen Windkraft und Photovoltaik, hat der gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen in seiner öffentlichen Sitzung am 27. März 2012 getroffen. Die inhaltlichen Festlegungen erfolgten dann im Rahmen der weiteren Bearbeitung des Flächennutzungsplans.

Grundlage für zukünftige Konzentrationszonen für raumbedeutsame Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan waren die Windkraft-Suchräume des Regionalverbands Ostwürttemberg.

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens ist gem. § 2 BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen. Zur Erörterung des Untersuchungsrahmens und zur Ermittlung der bei den verschiedenen Fachbehörden, Umweltverbänden und sonstigen Stellen bereits vorhandenen und für den Themenbereich relevanten Umweltinformationen wurde im April 2012 ein Scoping-Termin in Anlehnung an § 5 UVPG durchgeführt. Bei diesem Termin konnten wichtige Informationen hinsichtlich der im weiteren Verfahren abzuarbeitenden umweltbezogenen Fragestellungen gewonnen werden. Aus den vorgebrachten Stellungnahmen, Anregungen und Bedenken konnten einige Erkenntnisse für das weitere Verfahren gewonnen werden. Zum einen wurde herausgearbeitet, dass sich die nahe am Albtrauf gelegenen Suchräume besonders konfliktreich gestalten, da hier zahlreiche Naturschutzbelange und regionalplanerische Zielsetzungen als Konflikte zu erwarten sind. Des Weiteren wird neben Landschaftsbildbeeinträchtigungen, Lärm, Erholungsvorsorge und den sonstigen Naturschutzfunktionen vor allem der Artenschutz eine erhebliche Rolle bei der Auswahl künftiger Konzentrationszonen spielen.

Der Regionalverband hat in seiner Verbandsversammlung, wie unter Punkt 4.1.2. ausgeführt, am 6. Juli 2012 die Vorranggebiete für Windkraft beschlossen. Auf dem Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft sind im Plan zur weiteren Fortschreibung des Regionalplans die bisherigen Vorganggebiete für Windkraft auf Gemarkung Waldhausen und Lauterburg weiterhin dargestellt.⁷⁶

⁷⁶ Anlage A zum Beschluss des Gemeinderats der Stadt Aalen vom 19.07.2012 (Sitzungsvorlage Nr. 6112/017), S. 9.

Darüber hinaus sollen zwei weitere Vorranggebiete, östlich vom bestehenden Windpark Waldhausen und südlich von Ebnat, ausgewiesen werden.

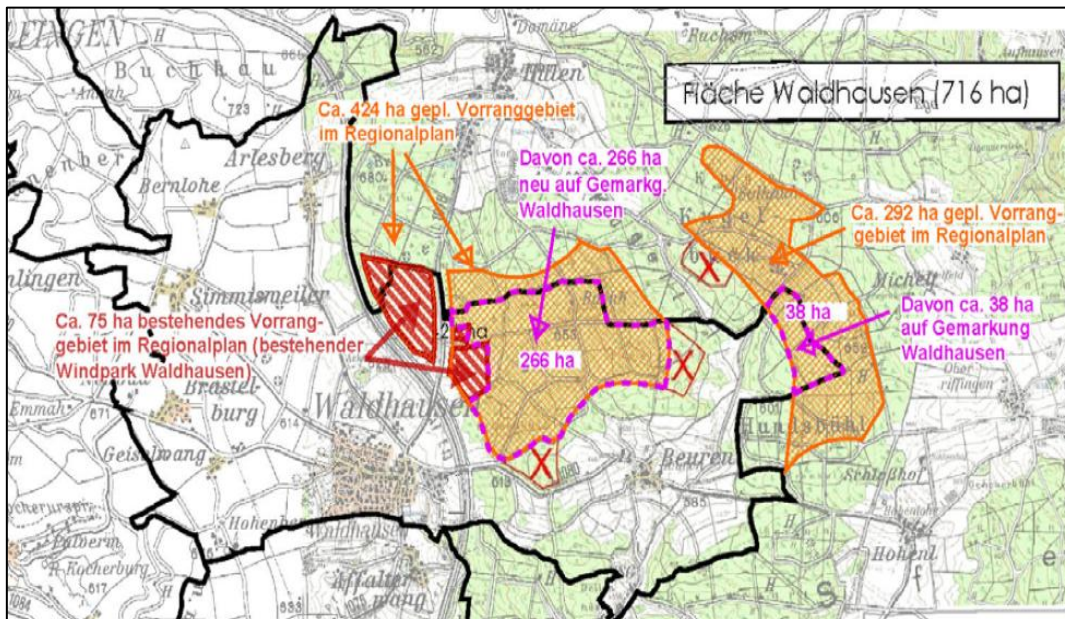


Abbildung 17: geplante Vorranggebiete des Regionalverbands auf der Gemarkung Waldhausen mit Beschluss vom 6. Juli 2012
(Quelle: Stadtverwaltung Aalen)

Der bestehende Windpark Waldhausen, mit einer Fläche von ca. 75 ha, wird durch die Neuausweisung des Vorranggebiets durch den Regionalverband um ca. 266 ha auf der Gemarkung Waldhausen vergrößert. Ein weiteres Vorranggebiet soll östlich vom bestehenden Windpark Waldhausen im Regionalplan mit einer Größe von insgesamt ca. 292 ha, ausgewiesen werden, wovon sich ca. 38 ha auf der Gemarkung Waldhausen befinden.

Das geplante Vorranggebiet südlich von Ebnat hat eine Gesamtfläche von ca. 327 ha, wobei sich ca. 190 ha auf der Gemarkung Ebnat befinden.

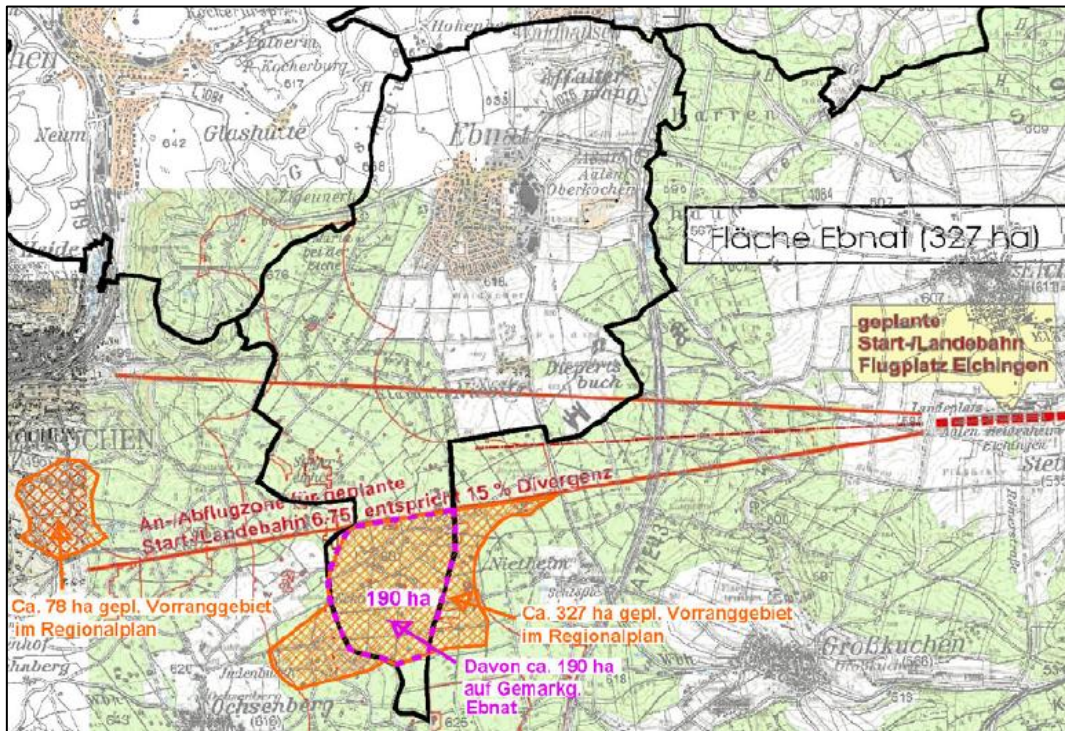


Abbildung 18: geplantes Vorranggebiet des Regionalverbands auf der Gemarkung Ebnet mit Beschluss vom 6. Juli 2012
(Quelle: Stadtverwaltung Aalen)

Die Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen will die Möglichkeit nutzen, zusätzliche Vorranggebiete bzw. Konzentrationszonen für Windkraftanlagen im Bauleitverfahren zu prüfen und auszuweisen. Dies erfordert aber zusätzlichen planerischen Untersuchungsaufwand und geht nur im Rahmen der Maßgaben der Tabubereiche und Prüfflächen. Diese Möglichkeit der zusätzlichen Ausweisung kann nur erfolgen, wenn im Plangebiet noch ausreichend windhöffige Bereiche vorhanden sind, für die bisher weder eine Festlegung als Vorrangfläche im Regionalplan erfolgt ist, noch dort anderweitige raumordnerische Ziele mit einer Windkraftnutzung unvereinbar sind.⁷⁷

In einem ersten Schritt sollen für den Entwurf des Flächennutzungsplans im Stadtgebiet Aalen als künftige Konzentrationszonen Windkraft in

⁷⁷ Anlage A zum Beschluss des Gemeinderats der Stadt Aalen vom 19.07.2012 (Sitzungsvorlage Nr. 6112/017), S. 11.

Übereinstimmung mit den Planungen der übergeordneten Planungsbehörde die Fläche südlich von Ebnat und die Fläche östlich vom bestehenden Windpark Waldhausen weiter verfolgt werden.⁷⁸

4.2.2.2. Weitere Verfahrensschritte und Planungsvorhaben der Verwaltungsgemeinschaft

Da sich die Verwaltungsgemeinschaft entschieden hat, zwei Flächen als mögliche Konzentrationszonen für Windkraftnutzung weiter zu untersuchen, müssen aus der Sicht des Artenschutzes zunächst Vorkommen von windkraftempfindlichen und störungsanfälligen Vogelarten, sowie Fledermäusen überprüft werden.

Eine erste Einschätzung wurde hier von den örtlichen Naturschutzverbänden, die sich mit dem Thema Vogel- und Fledermausschutz beschäftigen, gegeben. Hauptsächlich muss in beiden Gebieten mit dem Vorkommen von Rot- und Schwarzmilan, sowie mit Fledermäusen gerechnet werden.⁷⁹ Diese Untersuchungen werden von der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben, um den artenschutzrechtlichen Voraussetzungen gerecht zu werden.

Außerdem werden die möglichen Konzentrationszonen in jeglicher Hinsicht auf die Voraussetzungen hin überprüft, sodass das Verfahren der Fortschreibung des Teilflächennutzungsplans „Erneuerbare Energien“ der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen gesetzeskonform durchlaufen werden kann.

⁷⁸ Anlage A zum Beschluss des Gemeinderats der Stadt Aalen vom 19.07.2012 (Sitzungsvorlage Nr. 6112/017), S. 13.

⁷⁹ Stellungnahme AG Fledermausschutz Ostalb

5. Bewertung und Handlungsempfehlungen anhand der Vorgehensweisen des Regionalverbands Ostwürttembergs und der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen

Um die Energiebereitstellung aus erneuerbaren Energien zu fördern und die Energiewende zu schaffen, muss das gesamte Potential überprüft, analysiert und sinnvoll genutzt werden. Die bisherigen Vorranggebiete für Windkraftnutzung in der Region Ostwürttemberg waren fast ausgeschöpft. Die Änderung des Landesplanungsgesetzes und die damit verbundene Aufhebung der Ausschlussgebiete macht nun die Nutzung des Potentials möglich. Daher war es erforderlich die Region erneut hinsichtlich ihres Windkraftpotentials zu untersuchen, um die bestmögliche Nutzung der Windkraft zu garantieren.

Die Region Ostwürttemberg wird im Regionalplan neue Vorranggebiete für Windkraft ausweisen, die ab 1. Januar 2013 Geltung haben. Dabei hat der Regionalverband fast alle möglichen Standorte für Windkraftanlagen als Vorranggebiete im Entwurf ausgewiesen. Das hat zur Folge, dass die Kommunen wenig eigenen Spielraum haben und sich die Steuerung der Windkraftnutzung über ein Flächennutzungsplanverfahren als schwierig darstellt.

Es ist sinnvoll, wie der Verband Region Stuttgart agiert, dass den Kommunen mehr Gestaltungsfreiraum gegeben wird. Die Kommunen können eigene Planungen durchführen und mögliche Standorte für Windkraftnutzung als Vorranggebiete in einem Bauleitplanverfahren ausweisen, um in ihrem Gebiet Planungs- und Investitionssicherheit zu erhalten.

Die Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen hat schon bevor der Entwurf der Regionalplan-Teilfortschreibung beschlossen wurde, den Entschluss gefasst, selber tätig zu werden und eine Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans durchzuführen. Denn werden durch entsprechende Darstellungen im Flächennutzungsplan Konzentrationszonen für Windkraftanlagen ausgewiesen, sind diese außerhalb dieser Zone in der Regel unzulässig.

Die häufig diskutierten Besorgnisse der Bürger, dass einzelne Windkraftanlagen das Landschaftsbild verschlechtern oder das Wohnen durch Lärm oder Schattenwurf beeinträchtigen würden, können durch eine Ausweisung im Flächennutzungsplanverfahren diskutiert und ausgeräumt werden, da nur an gezielten Standorten, an denen alle Voraussetzungen für eine Windkraftnutzung gegeben sind, Windkraftanlagen installiert werden können. Hierbei miteingeschlossen sind u.a. die Belange des Lärms oder Abstände zur Wohnbebauung.

Dabei spielt eine frühzeitige Einbeziehung der Bürger eine wichtige Rolle, da im Austausch mit den Bürgern und den Planungsverantwortlichen bestehende oder aufkommende Bedenken und Fragen diskutiert werden können und auf die Vorschläge von Bürgern eingegangen werden kann. Dies ist auf der einen Seite wichtig für die Planungsverantwortlichen, die die Meinungen der Bürger erfahren und umsetzen können, aber auch auf der anderen Seite für die Bürger, die Informationen erhalten in Bezug auf die Planungen und dazu Stellung nehmen können. Dadurch kann eine breite Akzeptanz in der Bürgerschaft hergestellt werden. Ein weiterer Vorteil einer ausführlichen Bürgerbeteiligung ist eine höhere Rechtssicherheit, da nach Ablauf der Einwendungsfrist grundsätzlich keine Einwendungen gegen das Vorhaben mehr möglich sind.

Ein derartiges Vorgehen ist sinnvoll, da wenn keine Ausweisung im Flächennutzungsplan erfolgt, richtet sich die Zulässigkeit von Windkraftanlagen nach den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen. Bei einem solchen Verfahren können Abstände zu beispielsweise Wohnbebauung auf Grund entsprechender Gegebenheiten verringert werden.

Außerdem muss eine Bürgerbeteiligung nicht durchgeführt werden, was das Vorhaben zwar beschleunigt, aber eine aktive Beteiligung der Bürger ausschließt und sich daher die Akzeptanz eines solchen Vorhabens gering darstellt.

Die Vorbereitungen und Planungen eines solchen Flächennutzungsplanverfahrens sind langwierig und kostenintensiv. Die naturschutzrechtlichen und artenschutzrechtlichen Voraussetzungen müssen häufig über einen Zeitraum eines Jahres überprüft werden. Dies hat die Verlängerung des Verfahrens und erhöhte Kosten zur Folge.

Problematisch gestaltet sich in erster Linie die Zeit und die Kosten. Dabei ist allerdings nicht zu vergessen, dass der Untersuchungsrahmen, der derzeit noch nicht festgelegt wurde, momentan ein zusätzliches Problem darstellt. Das bedeutet, dass die Kommunen, die so schnell wie möglich Planungssicherheit erlangen und mit den Vorbereitungen des Verfahrens beginnen wollen, aktuell noch auf Handlungsrichtlinien warten müssen, um das Verfahren korrekt durchführen zu können.

Man kann sagen, dass eine sorgfältige Standortauswahl im Flächennutzungsplanverfahren, die auf der einen Seite zwar zeit- und kostenintensiv ist, die Windkraftanlagen aber auf der anderen Seite gezielt und nur in den wirtschaftlich sinnvollen Gebieten zulässt, unerlässlich ist.

Dies stellt für die Kommunen, für Investoren, aber auch für die Bürger Sicherheit und Transparenz dar. Auf Grund dessen kann eine große Akzeptanz in Bezug auf Windkraft erreicht werden.

Die Risiken einer Windkraftanlage dürfen allerdings nicht vernachlässigt, sondern müssen angesprochen werden. Eine breite Akzeptanz erreicht man u.a., wenn die Risiken verringert werden, indem eine sorgfältige Standortauswahl, unter Einhaltung von Abstandsregelungen, Lärmregelungen, technische Vorgaben, etc. erfolgt.

Dadurch kann man den Stellenwert der Windkraft in Baden-Württemberg erhöhen und aus einem Mix aus erneuerbaren Energien die Energiewende schaffen.

6. Schluss

Der Ausbau der Windkraftnutzung ist unerlässlich. Ein Schritt in diese Richtung stellt die Änderung des Landesplanungsgesetzes dar mit der Möglichkeit der Windkraftnutzung erleichtert Raum einzuräumen. Dennoch muss ein durchdachtes Konzept ausgearbeitet werden, um wirtschaftliche Standorte zu nutzen und u.a. die naturschutz- und artenschutzrechtlichen Belange zu überprüfen und zu beachten. Dabei muss der Zeit- und Kostenaufwand für derartige Planungsverfahren berücksichtigt werden und in die Entscheidung der Kommunen miteinfließen. Außerdem bedarf der Ausbau der Windkraftnutzung einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung, was die Kommunen durch eine Einbindung der Öffentlichkeit in ihre Planungsprozesse bewirken können. Die „Verspargelung“, die der ehemalige Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Erwin Teufel mit der Windkraft verbunden und nach außen vertreten hatte, muss durch eine umfassende Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Planungen verändert werden. Denn nur durch den Ausbau und der Weiterentwicklung der Windkraftnutzung kann das Ziel der Bundesregierung bis zum Jahr 2020 mindestens 10 % des Stroms aus Windkraft zu decken erreicht werden.

Dennoch müssen alle Energieformen aufeinander abgestimmt werden und zusammen zu einer ausgewogenen Energieversorgung beitragen. Daher eignet sich ein Energie-Mix, in dem alle erneuerbare Energien enthalten sind, um Schwankungen in der Stromproduktion auszugleichen und sich nicht von einer Energieform alleine abhängig zu machen.

7. Anlagen

Anlagenverzeichnis

- A1** Bundesregierung: „Nutzung der Kernenergie“
- A2** Pressemitteilung Dr. Norbert Röttgen: „Ein Jahr Fukushima - gemeinsam in eine bessere Energiezukunft“, 11.03.2012
- A3** Beschlüsse des Bundestags am 30.06.2012 und 01.07.2012
- A4** Windenergieerlass Baden-Württemberg
- A5** Pressemitteilung Franz Untersteller: „Grundlagen zum Erreichen unseres 10-Prozent-Ziels zum Jahr 2020 sind geschaffen.“, 11.05.2012
- A6** Beschluss Gemeinderat Aalen (Sitzungsvorlage 6112/002) mit Anlagen
- A7** Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 2002
- A8** Das System der Raumplanung
- A9** Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes
- A10** Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, Gesetzesblattverkündung
- A11** Regionalplan Ostwürttemberg
- A12** Schreiben des Regionalverbands Ostwürttemberg vom 10.11.2011

- A13** Entwurf Teilfortschreibung Erneuerbare Energien
- A14** Regionalplan Verband Region Stuttgart
- A15** Sitzungsvorlage Nr. 68/2012 der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart
- A16** Beschluss Gemeinderat Aalen (Sitzungsvorlage 6112/017) mit Anlagen
- A17** Protokoll Scopingtermin
- A18** Stellungnahme AG Fledermausschutz Ostalb
- A19** Textteil des Umweltberichts zur Teilfortschreibung des Regionalplans des Verbands Region Stuttgart
- A20** Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie – Energie in Deutschland – Trends und Hintergründe zur Energieversorgung
- A21** Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit - Erneuerbare Energien-Innovationen für eine nachhaltige Energiezukunft
- A22** Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie – Energiekonzept 2010
- A23** Ethikkommission – Deutschlands Energiewende Mai 2011

- A24** Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -
Entwicklung der Erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr
2011 - Grafiken und Tabellen
- A25** Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -
Erfahrungsbericht zum Erneuerbare Energien Gesetz 2011

Alle Anlagen befinden sich auf der CD.

8. Literaturverzeichnis

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg; SPD Baden-Württemberg:

„Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD Baden-Württemberg“, 2011

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe:

„Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen (Kurzstudie)“, 2009

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

„Erneuerbare Energien in Zahlen – Nationale und internationale Entwicklung“, Juni 2009

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

„Erneuerbare Energien in Zahlen – Nationale und internationale Entwicklung“, Juli 2011

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Internet-Update „Erneuerbare Energien in Zahlen“, Januar 2012

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

„Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2011 – Grafiken und Tabellen“, März 2012

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

„EEG - Das Erneuerbare Energien Gesetz“, Juli 2007

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

„Erfahrungsbericht 2011 zum Erneuerbare-Energien-Gesetz“, Juni 2011

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

„Erneuerbare Energien - Innovationen für eine nachhaltige Energiezukunft“, Oktober 2011

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

„Energie in Deutschland – Trends und Hintergründe zur Energieversorgung“, August 2010

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie;**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:**

„Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“, 28. September 2010

Bundesregierung:

„Nutzung der Kernenergie“,

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Themen/Th/Energiepolitik/energiepolitik-2006-07-31-nutzung-der-kernenergie.html>,
letzter Aufruf: 21. August 2012

Edelbluth, Markus / Heilshorn, Torsten:

„Die geplante Novelle des Landesplanungsgesetzes zur Windenergie 2011“, in „Die Gemeinde (BWGZ)“, Dezember 2011, S. 1000 - 1005

Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“:

„Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft“,
30. Mai 2011

Koch, Hans-Joachim / Hendl, Reinhard:

„Baurecht, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht“, 5. Auflage, 2009

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg:

Windatlas Baden-Württemberg, <http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/82723/>, letzter Aufruf: 21. August 2012

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg:

„Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2011, Erste Abschätzung“, März 2012

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Ministerium für Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft:

„Windenergieerlass Baden-Württemberg“, Mai 2012

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg:

„Das System der räumlichen Planung“, <http://www.mvi.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/100617/>, letzter Aufruf: 21. August 2012

Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Norbert Röttgen: „Ein Jahr Fukushima - gemeinsam in eine bessere Energiezukunft“, 11. März 2012

Pressemitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft:

Franz Untersteller: „Grundlagen zum Erreichen unseres 10-Prozent-Ziels zum Jahr 2020 sind geschaffen.“, 11. Mai 2012, <http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/94185/>, letzter Aufruf: 21. August 2012

Regierung des Landes Baden-Württemberg:

„Verordnung der Landesregierung über die Verbindlicherklärung des Landesentwicklungsplans 2002“, 23.07.2002

Regionalverband Ostwürttemberg:

„Regionalplan 2010“, 1998

Rixner, Florian / Biedermann, Robert u.a.:

„Systematischer Praxiskommentar BauGB / BauNVO“, Mai 2010

Ruf, Dietmar:

„Der Ausbau der Windkraft und ihre Bedeutung für die Gemeinden und die kommunale Bauleitplanung“, in „Die Gemeinde (BWGZ)“, Dezember 2011, S. 1006 - 1029

Spannowsky/ Runkel/ Goppel:

„Raumordnungsgesetz“, 2010

Verband Region Stuttgart:

„Regionalplan für die Region Stuttgart“, 22. Juli 2009

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg:

„Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg“, 2002

9. Erklärung

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum, Unterschrift

Bundesregierung „Nutzung der Kernenergie“

(<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/ThemenAZ/Energiepolitik/energiepolitik-2006-07-31-nutzung-der-kernenergie.html>)

Die Bundesregierung hat in der Koalitionsvereinbarung vom November 2005 festgelegt, dass die am 14. Juni 2000 zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vereinbarung zum Atomausstieg unverändert gilt.

Die darin enthaltenen Verfahren über die Stilllegung von Kernkraftwerken haben Bestand. Das gleiche gilt für das auf dem Konsens aufbauende Atomgesetz von 2002. Die Novelle änderte das Atomgesetz von 1959 grundlegend: statt der Förderung der Kernenergie wurde nunmehr ihre geordnete Beendigung zum Ziel erklärt.

Der sichere Betrieb der Kernkraftwerke hat für die Bundesregierung höchste Priorität. In diesem Zusammenhang wird die Forschung zum sicheren Betrieb von Kernkraftwerken fortgesetzt und ausgebaut.

Die Bundesregierung übernimmt auch die nationale Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Sie wird diese Frage zügig lösen. Noch in dieser Legislaturperiode wird sie zu einer Lösung zu kommen.

Anteil der Kernenergie wird geringer

Die Energieversorgung Deutschlands ist breit gefächert. Mineralöl und Erdgas zusammen liegen seit Jahren relativ stabil bei fast 60 Prozent. Erdgas hat gegenwärtig einen Anteil von 23 Prozent, Steinkohle von 13 Prozent, Kernenergie von 12 Prozent und Braunkohle von 11 Prozent. Der Beitrag der erneuerbaren Energien erreichte 2005 einen Anteil von 4,6 Prozent.

Betrachtet man nur die Stromerzeugung, so basiert diese in Deutschland gegenwärtig auf den „drei Säulen“ Kernenergie (26 Prozent), Braunkohle (25 Prozent) und Steinkohle (22 Prozent). Aber auch Erdgas (11 Prozent) und erneuerbare Energien (10 Prozent) tragen substantziell zur Stromerzeugung bei. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kräftig erhöht, insbesondere durch den Ausbau der Windenergie.

Nach den Regelungen des Atomgesetzes wird der Beitrag der Kernkraft zur Stromerzeugung von derzeit 163 TWh (etwa 26 Prozent der Gesamterzeugung) bis zum Jahr 2023 auslaufen. Die danach vorgesehene Abschaltung der Anlagen richtet sich nach den gesetzlich festgelegten Reststrommengen, der jährlichen Stromerzeugung sowie der Übertragung von Strommengen zwischen den Anlagen.

Endlagerung radioaktiver Abfälle

Radioaktive Abfälle können Millionen von Jahren Strahlung abgeben. Sie müssen deshalb sicher gelagert werden. In Deutschland ist die Endlagerung in tiefen geologischen Formationen vorgesehen. Die Abfalleinlagerungen in dem ehemaligen

Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) sind im September 1998 beendet worden. Für dieses Endlager wird ein Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung durchgeführt.

Solange ein betriebsbereites Endlager nicht zur Verfügung steht, müssen die radioaktiven Abfälle zwischengelagert werden. So werden zum Beispiel die abgebrannten Brennelemente in Zwischenlagern in der Nähe der Atomkraftwerke aufbewahrt.

Für die bereits vorhandenen circa 5.500 Tonnen hochradioaktiver Abfälle und die rund 100.000 m³ schwach- und mittelradioaktiven Abfälle sowie die zukünftig noch anfallenden radioaktiven Abfälle muss ein Endlager gesucht und eingerichtet werden. Dies muss den hohen Anforderungen gerecht werden, die für den langfristigen Schutz von Mensch und Umwelt vor den Gefahren radioaktiver Abfälle bestehen.

Weltweit gibt es heute noch kein Endlager für bestrahlte Brennelemente aus Kernkraftwerken.

Bundesumweltminister Röttgen: Ein Jahr Fukushima - gemeinsam in eine bessere Energiezukunft

Vor einem Jahr, am 11. März 2011, ereignete sich in Japan eine Dreifachkatastrophe. Nach einer schrecklichen Naturkatastrophe mit einem Erdbeben und einem Tsunami folgte der katastrophale Unfall im Kernkraftwerk

Fukushima. Durch die Naturkatastrophe verloren mehr als 15.800 Menschen ihr Leben, über 5.800 Menschen wurden verletzt, heute werden immer noch 3.300 Menschen vermisst.

380.000 Menschen wurden anfangs aus der gesamten Katastrophenzone evakuiert.

Dazu erklärt Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen:

Wir gedenken gemeinsam mit den Menschen in Japan der Toten und Vermissten der dreifachen Katastrophe. Unser Mitgefühl gilt insbesondere den Angehörigen der Opfer, die dabei ihr Leben verloren haben und den vielen Menschen, die obdachlos wurden und über Monate hinweg schweres Leid ertragen mussten. Die Bilder aus Japan von den leidenden Menschen, der verwüsteten Umwelt und den zerstörten Reaktoren haben sich tief in uns eingegraben. Uns ist bitter vor Augen geführt worden, dass der Mensch die Natur nicht beherrschen kann und auch nicht jede Technik. Das musste auch ein solch technisch hochentwickeltes Land wie Japan erfahren.

Die Katastrophe von Fukushima ist nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl die zweite Zäsur in der Nutzung der Kernenergie. Wir hatten aus Tschernobyl gelernt, aber nicht genug. Wir hatten das Restrisiko immer noch unterschätzt, weil man die Ursache für den Unfall in Tschernobyl vor allem im menschlichen Versagen gesehen hat. Jetzt, nach der Katastrophe in Fukushima, ist das Restrisiko plötzlich Realität geworden.

Die Ereignisse in Fukushima haben bei uns erneut eine heftige Debatte über die Nutzung der Kernenergie ausgelöst. Diese hatte einen schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie zum Ergebnis. Die Bundesregierung hat die Risiken der Kernenergie neu bewertet und die Konsequenzen daraus gezogen. Eine Grundlage dafür war die Überprüfung aller Kernkraftwerke durch die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK). Ebenso die gesellschaftliche Bewertung durch die Ethikkommission.

Die Bundesregierung hat schnell und entschlossen gehandelt. Die Beschlüsse, die wir unter dem Begriff "Energiewende" gefasst haben, sind kein Endpunkt, sondern ein Startpunkt. Wir haben ein umfangreiches Paket zur Energiewende auf den Weg gebracht, mit dem der Einstieg in das Zeitalter der regenerativen Energien beschrieben wird. Wir konnten dabei auf das anspruchsvolle Energiekonzept vom Herbst 2010 zurückgreifen, in dem bereits ein ökonomisch durchdachter, ein realistischer Einstieg in die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz formuliert worden war. Nach Fukushima haben wir uns entschieden, diesen Prozess zu beschleunigen.

Aber nicht nur bei uns, auch in vielen anderen Ländern hat ein Nachdenken über die Kernenergie und die Neuausrichtung der Energiepolitik eingesetzt. Auch in Japan wird verstärkt über den Einsatz von erneuerbaren Energien und noch mehr Energieeffizienz diskutiert. Deutschland ist international bisher das einzige große Industrieland, das eine solche

Energiewende beschlossen hat. Im Ausland wird mit großer Aufmerksamkeit und hohem Interesse verfolgt, ob uns diese Energiewende gelingt. Denn es geht nicht nur um Energieversorgung, sondern um Industrie- und Technologiepolitik. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Ressourcen schonende Technologien sind der Kern von Wachstum und Wettbewerb. Wir wollen und werden Industrieland bleiben und unsere industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken. Ob andere Länder unser Modell übernehmen, hängt auch davon ab, dass wir erfolgreich sind.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz schaffen Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Die Energiewende ist das größte Modernisierungs- und Infrastrukturprojekt der nächsten Jahrzehnte.

© Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Die Beschlüsse des Bundestages am 30. Juni und 1. Juli

(http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34915890_kw26_angenommen_abgelehnt/index.html)

Der Bundestag hat am Freitag, 1. Juli 2011, und am Donnerstag, 30. Juni, folgende Beschlüsse gefasst, zum Teil ohne vorherige abschließende Aussprache:

Atomausstieg: Die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität soll zeitlich gestaffelt bis Ende 2022 beendet werden. Dies hat der Bundestag am 30. Juni beschlossen, als er die gleichlautenden Gesetzentwürfe von CDU/CSU und FDP (17/6070) zur Änderung des Atomgesetzes unverändert auf Empfehlung des Umweltausschusses (17/6361) annahm. 513 Abgeordnete stimmten für, 79 Abgeordnete gegen den Atomausstieg, acht Abgeordnete enthielten sich. Der gleichlautende Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/6246) wurde für erledigt erklärt. Bei Enthaltung von Linksfraktion und SPD lehnte der Bundestag einen Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen (17/6368) dazu ab. Unter anderem hatte die Fraktion gefordert, die Sicherheit der zunächst weiterlaufenden Atomkraftwerke deutlich zu verbessern. Acht ältere Atomkraftwerke sollten zum 15. Juni 2011 endgültig ihre Betriebserlaubnis verlieren, hatte die SPD in einem Gesetzentwurf für eine beschleunigte Stilllegung von Atomkraftwerken (17/5179) gefordert. Bei Enthaltung der Linksfraktion stimmten nur die Grünen mit der SPD für diese Initiative. Die vorzeitige Stilllegung eines Atomkraftwerks soll nicht den längeren Betrieb eines anderen Atomkraftwerks ermöglichen, hatte Die Linke in einem Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes (17/5472) verlangt. Alle anderen Fraktionen lehnten dieses Anliegen ab. Den Atomkonsens des Jahres 2000 wiederherzustellen, hatten Bündnis 90/die Grünen in einem Gesetzentwurf (17/5035) verlangt. Union, FDP und Linksfraktion lehnten ihn ab, die SPD enthielt sich. In einem weiteren Gesetzentwurf (17/5180) hatten die Grünen gefordert, den sieben ältesten Atomkraftwerke und der Anlage Krümmel die Betriebserlaubnis zu entziehen. Die Linke unterstützte diese Initiative, die SPD enthielt sich, Union und FDP lehnten sie ab. Für alle Kraftwerke einen festen Endzeitpunkt festzulegen und den Atomausstieg 2017 zu vollenden, hatte ein weiterer Gesetzentwurf der Grünen (17/5931) zum Ziel. Die Koalition lehnte ihn ab, während sich SPD und Linke enthielten. Keine Mehrheit fand auch ein Antrag der Linken (17/5478), die sieben ältesten Meiler und Krümmel sofort stillzulegen. Die Grünen unterstützten dies, die SPD enthielt sich, die Koalitionsfraktionen lehnten ab. Auf einen Atomausstieg bis Ende 2014 zielte ein weiterer Antrag der Linken (17/6092) ab, zu dem sich die Grünen enthielten, während ihn die anderen Fraktionen ablehnten. Nach dem Willen der Grünen sollte ein unabhängiges Institut mit der Prüfung der Versorgungssicherheit für die nächsten zwei Jahre beauftragt werden, hatten die Fraktion in einem Antrag (17/6109) gefordert, den SPD und Linke unterstützten, die Koalition aber ablehnte. In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag schließlich einen Gesetzentwurf der Linksfraktion (17/5374) abgelehnt, der darauf abzielte, den Ausstieg aus der Atomenergie im Grundgesetz zu verankern. 461 Abgeordnete stimmten gegen, 71 für das Anliegen, 67 enthielten sich. Zuvor hatte bereits der

Innenausschuss die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen (17/6349). Die Linke wollte die Nutzung von Atomenergie zur Erzeugung von Elektrizität im Grundgesetz für verfassungswidrig erklären und den "unumkehrbaren Ausstieg" im Grundgesetz festschreiben.

Energiewende: Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien soll kontinuierlich erhöht werden und bis 2020 auf mindestens 35 Prozent, bis 2030 auf mindestens 50 Prozent, bis 2040 auf mindestens 65 Prozent und bis 2050 auf mindestens 80 Prozent steigen. Dies beschloss der Bundestag am 30. Juni, als er den Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (17/6071) in der vom Umweltausschuss geänderten Fassung (17/6363) mit Koalitionsmehrheit gegen das Votum der Opposition annahm. Der gleichlautende Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/6247) wurde für erledigt erklärt. Der Bundestag lehnte einen Entschließungsantrag der Linksfraktion (17/6369) mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen ab, wonach der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf mindestens 45 Prozent ansteigen sollte. Keine Mehrheit fand ein Antrag der SPD, aus der Atomenergie auszusteigen, die Energieeffizienz voranzubringen, Energienetze und -speicher auszubauen, den Vorrang für erneuerbare Energien und Wettbewerb sicherzustellen sowie die Klimaschutzziele umzusetzen (17/5182). Die Grünen unterstützten die SPD, Die Linke enthielt sich. Die Grünen hatten die Bundesregierung in einem Antrag (17/5202) aufgefordert, den Atomausstieg bis spätestens 2017 zu vollenden und ein Sofortprogramm für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien aufzulegen. Die SPD stimmte mit den Grünen, Die Linke enthielt sich, Union und FDP lehnten den Antrag ab. Ein Antrag der SPD zum zehnjährigen Bestehen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (17/778) fand auf Empfehlung des Umweltausschusses (17/4953) keine Zustimmung, obwohl die Opposition geschlossen dafür stimmte. Unter anderem hatte die Fraktion verlangt, die Netz- und Marktintegration der erneuerbaren Energien mit wirksamen Anreizmechanismen zu unterstützen. Auch der Antrag der Grünen (17/799), Rahmenbedingungen zu setzen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, wurde mit Koalitionsmehrheit abgelehnt. SPD und Linke enthielten sich. Schließlich lehnte der Bundestag in namentlicher Abstimmung einen Antrag der SPD-Fraktion (17/6292) ab, die Energiewende "zukunftsfähig" zu gestalten. 320 Abgeordnete stimmten dagegen, 140 dafür, 136 enthielten sich. Die SPD hatte die Regierung aufgefordert, eine weitere Novelle des Atomgesetzes vorzulegen, um ein regelmäßiges Monitoring zur Beschleunigung des Atomausstiegs festzulegen. Auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Energiewirtschaftsgesetz und weitere, gerade erst beschlossene Gesetze sollten novelliert werden, um die aus Sicht der SPD zahlreichen Mängel der jetzigen gesetzlichen Änderungen zu beseitigen.

Energiewirtschaftsrecht: Angenommen hat der Bundestag am 30. Juni einen Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften (17/6072) in der vom Wirtschaftsausschuss geänderten Fassung (17/6365). Linke und Grüne stimmten dagegen, die SPD enthielt sich. Ein gleichlautender Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/6248) wurde für erledigt erklärt. Ziel des Gesetzes ist es unter anderem, die Netzgesellschaften durch Entflechtungsregelungen für Transportnetze zu stärken, eine gemeinsame Netzausbauplanung aller Netzbetreiber herbeizuführen und die Fristen beim Wechsel des Stromlieferanten für die Verbraucher zu kürzen. Ein Atomkraftwerk soll im Reservebetrieb verbleiben. Abgelehnt wurde ein Antrag der SPD, die Anreiz- und Förderinstrumente für Fotovoltaik, Geothermie, Kraft-Wärme-Kopplung, Energieeffizienz und Energieforschung zu erhalten und auszubauen (17/5181). Die Grünen unterstützten die SPD, Die Linke enthielt sich. Die SPD scheiterte mit einem weiteren Antrag (17/5481), der ihr "Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung" zur Debatte um Atomausstieg und Energiewende enthält. Alle anderen Fraktionen lehnten dieses Programm ab. Die Linke hatte in einem Antrag gefordert, eine staatliche Strompreisaufsicht einzuführen, Preiserhöhungen bis dahin auszuschließen, Sozialtarife einzuführen und Stromsperrern bei Zahlungsunfähigkeit zu verbieten (17/5760). Auch hier stimmten alle anderen Fraktionen dagegen.

Ausbau der Energienetze: Die Bundesnetzagentur soll bei Höchstspannungsleitungen von grenzüberschreitender oder länderübergreifender Bedeutung die Raumverträglichkeit bundeseinheitlich prüfen und in bestimmten Fällen die Planfeststellung übernehmen. Dies beschloss der Bundestag am 30. Juni, als er den Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (17/6073) in der vom Wirtschaftsausschuss geänderten Fassung (17/6366). 316 Abgeordnete votierten für den Entwurf, 214 dagegen, 71 enthielten sich. Der gleichlautende Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/6249) wurde für erledigt erklärt. Geregelt wird im Gesetz auch die Anbindung von Offshore-Windenergieanlagen im Meer und ausländischer Stromnetze. Bei Enthaltung der Grünen abgelehnt wurde ein Entschließungsantrag der Linksfraktion (17/6370), in dem unter anderem ein Masterplan für den Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur in Deutschland gefordert wurde. Keine Mehrheit fand auch ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (17/5762), der Maßnahmen zum Aus- und Umbau der Stromnetze, zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung und zur Verfahrensbeschleunigung enthielt. Union, SPD und FDP lehnten ihn ab, Die Linke unterstützte ihn.

Energieeffizienz: Gegen das Votum der Opposition hat der Bundestag am 30. Juni einen Antrag der SPD (17/4528) abgelehnt, in dem die Bundesregierung aufgefordert worden war, einen Energieeffizienzaktionsplan und ein Gesetz zur

Effizienzsteigerung und Energieeinsparung vorzulegen. Die nationalen Fördersysteme sollten auf EU-Ebene gestärkt werden und öffentliche Körperschaften eine Vorbildrolle übernehmen. Der Bundestag schloss sich bei seinem Votum einer Empfehlung des Wirtschaftsausschusses (17/4785) an. Auf Empfehlung des Verkehrs- und Bauausschusses (17/5225) hat der Bundestag am 30. Juni einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (17/4017) abgelehnt, ungebundene EU-Mittel aus dem EU-Konjunkturpaket für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu nutzen. Union, SPD und FDP lehnten den Antrag ab, Die Linke unterstützte das Anliegen der Grünen.

Gebäudesanierung: Gegen die Stimmen von SPD und Linksfraktion bei Enthaltung der Grünen hat der Bundestag am 30. Juni den Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden (17/6074) in der vom Finanzausschuss geänderten Fassung (17/6358) angenommen. Der gleichlautende Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/6251) wurde mit dem Koalitionsentwurf zusammengeführt. Die energetische Sanierung von Gebäuden, die vor 1995 gebaut wurden, soll steuerlich gefördert werden. Die Förderung stellt auf das Ergebnis der Baumaßnahmen ab und setzt voraus, dass dadurch der Energiebedarf erheblich verringert wird, was durch die Bescheinigung eines Sachverständigen nachgewiesen werden muss. Die Aufwendungen können über zehn Jahre abgeschrieben werden.

Sondervermögen "Energie- und Klimafonds": Gegen das Votum der Oppositionsfraktionen hat der Bundestag am 30. Juni den inhaltsgleichen und zusammengeführten Gesetzentwürfen von CDU/CSU und FDP (17/6075) und Bundesregierung (17/6252 neu) zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (17/6356) zugestimmt. Damit werden dem im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung im Herbst 2010 eingerichteten Energie- und Klimafonds ab 2012 alle Einnahmen aus dem Emissionshandel für den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie, für die Förderung einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung und für Maßnahmen des internationalen Klima- und Umweltschutzes zugeführt. Im Wirtschaftsplan des Fonds werden künftig auch die Programmausgaben zur Entwicklung des Zukunftsmarktes Elektromobilität veranschlagt. Sie sind ab 2014 auf 300 Millionen Euro begrenzt.

Klimaschutz in Städten und Gemeinden: Gegen das Votum von Bündnis 90/Die Grünen hat der Bundestag am 30. Juni die gleichlautenden Gesetzentwürfe von CDU/CSU und FDP (17/6076) und der Bundesregierung (17/6253) zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden zusammengeführt und in der vom Verkehrs- und Bauausschuss geänderten Fassung (17/6357)

angenommen. Das Gesetz enthält eine Klimaschutzklausel, die die Festsetzungsmöglichkeiten zum Einsatz und zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie von Energien aus Kraft-Wärme-Kopplung erweitert. Ebenso werden durch die Klausel Sonderregelungen für die Windenergienutzung eingefügt und die Nutzung vor allem von Fotovoltaikanlagen an oder auf Gebäuden erleichtert.

Offshore-Windenergieanlagen: Bei Enthaltung der Linksfraktion hat der Bundestag am 30. Juni die gleichlautenden Gesetzentwürfe von CDU/CSU und FDP (17/6077) und der Bundesregierung (17/6254) zur Änderung schiffrechtsrechtlicher Vorschriften zusammengeführt und in der vom Verkehrs- und Bauausschuss geänderten Fassung (17/6364) verabschiedet. Geändert wird das Seeaufgabengesetz, das eine Ermächtigungsgrundlage für die im Energiekonzept der Bundesregierung von 2010 vorgesehene Änderung der Seeanlagenverordnung schafft. Die Seeanlagenverordnung soll mit dem Ziel geändert werden, Planungsverfahren für Offshore-Windenergieanlagen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie zu bündeln. Damit sollen Windenergieanlagen vor der Küste zügiger geplant werden können.

Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen: Ohne abschließende Aussprache abgelehnt hat der Bundestag am 30. Juni einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (17/6337), wonach die Bundesregierung einen Bericht zum Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen vorlegen sollte. Er folgte damit einer Empfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (17/6337). Die SPD unterstützte den Antrag, Die Linke enthielt sich, Union und FDP lehnten ihn ab. Die Grünen wollten bis Ende Oktober einen Bericht über die Erfahrungen der Bundesregierung mit dem Risikomanagement im Verbraucherschutz seit 2001, vor allem mit der Koordination der Länder und der Information der Bevölkerung bei Lebensmittelkrisen.

Keine Änderung der Schuldenbremse: Der Bundestag hat am 30. Juni einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (17/4666 neu) zur Schuldenbremse (Artikel 115 des Grundgesetzes) auf Empfehlung des Haushaltsausschusses (17/6241) mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und Die Linke gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Die SPD hatte in ihrem Entwurf zur Änderung des Artikel-115-Gesetzes gefordert, den Abbaupfad für die Haushaltsjahre 2012 bis 2015 gemäß dem Ist-Ergebnis für das strukturelle Defizit des Haushaltsjahres 2010 nachzujustieren. Aus Sicht der SPD haben die Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 offengelegt, dass der Bundesfinanzminister sich Ermessensspielräume bei der Festlegung des Abbaupfades zugebilligt hat, die im Ergebnis den Verschuldungsspielraum für die Jahre bis 2016 vergrößern, statt das

Ziel des Abbaus der Neuverschuldung umzusetzen, heißt es unter anderem in dem SPD-Entwurf.

Sexuelle Identität nicht ins Grundgesetz: Der Bundestag hat am 30. Juni gegen das Votum der Opposition Gesetzentwürfe der SPD (17/254), der Linksfraktion (17/472) und von Bündnis 90/Die Grünen (17/88) abgelehnt, in denen beantragt worden war, in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes das Merkmal der sexuellen Identität einzufügen. Er folgte damit einer Empfehlung des Rechtsausschusses (17/4775). Die Oppositionsfraktionen hatten ihre Initiativen damit begründet, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen immer noch Anfeindungen, gewaltsamen Übergriffen und Benachteiligungen ausgesetzt seien und das allgemeine Gleichbehandlungsgebot des Artikels 3 Absatz 1 des Grundgesetzes keinen ausreichenden Schutz gegenüber abweichenden, in der Gesellschaft vorherrschenden Sexualvorstellungen biete.

Einführung eines Ordnungsgeldes: Auf Empfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (17/6309) hat der Bundestag am 30. Juni mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen die Einführung eines Ordnungsgeldes beschlossen. Für eine "nicht nur geringfügige Verletzung der Ordnung oder der Würde des Bundestages" soll künftig ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro eingeführt werden. Im Wiederholungsfalle soll das Ordnungsgeld 2.000 Euro betragen. Zur Begründung hieß es in dem Gesetzentwurf (17/5471), die derzeit nach der Geschäftsordnung des Parlaments möglichen Ordnungsmaßnahmen bei Störungen der Plenarsitzungen durch einzelne oder mehrere Abgeordnete hätten sich "in Einzelfällen als zu wenig effektiv und ausdifferenziert erwiesen". Deshalb solle "oberhalb des Ordnungsrufes und unterhalb des Sitzungsausschlusses" als weiteres Ordnungsmittel das Ordnungsgeld eingeführt werden. Vier Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/6352, 17/6353, 17/6354, 17/6355) wurden abgelehnt.

Stuttgart 21: Der Bundestag stimmte am 30. Juni über zwei Anträge der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Stuttgart 21 ab. Die Abgeordneten der Linksfraktion hatten gefordert (17/6129), die Bundesregierung solle keine weiteren finanziellen Mittel aus dem Bundeshaushalt für eine Fortsetzung der Baumaßnahmen am Bahnhof Stuttgart zur Verfügung stellen. Weiter solle sich die Regierung bei der Deutschen Bahn AG dafür einsetzen, dass auch diese für das Bauprojekt Stuttgart 21 keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Bündnis 90/Die Grünen forderten in ihrem Antrag (17/6320) "Stuttgart 21 - Kein Weiterbau ohne Nachweis der Leistungsfähigkeit und ohne Klärung der Kosten und Risiken" unter anderem, dass die Bahn keine unumkehrbaren bau- und

vergaberechtlichen Fakten schafft, die dem Ergebnis der geplanten Volksabstimmung in Baden-Württemberg im Oktober 2011 vorgehen. Beide Anträge wurden mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im Dienstrecht: Gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Linksfraktion hat der Bundestag am 30. Juni die vollständige Gleichstellung von Ehen und Lebenspartnerschaften im öffentlichen Dienstrecht beschlossen. Einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/3972) nahm er auf Empfehlung des Innenausschusses (17/6359) unverändert an. Im Bundesbesoldungsgesetz werden die Regelungen zum Familienzuschlag und zur Auslandsbesoldung auf Lebenspartnerschaften erstreckt, im Bundesbeamtengesetz werden Lebenspartner in die Beihilfevorschriften aufgenommen und im Beamtenversorgungsgesetz sowie im Soldatenversorgungsgesetz werden Lebenspartner in die Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung einbezogen. Ein Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe mit Bundesbeamtengesetz und in weiteren Gesetzen (17/906) lehnte der Bundestag gegen das Votum der Opposition ab. Die Grünen hatten zusätzlich die rückwirkende Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe schon ab Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes am 1. August 2001 angestrebt.

20 Jahre Büro für Technikfolgenabschätzung: Mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Opposition wurden am 30. Juni auf Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17/6287) Anträge der SPD (17/3414) und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/3063) zum Thema Technikfolgenabschätzung abgelehnt. Die Abgeordneten hatten in getrennten Anträgen von der Bundesregierung unter anderem gefordert, den Etat des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zu erhöhen.

Schutz vor militärischem Fluglärm: Die Fraktion Die Linke ist am 30. Juni mit einem Antrag (17/5206) zum Anwohnerschutz vor militärischem Fluglärm gescheitert. Die Abgeordneten wollten die rechtliche Gleichstellung von Anwohnern militärischer und ziviler Flughäfen erreichen. Sie forderten die Bundesregierung auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Anpassung des Fluglärmgesetzes von 2007 vorzulegen. Zudem sollte zukünftig bei der Erfassung von militärischem und zivilen Fluglärm nicht mehr unterschieden und alle zivilen und militärischen Flughäfen gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie kartografiert werden. Der Bundestag folgte einer Empfehlung des Verteidigungsausschusses (17/5918) und stimmte mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/die Grünen gegen die Vorlage.

Frauen- und Mädchenfußball: Auf Empfehlung des Sportausschusses (17/6281) hat der Bundestag am 30. Juni einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/5907) abgelehnt. In dem Antrag forderten die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf, sich für eine stärkere Präsenz von Frauenfußball in der öffentlichen Wahrnehmung und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzusetzen. Die Spiele der Frauen-Bundesliga sollten neben der Männer-Bundesliga fester Bestandteil der Sportsendungen im gebührenfinanzierten Fernsehen werden. Ferner solle sich die Regierung für eine stärkere Förderung des Fußballs auch als Schulsport für Mädchen einsetzen. Zur Begründung hieß es, der große sportliche Erfolg der Frauen-Fußballnationalmannschaft in den vergangenen Jahren könne als "geschlechterpolitisches Signal verstanden werden".


Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU: Keine Mehrheit im Bundestag fanden am 1. Juli zwei europapolitische Oppositionsanträge. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel "Bundesregierung muss unverzüglich europäisch gestalten" (17/6316) wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP und der Linksfraktion bei Enthaltung der SPD abgelehnt. Darin wurde eine Stellungnahme des Bundestages gegenüber der Bundesregierung zu Legislativvorschlägen der europäischen Kommission zur "wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU" verlangt. Über den Antrag war direkt abgestimmt worden. Der Antrag (17/5904) der Linken scheiterte an der Ablehnung der übrigen Fraktionen. Die Linksfraktion hatte gefordert, dass der Bundestag gegenüber der Bundesregierung zu mehreren EU-Vorlagen zur Wirtschafts- und Währungspolitik Stellung nehmen soll. Dabei ging es um die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Ratsdokument 14496/10), um die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten (Ratsdokument 14497/10), um die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet (Ratsdokument 14498/10) und um den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (Ratsdokument 14520/10). Eine solche Stellungnahme des Bundestages gegenüber der Bundesregierung hatte die Linksfraktion auch im Wirtschaftsausschuss beantragt, und zwar zu EU-Vorlagen über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet (Ratsdokument 14512/10) und zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (Ratsdokument 14515/10). Der Abstimmung lagen Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (17/6168) und des Wirtschaftsausschusses (17/6175) zugrunde.

25 Jahre Internationales Parlaments-Stipendium: Mit den Stimmen aller fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen hat das Parlament aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des Internationalen Parlaments-Stipendiums in einem interfraktionellen Antrag (17/6350) bekräftigt, weiterhin jährlich bis zu 120 qualifizierte und politisch besonders interessierte junge Menschen aus Staaten, mit denen die Bundesrepublik von jeher eine besondere Freundschaft verbindet, sowie aus "jungen" parlamentarischen Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa die Gelegenheit zu verschaffen, das parlamentarische Regierungssystem Deutschlands sowie die politischen Entscheidungsprozesse aus eigener Anschauung kennenzulernen und praktische Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit zu sammeln. Darüber hinaus richtet der Bundestag an die IPS-Stipendiaten einen Appell, nach der Rückkehr in ihre Heimatländer engagiert für Demokratie, interkulturelle Offenheit und Toleranz, für Freiheit und ein friedliches Zusammenleben einzutreten sowie das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu fördern.

Beschlüsse zu Petitionen: Ohne Aussprache hat der Bundestag Beschlüsse zu einer Reihe von Petitionen gefasst. Im Einzelnen wurden die Empfehlungen des Petitionsausschusses zu den Sammelübersichten 278 bis 286 übernommen (17/6110, 17/6111, 17/6112, 17/6113, 17/6114, 17/6115, 17/6116, 17/6117, 17/6118). (vom/ah/eis)

Windenergieerlass Baden-Württemberg
(<http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/82723/>)

Franz Untersteller: „Grundlagen zum Erreichen unseres 10-Prozent-Ziels zum Jahr 2020 sind geschaffen.“ Akzeptanz der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung.

 11.05.2012 Parallel zur Verabschiedung des Landesplanungsgesetzes ist ein weiteres wichtiges Element zum Ausbau der Windkraft im Land, der Windenergieerlass Baden-Württemberg, fertig gestellt worden. „Mit dem neuen Landesplanungsgesetz und dem Windenergieerlass haben wir die Grundlagen geschaffen um unser Ziel, bis zum Jahr 2020 rund zehn Prozent des Stroms im Land aus Windenergie bereit zu stellen, erreichen zu können“, erklärte Umweltminister Franz Untersteller heute (11. Mai 2012) in Stuttgart.

Selber bauen könne die Landesregierung die Windkraftanlagen jedoch nicht, vielmehr sei hierzu das gemeinsame Miteinander aller Beteiligten notwendig. Hierfür biete der Windenergieerlass allen am Verfahren zur Planung, Genehmigung und Bau von Windenergieanlagen beteiligten Fachstellen, Behörden, Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Investoren eine praxisorientierte Handreichung und Leitlinie. „Der Windenergieerlass fasst die mit dem Bau von Windkraftanlagen zu beachtenden planerischen und rechtlichen Anforderungen zusammen und gibt eine Richtschnur für vorhandene Auslegungsspielräume vor“, so der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Dabei müsse ein besonderes Augenmerk auf die Akzeptanz der Bevölkerung gelegt werden: „Die entscheidende Voraussetzung für den breiten gesellschaftlichen Konsens bei der Windenergienutzung ist die frühzeitige Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, allen relevanten Interessensgruppen und Verbänden insbesondere über Bürgerinformationsveranstaltungen bereits in den sehr frühen Planungsphasen.“ Hierzu informiere der Windenergieerlass ebenso wie über Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über Bürgerwindenergieanlagen oder Bürgerwindparks auch finanziell am Ausbau der Windenergie zu beteiligen.

Der Windenergieerlass ist im Internet erhältlich unter www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/94127/.

Ergänzende Informationen:

Die gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 9. Mai 2012 („Windenergieerlass Baden-Württemberg“) wird im Gemeinsamen Amtsblatt am 29. Mai 2012 förmlich veröffentlicht und tritt am 30. Mai 2012 in Kraft.

Für die nachgeordneten Behörden (zum Beispiel Immissions- oder Naturschutzbehörden) ist der Erlass verbindlich. Für die Träger der Regionalplanung, die Kommunen und sonstigen Träger der Bauleitplanung bietet der Erlass eine Hilfestellung für die Planung.

Windenergieerlass Baden-Württemberg

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift
des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft,
des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz,
des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur und
des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft.

Vom 09. Mai 2012 – Az.: 64-4583/404

Inhaltsübersicht

1 Allgemeine Hinweise	5
1.1 Energie- und klimapolitische Bedeutung der Windenergienutzung.....	5
1.2 Wirtschaftliche Bedeutung der Windenergienutzung.....	5
1.3 Regionale und kommunale Wertschöpfung	5
1.4 Bürgerbeteiligung.....	6
2 Zielsetzung und Adressaten	8
3 Planungsgrundlagen	8
3.1 Landesplanung / Regionalplanung / Raumordnungsverfahren	8
3.1.1 Rechtslage vor Änderung des Landesplanungsgesetzes 2012.....	8
3.1.2 Rechtslage nach Änderung des Landesplanungsgesetzes 2012.....	9
3.1.3 Raumordnungsverfahren	9
3.2 Bauleitplanung.....	10
3.2.1 Allgemeines.....	10
3.2.2 Flächennutzungsplan	10
3.2.2.1 Planung von Konzentrationszonen	10
3.2.2.2 Interkommunale Zusammenarbeit bei der Flächennutzungsplanung, Abstimmungsgebot	12
3.2.3 Bebauungsplan	13
3.2.4 Umweltprüfung in der Bauleitplanung.....	13
4 Planungshinweise	13
4.1 Windhöffigkeit	13
4.2 Naturschutzbelange in der Regional- und Bauleitplanung.....	14
4.2.1 Tabubereiche	14
4.2.2 Abstände von naturschutzrechtlich bedeutsamen Gebieten	15
4.2.3 Prüfflächen (Restriktionsflächen).....	16
4.2.3.1 Landschaftsschutzgebiete (§ 26 BNatSchG) und Pflegezonen von Biosphärengebieten (§ 25 BNatSchG).....	16
4.2.3.2 FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete, die nicht bereits Tabubereiche sind	17
4.2.3.3 Geschützte Waldgebiete	17
4.2.4 Naturparke	17
4.2.5 Artenschutzrecht und Planungen.....	18
4.2.5.1 Artenschutz in der Regionalplanung	18
4.2.5.2 Artenschutz in der Bauleitplanung	19
4.2.6 Landschaftsbild	19

4.2.7 Wälder mit besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen	20
4.2.8 Biotopverbund	20
4.2.9 Bodenschutz	21
4.2.10 Landwirtschaft	21
4.3 Abstände aus Gründen des Lärmschutzes	21
4.4 Wasserwirtschaft	22
4.5 Denkmalschutz	22
4.6 Behördlicher und privater Richtfunk	22
4.7 Wetterradar	23
5 Immissionsschutzrechtliche Genehmigung von Windenergieanlagen	23
5.1 Immissionsschutzrechtliche Verfahren	23
5.2 Öffentlichkeitsbeteiligung	24
5.3 Umweltverträglichkeitsprüfung	25
5.4 Gebühren	25
5.5 Überwachung	26
5.6 Zulässigkeitsvoraussetzungen	26
5.6.1 Immissionsschutzrechtliche Zulässigkeit	26
5.6.1.1 Lärm	26
5.6.1.2 Schattenwurf, Diskoeffekt	28
5.6.1.3 Lichtimmissionen durch Hinderniskennzeichnung (Befeuerung)	29
5.6.2 Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit	29
5.6.2.1 Im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans (§ 30 BauGB)	29
5.6.2.2 Im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)	30
5.6.2.3 Im Außenbereich (§ 35 BauGB)	30
5.6.2.4 Erschließung	31
5.6.2.5 Gemeindliches Einvernehmen	31
5.6.2.6 Rückbauverpflichtung	32
5.6.3 Bauordnungsrechtliche Anforderungen	32
5.6.3.1 Abstandsflächen	32
5.6.3.2 Brandschutz	32
5.6.3.3 Technische Baubestimmungen, Standsicherheit, Eisabwurf	33
5.6.4.1 Naturschutz- und forstrechtliche Vorgaben bei Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen	34
5.6.4.1.1 Eingriffsregelung	34
5.6.4.1.2 Tabubereiche und Gebiete mit besonderer Prüfungspflicht	36
5.6.4.1.3 Naturparke	37
5.6.4.2 Artenschutzrechtliche Verbote	37

5.6.4.2.1 Verbotstatbestände (Zugriffsverbote)	37
5.6.4.2.2 Ausnahmen von den Zugriffsverboten.....	38
5.6.4.2.3 Besonders und streng geschützte Arten	39
5.6.4.2.4 Formblatt und weitergehende Hinweise.....	39
5.6.4.3 Bodenschutz	40
5.6.4.4 Wasserwirtschaft	40
5.6.4.5 Denkmalschutz	40
5.6.4.6 Straßenrecht.....	41
5.6.4.7 Eisenbahn- und Seilbahnrecht	41
5.6.4.8 Freileitungen.....	42
5.6.4.9 Maschinenrichtlinie	42
5.6.4.10 Wasserstraßenrecht.....	43
5.6.4.11 Luftverkehrsrecht – Zivile Flugplätze und Einrichtungen	43
5.6.4.12 Militärische Belange.....	45
5.6.4.13 Behördlicher und privater Richtfunk.....	47
5.6.4.14 Wetterradar	47
5.6.4.15 Flurbereinigung	47
5.6.4.16 Arbeitsschutz.....	48
6 Kleinwindanlagen	48
6.1 Kleinwindanlagen, Verfahren.....	48
6.2 Kleinwindanlagen, Zulässigkeit	49
6.2.1 Bauordnungsrechtliche Voraussetzungen.....	49
6.2.2 Immissionsschutzrechtliche Voraussetzungen	49
6.2.3 Bauplanungsrechtliche Voraussetzungen für Kleinwindanlagen	50
6.2.3.1 Im beplanten und unbeplanten Innenbereich (§§ 30, 34 BauGB):	50
6.2.3.2 Im Außenbereich (§ 35 BauGB):	50
7 Schlussvorschriften	51

1 Allgemeine Hinweise

1.1 Energie- und klimapolitische Bedeutung der Windenergienutzung

Der Ausbau der Windenergienutzung hat durch den endgültigen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie bis 2022 erheblich an Bedeutung gewonnen. Das gilt für Deutschland insgesamt, aber auch für Baden-Württemberg.

In Baden-Württemberg hat die Nutzung der Wasserkraft bisher die größte Bedeutung bei der Nutzung der erneuerbaren Energien, so dass bereits ein hohes Ausbauniveau erreicht ist. Mögliche weitere Ausbaupotenziale werden unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien landesweit untersucht und die Ergebnisse für die Öffentlichkeit im Internet bereitgestellt. Auch die Stromerzeugung aus heimischer Biomasse stößt in naher Zukunft absehbar an ihre Grenzen. Demgegenüber bestehen bei der Photovoltaik und bei der Nutzung der Windenergie noch erhebliche Ausbaupotentiale.

Die Energieversorgung mit regenerativer Energie und insbesondere der Ausbau der Windenergienutzung ist somit zentrales Ziel der Landesregierung und steht damit im besonderen öffentlichen Interesse.

Das Land hat mit dem Windatlas eine wichtige Grundlage für eine verstärkte Nutzung der Windenergie im Land bereitgestellt. Der Windatlas gibt für die Kommunen, Fachbehörden, Planer und Investoren wichtige Hinweise für eine effiziente Nutzung der Windenergie. Er liefert die fachlichen Grundlagen zur Identifikation geeigneter Standorte.

Der Windatlas verdeutlicht auch, dass das von der Landesregierung angestrebte Ziel, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 % des Stroms im Land aus heimischer Windenergie bereit zu stellen, machbar ist. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, im Land rund 1200 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von je etwa 3 MW zu errichten. Zusammen mit den bereits jetzt vorhandenen Anlagen wird damit eine Strombereitstellung von etwa 7 TWh pro Jahr ermöglicht.

Die Ausweisung von Flächen zur Windenergienutzung ist dafür auch in Waldgebieten notwendig, um die Ausbauziele der Landesregierung bis 2020 sicherzustellen. Waldgebiete sind grundsätzlich für die Windenergienutzung geeignet. Die Landesregierung beabsichtigt, Baden-Württemberg unter Nutzung des vorhandenen Windenergie-Potentials zum Windenergie-Land zu machen.

1.2 Wirtschaftliche Bedeutung der Windenergienutzung

Die Windenergienutzung ist inzwischen ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor geworden. Das gilt auch für Baden-Württemberg. Zwar ist im Land bisher kein Hersteller von Windenergieanlagen beheimatet, der über eine Serienfertigung verfügt, aber es sind im Land sehr viele Unternehmen als Zulieferer für die Windenergiebranche aktiv. Das beginnt bei der Herstellung und Fertigung von Produktionsmitteln im Maschinen- und Fahrzeugbau, geht über die Zulieferer im Komponentenbereich des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, bis hin zu Planung, Engineering, Wartung und Anlagenunterhaltung. Innerhalb dieses sehr breiten Spektrums sind in Baden-Württemberg derzeit rund 300 Firmen und Institutionen an der Wertschöpfung im Windenergiesektor beteiligt. Windenergie schafft und sichert Arbeitsplätze, auch in Baden-Württemberg.

1.3 Regionale und kommunale Wertschöpfung

Eine Windenergienutzung vor Ort kann auch für Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürger wirtschaftlich von Vorteil sein.

Nachdem die durchschnittliche Anlagengröße inzwischen bei einer elektrischen Leistung von deutlich über 2 MW angelangt ist und die Anlagen aufgrund der technischen Reife an guten Standorten stattliche Erträge liefern können, hat sich die Verpachtung von Anlagenstandorten zu einem durchaus lukrativen Geschäftszweig entwickelt. Das gilt sowohl für kommunales Eigentum als auch für private Grundeigentümer. Die Höhe der jährlichen Pacht richtet sich oft nach dem Ertrag der Anlage und bewegt sich erfahrungsgemäß je nach Güte des Standorts pro Anlage meist im fünfstelligen Bereich. Den Kommunen wird empfohlen, die Verpachtung von kommunalen Grundstücken mit einer Verpflichtung des Investors zur Errichtung von Windenergieanlagen zu verbinden. Dabei ist der Anwendungsbereich des Vergaberechts nicht eröffnet (s. EuGH, Urteil vom 25.03.2010, Rs. C-451/08, Slg. 2010, I-02673).

Zudem bietet der Aufbau von Windenergieanlagen, auch wenn die eigentliche Anlage selbst von einem möglicherweise weit entfernten Hersteller kommt, mit dem Bau der aufwendigen Fundamente, der Netzeinbindung, der Herstellung und dem Rückbau von Zuwegungen und zahlreichen anderen Dienstleistungen bis hin zu den Hotelaufhalten der Aufbaumannschaften mannigfaltige Möglichkeiten zur Wertschöpfung vor Ort, die in erster Linie der lokalen Wirtschaft zu Gute kommen.

Nachdem die Anlagen inzwischen wirtschaftlich bedeutsame Stromerträge liefern können, ergeben sich nach dem Ablauf der Verlustphase für die Standortkommunen relevante Gewerbesteuerzahlungen. Selbstverständlich ist die Höhe dieser Einnahmen von der Ortsansässigkeit der Investoren abhängig. Gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 Gewerbesteuergesetz (GewStG) stehen der Standortkommune 70 % und der Sitzkommune des Investors 30 % der anfallenden Gewerbesteuer zu. Nach § 33 Abs. 2 GewStG können sich die Kommunen mit dem Anlagenbetreibern dahingehend einigen, dass die Standortkommune einen höheren, die Sitzkommune einen entsprechend geringeren Anteil erhält. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch Bürgerwindenergieanlagen zu.

1.4 Bürgerbeteiligung

Beim Ausbau der Windenergie legt die Landesregierung großen Wert auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Dies gilt nicht nur für die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung der Wind-Regionalpläne, in der Bauleitplanung, und in einem förmlichen immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, sondern umfasst auch die Empfehlung an den Vorhabensträger von den vielfältigen Möglichkeiten einer Beteiligung der Öffentlichkeit auf freiwilliger Basis, unabhängig von der Art des Genehmigungsverfahrens, Gebrauch zu machen. Darüber hinaus werden Errichtung und Betrieb von Bürgerwindenergieanlagen/Bürgerwindparks unterstützt. Das sind Windenergieanlagen, an denen sich die ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger konzeptionell und/oder finanziell beteiligen können. Oft sind sie das Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements in der betreffenden Kommune.

Lokale Initiativen auf der kommunalen Ebene sind sehr gut dazu geeignet, eine positive Grundstimmung zugunsten der Windenergienutzung herzustellen. Skepsis und Vorbehalte lassen sich sehr viel leichter abbauen, wenn die Bürgerinnen und Bürger vor Ort direkt und unmittelbar in das Projekt mit einbezogen werden. Das gilt selbstverständlich für alle Phasen eines planerischen Ablaufs von Beginn der Planung selbst, bis hin zu Ausführung und Betrieb.

Dabei ist es durchaus denkbar, dass sich auch die Kommune selbst im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsgarantie und unter Beachtung der Vorschriften der §§ 102 ff Gemeindeordnung (GemO) mit an einem Vorhaben beteiligt. Die Sach- und Fachkompetenz eines Stadt- bzw. Gemeindegremiums kann dabei wesentliche Schritte bis zur Umsetzung erleichtern.

Kommunen können die für Windenergienutzung in Frage kommenden Grundstücke durch Nutzungsverträge mit den Grundstückseigentümern sichern. Für Projektplanungen auf Flächen, bei denen eine mehr oder minder große Anzahl von verschiedenen Grundstückseigentümern von der Errichtung einer Windenergieanlage berührt wäre, bieten sich sogenannte "Pool-Lösungen" an. Hierbei werden alle von der gesamten Windparkfläche umfassten Grundstückseigentümer an der Pachtauszahlung beteiligt, und zwar nach einem zuvor bestimmten Aufteilungsschlüssel mit einer Standort- und einer Flächenkomponente. Mit einem solchen Modell können Potentialflächen durch einen Projektträger grundeigentumsunabhängig und nutzungsoptimiert konzipiert werden. Hierdurch besteht die Chance für Vorhabensträger, unter kommunaler Koordination, voraussichtlich auch mit höherer Akzeptanz in der Bevölkerung, zu einer optimalen Umsetzung von Windparkprojekten zu gelangen.

Die Möglichkeiten der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion, die einem Bürgerwindrad zugrunde liegen können, sind vielfältig, wobei darauf geachtet werden sollte, dass Konstruktionen gewählt werden, bei denen die Bürgerinnen und Bürger nicht mit ihrem privaten Vermögen für die Gesellschaft haften.

Angesichts des vorrangigen Ziels der Akzeptanzsteigerung sollte im Gesellschaftsvertrag bzw. der Satzung geregelt werden, welche Anteilsmenge jede Bürgerin und jeder Bürger maximal erwerben kann, um möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die finanzielle Teilhabe zu ermöglichen und die Anhäufung von vielen Anteilen in den Händen weniger Beteiligter zu verhindern. Auch ist es denkbar, den Kreis der potentiell Beteiligten genau zu definieren und diesen etwa auf die von den tatsächlichen Auswirkungen der Anlagen vornehmlich betroffenen Bürgerinnen und Bürger in der näheren Umgebung des Windparks zu beschränken.

Die Landesregierung wird für die Windenergienutzung prinzipiell landeseigene Grundstücke zur Windenergienutzung verpachten und bei der Vergabe der Grundstücke die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Umfeld des Standorts sowie die regionale und kommunale Wertschöpfung als Vergabekriterium bei konkurrierenden Bietern berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Landesbetrieb ForstBW grundsätzlich bereit, geeignete Flächen im Staatswald für die Errichtung von Windenergieanlagen zu verpachten, sofern dem keine forstfachlichen Gesichtspunkte oder Naturschutzbelange entgegenstehen und die Stellungnahme der von dem Projekt betroffenen Kommune eingeholt wurde. Waldrefugien im Staatswald stehen für Windenergieanlagen nicht zur Verfügung. Die Forstbehörden teilen den Planungsträgern im Rahmen ihrer Beteiligung im Planungsverfahren schriftlich mit, welche Flächen deswegen für eine Verpachtung dauerhaft nicht zur Verfügung stehen.

Im Hinblick auf einen optimalen Energieertrag, sichere Renditen und Pachteinahmen wird bei der Standortvergabe auf die Qualität der Entwickler, Investoren und Betreiber geachtet.

Unter qualifizierten Bewerbern mit vergleichbaren Angeboten wird ForstBW im Rahmen der Landeshaushaltsordnung Bürgerwindenergieanlagen und solchen Anlagen, die zur regionalen und kommunalen Wertschöpfung beitragen, eine Präferenz einräumen. ForstBW wird vor Erteilung eines Zuschlags die Angebote in einem transparenten Verfahren nach den Kriterien Wirtschaftlichkeit, regionale und kommunale Wertschöpfung sowie regionale Bürgerbeteiligung gewichten.

2 Zielsetzung und Adressaten

Der Windenergieerlass soll allen an dem gesamten Verfahren zur Planung, Genehmigung und Bau von Windenergieanlagen beteiligten Fachstellen, Behörden, Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Investoren eine praxisorientierte Handreichung und Leitlinie für das gesamte Verfahren bieten.

Für die nachgeordneten Behörden ist der Erlass verbindlich. Für die Träger der Regionalplanung, die Kommunen und sonstigen Träger der Bauleitplanung bietet der Erlass eine Hilfestellung für die Planung. Die Planungsträger treffen dabei unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange eigenständige planerische Entscheidungen.

Der Erlass bildet eine wichtige Grundlage für die Umsetzung der energiepolitischen Zielsetzungen bei der Nutzung der Windenergie. Diese Ziele, insbesondere 10 % der Stromerzeugung aus Windenergie bis zum Jahr 2020 zu erreichen, sind ohne einen breiten gesellschaftlichen Konsens nicht umsetzbar. Laut aktuellen Umfragen und dem Ergebnis ganz konkreter Abstimmungen in einzelnen Städten und Gemeinden Baden-Württembergs begrüßt die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Ausbau der Nutzung erneuerbaren Energien und speziell der Windenergienutzung im Land.

Die entscheidende Voraussetzung für den breiten gesellschaftlichen Konsens bei der Windenergienutzung ist die frühzeitige Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, allen relevanten Interessensgruppen und Verbänden insbesondere über Bürgerinformationsveranstaltungen bereits in den sehr frühen Planungsphasen. Dazu sind auch ganz neue methodische Ansätze, wie etwa Moderations- oder Mediationsverfahren, geeignet. Die Initiative hierzu sollte in jedem Fall von Seiten des Vorhabensträgers ausgehen.

Die Windenergienutzung braucht das gemeinsame Miteinander aller Beteiligten.

3 Planungsgrundlagen

Hinweis: Der Begriff „Vorranggebiet“ wird im Erlass für Festlegungen im Regionalplan, der Begriff „Konzentrationszone“ für Darstellungen im Flächennutzungsplan verwendet.

3.1 Landesplanung / Regionalplanung / Raumordnungsverfahren

3.1.1 Rechtslage vor Änderung des Landesplanungsgesetzes 2012

Das Landesplanungsgesetz in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385) sah in § 11 Abs. 7 S. 1 2. HS vor, dass im Regionalplan die Standorte für regional bedeutsame Windenergieanlagen als Vorranggebiete und die übrigen Gebiete der Region als Ausschlussgebiete, in denen regional bedeutsame Windenergieanlagen nicht zulässig sind, festgelegt werden.

Vorranggebiete sind dabei Gebiete, die für die Windenergienutzung vorgesehen sind und die andere raumbedeutsame Nutzungen (innerhalb dieses Gebietes) ausschließen, soweit diese mit der vorrangigen Windenergienutzung nicht vereinbar sind. Die Windenergieanlagen der heutigen Generation sind regelmäßig regionalbedeutsam.

Daraus resultierten in den Regionalplänen flächendeckende Planaussagen hinsichtlich der Errichtung regionalbedeutsamer Windenergieanlagen, nämlich entweder Vorrang- oder Ausschlussgebiete, die sogenannte „Schwarz-Weiß-Planung“.

Da die bisher in den Regionalplänen festgelegten Vorranggebiete für Windenergieanlagen jedoch nicht ausreichen, neue Standorte zum Ausbau der Windenergie zeitnah zu eröffnen, wurde das Landesplanungsgesetz novelliert.

3.1.2 Rechtslage nach Änderung des Landesplanungsgesetzes 2012

Die Änderung des Landesplanungsgesetzes sieht dazu Folgendes vor: die Regionalplanung kann Festlegungen zu Standorten regionalbedeutsamer Windenergieanlagen nur noch in Form von Vorranggebieten treffen. Die Festlegung von Ausschlussgebieten ist nicht mehr möglich.

Den Vorranggebieten sind Windenergieanlagen weiter positiv zugewiesen, in diesen sind sie vorrangig zulässig. Andere raumbedeutsame Nutzungen, die mit der Windenergienutzung nicht zu vereinbaren sind, sind in diesen Gebieten ausgeschlossen.

Städte und Gemeinden erhalten damit die Möglichkeit zur eigenen planerischen Steuerung von Windenergieanlagen in ihren Flächennutzungsplänen.

In den Bereichen schließlich, in denen weder auf regionaler, noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung erfolgt, richtet sich die Zulässigkeit von Windenergieanlagen ausschließlich nach den nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz zu beachtenden Vorschriften.

Mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes 2012 werden die bisherigen Festlegungen in den Regionalplänen der Regionalverbände von Vorrang- und insbesondere Ausschlussgebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen zum 1. Januar 2013 gesetzlich aufgehoben. Sonst könnte das Ziel eines deutlichen und zeitnahen Ausbaus der Windenergie nicht erreicht werden.

Dies betrifft die Festlegungen in den Regionalplänen des Verbands Region Stuttgart sowie der Regionalverbände Heilbronn-Franken, Ostwürttemberg, Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben.

Die Änderung des Landesplanungsgesetzes 2012 gilt nicht für die grenzüberschreitenden Regionalverbände, den Regionalverband Donau-Iller und den Verband Region Rhein-Neckar. Diese unterliegen besonderen staatsvertraglichen Regelungen. Änderungen der planungsrechtlichen Vorgaben zur Steuerung und zum Ausbau der Windenergie müssen im Rahmen dieser staatsvertraglichen Regelungen getroffen werden.

3.1.3 Raumordnungsverfahren

Das Raumordnungsverfahren (vgl. im Einzelnen §§ 15, 16 ROG i.V.m. §§ 18, 19 LplG) ist ggf. dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vorgelagert. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens liegt bei der jeweiligen höheren Raumordnungsbehörde (Regierungspräsidium).

Bei der Errichtung von mehreren überörtlich raumbedeutsamen Windenergieanlagen (Windfarm) im bauplanungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 BauGB ist unter der Voraussetzung, dass bei deren Genehmigung eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist (siehe dazu unten 5.3), grundsätzlich auch die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens erforderlich (§ 15 Abs. 1 S. 1 ROG i.V.m. § 1 Nr. 1 Raumordnungsverordnung). Ein Raumordnungsverfahren ist aber auch in

diesen Fällen in der Regel nicht erforderlich, wenn die Windenergieanlagen in einem im Regionalplan festgelegten Vorranggebiet oder in einer im Flächennutzungsplan dargestellten Konzentrationszone errichtet werden sollen.

3.2 Bauleitplanung

3.2.1 Allgemeines

Die Bauleitplanung soll die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Kommune vorbereiten und eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten. Die Planung obliegt den Städten und Gemeinden, die die Bauleitpläne (Flächennutzungsplan und Bebauungspläne) in eigener Verantwortung in Ausübung ihrer kommunalen Planungshoheit aufstellen.

Die Bauleitpläne sollen gem. § 1 Abs. 5 S. 2 Baugesetzbuch (BauGB) u.a. auch dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern. Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel Rechnung getragen werden (vgl. § 1a Abs. 5 BauGB). Maßnahmen, die der Bekämpfung des Klimawandels dienen, sind dabei insbesondere die planungsrechtliche Absicherung und Unterstützung des Einsatzes erneuerbarer Energien wie etwa der Windenergie. Beide Regelungen betonen die gewachsene Bedeutung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Die Belange des Klimaschutzes haben jedoch keinen Vorrang vor anderen Belangen. Die Kommunen müssen vielmehr bei der Festlegung von Standorten für Windenergieanlagen die Belange des Klimaschutzes mit den anderen gewichtigen städtebaulich relevanten Belangen wie etwa den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, den Belangen von Sport, Freizeit und Erholung, den Belangen des Rohstoffabbaus, der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbilds und den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege im jeweiligen konkreten Planungsfall abwägen.

Die Bauleitpläne sind nach § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen. Dies bedeutet, dass die Kommunen für raumbedeutsame Windenergieanlagen keine von den Zielen der Raumordnung abweichende eigene Planung (z.B. Überplanung regionalplanerischer Vorranggebiete als Ausschlussflächen) vornehmen dürfen. Die Ziele der Raumordnung sind anders als die oben genannten öffentlichen und privaten Belange nicht Gegenstand der kommunalen Abwägung. Sie sind nur einer Ausdifferenzierung und Konkretisierung im Sinne einer bauleitplanerischen Feinsteuerung in solchen Bereichen zugänglich, die die Regionalplanung unberücksichtigt gelassen oder ausdrücklich der Bauleitplanung überantwortet hat. Die regionalplanerischen Zielvorgaben dürfen jedoch nicht ausgehöhlt oder konterkariert werden. Neben regionalplanerischen Vorranggebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen kommen auch weitere regionalplanerische Zielvorgaben in den Regionalplänen in Betracht wie insbesondere Regionale Grünzäsuren und Regionale Grünzüge.

In regionalplanerisch festgelegten Grünzügen, Gebieten für besondere Nutzungen im Freiraum und anderen Festlegungen richtet sich die Zulässigkeit von Windenergieanlagen nach der konkreten Festlegung des jeweiligen Regionalplans. Je nach Festlegung können Ausnahmen für Windenergieanlagen vorgesehen sein, ansonsten bestehen ggf. die Möglichkeiten von Zielabweichungs- oder Regionalplanänderungsverfahren

3.2.2 Flächennutzungsplan

3.2.2.1 Planung von Konzentrationszonen

Die Kommunen haben über § 5 BauGB i.V.m. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB die Möglichkeit (nicht aber die Verpflichtung), die Zulässigkeit von Windenergieanlagen als privilegierte Anlagen im Außen-

bereich zu steuern. Solange und soweit flächendeckende Planungen für Windenergiestandorte in den Regionalplänen Geltung haben (vgl. Kapitel 3.1.2), besteht für die eigenständige bauleitplanerische Steuerung von regionalbedeutsamen Windenergieanlagen kein Raum. Mit der Beschränkung der regionalplanerischen Festlegungen auf Vorranggebiete und der Aufhebung der Festlegungen werden die Gebiete einer kommunalen Steuerung zugänglich.

Erfolgt eine Ausweisung von Standorten für Windenergieanlagen durch Darstellungen im Flächennutzungsplan, stehen einem entsprechenden Vorhaben an anderer Stelle in der Regel öffentliche Belange entgegen (sog. Planvorbehalt). Positive Standortzuweisungen an einer oder mehreren Stellen im Gebiet der Kommune haben zur Folge, dass der übrige Planungsraum von Windenergieanlagen freigehalten wird. Voraussetzung für eine planerische Steuerung ist ein auf der Untersuchung des gesamten kommunalen Gebiets basierendes Planungskonzept für die Windenergiestandorte. Eine bloße Negativplanung, mit der Windenergieanlagen im Plangebiet ausgeschlossen werden, ist nicht zulässig. Der Ausschluss von Windenergieanlagen in Teilen des Plangebiets lässt sich nur rechtfertigen, wenn der Plan sicherstellt, dass sich die Windenergieanlagen an anderer Stelle gegenüber konkurrierenden Nutzungen durchsetzen. Dem Plan muss ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zugrunde liegen, das den allgemeinen Anforderungen des planungsrechtlichen Abwägungsgebots gerecht wird und der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum schafft. Wann für die Windenergienutzung in substantieller Weise Raum geschaffen wird, lässt sich nicht abstrakt bestimmen, sondern kann nur nach einer Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse im jeweiligen Planungsraum beurteilt werden. Die Darstellung von Standorten muss mit der Absicht der Kommune verbunden sein, den Ausschluss von Windenergieanlagen an anderer Stelle gem. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB zu bewirken. Die kommunale Entscheidung muss dementsprechend nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum von Windenergieanlagen freizuhalten. Bei der Steuerung auf der Ebene des Flächennutzungsplans ist auch zu berücksichtigen, dass die Planung – anders als die Regionalplanung – grundsätzlich auch nicht raumbedeutsame Windenergieanlagen erfasst.

Sind im gesamten Gebiet der Kommune keine für die Windenergienutzung geeigneten Flächen zu finden, darf die Kommune keine Konzentrationszonen vorsehen, weil mit der Darstellung von für die Windenergienutzung ungeeigneten Flächen der Gesetzeszweck des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB verfehlt würde. In diesen Fällen richtet sich die Zulässigkeit von Windenergieanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB.

Die Darstellung von Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan kann insbesondere über eine sogenannte überlagernde Darstellung erfolgen. Dabei tritt die Ausweisung der Konzentrationszone für Windenergieanlagen neben die Grundnutzung (z.B. „Fläche für Landwirtschaft“), soweit beide Nutzungsmöglichkeiten miteinander vereinbar sind. Konzentrationszonen können außerdem auch als Flächen für Versorgungsanlagen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB) oder Sonderbauflächen nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 2 BauNVO (Gebiete für Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung von Windenergie dienen, z.B. „Windparks“) ausgewiesen werden.

Im Flächennutzungsplan kann ferner gem. § 16 Abs. 1 BauNVO die maximale Höhe der Anlagen dargestellt werden. Höhenbeschränkungen sind allerdings nur zulässig, wenn sie aus der konkreten Situation abgeleitet und städtebaulich gerechtfertigt sind. Die Kommune muss die wirtschaftlichen Interessen der Betreiber an möglichst großen und damit leistungsfähigen Windenergieanlagen mit den entgegenstehenden Belangen wie etwa dem Schutz des Landschaftsbilds abwägen. Dabei ist ihrer Abwägung insoweit eine Schranke gesetzt, als trotz Höhenbegrenzung eine wirtschaftlich auskömmliche Nutzung der Windenergie möglich und damit eine wirtschaftliche Nutzbarkeit der Konzentrationszone gegeben sein muss.

Die Kommune kann auch einen sachlichen Teilflächennutzungsplans gem. § 5 Abs. 2 b BauGB aufstellen. Mit einem solchen Teilflächennutzungsplan können gezielt die Rechtswirkungen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB herbeigeführt werden. Er kann gem. § 5 Abs. 2 b, 2. Hs. BauGB auch für räumliche Teile des kommunalen Gebiets aufgestellt werden. Räumliche Teilflächennutzungspläne entfalten ihre Steuerungswirkung nur innerhalb ihres Geltungsbereichs, das heißt auch die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB ist auf das Plangebiet des räumlichen Teilflächennutzungsplans beschränkt.

Zur Möglichkeit der Kommune, ihre geplanten Konzentrationszonen gemäß § 15 Abs. 3 BauGB durch Zurückstellung von Genehmigungsanträgen für Windenergieanlagen zu sichern, wird auf die Ausführungen in Kapitel 5.6.2.3 verwiesen.

3.2.2.2 Interkommunale Zusammenarbeit bei der Flächennutzungsplanung, Abstimmungsgebot

In weiten Teilen des Landes sind nicht die Gemeinden, sondern Zusammenschlüsse von Gemeinden wie Verwaltungsgemeinschaften (Gemeindeverwaltungsverbände und vereinbarte Verwaltungsgemeinschaften) und Nachbarschaftsverbände Träger der Flächennutzungsplanung. Soweit ein Verband Träger der Flächennutzungsplanung ist, gelten die in Kapitel 3.2.2.1 genannten Grundsätze für die Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen für das gesamte Verbandsgebiet. Der Planungsträger muss ein auf der Untersuchung des gesamten Plangebiets basierendes schlüssiges Planungskonzept für Windenergiestandorte aufstellen, das der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum schafft.

Unabhängig von den genannten Zusammenschlüssen verpflichtet § 2 Abs. 2 BauGB benachbarte Kommunen, ihre Bauleitpläne aufeinander abzustimmen. Danach ist die Nachbarkommune verfahrensrechtlich bereits dann zu beteiligen, wenn ihre städtebaulichen Belange berührt sein können. Materiell-rechtlich erfolgt eine Abstimmung, wenn die Nachbarkommune tatsächlich in ihren städtebaulichen Belangen von der Planung berührt ist. Die Belange der Nachbarkommune sind dann in die Abwägung der planenden Kommune einzustellen. Das Abstimmungsgebot des § 2 Abs. 2 BauGB sichert damit einen Mindeststandard interkommunaler Zusammenarbeit.

Darüber hinaus bietet § 204 BauGB verschiedene Instrumente für die Zusammenarbeit bei der Flächennutzungsplanung an. Sie reichen von der Vereinbarung über bestimmte Darstellungen in getrennten Flächennutzungsplänen (z.B. auch Darstellungen von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen) nach § 204 Abs. 1 S. 4 BauGB bis zum gemeinsamen Flächennutzungsplan nach § 204 Abs. 1 S. 1 und 2 BauGB. In beiden Fällen handelt es sich um gemeinsame Planungen auf freiwilliger vertraglicher Grundlage, die verfahrensmäßig nicht von einem speziell gebildeten Planungsträger, sondern von den beteiligten Kommunen getrennt, aber inhaltlich übereinstimmend durchgeführt werden. Die Gesamtplanung der beteiligten Kommunen kann auch dazu führen, dass im Gebiet einer beteiligten Kommune keine Konzentrationszone ausgewiesen wird. Die Gesamtplanung muss allerdings insgesamt den Anforderungen genügen, die die Rechtsprechung an die Ausweisung von Konzentrationszonen stellt (vgl. Kapitel 3.2.2.1). Die gemeinsame Planung kann von den beteiligten Kommunen grundsätzlich auch nur gemeinsam wieder aufgehoben oder geändert werden, vgl. § 204 Abs. 1 S. 3 und 5 BauGB.

Schließlich können mehrere Kommunen organisatorisch einen gesonderten Planungsträger bilden, indem sie sich zu einem Planungsverband gemäß § 205 BauGB zusammen schließen und diesem die Flächennutzungsplanung übertragen. Mit der Übertragung geht die Planungshoheit der einzelnen Kommunen auf den Verband über. Der Verband führt dann das Planungsverfahren in eigener Verantwortung durch.

Hinweis: Die Ausführungen dieses Erlasses zur Flächennutzungsplanung benennen der Einfachheit halber meist nur die Gemeinde als Planungsträger sowie das Gemeindegebiet als Planungsraum. Die betreffenden Ausführungen gelten jedoch entsprechend für die übrigen Träger der Flächennutzungsplanung und deren jeweiliges Plangebiet.

3.2.3 Bebauungsplan

Im Bebauungsplan können Flächen für Windenergieanlagen als Fläche für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien nach § 9 Abs.1 Nr. 12 BauGB (Versorgungsfläche) oder als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Windenergieanlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO festgesetzt werden. In einem solchen Bebauungsplan können insbesondere auch Festsetzungen zur Höhe (vgl. hierzu 3.2.2.1), zu den einzelnen Standorten der Windenergieanlagen, zur Infrastruktur, zur Vermeidung von Konflikten in angrenzenden Gebieten und zu den Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden.

Soweit der Vorhabensträger schon feststeht, kommt auch die Aufstellung eines Vorhabens- und Erschließungsplans nach § 12 BauGB in Betracht.

3.2.4 Umweltprüfung in der Bauleitplanung

Bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen muss die Kommune eine Umweltprüfung durchführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Der Inhalt des Umweltberichts ergibt sich aus der Anlage 1 zum BauGB. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen. Wurde bereits bei der Regionalplanung eine Umweltprüfung für das Plangebiet durchgeführt, soll die Umweltprüfung im Bauleitplanverfahren auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen beschränkt werden.

4 Planungshinweise

4.1 Windhöffigkeit

Im Rahmen der Erarbeitung des Planungskonzepts ist für das gesamte Planungsgebiet zu ermitteln, welche Bereiche sich aufgrund ihrer Windhöffigkeit für die Windenergienutzung eignen.

Der Windatlas Baden-Württemberg bietet einen landesweiten Überblick über die Windverteilung in Baden-Württemberg. Den fünf Windkarten können die jeweiligen mittleren Jahreswindgeschwindigkeiten in verschiedenen Höhen über Grund entnommen werden – entsprechend der gängigen Nabenhöhen derzeit gebauter Windenergieanlagen für den Bereich von 80 m bis 160 m.

Mit den internetbasierten Versionen dieser Karten (www.windatlas-bw.de) besteht die Möglichkeit, interaktiv Detailansichten eines möglichen Standortes zu erzeugen, welche zur besseren Orientierung mit einer topografischen Karte hinterlegt sind. Die zugrundeliegende hohe Auflösung bei der Kartenberechnung – insbesondere betreffend der windhöffigen Bereiche, welche im 50 m x 50 m Raster berechnet wurden – stellt der Regional- und Bauleitplanung eine hinreichend genaue Datengrundlage für die Standortausweisung von Windenergieanlagen zur Verfügung. Die räumliche Auflösung des Windatlasses ist sehr hoch und die Methodik valide. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass nicht jeder einzelne Punkt exakt beschrieben und kleinräumige Einflüsse nur teilweise berücksichtigt werden können. Die Unsicherheiten der mittleren Jahreswindgeschwindigkeiten des Windatlasses betragen in einer Höhe von 100 Metern +/- 0,2 bis 0,4 m/s. Regionen mit einer geringen Anzahl an Windenergieanlagen befinden sich dabei an der oberen Bandbreite. Falls vorliegend, können

aktuelle und wissenschaftlich anerkannte Detailgutachten oder konkrete Messungen für eine Region oder Teilregion als ergänzende Datengrundlage herangezogen werden.

Anm.: Für Planer und Betreiber bietet der Windatlas eine Erstinformation zur Lokalisierung geeigneter Standorte im Sinne einer Grobabschätzung möglicher Erträge – dieser Windatlas ersetzt jedoch nicht ein akkreditiertes Windgutachten oder eine Windmessung, welche bei der konkreten Anlagenplanung üblicherweise eingesetzt werden.

Die Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen hängt von vielen Faktoren ab, z.B. den Materialkosten der Anlagen, der Nähe zum Leitungsnetz, den Pachtkosten und dem Zinsniveau. Einen besonders großen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit hat die Windgeschwindigkeit, denn die Leistung des Windes hängt von der dritten Potenz der Windgeschwindigkeit ab. Nimmt die Windgeschwindigkeit um 10 % zu (z.B. von 6 auf 6,6 m/s), so wird die Leistung um 33 % größer.

Ein gutes Maß für die Beurteilung der Tauglichkeit eines Standortes für den Betrieb von Windenergieanlagen stellt der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) definierte Referenzertrag dar. Bis Ende 2011 war ein Jahresertrag für die Windenergieanlage(n) am Standort von mindestens 60% in Bezug auf einen im EEG definierten Referenzstandort Voraussetzung für eine Stromvergütung nach dem EEG. Diese Grenze ist weiterhin ein Richtwert für die minimale Windhöffigkeit, die ein Standort bieten sollte. Je nach Anlagentyp, Turmhöhe und Höhe des Standortes über Meer ist zum Erreichen dieser Mindestertragsschwelle eine für den jeweiligen Standort ermittelte durchschnittliche Jahreswindgeschwindigkeit von etwa 5,3 m/s bis 5,5 m/s in 100 m über Grund erforderlich.

Eine Investition in ein Windenergieprojekt bedeutet in der Regel eine langfristige Kapitalbindung, welche mit einem gewissen unternehmerischen Risiko verbunden ist. Analog zu vergleichbaren Kapitalanlagen wird außerdem mit einer Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals gerechnet.

Für Investoren gilt daher meist die Ertragsschwelle von 80 % des EEG-Referenzertrags als Mindestrichtwert zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit eines Windenergieprojektes. Dieser Mindestertrag wird in der Praxis – fast unabhängig von Anlagentyp und Nabenhöhe – erst an Standorten mit einer durchschnittlichen Jahreswindgeschwindigkeit von 5,8 m/s bis 6 m/s in 100 m über Grund erreicht.

Da für die Eignung eines Standortes letztlich der Ertrag die entscheidende Größe darstellt, sind ergänzend zu den fünf Windkarten (Windgeschwindigkeiten von 80 bis 160 m Höhe) noch zwei Referenzertragskarten erstellt worden. In den Karten werden die Gebiete dargestellt, in denen Windenergieanlagen mindestens 60 % bzw. 80 % des EEG-Referenzertrages erzeugen können. Diese Referenzertragskarten sind mit den gängigen Geoinformationssystemen kompatibel und werden für die regionalen und kommunalen Planungsträger von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) bereitgestellt.

4.2 Naturschutzbelange in der Regional- und Bauleitplanung

Bei den nachfolgenden Ausführungen ist der unterschiedliche Maßstab und Konkretisierungsgrad von Regional- und Bauleitplanung zu berücksichtigen.

4.2.1 Tabubereiche

Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in der Regionalplanung und die Darstellung von Flächen für die Windenergienutzung in der Bauleitplanung kommt in folgenden Schutzgebieten wegen deren besonderer Schutzbedürftigkeit nicht in Betracht:

- Nationalparke (§ 24 BNatSchG),

- Nationale Naturmonumente (§ 24 Abs. 4 BNatSchG),
- Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG),
- Kernzonen von Biosphärengebieten (§ 25 BNatSchG),
- Bann- und Schonwälder (§ 32 LWaldG).

Entsprechendes gilt auch für Gebiete, die einstweilig sicher gestellt sind (§ 22 Abs. 3 BNatSchG) und für Gebiete, deren Unterschutzstellung förmlich eingeleitet wurde.

Weitere Tabubereiche sind

- Europäische Vogelschutzgebiete mit Vorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten (insbesondere solche Arten, für die Windenergieanlagen gemäß der Verordnung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum zur Festlegung von Europäischen Vogelschutzgebieten (VSG-VO - <http://brsweb.lubw.baden-wuerttemberg.de/brsweb/pages/map/default/index.xhtml>) vom 05.02.2010 (GBl. S. 37) Gefahrenquellen darstellen), es sei denn eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzzwecks und der Erhaltungsziele des Gebiets kann auf Grund einer Vorprüfung oder Verträglichkeitsprüfung nach § 7 Abs. 6 ROG bzw. nach § 1a Abs.4 BauGB jeweils i.V.m. § 34 BNatSchG im Rahmen der Regional- bzw. Bauleitplanung ausgeschlossen werden (z.B. wenn nachgewiesen wird, dass der Teilbereich des Gebiets für die Erhaltung der geschützten Art nicht relevant ist),
- Zugkonzentrationskorridore von Vögeln oder Fledermäusen, bei denen Windenergieanlagen zu einer „signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos“ oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können,
- Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung.

In gesetzlich geschützten Biotopen (§ 30 BNatSchG, § 32 NatSchG, § 30a LWaldG) und Naturdenkmälern (§ 28 BNatSchG) sind Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen (vgl. 5.6.4.1.2). Sie schließen jedoch eine Überplanung dieser Bereiche durch ein Vorranggebiet oder eine Konzentrationszone nicht aus. Die Vereinbarkeit mit den geschützten Bereichen ist dann im Wege der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung über eine entsprechende Standortwahl, Ausgleichsmaßnahmen etc. sicher zu stellen. Auf die gesetzlich geschützten Biotope und Naturdenkmale ist bereits in der Begründung zur Regional- und Bauleitplanung hinzuweisen.

4.2.2 Abstände von naturschutzrechtlich bedeutsamen Gebieten

Die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen können auch außerhalb der genannten Schutzgebiete zu erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzzwecke und Erhaltungsziele dieser Gebiete führen und der Genehmigung von Windenergieanlagen entgegenstehen.

Daher wird auf der Ebene der Regionalplanung von Nationalparks, nationalen Naturmonumenten, Naturschutzgebieten, Kernzonen von Biosphärengebieten und von Bann- und Schonwäldern ein Abstand von 200 m empfohlen, um erhebliche Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen zu vermeiden.

Ein Vorsorgeabstand zu diesen Gebieten kann auch auf der Ebene der Bauleitplanung notwendig sein, um eine erhebliche Beeinträchtigung des jeweiligen Schutzzwecks zu vermeiden. Hier ist jedoch stets eine Einzelfallbetrachtung unter Beteiligung der zuständigen Fachbehörde erforderlich, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass Abstandsflächen in der Flächennutzungsplanung zu Ausschlussflächen werden. Auch bei gesetzlich geschützten Biotopen und bei Naturdenkmälern ist im

Einzelfall unter Berücksichtigung des jeweiligen Schutzzwecks zu beurteilen, ob und ggf. welcher Abstand erforderlich ist.

Auf Ebene der Regionalplanung wird empfohlen, zu Europäischen Vogelschutzgebieten mit Vorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten, insbesondere solcher Arten, für die Windenergieanlagen gemäß der VSG-VO des MLR vom 05.02.2010 (GBl. S. 37) Gefahrenquellen darstellen und zu Rast- und Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung einen Abstand von in der Regel 700 m einzuhalten. Sofern eine erhebliche Beeinträchtigung des jeweiligen Schutzzwecks und der geschützten Arten ausgeschlossen werden kann, kann ein geringerer Abstand angesetzt werden. Unter besonderen örtlichen Gegebenheiten (z. B. Vogelzug, bedeutende Nahrungsflächen für windenergieempfindliche Vogelarten) können größere Abstände erforderlich sein.

Ein Vorsorgeabstand zu Europäischen Vogelschutzgebieten mit Vorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten sowie zu Rast- und Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung kann auch auf Ebene der Bauleitplanung notwendig sein, um erhebliche Beeinträchtigungen des jeweiligen Schutzzwecks zu vermeiden. Der Abstand ist im Einzelfall unter Beteiligung der zuständigen Fachbehörde zu bestimmen.

4.2.3 Prüfflächen (Restriktionsflächen)

Folgende Gebiete unterliegen bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in der Regionalplanung und bei der Darstellung von Flächen für die Windenergienutzung in Bauleitplänen besonderen naturschutz- und forstrechtlichen Restriktionen:

4.2.3.1 Landschaftsschutzgebiete (§ 26 BNatSchG) und Pflegezonen von Biosphärengebieten (§ 25 BNatSchG)

Wesentliche Schutzzwecke dieser Gebiete sind in aller Regel das Landschaftsbild und der Naturhaushalt. Windenergieanlagen greifen regelmäßig in diese Schutzzwecke ein. Verordnungen zu Landschaftsschutzgebieten enthalten zumeist ein Bauverbot mit Erlaubnisvorbehalt, das auch für Windenergieanlagen gilt; auch für die Pflegezonen von Biosphärengebieten gilt ein Erlaubnisvorbehalt für die Errichtung baulicher Anlagen. Eine Erlaubnis ist in der Regel nicht geeignet, um einen Widerspruch des Vorhabens zum Schutzzweck der Verordnung auszuräumen.

Bei der Planung von Windenergieanlagen in diesen Gebieten kann eine Befreiung im Rahmen von Einzelfallentscheidungen möglich sein. Die Befreiung nach § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG erfordert eine Abwägung des öffentlichen Interesses am Natur- und Landschaftsschutz mit dem öffentlichen Interesse am Klimaschutz und der Versorgung mit regenerativer Energie im Einzelfall.

Im Wege der Befreiung können nur singuläre, keine großflächigen Eingriffe zugelassen werden (VGH Mannheim Urt. vom 05.04.1990 - 8 S 2303/89). In diesen Fällen ist es erforderlich, dass die Erteilung einer Befreiung von den Bestimmungen rechtlich möglich ist, weil objektiv eine Befreiungslage gegeben ist und dies unter Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde festgestellt wurde („Planung in eine Befreiungslage hinein“), VGH Mannheim, Urt. vom 13.10.2005 - 3 S 2521/04, Rn. 43). Den zuständigen Naturschutzbehörden wird empfohlen, den Landesnaturschutzverband bei Landschaftsschutzgebieten entsprechend § 79 Abs. 3 Nr. 2 NatSchG, bei Pflegezonen von Biosphärengebieten entsprechend § 63 Abs. 2 Nr. 5 BNatSchG anzuhören.

Bei großflächiger Betroffenheit oder der (teilweisen) Funktionslosigkeit des Gebiets (vgl. VGH München, Urt. vom 14.01.2003 - 1 N 01.2072) durch die Realisierung der Planung ist eine Änderung der Schutzgebietsverordnung erforderlich, bevor ein Flächennutzungsplan beschlossen oder eine Festlegung durch Regionalplan getroffen wird. Die Änderung der Verordnung kann in einer

teilweisen oder vollständigen Aufhebung bestehen. Eine Änderung der Verordnung kann ferner dadurch erfolgen, dass das Schutzgebiet in Zonen mit einem entsprechend dem jeweiligen Schutzzweck abgestuften Schutz gegliedert wird (§ 22 Abs. 1 S. 3 BNatSchG). Die Zonierung ermöglicht z. B. die Freigabe von Teilflächen für die Windenergienutzung, sofern keine oder weniger starke Interessenkonflikte zwischen der Windenergie und dem Schutzzweck der Verordnung bestehen, ohne die Teilfläche aus dem Schutzgebiet herauszunehmen.

Bei der Entscheidung über die Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung wägt die Naturschutzbehörde die sich gegenüberstehenden Interessen ab. Es kann dabei auf die bei der Regional- oder Flächennutzungsplanung im Rahmen der Standortwahl ermittelten Daten und Informationen zurückgegriffen werden.

4.2.3.2 FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete, die nicht bereits Tabubereiche sind

Windenergieanlagen dürfen grundsätzlich nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen von Europäischen Vogelschutzgebieten und FFH-Gebieten führen. Wenn die Planung geeignet ist, die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck dieser Gebiete erheblich zu beeinträchtigen, sind im Rahmen des Verfahrens zur Festlegung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen in der Regionalplanung die Vorschriften des Naturschutzrechts, insbesondere § 34 BNatSchG, anzuwenden (§ 7 Abs. 6 ROG). Entsprechendes gilt gem. § 1a Abs. 4 BauGB für die Darstellung von Flächen für die Windenergienutzung in Bauleitplänen. In diesen Fällen ist eine Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG in das Planungsverfahren zu integrieren.

4.2.3.3 Geschützte Waldgebiete

Bodenschutzwälder (§ 30 LWaldG), Schutzwälder gegen schädliche Umwelteinwirkungen (§ 31 LWaldG) sowie durch Rechtsverordnung zu Erholungswald erklärte Waldgebiete (§ 33 LWaldG) unterliegen als geschützte Waldgebiete bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in der Regionalplanung und bei der Darstellung von Flächen für die Windenergienutzung in Bauleitplänen besonderen Restriktionen. Diese leiten sich aus den naturräumlichen Gegebenheiten (Bodenschutzwald), den entstehenden Nutzungskonflikten (Erholungswald) sowie den besonderen Anforderungen der Gesellschaft an den Wald (Schutzwald gegen schädliche Umwelteinwirkungen) her. Diese Belange sind bei der Planung von Windenergieanlagen zu berücksichtigen und mit den übrigen öffentlichen und privaten Belangen, wie etwa dem öffentlichen Interesse an der Windenergienutzung abzuwägen.

Informationen über die Lage der geschützten Waldgebiete können bei der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Freiburg bezogen werden.

4.2.4 Naturparke

Auf Naturparkflächen, die zugleich anderen Schutzgebietsregelungen unterworfen sind (z. B. Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, Waldschutzgebiete) gelten die Regelungen der jeweiligen spezielleren Schutzgebietsform und somit auch die Ausführungen zu Tabubereichen, Abständen und Prüfflächen (Nr. 4.2.1 bis 4.2.3).

Für die übrigen Naturparkflächen können die Städte und Gemeinden nach den Naturparkverordnungen durch Bauleitplanung Erschließungszonen festlegen, in denen die Erlaubnisvorbehalte für die Errichtung baulicher Anlagen gemäß der jeweiligen Naturparkverordnung regelmäßig nicht gelten. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens sind - neben anderen Belangen - die Schutzzwecke des Naturparks und die für die Windenergieplanung sprechenden Belange zu berücksichtigen und abzuwägen.

Bei der Festlegung von Vorranggebieten durch Regionalplan in den übrigen Naturparkflächen sind die Schutzzwecke des Naturparks zu berücksichtigen. Wenn die Errichtung von Windenergieanlagen dem Schutzzweck eines Naturparks nicht zuwider läuft oder wenn nachhaltige Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können, ist die Festlegung von Vorranggebieten zulässig. Bei der Feststellung dieser Voraussetzungen ist die für Erlaubnisse zuständige Naturschutzbehörde zu beteiligen.

Nur wenn die Errichtung von Windenergieanlagen im Naturpark nicht mit der Naturparkverordnung vereinbar sein sollte, setzt die Festlegung von Vorranggebieten für singuläre Eingriffe voraus, dass objektiv eine Befreiungslage gegeben ist und dies unter Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde festgestellt worden ist. Bei großflächiger Betroffenheit oder teilweiser Funktionslosigkeit des Naturparks durch die Realisierung der Planung ist eine Änderung der Naturparkverordnung vor der Festlegung des Vorranggebiets erforderlich.

4.2.5 Artenschutzrecht und Planungen

Die artenschutzrechtlichen Verbote der §§ 44 f BNatSchG gelten in der Regional- und Bauleitplanung nicht unmittelbar. Eine regional- oder bauleitplanerische Festlegung/Darstellung, die wegen entgegenstehender artenschutzrechtlicher Verbote nicht vollzugsfähig ist, wäre jedoch eine rechtlich nicht "erforderliche Planung" und somit unwirksam (zur fehlenden Erforderlichkeit von Regionalplänen vgl. auch VGH Mannheim, Urteil vom 09.06.2005, 3 S 1545/04, NuR 2006, S. 371, zur Bauleitplanung vgl. BVerwG, Beschluss vom 25.08. 1997, 4 NB 12.97, NuR 1998,135). Daher ist bei diesen Planungen eine Prüfung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen der §§ 44 f BNatSchG erforderlich. Prüfungsrelevant sind insbesondere die windenergieempfindlichen Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und die Europäischen Vogelarten; andere Arten sind zu berücksichtigen, sofern durch die Anlage oder die Zuwegung deren Lebensraum betroffen sein kann. Die national geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung zu berücksichtigen (§ 44 Abs. 5 S. 5 BNatSchG und § 1a Abs. 3 BauGB).

Die artenschutzrechtlichen Verbote stehen einer Planung nicht entgegen, wenn Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und die Europäischen Vogelarten im Umfeld der Planung nicht betroffen sind oder bei einer Beeinträchtigung der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten die ökologische Funktion dieser Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 S. 2 BNatSchG). Dies gilt auch, wenn die Verletzung des Verbotstatbestands vermieden werden kann, z. B. durch Nebenbestimmungen in künftigen Genehmigungsverfahren oder vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nach § 44 Abs. 5 S. 3 BNatSchG (sog. CEF-Maßnahmen), oder bei einem nicht vermeidbaren Eingriff eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG oder eine Befreiung nach § 67 BNatSchG erteilt werden kann. Im Übrigen wird auf Kapitel 5.6.4.2 verwiesen.

4.2.5.1 Artenschutz in der Regionalplanung

Auf der Ebene des Regionalplanes ist eine Vorabschätzung zur Betroffenheit von windenergieempfindlichen Anhang IV-Arten der FFH-Richtlinie und der Europäischen Vogelarten auf der Grundlage vorhandener Artendaten erforderlich. Die Naturschutzverwaltung stellt die ihr vorliegenden Daten zur Verfügung. Um weitergehende Planungssicherheit zu erhalten, können bereits auf der Regionalplanebene vertiefte Untersuchungen durchgeführt werden.

Sofern bereits die vorhandenen Daten und Erkenntnisse unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen oder einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG einen unlösbaren Konflikt mit dem Artenschutzrecht aufzeigen, ist die regionalplanerische Festlegung unzulässig. Die Artenschutzbelange sollen im Hinblick auf die gebotene Vollzugsfähigkeit der Regionalplanung soweit wie möglich geprüft werden. Nur wenn aufgrund einer prognostischen Beurteilung eine arten-

schutzkonforme Konfliktlösung im nachgelagerten Bauleitplan- oder Zulassungsverfahren zu erwarten ist, kann eine regionalplanerische Ausweisung der Windenergiestandorte erfolgen. Die Artenschutzproblematik ist in diesen Fällen (z.B. in der Begründung des Plansatzes) zu dokumentieren.

4.2.5.2 Artenschutz in der Bauleitplanung

Die Ausweisung von Konzentrationszonen in Flächennutzungsplänen mit den Rechtswirkungen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB und Bebauungspläne erfüllen vergleichbare Funktionen. Die nachfolgenden Ausführungen gelten daher für beide Formen der Planung.

Bei der Aufstellung des Plans ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) bezogen auf die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und die Europäischen Vogelarten erforderlich. Dazu sind Ermittlungen notwendig, auf deren Grundlage die Voraussetzungen der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände beurteilt werden können. Hierfür werden Daten benötigt, aus denen sich die Häufigkeit und Verteilung der geschützten Arten im Plangebiet ergeben. Hierzu sind bereits vorhandene Daten (u. a. der Naturschutzverwaltung und sofern verfügbar von Naturschutzverbänden), Erkenntnisse und Literatur zum Plangebiet auszuwerten. Liegen begründete Anhaltspunkte für das Vorkommen kollisions- oder störungsempfindlicher Arten vor und lassen sich Häufigkeit und Verteilung der Arten nicht auf der Grundlage vorhandener Daten ermitteln, ist eine Bestandsaufnahme vor Ort durch Begehung des Untersuchungsraums mit Erfassung des Arteninventars notwendig. Das "Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Überprüfung" (http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Formblaetter_Natura/100391.html) kann als Grundlage angewandt werden. Im Umweltbericht (§ 2a BauGB) sind diese Angaben (artenschutzrechtlicher Fachbeitrag) darzustellen, insbesondere sind je nach Einzelfall darzustellen

- die Betroffenheit von Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und von Europäischen Vogelarten,
- Vermeidungsmaßnahmen (einschließlich vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen),
- die Beurteilung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände und
- die Ausnahmeveraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG.

Bauleitplanungen bedürfen zwar selbst keiner Ausnahmegenehmigung. Bauvorhaben zur Verwirklichung der Planung, die gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen, können jedoch nur auf Grund einer Ausnahme zugelassen werden. Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplans ist somit das Vorliegen einer objektiven „Ausnahmelage“ nach § 45 Abs. 7 BNatSchG, die unter Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde festgestellt wurde („Planung in eine Ausnahmelage hinein“). Die Ergebnisse der artenschutzrechtlichen Prüfung sind einer Abwägung durch die Kommune im Rahmen der Bauleitplanung nicht zugänglich.

4.2.6 Landschaftsbild

Bei der Standortsuche für Windenergieanlagen ist das Landschaftsbild zu berücksichtigen, das im Hinblick auf seine Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie seinen Erholungswert bewahrt werden soll (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 sowie § 14 Abs. 1 BNatSchG). Bei der Standortplanung sollen daher insbesondere folgende Kriterien betrachtet und abgewogen werden (siehe auch Kapitel 5.6.4.1.1):

- Aus dem Blickwinkel des Landschaftsschutzes:
 - Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes unter besonderer Berücksichtigung der Naturlandschaften (vom menschlichen Einfluss unbeeinflusst gebliebene Landschaften),

der historisch gewachsenen Kulturlandschaften auch mit ihren Kultur- Bau- und Bodendenkmälern sowie der Sichtbarkeit der Anlage im Nah- und Fernbereich,

- Minderung des Erholungswertes,
 - Unberührtheit der Landschaft,
 - Vorbelastung durch technische Anlagen.
- Aus dem Blickwinkel der Windenergienutzung:
 - Windhöffigkeit,
 - Bündelung mit Infrastrukturtrassen,
 - Nähe zu Stromtrassen,
 - Zuwegung.

Die Belange des Landschaftsbilds sind vom Planungsträger bei der Aufstellung des Gesamtkonzepts mit den übrigen Belangen, insbesondere auch der Windhöffigkeit des potenziellen Standorts und dem Anliegen, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine ihrer Privilegierung entsprechende Chance zu geben, abzuwägen. Gewichtige Belange des Landschaftsbilds können demnach vorliegen, wenn die Standorte für Windenergieanlagen zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung eines Landschaftsbildes von herausragender Vielfalt, Eigenart und Schönheit führen würden. Gleichzeitig muss aber der Planungsträger in der Abwägung berücksichtigen, ob und inwieweit aufgrund der Windhöffigkeit sowie der Standortverhältnisse für die Windenergienutzung besonders geeignete Bereiche betroffen sind. Die Belange des Landschaftsbilds und der Windenergienutzung sind dabei in die bei der Regional- und Bauleitplanung gebotene umfassende Abwägung aller beachtlichen Belange einzubeziehen (vgl. für Bauleitplanung Kapitel 3.2.2.1).

4.2.7 Wälder mit besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen

Besondere Schutz- und Erholungsfunktionen von Wäldern sind bereits bei der Auswahl geeigneter Windenergiestandorte zu berücksichtigen. Die besonderen Waldfunktionen leiten sich aus den naturräumlichen Gegebenheiten, den entstehenden Nutzungskonflikten, den besonderen Anforderungen der Gesellschaft an den Wald oder naturschutzfachlichen Gründen her. Diese Belange sind bei der Planung und Errichtung von Windenergieanlagen zu berücksichtigen und mit dem öffentlichen Interesse an der Windenergienutzung sowie den übrigen Belangen abzuwägen.

Hinweise über Wälder mit besonderen Schutz- oder Erholungsfunktionen gibt insbesondere die Waldfunktionenkarte, die bei der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Freiburg erstellt wird und den unteren Forstbehörden zur Verfügung steht.

4.2.8 Biotopverbund

Bei der Planung von Windenergieanlagen sind Biotopverbundflächen einschließlich der Flächen des Generalwildwegeplans zu berücksichtigen. Diese Flächen dienen insbesondere der Sicherung der Populationen von wildlebenden Tier- und Pflanzenarten und der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung von funktionsfähigen ökologischen Wechselbeziehungen (§ 21 Abs. 1 BNatSchG). Biotopflächen können bereits von der Standortwahl für Windenergieanlagen ausgeschlossen sein (vgl. 4.2.1 Tabubereiche). Sofern Biotopverbundflächen als Prüfgebiete (vgl. 4.2.3) oder als Teile hiervon einzustufen sind, sind die in § 21 Abs. 1 BNatSchG geregelten Funktionen zusätzlich bei der Standortauswahl als Abwägungsbelang und bei Entscheidungen über Befreiungen, Änderungen von Schutzgebietsverordnungen und bei Ausnahmen zu berücksichtigen. Bei planerischen Festlegungen der Biotopverbundflächen durch Regionalplan (Vorranggebiete für Natur und Landschaft, regionale Grünzüge, oder Grünzäsur) sind die genannten Funktionen bei Entscheidungen über Abweichungen zu berücksichtigen.

4.2.9 Bodenschutz

Bei der Festlegung von Standorten für Windenergieanlagen in Regionalplänen oder bei der Planung in Bauleitplanverfahren sind die Belange des Bodenschutzes im Sinne der §§ 1 und 2 BBodSchG zu berücksichtigen. Öffentliche Planungsträger sind gemäß § 2 LBodSchAG bei eigenen Vorhaben verpflichtet, in besonderem Maße die Belange des Bodenschutzes nach § 1 BBodSchG und den sparsamen, schonenden und haushälterischen Umgang mit Boden zu berücksichtigen und zu prüfen, ob eine Inanspruchnahme weniger wertvoller Böden möglich ist.

4.2.10 Landwirtschaft

Der öffentliche Belang Landwirtschaft wird durch alle Pläne und Programme berührt, deren Wirkung sich in der freien Landschaft entfaltet und die Landwirtschaft direkt oder indirekt tangiert, also auch durch Planungen zu Windenergieanlagen. Bei der Planung sind die landwirtschaftlichen Belange in die Abwägung einzubeziehen. Als Grundlage dafür kann insbesondere die digitale Flurbilanz dienen.

4.3 Abstände aus Gründen des Lärmschutzes

Bei der regionalplanerischen Festlegung von Vorranggebieten sollen von Windenergieanlagen zu Gebieten, in denen das Wohnen nicht nur ausnahmsweise zulässig ist (Bestand sowie wirksam gewordene Flächennutzungspläne und in Kraft getretene Bebauungspläne), Mindestabstände von 700 m eingehalten werden. Dieser Abstand ist ein planerischer Vorsorgeabstand. Wenn keine bauleitplanerischen Festlegungen zur Steuerung der Windenergienutzung vorliegen, hat der Antragsteller die Möglichkeit, im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nachzuweisen, dass die von ihm beantragte Windenergieanlage die Immissionsrichtwerte der TA Lärm auch bei geringeren Abständen einhält. Durch diesen Nachweis wird die Anlage möglicherweise außerhalb des im Regionalplan festgelegten Vorranggebiets errichtet. Da die Anlage nach Änderung des Landesplanungsgesetzes 2012 und der Aufhebung der Wind-Regionalpläne mit Wirkung zum 01.01.2013 damit nicht mehr in einem Ausschlussgebiet für Windenergieanlagen liegt, steht künftig eine solche regionalplanerische Ausschlusswirkung der Zulässigkeit einer Windenergieanlage an diesem Standort nicht (mehr) entgegen.

Für die Flächennutzungsplanung der Kommunen, mit der sogenannte Konzentrationszonen für die Nutzung der Windenergie ausgewiesen werden, wird ein Vorsorgeabstand von 700 m zu Wohngebieten als Orientierungsrahmen empfohlen. Von diesem pauschalisierten Vorsorgeabstand können die Kommunen im Einzelfall aufgrund einer eigenständigen gebietsbezogenen Bewertung abweichen. Bei einem geringeren Abstand als 700 m zu Wohngebieten muss belegt sein, dass die maßgeblichen Immissionsrichtwerte der TA Lärm in den angrenzenden Wohngebieten dennoch eingehalten werden können. Bei reinen Wohngebieten sind größere Abstände und insbesondere bei Misch-/Dorfgebieten und Gewerbegebieten sind kleinere Abstände zu erwägen. Bei ihren gebietspezifischen Überlegungen müssen die Kommunen insbesondere Windrichtung, Windgeschwindigkeit, Schutzwürdigkeit der Wohnbebauung oder sonstigen Nutzung, Topographie und ggf. Anlagenzahl und -art berücksichtigen. Außerhalb der auf diese Weise bestimmten Konzentrationszone sind Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen (vgl. Kapitel 5.6.2.3).

Aus der Einhaltung des planerischen Vorsorgeabstands ergibt sich noch nicht die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsfähigkeit des konkreten Vorhabens. Zur immissionsschutzrechtlichen Beurteilung von Windenergieanlagen in der Einzelfallgenehmigung wird auf die Ausführungen in Kapitel 5.6.1.1 verwiesen.

4.4 Wasserwirtschaft

Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in der Regionalplanung und die Darstellung von Flächen für die Windenergienutzung in der Bauleitplanung kommt in folgenden Gebieten wegen deren Schutzbedürftigkeit nicht in Betracht:

- Gewässerrandstreifen
- Schutzzonen I und II von Wasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten
- schutzbedürftige Bereiche für den Grundwasserschutz in Regionalplänen, soweit sie potentielle Zonen II umgrenzen

In der Schutzzone II von Wasser- und Heilquellenschutzgebieten kann im Einzelfall unter bestimmten ortsspezifischen Voraussetzungen eine Befreiung von den Verboten der jeweiligen Schutzgebietsverordnung möglich sein (vgl. Kapitel 5.6.4.4). In einem solchen Fall muss die Befreiung beim Planbeschluss vorliegen oder deren Erteilung von den Bestimmungen her rechtlich möglich und dies von der zuständigen Wasserbehörde festgestellt sein („Planung in eine Befreiungslage hinein“). Dies gilt jedoch nur für Einzelanlagen. Windparks sind in den Schutzzonen II generell nicht mit den Zielen des Grundwasserschutzes für die Trinkwassergewinnung vereinbar.

Bei der Festlegung von Standorten für Windkraftanlagen sollten - vorbehaltlich der Abwägung mit anderen Belangen, insbesondere der Windhöflichkeit - Gebiete außerhalb von Wasser- und Heilquellenschutzgebieten bzw. Gebiete der Schutzzone III gegenüber anderen Standorten vorgezogen werden.

4.5 Denkmalschutz

Bei der Festlegung von Vorranggebieten in Regionalplänen oder Darstellung von Flächen für die Windenergie in Flächennutzungsplänen sind die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege im Rahmen der Planverfahren angemessen zu berücksichtigen. Die für die Denkmalpflege zuständigen Behörden sind frühzeitig als Träger öffentlicher Belange bzw. als für das Schutzgut „Kulturgüter“ zuständige Fachbehörden zu beteiligen.

4.6 Behördlicher und privater Richtfunk

Auf Ebene der Regionalplanung sowie auf Ebene der Flächennutzungsplanung sind behördliche und private Richtfunkstrecken zu berücksichtigen. Hinsichtlich des behördlichen Richtfunks wird derzeit in Baden-Württemberg ein Digitalfunknetz für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) aufgebaut.

Im Rahmen der Planung soll darauf geachtet werden, dass bestehende behördliche und private Richtfunkstrecken durch Windenergieanlagen nicht beeinträchtigt werden. Im Planungsverfahren sind daher für den Behördenrichtfunk das Innenministerium und für den privaten Richtfunk die Bundesnetzagentur zu beteiligen.

Da die Richtfunkverläufe des BOS-Digitalfunknetzes aus Geheimschutzgründen nicht bekannt gegeben werden dürfen, wird das Innenministerium prüfen, ob Richtfunkstrecken von künftigen Flächen für die Windenergie betroffen sind. Für eine solche Prüfung benötigt das Innenministerium die Kartenmaterialien der betreffenden Gebiete als Karte und als Shape-File. Auf dieser Grundlage können bestehende Richtfunkverbindungen innerhalb dieser Gebiete linienhaft dargestellt und zur Verfügung gestellt werden. Zum Zweck der Überprüfung können vorstehende Daten an die Autorisierte Stelle Digitalfunk Baden-Württemberg (ASDBW) per Email an ASDBW@polizei.bwl.de übersandt werden.

4.7 Wetterradar

Befinden sich Flächen für Windenergieanlagen im Umkreisradius von 15 km um die Wetterradarstationen des Deutschen Wetterdiensts in Türkheim oder auf dem Feldberg ist der Deutsche Wetterdienst im Planverfahren zu beteiligen.

5 Immissionsschutzrechtliche Genehmigung von Windenergieanlagen

Windenergieanlagen sind Anlagen i. S. v. § 3 Abs. 5 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG). Sie unterliegen damit den immissionsschutzrechtlichen Anforderungen. Bei genehmigungsbedürftigen Anlagen richten sich die Anforderungen nach § 5 BImSchG. Unter den Anlagenbegriff fallen dabei insbesondere die (ortsfesten) mechanischen und elektrischen Bauteile mit der dazu gehörenden Trafo- bzw. Übergabestation auf dem Betriebsgelände. Nicht unter den Anlagenbegriff fallen hingegen die Zuwegung (Erschließungswege) und die Einspeisungstrasse/-leitung außerhalb des Betriebsgeländes.

5.1 Immissionsschutzrechtliche Verfahren

Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 m unterfallen der Nr. 1.6 des Anhangs zur 4. BImSchV und bedürfen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gemäß § 4 BImSchG. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens richtet sich nach der Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung des Landes. Zuständige Behörden sind nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 die unteren Verwaltungsbehörden und damit die Bürgermeisterämter der Stadtkreise und die Landratsämter.

Gemäß § 13 BImSchG schließt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung andere die Anlage betreffende Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme bestimmter, dort explizit genannter Gestattungen ein („Konzentrationswirkung“). Davon nicht erfasst sind Zielabweichungsverfahren nach § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 24 LplG und die Genehmigung nach §§ 9 ff. LWaldG (Waldumwandlungsgenehmigung). Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung ist eine Sachgenehmigung („Realkonzession“). Sie ist ausschließlich anlagenbezogen und enthält keine von der Person des Betreibers abhängigen Anforderungen. Der Antragsteller im Genehmigungsverfahren und der (spätere) Betreiber der Anlage müssen nicht identisch sein.

Wird eine bestehende Anlage geändert, ist bei wesentlichen Änderungen ein Änderungsgenehmigungsverfahren nach § 16 BImSchG erforderlich. Änderungen sind nach § 16 Abs. 1 S. 1 BImSchG wesentlich, wenn nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden können, die für die Prüfung nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG erheblich sein können. Erheblich i. S. d. § 16 Abs. 1 S. 1 sind Auswirkungen bereits dann, wenn sie die Durchführung der Betreibergrundpflichten berühren können. Nachteilig sind Auswirkungen, die eine vorhandene Situation ungünstig verändern. Mit Blick auf die Betreiberpflicht zur Vorsorge kann auch eine nicht schädliche Umwelteinwirkung nachteilig sein. Es ist ein Vergleich zwischen der Situation vor Durchführung der beabsichtigten Änderung mit der (zu prognostizierenden) Situation nach der Änderung erforderlich. Die hierbei berührten Belange des Natur- und Artenschutzes sind neu zu bewerten.

Demgegenüber liegt eine Neuerrichtung vor, wenn die Änderungen derart prägend sind, dass die gesamte Anlage als eine neue Anlage qualifiziert werden muss, z.B. durch den Austausch des wesentlichen Kerns der bestehenden Anlage. Dies trifft in der Regel auch beim sog. Repowering zu. Die naturschutzrechtlichen Regelungen, insbesondere die Eingriffsregelung (§§ 14 ff BNatSchG) und das Artenschutzrecht sind zu beachten. Der Ersatz älterer Anlagen durch moderne leistungs-

stärkere Windenergieanlagen (Repowering) ist grundsätzlich wie eine Neuerrichtung zu behandeln. Steht (etwa beim Austausch von nicht dem Kern der Anlage zuzuordnenden Bauteilen) fest, dass nachteilige Auswirkungen nicht oder nur in geringem Umfang auftreten können, ist lediglich eine Anzeige nach § 15 BImSchG erforderlich.

Keine Änderung stellen Maßnahmen zur Instandsetzung, Reparatur und Unterhaltung dar, durch die der genehmigte Zustand unverändert wiederhergestellt wird (vgl. § 16 Abs. 5 BImSchG).

Die zuständige Behörde hat sämtliche betroffene Behörden, deren Aufgabenbereich von dem Vorhaben berührt ist, zu beteiligen. Dabei sind die Stellungnahmen so rechtzeitig einzuholen, dass die Genehmigungsentscheidung innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Fristen ergehen kann (§ 10 Abs. 6a BImSchG). Dies gilt auch für das vereinfachte Verfahren (§ 19 BImSchG) und insbesondere für die Einholung der Zustimmung der Luftfahrtbehörden nach §§ 12 Abs. 2, 14, 17 LuftVG, die der in § 11 der 9. BImSchV geregelten Monatsfrist als Spezialregelung vorgeht.

In den Fällen des § 36 Abs. 1 BauGB – insbesondere bei der Errichtung von Windenergieanlagen im Außenbereich – ist das kommunale Einvernehmen einzuholen (vgl. Kapitel 5.6.2.5). Das Einvernehmen der Kommune gilt gem. § 36 Abs. 2 S. 2 BauGB als erteilt, wenn es nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Ersuchens der Genehmigungsbehörde verweigert wird. Eine Verlängerung der Frist ist nicht zulässig.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 8a Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BImSchG soll der vorzeitige Beginn zugelassen und mit der Errichtung einschließlich der Maßnahmen, die zur Prüfung der Betriebstüchtigkeit der Anlage erforderlich sind, begonnen werden. Die Entscheidung über die Zulassung des vorzeitigen Beginns ergeht nur auf Antrag und nur im Rahmen eines durch Antragstellung bereits eingeleiteten regulären Genehmigungsverfahrens, ist also nicht losgelöst hiervon zulässig. Der Antrag auf Zulassung des vorzeitigen Beginns kann aber zeitgleich mit dem eigentlichen Genehmigungsantrag gestellt werden. Näheres, insbesondere zum Inhalt des Antrags (Darlegung des öffentlichen oder berechtigten privaten Interesses nach § 8a Abs. 1 Nr. 2, Verpflichtungserklärung nach § 8a Abs. 1 Nr. 3 BImSchG) und zum Inhalt des Zulassungsbescheids regelt § 24a der 9. BImSchV.

Um sicher zu stellen, dass die Genehmigung innerhalb einer angemessenen Frist genutzt wird, wird empfohlen, in der Genehmigung aufgrund einer Ermessensentscheidung im Einzelfall als Nebenbestimmung eine Frist für die Errichtung/den Betrieb der Anlage festzusetzen. Wird diese Frist nicht eingehalten, erlischt die Genehmigung nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG.

5.2 Öffentlichkeitsbeteiligung

Ist für die Errichtung einer Windenergieanlage eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich, muss ein förmliches immissionsschutzrechtliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden.

Soweit diese Voraussetzungen nicht vorliegen, können Windenergieanlagen in einem vereinfachten immissionsschutzrechtlichen Verfahren genehmigt werden. Dieses Verfahren sieht keine Öffentlichkeitsbeteiligung vor.

Eine Beteiligung der Öffentlichkeit ist jedoch auf freiwilliger Basis möglich. Der Antragsteller kann nach § 19 Abs. 3 BImSchG den Antrag stellen, dass statt des vereinfachten Verfahrens ein förmliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird. Über eine Beratung des Antragstellers seitens der Genehmigungsbehörden soll dies angestrebt werden, um eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Dies führt zwar u.U. zu einer längeren Dau-

er des Verfahrens, bietet aber den Vorteil einer höheren Rechtssicherheit, da nach Ablauf der Einwendungsfrist grundsätzlich keine Einwendungen gegen das Vorhaben mehr möglich sind. Häufig sind auch naturschutzrechtliche Untersuchungen erforderlich, die ebenfalls Zeit in Anspruch nehmen. Letztlich sprechen Gründe der Akzeptanz für die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung. Unabhängig davon wird das Umweltministerium bei den Interessenverbänden und Investorengruppen dafür werben, dass eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Genehmigungsverfahren erfolgt.

Soweit der Antragsteller sich nicht für das förmliche Verfahren entscheidet, soll ihm die Genehmigungsbehörde nahelegen, aus Gründen der Akzeptanz die Pläne auf kommunaler Ebene in einer Informationsveranstaltung zu präsentieren.

In § 21a der 9. BImSchV ist vorgesehen, dass unbeschadet des § 10 Abs. 7 und 8 S. 1 des BImSchG die Entscheidung über den Antrag öffentlich bekannt zu machen ist, wenn das Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurde oder der Träger des Vorhabens dies beantragt. Es wird empfohlen, den Antragsteller auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

5.3 Umweltverträglichkeitsprüfung

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist immer erforderlich, wenn 20 und mehr Anlagen innerhalb einer Windfarm geplant werden. Bei Windfarmen ab 3 bis 5 Anlagen ist eine standortbezogene, ab 6 bis 19 Anlagen eine allgemeine Vorprüfung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz durchzuführen. Wenn eine standortbezogene oder allgemeine Vorprüfung ergibt, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten sind, ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. In diesem Fall ist grundsätzlich auch die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens erforderlich (siehe Kapitel 3.1.3).

Unter Windfarm im Sinne der Anlage 1 Nr. 1.6 zum UVPG wird die Planung oder Errichtung von mindestens 3 Anlagen verstanden, die sich innerhalb einer bauleitplanerischen ausgewiesenen Fläche befinden oder im räumlichen Zusammenhang stehen und bei denen sich ihre Einwirkungsbereiche in Bezug auf die Schutzgüter der § 2 Abs. 1 S. 2 UVPG überschneiden oder wenigstens berühren.

Ist bereits in einem raumordnerischen Verfahren eine Umweltprüfung durchgeführt worden, sollen im Genehmigungsverfahren die Vorprüfung des Einzelfalls oder die UVP auf zusätzliche oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen beschränkt werden (§ 23a der 9. BImSchV).

Die Neuerrichtung einer Windenergieanlage innerhalb einer Windfarm stellt unter UVP-Gesichtspunkten eine Änderung des Vorhabens „Windfarm“ dar. Bei der Frage, ob dafür eine UVP erforderlich ist, sind alle bestehenden, genehmigten oder beantragten Anlagen innerhalb der Windfarm, die noch nicht Gegenstand einer UVP waren, zu berücksichtigen.

5.4 Gebühren

Für die Genehmigung sowie weitere Entscheidungen nach dem BImSchG berechnen sich die Gebühren nach den Gebührenregelungen des jeweiligen Bürgermeisteramtes der Stadtkreise oder Landratsamts als zuständige Immissionsschutzbehörde (§ 4 Abs. 3 LGebG). Die Gebühren können daher differieren.

Hinsichtlich eines etwaigen Raumordnungsverfahrens berechnen sich die Gebühren nach den Gebührenregelungen des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur.

5.5 Überwachung

Für die Überwachung der immissionsschutzrechtlichen Vorschriften gem. § 52 BImSchG (insbesondere zu Lärm und Schattenwurf) sind die unteren Immissionsschutzbehörden zuständig.

Mit Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung endet die Konzentrationswirkung dieser Genehmigung. Dies bedeutet, dass die Zuständigkeit zum Vollzug von Vorschriften des öffentlichen Baurechts (z.B. Bauüberwachung, Baufreigabe, Bauabnahme) bei der originär zuständigen Baurechtsbehörde liegt. Die Überwachung der Einhaltung der übrigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften obliegt den jeweils fachlich zuständigen Behörden.

Die Genehmigungsbehörde sollte in die Entscheidung aufnehmen, dass der Verursacher des Eingriffs - ggf. in regelmäßigen Abständen - über die Umsetzung der Vermeidungs- sowie der festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu berichten hat (§ 17 Abs. 7 S. 2 BNatSchG). Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind in das Kompensationsverzeichnis aufzunehmen (Kompensationsverzeichnis-Verordnung vom 17. Februar 2011, GBl. S. 79).

5.6 Zulässigkeitsvoraussetzungen

5.6.1 Immissionsschutzrechtliche Zulässigkeit

Die immissionsschutzrechtliche Zulässigkeit ist gegeben, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 BImSchG vorliegen. Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens ist insbesondere sicherzustellen, dass durch die Errichtung oder den Betrieb der Anlage keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden. Schädliche Umwelteinwirkungen lassen sich häufig durch Einhaltung bestimmter Auflagen (z.B. Drehzahl- / Leistungsbegrenzung, zeitweise Abschaltung) vermeiden.

5.6.1.1 Lärm

Die Beurteilung, ob schädliche Umweltauswirkungen in Form von erheblichen Belästigungen durch Geräuschimmissionen zu befürchten sind, erfolgt auf Grundlage der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm. Es ist dabei entsprechend der in der BauNVO zum Ausdruck kommenden Wertung bei Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage von einer abgestuften Schutzwürdigkeit der verschiedenen Baugebiete auszugehen. Der Außenbereich wird dabei in der Regel wie ein Misch- / Dorfgebiet (Nr. 6.1 lit. c TA Lärm) behandelt.

Antragsteller sollten den Genehmigungsbehörden gesicherte Datenblätter vorlegen, in denen unabhängige Institute das Geräuschverhalten der Anlage in allen regulären Betriebszuständen mindestens bis zum Erreichen der Nennleistung belegen. Die Anforderungen an die Emissionsdaten sind in der Technischen Richtlinie für Windenergieanlagen, Teil 1: „Bestimmung der Schallemissionswerte“, Revision 18, Stand: 1. 2. 2008 (Herausgeber: FGW, Fördergesellschaft für Windenergie e.V., Oranienburger Straße 45, 10117 Berlin) beschrieben. Ergänzend zu den Vorgaben der Technischen Richtlinie FGW werden auch akustische Vermessungen durch Messstellen anerkannt, die ihre Kompetenz z.B. durch die Teilnahme an regelmäßigen Ringversuchen zur akustischen Vermessung von Windenergieanlagen nach Technischer Richtlinie nachweisen.

Bei Anwendung der Irrelevanzregelung der Nr. 3.2.1 Abs. 2 TA Lärm ist zu beachten, dass eine Vielzahl von Einzelanlagen, die auf einen Immissionspunkt einwirken, zu einer relevanten Erhöhung des Immissionspegels führen können. In diesem Fall ist eine Sonderfallprüfung durchzuführen. Die Irrelevanz einer Anlage ist dabei im Einzelfall nachzuweisen. Die Gesamtbelastung durch alle Anlagen darf nicht zu einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte von mehr als 1 dB(A) gem. Nr. 3.2.1 Abs. 3 TA Lärm führen.

Die Schallimmissionsprognose ist nach Anhang A. 2 der TA Lärm durchzuführen. Dabei ist das alternative Verfahren der E DIN ISO 9613-2, Abs. 7.3.2 zu verwenden. Der Beurteilungspegel ist als ganzzahliger Wert anzugeben (s. auch LAI-Empfehlung der 101. Sitzung, 9.-11. Mai 2001). Die Rundungsregeln gemäß Nr. 4.5.1 DIN 1333 sind anzuwenden.

Der Immissionsprognose ist grundsätzlich diejenige bestimmungsgemäße Betriebsart zugrunde zu legen, die zu dem höchsten Beurteilungspegel führt. Bei stall-gesteuerten Windenergieanlagen ist daher das Geräuschverhalten bis zur Abschaltwindgeschwindigkeit zu betrachten. Bei pitch-gesteuerten Anlagen ist grundsätzlich das Geräuschverhalten zu berücksichtigen, welches gemäß der Technischen Richtlinie bei einer Windgeschwindigkeit von 10 m/s in 10 m Höhe über Boden, aber bei nicht mehr als 95 % der Nennleistung ermittelt wurde. Bei üblichen Nabenhöhen von über 50 m liegt die Windgeschwindigkeit in Nabenhöhe dann bei etwa 12 bis 14 m/s, so dass bei den meisten Anlagen die Leistungsabgabe im Bereich der Nennleistung liegt. Der maximal zulässige Emissionswert ist unter Beachtung des in der Prognose angesetzten Emissionsverhaltens der Anlage festzulegen.

Tonhaltigkeiten von Windenergieanlagen werden bei Neuplanungen wie folgt bewertet:

$0 \leq \text{KTN} \leq 2$ Tonhaltigkeitszuschlag KT von 0 dB

$2 < \text{KTN} \leq 4$ Tonhaltigkeitszuschlag KT von 3 dB

$\text{KTN} > 4$ Tonhaltigkeitszuschlag KT von 6 dB

KTN = Tonhaltigkeit bei Emissionsmessungen im Nahbereich nach der Technischen Richtlinie FGW gemessen

KT = in Abhängigkeit vom KTN ab einer Entfernung von 300 m für die Immissionsprognose anzusetzende Tonzuschläge

Neu zu errichtende Anlagen, deren Tonhaltigkeit $\text{KTN} > 2$ dB beträgt, entsprechen nicht mehr dem „Stand der Technik“.

Bei der Schallimmissionsprognose ist der Nachweis zu führen, dass unter Berücksichtigung der oberen Vertrauensgrenze aller Unsicherheiten (insbesondere der Emissionsdaten und der Ausbreitungsrechnung) der nach TA Lärm ermittelte Beurteilungspegel mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% den für die Anlage anzusetzenden Immissionsrichtwert einhält. Soweit neuere Erkenntnisse zum Prognosemodell vorliegen, sind diese zu berücksichtigen.

Nach Errichtung der Anlage ist durch eine Bescheinigung des Herstellers zu belegen, dass die errichtete Anlage in ihren wesentlichen Elementen und in ihrer Regelung mit derjenigen Anlage übereinstimmt, die der akustischen Planung zugrunde gelegt worden ist.

Eine Abnahmemessung ist nicht erforderlich, wenn Erkenntnisse vorliegen, die eine Emissionswertüberschreitung sicher ausschließen.

Sollte eine Abnahmemessung erforderlich sein, sind Immissionsmessungen am maßgeblichen Immissionsort aufgrund windinduzierter Fremdgeräusche oftmals, insbesondere in reinen und allgemeinen Wohngebieten wegen der niedrigen Immissionsrichtwerte, nicht zielführend zur Ermittlung des Beurteilungspegels. In diesen Fällen ist daher wie folgt zu verfahren:

Der Nachweis gilt als geführt, wenn der im Rahmen der Abnahmemessung ermittelte Emissionswert (Schalleistungspegel + Tonhaltigkeits- und Impulzzuschlag) den der Genehmigung zugrunde gelegten Emissionswert nicht überschreitet. Es ist also zu prüfen:

$$L_{WA} (\text{Abnahmemessung}) + K_I + K_T \leq L_{e, \max}$$

Wobei $L_{e, \max}$ sich ergibt aus:

$$L_{e, \max} = L_w + 1,28 * \sigma_P$$

mit

L_{WA} (Abnahmemessung): gemessener Schallleistungspegel

$L_{e, \max}$: maximal zulässiger Schallleistungspegel

L_w : Deklarierter (mittlerer) Schallleistungspegel nach Anhang D des Teils 1 der Technischen Richtlinie für Windenergieanlagen (Revision 18, Stand: 01.02.2008)

σ_P : Produktionsstreuung nach Anhang D des Teils 1 der Technischen Richtlinie für Windenergieanlagen (Revision 18, Stand: 01.02.2008)

K_I : Impulszuschlag

K_T : Tonzuschlag

Um richtlinienkonforme Emissionsmessungen zu gewährleisten, muss jede Anlage mit einer kontinuierlichen Aufzeichnung geeigneter Betriebsparameter (z.B. Windgeschwindigkeit in Nabenhöhe, Leistung, Drehzahl) versehen sein.

Sofern eine Anlage aus Gründen des Immissionsschutzes nachts z.B. durch eine Leistungs- oder Drehzahlbegrenzung geräuschreduziert betrieben wird, müssen die Betriebsparameter in einer Form gespeichert werden, die rückwirkend für einen Zeitraum von wenigstens sechs Monaten den Nachweis der tatsächlichen Betriebsweise ermöglicht. Diese Daten müssen der Genehmigungsbehörde auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Dort sind sie für die Betroffenen entsprechend den Vorgaben des Umweltinformationsrechts einsehbar.

Im Falle einer rechnerischen Richtwertüberschreitung (welche einer Genehmigung entgegenstehen würde) ist die Übertragung von Schallkontingenten verschiedener Anlagen untereinander grundsätzlich möglich. Beispielsweise könnte eine aufgrund der Vorbelastung durch ältere Anlagen notwendig werdende nächtliche Abschaltung einer neuen leistungsstärkeren Anlage vermieden werden, wenn stattdessen eine ältere Anlage entsprechend gedrosselt wird.

Für tieffrequente Geräusche sind in der TA Lärm ausdrücklich eigene Mess- und Beurteilungsverfahren vorgesehen, die in der DIN 45680, Ausgabe März 1997 und dem zugehörigen Beiblatt 1 festgelegt sind. Dabei werden Schallwellen auch im Infraschallbereich bis hinunter zu 8 Hz berücksichtigt. Es ist durch Messungen an verschiedenen Anlagentypen nachgewiesen, dass tieffrequenter Schall durch Windenergieanlagen in den für den Lärmschutz im hörbaren Bereich notwendigen Abständen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle liegt.

5.6.1.2 Schattenwurf, Diskoeffekt

Die sog. bewegten Schatten und die als Disko-Effekt bezeichneten periodischen Lichtreflektionen fallen als „ähnliche Umweltauswirkungen“ unter den Begriff der Immissionen des § 3 Abs. 2 BImSchG.

Schattenwurf von geringer Dauer ist hinzunehmen. Von einer erheblichen Belästigung des Menschen ist auszugehen, wenn unter Berücksichtigung der Beiträge aller einwirkenden Windenergieanlagen der tägliche oder der jährliche Immissionsrichtwert überschritten ist. Der Immissionsrichtwert für die tägliche Beschattungsdauer beträgt 30 Minuten, der Immissionsrichtwert für die astro-

nomisch maximal mögliche jährliche Beschattungsdauer beträgt 30 Stunden. Dies entspricht einer tatsächlichen Beschattungsdauer von etwa 8 Stunden pro Jahr.

Im Falle einer prognostizierten Überschreitung der o.g. Immissionsrichtwerte ist durch technische Maßnahmen sicherzustellen, dass die tatsächliche Beschattungsdauer 8 Stunden pro Jahr und 30 Minuten pro Tag nicht überschreitet. Für weitere Einzelheiten der Bewertung sind die „Hinweise zur Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen (WEA-Schattenwurf-Hinweise)“ der LAI vom 13. März 2002 heranzuziehen.

Der Disko-Effekt stellt heutzutage aufgrund der matten Beschichtung der Windenergieanlagen kein Problem mehr da.

5.6.1.3 Lichtimmissionen durch Hinderniskennzeichnung (Befeuerung)

Aufhellung und Blendung durch die Hinderniskennzeichnung stellen Lichtimmissionen dar. Aufgrund der großen Abstände ist nicht zu erwarten, dass dadurch schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden können.

Die Akzeptanz einer Hinderniskennzeichnung (insbesondere Befeuerung) ab 100 m Anlagenhöhe lässt sich auch ohne Höhenbeschränkung durch Auflagen zu technischen Maßnahmen verbessern. Nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV Luftfahrtkennzeichnung) ist es möglich, insbesondere durch die Verwendung von Sichtweitenmessgeräten bei guter Sicht die Befeuerung zu reduzieren und überdies zu synchronisieren. Dies ist dem Projektierer im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren als Auflage aufzugeben. Neue technische Lösungen zur „bedarfsgerechten“ Befeuerung (bspw.-Primärradarsysteme) sind in der Entwicklung und aus fachlicher Sicht weitaus zweckmäßiger als der grundsätzliche Rückgriff auf eine Höhenbeschränkung.

5.6.2 Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit

5.6.2.1 Im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans (§ 30 BauGB)

Im Gebiet eines qualifizierten Bebauungsplans sind Windenergieanlagen zulässig, wenn sie – wie in einem Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Windenergieanlagen“ oder „Windpark“ oder als Versorgungsfläche – ausdrücklich festgesetzt sind. Auf die Ausführungen in Kapitel 3.2.3 wird verwiesen.

Enthält der Bebauungsplan keine dahingehenden Festsetzungen, kann die Windenergieanlage unter Umständen nach § 14 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) als Nebenanlage zulässig sein:

Soweit der Bebauungsplan keine Einschränkungen enthält, sind in den Baugebieten untergeordnete Nebenanlagen zulässig, wenn sie ausschließlich oder überwiegend dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebiets selbst dienen und der Eigenart des Baugebiets nicht widersprechen; § 14 Abs. 1 BauNVO. Hierunter kann beispielsweise eine Windenergieanlage zur Deckung des Eigenbedarfs eines Wohngebäudes fallen, wenn die weiteren Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 BauNVO – räumlich-gegenständliche Zu- und Unterordnung unter die Hauptanlage, kein Widerspruch zur Eigenart des Baugebiets – erfüllt sind.

Windenergieanlagen, die der Versorgung des Baugebiets oder mehrerer Baugebiete der Kommune mit Energie dienen, können im Wege der Ausnahme nach § 14 Abs. 2 S. 2 BauNVO zugelassen werden.

5.6.2.2 Im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)

Die Zulässigkeit einer Windenergieanlage im unbeplanten Innenbereich hängt entscheidend davon ab, ob sich die Windenergieanlage in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt. Die Windenergieanlage muss sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, im von der Umgebung geprägten Rahmen halten. Eine Windenergieanlage kann sich je nach den konkreten Umständen des Einzelfalles auch dann in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen, wenn es bisher vergleichbare Anlagen dort nicht gibt. Allerdings darf die Anlage in einem solchen Fall nicht geeignet sein, bodenrechtlich beachtliche und erst noch ausgleichsbedürftige Spannungen zu begründen oder vorhandene Spannungen zu erhöhen. Umgekehrt fügt sich eine Anlage, die sich innerhalb des aus der Umgebung hervorgehenden Rahmens hält, gleichwohl nicht ein, wenn sie es an der gebotene Rücksichtnahme auf die benachbarte Bebauung fehlen lässt. Schließlich darf durch die Windenergieanlage das Ortsbild nicht beeinträchtigt werden, § 34 Abs. 1 S. 2 BauGB. Die technische Neuartigkeit einer Anlage und die dadurch bedingte optische Gewöhnungsbedürftigkeit allein ist jedoch nicht geeignet, das Ortsbild zu beeinträchtigen. Maßgeblich ist vielmehr, ob die Anlage das ästhetische Empfinden eines für Fragen der Ortsbildgestaltung aufgeschlossenen Betrachters verletzt.

5.6.2.3 Im Außenbereich (§ 35 BauGB)

Nach den Grundsätzen über die „mitgezogenen“ Nebenanlagen kommt die Privilegierung einer Windenergieanlage als untergeordnete Nebenanlage einer Hauptanlage in Betracht, wenn die Anlage einem privilegierten Vorhaben gem. § 35 Abs. 1 BauGB – etwa einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb – dient. Eine Windenergieanlage, die ein privilegiertes Vorhaben mit Strom versorgen soll, kann von dessen Privilegierung „mitgezogen“ werden, wenn sie der Hauptanlage unmittelbar zu- und untergeordnet ist und durch diese Zu- und Unterordnung auch äußerlich erkennbar geprägt wird.

Als selbständige Anlagen sind Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB im Außenbereich privilegiert. Eine Windenergieanlage ist damit im Außenbereich zulässig, sofern die ausreichende Erschließung gesichert ist und öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

Der Errichtung einer Windenergieanlage im Außenbereich können im Einzelfall öffentliche Belange entgegenstehen. Allerdings führt nicht jede Beeinträchtigung öffentlicher Belange zur Unzulässigkeit des Vorhabens. Es muss vielmehr eine Abwägung zwischen den berührten öffentlichen Belangen und dem Vorhaben stattfinden, wobei zu dessen Gunsten die Privilegierung ins Gewicht fällt.

Bei Windenergieanlagen können insbesondere folgende öffentliche Belange relevant sein:

- Schädliche Umwelteinwirkungen (Lärm etc.),
- Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege (naturschutzrechtliche Zulässigkeit, vgl. Kapitel 5.6.4.1),
- Schutz der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswertes,
- Schutz des Orts- und Landschaftsbildes vor Verunstaltung sowie
- Rücksichtnahmegebot:

Windenergieanlagen können gegen das als unbenannter öffentlicher Belang in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB verankerte Gebot der Rücksichtnahme verstoßen, wenn von den Drehbewegungen der Rotoren eine „optisch bedrängende“ Wirkung auf bewohnte Nachbargrundstücke im Außenbereich ausgeht (vgl. BVerwG, B. vom 11.12.2006, Az.: 4 B 72.06; BVerwG B. vom 23.12.2010, Az.: 4 B 36.10; OVG Münster, Urt. vom 09.08.2006, Az.: 8 A 3726/05; BayVGH Urt. vom 29.05.2009, Az.: 22 B 08.1785). Von der Rechtsprechung wurden für

die Einzelfallprüfungen eine Vielzahl von Kriterien entwickelt sowie grobe Anhaltswerte für eine unzumutbare Beeinträchtigung prognostiziert, die jedoch im Regelfall eingehalten sind, wenn die immissionsschutzrechtlichen Abstände beachtet werden.

Nach § 35 Abs. 3 S. 2 BauGB können einem raumbedeutsamen privilegierten Vorhaben öffentliche Belange insoweit nicht entgegengehalten werden, als die Belange bei der Darstellung dieser Vorhaben als Ziele der Raumordnung abgewogen worden sind.

Öffentliche Belange stehen einer gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegierten Windenergieanlage in der Regel auch dann entgegen, soweit für Windenergieanlagen durch Darstellungen im Flächennutzungsplan oder als Ziele der Raumordnung eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist; § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB. Hat eine Kommune durch entsprechende Darstellungen im Flächennutzungsplan eine Konzentrationszone für Windenergieanlagen ausgewiesen (vgl. Kapitel 3.2.2), sind Windenergieanlagen außerhalb dieser Zone in der Regel unzulässig. Dieser sog. Planvorbehalt gilt jedoch nicht für Windenergieanlagen, die als mitgezogene Betriebsteile eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs von der Privilegierung des § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB mit umfasst sind.

Hat die Kommune beschlossen, einen Flächennutzungsplan aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen, der Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Sinne des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB vorsieht, besteht gem. § 15 Abs. 3 BauGB zur Absicherung der kommunalen Planung die Möglichkeit, den Genehmigungsantrag für eine im Außenbereich privilegierte Windenergieanlage zurückzustellen. Dabei muss zu befürchten sein, dass die Durchführung der Flächennutzungsplanung durch das Vorhaben unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert werden würde. Um dies beurteilen zu können, muss die Planung zum Zeitpunkt der Zurückstellung einen bestimmten Mindestinhalt vorweisen. Aus dem Planungskonzept mit den künftigen Konzentrationszonen und den der Konzentrationsplanung zugrundeliegenden Planungsgrundsätzen muss ablesbar sein, ob das Vorhaben die Durchführung der Planung gefährdet. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zurückstellung und ein entsprechender Antrag der Kommune vor, hat die Genehmigungsbehörde dem Zurückstellungsantrag stattzugeben. § 15 Abs. 3 BauGB ist auch auf Vorhaben anzuwenden, über deren Zulässigkeit nicht in einem baurechtlichen, sondern in einem immissionsschutzrechtlichen Verfahren entschieden wird. Die Entscheidung über den Genehmigungsantrag darf für einen Zeitraum bis zu längstens einem Jahr nach Zustellung der Zurückstellung ausgesetzt werden. Erweist sich das Vorhaben jedoch aus anderen, z.B. bauplanungsrechtlichen Gründen als unzulässig, bedarf es keiner Aussetzung der Entscheidung. In diesen Fällen ist anstelle einer Aussetzung des Verfahrens das Genehmigungsgesuch zurückzuweisen. Entsprechend der Reichweite des Planvorbehalts gilt die Zurückstellungsmöglichkeit nicht für der Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB unterfallende Windenergieanlagen.

5.6.2.4 Erschließung

Für die Erschließung einer Windenergieanlage ist eine ausreichende Zuwegung für die zweckentsprechende Nutzung der Anlage, insbesondere zu Kontroll- und Wartungszwecken erforderlich. Die Erschließung muss nicht bereits zum Zeitpunkt der Genehmigung vorhanden sein. Ausreichend ist, dass damit gerechnet werden kann, dass die Erschließung bis zur Fertigstellung der Anlage funktionsfähig angelegt und damit zu rechnen ist, dass sie auf Dauer zur Verfügung stehen wird. Nicht zum Inhalt der Erschließung gehört der Anschluss einer Windenergieanlage an ein Verbundnetz zum Zwecke der Stromeinspeisung.

5.6.2.5 Gemeindliches Einvernehmen

Für die Genehmigung von Windenergieanlagen unter Ausnahme oder Befreiungen von Festsetzungen des Bebauungsplans (§ 31 BauGB), im Vorgriff auf einen Bebauungsplan (§ 33 BauGB), im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) und im Außenbereich (§ 35 BauGB) ist gem. § 36 BauGB

das gemeindliche Einvernehmen erforderlich. Das Einvernehmen darf nur aus städtebaulichen Gründen versagt werden. Dies bedeutet, dass die Gemeinde bei einer im Außenbereich privilegierter Windenergieanlage nur geltend machen kann, dass öffentliche Belange entgegenstehen oder die ausreichende Erschließung nicht gesichert ist. Die Ersetzung eines rechtswidrig versagten Einvernehmens durch die zuständige Genehmigungsbehörde – dies ist in der Regel die Immissionsschutzbehörde – richtet sich nach § 54 Abs. 4 LBO.

5.6.2.6 Rückbauverpflichtung

Soll die Windenergieanlage als privilegiertes Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB genehmigt werden, ist als weitere Zulässigkeitsvoraussetzung eine Verpflichtungserklärung abzugeben, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen; § 35 Abs. 5 S. 2 BauGB. Die Verpflichtungserklärung ist durch diejenige Person abzugeben, die den Antrag auf Genehmigung der Windenergieanlage gestellt hat.

Ferner soll die Genehmigungsbehörde durch Baulast oder in anderer Weise die Einhaltung der Rückbauverpflichtung sicherstellen; § 35 Abs. 5 S. 3 BauGB. Als Möglichkeiten zur Sicherstellung kommen neben der Baulast insbesondere Grundpfandrechte (Grundschuld, Hypothek) und andere Sicherheitsleistungen im engeren Sinne wie beispielsweise Bankbürgschaften, Hinterlegung oder Verpfändung in Betracht. Die Genehmigungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen und unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles, welches der Sicherungsmittel das geeignetste ist. Beabsichtigt sie eine Sicherung der Kostenerstattung für eine eventuell notwendig werdende Ersatzvornahme, wird sie als Sicherungsmittel eine Sicherheitsleistung im engeren Sinne auswählen. Die Höhe der Sicherheitsleistung orientiert sich an den voraussichtlichen Kosten, die für den Rückbau der Anlage und die Beseitigung der Bodenversiegelung aufzuwenden sind.

Soll die Windenergieanlage im Geltungsbereich eines Bebauungsplans errichtet werden, kann unter Umständen in einem städtebaulichen Vertrag vereinbart werden, dass die Anlage nach Nutzungsaufgabe zu beseitigen ist, sofern die Rückbauverpflichtung städtebaulich gerechtfertigt ist.

5.6.3 Bauordnungsrechtliche Anforderungen

5.6.3.1 Abstandsflächen

Auch Windenergieanlagen müssen bauordnungsrechtliche Abstände zu Nachbargrenzen und zu anderen baulichen Anlagen einhalten. Die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächentiefen vor baulichen Anlagen bestimmen sich allgemein nach der Wandhöhe. Nach § 5 Abs. 5 Nr. 3 der Landesbauordnung (LBO) ist insoweit bei der Berechnung der Abstandsflächentiefe von Windenergieanlagen nur die Höhe bis zur Rotorachse (Nabenhöhe) zugrunde zu legen. Die Abstandsfläche beginnt vor der baulichen Anlage, also an der unteren Kante des Mastfußes, und bildet einen Kreis um die Anlage. Nach § 5 Abs. 5 Nr. 3 LBO muss die so berechnete Abstandsflächentiefe im Übrigen mindestens der Länge des Rotorradius entsprechen. Auch diese Mindestabstandstiefe wird ab der Kante des Mastfußes gemessen, da nur so entsprechend dem Zweck dieser Regelung hinreichend sichergestellt werden kann, dass die Rotoren nicht zeitweise in Nachbargrundstücke hinüberragen.

Die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen beziehen sich nur auf den Abstand zu Grundstücksgrenzen und einzelnen baulichen Anlagen. Sie sind neben den immissionsschutzrechtlich erforderlichen Abständen zu beachten.

5.6.3.2 Brandschutz

Für Windenergieanlagen gelten insoweit nur Anforderungen, wenn diese im Einzelfall angeordnet werden (vgl. § 38 Abs. 2 Nr. 19 LBO). Beispielsweise kann bei erhöhter Wald- oder Moorbrandge-

fahr eine Schaumlöscheinrichtung für die Gondel angeordnet werden, die nach Blitzschlag oder Getriebeschaden eine Brandentwicklung behindert. Von einer erhöhten Wald- oder Moorbrandgefahr ist nur auszugehen, wenn größere zusammenhängende Gebiete mit einer Bewuchsstruktur an den Standort angrenzen, die eine hohe Ausbreitungsgeschwindigkeit eines Brandes befürchten lassen. Solche Situationen sind in Baden-Württemberg wegen seiner nachhaltigen Waldbewirtschaftung, der Laub- und Mischwaldanteile, dem stufigen Waldaufbau, aber auch der überwiegend kleinteilig strukturierten Wälder die große Ausnahme.

5.6.3.3 Technische Baubestimmungen, Standsicherheit, Eisabwurf

Die Liste der Technischen Baubestimmungen (LTB) enthält technische Regeln für die Planung, Bemessung und Konstruktion baulicher Anlagen und ihrer Teile, die aufgrund von § 3 Abs. 3 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) jährlich bekannt gemacht wird. Die "Richtlinie für Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung" (Fassung März 2004) ist derzeit als Technische Baubestimmung nach § 3 Abs. 3 der LBO bauaufsichtlich eingeführt (Ifd. Nr. 2.7.12 der LTB). Die ergänzenden Bestimmungen in Anlage 2.7/10 der LTB sind zu beachten. Auf die Anlage 2.7/10 der LTB wird auch hinsichtlich der generell erforderlichen gutachtlichen Stellungnahmen eines Sachverständigen als Bestandteil der Bauvorlagen hingewiesen. Geeignete sachverständige Stellen sind dort benannt.

Der Standsicherheitsnachweis umfasst auch die Überprüfung des gegenseitigen Einflusses benachbarter Windenergieanlagen oder vergleichbar hoher Bauwerke infolge erhöhter Turbulenzintensität und weist zulässige Abstände der baulichen Anlagen untereinander entsprechend der Richtlinie für Windenergieanlagen nach. Bei Unterschreitung der Mindestabstände nach Abschnitt 6.3.3 der Richtlinie können standsicherheitsrelevante Auswirkungen in Betracht kommen. Sollen diese Abstände unterschritten werden, ist entsprechend den Hinweisen in Anlage 2.7/10 Nr. 1 zu verfahren und vom Betreiber der neu hinzu kommenden baulichen Anlage nachzuweisen, dass Gefährdungen oder unzumutbare Belästigungen im Sinne § 13 Abs. 1 bzw. §14 Abs. 1 LBO nicht bestehen.

Detaillierte Anforderungen zur Gefahrenabwehr bei zu unterstellendem Eisabwurf sind in Anlage 2.7/10 Nr. 2 und Nr. 3.2 beschrieben. Demnach sind Abstände wegen der Gefahr des Eisabwurfs unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen zu Verkehrswegen und Gebäuden einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Abstände größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) gelten im Allgemeinen als ausreichend.

Soweit erforderliche Abstände wegen der Gefahr des Eisabwurfes nicht eingehalten werden, gehört zu den Bauvorlagen für Windenergieanlagen eine gutachtliche Stellungnahme eines Sachverständigen zur Funktionssicherheit von Einrichtungen, durch die der Betrieb der Windenergieanlage bei Eisansatz sicher ausgeschlossen werden kann oder durch die ein Eisansatz verhindert werden kann (z.B. Rotorblattheizung). Dieses Gutachten muss auch eine Stellungnahme zur Gefährdung bei abgeschalteter Windenergieanlage enthalten.

Im Aufenthaltsbereich unter den Rotorblättern einer Windenergieanlage, mit technischen Einrichtungen zur Außerbetriebnahme des Rotors bei Eisansatz, ist durch Hinweisschilder auf die verbleibende Gefährdung durch Eisabfall bei Rotorstillstand oder Trudelbetrieb aufmerksam zu machen.

5.6.4 Berücksichtigung sonstiger öffentlich-rechtlicher Vorschriften

5.6.4.1 Naturschutz- und forstrechtliche Vorgaben bei Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen

5.6.4.1.1 Eingriffsregelung

Die Errichtung von Windenergieanlagen ist ein Eingriff in Natur und Landschaft (§ 14 Abs. 1 BNatSchG). Erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushalts durch Windenergieanlagen können u. a. auf Grund der Überbauung des Bodens durch Fundamente für die Anlage als solche, durch Erschließungsanlagen und Wegebau erfolgen. Solche Maßnahmen können auch zur Beeinträchtigung von Lebensräumen und von Arten führen. Die Anlagen sind so zu planen und zu errichten, dass vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft unterlassen werden (§ 15 Abs. 1 BNatSchG).

Soweit dies nicht möglich ist, können solche Beeinträchtigungen des Naturhaushalts im Regelfall ausgeglichen oder ersetzt werden (§ 15 Abs. 2 BNatSchG). Bei der Auswahl der Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen. Für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden dürfen nur im notwendigen Umfang in Anspruch genommen werden (§ 15 Abs. 3 BNatSchG). Der naturschutzrechtliche Ausgleich des Eingriffs in das Schutzgut Boden sollte bevorzugt durch Aufwertungen von bereits bestehenden Biotopen oder durch Aufwertung des Schutzguts Boden an anderer Stelle z.B. durch Bodenauftrag als Aufwertung von landwirtschaftlichen Flächen erfolgen um eine weitere Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen zu vermeiden.

Im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sollte zur Bewertung des Schutzguts Boden das Bewertungssystem der Ökokonto-Verordnung (ÖKVO) herangezogen werden.

Windenergieanlagen haben ferner Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaftsbild, das im Hinblick auf seine Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie im Hinblick auf seinen Erholungswert bewahrt werden soll (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 BNatSchG). Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes liegt vor, wenn das Vorhaben als Fremdkörper in Erscheinung tritt und einen negativ prägenden Einfluss auf das Landschaftsbild hat (VGH Mannheim, Urteil vom 19.04.2000 - 8 S 318/99; OVG Lüneburg, Urteil von 16.12.2009, 4 LC 730/07). Zu berücksichtigen sind bei der Beurteilung von Standorten für Windenergieanlagen insbesondere die Bedeutung als Naturlandschaft (vom menschlichen Einfluss unbeeinflusst gebliebene Landschaften) und als historische gewachsene Kulturlandschaft, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern. Ferner zu berücksichtigen sind die Sichtbarkeit der Anlage in der Landschaft im Hinblick auf ihre Nah- und Fernwirkung, einschließlich der Beeinträchtigung der Geomorphologie, die Minderung des Erholungswerts sowie die Unberührtheit der Landschaft oder Vorbelastungen durch technische Infrastruktur. Bei Windenergieanlagen ist auf Grund von deren Größe, Gestalt, Rotorbewegung und Beleuchtung in der Regel von einer erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes auszugehen.

Im Unterschied zu Eingriffen in den Naturhaushalt durch Windenergieanlagen kann die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch landschaftsgestaltende Maßnahmen nur im Ausnahmefall kompensiert werden (z. B. Ersetzen von bestehenden Strommasten durch Erdkabel oder Abbau eines das Landschaftsbild beeinträchtigenden Bauwerks im gleichen Landschaftsraum).

Da die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes somit in aller Regel nicht vermieden und in angemessener Frist ausgeglichen oder ersetzt werden kann, bedarf es im Rahmen der Eingriffsregelung einer Abwägung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege mit den Belangen, die für das Vorhaben sprechen (§ 15 Abs. 5 BNatSchG). Bei der Abwägung hat die Zulassungsbehörde

die im Einzelfall betroffenen Belange zu ermitteln, sachgerecht zu gewichten und eine dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechende Entscheidung über die Bevorzugung eines Belangs und damit notwendigerweise mit der Zurückstellung anderer Belange zu treffen (BVerwG, Urteil vom 27.09.1990 - 4 C 4474487). Bei den naturschutzfachlichen Belangen ist nicht allgemein auf das Integritätsinteresse von Natur und Landschaft abzustellen, sondern allein auf das verbleibende Kompensationsdefizit (BVerwG, Urteil vom 17.01.2007 - 9 C 1/06), zumeist also lediglich auf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Im Rahmen der Abwägung werden die Belange des Landschaftsbildes insbesondere geprägt von den Wirkungen der konkreten Windenergieanlage oder dem Windpark auf das Landschaftsbild. Insofern wird auf die zur Frage der erheblichen Beeinträchtigung genannten Gesichtspunkte verwiesen.

Bei den für das Vorhaben zu berücksichtigenden Belangen werden u. a. folgende Gesichtspunkte, die für die Errichtung von Windenergieanlagen sprechen, eine bedeutsame Rolle spielen:

- Windenergieanlagen sind insoweit ortsgebunden, als sie wirtschaftlich nur auf Standorten betrieben werden können, die eine bestimmte Windhöffigkeit aufweisen. Eine hohe Windhöffigkeit am fraglichen Standort spricht in der Regel für das Vorhaben.
- Die Nutzung der Windenergie ist vom Gesetzgeber nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB den privilegierten Vorhaben zugeordnet worden, weil Windenergieanlagen auf Grund ihrer Emissionen im Wesentlichen nicht im Siedlungsbereich errichtet und betrieben werden können.
- Nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 BNatSchG kommt dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung, insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien, eine besondere Bedeutung zu. Mit Windenergieanlagen wird klimafreundlich Energie erzeugt (insbesondere ohne Emissionen klimarelevanter Gase). Hinzu kommt, dass erneuerbare Energien dazu beitragen, die Folgeschäden der Klimaveränderungen in Natur und Landschaft zu mindern.
- Die Notwendigkeit, den Anteil von regenerativen Energien generell und der Windenergie an der Stromerzeugung zu erhöhen, ist vor dem Hintergrund der Klimaänderung und dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft ein gesamtgesellschaftliches Ziel, das auch in der Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 30.06.2011 seinen Niederschlag gefunden hat.

Die zu ermittelnden Belange sind im Einzelfall zu gewichten und die widerstreitenden Gesichtspunkte sind in jedem Einzelfall abzuwägen. Wenn Windenergieanlagen zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung eines Landschaftsbildes von herausragender Vielfalt, Eigenart und Schönheit führen, überwiegen die Aspekte des Landschaftsschutzes in der Regel die mit der Errichtung von Windenergieanlagen verfolgten Belange. Dies gilt grundsätzlich auch, wenn keine ausreichende Windhöffigkeit (vgl. Kapitel 4.1 zur Mindestertragsschwelle) vorliegt.

Sofern die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege (hier des Landschaftsbildes) den für das Vorhaben sprechenden Belangen im Range vorgehen, darf der Eingriff nicht zugelassen werden (§ 15 Abs. 5 BNatSchG).

Bei der Zulassung einer Windenergieanlage, die das Landschaftsbild beeinträchtigt, hat der Verursacher gemäß den Vorgaben des § 15 Abs. 6 BNatSchG Ersatz in Geld zu leisten. Die Höhe der Ersatzzahlung bemisst sich nach § 15 Abs. 6 S. 2 BNatSchG zwar grundsätzlich nach den durchschnittlichen Kosten der nicht durchführbaren Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Diese sind jedoch bei Windenergieanlagen häufig nicht feststellbar, weil eine Realkompensation der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch eine Windenergieanlage zumeist nicht möglich ist. Daher bemisst sich die Ersatzzahlung für den Eingriff in das Landschaftsbild nach der Dauer und Schwere des Eingriffs unter Berücksichtigung der dem Verursacher daraus entstehenden Vorteile (§ 15 Abs.

6 S. 3 BNatSchG). Maßstab für die Berechnung der Ausgleichsabgabe ist die Ausgleichsabgabeverordnung (AAVO), die fort gilt, solange der Bund keine Verordnung zur Regelung der Höhe der Ersatzzahlung erlässt (§ 17 Abs. 7 BNatSchG). Die Höhe der Ausgleichsabgabe bemisst sich gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 AAVO nach den Baukosten und auf der Grundlage der in § 3 AAVO dargestellten Bemessungsgrundsätze. Bei den Baukosten sind die Kosten für Fundament, Turm und Rotorblätter, nicht jedoch für die maschinenbaulichen und elektrotechnischen Teile der Anlage zu berücksichtigen. Die Baukosten sind auf der Grundlage der DIN 276 zu berechnen. Die Ersatzzahlung ist an die Stiftung Naturschutzfonds beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu leisten (§ 21 Abs. 5 S. 4 NatSchG) und möglichst im betroffenen Naturraum zu verwenden (§ 15 Abs. 6 S. 7 BNatSchG).

Soweit die Errichtung einer Windenergieanlage im Wald die Umwandlung von Wald voraussetzt, erfordert dies neben dem Vorliegen der übrigen Zulässigkeitsvoraussetzungen Gestattungen nach §§ 9 ff. LWaldG, in der auch die besonderen Waldfunktionen gemäß Waldfunktionenkartierung zu berücksichtigen sind. Diese werden nicht von der Konzentrationswirkung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach § 13 BImSchG erfasst. Die erforderlichen privatrechtlichen Regelungen (z.B. Zuwegung, Rand- und Folgeschäden, Verzicht auf Schadensersatz bei Schäden an der Anlage durch umfallende Bäume, Haftungsfreistellung des Waldbesitzers für Schäden, die sich aus der Errichtung oder dem Betrieb im Wald ergeben) bleiben von dieser Genehmigung unberührt.

Das Umweltschadengesetz i.V.m. § 19 BNatSchG sieht Sanktionen für die erhebliche nachteilige Auswirkung auf die Erreichung oder Beibehaltung eines günstigen Erhaltungszustands von Lebensraumtypen und Arten der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie auch außerhalb der ausgewiesenen FFH- und Vogelschutzgebiete vor. Die zusätzliche Schutzwirkung betrifft insbesondere die in Anhang I der FFH-Richtlinie aufgeführten Lebensraumtypen und die Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie, die nicht zugleich in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgenommen wurden. Daher sollte entweder die Inanspruchnahme der Lebensraumtypen durch Windenergieanlagen vermieden oder bei der Genehmigung der Anlage im Rahmen der Eingriffsregelung ein Ausgleich für die nachteiligen Auswirkungen vorgesehen werden. Auch erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die genannten Anhang II-Arten sollten vermieden oder ausgeglichen werden.

5.6.4.1.2 Tabubereiche und Gebiete mit besonderer Prüfungspflicht

Die unter dem Kapitel "Naturschutzbelange in der Regional- und Bauleitplanung" unter Kapitel 4.2.1 bis 4.2.3 dargestellten Beschränkungen (Tabubereiche, Abstände und Prüfflächen) gelten für die Zulassungsentscheidung über Windenergieanlagen entsprechend. Auf folgende Gesichtspunkte wird ergänzend hingewiesen:

- Die Errichtung von Windenergieanlagen in gesetzlich geschützten Biotopen kann im Einzelfall möglich sein, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden (§ 30 Abs. 3 BNatSchG). Dies erfordert die Herstellung eines gleichartigen Biotops im beeinträchtigten Umfang, im funktionalen Zusammenhang mit der beeinträchtigten Fläche und in einem angemessenen Zeitraum. Unter den Voraussetzungen des § 67 Abs. 1 BNatSchG kann im Einzelfall eine Befreiung vom Beeinträchtigungsverbot erteilt werden. Letzteres gilt auch für Naturdenkmale.
- Innerhalb der in Kapitel 4.2.2 genannten Abstände ist das Vorhaben genehmigungsfähig sofern im Einzelfall eine erhebliche Beeinträchtigung des jeweiligen Schutzzwecks und der geschützten Arten ausgeschlossen werden kann und keine planerische Ausschlusswirkung besteht.
- Sofern die geplante Windenergieanlage gegen die Bestimmungen einer Landschaftsschutzgebietsverordnung oder gegen die Bestimmungen zur Pflegezone eines Biosphärengebiets verstößt, bedarf es einer Befreiung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG oder einer Änderung der

Schutzgebietsverordnung. Die Befreiung wird von der Konzentrationswirkung der immissionsschutzrechtlichen Entscheidung umfasst. Sofern die Änderung einer Schutzgebietsverordnung erforderlich ist, muss diese vor Erteilung der Zulassung vorliegen.

- In Europäischen Vogelschutzgebieten, die nicht bereits nach Kapitel 4.2.1 als Tabubereiche anzusehen sind, und in FFH-Gebieten können Windenergieanlagen nur unter den Voraussetzungen von § 34 BNatSchG zugelassen werden.
- Anlagen in Europäischen Vogelschutzgebieten mit Vorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten, insbesondere solcher Arten, für die Windenergieanlagen gemäß der VSG-VO des MLR vom 05.02.2010 (GBl. S. 37) Gefahrenquellen darstellen, können im Einzelfall zugelassen werden, wenn eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzzwecks und der Erhaltungsziele des Gebiets auf Grund einer Verträglichkeitsprüfung ausgeschlossen werden kann. Dies kommt insbesondere in Betracht, wenn der für die Realisierung der Anlage vorgesehene Teilbereich des Gebiets für die Erhaltung der geschützten Art nicht relevant ist.
- Auch außerhalb der Natura 2000-Gebiete geplante Windenergieanlagen erfordern eine Prüfung der Voraussetzungen von § 34 BNatSchG, sofern diese Anlagen geeignet sind, die Erhaltungs- und Entwicklungsziele dieser Gebiete erheblich zu beeinträchtigen

5.6.4.1.3 Naturparke

Auf Flächen der Naturparke, die keinen anderen Schutzgebietsregelungen unterworfen sind und für die keine Erschließungszonen festgelegt sind, gilt für die Errichtung von Windenergieanlagen ein Erlaubnisvorbehalt nach den Naturparkverordnungen. Hiernach ist die Erlaubnis zu erteilen, wenn die Handlung weder den naturschutzrechtlichen Vorschriften noch dem Zweck des Naturparks oder den Feststellungen des Naturparkplans zuwiderläuft oder wenn nachhaltige Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sofern eine Erlaubnis nicht erteilt werden kann, kommt eine Befreiung von den Vorschriften der Naturparkverordnung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG in Betracht. Die Befreiung von der Schutzgebietsverordnung erfordert eine Abwägung des öffentlichen Interesses am Natur- und Landschaftsschutz sowie der Erholungsvorsorge mit dem öffentlichen Interesse am Klimaschutz im Einzelfall. Erlaubnis und Befreiung werden von der immissionsschutzrechtlichen Entscheidung umfasst. Bei nicht nur singulärer Betroffenheit oder der teilweisen Funktionslosigkeit des Gebiets durch die Realisierung der Planung ist eine Änderung (teilweise oder vollständige Aufhebung) der Schutzgebietsverordnung erforderlich, bevor eine Genehmigung erteilt wird.

5.6.4.2 Artenschutzrechtliche Verbote

Bei der Genehmigung von Windenergieanlagen sind die besonderen artenschutzrechtlichen Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG hinsichtlich der Anhang-IV-Arten der FFH-Richtlinie und der Europäischen Vogelarten zu beachten und eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung durchzuführen (saP). Die Ausführungen in Kapitel 4.2.5.2 gelten entsprechend.

5.6.4.2.1 Verbotstatbestände (Zugriffsverbote)

An Windenergieanlagen können insbesondere Greifvögel (z. B. der Rotmilan) und verschiedene Fledermausarten verunfallen. Hierdurch kann gegen das Tötungs- und Verletzungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG verstoßen werden. Da eine Kollision von einzelnen Exemplaren mit einer Windenergieanlage nie völlig auszuschließen ist, verlangt die Rechtsprechung für die Erfüllung des Verbotstatbestands, dass sich das Tötungs- oder Verletzungsrisiko durch das Vorhaben im Vergleich zum allgemeinen Risiko in signifikanter Weise erhöht. Gegen das Verbot wird daher nicht verstoßen, wenn das Vorhaben nach naturschutzfachlicher Einschätzung kein signifikant erhöhtes Risiko kollisionsbedingter Verluste von Einzelexemplaren verursacht, mithin unter der Gefahrenschwelle in einem Risikobereich bleibt, der mit dem Vorhaben im Naturraum immer verbunden ist, vergleichbar dem ebenfalls stets gegebenen Risiko, dass einzelnen Exemplare einer Art im Rahmen des Naturgeschehens Opfer einer anderen Art werden (BVerwG Urt. vom 09.07.2008 - 9 A 14.07,

Rn. 91). Für die Erfüllung des Verbotstatbestands genügt es nicht, dass im Eingriffsbereich überhaupt Tiere der fraglichen Art angetroffen werden oder einzelne Exemplare zu Tode kommen, erforderlich sind vielmehr Anhaltspunkte dafür, dass sich das Tötungsrisiko deutlich erhöht (BVerwG, Urt. vom 09.07.2009 - 4 C 12.07, Rn. 99). Umstände, die für die Beurteilung der Signifikanz eine Rolle spielen, sind insbesondere spezifische Verhaltensweisen, häufige Frequentierung des Einflussbereichs der Anlage und die Maßnahmen, mit deren Hilfe die Kollisionen vermieden werden sollen (BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10, Rn. 99). Da für die Beurteilung der signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos keine standardisierten Maßstäbe vorliegen, bleibt der zuständigen Behörde eine naturschutzfachliche Entscheidungsprerogative, bei der die gerichtliche Prüfung grundsätzlich auf eine Vertretbarkeitskontrolle beschränkt ist (BVerwG, Urt. vom 09.07.2008 - 9 A 14.07, Rn. 64ff).

Der Auffassung, wonach im Hinblick auf die signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos auf die Auswirkungen auf die lokale Population abzustellen ist (OVG Münster, Urt. vom 30.07.2009 - 8 A 2357/08, Rn. 148ff), folgte das BVerwG nicht. Auch wenn stabile Vorkommen einer Art entstehen (oder bestehen bleiben), lässt dies den individuenbezogen gefassten Tötungstatbestand nicht entfallen (BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10, Rn. 116).

Das Störungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG kann durch von der Windenergieanlage ausgehenden Beunruhigungen und Scheuchwirkungen (z. B. durch Bewegung und Lärm) verwirklicht werden, sofern sich der Erhaltungszustand der lokalen Population der betroffenen Art hierdurch verschlechtert. Denkbar ist auch eine erhebliche Störung durch eine von einer oder mehreren Anlagen ausgehenden Barrierewirkung.

Das Verbot der Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders geschützter Arten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG kann vor allem bei Beeinträchtigungen durch bauliche Anlagen (wie Fundament, Zuwegung oder Nebenanlagen) relevant werden. Bei Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang liegt auch bei Anhang-IV-Arten (FFH-RL) und Vögeln keine Verwirklichung dieses Tatbestandes vor, gegebenenfalls können hierzu vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen („CEF“) durchgeführt werden (§ 44 Abs. 5 S. 2 und 3 BNatSchG).

Die artenschutzrechtliche Zulässigkeit von Anlagen wird bei bestimmten Vogelarten auf Grund von (Mindest-) Abständen von Windenergieanlagen zu Brut- und Nahrungsplätzen beurteilt. Für Abstände zu Brutplätzen und Nahrungshabitaten sind die "Abstandsregelungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten" der Ländereisenarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten in der jeweils geltenden Fassung heranzuziehen, solange die fachlichen Hinweise der LUBW für das Land Baden-Württemberg noch nicht vorliegen (vgl. Kapitel 5.6.4.2.4). Bei Beachtung der Abstandsregelungen werden die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG in der Regel nicht erfüllt.

Anders als im Zusammenhang mit dem Verschlechterungsverbot in Natura-2000-Gebieten, wo bereits die Möglichkeit einer erheblichen Beeinträchtigung ("... führen können“) nach § 33 Abs. 1 BNatSchG unzulässig ist, verbieten die besonderen artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG nur solche Handlungen, die die einschlägigen Tatbestandsmerkmale verwirklichen oder zu der dargestellten signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos führen.

5.6.4.2.2 Ausnahmen von den Zugriffsverboten

Sofern von einem Verstoß gegen ein Verbot des § 44 Abs. 1 BNatSchG auszugehen ist, kann eine Realisierung der Windenergieanlage bei Vorliegen der Ausnahmevoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG möglich sein. Da am Ausbau der Windenergie ein erhebliches öffentliches Interesse

besteht, kommt als Ausnahmegrund in erster Linie § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG in Betracht. Da aber auch die Schutzziele des Artenschutzes im öffentlichen Interesse stehen, ist bei der Frage, ob das für die Realisierung der Anlage sprechende öffentliche Interesse „überwiegt“, eine bilanzierende Gesamtbetrachtung erforderlich. Hierbei sind z.B. die Gefährdung der betroffenen Art, das Ausmaß der zu erwartenden Beeinträchtigungen oder die besondere Windhöffigkeit des Standortes zu berücksichtigen. Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses liegen grundsätzlich nicht vor, wenn an dem vorgesehenen Standort keine ausreichende Windhöffigkeit (vgl. Kapitel 4.1 zur Mindestertragsschwelle) erreicht wird.

Eine Ausnahme setzt voraus, dass zumutbare Alternativen nicht gegeben sind. Bei der Planung von Windenergieanlagen in für Arten besonders sensiblen Lebensräumen (z.B. im Bereich von Brutstätten oder Nahrungshabitaten besonders stöempfindlicher oder durch Windenergieanlagen gefährdeter Arten) wird eine „zumutbare Alternative“ im Sinne von § 45 Abs. 7 S. 2 BNatSchG außerhalb dieses Lebensraumes häufig in Betracht kommen. Eine Ausnahme ist dann nicht möglich. Außerhalb von besonders sensiblen Lebensräumen kann ein Verweis auf einen alternativen Standort wegen der flächendeckenden Geltung der artenschutzrechtlichen Verbote jedoch „unzumutbar“ und eine Ausnahme daher grundsätzlich möglich sein, weil ansonsten keine oder nur wenige Standorte für die Windenergienutzung in Frage kämen.

Eine Ausnahme ist nicht zulässig, wenn die Möglichkeit besteht, Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen durchzuführen, um bspw. das Kollisionsrisiko von Fledermausarten mit Windenergieanlagen und damit die Erfüllung des Tötungstatbestandes (§ 42 Abs. 1 Nr.1 BNatSchG) auszuschließen oder maßgeblich zu verringern. Beim Vorkommen kollisionsgefährdeter Fledermausarten kommen Abschaltregelungen in Betracht, die insbesondere in Abhängigkeit von Windstärke, Temperatur, Tageszeit und Fledermauspräsenz festgelegt werden.

Um die weitere Ausnahmevoraussetzung „keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population“ erfüllen zu können, kommen insbesondere populationsstützende Maßnahmen für die betroffene Art, auch außerhalb des betroffenen Naturraumes, in Betracht (sog. FCS-Maßnahmen). Befindet sich die Art bereits in einem ungünstigen Erhaltungszustand, ist eine Ausnahme nach der Rechtsprechung auch dann möglich, wenn das Vorhaben nicht zu einer zusätzlichen Verschlechterung des Erhaltungszustandes führt und die Möglichkeit der Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes nicht beeinträchtigt wird.

5.6.4.2.3 Besonders und streng geschützte Arten

Die allein nach nationalem Recht besonders und streng geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung zu berücksichtigen (§ 44 Abs. 5 S. 5 BNatSchG).

5.6.4.2.4 Formblatt und weitergehende Hinweise

Das "Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Überprüfung" (http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Formblaetter_Natura/100391.html) kann als Grundlage angewandt werden.

Die LUBW wird fachliche Hinweise zu artenschutzfachlichen Fragen bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen erarbeiten (insbesondere eine Liste der windenergieempfindlichen Arten, die Kartiermethodik, Standortbewertung aus Artenschutzsicht, Maßnahmen zur Vermeidung von Kollisionen und erforderliche Monitoringmaßnahmen). Diese fachlichen Hinweise werden den Windenergieerlass ergänzen.

5.6.4.3 Bodenschutz

Bei der Ausführung der Baumaßnahmen, die sowohl die Errichtung der Anlagen als auch die Zuwegung betreffen, sind die Belange des Bodenschutzes gemäß § 4 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 1 BBodSchG zu berücksichtigen. Es wird empfohlen, dass die Anlagen möglichst am Feldrand und nicht in der Feldmitte platziert werden. Damit könnte auch bei der Zuwegung regelmäßig auf bereits vorhandene Wege zurückgegriffen und diese ausgebaut werden und somit der Flächenentzug und der Eingriff in das Schutzgut Boden gering gehalten werden. Bei allen Bodenarbeiten, die der Sicherung, der Zwischenlagerung und der Wiederverwertung (einschließlich der Aufnahme aus der Zwischenlagerung) von Oberbodenmaterial dienen, sind die entsprechenden Vorgaben der DIN 18915 und der DIN 19731 (insbesondere Nr. 7.2 und 7.3) einzuhalten (vgl. § 12 BBodSchV).

5.6.4.4 Wasserwirtschaft

An den 10 Meter breiten Gewässerrandstreifen im Außenbereich (§ 35 BauGB) dürfen aufgrund der besonderen wasserwirtschaftlichen Bedeutung und Schutzbedürftigkeit nach § 68b WG keine Windenergieanlagen errichtet werden. Hat die Wasserbehörde durch Rechtsverordnung einen breiteren Gewässerrandstreifen festgesetzt, so gilt das Verbot für diese Breite. Ausnahmen nach § 68b Abs. 7 WG kommen nicht in Betracht.

In der Schutzzone I von Wasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten dürfen keine Windenergieanlagen oder andere bauliche Anlagen sowie Anlagen, in denen wassergefährdende Stoffe verwendet werden, errichtet und betrieben werden.

In der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten ist die Errichtung und der Betrieb von Wasserkraftanlagen oder anderen baulichen Anlagen, in denen wassergefährdende Stoffe verwendet werden, grundsätzlich verboten. Eine Befreiung von diesem Verbot gemäß § 52 Abs. 1 WHG kommt nur in Betracht, wenn eine Einzelfallprüfung der Wasserbehörde zum Ergebnis führt, dass das Vorhaben den Schutzzweck der Gebietsfestsetzung nicht gefährdet und im Einklang mit den Schutzbestimmungen für die Schutzzone der jeweiligen Schutzgebietsverordnung steht. Verunreinigungen und sonstige nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit dürfen nicht zu besorgen sein.

In der Schutzzone III von Wasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten sind Windenergieanlagen zulässig, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Beschaffenheit nicht zu besorgen sind.

In Überschwemmungsgebieten (§ 77 WG) und in vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten (§§ 78 Abs. 6, 76 Abs. 3 WHG) kann die Planung und Errichtung von Windenergieanlagen unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 2 Abs. 6 WHG als Ausnahmeentscheidung zulässig sein. Im Übrigen gilt § 78 WG.

Wenn die Errichtung einer Windenergieanlage mit Arbeiten verbunden ist, die so tief in den Boden eindringen, dass sie sich unmittelbar oder mittelbar auf die Beschaffenheit des Grundwassers auswirken können, besteht eine wasserrechtliche Anzeige- oder Erlaubnispflicht gemäß § 49 WHG.

5.6.4.5 Denkmalschutz

Gegenstand des Denkmalschutzes sind nach § 2 des Denkmalschutzgesetzes (DSchG):

- Kulturdenkmale (§ 2 Abs. 1 DSchG),

- bei Kulturdenkmalen von besonderer Bedeutung (§§ 12, 28 DSchG) auch die Umgebung soweit sie für deren Erscheinungsbild von erheblicher Bedeutung ist (§ 15 Abs. 3 DSchG) sowie
- Gesamtanlagen (§ 19 DSchG).

Weiterhin sind nach § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG gewachsene Kulturlandschaften in ihren prägenden Merkmalen sowie mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten.

Sofern die geplante Windenergieanlage oder die mit dieser im Zusammenhang stehenden Maßnahmen (Zuwegung, Baustelleneinrichtung etc.) zur Zerstörung oder Beseitigung eines Kulturdenkmals führt oder dessen Erscheinungsbild beeinträchtigt, ist nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 bzw. Nr. 2 DSchG eine Genehmigung der Denkmalschutzbehörde erforderlich, welche im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren gemäß § 7 Abs. 3 DSchG durch eine Zustimmung der Denkmalschutzbehörde ersetzt wird.

Bei Vorliegen eines Kulturdenkmals von besonderer Bedeutung, das nach §§ 12, bzw. 28 DSchG in das Denkmalbuch eingetragen ist, ist ferner zu berücksichtigen, dass ein solches Objekt nach § 15 Abs. 3 DSchG Umgebungsschutz genießt. Bauliche Anlagen in der Umgebung des Denkmals bedürfen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren der Zustimmung der Denkmalschutzbehörde, soweit die Umgebung für dessen Erscheinungsbild von erheblicher Bedeutung ist. Dies ist z. B. der Fall, wenn es sich um ein Kulturdenkmal in landschaftlich exponierter Lage handelt bzw. der Bezug des Kulturdenkmals zur umgebenden Landschaft wesentlich zur Ablesbarkeit des historischen räumlichen und funktionalen Zusammenhangs beiträgt. Die Zustimmung ist dabei zu erteilen, wenn das Vorhaben das Erscheinungsbild des Denkmals nur unerheblich oder nur vorübergehend beeinträchtigen würde oder wenn überwiegende Gründe des Gemeinwohls unausweichlich Berücksichtigung verlangen. Veränderungen an dem geschützten Bild der Gesamtanlage (nach § 19 DSchG) bedürfen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren der Zustimmung der Denkmalschutzbehörde.

Ob und inwiefern Gründe des Denkmalschutzes der Errichtung von Windenergieanlagen entgegenstehen, ist stets unter Berücksichtigung der Besonderheiten des zur Entscheidung anstehenden konkreten Falles und unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im pflichtgemäßen Ermessen zu entscheiden.

5.6.4.6 Straßenrecht

Im Umfeld von Straßen ergeben sich Mindestabstände vor allem aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Bei Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen sind zunächst die straßenrechtlichen Anbauverbote (§ 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 FStrG, § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StrG) und Anbaubeschränkungen (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 FStrG, § 22 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StrG) zu beachten. Die Anbauverbotszone und grundsätzlich auch die Anbaubeschränkungszone sind von der Windenergieanlage einschließlich ihres Rotors freizuhalten (bei Bundesautobahnen ein Bereich von 100 m ab Fahrbahnrand, bei Bundesstraßen von 40 m, bei Landesstraßen von 40 m und bei Kreisstraßen von 30 m). Auch bei Gemeindestraßen, für die keine gesetzlichen Anbauverbote oder Anbaubeschränkungen gelten, sind die Belange der Straße in Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen stets mit abzuwägen.

5.6.4.7 Eisenbahn- und Seilbahnrecht

a.) Anbauverbote

Längs der Strecken von Eisenbahnen dürfen bei gerader Streckenführung bauliche Anlagen in einer Entfernung bis zu 50 m und bei gekrümmter Streckenführung in einer Entfernung bis zu 500 m von

der Mitte des nächstgelegenen Gleises nicht errichtet oder geändert werden, wenn die Betriebssicherheit der Eisenbahn dadurch beeinträchtigt wird. Bei Bauvorhaben innerhalb dieser Abstände ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eine Stellungnahme der Landeseisenbahnaufsicht als zuständiger Aufsichtsbehörde einzuholen (§ 4 Abs. 1 Landeseisenbahngesetz Baden-Württemberg; ggf. Entschädigung nach Abs. 4).

b.) Schwingungsschutz

Zu Trag- und Zugseilen von Seilschwebebahnen sind folgende Abstände einzuhalten:

- mit Schwingungsschutzmaßnahmen: 1 x Rotordurchmesser,
- ohne Schwingungsschutzmaßnahmen: 3 x Rotordurchmesser.

Im Einvernehmen mit den Betreibern der Seilschwebebahnen können im Genehmigungsverfahren auch abweichende Regelungen vereinbart werden bzw. durch gutachterlichen Nachweis festgelegt werden, sofern unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse keine Gefährdung des Betriebs zu befürchten ist. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist in diesen Fällen eine Stellungnahme der Landesbergdirektion als zuständiger Aufsichtsbehörde einzuholen.

5.6.4.8 Freileitungen

Für die Nachrüstung und den Neubau von Freileitungen zur Nutzung des von Windenergieanlagen erzeugten Stroms sind die Bestimmungen von § 41 BNatSchG und die am 1. August 2011 in Kraft getretene Anwendungsregel des Verbands der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. (VDE) VDE-AR-N 4210-11 "Vogelschutz an Freileitungen" zu beachten.

Die Abstände zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen sowie das Erfordernis von Schwingungsschutzmaßnahmen sind in den jeweils aktuellen Normen nach DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210-12) und DIN EN 50423-3-4 (VDE 0210-3) geregelt. Die Anforderungen der jeweils gültigen Norm sind zu erfüllen. Nach der derzeit gültigen Fassung der DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210-12) vom Januar 2011 ist zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen ein horizontaler Mindestabstand zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiter für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen ≥ 3 x Rotordurchmesser und für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser einzuhalten.

Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1 x Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden.

Aufwendungen für Schwingungsschutzmaßnahmen (Dämpfungseinrichtungen) sind nach dem Verursacherprinzip zu tragen.

Für Freileitungen aller Spannungsebenen gilt, dass bei ungünstiger Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf.

5.6.4.9 Maschinenrichtlinie

Bezogen auf Konstruktion und Bau fallen Windenergieanlagen in den Anwendungsbereich der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG (umgesetzt in deutsches Recht als 9. Verordnung zum Produktsicherheitsgesetz). Die Maschinenrichtlinie verfolgt ein doppeltes Ziel: Sie soll den freien Verkehr von Maschinen innerhalb des Binnenmarktes ermöglichen und zugleich ein hohes Maß an Sicherheit und Gesundheitsschutz gewährleisten.

Als Maschinen müssen Windenergieanlagen beim Inverkehrbringen den Anforderungen der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG entsprechen. Hierbei handelt es sich sowohl um technische als auch

um formale Anforderungen, die sich an den Hersteller von Windenergieanlagen richten. Die Hersteller von Windenergieanlagen müssen z. B. sicherstellen, dass eine Risikobeurteilung vorgenommen wird, um die für die Windenergieanlage geltenden Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen des Anhangs I der Maschinenrichtlinie zu ermitteln. Die Windenergieanlage muss dann u. a. unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Risikobeurteilung konstruiert und gebaut werden. Hat der Hersteller alle relevanten Anforderungen der Maschinenrichtlinie erfüllt, stellt er eine EG-Konformitätserklärung für seine Anlage aus und befestigt das CE-Zeichen an der Windenergieanlage.

Für den Anwender bzw. Betreiber von Windenergieanlagen ist in diesen Zusammenhang wichtig zu prüfen, dass für die Anlage eine EG-Konformitätserklärung vorliegt, das CE-Zeichen angebracht ist und eine Betriebsanleitung in deutscher Sprache vorliegt. Für weitere Auskünfte und Fragen zur Anwendung der Maschinenrichtlinie auf Windenergieanlagen sollten die örtlich zuständigen Marktüberwachungsbehörden angesprochen werden.

5.6.4.10 Wasserstraßenrecht

Nach § 31 des Bundeswasserstraßengesetzes ist die Errichtung, die Veränderung oder der Betrieb einer Windenergieanlage am Ufer einer Bundeswasserstraße dem Wasser- und Schifffahrtsamt anzuzeigen. Eine strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung des Wasser- und Schifffahrtsamtes ist erforderlich, wenn durch die beabsichtigte Maßnahme eine Beeinträchtigung des für die Schifffahrt erforderlichen Zustands der Bundeswasserstraße oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist und das Wasser- und Schifffahrtsamt binnen eines Monats nach Eingang der Anzeige die Genehmigung für erforderlich erklärt.

5.6.4.11 Luftverkehrsrecht – Zivile Flugplätze und Einrichtungen

Bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen sind mit Blick auf den zivilen Luftverkehr folgende Punkte zu beachten:

c.) Beschränkungen durch Bauschutzbereiche

Nach §§ 12 und 17 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) ist im Bauschutzbereich eines Flugplatzes für die Errichtung von Bauwerken und Anlagen, d.h. auch Windenergieanlagen, die Zustimmung der Luftfahrtbehörde erforderlich. Der Bauschutzbereich besteht aus einem je nach Flugplatz unterschiedlich großen Radius um den sog. Flugplatzbezugspunkt und den An- und Abflugsektoren.

Bauschutzbereiche sind eingerichtet für die Verkehrsflughäfen:

- Stuttgart,
- Karlsruhe/Baden-Baden und
- Friedrichshafen.

Darüber hinaus ragt der Bauschutzbereich des in Bayern gelegenen Verkehrsflughafens Memmingen nach Baden-Württemberg.

Außerdem gibt es Bauschutzbereiche für folgende andere Flugplätze:

im Regierungsbezirk Stuttgart:

- Aalen-Elchingen,
- Giengen,
- Heubach,
- Niederstetten und

- Schwäbisch Hall-Hessental.

im Regierungsbezirk Karlsruhe:

- Baden-Oos,
- Mannheim-City und
- Walldürn.

im Regierungsbezirk Freiburg:

- Binningen,
- Blumberg
- Bohlhof,
- Bremgarten,
- Donaueschingen,
- Freiburg,
- Hütten-Hotzenwald,
- Klippeneck,
- Lahr,
- Neuhausen ob Eck,
- Offenburg,
- Radolfzell-Stahringen,
- Schwenningen und
- Winzeln-Schramberg.

im Regierungsbezirk Tübingen:

- Heiligenberg und
- Mengen-Hohentengen.

Schließlich gibt es Bauschutzbereiche für zahlreiche Hubschrauberlandeplätze.

Die Luftfahrtbehörde hat jede vorgesehene Errichtung von Bauwerken und Anlagen im Bauschutzbereich insbesondere anhand konkreter Höhenvorgaben darauf hin zu überprüfen, ob das sichere Starten und Landen von Flugzeugen durch diese Bauten nicht gefährdet ist.

d.) Schutz von Flugsicherungseinrichtungen

Nach § 18a LuftVG dürfen Bauwerke, d.h. auch Windenergieanlagen, nicht errichtet werden, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Flugsicherungseinrichtungen, z.B. Radar- und Navigationsanlagen, dienen der Sicherheit im Luftverkehr. Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung entscheidet auf der Grundlage eines Gutachtens der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS), ob eine solche Störung möglich ist.

e.) Weitere Beschränkungen/Hinweise

Nach § 14 LuftVG ist außerhalb des Bauschutzbereichs für die Errichtung von Bauwerken, d.h. auch Windenergieanlagen, die eine Höhe von 100 Meter über der Erdoberfläche überschreiten, die Zustimmung der Luftfahrtbehörde erforderlich. Dies gilt auch für Anlagen von mehr als 30 Meter Höhe auf Bodenerhebungen, sofern die Spitze dieser Anlage um mehr als 100 Meter (Höhe der Anlage von ihrem Fuß bis zu ihrem obersten Ende (Rotorspitze)) die Höhe der höchsten Bodenerhebung im Umkreis von 1,6 Kilometer Halbmesser um die für die Anlage vorgesehene Bodenerhebung überragt. Die Luftfahrtbehörde prüft jeden Einzelfall auf der Grundlage eines Gutachtens der DFS.

Bei Verkehrslandeplätzen mit Instrumentenan- und -abflugverfahren, wie z.B. dem Verkehrslandeplatz Mannheim-City, gibt es weiterhin Bauüberwachungsbereiche nach § 18b LuftVG innerhalb derer auch die Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von weniger als 100 Meter den Luftfahrtbehörden angezeigt werden muss.

f.) Kennzeichnung von Hindernissen

Bauwerke, d.h. auch Windenergieanlagen, sind in geeigneter Weise zu kennzeichnen, wenn und insoweit dies zur Sicherheit des Luftverkehrs erforderlich ist. Über die konkrete Ausgestaltung entscheidet die Luftfahrtbehörde. Hinsichtlich der Sicherheit des militärischen Flugverkehrs entscheiden darüber die Dienststellen der Bundeswehr (s. Kap 5.6.4.12).

g.) Zuständige Behörden

Luftfahrtbehörde für die Bauschutzbereiche der Flughäfen Stuttgart, Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen sowie für den Schutz von Flugsicherungseinrichtungen nach § 18a LuftVG im Umfeld dieser Flughäfen ist das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur. In allen anderen für Windenergieanlagen relevanten Belangen nehmen die Regierungspräsidien die Aufgaben der Luftfahrtbehörden wahr.

5.6.4.12 Militärische Belange

Bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen sind neben den unter 5.6.4.11 genannten zivilen Belangen auch Belange des militärischen Flugbetriebs zu beachten. Neben der Zuständigkeit nach § 30 Abs. 2 LuftVG für Windenergieanlagen, die innerhalb von Bauschutzbereichen militärischer Flugplätze geplant werden, muss die Bundeswehr zusätzlich ihre verfassungsgemäße Aufgabenwahrnehmung sicherstellen. Dies schließt den Betrieb des Nachttiefflugsystems, der Hubschraubertiefflugstrecken, die Nutzung der Sonderlufträume für militärischen Übungsflugbetrieb sowie die Luftraumüberwachung mit ein.

Das Spannungsfeld zwischen der Windenergienutzung und militärischen Belangen gliedert sich in drei Hauptkonfliktfelder. Das sind im Einzelnen:

- Radaranlagen der militärischen Flugsicherung
- Radaranlagen zur Luftverteidigung
- Übungsräume- und Stecken einschließlich der Nachttiefflugkorridore und Hubschraubertiefflugstrecken

Die Störungswirkung von Windenergieanlagen auf die verteidigungspolitischen Belange sind durchaus unterschiedlich zu bewerten. Insofern ist eine differenzierte Bewertung der einzelnen Sachverhalte durch die Bundeswehr unumgänglich.

Die Wehrbereichsverwaltung Süd ist nach § 30 LuftVG für den Bereich Baden-Württemberg die militärische Luftfahrtbehörde. Sie ist damit zuständig für die Ausweisung und Überwachung von Bauhöhenbeschränkungen in der Umgebung militärischer Flugplätze. Innerhalb dieses Bereichs müssen Luftfahrthindernisse, wie Windkraftanlagen, durch die Wehrbereichsverwaltung genehmigt werden (§§ 12 ff LuftVG). Sie stellt darüber hinaus sicher, dass der Flugbetrieb, die Flugsicherheit und flugsicherungstechnische Einrichtungen nicht gestört werden. Bauwerke, die flugsicherungstechnische Einrichtungen oder Verfahren stören, dürfen gemäß §§ 18 a, 18b LuftVG nicht errichtet werden. Demzufolge muss eine Beteiligung der Wehrbereichsverwaltung als Trägerin öffentlicher Belange der Landesverteidigung in der Regionalplanung nach § 12 Abs. 2 LplG, im Bauleitplanungsverfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB und im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nach § 10 Abs. 5 BImSchG erfolgen.

Folgende Bauschutzbereiche für die militärischen Flugplätze in Baden-Württemberg sind vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) angeordnet:

Laupheim, Niederstetten, Mannheim-Sandhofen, Heidelberg und Renningen-Malmsheim.

a.) Radaranlagen der militärischen Flugsicherung

Radaranlagen werden anhand der zu messenden Koordinaten in zwei Kategorien gefasst. Flugsicherungsradare messen Entfernung und Seitenwinkel eines Objektes und fallen daher unter die Kategorie der zweidimensionalen oder 2D-Radargeräte. Durch den Betrieb von Windenergieanlagen kann es im Erfassungsbereich dieser Anlagen zu Einschränkungen der Radarabdeckung des Luftraums kommen. Dabei können zum Beispiel Positionsungenauigkeiten der Flugzieldarstellung und temporäre Verluste von Flugzielen auftreten. Ob und in welchem Umfang eine Störung auftritt, ist unter anderem abhängig von der Art der Radaranlage und ihrer technischen Auslegung, der Entfernung zu einer Windenergieanlage, der Höhe, der Größe, der Bauart und der Anzahl der Windenergieanlagen sowie von topographischen Gegebenheiten und Wetterlagen.

Die Bundeswehr ist unter Wahrung ihres verfassungsgemäßen Auftrags bestrebt, dieses doch relativ große Konfliktfeld weitestgehend dauerhaft zu entschärfen. So führt die Bundeswehr neben zahlreichen prozeduralen Lösungen seit Ende 2011 flächendeckend das neue, digitale Flugsicherungsradar „ASR-S“ an ihren Flugplätzen ein, welches das veraltete und auf analoger Technik basierende Radar ASR 910 ersetzen wird. Im Rahmen erster Flugerprobungen wurde festgestellt, dass die Störungen durch Windenergieanlagen auch bei diesem neuen Radar vorhanden waren. Daher wurden in einer umfangreichen Studie technische Möglichkeiten untersucht, die Störungen zu minimieren.

Die digitale Radartechnik soll es ermöglichen, die durch Windenergieanlagen generierten Störsignale auf elektronischem Weg aus der Radardarstellung heraus zu rechnen und damit eine weitgehend störungsfreie Darstellung der gewünschten Daten zu gewährleisten. Erste Erkenntnisse konnten zwischenzeitlich in Rahmen von Simulationen und Versuchsmodellen erlangt werden, die es aber noch im operationellen Betrieb an einem windhöffigen Standort zu validieren gilt. Davon losgelöst ist die Zuständigkeit der Finanzierung dieser technischen Anpassung zu betrachten, die außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des BMVg gesehen wird.

b.) Radaranlagen zur Luftverteidigung

Die Radaranlagen zur Luftverteidigung sind Geräte, die neben der Entfernung und dem Seitenwinkel auch die Höhe messen. Man bezeichnet sie daher als dreidimensionale oder 3D-Radargeräte. Diese Anlagen werden auch im Rahmen der Bündnisverpflichtungen betrieben und sind daher von besonderer Bedeutung. Beeinträchtigungen des Anlagenbetriebs durch Windenergieanlagen sind deshalb nur bei untergeordnetem Einfluss hinnehmbar.

c.) Übungsräume einschließlich der Nachtflugkorridore

Wesentliche Beeinflussungen des militärischen Betriebs durch Windenergieanlagen können auch in den Nachttiefflugkorridoren und auf Übungsplätzen entstehen. Auf diesem Sektor ist die Bundeswehr dabei, die eigenen Erfordernisse im Interesse einer besseren Windenergienutzung neu zu bewerten.

Zur Überwindung möglicher Konflikte hat die Bundeswehr eine Arbeitsgruppe Bundeswehr und Windenergie gegründet, die sich für Kompromisslösungen einsetzt. Hier werden flugbetriebliche, flugsicherungs- und flugsicherheitsrelevante Aspekte ganzheitlich bewertet um im Sinne der Förde-

rung der Windenergie vertretbare Lösungen zu finden. Ein Austausch von Daten mit den Ländern ist dort ausdrücklich erwünscht. In vielen festgefahrenen Genehmigungsverfahren hat die AG bereits Lösungswege aufzeigen können, die für Bundeswehr und Windparkplaner akzeptabel waren.

Grundsätzlich wird empfohlen, etwaige Probleme oder Fragen in diesen Zusammenhängen mit der zuständigen Wehrbereichsverwaltung zu diskutieren. Die Wehrbereichsverwaltungen als Träger öffentlicher Belange sind inzwischen generell für Fragestellungen in Zusammenhang mit der Windenergienutzung sensibilisiert worden.

Die Ansprechstelle für Angelegenheiten der zuständigen militärischen Luftfahrtbehörde, Schutzbereichsbehörde nach dem Schutzbereichsgesetz sowie für Belange der Bundeswehr in Baden-Württemberg ist die Wehrbereichsverwaltung Süd, Postfach 10 52 61, 70045 Stuttgart, wbvswediuw4@bundeswehr.org.

5.6.4.13 Behördlicher und privater Richtfunk

Im Genehmigungsverfahren sind behördliche sowie private Richtfunkstrecken zu berücksichtigen, da diese durch Windenergieanlagen nicht beeinträchtigt werden dürfen und ggf. über Mindestabstände geschützt werden müssen.

Hinsichtlich des behördlichen Richtfunks wird derzeit in Baden-Württemberg ein Digitalfunknetz für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) aufgebaut.

Im Genehmigungsverfahren sind daher für den Behördenrichtfunk das Innenministerium und für den privaten Richtfunk die Bundesnetzagentur zu beteiligen.

Da die Richtfunkverläufe des BOS-Digitalfunknetzes aus Geheimschutzgründen nicht bekannt gegeben werden dürfen, wird das Innenministerium ohne Gebühr prüfen, ob eine Beeinträchtigung mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann. Hierfür benötigt das Innenministerium die Standortkoordinaten jeder einzelnen Anlage im Gauß-Krüger Format Zone 3 (GK 3) und im Format World Geodetic System 1984 (WGS 84) sowie Angaben zur geplanten Anlage (Nabenhöhe und Rotordurchmesser). Zum Zweck der Überprüfung können vorstehende Daten auch im Vorfeld eines Genehmigungsverfahrens für die konkrete Standortplanung von Windenergieanlagen an die Autorisierte Stelle Digitalfunk Baden-Württemberg (ASDBW) per Email an ASDBW@polizei.bwl.de übersandt werden.

Kann durch die Prüfung eine Beeinträchtigung des Behördenrichtfunks nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, ist eine gutachtliche Betrachtung durch eine von der ASDBW benannte sicherheitsüberprüfte Firma auf Kosten des Vorhabenträgers erforderlich. Für die Bewertung durch den Gutachter werden zusätzlich ein Bauplan der Anlage und ein Lageplan benötigt.

5.6.4.14 Wetterradar

Befinden sich Flächen für Windenergieanlagen im Umkreisradius von 15 km um die Wetterradestationen des Deutschen Wetterdiensts in Türkheim oder auf dem Feldberg ist der Deutsche Wetterdienst im Genehmigungsverfahren zu beteiligen

5.6.4.15 Flurbereinigung

Die Flurbereinigungsbehörde hat die öffentlichen Interessen zu wahren und dabei den Erfordernissen der Energieversorgung Rechnung zu tragen (§37 FlurbG). Dabei kann das Bodenmanagement der Flurbereinigung Unterstützung für Windenergieanlagen bieten, zum Beispiel bei der Zufahrts-

erschließung, bei der dinglichen Sicherung der Leitungstrassen und der Abstandsflächen sowie bei Entschädigungsfragen.

Für Flächen, die in ein laufendes Flurbereinigungsverfahren einbezogen sind, besteht bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes eine Veränderungssperre nach § 34 FlurbG. Somit ist vor der Errichtung einer Windenergieanlage die Zustimmung der zuständigen Flurbereinigungsbehörde einzuholen. Diese Zustimmung ist dabei zusätzlich zu einer erteilten Baugenehmigung notwendig und wird durch die Baugenehmigung nicht entbehrlich. Im immissionsschutzrechtlichen Verfahren wird die Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde von der Konzentrationswirkung der Genehmigung erfasst. Die zuständige Immissionsschutzbehörde hat die zuständige Flurbereinigungsbehörde im Genehmigungsverfahren zu beteiligen.

5.6.4.16 Arbeitsschutz

Bei Errichtung, Inbetriebnahme und Betrieb der Windenergieanlage ist vom Genehmigungsinhaber sicherzustellen, dass die Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes in Verbindung mit den einschlägigen Verordnungen (z. B. Arbeitsstättenverordnung) eingehalten werden und Gefährdungsbeurteilungen erstellt werden. Sofern Beschäftigte anderer Arbeitgeber an der Windenergieanlage tätig werden, ist sicherzustellen, dass diese betriebsfremden Beschäftigten angemessen über die Gefahren während der Tätigkeit an der Windenergieanlage unterwiesen werden.

Der Genehmigungsinhaber hat die Maßnahmen zu treffen, die zur Ersten Hilfe, Brandbekämpfung und Evakuierung der Beschäftigten erforderlich sind. Er hat auch dafür zu sorgen, dass im Notfall die erforderlichen Verbindungen zu außerbetrieblichen Stellen, insbesondere in den Bereichen der Ersten Hilfe, der medizinischen Notversorgung, der Bergung und der Brandbekämpfung eingerichtet sind.

Falls ein Aufzug eingebaut wird, ist dieser als überwachungsbedürftige Anlage nach der Betriebssicherheitsverordnung in bestimmten Fristen wiederkehrend auf seinen ordnungsgemäßen Zustand hinsichtlich des Betriebs durch eine zugelassene Überwachungsstelle zu prüfen. Die Prüffristen sind vom Betreiber auf der Grundlage einer sicherheitstechnischen Bewertung festzulegen. Die Prüfungen im Betrieb müssen jedoch spätestens alle zwei Jahre durchgeführt werden. Zwischen der Inbetriebnahme und der ersten wiederkehrenden Prüfung sowie zwischen zwei wiederkehrenden Prüfungen sind Aufzugsanlagen daraufhin zu überprüfen, ob sie ordnungsgemäß betrieben werden können und ob sich die Tragmittel in ordnungsgemäßem Zustand befinden.

6 Kleinwindanlagen

Unter Kleinwindanlagen werden Anlagen bis zu einer Anlagengesamthöhe (bis zur Spitze des Rotorblattes) von 50 m Höhe verstanden, die entsprechend der Regelungen der 4. BImSchV nicht unter die immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht fallen. Kleinwindanlagen gelten als bauliche Anlagen i. S. d. § 2 LBO. Nach § 49 LBO ist daher für Windenergieanlagen bis 50 m Gesamthöhe ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen soweit sie nicht verfahrensfrei gestellt sind. Neben der Baugenehmigung sind ggf. weitere Genehmigungen/Erlaubnisse einzuholen. Die Bauaufsichtsbehörden haben im Genehmigungsverfahren weitere Fachbehörden, wie beispielsweise die unteren Immissionsschutzbehörden, Fachbehörden für Natur- und Umweltschutz und Luftverkehrsbehörden zu beteiligen.

6.1 Kleinwindanlagen, Verfahren

Nach Anhang Nr. 3 d zu § 50 Abs. 1 LBO sind Windenergieanlagen bis 10 m Höhe verfahrensfrei gestellt. Daher erfordern Kleinwindanlagen bis zu dieser Höhe grundsätzlich kein baurechtli-

ches Verfahren und damit insbesondere keine Baugenehmigung. Diese Verfahrensfreiheit gilt auch für solche Anlagen auf oder an Gebäuden, soweit nicht die Anlage auf Grund ihrer Größe mehr als nur unwesentliche Auswirkungen auf die Statik hat und so von einer genehmigungspflichtigen baulichen Änderung des Gebäudes ausgegangen werden muss. Maßgebliche Höhe für diese Regelung ist die Nabenhöhe bzw. (bei Anlagen mit vertikaler Rotorachse) die Masthöhe. Unabhängig von der baurechtlichen Verfahrensfreiheit kann eine Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde nach § 17 Abs. 3 BNatSchG erforderlich sein.

6.2 Kleinwindanlagen, Zulässigkeit

Sowohl die verfahrenspflichtigen wie auch die verfahrensfreien Kleinwindanlagen müssen den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen. Daher sind auch in jedem Fall, also auch bei verfahrensfreien Kleinwindanlagen bis 10 m Höhe, die bauordnungsrechtlichen und – soweit die Anlagen planungsrechtlich relevant sind – die bauplanungsrechtlichen sowie die immissionsschutz- und naturschutzrechtlichen Vorschriften zu beachten. Dies hat der Bauherr in eigener Verantwortung sicherzustellen. Um das Investitionsrisiko gering zu halten, kann er zur Überprüfung der baurechtlichen Zulässigkeit seiner verfahrensfreien Anlage eine Entscheidung nach § 57 LBO beantragen.

6.2.1 Bauordnungsrechtliche Voraussetzungen

Vorgaben des Bauordnungsrechts sind insbesondere:

Nach § 11 LBO dürfen die Anlagen die Umgebung nicht verunstalten und selbst nicht verunstaltet wirken.

Die Anlagen müssen die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen nach § 5 Abs. 7 LBO einhalten. Für die Berechnung der Abstandsflächen ist nach § 5 Abs. 5 Nr. 3 LBO die Höhe der Rotorachse maßgeblich (vgl. Kapitel 5.6.3.1).

Bei einer Kleinwindenergieanlage, die sich auf einem Gebäude befindet, ist die maßgebliche Wandhöhe unter Einbeziehung der Höhe des Gebäudes zu berechnen. Die Bemessung nach der Höhe der Rotorachse kann sinnvoll nur auf Anlagen mit horizontaler Rotorachse angewendet werden. Bei Kleinwindenergieanlagen mit vertikaler Rotorachse ist daher insoweit die Höhe der Anlage von ihrem Fuß bis zum obersten Ende (Mastspitze) anzusetzen. Auch bei diesen Anlagen bleiben die beweglichen Teile als Maschinenteile unberücksichtigt, da sie nicht Teil der baulichen Anlage im Sinne der Landesbauordnung sind. Auf die Abstandsregelungen unter 5.6.3.3, 5.6.4.6 und 5.6.4.7 wird verwiesen.

6.2.2 Immissionsschutzrechtliche Voraussetzungen

Kleinwindanlagen sind nicht genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 22 BImSchG. Die Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen muss vom Betreiber sichergestellt werden. Das bedeutet insbesondere, dass Kleinwindanlagen die gebietsbezogenen Immissionsrichtwerte nach Nr. 6.1 TA Lärm und sonstigen immissionsschutzrechtlichen Anforderungen einhalten müssen. Werden Kleinwindanlagen an Gebäuden befestigt, sind aufgrund der baulichen Verbundenheit auch die Immissionsrichtwerte für Immissionsorte innerhalb von Gebäuden nach Nr. 6.2 TA Lärm zu berücksichtigen, sofern im Gebäude nicht nur der Anlagenbetreiber wohnt.

Für Kleinwindanlagen, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist, wird die Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen durch die von der Baurechtsbehörde zu beteiligende Immissionsschutzbehörde geprüft.

Insbesondere bei Anlagen im Innenbereich sollen im baurechtlichen Genehmigungsverfahren aussagekräftige Unterlagen (z.B. gesicherte Datenblätter, in denen unabhängige Institute das Geräuschverhalten der Anlage in allen regulären Betriebszuständen mindestens bis zum Erreichen der Nennleistung) vorgelegt werden, die eine Prüfung der immissionsschutzrechtlichen Zulässigkeit des Betriebs ermöglichen.

Auch Kleinwindanlagen können im Außenbereich Eingriffe in Natur und Landschaft darstellen; die Ausführungen unter 5.6.4.1.2 sind daher auch für diese Anlagen anzuwenden. Es gelten ferner die Vorschriften zu Beschränkungen in Schutzgebieten (5.6.4.1.2) und Naturparks (5.6.4.1.3). Kleinwindanlagen können Kollisionen oder erhebliche Störungen von Vogel- und Fledermausarten sowie die Beschädigungen von Lebensstätten verursachen. Dabei werden häufig auch andere als die "windenergieempfindlichen" Arten betroffen, insbesondere gebäudebewohnende Vogel- und Fledermausarten. Daher sind die artenschutzrechtlichen Verbote zu beachten (vgl. Kapitel 5.6.4.2).

6.2.3 Bauplanungsrechtliche Voraussetzungen für Kleinwindanlagen

6.2.3.1 Im beplanten und unbeplanten Innenbereich (§§ 30, 34 BauGB):

Kleinwindanlagen können als untergeordnete Nebenanlagen in allen ausgewiesenen oder faktischen Baugebieten (§§ 30 Abs. 1, 34 Abs. 2 BauGB) zulässig sein, wenn sie dem Nutzungszweck des betreffenden Grundstücks dienen, d.h. wenn sie überwiegend (mehr als 50 %) für das jeweilige Grundstück selbst Energie erzeugen (funktionale Unterordnung); vgl. § 14 Abs. 1 BauNVO. Ferner müssen sie der Hauptanlage räumlich-gegenständlich („optisch“) untergeordnet sein und dürfen der Eigenart des Baugebiets nicht widersprechen. Maßgeblich für die Eigenart des Baugebiets sind insoweit vor allem Lage, Größe und Zuschnitt des Baugrundstücks sowie der übrigen Grundstücke des Baugebiets. Schließlich darf die Anlage nicht gegen das Rücksichtnahmegebot verstoßen. Es dürfen somit keine Belästigungen (durch Lärm, Drehbewegungen der Rotoren, Schattenwurf, „Discoeffekt“ etc.) von ihr ausgehen, die der unmittelbaren Nachbarschaft nicht zugemutet werden können.

Wegen der übrigen Zulässigkeitsvoraussetzungen im Innenbereich sowie der Zulässigkeit als selbständige Anlage wird auf die Ausführungen in Kapitel 5.6.2.1 und 5.6.2.2 verwiesen.

6.2.3.2 Im Außenbereich (§ 35 BauGB):

Kleinwindanlagen im Außenbereich können als „mitgezogene“, untergeordnete Nebenanlagen zu privilegierten Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB zulässig sein, wenn sie dieses privilegierte Vorhaben mit Strom versorgen sollen. Die Teilnahme an der Privilegierung setzt voraus, dass die Kleinwindanlage im Verhältnis zur Hauptanlage eine bodenrechtliche Nebensache und der Hauptanlage unmittelbar (funktional) zu- und untergeordnet ist sowie durch diese Zu- und Unterordnung auch äußerlich erkennbar geprägt wird (vgl. auch Ausführungen in Kapitel 5.6.2.3).

Kleinwindanlagen, die nicht als „mitgezogene“ Nebenanlagen zu privilegierten Vorhaben zulässig sind, sind als selbständige Windenergieanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB zu beurteilen. Sie sind zulässig, wenn eine ausreichende Erschließung gesichert ist und öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

Soweit der Planvorbehalt des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB nicht von vorneherein ausscheidet (bei Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) muss im Einzelfall geprüft werden, ob er sich auch auf Kleinwindanlagen erstreckt. Ferner ist (insbesondere bei Nebenanlagen zu anderen Anlagen) zu prüfen, ob ein atypischer Fall vorliegt, der typischerweise nicht Zielrichtung des Planvorbehalts ist oder sein soll (§ 35 Abs. 3 S. 3 BauGB: Öffentliche Belange stehen ... „in der Regel“ auch dann entgegen ...).

Im Übrigen wird auf die Ausführungen in Kapitel 5.6.2.3 verwiesen.

7 Schlussvorschriften

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft und am 9. Mai 2019 außer Kraft.

Sitzungsvorlage Nr. 6112/002
Steidle Wolfgang, Stadtplanungsamt

Ö/N	Sitzung am	Gremium; Art		TOP
Ö	01.02.2012	OR Ebnat	Vorberatung	
Ö	02.02.2012	OR Dewangen /Fachsenfeld	Vorberatung	
Ö	06.02.2012	OR Unterkochen	Vorberatung	
Ö	07.02.2012	OR Wasseralfingen/Hofen	Vorberatung	
Ö	08.02.2012	OR Waldhausen	Vorberatung	
Ö	09.02.2012	ATUS	Vorberatung	
Ö	15.02.2012	GR Aalen	Entscheidung	

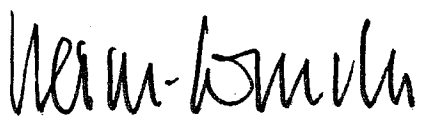
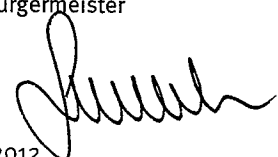
Betreff:

Stellungnahme der Stadt Aalen zum Stand der Planungen des Regionalverbands Ostwürttemberg, Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans 2010

Beschlussantrag:

1. Die Bewertung der bisher vom Regionalverband vorgeschlagenen Suchräume (Anlage C) soll dem Regionalverband mitgeteilt werden.
2. Die dargestellten zusätzlichen Suchräume (Aalen 1-4, Anlage D) sollen dem Regionalverband mitgeteilt werden.
3. Künftige Beschlüsse des Gemeinderats sollen in Bezug auf die Ausweisung möglicher Vorrangflächen im Bereich der Stadt Aalen dem Regionalverband zeitnah mitgeteilt werden mit dem Ziel, möglichst kongruente Vorrangflächen für raumbedeutsame Windkraftanlagen im Bereich Regionalplan wie Flächennutzungsplan ausweisen zu können.

Beschlussantrag: (auf weiteren Blättern)

Dezernat II	Oberbürgermeister
17.01.2012	17.01.2012
Datum	Datum
	
Unterschrift	Unterschrift

Kurzfassung des Sachverhalts:

Der Ausbau der Windenergienutzung hat durch den endgültigen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie bis 2022 erheblich an Bedeutung gewonnen. Das gilt für Deutschland insgesamt, aber auch für Baden-Württemberg.

Da die bisher in den Regionalplänen festgelegten Vorranggebiete für Windkraftanlagen für das Ausbauziel von mindestens 10% Strom aus Windenergie bis 2020 in Baden-Württemberg nicht ausreichen, müssen neue Standorte eröffnet werden.

Der Regionalverband Ostwürttemberg hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 die derzeitigen Planungen für die Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergienutzung verabschiedet. Mit diesem Planungsstand sind so genannte **Suchräume** als potentielle Standorte für Windenergieanlagen erarbeitet worden, die vor dem Hintergrund der **bestmöglichen Windhöffigkeit** und **geringstmöglichen Konfliktsituation** eine substanzielle Nutzung der Windenergie ermöglichen.

Mit dem Schreiben des Regionalverbands vom 07.12.2011 wurde eine Darstellung des Stands der derzeitigen Planungen, mit den auf der Grundlage des Windatlas und der festgelegten Konfliktkriterien gefundenen Suchräumen zur Verfügung gestellt (Anlagen B/C). Über diese Suchräume möchte der Regionalverband in einen Dialog mit den Gemeinden eintreten. Dazu wird die aktuelle informelle Beteiligungsrunde durchgeführt. Die Gemeinden im Bereich der Region Ostwürttemberg wurden aufgefordert bis 17.02.2012 beim Regionalverband eine Stellungnahme zu den dargestellten Suchräumen abzugeben.

Planungsziel:

Um das Ausbauziel im Hinblick auf die Errichtung von Windkraftanlagen zu erreichen, sind die bisher in den Regionalplänen festgelegten **Vorranggebiete für Windkraftanlagen deutlich zu erweitern**. In Abstimmung mit der Stadt Aalen sollen deshalb im Regionalplan auf Grundlage der dargestellten Suchräume Vorrangflächen für raumbedeutsame Windenergieanlagen ausgewiesen werden.

Darüber hinaus können ggfs zusätzliche Vorrangflächen für Windenergieanlagen im Flächennutzungsplan ausgewiesen werden.

Vorgang:

OR Waldhausen	03.07.2001	§ 13	zur Tagesordnung
OR Waldhausen	03.07.2001	§ 15	Stellungnahme Stadt Aalen zur gepl. Teilfortschreibung Regionalplan Ostwürttemberg
ATUS	05.07.2001	§ 567	Stellungnahme Stadt Aalen zur gepl. Teilfortschreibung Regionalplan Ostwürttemberg
GR	12.07.2001	§ 157	Stellungnahme Stadt Aalen zur gepl. Teilfortschreibung Regionalplan Ostwürttemberg
OR Waldhausen	13.11.2001	§ 29	Aufstellungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV
ATUS	22.11.2001	§ 624	Aufstellungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV
GR	29.11.2001	§ 248	Aufstellungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV
OR Waldhausen	13.11.2001	§ 30	Erweiterungsvorschlag Regionalverb. bez. Vorrangflächen
ATUS	22.11.2001	§ 126	befristete Genehmigung Windmess-Mast
GR	15.11.2001	§ 571	Erweiterungsvorschlag Regionalverb. bez. Vorrangflächen
ATUS	28.02.2002	§ 12	Bekanntgabe und Anfragen
OR Waldhausen	24.09.2002	§ 19	Anfrage
OR Waldhausen	25.03.2003	§ 501	Bericht über Informationsfahrt nach Draseburg
OR Waldhausen	17.06.2003	§ 12	Auslegungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV
ATUS	18.06.2003	§ 543	Auslegungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV
GR	26.06.2003	§ 109	Auslegungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV
OR Waldhausen	17.06.2003	§ 11	Auslegungsbeschluss (5. FNP-Änderung)
ATUS	18.06.2003	§ 543	Auslegungsbeschluss (5. FNP-Änderung)
GR	26.06.2003	§ 109	Auslegungsbeschluss (5. FNP-Änderung)
GemA VG	21.07.2003	§ 6	Auslegungsbeschluss (5. FNP-Änderung)
ATUS	11.09.2003	82	Anfrage zum Stand des Verfahrens
OR Waldhausen	23.09.2003	§ 35,	Anfrage + Broschüre bezügl. Windenergienutzung
		§ 24,	
		§ 509	

Petitionsausschuss	01.12.2003		Sitzung im Feuerwehrgerätehaus, AA- Ebnat
OR Waldhausen	04.05.2004	§ 8	Anfrage zum Stand des Verfahrens
OR Waldhausen	13.07.2004	§19	2 Auslegungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV und Feststellungsbeschluss 5. FNP-Änderung (raumbedeutsame Windenergieanlagen Waldhausen)
ATUS	15.07.2004	§577	2 Auslegungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV und Feststellungsbeschluss 5. FNP-Änderung
GR	22.07.2004	§138	2 Auslegungsbeschluss B-Plan / Satzg. örtl. BV und Feststellungsbeschluss 5. FNP-Änderung
GemA VG	21.03.2006	§1	Feststellungsbeschluss 5. FNP-Änderung (raumbedeutsame Windenergieanlagen Waldhausen)
Regierungspräsidium Stuttgart	20.06.2006	Erlass	Genehmigung 5. FNP-Änderung (raumbed. Windenergieanlagen Waldhausen), eine 6. FNP-Änderung (raumbed. Windenergieanlagen in Essingen-Lauterburg wurde dagegen aufgrund des bislang fehlenden Abwägungsvorgangs im FNP-Verfahren nicht genehmigt).
GR	30.06.2011	§ 84	Information über die Überlegungen zur Errichtung von Windrädern zur Stromproduktion
GR	15.12.2011		Sachstandsbericht über geplante FNP-Teilfortschreibung Windenergie / Erneuerbare Energien in der VG Aalen
ATUS	12.01.2012		Kriterienliste für die Ausweisung von Eignungsflächen / Konzentrationszonen für raumbedeutsame Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Aalen
GR	19.01.2012		Kriterienliste für die Ausweisung von Eignungsflächen / Konzentrationszonen für raumbedeutsame Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Aalen

Anlagen:

- A. Ausführlicher Sachverhalt
- B. Kriterien zur Definition von Suchräumen von Windenergie, Regionalverband Ostwürttemberg vom 19.10.2011
- C. Suchräume des Regionalverbands sowie Bewertung
- D. Vorschläge für weitere Suchräume auf dem Stadtgebiet Aalen sowie Bewertung
- E. Referenzertragskarte von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen, Naturschutz Baden-Württemberg, Januar 2012

Aktenzeichen:

613.20 - stew

Beteiligte Stellen / Verteiler:

Dez. I, Dez. II, Dez. III, 02, 15-Dew., 15-Ebn., 15-Fachs., 15-Ho., 15-Uk., 15-Waldh., 15-Wass., 30, 60, 61, 62, 63, 66, 67, 81

Anlage A. Ausführlicher Sachverhalt

Für die Stadt Aalen haben die Reduzierung von CO₂-Emissionen und damit der Klimaschutz zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Sicherung der Energieversorgung einen sehr hohen Stellenwert, was beispielsweise in der beschlossenen Klimaschutzkonzeption zum Ausdruck kommt. Im Land Baden-Württemberg sollen bis zum Jahr 2020 mindestens 10 Prozent des Strombedarfs aus „heimischer“ Windkraft gedeckt werden, wozu landesweit ungefähr 1200 Großwindkraftanlagen erforderlich sind.

Im Bereich der Region Ostwürttemberg wurden bisher 47 raumbedeutsame Windenergieanlagen –davon 7 bei Waldhausen- gebaut.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Energiewende selbst –verbunden mit einem grundlegenden Systemwechsel in der Energieerzeugung- ist seit Frühjahr 2011 eine breite Zustimmung der Bevölkerung spürbar. Die konkreten Vorranggebiete für Windenergieanlagen werden jedoch regelmäßig sehr intensiv in der Bürgerschaft diskutiert, da sich bis etwa 200m hohe Bauwerke je nach Standort in unterschiedlicher Intensität auf das Orts- und Landschaftsbild, auf den Natur- und Artenschutz und auch unmittelbar auf die Gesundheit der Menschen auswirken können. Zusätzlich sind teilweise in erheblichem Umfang wirtschaftliche Interessen berührt.

Die Umsetzung der Energiewende kann nur durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen (siehe auch Klimaschutzkonzeption der Stadt Aalen) und unter Einbeziehung, Unterstützung und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden, weshalb bei der Bewertung von Suchräumen und später bei der Festlegung von Vorranggebieten die Interessen der Einwohner der Gesamtstadt ernst zu nehmen sind.

Um den deutlichen Ausbau der Windkraft zu ermöglichen, ist es weiter erforderlich, die bestehenden Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen der Regionalverbände gesetzlich aufzuheben, weshalb das Landesplanungsgesetz geändert werden wird und nach bisherigen Erkenntnissen am 01.09.2012 in Kraft tritt.

Der **Regionalverband** hat die Umsetzung der Regionalplanung nach dem Landesplanungsgesetz zu veranlassen. Die Regionalplanung dient unterhalb der Raumordnung des Landes der Konkretisierung, der fachlichen Integration und Umsetzung landesplanerischer Ziele. Indem die Regionalplanung Grundsätze und Ziele für Raumordnung (aus der Landesplanung) aufstellt, erzeugt sie Planungssicherheit und Grundlagen für die Bauleitplanung der Kommunen (Flächennutzungspläne, Bebauungspläne).

Die Regionalverbände haben als "Organe" jeweils eine Verbandsversammlung bzw. eine Regionalversammlung und einen Verbandsvorsitzenden bzw. Regionaldirektor, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Einige Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Aalen sind auch Mitglieder der zuständigen Gremien des Regionalverband Ostwürttemberg.

Der Regionalverband hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 die derzeitigen Planungen für die Ausweisung von **Vorrangflächen für die Windenergienutzung** verabschiedet. Damit sind so genannte Suchräume beschlossen worden, die vor dem Hintergrund der **bestmöglichen Windhöflichkeit** und **geringstmöglichen Konfliktsituation** eine substanzielle Nutzung der Windenergie ermöglichen. Zuvor wurde eine **Kriterienliste** (Anlage B) verabschiedet.

Der Regionalverband möchte die Suchräume eng mit den Kommunen, berührten Behörden und der Bevölkerung abstimmen, um zu Vorschlägen für konkret abgegrenzte Vorranggebiete zu kommen. Dazu wird die aktuelle **informelle Beteiligungsrunde** durchgeführt, in der Regionalverband auf die örtliche Sachkenntnis zurückgreifen möchte. Die Suchräume berücksichtigen derzeit nur fragmentarisch artenschutzrechtliche oder gemeindespezifische Themen, weshalb sich der Regionalverband in der informellen Beteiligungsrunde hierzu weitergehende Informationen von den jeweiligen Gemeinden erwartet.

Im Schreiben des Regionalverbands vom 07.12.2011 wurde eine Darstellung des Stands der derzeitigen Planungen, mit den auf der Grundlage des Windatlas und der festgelegten Konfliktkriterien gefundenen Suchräumen zur Verfügung gestellt (Anlage C). In den dargestellten Suchräumen ist eine Windhöflichkeit von mindestens ca. 5,25 m/s in 100m Höhe bzw. von mindestens ca. 5,5

m/s in 140m Höhe zu erwarten und damit - aus derzeitiger Sicht - ein wirtschaftlicher Betrieb von Windenergieanlagen gegeben. Beim Windenergieerlass (Entwurf vom 23.12.2011) wird von geringfügig höheren Werten ausgegangen („etwa 5,3 m/s bis 5,5 m/s in 100m Höhe“). Zu beachten ist dabei, dass der **Windatlas** für Planer und Betreiber eine **Erstinformation** zur Lokalisierung geeigneter Standorte im Sinne einer Grobabschätzung möglicher Erträge bietet – der Windatlas ersetzt kein akkreditiertes Windgutachten im Rahmen der konkreten Standortplanung einer Windenergieanlage. Die Mindestwindhöffigkeit bzw. der Ertrag einer Windenergieanlage ist auch abhängig vom Anlagentyp, der Turmhöhe, der Höhe des Standortes über Meer sowie des standortspezifischen Geländerelevs und des Bewuchses.

Ein Maß für die Beurteilung der Tauglichkeit eines Standortes für den Betrieb von Windkraftanlagen stellt der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) definierte **Referenzertrag** (Anlage E) dar. Ein Jahresertrag für Windkraftanlagen am Standort von mindestens 60% in Bezug auf einen im EEG definierten Referenzstandort ist Voraussetzung für eine Stromvergütung nach dem EEG (Stand Ende 2011). Diese Grenze ist weiterhin ein Richtwert für die minimale Windhöffigkeit, die ein Standort bieten sollte und wird in den aktuell thematisierten Suchräumen –gemäß Regionalverband- erreicht.

Über die Suchräume möchte der Regionalverband in einen Dialog mit den Gemeinden eintreten, um potentielle Vorranggebiete abzustimmen. Hierzu sind Abstimmungen nicht nur innerhalb der Kommune, sondern auch in den Verwaltungsgemeinschaften und über Gemeinde- und Regionsgrenzen hinaus sinnvoll und erforderlich. Dem Regionalverband ist „*sehr daran gelegen, zu abgestimmten Lösungen zu kommen*“.

Dieses Ziel hat auch für die Stadt Aalen große Bedeutung, da **Bauleitpläne nach § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen** sind. Die Ziele der Raumordnung sind - anders als öffentliche und private Belange - nicht Gegenstand der gemeindlichen Abwägung. In der Praxis heißt dies, dass Vorranggebiete für Windenergieanlagen aus der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans beim Teilflächennutzungsplan Erneuerbare Energien (Teilbereich Windkraft und Teilbereich Photovoltaik) der Verwaltungsgemeinschaft Aalen-Essingen-Hüttlingen zu übernehmen sind. Die VG Aalen-Essingen-Hüttlingen hat jedoch die Möglichkeit **zusätzliche Vorranggebiete im Flächennutzungsplanverfahren** zu prüfen und auszuweisen. Von Zielen der Raumordnung kann gemäß §6 ROG abgewichen werden, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Für ein notwendiges Zielabweichungsverfahren wäre das Regierungspräsidium Stuttgart die für Aalen zuständige Behörde.

Die enge Abstimmung über die planerische Vorgehensweise und die Möglichkeiten zur Eingrenzung von Vorranggebieten erfolgt bei der Stadt Aalen in öffentlichen Ortschafts- und Gemeinderatssitzungen. Der Regionalverband ist dabei bereit, die wesentlichen Grundlagen der Planung darzustellen und mit der Öffentlichkeit zu diskutieren, weshalb Verbandsvertreter auch zu den Ortschaftsratsitzungen im Februar eingeladen wurden.

Für die nun eingeleitete **informelle Beteiligung** und Abstimmung ist vom Regionalverband ein **Zeitrahmen bis 17. Februar 2012** vorgesehen.

Im Anschluss an die informelle Beteiligung will der Regionalverband mit den gewonnenen Erkenntnissen im 2. Quartal 2012 einen Planentwurf mit konkreten Vorranggebietsausweisungen erarbeiten, zu dem die Gemeinden im 3. Quartal 2012 im Rahmen der gesetzlichen Anhörung nochmals beteiligt zu werden.

Mit der Sitzungsvorlage 6711/013 wurde der Gemeinderat in der Sitzung am 15.12.2011 über den aktuellen Sachstand unterrichtet. In der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt wurde gefordert, die **Festlegung von eigenen Kriterien der Stadt**, die zur Auswahl von Eignungsflächen für raumbedeutsame Windenergieanlagen dienen intensiv zu diskutieren. Bei einer Festlegung von eigenen Auswahlkriterien ist nach § 1 (4) Baugesetzbuch zu beachten, dass kommunale Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen sind. Bei den Festlegungen der Auswahlkriterien sind deshalb Vorgaben aus übergeordneten Plänen der Raumordnung (Landesentwicklungsplan, Regionalplan) und gesetzlichen Vorgaben (z. B. Landesplanungsgesetz, Naturschutzgesetz, Immissionsschutzgesetz, Straßengesetz) zu beachten.

Im Gemeinderat wurden im Januar 2012 erneut über das Thema Windkraft beraten. Ebenso wurde über konkrete Standorte vor allem außerhalb der bisher vom Regionalplan genannten Suchräume anhand von Bild- und Filmprojektionen diskutiert.

In den Februar-Sitzungen sollen auf Grundlage der Diskussion im Gemeinderat vom 19.01.2012 erneut Bild- und Filmprojektionen gezeigt und über die bisherigen Suchräume bzw. neue Suchräume gesprochen werden.

Im Gemeinderat wurden am 19. Januar 2012 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Kriterienliste [der Stadt Aalen] wird den weiteren Beratungen zur Ausweisung von Eignungsflächen für raumbedeutsame Windenergieanlagen zu Grunde gelegt.
2. Die [dadurch entstandenen] zusätzlichen Suchräume (Aalen 1-4 / siehe Anlage D) werden den näheren Untersuchungen zugrunde gelegt.
3. Die endgültige Festlegung der zusätzlichen Suchräume erfolgt mit der Stellungnahme an den Regionalverband in der Sitzungsrunde im Februar 2012.

Die Beschlüsse 1 und 2 sind in den aktuellen Plänen bei den dargestellten zusätzlichen Suchräumen berücksichtigt (Anlage D).

Zusätzliche Suchräume entstehen vor allem durch die Reduktion des Abstands von möglichen Suchräumen zum Albrauf (500m/Regionalverband und 300m/Stadt Aalen). Konkrete Suchräume und deren Bewertung sollen nach Vorberatung in den Ortschaften im Gemeinderat am 15.02.2012 beschlossen und anschließend dem Regionalverband mitgeteilt werden. Zusätzliche Hinweise aus den Ortschaften können ebenfalls weitergeleitet werden.

Kriterien zur Definition von Suchräumen von Windenergie

Anlage B

	Ausschluss	Abwägung
Siedlung	<ul style="list-style-type: none"> - Wohnbauflächen (allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete) (750 m) - Gemischte Bauflächen (Kern-, Misch-, Dorfgebiete) (750 m) - Einzelgebäude wohngenutzt (Einzelgehöfte) (750 m) - Gewerbeflächen (250 m) - Industrieflächen (250 m) - Geplante Siedlungsentwicklungen - s.o. <p style="text-align: center;">-----</p> <p style="text-align: center;"><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Freizeit und Erholung - Einrichtungen für längeren Aufenthalt (500 m) - Freizeit und Erholung - Einrichtungen für kürzeren Aufenthalt (350 m) - Unmittelbare Umgebung von Gebäuden und sonst. Einrichtungen der Ver- und Entsorgung - 100 m - Im Süden von Wohngebieten 	-

Quelle - Regionalverband Ostwürttemberg vom 19.10.2011

Kriterien zur Definition von Suchräumen von Windenergie

Anlage B

<p>Infrastruktur</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Autobahnen (40 m + 50 m Rotor-Radius) - Bundes- und Landesstraßen (20 m + 50 m Rotor-Radius) - Kreisstraßen (15 m + 50 m Rotor-Radius) - Bahnlinien (100 m/ 500 m) - Kabelfreileitungen (200 m) <p style="text-align: center;"><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Behördenfunk 	<ul style="list-style-type: none"> - Ziviler Richtfunk - Leitungen (Erdgas, Wasser usw.)
<p>Flugsicherheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Platzrunden der Flugplätze <p style="text-align: center;"><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Navigationsanlagen (Radar) - Sonstige Bauschutzbereiche 	<ul style="list-style-type: none"> -
<p>Freiraumschutz Regionalplan</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Grünzäsuren - Schutzbedürftiger Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe - Bereiche zur Sicherung von Rohstoffvorkommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Regionaler Grünzug - Schutzbedürftiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege - Schutzbedürftiger Bereich für die Erholung

Kriterien zur Definition von Suchräumen von Windenergie

Anlage B

	Ausschluss	Abwägung
	<p><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Zusatzabstand zu Schutzbedürftigem Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe - Zusatzabstand zu Bereichen zur Sicherung von Rohstoffvorkommen - Interessensgebiete 	
Naturschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Naturschutzgebiete - Zusatzabstand zu Naturschutzgebiete (200 m, standortabhängig) (Ergebnis Scoping) - Natura 2000 - Vogelschutz-Gebiete <p><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Besonders geschützte Biotope - Naturdenkmale 	<ul style="list-style-type: none"> - Natura 2000 - FFH-Gebiete (schutzzweckabhängig) - Zusatzabstand zu Natura 2000 - Vogelschutz-Gebieten (schutzzweckabhängig)
Artenschutz	<ul style="list-style-type: none"> - besonderer Artenschutz - Avifaunistisch wertvolle Bereiche - Vogelzugstrecken 	<p><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p>

Kriterien zur Definition von Suchräumen von Windenergie

Anlage B

Landschafts- schutz	<ul style="list-style-type: none"> - einzigartige geomorphologische Erscheinungen (Ries, Riesrand) - Albrauf (500 m) 	<ul style="list-style-type: none"> - Landschaftsschutzgebiete
<p><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p>		
Wald/ Forstwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Bannwald - Schonwald - Gesetzlicher Erholungswald - Zusatzabstand zu Bannwald (200 m, standortabhängig) (Ergebnis Scoping) 	<ul style="list-style-type: none"> - großflächige, unbelastete und unzerschnittene Räume - Biotopschutzwald (standortabhängig) - Erholungswald - Schutzwald gegen schädliche Umwelteinwirkungen (Klima-, Immissionsschutzwald) - Bodenschutzwald
<p><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p>		
Wasserschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Wasserschutzzonen I und II 	<ul style="list-style-type: none"> - Zuwegung, Erschließung in Waldgebieten
<p><i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i></p>		
	<ul style="list-style-type: none"> - Fließgewässer 1. Ordnung – 10 m - übrige Fließgewässer – 10 m - Binnengewässer (> 0,5 ha) 	

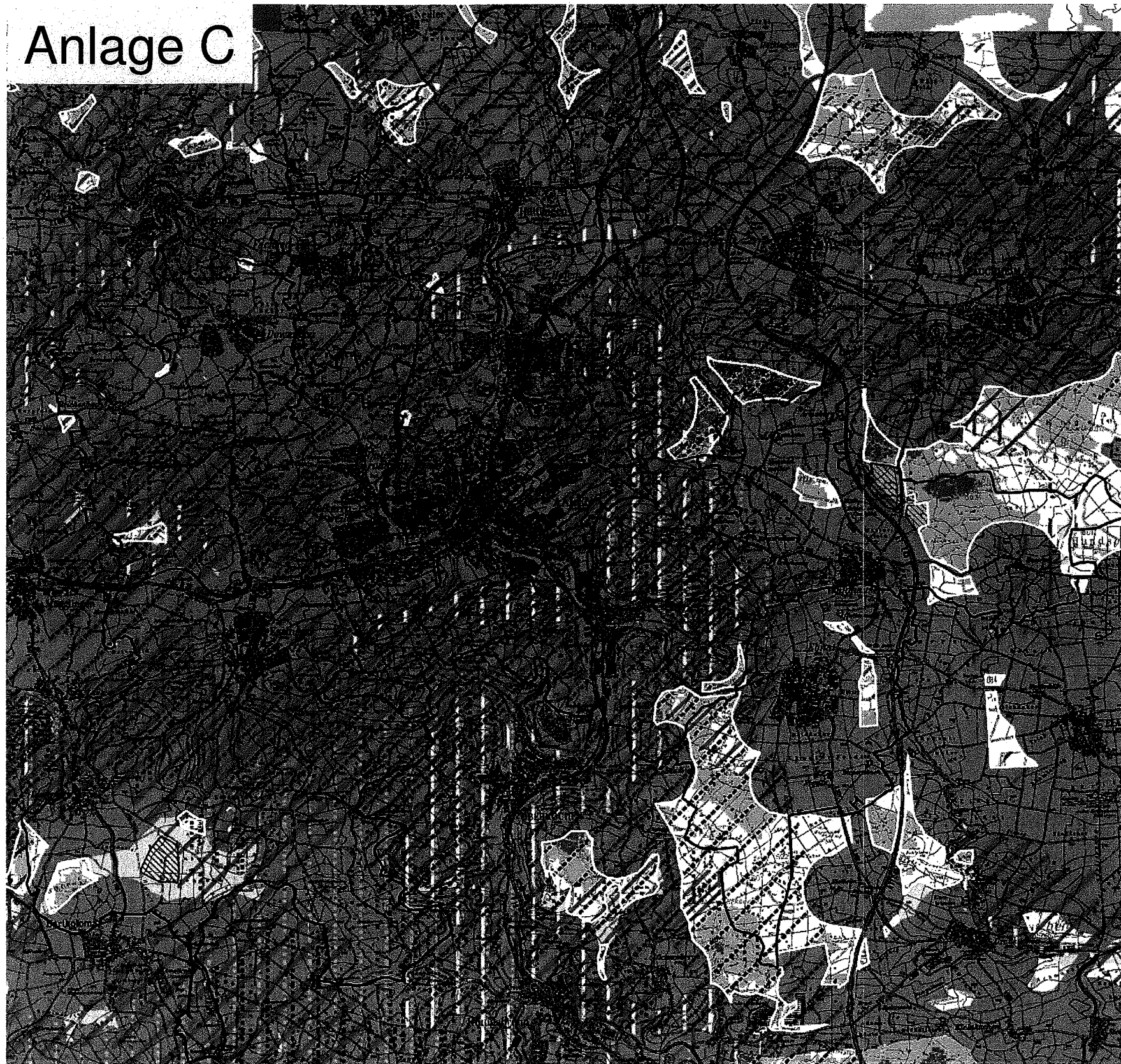
Kriterien zur Definition von Suchräumen von Windenergie

Anlage B

Kulturgüter	<ul style="list-style-type: none"> - - regional und lokal bedeutsame Kulturgüter - archäolog. Kulturgüter (z.B) Limes 	<p style="text-align: center;">- ----- Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zusatzabstand zu regional und lokal bedeutsamen sowie archäologischen Kulturgüter (Burgen, Schlösser, Klöster) (standortabhängig, z.B. Sichtbarkeit)
Landes- verteidigung	<p style="text-align: center;">Ausschluss</p> <ul style="list-style-type: none"> - Militärische Richtfunkstrecken - Militärische Tiefflugstrecken - Sonstige Belange der Landesverteidigung <p style="text-align: center;">----- Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</p>	<p style="text-align: center;">Abwägung</p> <ul style="list-style-type: none"> -
Windhöf- fig- keit	<ul style="list-style-type: none"> - Mittlere Windgeschwindigkeit (Windatlas Baden-Württemberg 2011) unter <ul style="list-style-type: none"> a) 5,25 m/s in 100 m Höhe UND b) 5,5 m/s in 140 m Höhe <p style="text-align: center;">----- Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</p>	<ul style="list-style-type: none"> -

Ausschnitt der Suchräume Windenergie vom 19.10.2011

Anlage C



Regionalverband
Ostwürttemberg
Suchräume Windenergie

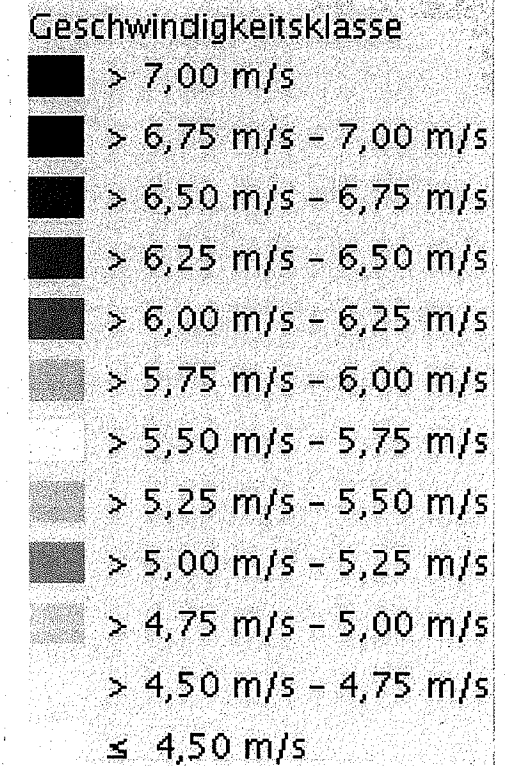
Suchräume
 Gebiete (Suchräume), die im weiteren Verfahren auf eine mögliche Eignung zur Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergienutzung untersucht werden

Ausschlusskriterien
 Ausschluss gemäß Kriterien des Planungsausschusses vom 22.07.2011 (DS 17 PA - 2011)
 Ausschluss aufgrund geringer Windhöffigkeit

Abwägungskriterien
 Regionaler Grünzug (Ziel Regionalplan 2010)
 Vorrang Naturschutz und Landschaftspflege (Ziel Regionalplan 2010)
 Vorrang Erholung (Ziel Regionalplan 2010)
 FFH-Gebiet
 Landschaftsschutzgebiet
 Vogelschutzgebiet (incl. Zusatzabstand 500m)
 Erholungswald
 Klimaschutzwald, Immissionsschutzwald
 Bodenschutzwald

Nachrichtliche Übernahme
 Vorranggebiete Bestand (Teilfortschr. 2002)

Geschwindigkeit
140 m über Grund





Suchraum westlich Bernlohe (RV1)
Gemarkung überwiegend Hofen ,
teilweise Waldhausen
Größe ca. 99 ha

Windhöffigkeit	5,75-6,25 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 750m westlich von Bernlohe und Simmisweiler und ungefähr 2000m östlich von Röthardt.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Forstwirtschaftliches Wegenetz, im Osten K3289, im Süden L1080; im Suchraum: 380 kV-Leitung • überwiegend Staatsforst
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Südlicher Bereich liegt im FFH-Gebiet; bei Windkraftanlagen-(WKA-)empfindlichen Arten keine WKA zulässig. Hier müssten deshalb voraussichtlich ca. 45 ha von einer Ausweisung als WKA-Vorranggebiet ausgespart bleiben. Der Siedlungsabstand zu Simmisweiler würde sich dadurch auf ca. 1,2 km erhöhen.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Erholungswald • Teilweise FFH-Gebiet • Regionaler Grünzug • Teilweise „Vorrang Erholung“
Land- und Forstwirtschaft	Waldfläche
Sonstiges	Der Gesamtsuchraum wird durch die 380 kV- Leitung durchschnitten, so dass eine kleinere Fläche nordöstlich dieser Leitung liegt.
Bewertung	Der Bereich sollte näher untersucht werden mit dem Ziel ggfs in Teilbereichen nach eingehender Prüfung ein künftiges Vorranggebiet Windenergieanlagen auszuweisen. Eine Erweiterung des Suchraums sollte an diesem Standort intensiv geprüft werden (Beschluss GR 19.01.11).



**Suchraum östlich Simmisweiler (RV2)
Gemarkung Waldhausen
Größe ca. 46 ha**

Windhöflichkeit	5,50-6,00 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 750m östlich von Simmisweiler und etwa 750m nördlich von Waldhausen und liegt etwa 750m südlich von Arlesberg bzw Bernlohe.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Westlich K 3289, sonst landwirtschaftliches Wegenetz • landwirtschaftlich genutzte, überwiegend private, teilweise städtische Grundstücke
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Ausgleichsflächen für bestehenden Windpark Waldhausen / Biotopvernetzungsflächen durchziehen das Gebiet
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	Keine Kriterien, die gegen WKA sprechen.
Land- und Forstwirtschaft	Überwiegend Landwirtschaftliche Nutzflächen in ebener Topographie
Sonstiges	Der Suchraum liegt zwischen Waldhausen und Simmisweiler / Bernlohe in einer landschaftlich exponierten Freifläche, eingerahmt von den Höhenzügen des Buchschorren und des Braunenbergs sowie des Wöllersteins im Norden.
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> -Häufung von Windenergieanlagen auf Gemarkung Waldhausen. -Standort wurde bereits 2001 verworfen.



Suchraum östlich Waldhausen (RV 2.1)
Gemarkung Waldhausen
Größe ca. 44 ha

Windhöffigkeit	überwiegend 5,50-5,75 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 750m östlich von Waldhausen und ungefähr 750m südwestlich von Beuren.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Südlich der L 1080; Privatwald (westlicher Bereich) und landwirtschaftlich genutzte Private Grundstücke (östlicher Bereich)
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Nähe zum Naturschutzgebiet Dellenhäule und Landschaftsschutzgebiet „Kugeltal, Ebnater Tal, Heiligental“, (kleines Trockental auch im Suchraum selbst)
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	Keine Kriterien, die gegen WKA sprechen.
Land- und Forstwirtschaft	Waldfläche und landwirtschaftliche Nutzfläche, teilweise kleinstrukturiert
Sonstiges	Liegt (überwiegend) im Bereich der Flurneuordnung Aalen-Beuren. Der Suchraum grenzt an benachbarte Suchräume.
Bewertung	-Suchraum teilweise problematisch (s.o.) -Häufung von Windenergieanlagen auf Gemarkung Waldhausen.



**Suchraum östlich des bestehenden
Windparks Waldhausen (RV3)
Gemarkung Waldhausen
Größe ca. 302 ha**

Windhöffigkeit	5,5-6,25 m/s bei 140m über Grund, v.a. im nördlichen Bereich großflächig (ca. 40 ha) mit 6,00-6,25 m/s.
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 750m nördlich von Beuren und ungefähr 900m nordöstlich von Waldhausen. Der Nachbarort Lauchheim-Hülen liegt etwa 1500m nordwestlich der Gemarkungsgrenze.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Nördlich der L 1080 und östlich der L 1076; überwiegend Staatsforst, im westlichen und südlichen Bereich teilweise Privatwald sowie v.a. im westlichen Bereich teilweise Stadtwald (kleinflächig).
Naturschutz/Artenschutz/ Landschaftsschutz	Im Osten grenzt das Landschaftsschutzgebiet „Kugeltal, Ebnater Tal, Heiligental“ an; direkt am nordöstlichen Orstrand von Beuren befindet sich das Naturdenkmal „Gänsberg“.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	Keine Kriterien, die gegen WKA sprechen.
Land- und Forstwirtschaft	Überwiegend Waldfläche
Sonstiges	Teilweise durch die A7, Landstraßen, bestehende Windkraftanlagen sowie den Steinbruch bei Hülen vorbelastet. Der Suchraum grenzt an benachbarte Suchräume im Bereich Stadt Lauchheim und Stadt Bopfingen. Bewohnte Gebiete auf Stadtgebiet Aalen liegen südlich (praktisch keine Verschattung).
Bewertung	Der Bereich sollte als Suchraum weiterverfolgt werden mit dem Ziel nach eingehender Prüfung in Teilbereichen ein künftiges Vorranggebiet für Windenergieanlagen auszuweisen.



**Suchraum nordöstlich von Beuren (RV 4)
Gemarkung Waldhausen
Größe ca. 140 ha**

Windhöufigkeit	5,50-5,75 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 750m nordöstlich von Beuren.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Nördlich der L 1080 sowie landwirtschaftliches Wegenetz. Im westlichen und östlichen Bereich Staatsforst. Im mittleren und südlichen Bereich überwiegend kleinparzellierter Privatwald und teilweise landwirtschaftliche Grundstücke.
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Teilweise im Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Kugeltal, Ebnater Tal, Heiligental“
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	Teilweise im Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Kugeltal, Ebnater Tal, Heiligental“
Land- und Forstwirtschaft	Überwiegend Waldfläche
Sonstiges	Liegt (teilweise) im Bereich der Flurneuordnung Aalen-Beuren. Landschaftlich reizvolle Lage, durchzogen von einem Trockental (LSG).
Bewertung	-Suchraum teilweise problematisch (s.o.)



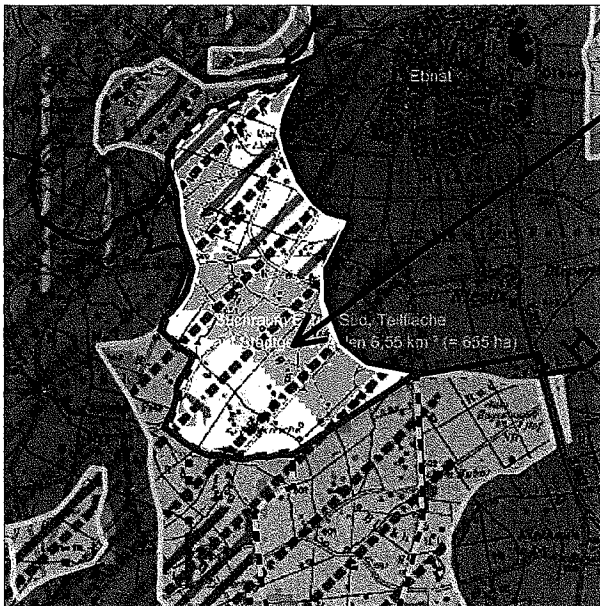
Suchraum östlich Ebnat (RV5)
Gemarkung Ebnat
Größe ca. 56 ha (3 Teilbereiche)

Windhöffigkeit	5,50-5,75 m/s bei 140m über Grund, im südlichen Bereich bis 6,00 m/s
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 750m nördlich bzw östlich von Ebnater Misch- bzw. Wohngebieten.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Durch Landstraßen sowie landwirtschaftliches Wegenetz erschlossen; überwiegend landwirtschaftliche Grundstücke, teilweise v.a. im Süden kleinere Waldbereiche; im östlichen Bereich teilweise Gartenhausgebiet.
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Teilweise Kleinstrukturen (Hecken, Magerrasen ...), allerdings überwiegend im Bereich des rechtskräftig ausgewiesenen Gartenhausgebiets.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	Teilweise Vorrang Naturschutz und Landschaftspflege
Land- und Forstwirtschaft	Soweit nicht Gartenhausgebiet (innerhalb des Suchraums ca. 10 ha) bzw. kleinerer Waldfläche im Süden (ca. 6-8 ha) handelt es sich um landwirtschaftliche Nutzflächen.
Sonstiges	Durch Steinbruch/Schotterabbau und die A7 teilweise vorbelastet.
Bewertung	-Suchraum teilweise problematisch (s.o.) -überwiegend Gartenhausgebiet bzw Pufferbereich um das Gartenhausgebiet



**Suchraum südöstlich von
Unterkochen (RV 6)
Gemarkung Unterkochen
Größe ca. 92 ha**

Windhöffigkeit	5,50-6,00 m/s bei 140m über Grund, im südwestlichen Bereich 6,00-6,25 m/s.
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 1000m südöstlich vom Unterkochener Ortrand und liegt knapp 200 Höhenmeter über der Tallage. Der Suchraum beginnt ungefähr 750m westlich von Ebnet.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Der Suchraum wird von der Ebneten Steige durchschnitten, sonst forstwirtschaftliches Wegenetz. Überwiegend Staatsforst
Naturschutz/Artenschutz/ Landschaftsschutz	<ul style="list-style-type: none"> • FFH-Gebiet und EU-Vogelschutzgebiet direkt angrenzend. • Liegt im 1000 m – und teilweise auch im 500 m – Pufferbereich des EU-Vogelschutzgebiets Im EU-Vogelschutzgebiet und 1000 m-Pufferzone: keine WKA zulässig.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Erholungswald, Bodenschutzwald • FFH-Gebiet und EU-Vogelschutzgebiet direkt angrenzend. • Regionaler Grünzug, teilweise „Vorrang Erholung“
Land- und Forstwirtschaft	Überwiegend Waldfläche
Sonstiges	Grenzt unmittelbar an 1 weiteren Suchraum auf Stadtgebiet
Bewertung	-Relativ windstarker Standort -EU-Vogelschutzgebiet



Suchraum südwestlich von Ebnat (RV7)
Gemarkung Ebnat
Größe ca. 377 ha

Windhöffigkeit	5,50-6,00 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 750m südwestlich von Ebnat.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Südlich der Ebnater Steige, ansonsten landwirtschaftliches bzw forstwirtschaftliches Wegenetz; überwiegend Eigentum von einem größeren Forstwirtschaftsunternehmen, am Waldtrauf wenige städtische Grundstücke.
Naturschutz/Artenschutz/ Landschaftsschutz	<ul style="list-style-type: none"> Liegt mit geringen Flächenanteilen (im nördlichen Bereich an der Gemarkungsgrenze zu Unterkochen) im 1000 m – und teilweise auch im 500 m – Pufferbereich des EU-Vogelschutzgebiets Im EU-Vogelschutzgebiet und 1000 m-Pufferzone: keine WKA zulässig
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> Regionaler Grünzug, teilweise „Vorrang Erholung“ FFH-Gebiet und EU-Vogelschutzgebiet direkt angrenzend.
Land- und Forstwirtschaft	Überwiegend Waldfläche
Sonstiges	Grenzt unmittelbar an 2 weitere Suchräume auf Stadtgebiet
Bewertung	- der Bereich sollte näher untersucht werden. -EU-Vogelschutzgebiet bzw Pufferzone im nördlichen Teilbereich



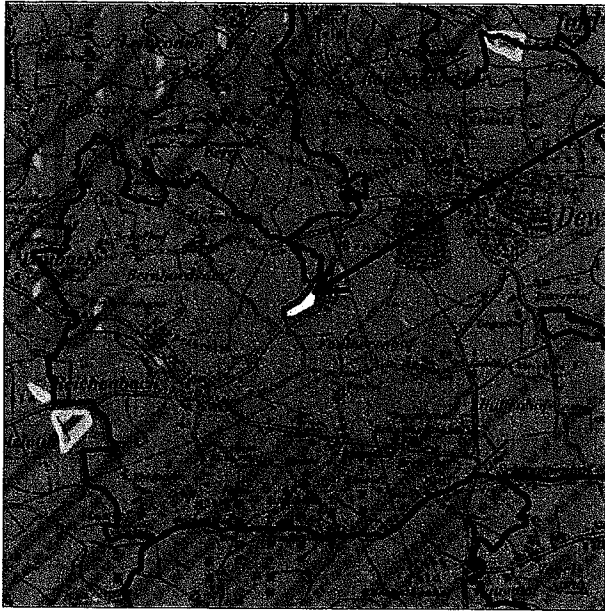
Suchraum südlich von Ebnat (RV8)
Gemarkung Ebnat
Größe ca. 277 ha

Windhöffigkeit	5,50-5,75 m/s bei 140m über Grund, im südlichen und südwestlichen Bereich bis 6,00 m/s
Siedlung	Der Suchraum ist zwischen 2000m und knapp 5000m von Ebnat entfernt und beginnt etwa 800m südwestlich von Niesitz.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Land- bzw forstwirtschaftliches Wegenetz; der südliche Bereich ist über die gut ausgebaute Zufahrt zum ehemaligen Munitionsdepot zu erreichen. Die Militärbrache liegt unmittelbar an der südlichen Gemarkungsgrenze. Überwiegend in Eigentum von einem größeren Forstwirtschaftsunternehmen.
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Keine großflächigen Schutzgebiete (FFH, Vogelschutz) vorhanden oder direkt angrenzend. Vereinzelt Naturdenkmale (überwiegend Dolinen) und Waldbiotope.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Regionaler Grünzug</u>, teilweise „Vorrang Erholung“
Land- und Forstwirtschaft	Waldfläche, großflächig Jungwald (ehemalige Orkanshäden)
Sonstiges	Suchraum grenzt an einen windstarken Suchraum nordöstlich von Ochsenberg, den die Kommune Königsbronn ggfs weiter verfolgen will.
Bewertung	Der Suchraum sollte weiterverfolgt werden.



**Suchraum an der B29 (RV9)
Gemarkung Wasseralfingen
(überwiegend)
Größe ca. 4 ha**

Windhöffigkeit	5,50-5,75 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum liegt direkt östlich der Ortsumfahrung B29 ungefähr 750m westlich von Weidenfeld.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Die B29 liegt in unmittelbarer Umgebung. Forstwirtschaftliches Wegenetz. Überwiegend Staatsforst.
Naturschutz/Artenschutz/ Landschaftsschutz	Keine großflächigen Schutzgebiete (FFH, Vogelschutz) vorhanden oder direkt angrenzend.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Regionaler Grünzug • Erholungswald, Bodenschutzwald
Land- und Forstwirtschaft	Überwiegend Waldfläche
Sonstiges	Der Suchraum ist durch die B29 vorbelastet. Von allen Seiten sehr gut einsehbarer Standort.
Bewertung	-Suchraum teilweise problematisch (s.o.)



Suchraum Dewangen Südwest (RV10)
Gemarkung Dewangen
Größe ca. 2 ha

Windhöffigkeit	5,50-5,75 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum liegt etwa 750m südwestlich von Dewangen.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	K 3239 liegt in unmittelbarer Umgebung. Überwiegend private, kleinparzellierte landwirtschaftliche Grundstücke, teilweise städtisch.
Naturschutz/Artenschutz/ Landschaftsschutz	Teilfläche des FFH-Gebiet „Unteres Leintal und Welland“ liegt in ca. 300 m Entfernung (Stapfelbach). Strukturreiche Landschaft (ehemals geplantes Landschaftsschutzgebiet „Welland“).
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	Keine Kriterien, die gegen WKA sprechen.
Land- und Forstwirtschaft	Nicht tangiert (landwirtschaftliche Flächen)
Sonstiges	Von allen Seiten sehr gut einsehbarer Standort.
Bewertung	-Suchraum teilweise problematisch (s.o.)

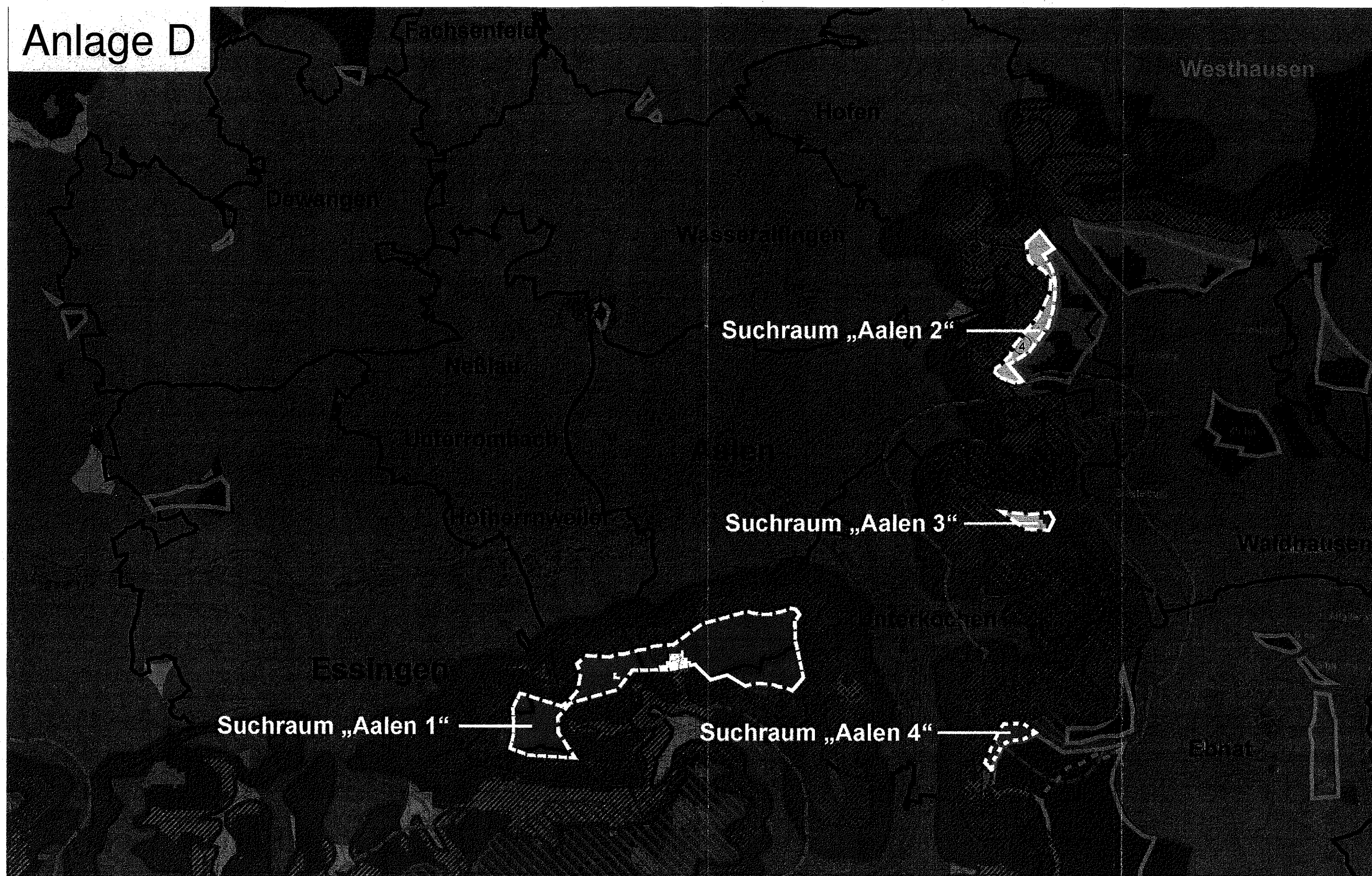


Suchraum Dewangen Nord (RV11)
Gemarkung Dewangen
Größe ca. 5 ha

Windhöffigkeit	5,50-5,75 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum liegt etwa 750m nördlich von Rotsold.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Land- und forstwirtschaftliche Wegenetz. Überwiegend private landwirtschaftliche Grundstücke, teilweise Privatwald.
Naturschutz/Artenschutz/ Landschaftsschutz	Strukturreiches Bachtal (Laubach, besonders geschütztes Biotop) grenzt unmittelbar an. Strukturreiche Landschaft (ehemals geplantes Landschaftsschutzgebiet „Welland“).
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Vorrang Naturschutz und Landschaftspflege • Landschaftsschutzgebiet • Bodenschutzwald
Land- und Forstwirtschaft	Entlang der nördlichen Gemarkungsgrenze Privatwald.
Sonstiges	Suchraum liegt auf Gemarkung Dewangen und Abtsgmünd. Von allen Seiten sehr gut einsehbarer Standort.
Bewertung	-Suchraum teilweise problematisch (s.o.)

Übersichtsplan erweiterte Suchräume der Stadt Aalen

Anlage D

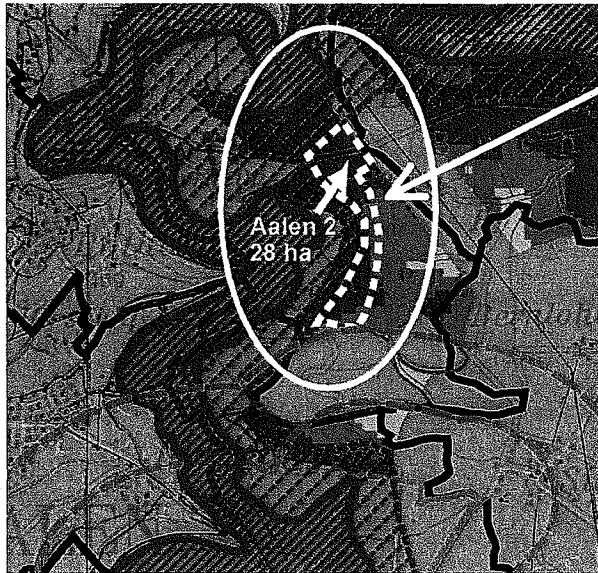




**Suchraum „Aalen 1“
Gemarkung Aalen und Unterkochen
Größe ca. 155 ha**

Die Umgebung dieses Suchraums sollte aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.01.2012 den weiteren Untersuchungen zugrunde gelegt werden. Nach derzeitigem Stand der Untersuchungen kann hier bei Verringerung des Abstands zum Albtrauf auf 300 m eine Suchraumerweiterung von ca. 155 ha erfolgen.

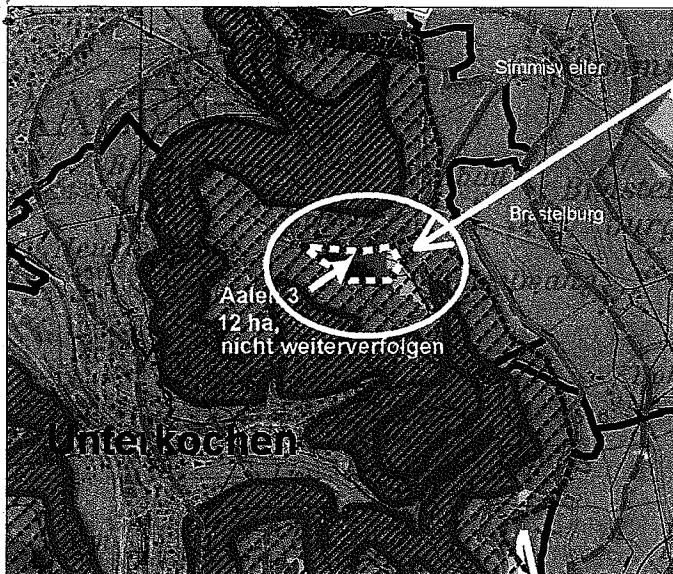
Windhöffigkeit	5,5-6,25 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 700m südlich von der Triumphstadt und 700m nördlich von geplanten Wohngebieten auf Gemarkung Oberkochen.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Forstwirtschaftliches Wegenetz • überwiegend Stadtwald
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Im Norden FFH-Gebiet (Albtrauf) direkt angrenzend, im Süden geringfügige Überlagerung mit 1000m-Pufferzone des EU-Vogelschutzgebiets auf Gemarkung Oberkochen (rund um den Volkmarsberg). Im Norwesten direkt angrenzend Landschaftsschutzgebiet „Albtrauf“.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Erholungswald • Teilweise FFH-Gebiet • Teilweise Bodenschutzwald • Regionaler Grünzug • Teilweise „Vorrang Erholung“
Land- und Forstwirtschaft	Waldfläche, v.a. im südlichen Bereich Jungwald (ehemalige Orkanshäden)
Sonstiges	Der Bereich ist von der Talseite, v.a. im nördlichen Bereich relativ gut einsehbar..
Bewertung	Die Umgebung dieses Suchraums sollte aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.01.2012 den weiteren Untersuchungen zugrunde gelegt werden. Nach derzeitigem Stand der Untersuchungen kann hier bei Verringerung des Abstands zum Albtrauf auf 300 m eine Suchraumerweiterung von ca. 155 ha erfolgen.



**Suchraum „Aalen 2“
(RV1 nach Westen erweitert)
Gemarkung überwiegend Hofen ,
teilweise Waldhausen
Größe ca. 28 ha**

Die Umgebung dieses Suchraums sollte aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.01.2012 den weiteren Untersuchungen zugrunde gelegt werden. Nach derzeitigem Stand der Untersuchungen kann hier bei Verringerung des Abstands zum Albtrauf auf 300 m eine Suchraumerweiterung von ca. 28 ha erfolgen.

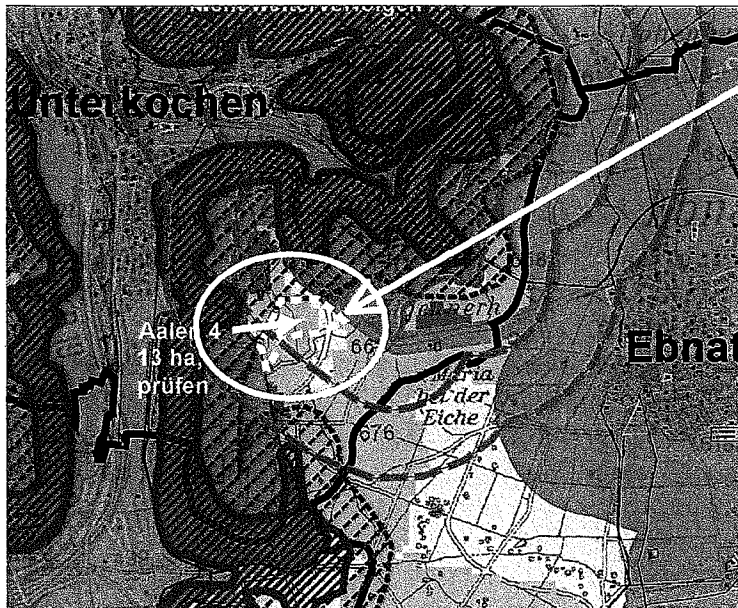
Windhöffigkeit	5,75-6,25 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 1800m östlich von Röthardt.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Forstwirtschaftliches Wegenetz, im Osten K3289, im Süden L1080; im Suchraum: 380 kV-Leitung • überwiegend Staatsforst
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Südlicher Bereich grenzt direkt an FFH-Gebiet (bei WKA-empfindlichen Arten keine WKA zulässig). Im Westen 300 m Abstand zum FFH-Gebiet (Albtrauf).
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Erholungswald • Teilweise FFH-Gebiet • Regionaler Grünzug • Teilweise „Vorrang Erholung“
Land- und Forstwirtschaft	Waldfläche
Sonstiges	Östlich des Suchraums Aalen 2 liegt eine 380 kV-Überlandleitung (durchschneidet Suchraum RV1 des Regionalverbands).
Bewertung	Der Bereich sollte näher untersucht werden mit dem Ziel ggfs in Teilbereichen nach eingehender Prüfung ein künftiges Vorranggebiet Windenergieanlagen auszuweisen. Eine Erweiterung des Suchraums sollte an diesem Standort intensiv geprüft werden.



**Suchraum „Aalen 3“
Gemarkung Unterkochen
Größe ca. 12 ha**

Die Umgebung dieses Suchraums sollte aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.01.2012 den weiteren Untersuchungen zugrunde gelegt werden. Nach derzeitigem Stand der Untersuchungen kann hier jedoch auch bei Verringerung des Abstands zum Albtrauf auf 300 m keine Suchraumerweiterung erfolgen (umringt von FFH- und Vogelschutzgebiet).

Windhöffigkeit	5,75-6,25 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 750m westlich von Brastelburg.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Forstwirtschaftliches Wegenetz, ansonsten K3291 im Osten, und L1080 im Norden • überwiegend Staatsforst
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	Der Bereich ist umringt von FFH-Gebiet und Vogelschutzgebiet (liegt innerhalb dessen 500m-Pufferbereich). Bei WKA-empfindlichen Arten keine WKA zulässig. Der Bereich scheidet nach dem derzeitigen Stand der Untersuchungen als Vorranggebiet aus.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Erholungswald • Direkt angrenzend FFH-Gebiet und Vogelschutzgebiet • Regionaler Grünzug • Teilweise „Vorrang Erholung“
Land- und Forstwirtschaft	Waldfläche
Sonstiges	Der Bereich ist von der Talseite wie auch vom Härtsfeld aus gut einsehbar. Relativ geringe Flächengröße.
Bewertung	Dieser Suchraum sollte aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.01.2012 den weiteren Untersuchungen zugrunde gelegt werden. Nach derzeitigem Stand der Untersuchungen kann hier jedoch auch bei Verringerung des Abstands zum Albtrauf auf 300m keine Suchraumerweiterung erfolgen (umringt von FFH- und Vogelschutzgebiet).



**Suchraum „Aalen 4“
(RV6 nach Westen erweitert)
Gemarkung Unterkochen
Größe ca. 13 ha**

Die Umgebung dieses Suchraums sollte aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.01.2012 den weiteren Untersuchungen zugrunde gelegt werden. Nach derzeitigem Stand der Untersuchungen kann hier bei Verringerung des Abstands zum Albtrauf auf 300 m evtl. eine Suchraumerweiterung von ca. 13 ha erfolgen. Die Lage in der 500m-Pufferzone des Vogelschutzgebiets mindert jedoch die Erfolgsaussichten erheblich.

Windhöffigkeit	5,75-6,25 m/s bei 140m über Grund
Siedlung	Der Suchraum beginnt etwa 800m südöstlich vom Unterkochener Ortsrand und liegt knapp 200 Höhenmeter über der Tallage.
Infrastruktur und Eigentumsverhältnisse	Der Suchraum liegt an der Ebnater Steige, sonst forstwirtschaftliches Wegenetz. Überwiegend Staatsforst.
Naturschutz/Artenschutz/Landschaftsschutz	FFH-Gebiet grenzt im Westen an. Vogelschutzgebiet grenzt im Osten an. (Suchraum liegt innerhalb 500m-Pufferbereich des Vogelschutzgebiets) Hier keine WKA zulässig.
Rechtskräftiger Regionalplan 2010 Ostwürttemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Regionaler Grünzug, teilweise „Vorrang Erholung“ • FFH-Gebiet (im Westen) und Vogelschutzgebiet (im Nordosten) direkt angrenzend. • Erholungswald
Land- und Forstwirtschaft	Überwiegend Waldfläche
Sonstiges	Grenzt unmittelbar an weiteren Suchraum auf Stadtgebiet. Der Bereich ist v.a. von der Talseite relativ gut einsehbar.
Bewertung	Die Umgebung dieses Suchraums sollte aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.01.2012 den weiteren Untersuchungen zugrunde gelegt werden. Nach derzeitigem Stand der Untersuchungen kann hier bei Verringerung des Abstands zum Albtrauf auf 300 m evtl. eine Suchraumerweiterung von ca. 13 ha erfolgen. Die Lage in der 500m-Pufferzone des Vogelschutzgebiets mindert jedoch die Erfolgsaussichten erheblich.

LANDESENTWICKLUNGSPLAN 2002 BADEN-WÜRTTEMBERG

Verteilhinweis:

Diese Veröffentlichung wird von der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfs zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme der Herausgeberin zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Veröffentlichung zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Herausgeber

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg
Abt. 5 Strukturpolitik und Landesentwicklung
Theodor-Heuss-Straße 4, 70174 Stuttgart
www.wm.baden-wuerttemberg.de

Druck

Schwäbische Druckerei GmbH
Rotenwaldstraße 158, 70197 Stuttgart

Landesentwicklungsplan 2002

Baden-Württemberg

– LEP 2002 –

Vorwort

Die Landesregierung hat mit dem Landesentwicklungsplan (LEP) 2002 ein neues Kursbuch für die räumliche Entwicklung Baden-Württembergs beschlossen. Zugleich wird damit das 1998 novellierte Raumordnungsgesetz umgesetzt. Der LEP 2002 verbindet wesentliche neue Akzente mit bewährten Zielsetzungen des Landesentwicklungsplans 1983, der für fast 20 Jahre Leitschnur der Raumentwicklung in Baden-Württemberg gewesen ist. Die Landesregierung unterstreicht hiermit den langfristigen Charakter landesplanerischer Vorgaben und die Notwendigkeit der Kontinuität räumlicher Ordnung und Entwicklung.

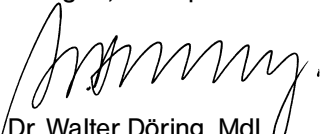
Im Vordergrund des neuen, vom Wirtschaftsministerium unter Beteiligung der berührten Fachressorts erstellten Entwicklungskonzepts steht die nachhaltige Sicherung von Lebensqualität und Wohlstand. Einen besonderen Stellenwert haben der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes als Wirtschafts- und Wohnstandort, der Erhalt der Primärfunktionen von Land- und Forstwirtschaft sowie die Offenhaltung angemessener Gestaltungsmöglichkeiten für kommende Generationen.

Der neue Landesentwicklungsplan wirkt gezielt darauf hin, die Inanspruchnahme freier Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke und den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Wasser auf das für eine langfristig ausgewogene Entwicklung notwendige Maß zu begrenzen. Gleichzeitig zielt er darauf ab, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen, die regionale Vielfalt zu bewahren und in allen Landesteilen räumliche Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse, günstige wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven und gesunde Umweltbedingungen zu erreichen.

Die landesplanerischen Zielsetzungen sollen vor allem durch eine Weiterentwicklung der dezentralen Siedlungsstruktur und eine flächendeckende Versorgung mit moderner Infrastruktur sowie durch Stärkung der regionalen Eigenkräfte, Förderung regionaler Kooperation und Zuweisung besonderer regionaler Entwicklungsaufgaben unterstützt werden.

Um einen breiten Konsens mit den regionalen, kommunalen und fachplanerischen Entwicklungsvorstellungen zu erreichen, hatte das Wirtschaftsministerium in einem breit angelegten Anhörungsverfahren mehr als 1500 Planungsträger beteiligt: Landtag, Regionalverbände, Landkreise, Städte und Gemeinden, Wirtschaftsorganisationen, Naturschutzverbände und viele andere Institutionen. Fast 5000 Anregungen, Wünsche und Forderungen wurden bewertet und soweit möglich in den Plan integriert. Ich gehe deshalb davon aus, dass der Landesentwicklungsplan 2002 von einer breiten Zustimmung getragen wird. Seine Zielsetzungen sollen die regionale Selbstverantwortung und Planungskompetenz stärken und im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung des Landes und seiner Teilräume ausgeformt und vor Ort umgesetzt werden.

Stuttgart, im September 2002



Dr. Walter Döring, MdL
Wirtschaftsminister und Stellv. Ministerpräsident
des Landes Baden-Württemberg

Verordnung

Verordnung der Landesregierung über die Verbindlicherklärung des Landesentwicklungsplans 2002 vom 23.07.2002

Auf Grund von § 6 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes (LplG) in der Fassung vom 8. April 1992 (GBl. S. 229) wird verordnet:

§ 1

(1) Der Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg (LEP 2002) wird für verbindlich erklärt.

(2) Der Textteil des LEP 2002 ist dieser Verordnung als Anlage angeschlossen. Textteil und Kartenteil des LEP 2002 werden auf die Dauer eines Monats bei den Raumordnungsbehörden – Wirtschaftsministerium und Regierungspräsidien – sowie bei den Regionalverbänden zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten öffentlich ausgelegt.

(3) Der LEP 2002, Textteil und Kartenteil, ist im Anschluss an die öffentliche Auslegung bei den Raumordnungsbehörden – Wirtschaftsministerium und Regierungspräsidien – sowie bei den Regionalverbänden niedergelegt; dort kann ihn jedermann während der Sprechzeiten kostenlos einsehen.

§ 2

Der LEP 2002 gilt, auch wenn bei seiner Aufstellung Verfahrens- oder Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes verletzt worden sein sollten, gemäß § 7 LplG als von Anfang an gültig zustande gekommen, wenn die Verletzung dieser Vorschriften nicht innerhalb eines Jahrs nach Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Wirtschaftsministerium unter Darlegung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, geltend gemacht worden ist.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft*. Gleichzeitig tritt die Verordnung der Landesregierung über die Verbindlicherklärung des Landesentwicklungsplans 1983 vom 12. Dezember 1983 (GBl. 1984 S. 37, ber. S. 324), geändert durch Artikel 97 der Verordnung vom 23. Juli 1993 (GBl. S. 533), außer Kraft.

STUTTGART, den 23.07.2002

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg

* Verkündet am 20.08.2002 im GBl. Nr. 9, S. 301

Inhaltsübersicht

	Seite	Zuordnung zum Teil I. Plansätze	
	9	<u>Anhang</u> Seite/Karte	<u>Begründung</u> Seite
Präambel	9		
I. Plansätze	11-52		
1. Leitbild der räumlichen Entwicklung	13		B 3
2. Raumstruktur	15		B 7
2.1 Raumkategorien	15	A 3 Karte 1	B 7
2.2 Verdichtungsräume	15	A 3	B 10
2.3 Randzonen um die Verdichtungsräume	17	A 6	B 15
2.4 Ländlicher Raum	18	A 9	B 16
2.5 Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	20	A 14 Karte 2	B 19
2.6 Entwicklungsachsen	22	A 25 Karte 3	B 29
3. Siedlungsentwicklung und Flächenvorsorge	25		B 31
3.1 Siedlungsentwicklung	25		B 31
3.2 Städtebau, Wohnungsbau	26		B 33
3.3 Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	27		B 35
3.4 Verteidigungseinrichtungen, Konversion	28		B 37
4. Weiterentwicklung der Infrastruktur	29		B 39
4.1 Verkehr	29		B 39
4.2 Energieversorgung	32		B 45
4.3 Wasserwirtschaft	33		B 47
4.4 Abfallwirtschaft	35		B 49
4.5 Bildungswesen	35		B 50
4.6 Information und Kommunikation	35		B 50
4.7 Sozialwesen, Gesundheitswesen	36		B 51
5. Freiraumsicherung, Freiraumnutzung	37		B 53
5.1 Freiraumverbund und Landschaftsentwicklung	37	Karte 4	B 53
5.2 Rohstoffsicherung	39	Karte 5	B 55
5.3 Landwirtschaft, Forstwirtschaft	40		B 57
5.4 Freizeit und Erholung	41		B 59
6. Stärkung der regionalen Eigenkräfte	43		B 61
6.1 Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	43		B 61
6.2 Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	44		B 62
6.3 Räume mit Strukturschwächen	51		B 69
II. Anhang	A 1-37		
einschließlich Karten	Karten 1-5		
III. Begründung der Plansätze	B 1-69		

Präambel

Der tief greifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel, die fortschreitende Internationalisierung und Globalisierung sowie die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen haben die Rahmenbedingungen für die Entwicklung Baden-Württembergs stark verändert. Die Landesregierung trägt den damit verbundenen Herausforderungen und Zukunftsaufgaben durch Fortschreibung des Landesentwicklungsplans Rechnung. Der neue Landesentwicklungsplan knüpft an die im Landesentwicklungsbericht 1994 aufgezeigten raumbedeutsamen Entwicklungen und Perspektiven an.

Leitvorstellung ist eine nachhaltige, an sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Effizienz und sparsamer Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen ausgerichtete Siedlungs- und Freiraumentwicklung, die die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und das Land als europäischen Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsraum stärkt.

Der Landesentwicklungsplan stellt das rahmensetzende, integrierende Gesamtkonzept für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Landes dar. Er legt im Rahmen der bundes- und landesrechtlichen Regelungen die Ziele und Grundsätze der Raumordnung für die Landesentwicklung sowie für die Abstimmung und Koordination raumbedeutsamer Planungen fest.

Am Landesentwicklungsplan sind alle räumlichen Planungen, insbesondere die Regionalplanung, die kommunale Bauleitplanung und die fachlichen Einzelplanungen, sowie raumbezogene Förderprogramme auszurichten. Als übergeordneter Gesamtplan enthält der Landesentwicklungsplan keine parzellenscharfen Festlegungen.

Die Ziele (Z) des Landesentwicklungsplans sind von allen öffentlichen Stellen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen als rechtsverbindliche Vorgaben zu beachten. Sie lassen je nach Konkretisierungsgrad nachfolgenden Planungen Spielräume zur Ausfüllung und Verfeinerung, können jedoch durch planerische Abwägung oder Ermessensausübung nicht überwunden werden. Die Ziele sind auch für Personen des Privatrechts bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben verbindlich, wenn an ihnen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist oder wenn die Planungen und Maßnahmen überwiegend mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Ziele, die die Bauleitplanung betreffen, begründen darüber hinaus eine Anpassungspflicht.

Die Grundsätze (G) enthalten allgemeine Aussagen, die bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in der planerischen Abwägung und bei der Ermessensausübung, insbesondere bei der Bauleitplanung, zu berücksichtigen sind.

***I. Plansätze
des Landesentwicklungsplans 2002 Baden-Württemberg***

1. Leitbild der räumlichen Entwicklung

- 1.1** G Die Entwicklung des Landes ist am **Prinzip der Nachhaltigkeit** auszurichten. Bei der Befriedigung der sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum sind die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, ein hohes Maß an Lebens- und Umweltqualität anzustreben und angemessene Gestaltungsmöglichkeiten für künftige Generationen offen zu halten.
- 1.2** G In allen Teilräumen des Landes ist unter Berücksichtigung der weiteren Bevölkerungsentwicklung auf **gleichwertige Lebensverhältnisse und eine tragfähige Sozialstruktur** hinzuwirken. Dazu sind eine ausreichende Bereitstellung von Wohnraum, gesunde Umweltbedingungen, ein breites Angebot an Arbeitsplätzen unterschiedlicher Anforderungen, eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen und eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen anzustreben. Die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen demografischen und sozialen Gruppen der Gesellschaft sowie die besondere Situation von Frauen, Familien und Kindern, älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderungen sind zu berücksichtigen.
- 1.3** G Zur Sicherung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung ist die **dezentrale Siedlungsstruktur** des Landes zu festigen und weiterzuentwickeln. Dazu sind die Zentralen Orte als Entwicklungsschwerpunkte und regionale Entwicklungsmotoren in ihrer Leistungskraft zu stärken, die Siedlungsentwicklung am Netz der Zentralen Orte und Entwicklungsachsen auszurichten und die Siedlungstätigkeit vorrangig in Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten zu konzentrieren.
- 1.4** G Zur Sicherung der **Standortattraktivität der Städte und Gemeinden** und zur Gewährleistung einer **angemessenen Versorgung mit Wohnraum** für alle Teile der Bevölkerung sind Wohnungsbau und städtebauliche Erneuerung und Entwicklung an den voraussehbaren Bedürfnissen und Aufgaben der Gemeinden auszurichten. Dabei sind gewachsene Siedlungsstrukturen durch Bestandspflege, Modernisierung, Revitalisierung, Flächenrecycling und Nachverdichtung weiterzuentwickeln, städtische und gemeindliche Zentren in ihrer Urbanität und Vitalität zu stärken, Kulturdenkmale als prägende Elemente der Lebensumwelt und Kulturlandschaft zu erhalten und innerörtliche Freiräume zu bewahren. Notwendige Siedlungserweiterungen sollen sich in Siedlungsstruktur und Landschaft einfügen und in Flächen sparerer Form verwirklicht werden.
- 1.5** G Das Land ist als Wirtschaftsstandort und Tourismusregion in seiner **Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität** zu stärken. Dazu ist die Wirtschaft des Landes durch Erschließung von Wachstumsfeldern, Einsatz neuer Schlüsseltechnologien, Einrichtung zukunftsorientierter Ausbildungsgänge und Vorhaltung geeigneter Standorte für Ansiedlungen und Erweiterungen in ihrem Strukturwandel und in ihrer räumlichen und sektoralen Entwicklung zu unterstützen.
- 1.6** G Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes ist eine **flächendeckende Versorgung mit moderner Infrastruktur** sicherzustellen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Motorfunktion der Zentralen Orte stärkt, die räumliche Kooperation und den Leistungsaustausch fördert und die großräumige Einbindung des Landes gewährleistet. Dazu sind die infrastrukturellen Einrichtungen unter Beachtung von Leistungsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Tragfähigkeit bedarfsgerecht und zukunftsorientiert auszubauen und zu vernetzen.

- 1.7** G Siedlungsentwicklung und Verkehrsinfrastruktur sind so aufeinander abzustimmen, dass eine **bedarfsgerechte Anbindung, Erschließung und Verflechtung aller Teilräume** des Landes und eine Verminderung der verkehrsbedingten Immissionsbelastungen erreicht werden. Dazu ist das Gesamtverkehrsnetz im Rahmen integrierter Verkehrskonzepte weiterzuentwickeln und vor allem in den verkehrlich hoch belasteten Räumen auf eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems, eine Verlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsträger und eine Vermeidung zusätzlichen motorisierten Verkehrs hinzuwirken.
- 1.8** G Die Versorgung des Landes mit **Rohstoffen, Wasser und Energie** und eine umweltverträgliche **Entsorgung von Abfällen** sind sicherzustellen; die Bedürfnisse und Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen sind angemessen zu berücksichtigen. Dazu sind eine verantwortungsvolle Nutzung und ein an der Regenerations- und Substitutionsfähigkeit ausgerichteter Verbrauch von Naturgütern anzustreben, abbauwürdige Vorkommen zu sichern sowie die Wiedernutzung von Altstoffen, der Anbau nachwachsender Rohstoffe und der Einsatz Energie sparender Technologien zu fördern.
- 1.9** G Die **natürlichen Lebensgrundlagen** sind dauerhaft zu sichern. Die **Naturgüter** Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Tier- und Pflanzenwelt sind zu bewahren und die Landschaft in ihrer Vielfalt und Eigenart zu schützen und weiterzuentwickeln. Dazu sind die Nutzung von Freiräumen für Siedlungen, Verkehrswege und Infrastruktureinrichtungen durch Konzentration, Bündelung, Ausbau vor Neubau sowie Wiedernutzung von Brachflächen auf das für die weitere Entwicklung notwendige Maß zu begrenzen, Beeinträchtigungen ökologischer Funktionen zu minimieren und nachteilige Folgen nicht vermeidbarer Eingriffe auszugleichen. Zur langfristigen Sicherung von Entwicklungsmöglichkeiten ist anzustreben, die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke deutlich zurückzuführen. Für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild bedeutsame **Freiräume** sind zu sichern und zu einem großräumigen Freiraumverbund zu entwickeln. Im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sind die Umweltqualitäts- und Handlungsziele des Umweltplans Baden-Württemberg zu berücksichtigen.
- 1.10** G Zur Sicherung der Ernährungs- und Rohstoffbasis, zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft und zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die **Land- und Forstwirtschaft** als leistungsfähiger Wirtschaftszweig zu erhalten und in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
- 1.11** G Die **Teilräume** des Landes sind **als Handlungsebene** zu stärken. Bei der Entwicklung der Teilräume sind raumspezifische Gegebenheiten und Erfordernisse zu berücksichtigen, die regionale und lokale Vielfalt zu erhalten und besondere regionale Entwicklungsaufgaben zu unterstützen. Dazu sind spezifische Entwicklungspotenziale zu nutzen, strukturelle Defizite und Überlastungen zu verhindern und abzubauen, regionale Eigenkräfte zu mobilisieren und die Kooperation mit Nachbarräumen zu intensivieren.
- 1.12** G Die Entwicklung des Landes soll der fortschreitenden **Integration Europas** und der zunehmenden **Globalisierung räumlicher Verflechtungen** Rechnung tragen und zu einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung sowie einem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa beitragen. Dazu sind die Infrastruktureinrichtungen des Landes zu leistungsfähigen Teilen transeuropäischer Netze weiterzuentwickeln, Stellung und Bedeutung des Landes durch grenzübergreifende Kooperationen zu festigen sowie die Europäische Metropolregion Stuttgart und der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein als Wirtschaftsräume und Entwicklungsmotoren europäischer Bedeutsamkeit auszubauen und zu stärken.

2. **Raumstruktur**

2.1 **Raumkategorien**

2.1.1 G Den besonderen raumordnerischen Erfordernissen der unterschiedlich strukturierten Räume des Landes soll durch spezifische Zielsetzungen Rechnung getragen werden.

Z Entsprechend den siedlungsstrukturellen Gegebenheiten werden hierzu folgende Raumkategorien ausgewiesen:

Verdichtungsräume als großflächige Gebiete mit stark überdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und intensiver innerer Verflechtung,

Randzonen um die Verdichtungsräume als an Verdichtungsräume angrenzende Gebiete mit erheblicher Siedlungsverdichtung,

Ländlicher Raum, untergliedert in

Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum als Stadt-Umland-Bereiche mit engen Verflechtungen und erheblicher Siedlungsverdichtung,

Ländlicher Raum im engeren Sinne als großflächige Gebiete mit zumeist deutlich unterdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und hohem Freiraumanteil.

Z Zu den einzelnen Raumkategorien gehören die im Anhang (Seite A3 - A13) aufgeführten und in Karte 1 dargestellten Gemeinden.

2.1.2 G Verdichtungsräume, Randzonen um Verdichtungsräume und Ländlicher Raum sollen sich in ihren Funktionen ergänzen und gemeinsam zur Entwicklung des Landes beitragen. Alle Raumkategorien sollen an der Entwicklung gleichwertig teilhaben.

G Innerhalb der Raumkategorien bestehende Unterschiede in den naturräumlichen, infrastrukturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen sollen bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden.

2.2 **Verdichtungsräume**

2.2.1 Z Als Verdichtungsräume werden ausgewiesen:

- der Verdichtungsraum Stuttgart (einschließlich der Räume um Heilbronn und um Reutlingen/Tübingen),
- der baden-württembergische Teil des grenzüberschreitenden Verdichtungsraums Rhein-Neckar,
- der Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim,
- der Verdichtungsraum Freiburg,
- der Verdichtungsraum Lörrach/Weil als baden-württembergischer Teil des grenzüberschreitenden Verdichtungsraums um Basel,
- der baden-württembergische Teil des grenzüberschreitenden Verdichtungsraums Ulm/Neu-Ulm,
- der Bodenseeraum mit besonderer struktureller Prägung.

- 2.2.2 G Die Verdichtungsräume sind als Wohn-, Produktions- und Dienstleistungsschwerpunkte mit hochwertigem Infrastruktur- und Arbeitsplatzangebot zu sichern und so weiterzuentwickeln, dass sie ihre übergeordneten Funktionen für die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung des Landes erfüllen und als leistungsfähige Wirtschaftsstandorte im internationalen Wettbewerb bestehen können.
- 2.2.2.1 G Die Verdichtungsräume sind angemessen in nationale und internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze einzubinden. Der Leistungsaustausch mit benachbarten Räumen ist zu sichern. Die Funktionsfähigkeit der Verdichtungskerne als Verknüpfungsknoten zwischen regionalen und überregionalen Netzen ist zu stärken.
- 2.2.2.2 G Die nationale und internationale Standortpräsentation der Verdichtungsräume soll durch ein überörtlich abgestimmtes Standortmarketing verbessert werden.
- 2.2.2.3 G Ein ausreichendes Angebot an attraktiven Gewerbe- und Dienstleistungsstandorten ist bereitzuhalten, insbesondere für Betriebe und Einrichtungen, die auf die Standortbedingungen und Führungsvorteile der Verdichtungsräume angewiesen sind und zur Vermehrung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und höherwertiger Dienstleistungen beitragen können.
- 2.2.3 G In den Verdichtungsräumen ist auf eine geordnete und Ressourcen schonende Siedlungsentwicklung, eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Bewältigung des hohen Verkehrsaufkommens und eine Verminderung verdichtungs- und verkehrsbedingter Umweltbelastungen und Standortbeeinträchtigungen hinzuwirken.
- 2.2.3.1 Z Die Inanspruchnahme von Freiräumen für Siedlungszwecke ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Bei der Siedlungsentwicklung sind vorrangig die im Siedlungsbestand vorhandenen Potenziale an Brach- und Konversionsflächen, Baulücken und Baulandreserven zu nutzen.
- 2.2.3.2 Z Siedlungsentwicklung und Städtebau sind auf die Erfordernisse einer günstigen Erschließung und Bedienung durch öffentliche Verkehrsmittel auszurichten.
- Z Neubauf Flächen sind vorrangig in Entwicklungsachsen auszuweisen und auf Siedlungsbereiche und Siedlungsschwerpunkte mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere mit Anschluss an ein leistungsfähiges Schienennahverkehrssystem, zu konzentrieren.
- G Die Bauflächenausweisung soll so bemessen und gelenkt werden, dass weitere Überlastungen und ein ungegliedert bandartiges und flächenhaft ausgreifendes Siedlungswachstum vermieden werden.
- 2.2.3.3 Z Auf Flächen und Energie sparende Bau- und Erschließungsformen bei angemessen dichter Bebauung, insbesondere an Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs, sowie auf eine ausgewogene Mischung verschiedener Nutzungen und eine verkehrsgünstige und wohnortnahe Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten, Infrastruktur- und Erholungseinrichtungen ist hinzuwirken.
- 2.2.3.4 G Die Wohnbedingungen sind insbesondere in stärker belasteten Gebieten durch städtebauliche Erneuerung, Wohnungsmodernisierung, Wohnumfeldgestaltung und Verkehrsberuhigung zu verbessern.

- 2.2.3.5 G Das Gesamtverkehrsnetz ist im Rahmen von integrierten Verkehrskonzepten funktions- und umweltgerecht auszubauen. Durch ein erweitertes Verkehrsangebot und den weiteren Ausbau der Infrastruktur soll der öffentliche Personennahverkehr einen möglichst hohen Anteil am motorisierten Verkehr übernehmen. Das Straßennetz ist so zu verbessern, dass eine ausreichend leistungsfähige Grundausstattung gewährleistet wird.
- 2.2.3.6 G Der nicht motorisierte Verkehr ist durch Ausweitung und Aufwertung des Rad- und Fußwegenetzes zu stärken. Beim Ausbau eines engmaschigen überörtlichen Radwegenetzes sind die Verdichtungskerne einzubeziehen und die Eignung für den wohnortnahen Freizeitverkehr zu berücksichtigen.
- 2.2.3.7 Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.
- G Die Freiräume sollen auf der Basis eines mit der Fach- und Bauleitplanung abgestimmten regionalen Freiraumkonzepts, das die Belange der verschiedenen Freiraumfunktionen und Freiraumnutzungen berücksichtigt, weiterentwickelt werden.
- G Ökologisch besonders bedeutsame Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen, in ökologisch wirksamen Zusammenhängen zu erhalten und in ihrer Funktionsfähigkeit zu stärken.
- G Für die Erholung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind mit innerörtlichen Grünflächen zu einem zusammenhängenden System ortsnaher Erholungsräume zu verknüpfen und durch landschaftsgestalterische Maßnahmen und attraktive Angebote für naturnahe Freizeitaktivitäten in ihrem Erholungs-, Erlebnis- und Freizeitwert zu verbessern.
- G Für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen. Insbesondere ertragreiche Böden sind zu sichern. Möglichkeiten, mit Planungen auf Flächen geringerer Bodengüte auszuweichen, sind zu nutzen.
- 2.2.4 G Den engen Verflechtungen und wechselseitigen Abhängigkeiten in den Verdichtungsräumen ist bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen durch eine verstärkte interkommunale und regionale Zusammenarbeit und eine an überörtlichen Erfordernissen orientierte Abstimmung bei der Wohnbau- und Gewerbeflächenausweisung und bei der Verkehrs- und Freiraumentwicklung Rechnung zu tragen.

2.3 *Randzonen um die Verdichtungsräume*

- 2.3.1 G Die Randzonen um die Verdichtungsräume sind so zu entwickeln, dass eine Zersiedlung der Landschaft und Beeinträchtigungen der Wohn- und Umweltqualität vermieden, Freiräume und Freiraumfunktionen gesichert, Entlastungsaufgaben für Verdichtungsräume wahrgenommen und Entwicklungsimpulse in den Ländlichen Raum vermittelt werden.
- 2.3.1.1 Z Die Siedlungsentwicklung soll sich an den Entwicklungsachsen orientieren und in Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und leistungsfähigem Anschluss an das überörtliche Straßennetz konzentriert werden.

- 2.3.1.2 Z Bei der Ausweisung von Neubauf lächen ist auf eine umweltschonende, Flächen und Energie sparende Bebauung und eine verkehrsgünstige und wohnortnahe Zuordnung von Versorgungseinrichtungen, Wohnbau- und Gewerbeflächen hinzuwirken.
- 2.3.1.3 G Die Zentralen Orte sind als Versorgungs- und Arbeitsplatzzentren zu stärken und durch Bereitstellung qualifizierter Infrastruktur- und Flächenangebote auch als Standorte zur Wahrnehmung von Entlastungsfunktionen für Verdichtungsräume zu entwickeln.
- 2.3.1.4 Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.
- G Für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen. Insbesondere ertragreiche Böden sind zu sichern. Möglichkeiten, mit Planungen auf Flächen geringerer Bodengüte auszuweichen, sind zu nutzen.
- G Ökologisch bedeutsame Teile sowie für die Erholung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen, zu vernetzen und mit entsprechenden Flächen benachbarter Räume zu verknüpfen.

2.4 Ländlicher Raum

(Ländlicher Raum insgesamt)

- 2.4.1 G Der Ländliche Raum ist als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung zu stärken und so weiterzuentwickeln, dass sich seine Teilräume funktional ergänzen und seine landschaftliche Vielfalt und kulturelle Eigenart bewahrt bleiben. Günstige Wohnstandortbedingungen sollen gesichert und Ressourcen schonend genutzt sowie ausreichende und attraktive Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangebote wohnortnah bereitgestellt werden. Großflächige Freiräume mit bedeutsamen ökologischen Funktionen sind zu erhalten. Grundlage dafür sind eine flächendeckende, leistungsfähige, ordnungsgemäß und nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft sowie eine nachhaltig betriebene, naturnahe Forstwirtschaft.
- 2.4.1.1 G Die Zentralen Orte sind als Versorgungs- und Arbeitsplatzzentren sowie als Siedlungsschwerpunkte zu sichern, die Nahverkehrsverbindungen mit ihren Verflechtungsbereichen bedarfsgerecht auszubauen und die höheren Zentralen Orte als Verknüpfungsknoten zu überregionalen Verkehrs- und Kommunikationsnetzen zu stärken.
- G Größere Neubauf lächen sollen dort ausgewiesen werden, wo sie an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden können.
- 2.4.1.2 G Die für die Versorgung der Bevölkerung notwendige Infrastruktur ist zu erhalten oder auszubauen. Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit öffentlichen und privaten Einrichtungen ist auch bei schwächerer Auslastung anzustreben.
- 2.4.1.3 G Die Standortvoraussetzungen für die weitere Entwicklung von Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen sollen durch geeignete Flächenangebote, angemessene Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen und einen bedarfsgerechten Ausbau der sonstigen Infrastruktur verbessert werden. In Gebieten, die für die Nah-, Ferien- und Kurerholung geeignet sind, soll der Tourismus insbesondere durch entsprechende Infrastrukturangebote gefördert werden.

- (Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum)
- 2.4.2 G Die Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum sind als Siedlungs-, Wirtschafts- und Versorgungsschwerpunkte zu festigen und so weiterzuentwickeln, dass die Standortbedingungen zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels verbessert, Entwicklungsimpulse in den benachbarten Ländlichen Raum vermittelt und Beeinträchtigungen der Wohn- und Umweltqualität vermieden werden.
- 2.4.2.1 G Die Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangebote sind zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen. Die aus der gebündelten Infrastrukturausstattung resultierenden Führungsvorteile sollen zur Stärkung des Ländlichen Raums genutzt werden.
- 2.4.2.2 G Das Gesamtverkehrsnetz für den Personen- und Güterverkehr ist so auszubauen, dass die Erschließung innerhalb des Ländlichen Raums und die Erreichbarkeit der Verdichtungsräume gewährleistet sind. Auf eine angemessene Einbindung in überregionale Energie- und Kommunikationsnetze ist hinzuwirken.
- 2.4.2.3 G Geeignete Standortangebote für Gewerbe und zur Ausweitung des Dienstleistungsbereichs, auch im Zug möglicher Behördenverlagerungen aus Verdichtungsräumen, sind beizubehalten.
- 2.4.2.4 G Die Wohn- und Umweltbedingungen sind durch Planungen und Maßnahmen zur Freiraumsicherung und Freiraumgestaltung, zur Verkehrsberuhigung und Verkehrsreduzierung, zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs und zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern.
- 2.4.2.5 Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.
- G Für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen. Insbesondere ertragreiche Böden sind zu sichern. Möglichkeiten, mit Planungen auf Flächen geringerer Bodengüte auszuweichen, sind zu nutzen.
- 2.4.2.6 G Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturentwicklung sind aufgrund der engen Stadt-Umland-Verflechtungen gemeindeübergreifend abzustimmen.
- G In den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum sind Möglichkeiten der Aufgabenteilung und gegenseitigen Ergänzung zwischen höheren Zentralen Orten verstärkt zu nutzen.
- (Ländlicher Raum im engeren Sinne)
- 2.4.3 G Der Ländliche Raum im engeren Sinne ist so zu entwickeln, dass günstige Wohnstandortbedingungen Ressourcen schonend genutzt, ausreichende und attraktive Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangebote in angemessener Nähe zum Wohnort bereitgehalten, der agrar- und wirtschaftsstrukturelle Wandel sozial verträglich bewältigt und großflächige, funktionsfähige Freiräume gesichert werden.
- 2.4.3.1 G Die durch hohe Erholungs-, Freizeit- und Umweltqualität vielerorts gegebenen günstigen Wohnstandortbedingungen sind zu sichern, für die weitere Siedlungsentwicklung Flächen sparend, orts- und landschaftsgerecht zu nutzen und im Standortwettbewerb als Vorteil gezielt einzusetzen.

- 2.4.3.2 G Die Standortvoraussetzungen zur Erhaltung und Erweiterung des Arbeitsplatzangebots sind durch die Bereitstellung ausreichender Gewerbeflächen, die Sicherung angemessener Verkehrsanbindungen, eine flächendeckende Erschließung mit leitungsgebundenen Energien und neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und durch eine Stärkung der Technologiebasis zu verbessern.
- 2.4.3.3 G Günstige Voraussetzungen für die Erholung und den Tourismus sollen genutzt und dafür erforderliche Infrastrukturangebote bereitgestellt werden.
- 2.4.3.4 G Auf eine wohnortnahe Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen und häufig wiederkehrenden Bedarfs ist hinzuwirken.
- 2.4.3.5 Z Die Land- und die Forstwirtschaft sollen als leistungsfähige Wirtschaftszweige so fortentwickelt werden, dass sie für den Wettbewerb gestärkt werden und ihre Funktionen für die Ernährungs- und Rohstoffsicherung sowie ihre naturschutzrelevanten und landschaftspflegerischen Aufgaben auf Dauer erfüllen können.
- 2.4.3.6 Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.
- 2.4.3.7 G Großflächige Freiräume sollen als Grundlage für eine leistungsfähige und ihre Funktionen erfüllende Land- und Forstwirtschaft erhalten werden; Flächen mit land- oder forstwirtschaftlich gut geeigneten Böden sind zu sichern.
- 2.4.3.8 G Ökologisch bedeutsame Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen und in ökologisch wirksamen, großräumig übergreifenden Zusammenhängen zu sichern.
- 2.4.3.9 G Teile von Freiräumen, die für Naherholung, Freizeit und Tourismus besonders geeignet sind, sollen in ihrer landschaftlichen Attraktivität bewahrt und im Freizeit- und Erholungswert verbessert werden.

2.5 *Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche*

- 2.5.1 G Die zentralörtliche Gliederung in Oberzentren und Mittelzentren mit Mittelbereichen (im Anhang in Karte 2 dargestellt) sowie in den Regionalplänen festgelegte Unterzentren und Kleinzentren soll die dezentrale Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur des Landes festigen und die angestrebte Siedlungsentwicklung unterstützen und koordinieren.
- 2.5.2 G Zentrale Orte sind als Standorte von Einrichtungen zur überörtlichen Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen sowie als Schwerpunkte von Arbeitsplätzen zu erhalten, in ihrer Leistungsfähigkeit weiterzuentwickeln und als Ziel- und Verknüpfungspunkte des Verkehrs zu sichern und auszubauen. Hierbei sind die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten zu beachten. Als Zentrale Orte werden Gemeinden ausgewiesen.
- 2.5.3 G Zentralörtliche Einrichtungen sollen in den als Zentrale Orte ausgewiesenen Gemeinden grundsätzlich in den Siedlungs- und Versorgungskernen mit günstiger Anbindung an den Nahverkehr gebündelt angeboten werden.
 - G Zur Unterstützung ihrer Auslastung soll die Siedlungstätigkeit auf die Zentralen Orte konzentriert werden, insbesondere durch verstärkte Ausweisung von Wohnbauflächen.

- 2.5.4 G Die Zentralen Orte sollen aus den Wohnorten ihrer Verflechtungsbereiche mit öffentlichen Verkehrsmitteln und durch eine verbesserte Straßeninfrastruktur zeitgünstig, kostengerecht und umweltschonend erreichbar sein.
- 2.5.5 G Im Ländlichen Raum ist darauf hinzuwirken, dass die Zentralen Orte durch Stabilisierung ihrer Versorgungsfunktionen gestärkt werden. Im Ländlichen Raum im engeren Sinne soll im Interesse der Daseinsvorsorge der Sicherstellung einer wohnortnahen zentralörtlichen Versorgung ein Vorrang vor den Erfordernissen der Tragfähigkeit und der Auslastung der Infrastruktur eingeräumt werden.
- 2.5.6 G Die zentralörtlichen Verflechtungsbereiche sollen nach der überwiegenden Orientierungsrichtung der Bevölkerung bei der Inanspruchnahme der zentralörtlichen Einrichtungen sowie nach zumutbaren Entfernungen und ausreichenden Tragfähigkeiten flächendeckend abgegrenzt werden. Grenzüberschreitende Verflechtungen sind zu berücksichtigen.
- 2.5.7 G Einrichtungen der örtlichen Versorgung sollen überall dort erhalten und ausgebaut werden, wo sie auch bei vorhandenen zentralörtlichen Einrichtungen ausgelastet werden können, die Funktion des Zentralen Orts nicht beeinträchtigen und zur Deckung des Bedarfs der wohnortnahen Versorgung unentbehrlich sind.
- 2.5.8 Z **Oberzentren** sollen als Standorte großstädtischer Prägung die Versorgung eines Verflechtungsbereichs von mehreren hunderttausend Einwohnern (in der Regel die Region) mit hoch qualifizierten und spezialisierten Einrichtungen und Arbeitsplätzen gewährleisten.
- Z Oberzentren sind die Landeshauptstadt Stuttgart sowie die Städte Heilbronn, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim(/Ludwigshafen am Rhein), Pforzheim, Freiburg im Breisgau, Offenburg, Villingen-Schwenningen, Konstanz, Lörrach/Weil am Rhein, Reutlingen/Tübingen, Ulm(/Neu-Ulm) und Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten.
- Z Für den Verflechtungsbereich Region Ostwürttemberg sollen die Mittelzentren Aalen, Ellwangen (Jagst), Heidenheim an der Brenz und Schwäbisch Gmünd gemeinsam den Bedarf an oberzentralen Funktionen decken.
- Z Das Mittelzentrum Baden-Baden soll oberzentrale Teilfunktionen in den Bereichen Tourismus (Kur- und Bäderwesen), Kultur, Kongresse und Medien wahrnehmen. Dabei soll eine enge Abstimmung mit dem Oberzentrum Karlsruhe und benachbarten Mittelzentren erfolgen.
- 2.5.9 Z **Mittelzentren** sollen als Standorte eines vielfältigen Angebots an höherwertigen Einrichtungen und Arbeitsplätzen so entwickelt werden, dass sie den gehobenen, spezialisierten Bedarf decken können. Mittelbereiche sollen im Ländlichen Raum mindestens 35.000 Einwohner umfassen.
- G Einzelne mittelzentrale Funktionen können in den Verdichtungsräumen auch von dem Mittelzentrum unmittelbar benachbarten Standorten wahrgenommen werden, wenn die Voraussetzungen dafür durch entsprechende Ausstattungsmerkmale gegeben sind, die mittelzentralen Einrichtungen in günstiger Lage gebündelt und die Funktionen des Mittelzentrums nicht beeinträchtigt werden.

- G Zur Stärkung und Unterstützung ihrer zentralörtlichen Aufgaben sind die Mittelzentren in ein leistungsfähiges Straßennetz einzubinden und als Verknüpfungspunkte im öffentlichen Personennahverkehr auszugestalten. Sie sollen auch im Ländlichen Raum mehrmals täglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus ihren Verflechtungsbereichen erreichbar sein.
- G In den Mittelbereichen ist auf eine mit den Versorgungs-, Arbeitsplatz- und Verkehrsangeboten abgestimmte Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten sowie auf ausgewogene Raumfunktionen hinzuwirken.
- Z Die Mittelzentren und die zu den Mittelbereichen gehörenden Gemeinden werden im Anhang (Seite A14 - A24) ausgewiesen.
- 2.5.10 Z **Unterzentren** sollen als Standorte von Einrichtungen und Arbeitsplätzen so entwickelt werden, dass sie auch den qualifizierten, häufig wiederkehrenden Bedarf eines Verflechtungsbereichs der Grundversorgung decken können. Die Verflechtungsbereiche sollen im Ländlichen Raum mindestens 10.000 Einwohner umfassen.
- 2.5.11 Z **Kleinzentren** sollen als Standorte von zentralörtlichen Einrichtungen der Grundversorgung so entwickelt werden, dass sie den häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarf ihres Verflechtungsbereichs decken können. Die Verflechtungsbereiche sollen in der Regel mindestens 8.000 Einwohner umfassen.
- G In Verdichtungsräumen kann auf die Ausweisung von Kleinzentren wegen der engeren Netzdichte der Versorgungsstandorte und der daraus resultierenden Funktionsüberlagerungen verzichtet werden, wenn die Deckung des häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarfs ausreichend sichergestellt ist.
- 2.6 *Entwicklungsachsen***
- 2.6.1 G Das System der Entwicklungsachsen soll als Netz leistungsfähiger, gebündelter Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur das zentralörtliche System ergänzen und durch die Förderung der räumlichen Verflechtungen und des Leistungsaustauschs zur Festigung der dezentralen Siedlungsstruktur und zu einer ausgewogenen Raumentwicklung beitragen.
- 2.6.2 Z Die landesbedeutsamen Entwicklungsachsen zur Förderung des großräumigen Leistungsaustauschs innerhalb des Landes und über die Landesgrenzen hinweg werden als Landesentwicklungsachsen im Anhang (Seite A25 - A27) ausgewiesen und in Karte 3 dargestellt.
- G In den Regionalplänen können zusätzlich regionale Entwicklungsachsen ausgewiesen werden für Bereiche, in denen die Siedlungsentwicklung eine hohe Verdichtung erreicht hat und der Ausbau der Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen weit fortgeschritten ist oder ein leistungsfähiger Ausbau angestrebt wird; dies gilt insbesondere für Verdichtungsräume und ihre Randzonen in Verbindung mit schienengebundenen Nahschnellverkehren.
- 2.6.3 G In den Landesentwicklungsachsen sollen die für den großräumigen Leistungsaustausch notwendigen Infrastrukturen gebündelt und so ausgebaut werden, dass zwischen den Verdichtungsräumen sowie den Oberzentren unter Einbeziehung von Mittelzentren leis-

tungsfähige Verbindungen gewährleistet sind, der Anschluss und die Entwicklung des Ländlichen Raums und der großen Erholungsräume gesichert sind und eine angemessene Einbindung des Landes und seiner Teilräume in die nationalen und transeuropäischen Netze erreicht wird.

- 2.6.4 Z Zur Sicherung einer ausgewogenen Raumstruktur und zur Vermeidung einer flächenhaften Ausbreitung der Verdichtung soll die Siedlungsentwicklung in den Zentralen Orten und den Siedlungsbereichen der Entwicklungsachsen konzentriert werden. Zwischen den Entwicklungsachsen sollen ausreichende Freiräume erhalten werden.
- 2.6.4.1 Z In den Verdichtungsräumen und den Randzonen um die Verdichtungsräume soll die Siedlungsentwicklung so konzentriert und geordnet werden, dass in den Entwicklungsachsen kleinräumig abgestimmte Zuordnungen von Wohn- und Arbeitsstätten, Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen und wohnortnahen Freiflächen erreicht sowie Überlastungerscheinungen abgebaut werden. Bandartige Siedlungsentwicklungen sollen durch eine gegliederte Folge von Siedlungen und Freiräumen vermieden werden.
- 2.6.4.2 Z Im Ländlichen Raum sollen zur Förderung des Leistungsaustauschs zwischen den höheren Zentralen Orten und ihrer Stärkung als Versorgungs- und Arbeitsplatzzentren die Verkehrs- und Infrastrukturen in den Entwicklungsachsen angemessen weiterentwickelt werden.

3. Siedlungsentwicklung und Flächenvorsorge

3.1 Siedlungsentwicklung

- 3.1.1 G Die Siedlungstätigkeit soll sich in die dezentrale Siedlungsstruktur des Landes einfügen und diese durch Bildung von Schwerpunkten bei der Wohnbau- und Gewerbeentwicklung erhalten und weiterentwickeln.
- 3.1.2 Z Die Siedlungstätigkeit ist vorrangig auf Siedlungsbereiche sowie Schwerpunkte des Wohnungsbaus und Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen zu konzentrieren.
- 3.1.3 Z Gemeinden und Gemeindeteile, in denen sich die Siedlungstätigkeit verstärkt vollziehen soll, sind in den Regionalplänen als Siedlungsbereiche auszuweisen, soweit dies für die Entwicklung der regionalen Siedlungsstruktur erforderlich ist.
- 3.1.4 Z Regionalbedeutsame Schwerpunkte des Wohnungsbaus und regionalbedeutsame Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen werden in der Region Stuttgart gebietsscharf ausgewiesen. In den anderen Regionen können regionalbedeutsame Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen und in begründeten Fällen auch regionalbedeutsame Schwerpunkte des Wohnungsbaus gebietsscharf ausgewiesen werden.
- 3.1.5 Z Gemeinden, in denen aus besonderen Gründen, insbesondere aus Rücksicht auf Naturgüter, keine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden soll, werden in den Regionalplänen ausgewiesen. Der Rahmen der Eigenentwicklung soll es den Gemeinden ermöglichen, ihre gewachsene Struktur zu erhalten und angemessen weiterzuentwickeln. Zur Eigenentwicklung einer Gemeinde gehört die Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen für den Bedarf aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und für den inneren Bedarf sowie für die Aufnahme von Spätaussiedlern.
- 3.1.6 Z Die Siedlungsentwicklung ist durch kleinräumige Zuordnungen von Raumnutzungen, insbesondere der Funktionen Wohnen und Arbeiten, so zu gestalten, dass verkehrsbedingte Belastungen zurückgehen und zusätzlicher motorisierter Verkehr möglichst vermieden wird. Größere Neubauflächen sollen nur dann ausgewiesen werden, wenn dabei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnbauflächen und gewerblichen Flächen in derselben Gemeinde oder in Abstimmung mit Nachbargemeinden gewährleistet wird.
- 3.1.7 G Flächenausweisungen für Wohnungsbau und Arbeitsstätten sollen verstärkt Belangen der Nachhaltigkeit Rechnung tragen, insbesondere durch Nutzung von Entsiegelungspotenzialen und von Möglichkeiten zur Energieeinsparung, zur aktiven und passiven Solarenergienutzung und zum Einsatz nachwachsender Rohstoffe.
- 3.1.8 G Dem wachsenden Koordinierungsbedarf bei den Stadt-Umland-Verflechtungen ist durch eine an den überörtlichen Erfordernissen orientierte Abstimmung vor allem bei der Wohn- und Gewerbeflächenausweisung sowie der Infrastruktur- und Freiraumentwicklung Rechnung zu tragen.

3.1.9 Z Die Siedlungsentwicklung ist vorrangig am Bestand auszurichten. Dazu sind Möglichkeiten der Verdichtung und Arrondierung zu nutzen, Baulücken und Baulandreserven zu berücksichtigen sowie Brach-, Konversions- und Altlastenflächen neuen Nutzungen zuzuführen. Die Inanspruchnahme von Böden mit besonderer Bedeutung für den Naturhaushalt und die Landwirtschaft ist auf das Unvermeidbare zu beschränken.

3.1.10 G Den Belangen des Hochwasserschutzes muss bei der Siedlungstätigkeit angemessen Rechnung getragen werden. In hochwassergefährdeten Bereichen soll keine Siedlungsentwicklung stattfinden.

3.2 Städtebau, Wohnungsbau

3.2.1 G Die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung soll sich an den voraussehbaren Bedürfnissen und Aufgaben der Gemeinden ausrichten; sie soll für alle Teile der Bevölkerung eine ausreichende und angemessene Versorgung mit Wohnraum gewährleisten und die Standort-, Umwelt- und Lebensqualität in innerörtlichen Bestandsgebieten verbessern. Die Situation von Frauen, Familien und Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie sich wandelnde gesellschaftliche Rahmenbedingungen und kriminalpräventive Aspekte sind in der Stadtplanung und beim Wohnungsbau zu berücksichtigen. Bauliche, soziale und altersstrukturelle Durchmischungen sind anzustreben.

G Die städtebauliche Entwicklung soll die Belange der baulichen Sanierung, der Ortsbildpflege und des Denkmalschutzes sowie des Natur- und Landschaftsschutzes berücksichtigen.

3.2.2 G Zur Deckung des Wohnraumbedarfs sind vorrangig vorhandene Wohngebiete funktionsfähig zu halten und weiterzuentwickeln sowie innerörtliche Möglichkeiten der Wohnraumschaffung auszuschöpfen.

3.2.3 G Örtliche und städtische Zentren sind durch städtebauliche Maßnahmen, Einrichtungen des Gemeinbedarfs sowie durch Erhaltung und Rückgewinnung der Wohnfunktion in ihrer Wohnqualität zu sichern und zu stärken.

3.2.4 G Baumaßnahmen sollen sich hinsichtlich Art und Umfang in die Siedlungsstruktur und die Landschaft einfügen. Auf Flächen sparende Siedlungs- und Erschließungsformen und ein belastungsarmes Wohnumfeld ist zu achten.

3.2.5 Z Neue Bauflächen sind auf eine Bedienung durch öffentliche Verkehre auszurichten. Insbesondere in den Verdichtungsräumen und ihren Randzonen sind regionalbedeutsame Schwerpunkte des Wohnungsbaus und Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen grundsätzlich an den öffentlichen Schienenverkehr anzubinden. Im Bereich der Haltestellen des Schienenverkehrs ist vor allem in dichter besiedelten Räumen sowie in größeren Zentralen Orten auf eine Verdichtung der Bebauung, insbesondere durch Mindestwerte für die Siedlungsdichte, hinzuwirken.

3.3 Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen

- 3.3.1 G Die Wirtschaft des Landes ist in ihrer räumlichen Struktur und beim Ausbau ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit so zu fördern, dass ein angemessenes Wirtschaftswachstum unter Wahrung ökologischer Belange erreicht wird und für die Bevölkerung aller Landesteile vielseitige und krisenfeste Erwerbsgrundlagen bestehen.
- 3.3.2 G Forschung, Innovation und Technologietransfer sowie Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung sind zur Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg zu fördern. Die Leistungsfähigkeit der Forschungseinrichtungen sowie der Technologieberatung und -vermittlung ist zu sichern und bei Bedarf weiter auszubauen.
- 3.3.3 G Für den Aufbau und die Sicherung zukunftsfähiger Unternehmen sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und in regionaler Kooperation, insbesondere mit der Wirtschaft und ihren Einrichtungen, die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu stärken. Dazu ist unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung, insbesondere im Ländlichen Raum, das Netz der Technologie- und Gründerzentren bedarfsgerecht auszubauen.
- G Der Messeplatz Baden-Württemberg ist in seiner Konkurrenzfähigkeit zu stärken. In Ergänzung der Messeplätze mit internationaler Ausstrahlung sind die Regionalmessen als Standorte zu sichern und zu entwickeln, in ihrer Attraktivität zu steigern und in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Standorträume zu nutzen.
- 3.3.4 G Durch eine frühzeitige planerische Vorbereitung von Flächen für Industrie und Gewerbe, Dienstleistungs- und Infrastruktureinrichtungen sind Ansiedlungs- und Erweiterungsmöglichkeiten offen zu halten.
- 3.3.5 G Die Bedarfsanalyse und die Festlegung der Standortmerkmale sollten in regionaler Zusammenarbeit aller berührter Stellen und Organisationen, insbesondere der Wirtschaft, erfolgen, um der zu erwartenden Nachfrage optimal entsprechen zu können.
- 3.3.6 Z Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen sind an solchen Standorten zu erweitern und im Anschluss an bestehende Siedlungsflächen neu vorzusehen, wo aus infrastruktureller Sicht und unter Beachtung der Umweltbelange die besten Ansiedlungsbedingungen gegeben sind. Flächen mit Anschluss an das Schienennetz oder an einen Wasserweg sind vorrangig zu berücksichtigen.
- G Die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete soll intensiviert werden, auch über die Landesgrenze hinweg. Die Erschließung und die Belegung der Flächen sollen so erfolgen, dass eine hochwertige und intensive Nutzung des Geländes gewährleistet ist und Umnutzungen möglich sind.
- 3.3.7 Z Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher (Einzelhandelsgroßprojekte) sollen sich in das zentralörtliche Versorgungssystem einfügen; sie dürfen in der Regel nur in Ober-, Mittel- und Unterezentren ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden. Hiervon abweichend kommen auch Standorte in Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion in Betracht, wenn
- dies nach den raumstrukturellen Gegebenheiten zur Sicherung der Grundversorgung geboten ist oder
 - diese in Verdichtungsräumen liegen und mit Siedlungsbereichen benachbarter Ober-, Mittel- oder Unterezentren zusammengewachsen sind.

- Z Hersteller-Direktverkaufszentren als besondere Form des großflächigen Einzelhandels sind grundsätzlich nur in Oberzentren zulässig.
- 3.3.7.1 Z Die Verkaufsfläche der Einzelhandelsgroßprojekte soll so bemessen sein, dass deren Einzugsbereich den zentralörtlichen Verflechtungsbereich nicht wesentlich überschreitet. Die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich und die Funktionsfähigkeit anderer Zentraler Orte dürfen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.
- 3.3.7.2 Z Einzelhandelsgroßprojekte dürfen weder durch ihre Lage und Größe noch durch ihre Folgewirkungen die Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne der Standortgemeinde wesentlich beeinträchtigen. Einzelhandelsgroßprojekte sollen vorrangig an städtebaulich integrierten Standorten ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden. Für nicht zentrenrelevante Warensortimente kommen auch städtebauliche Randlagen in Frage.
- 3.3.7.3 G Neue Einzelhandelsgroßprojekte sollen nur an Standorten realisiert werden, wo sie zeitnah an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen werden können.
- 3.3.7.4 G Die Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Einzelhandelsgroßprojekte in den Regionalplänen soll vor allem auf Grund eines regionalen Entwicklungskonzepts vorgenommen werden. Als Teil einer integrierten städtebaulichen Gesamtplanung soll auf der Grundlage von regional abgestimmten Einzelhandelskonzepten eine ausgewogene Einzelhandelsstruktur erhalten oder angestrebt werden.

3.4 Verteidigungseinrichtungen, Konversion

- 3.4.1 G Die Erfordernisse der zivilen und militärischen Verteidigung sind zu berücksichtigen.
 - Z Verdichtete Räume, insbesondere Verdichtungsräume und deren Randzonen, sollen nach Möglichkeit von militärischen Anlagen größeren Umfangs freigehalten und entlastet werden.
- 3.4.2 G Bei der Konversion militärischer Einrichtungen sind raumstrukturell verträgliche und entwicklungsfördernde Folgenutzungen vorzusehen. Abrüstungsbedingte wirtschaftliche, städtebauliche und infrastrukturelle Nachteile sind auszugleichen, mindestens zu mildern.
 - G Beim Abbau von Standorten der Bundeswehr werden die Konzepte für eine zivile Folgenutzung durch Koordinierungskreise der Regierungspräsidien begleitet; sie sind unter Einbeziehung raumordnerischer Belange fortzuentwickeln.
- 3.4.3 G Der Bedarf an Bauflächen ist vorrangig auf ehemaligen oder frei werdenden militärischen Liegenschaften zu decken, sofern diese grundsätzlich für eine Bebauung oder Nachverdichtung geeignet sind.
- 3.4.4 G Konversionsflächen, die für den Wohnungsbau genutzt werden, sind in ihrer städtebaulichen Konzeption und infrastrukturellen Ausstattung an den sozialen Bedürfnissen aller Generationen auszurichten.
 - G Größere Konversionsflächen, die sich für eine gewerbliche Folgenutzung eignen, sind vorrangig interkommunal zu nutzen.
- 3.4.5 G Konversionsflächen mit bedeutsamen oder entwicklungsfähigen ökologischen Funktionen sollen in den Freiraumverbund einbezogen werden.

4. Weiterentwicklung der Infrastruktur

4.1 Verkehr

(Grundsätzliches)

- 4.1.1 G Das Verkehrswesen ist so zu gestalten, dass es zu der angestrebten Entwicklung des Landes und seiner Teilräume sowie zur Festigung des Netzes der Zentralen Orte und zur Ausgestaltung der Entwicklungsachsen beiträgt. Dabei ist den unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten und Erfordernissen Rechnung zu tragen.
- G Auf eine sachgerechte und umweltschonende Aufgabenverteilung und Verknüpfung der Verkehrssysteme ist hinzuwirken. Durch raumordnerische Festlegungen soll im Personenverkehr die Nutzung der Schiene und des öffentlichen Personenverkehrs, im Güterverkehr eine Verlagerung auf Schiene und Wasserstraße gefördert werden. Überregionale Güterverkehrszentren und regionale logistische Zentren sollen ein integratives Verkehrssystem unterstützen.
- G Durch eine stärkere Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Siedlungsentwicklung und Verkehr sollen die verkehrsbedingten Belastungen verringert und eine umweltverträgliche Mobilität gefördert werden. Zuordnung und Mischung der verkehrsrelevanten Raumnutzungen und Raumfunktionen sollen regional und lokal das Prinzip der kurzen Wege verfolgen.
- 4.1.2 G Dem Ausbau vorhandener Verkehrswege ist Vorrang vor dem Neubau einzuräumen. Die Flächeninanspruchnahme ist gering zu halten, wertvolle Böden sind zu schonen und die Zerschneidung großer zusammenhängender Freiflächen ist zu vermeiden. Nicht vermeidbare Eingriffe in die Landschaft sind möglichst vor Ort auszugleichen, vorzugsweise durch Reduzierung versiegelter Flächen.
- (Fernverkehr)
- 4.1.3 G Das Land ist bedarfsgerecht in die nationalen und transeuropäischen Verkehrsnetze für den Personen- und Gütertransport einzubinden. Dabei sind insbesondere die Europäische Metropolregion Stuttgart, der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein und andere wirtschaftlich bedeutende Räume angemessen zu berücksichtigen.
- 4.1.4 Z Innerhalb der Fernverkehrsnetze sind der Schienenverkehr und die Binnenschifffahrt entsprechend ihrer großen Transportkapazität, relativen Umweltfreundlichkeit und möglichen Entlastungswirkung für hoch belastete Verkehrskorridore nachdrücklich zu stärken.
- 4.1.5 G Als Ergänzung der Fernverkehrsnetze sind leistungsfähige West-Ost-Verbindungen auf Schiene und Straße vor allem auch im Süden des Landes zu entwickeln.
- 4.1.6 G Das Fernstraßennetz, insbesondere das Netz der Bundesautobahnen, ist funktionsgerecht zu erhalten und auszubauen. Dabei ist insbesondere dem Ausbaubedarf der Rheintalautobahn bis zur schweizerischen Grenze sowie der West-Ost-Verbindungen als Folge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa Rechnung zu tragen.
- 4.1.7 Z Der Fernverkehr der Bahn ist durch Ausbau und Neubau weiterer Strecken und Streckenabschnitte zu verbessern, insbesondere in den hoch belasteten Verkehrskorridoren des

Oberrheingrabens und der Verbindungen von Karlsruhe und Frankfurt/Mannheim über Stuttgart in Richtung München. Dazu ist auf folgende Maßnahmen hinzuwirken:

- die Verwirklichung der Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn von Mannheim nach Frankfurt unter vollwertiger Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim,
- den Aus- und Neubau der Strecke Karlsruhe – Offenburg – Freiburg – Basel als wichtigste Zulaufstrecke aus Deutschland zu den Schweizer Alpenübergängen,
- die Anbindungen an das französische Hochgeschwindigkeitsnetz über Mannheim/Saarbrücken (Nordost des TGV Est), über Strasbourg – Kehl – Appenweier (Südost des TGV Est) sowie über Basel (TGV Rhin-Rhône),
- die Realisierung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Stuttgart – Ulm mit Fortsetzung in Richtung München,
- die Attraktivitätssteigerung der Strecken Stuttgart – Singen – Zürich und Ulm – Friedrichshafen – Lindau als weitere Zulaufstrecken zur Neuen Eisenbahnalpentransversale der Schweiz.

4.1.8 G Der Schienenfernverkehr auf den zum transeuropäischen Netz zählenden Strecken Stuttgart – Crailsheim – Nürnberg und Stuttgart – Heilbronn – Würzburg soll angemessen ausgestaltet werden.

4.1.9 Z Die Verwirklichung des Projekts Stuttgart 21 ist weiter voranzutreiben. Die zu erwartenden positiven verkehrlichen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Wirkungen für die Stadt, die Region und weitere Teile des Landes sind durch flankierende Maßnahmen und Planungen zu unterstützen, insbesondere durch die zügige Verwirklichung der Neubaustrecke der Bahn über den Landesflughafen Stuttgart nach Ulm.

G Die große Verkehrsgunst von Bahnhöfen des Hochgeschwindigkeitsnetzes soll durch die Entwicklung ihrer Umgebung zu hochwertigen Standorten für Dienstleistungseinrichtungen und Wohnen verstärkt genutzt werden. Dies gilt neben dem Vorhaben Stuttgart 21 insbesondere für die Projekte Mannheim 21 und Ulm 21.

4.1.10 G Der Wasserweg Neckar ist durch geeignete betriebliche und bauliche Maßnahmen für zukunftsfähige Transportgüter weiterzuentwickeln. Die Ausweitung der Containerschifffahrt auf dem Neckar ist durch infrastrukturelle und organisatorische Maßnahmen zu erleichtern.

4.1.11 G Die Häfen an Rhein, Neckar und Main sind im Sinn eines integrativen Verkehrssystems in die Gütertransportkette verstärkt einzubeziehen und mit dem Transport auf Straße und Schiene zu vernetzen. Die Verknüpfung mit den anderen Verkehrsträgern ist so zu ermöglichen, dass Gütertransporte in größtmöglichem Umfang mit dem Binnenschiff und auf der Schiene durchgeführt werden können.

4.1.12 G Der Luftverkehr ist so weiterzuentwickeln, dass die Einbindung des Landes in ein Netz nationaler, europäischer und interkontinentaler Verbindungen in angemessener Bedienungsqualität gesichert ist. Auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen innerhalb des Landes, möglichst unter Einbeziehung von Flughäfen in den Nachbarräumen, ist hinzuwirken. Eine Verknüpfung der Flughäfen mit dem Bahnnetz ist anzustreben.

G Dem Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm sowie der Sicherung der Funktion und Entwicklung der Verkehrsflughäfen und Verkehrslandeplätze soll bei der Festlegung von

Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten in den Regionalplänen durch ausreichende Abstände zwischen diesen Verkehrseinrichtungen und der Wohnbebauung sowie sonstigen lärmempfindlichen Nutzungen Rechnung getragen werden.

- 4.1.13 G Der Landesflughafen Stuttgart ist in seiner Funktionsfähigkeit so weiterzuentwickeln, dass er die Entwicklung des Landes, insbesondere die der Europäischen Metropolregion Stuttgart, unterstützt. Seine Bedeutung im internationalen Luftverkehrsnetz ist zu stärken und für die Standortqualität des Landes zu nutzen.
- 4.1.14 G Regionallughäfen und Verkehrslandeplätze sollen die Anbindung an das nationale und internationale Luftverkehrsnetz sichern und sind dementsprechend weiterzuentwickeln. Der Ausbau bestehender Anlagen oder ein Neubau ist als Teil des Gesamtverkehrsnetzes zu beurteilen. Dabei kommt den Flughäfen Friedrichshafen und Karlsruhe/Baden-Baden als den größten Flughäfen nach Stuttgart eine besondere Stellung zu, die eine Weiterentwicklung der beiden Flughäfen zur Gewährleistung einer guten luftverkehrlichen Infrastruktur innerhalb des Landes notwendig macht.
- (Regional- und Nahverkehr)
- 4.1.15 G Die Bedeutung des Nahverkehrs auf der Schiene ist insbesondere nach der Regionalisierung des Schienenpersonenverkehrs der Eisenbahnen des Bundes durch verbesserte Abstimmung auf die regionalen Verkehrsbedürfnisse sowie mit den anderen Nahverkehrsmitteln zu steigern.
- G Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Angebotsqualität des Schienenpersonenverkehrs ist der geplante Integrale Taktverkehr zügig in allen Teilen des Landes einzuführen.
- 4.1.16 Z Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den verkehrlich hoch belasteten Verdichtungsräumen ist den Verkehrsträgern mit hoher Kapazität im Personen- und Gütertransport Vorrang einzuräumen.
- G In den verdichteten Räumen ist der öffentliche Personennahverkehr auf Schiene und Straße weiter auszubauen, um einen möglichst hohen Anteil am Gesamtaufkommen des motorisierten Verkehrs zu erreichen.
- G In den schwächer besiedelten Landesteilen soll ein Grundangebot im öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene und Straße gewährleistet sein und durch die Siedlungspolitik unterstützt werden. Auf die Bereitstellung eines leistungsfähigen Straßennetzes ist hinzuwirken. Eine auch Umweltgesichtspunkte einschließende Funktionsteilung zwischen öffentlichem Personennahverkehr und motorisiertem Individualverkehr ist zu berücksichtigen.
- (Fahrrad- und Fußgängerverkehr)
- 4.1.17 G Das Land soll durch ein zusammenhängendes, großräumiges Radwegenetz erschlossen werden, das durch kleinräumige Verbindungen bedarfsgerecht zu ergänzen ist. Die Erreichbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsstätten, zentralörtlichen Versorgungsstandorten und Freizeiteinrichtungen über Rad- und Fußwege sowie die Verknüpfung des Rad- und Fußwegenetzes mit Haltestellen des öffentlichen Personenverkehrs sind zu verbessern. Überörtlich ist ein vom motorisierten Verkehr getrenntes Wegenetz anzustreben.

- (Großstandorte)
- 4.1.18 Z Anlagen und Einrichtungen mit großem Verkehrsaufkommen sollen den Verkehrswegen der Entwicklungsachsen zugeordnet werden. Sie sind durch den öffentlichen Personennahverkehr und möglichst auch durch den Güterverkehr auf der Schiene zu erschließen.
- Z Für Standorte logistischer Einrichtungen wie Güterverkehrszentren und regionale logistische Zentren sind Flächen für Umschlaganlagen für einen Verkehrsträgerwechsel sowie Anschlussmöglichkeiten an das großräumige Verkehrsnetz von Schiene und Straße, gegebenenfalls auch an das Wasserstraßennetz, vorzusehen.
- G Bei der Planung von Flächen für Güterverteilzentren und Verkehrsgewerbeflächen ohne Einrichtungen für einen Verkehrsträgerwechsel soll berücksichtigt werden, dass ein wirtschaftlicher Betrieb von Umschlaganlagen in vorhandenen oder geplanten Güterverkehrszentren und regionalen logistischen Zentren nicht gefährdet wird.

4.2 **Energieversorgung**

- (Grundsätzliches)
- 4.2.1 G Die Energieversorgung des Landes ist so auszubauen, dass landesweit ein ausgewogenes, bedarfsgerechtes und langfristig gesichertes Energieangebot zur Verfügung steht. Auch kleinere regionale Energiequellen sind zu nutzen.
- 4.2.2 Z Zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung ist auf einen sparsamen Verbrauch fossiler Energieträger, eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien sowie auf den Einsatz moderner Anlagen und Technologien mit hohem Wirkungsgrad hinzuwirken. Eine umweltverträgliche Energiegewinnung, eine preisgünstige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung und die energiewirtschaftlichen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft sind sicherzustellen.
- 4.2.3 G Die Energieerzeugung des Landes ist in ihrer Leistungsfähigkeit zu sichern. Der Ersatz- und Erweiterungsbedarf an Kraftwerken soll grundsätzlich durch Erzeugungsanlagen im Land gedeckt werden. Dazu sind geeignete Standorte zu sichern.
- 4.2.4 G Das Netz der Transportleitungen ist bedarfsgerecht auszubauen. Hierzu erforderliche Trassen sind zu sichern. Belange der Siedlungsentwicklung und des Städtebaus sowie des Natur- und Landschaftsschutzes sind zu berücksichtigen, Möglichkeiten der Bündelung mit anderen Leitungen und Verkehrswegen zu nutzen.
- (Stromerzeugung)
- 4.2.5 G Für die Stromerzeugung sollen verstärkt regenerierbare Energien wie Wasserkraft, Windkraft und Solarenergie, Biomasse, Biogas und Holz sowie die Erdwärme genutzt werden. Der Einsatz moderner, leistungsstarker Technologien zur Nutzung regenerierbarer Energien soll gefördert werden.
- (Wasserkraft)
- 4.2.6 G Die Energiegewinnung durch Wasserkraft ist auszubauen. Geeignete Standorte für weitere Wasserkraftwerke sind insbesondere unter Berücksichtigung ökologischer Belange zu sichern.

- (Windkraft)
- 4.2.7 Z Zur Steuerung der Windkraftnutzung sind in den Regionalplänen Gebiete auszuweisen, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen haben, und Gebiete festzulegen, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen unzulässig sind.
- G Bei der Standortwahl für Windkraftanlagen ist insbesondere Rücksicht auf benachbarte Siedlungen, den Luftverkehr, das Landschaftsbild und ökologische Belange zu nehmen.
- (Mineralölversorgung)
- 4.2.8 G Zur Sicherung der Mineralölversorgung sind die für Rohöl und Mineralölprodukte erforderlichen Transportleitungen vorzuhalten. Der Ausbau des Leitungsnetzes soll unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte mit anderen Transportmöglichkeiten und Verkehrswegen koordiniert werden.
- Z Das Raffineriezentrum in Karlsruhe ist zu erhalten.
- (Gasversorgung)
- 4.2.9 G Das Leitungsnetz für Erdgas ist bedarfsgerecht weiter auszubauen. Eine räumlich ausgewogene Zuführung von Erdgas aus verschiedenen Quellen und Einspeisepunkten ist sicherzustellen.
- G Zur Vermeidung von Versorgungsengpässen und zum Ausgleich von Bedarfsschwankungen sind in geologisch geeigneten Strukturen Gasspeicher anzulegen.
- (Fern- und Nahwärmeversorgung)
- 4.2.10 G In Gebieten mit hohem Strom- und Wärmebedarf sind die Vorteile der Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzen und bei hoher Verbrauchsdichte die Erstellung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der Ausbau von Wärmeleitungsnetzen zu fördern. In Wohngebieten ist bei hohem Strom- und Wärmebedarf auf die Erstellung von kleinen Anlagen (Blockheizkraftwerken) und Nahwärmenetzen hinzuwirken.
- 4.3 Wasserwirtschaft**
- (Wasserversorgung)
- 4.3.1 Z In allen Teilräumen des Landes ist eine ausreichende Versorgung mit Trink- und Nutzwasser sicherzustellen. Nutzungswürdige Vorkommen sind planerisch zu sichern und sparsam zu bewirtschaften, Trinkwassereinzugsgebiete großräumig zu schützen und für die Versorgung geeignete ortsnahe Vorkommen vorrangig zu nutzen.
- Z Zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung sind in den Regionalplänen im erforderlichen Umfang Bereiche zur Sicherung von Wasservorkommen auszuweisen.
- (Grundwasserschutz)
- 4.3.2 Z Grundwasser ist als natürliche Ressource flächendeckend vor nachteiliger Beeinflussung zu sichern. Grundwasserempfindliche Gebiete sind durch standortangepasste Nutzungen und weitergehende Auflagen besonders zu schützen. Zur Sicherung des Wasserschatzes ist Grundwasser so zu nutzen, dass seine ökologische Funktion erhalten bleibt und die Neubildung nicht überschritten wird.

Z Wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Wasserversorgung des Landes sind insbesondere die großen Grundwasservorkommen in der Rheinebene, im Illertal und in Oberschwaben nachhaltig zu schützen und zu sichern.

G Der Nutzwasserbedarf ist durch Wasser sparende Maßnahmen zu reduzieren und unter Berücksichtigung ökologischer Belange möglichst aus oberirdischen Gewässern zu decken.

(Schutz oberirdischer Gewässer)

4.3.3 G Naturnahe Gewässer sind zu erhalten, ausgebaute Gewässer naturnah zu entwickeln. Durchgängigkeit, Strukturvielfalt sowie ökologisch gute Qualität und Funktionalität der Gewässer und Gewässerrandstreifen sind anzustreben.

Z Wegen seiner besonderen Bedeutung für die Wasserversorgung des Landes ist insbesondere der Bodensee als Trinkwasserspeicher nachhaltig zu schützen und zu sichern.

(Abwasserbeseitigung)

4.3.4 G Zum Schutz und zur weiteren Verbesserung der Qualität des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer sind Abwässer zu sammeln und zu reinigen und der weitere Ausbau von Abwasser- und Regenwasser-Behandlungsanlagen anzustreben. In den Siedlungen sind verstärkt modifizierte Entwässerungsverfahren anzuwenden und Entsiegelungspotenziale zu nutzen. Im Ländlichen Raum ist die Abwasserbeseitigung durch eine weitgehend zentrale Abwasserbeseitigung weiter zu verbessern.

(Altlastenbeseitigung)

4.3.5 G Von Altlasten ausgehende Gefährdungen sind zu beseitigen.

(Vorbeugender Hochwasserschutz)

4.3.6 Z Zur Sicherung und Rückgewinnung natürlicher Überschwemmungsflächen, zur Risikovorsorge in potenziell überflutungsgefährdeten Bereichen sowie zum Rückhalt des Wassers in seinen Einzugsbereichen sind in den Regionalplänen Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz festzulegen.

Z Die Abgrenzung der Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz soll sich an einem Bemessungshochwasser mit einem Wiederkehrintervall von 100, am Oberrhein von 200 Jahren orientieren.

4.3.6.1 Z In hochwassergefährdeten Bereichen im Freiraum sind zur Vermeidung zusätzlicher Schadensrisiken, zur Erhaltung und Aktivierung natürlicher Überschwemmungsflächen oder zur Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz als Vorranggebiete festzulegen. Auch Flächen für Anlagen und Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes, insbesondere Polder, Rückhaltebecken und Deichrückverlegungen, sollen als Vorranggebiete gesichert werden. In den Vorranggebieten haben die Belange des Hochwasserschutzes Vorrang, insbesondere sind sie grundsätzlich von weiterer Bebauung freizuhalten.

4.3.6.2 G In den Regionalplänen können weitere hochwassergefährdete Bereiche zur Vermeidung von Verschärfungen des Hochwasserabflusses und zur Minderung von Schadensrisiken als Vorbehaltsgebiete festgelegt werden. Dabei ist vor allem die latente Gefährdung hinter und unterhalb von Hochwasserschutzanlagen (potenzielle Überflutungsbereiche) zu

berücksichtigen. In diesen Gebieten kommt dem vorbeugenden Hochwasserschutz bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besonderes Gewicht zu; eine Siedlungstätigkeit soll grundsätzlich unterbleiben.

- 4.3.7 Z Durch zusätzliche abflusshemmende und landschaftsökologische Maßnahmen, insbesondere durch Rückverlegung von Deichen, Rückbau von Gewässerausbauten, naturnahe Gewässerentwicklung und Bau von Rückhaltebecken, sollen Hochwasserspitzen reduziert werden.

4.4 Abfallwirtschaft

- 4.4.1 G Die Abfallwirtschaft des Landes ist so auszurichten, dass Abfallmenge und Gefahrenpotenzial möglichst gering gehalten, verwertbare Abfälle in den Kreislauf zurückgeführt oder energetisch verwertet und nicht verwertbare Abfälle vorrangig durch thermische Behandlung umweltverträglich beseitigt werden.
- 4.4.2 G Für die Beseitigung nicht verwertbarer Abfälle sind in ausreichendem Umfang und in sachgerechter räumlicher Verteilung Behandlungsanlagen und Deponiekapazitäten vorzuhalten.
- 4.4.3 Z Geeignete Entsorgungsstandorte sind frühzeitig im Rahmen der Regionalplanung zu sichern. Die Wirtschaftlichkeit der Abfallentsorgung ist durch regionale Kooperation und Optimierung der Einzugsgebiete sicherzustellen.

4.5 Bildungswesen

- 4.5.1 G Das Bildungswesen des Landes ist in seiner Leistungs- und Zukunftsfähigkeit unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, fachlicher und qualifikatorischer Erfordernisse weiterzuentwickeln.
- 4.5.2 G Die verschiedenen Bildungseinrichtungen sind unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung so auszubauen und anzupassen, dass in allen Landesteilen umfassende Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung in zumutbarer Entfernung angeboten werden. Auch Einrichtungen der Familienbildung sind zu fördern.
- 4.5.3 G Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und anderer Lehr- und Forschungseinrichtungen ist unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung sowie fachlicher und regionaler Schwerpunkte auszubauen.
- 4.5.4 G Vorhandene Ausbildungs- und Forschungsprofile sowie fachliche Schwerpunkte sind als regionale Entwicklungspotenziale zu stärken. Interdisziplinäre und regionale Kooperationsmöglichkeiten sind zu intensivieren und für die räumliche Entwicklung zu nutzen.

4.6 Information und Kommunikation

- 4.6.1 G Die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur ist an die wachsenden Bedürfnisse der Volkswirtschaft und die sich ändernden Interessen der Bevölkerung anzupassen und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen des technischen Fortschritts weiterzuentwickeln.

- 4.6.2 G Der Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur soll den raumordnerischen Erfordernissen Rechnung tragen, die regionalen Besonderheiten berücksichtigen und die Entwicklung peripherer Gebiete fördern.
- 4.6.3 G Ausbau und Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur sollen die Nutzungsmöglichkeiten und Chancen orts- und zeitunabhängiger Information und Kommunikation für Gesellschaft und Wirtschaft fördern. In allen Teilräumen sind eine flächendeckende Grundversorgung und ein angemessener Zugang zum neuen Dienstleistungsmarkt sicherzustellen. Post- und Telefondienste, Multimedia-Techniken und interaktive Medienangebote sind zu leistungsfähigen, zukunftsorientierten Kommunikationsnetzen auszubauen.
- 4.6.4 G Trassen und Einrichtungen für Kabelverbindungen sowie drahtlose Verbindungen und Netze sind weitestgehend zu bündeln und auf gemeinsame Standorte zu konzentrieren. Bauliche Gegebenheiten und Auswirkungen auf das Landschaftsbild sind zu berücksichtigen.
- Z Bestehende und geplante Richtfunkstrecken sind von störender Bebauung freizuhalten.

4.7 Sozialwesen, Gesundheitswesen

- 4.7.1 G Die Dienste und Einrichtungen des Sozialwesens und des Gesundheitswesens sind in ihrer fachlichen Gliederung und räumlichen Verteilung am Netz der Zentralen Orte auszurichten. Sie sind so auszubauen und in ihrem Bestand zu sichern, dass in allen Landesteilen die sozialen und gesundheitlichen Bedürfnisse der Bevölkerung durch ein breites, gleichwertiges Angebot befriedigt werden können und eine wohnortnahe Grundversorgung gewährleistet ist.
- 4.7.2 G Die Einrichtungen des Sozialwesens und des Gesundheitswesens sollen aus ihrem Einzugsgebiet mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein.
- 4.7.3 G Die Heilbäder und Kurorte des Landes sind in ihrer Bedeutung für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung und das regionale Arbeitsplatzangebot als regionale Gesundheitszentren zu stärken. Die Anpassung der Infrastruktur an die spezifischen Bedürfnisse von Heilbädern und Kurorten ist zu fördern. Heilquellen und nutzungswürdige Heilmittel des Bodens sind zu schützen und planerisch zu sichern.

5. Freiraumsicherung, Freiraumnutzung

5.1 Freiraumverbund und Landschaftsentwicklung

- 5.1.1 G Die natürlichen Lebensgrundlagen sind zu schützen. Die Naturgüter Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Tier- und Pflanzenwelt sind in Bestand, Regenerationsfähigkeit, Funktion und Zusammenwirken dauerhaft zu sichern oder wiederherzustellen.
- Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.
- G Für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild bedeutsame Freiräume sollen vom Land, den Regionen und den Gemeinden nach Möglichkeit miteinander verbunden werden.

- 5.1.2 Z Als Bestandteile zur Entwicklung eines ökologisch wirksamen großräumigen Freiraumverbunds werden folgende **überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume** festgelegt:

- Gebiete, die Teil des künftigen europaweiten, kohärenten Schutzgebietsnetzes "NATURA 2000" sind,
- Gebiete, die sich durch eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten auszeichnen und die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung eines ökologisch wirksamen Freiraumverbunds und im Hinblick auf die Kohärenz des europäischen Schutzgebietsnetzes besitzen,
- unzerschnittene Räume mit hohem Wald- und Biotopanteil und einer Größe über 100 km²,
- Gewässer mit besonderer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz, die bereits lange natürliche und naturnahe Fließstrecken und Auen aufweisen.

Die derzeit vorhandenen Gebiete und Landschaftsräume sind im Anhang in Karte 4 dargestellt.

- 5.1.2.1 Z In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen ist die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und zu verbessern. Planungen und Maßnahmen, die diese Landschaftsräume erheblich beeinträchtigen, sollen unterbleiben oder, soweit unvermeidbar, ausgeglichen werden.

- G Wild lebende Tiere und wild wachsende Pflanzen sowie ihre Lebensgemeinschaften sind als Teil des Naturhaushalts in ihrer natürlich und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen; ihre Lebensräume sowie ihre Lebensbedingungen sind zu erhalten, zu pflegen, zu entwickeln oder wiederherzustellen.

- 5.1.2.2 G In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen sind Sport-, Erholungs- und Tourismuseinrichtungen möglichst innerhalb von Siedlungen, als Siedlungserweiterungen oder als Ergänzung vorhandener Anlagen zu realisieren; sie dürfen den Naturhaushalt und das Landschaftsbild nicht beeinträchtigen und sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein.

- Z Die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume sollen möglichst unzerschnitten in ihrem landschaftlichen Zusammenhang erhalten und untereinander vernetzt

werden. In großen unzerschnittenen Räumen sind Eingriffe mit Trennwirkung auf das Unvermeidbare zu beschränken. Unabweisbare linienförmige Infrastruktureinrichtungen sind nach Möglichkeit mit bestehenden zu bündeln. Überregional bedeutsame Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind grundsätzlich zu vermeiden.

- 5.1.2.3 Z In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen sind eine standortgemäße landwirtschaftliche Nutzung und eine naturnahe Forstwirtschaft als wesentlicher Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft und wegen ihrer ökologischen Wirkungen zu sichern.
- G Biotop- und Naturschutzgebiete sollen ihrer Biotop-Funktion angepasst weiter bewirtschaftet werden.
- G Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, die im Rahmen eines ökologisch wirksamen Freiraumverbunds in ihrer Nutzungsintensität eingeschränkt, extensiv genutzt oder gepflegt werden, sollen bevorzugt in Förderprogrammen der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und des Naturschutzes einbezogen werden.
- 5.1.2.4 G In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen sollen bestehende Abbaustätten einen Beitrag zur Erhaltung und Erhöhung der Artenvielfalt leisten. Die Abbaustätten sind durch Renaturierung und Folgenutzung so anzulegen, dass sie die Funktion dieser Landschaftsräume unterstützen.
- 5.1.2.5 Z Die Naturparke ergänzen den großräumigen Freiraumverbund räumlich. Sie sollen als Instrumente für eine naturnahe, nachhaltige Entwicklung größerer Landschaftsräume eingesetzt werden.
- 5.1.3 Z Zum Schutz von Naturgütern, naturbezogenen Nutzungen und ökologischen Funktionen vor anderen Nutzungsarten oder Flächeninanspruchnahmen werden in den Regionalplänen **Regionale Grünzüge, Grünzäsuren und Schutzbedürftige Bereiche** ausgewiesen. Sie konkretisieren und ergänzen die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume im Freiraumverbund.
- Z Regionale Grünzüge sind größere zusammenhängende Freiräume für unterschiedliche ökologische Funktionen, für naturschonende, nachhaltige Nutzungen oder für die Erholung; sie sollen von Besiedlung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freigehalten werden.
- Z Grünzäsuren sind kleinere Freiräume zur Vermeidung des Zusammenwachsens von Siedlungen und für siedlungsnahe Ausgleichs- und Erholungsfunktionen; sie sollen von Besiedlung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freigehalten werden.
- Z In den Schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege, für die Landwirtschaft, für Waldfunktionen und Forstwirtschaft, für den Bodenschutz, für die Wasserwirtschaft und für die Erholung haben naturbezogene Nutzungen und die Erfüllung ökologischer Funktionen Vorrang vor anderen, vor allem baulichen Nutzungen.
- 5.1.3.1 G Die Träger der Fachplanungen berücksichtigen bei der Ausweisung fachplanerischer Schutzgebiete die in den Regionalplänen ausgewiesenen Schutzbedürftigen Bereiche. Fachplanerische Schutzgebiete ergänzen den Freiraumverbund.

- 5.1.4 G Die Gemeinden ergänzen die landes- und regionalplanerisch ausgewiesenen Bereiche des Freiraumverbunds im Rahmen der Bauleitplanung durch die Ausweisung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Gewässer, Natur und Landschaft.

5.2 Rohstoffsicherung

- 5.2.1 G Der Versorgung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen kommt bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besondere Bedeutung zu. Insbesondere soll, auch im Interesse künftiger Generationen, die Möglichkeit des Abbaus bedeutsamer Vorkommen langfristig grundsätzlich offen gehalten werden.

Die derzeit bekannten bedeutsamen Rohstoffvorkommen sind im Anhang in Karte 5 dargestellt.

- 5.2.2 G Die Bodenschätze des Landes sind zu erfassen. Abbauwürdige Bodenschätze sind für die Rohstoffversorgung zu sichern.

- G Nach Maßgabe der jeweils geltenden Vorschriften sind die landesweite Erfassung, das Aufsuchen, der Abbau und die Sicherung von Rohstoffvorkommen für einen späteren Abbau zu unterstützen.

- 5.2.3 Z In den Regionalplänen sind regionalbedeutsame Abbaustätten, aktivierbare Reserven und Rohstoffvorkommen als Bereiche für den Abbau von Rohstoffen (Abbaubereiche) und als Bereiche zur Sicherung von Rohstoffvorkommen (Sicherungsbereiche) festzulegen.

- Z Als Abbaubereiche sind Bereiche auszuweisen, in denen der Rohstoffabbau unter überörtlichen Gesichtspunkten Vorrang vor anderen Nutzungen hat und zeitnah vorgesehen ist.

- Z Als Sicherungsbereiche sind Bereiche auszuweisen, die von Nutzungen freigehalten werden sollen, die einem späteren Rohstoffabbau entgegenstehen.

- 5.2.4 G Die Regionalpläne können festlegen, dass ein Abbau von regionalbedeutsamen Rohstoffvorkommen außerhalb der ausgewiesenen Abbaubereiche in der gesamten Region grundsätzlich ausgeschlossen ist.

- G Bei der Ausweisung von Abbaubereichen und Sicherungsbereichen sind die Belange der Rohstoffsicherung und Rohstoffversorgung mit anderen raumbedeutsamen Nutzungen und Vorhaben sowie vor allem mit den Erfordernissen des Natur- und Umweltschutzes, der Landschaftserhaltung, der Land- und Forstwirtschaft, des Bodenschutzes, der Wasserwirtschaft, der Erholung, sonstiger ökologischer Belange und der Siedlungsentwicklung mit dem ihnen jeweils zukommenden Gewicht abzustimmen und abzuwägen.

- G In Nutzung befindliche Lagerstätten sind möglichst vollständig abzubauen, ehe ein neues Vorkommen erschlossen wird. Im Übrigen sind durch Entwicklung und Förderung der Kreislaufwirtschaft die Rohstoffvorkommen im Interesse späterer Generationen zu schonen. Die Ansätze zur Kreislaufwirtschaft sind landesweit zu stärken.

- 5.2.5 G Beim Abbau von Lagerstätten sind die Rekultivierung oder Renaturierung sowie die Einbindung in die Landschaft sicherzustellen.

5.3 Landwirtschaft, Forstwirtschaft

- 5.3.1 G Die ökonomische, ökologische und soziale Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere aufgrund ihrer Funktionen für die Ernährung, die Holzversorgung, die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, ist zu erhalten und zu entwickeln.

- 5.3.2 Z Die für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden und Standorte, die eine ökonomisch und ökologisch effiziente Produktion ermöglichen, sollen als zentrale Produktionsgrundlage geschont werden; sie dürfen nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden. Die Bodengüte ist dauerhaft zu bewahren.

- G Der Anbau nachwachsender Rohstoffe ist aus Gründen der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes sowie als Einstieg in die Kreislaufwirtschaft zu fördern.

- 5.3.3 G Die Betriebs- und Flurstrukturen sind so zu erhalten und zu entwickeln, dass eine langfristige, funktionsgerechte und wettbewerbsfähige Landbewirtschaftung möglich ist. Insbesondere in Räumen mit starkem Siedlungsdruck sind die Fluren in den Freiräumen so auszuwählen, zu bemessen, zu sichern und zu entwickeln, dass eine rationelle landwirtschaftliche Bodennutzung möglich ist. Insbesondere für die Land- und Forstwirtschaft wertvolle Böden sind zu schonen.

- G Die Möglichkeiten einer Flurneuordnung sind zu nutzen, um die für Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand benötigten Flächen sozial verträglich bereitzustellen, die Bewirtschaftungsstrukturen in der Landwirtschaft zu verbessern, den strukturellen Wandel in der Landwirtschaft zu flankieren und landschaftsökologische Aufwertungsmaßnahmen zu unterstützen.

- 5.3.4 Z Der Wald ist wegen seiner Bedeutung als Ökosystem, für die Umwelt, das Landschaftsbild und die Erholung und wegen seines wirtschaftlichen Nutzens im Rahmen einer naturnahen und nachhaltigen Bewirtschaftung zu erhalten, zu schützen und zu pflegen.

- G Eine naturnahe Waldbewirtschaftung mit standortgerechten Baumarten ist anzustreben; der Anteil von Bann- und Schonwäldern ist zu erhöhen. Waldbiotope sind ihrer Biotopfunktion angepasst zu bewirtschaften.

- G In waldarmen Gebieten sind Möglichkeiten der Erhöhung des Waldflächenanteils in Abstimmung mit den übrigen Freiraumfunktionen und unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landwirtschaft wahrzunehmen.

- 5.3.5 Z Eingriffe in den Bestand des Walds in Verdichtungsräumen und in Wäldern mit besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen sind auf das Unvermeidbare zu beschränken. Solche Waldverluste sollen möglichst in der Nähe der Eingriffe in Abstimmung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landwirtschaft durch Aufforstung von geeigneten Flächen ausgeglichen werden.

5.4 Freizeit und Erholung

- 5.4.1 G Den gestiegenen Ansprüchen der Bevölkerung an Freizeit und Erholung ist durch eine bedarfsgerechte Ausweisung und Gestaltung geeigneter Flächen Rechnung zu tragen. Dabei sind die landschaftliche Eigenart und die Tragfähigkeit des Naturhaushalts zu bewahren, das Naturerlebnis zu fördern sowie eine bedarfsgerechte Anbindung und Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel sicherzustellen.
- 5.4.2 G Heilbäder, Kurorte und Tourismusorte sind in ihrer Bedeutung für Erholung und Tourismus zu stärken. Ausbau und Weiterentwicklung der Infrastruktur für die spezifischen Bedürfnisse von Erholung und Tourismus sind zu fördern.
- 5.4.3 G Freizeiteinrichtungen sind möglichst in bestehende Siedlungen zu integrieren oder in Anlehnung an diese zu errichten. In der Nähe größerer Siedlungen sind für die ortsnahe Freizeitgestaltung und Erholung leicht zugängliche Bereiche freizuhalten und zu gestalten.
- 5.4.4 G Einrichtungen für Freizeitaktivitäten und Erholung sollen sich in die Landschaft einfügen, das Landschaftsbild möglichst wenig beeinträchtigen und insbesondere in naturnahen Landschaftsräumen naturverträglich sein.
- 5.4.5 G Zur Befriedigung der Nachfrage nach Möglichkeiten für sportliche Aktivitäten und erholsame Vergnügungen in großflächigen Freizeiteinrichtungen sind geeignete Räume und Standorte zu sichern und raum- und umweltverträglich auszugestalten. Dabei sind die Lage im Raum- und Siedlungsgefüge sowie die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der sparsamen Bodennutzung zu berücksichtigen.
- 5.4.6 G Freizeiteinrichtungen mit starkem Besucherverkehr sollen an öffentliche Verkehrsmittel und ortsdurchfahrtsfreie Straßen angeschlossen sein. Wohnsiedlungen und Kurorte sind vor störenden Einwirkungen zu schützen.

6. **Stärkung der regionalen Eigenkräfte**

6.1 **Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung**

- 6.1.1 Z Die in diesem Plan festgelegten Grundsätze und Ziele der Raumordnung zur Entwicklung der Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur sowie die Grundsätze und Ziele der fachlichen Entwicklungspläne sind zur Sicherung einer nachhaltigen, gleichwertigen und zukunftsfähigen Entwicklung der Teilräume des Landes in den Regionalplänen räumlich und sachlich auszuformen; dies gilt auch für die Grundsätze der Raumordnung im Raumordnungsgesetz.
- 6.1.2 Z Die Regionalverbände wirken im Rahmen ihrer Beratungs-, Moderations- und Koordinationsfunktion auf die inhaltliche Umsetzung der Regionalpläne hin; sie wirken als Träger der Regionalplanung an den raumbedeutsamen Fachplanungen mit und geben Anstöße für regionale und teilräumliche Entwicklungsprozesse.
- Z Die höheren Raumordnungsbehörden und die Regionalverbände unterrichten und beraten die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen und die sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung.
- 6.1.3 Z Öffentliche Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Abs. 3 des Raumordnungsgesetzes haben die Grundsätze für die räumliche Ordnung und Entwicklung der Regionen zu berücksichtigen und die Ziele zu beachten. Abstimmung und Verwirklichung der Entwicklungsziele sind seitens der Regionalverbände im Benehmen mit anderen regionalen Akteuren durch regionales Management zu unterstützen.
- 6.1.4 G Der zunehmenden Regionaldynamik, den räumlichen Verflechtungen und den wachsenden Abstimmungs- und Handlungserfordernissen auf regionaler Ebene soll durch Stärkung der regionalen Kooperation Rechnung getragen werden. Die für die Umsetzung der Regionalpläne maßgeblichen öffentlichen Stellen und privaten Akteure sind einzubeziehen.
- 6.1.5 G Interkommunale, regionale und grenzübergreifende Kooperationen wie Städtenetze, Regionalkonferenzen, regionale Allianzen sowie regionale Entwicklungs- und Handlungskonzepte unter Einbeziehung der Wirtschaft und anderer regionaler Akteure sollen regionale Eigenkräfte freisetzen, regionale Defizite beseitigen, Standortfaktoren verbessern und Synergieeffekte nutzen. Diese Zusammenarbeit soll in Initiative und Verantwortung der regionalen Akteure entfaltet, durchgeführt und umgesetzt werden.
- 6.1.6 G Durch die Bündelung höherwertiger Einrichtungen, Förderung funktionaler Spezialisierung und Nutzung der Möglichkeiten gegenseitiger infrastruktureller Ergänzung und Aufgabenteilung zwischen den Aufgabenträgern in den Regionen sind die Standortbedingungen dauerhaft zu verbessern und die Leistungskraft insbesondere in strukturschwächeren Räumen zu stärken.
- 6.1.7 Z Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich des Einsatzes der hierfür vorgesehenen Finanzmittel sind die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen und die Ziele zu beachten.

- G Der Einsatz von fachlichen Förderprogrammen für regionalbedeutsame Vorhaben sollte auf der Grundlage von regionalen Entwicklungskonzepten oder auf andere geeignete Weise abgestimmt werden.

6.2 Besondere regionale Entwicklungsaufgaben

- 6.2.1 Z Zur Stärkung der Leistungskraft des Landes, insbesondere zur Förderung seiner nationalen und internationalen Einbindung, zur Intensivierung der regionalen und grenzüberschreitenden Kooperation und zur Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für folgende großräumige Landesteile festgelegt:
- Europäische Metropolregion Stuttgart,
 - Europäischer Verflechtungsraum Oberrhein,
 - Bodenseeraum.
- Z Zur Stärkung bestehender Entwicklungsansätze im Ländlichen Raum, zur Bewältigung des regionalen Strukturwandels, zur Entwicklung schwach und einseitig strukturierter Gebiete, zur Entlastung stark verdichteter Räume, zur Überwindung hemmender Verwaltungsgrenzen und zur Unterstützung anderer landesbedeutsamer Raumplanungen sollen besondere regionale Entwicklungsaufgaben insbesondere in den Räumen Ulm, Ostwürttemberg, Villingen-Schwenningen und Oberes Gäu und den Räumen mit Strukturchwächen wahrgenommen werden.
- Z Öffentliche Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Abs. 3 des Raumordnungsgesetzes haben die für die Räume mit besonderen regionalen Entwicklungsaufgaben festgelegten Grundsätze zu berücksichtigen, die Ziele zu beachten und ihre Verwirklichung zu fördern. Die Regionalverbände streben dabei im Rahmen ihrer Planungs-, Beratungs-, Moderations- und Kooperationsfunktion frühzeitig eine Abstimmung zwischen den Planungsträgern und gesellschaftlichen Gruppen im Raum an.
- (Europäische Metropolregion Stuttgart)
- 6.2.2 Z Wegen ihrer herausragenden Funktionen im internationalen Maßstab und ihrer besonderen Bedeutung für die gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes ist die Europäische Metropolregion Stuttgart in ihrer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit weiterzuentwickeln und zu stärken. Die Europäische Metropolregion Stuttgart umfasst insbesondere den Verdichtungsraum Stuttgart einschließlich der Räume um Heilbronn (Plansatz 6.2.2.2) und um Reutlingen/Tübingen (Plansatz 6.2.2.3) und seine Randzone.
- G Die Entwicklung der Europäischen Metropolregion Stuttgart soll sich auf dezentrale räumliche und organisatorische Strukturen stützen und diese stärken. Durch eine Vernetzung mit anderen Landesteilen ist die Wechselwirkung zwischen den Entwicklungszielen der Europäischen Metropolregion Stuttgart und der anderen Regionen des Landes, insbesondere der angrenzenden Regionen, zu optimieren. Die Vernetzung innerhalb des Landes ist durch leistungsfähige Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen zu fördern. Dabei sind insbesondere die Räume um Heilbronn und Reutlingen/Tübingen in ihrer Eigenständigkeit innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart sowie in ihrer Mittlerrolle und oberzentralen Funktion für die Regionen Franken und Neckar-Alb zu unterstützen.

- 6.2.2.1 Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für die Europäische Metropolregion Stuttgart sind
- die Verbesserung der Erreichbarkeit anderer Europäischer Metropolregionen in Deutschland und vergleichbarer Regionen in Europa durch den Ausbau der Fernstraßen und des Hochgeschwindigkeitsverkehrs der Bahn, insbesondere durch die Realisierung der Projekte Stuttgart 21 und der Magistrale Paris - Stuttgart - Budapest, und durch deren Verknüpfung mit den regionalbedeutsamen Netzen,
 - die Erhaltung, der Ausbau und die Ansiedlung von Institutionen und Infrastrukturen mit internationaler und nationaler Bedeutung,
 - die Weiterentwicklung der Funktionsfähigkeit des Landesflughafens Stuttgart im Gesamtverkehrsnetz, insbesondere durch die Einbindung in das Hochgeschwindigkeitsnetz und den Regionalverkehr der Bahn,
 - die Errichtung und der Betrieb der Landesmesse mit leistungsfähigen Anschlüssen an das Schienen- und Straßennetz und in räumlicher Nähe zum Landesflughafen Stuttgart als zukunftsfähige Dienstleistungseinrichtung mit Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg,
 - die Erhaltung und Steigerung der Attraktivität als Lebens- und Wirtschaftsraum und Wirtschaftsstandort, insbesondere durch Bewahrung der dezentralen Siedlungsstruktur, Vernetzung der Freiraumfunktionen und Weiterentwicklung des Verkehrssystems mit dem Ziel einer nachhaltigen sozial- und umweltverträglichen Mobilität.
- 6.2.2.2 Z Die besondere Bedeutung des Raums um das Oberzentrum Heilbronn innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart und für die Mittlerrolle in andere Teile der Region Franken ist zu wahren und zu nutzen. Besondere regionale Entwicklungsaufgaben dazu sind
- die Stärkung des Oberzentrums Heilbronn als leistungsfähiger wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Mittelpunkt,
 - die Weiterentwicklung des überregionalen Verkehrsknotens Heilbronn zur Unterstützung und Entlastung zentraler Teile der Europäischen Metropolregion Stuttgart, insbesondere durch die Stärkung der Landesentwicklungssachse nach Stuttgart, den Ausbau der Autobahn A6, eine angemessene Bedienung durch die Bahn und die Weiterentwicklung des kombinierten Ladeverkehrs unter Einbeziehung der Hafenstandorte,
 - die Stärkung des Raums Heilbronn in seiner Rolle als Bindeglied zwischen dem Verdichtungsraum um die Landeshauptstadt Stuttgart und dem Ländlichen Raum der Region, insbesondere entlang der Entwicklungsachsen als Leitlinien der Vernetzung und der Schwerpunktsetzung,
 - der Aufbau neuer Cluster, der Ausbau touristischer Ansätze und die Vernetzung der vielfältigen Kulturangebote in der gesamten Region.
- 6.2.2.3 Z Die besondere Bedeutung des Raums um das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart und für die Mittlerrolle in andere Teile der Region Neckar-Alb ist zu wahren und zu nutzen. Besondere regionale Entwicklungsaufgaben dazu sind
- die Stärkung der oberzentralen Funktionen von Reutlingen/Tübingen, insbesondere durch den Ausbau in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Forschung, Technologie und Dienstleistung sowie durch die Ausgestaltung der Landesentwicklungssachse nach Stuttgart,

- die Stärkung des Raums Reutlingen/Tübingen in seiner Rolle als Bindeglied zwischen dem Verdichtungsraum um die Landeshauptstadt Stuttgart und dem Ländlichen Raum der Schwäbischen Alb und des Donaupraums, insbesondere entlang der Entwicklungsachsen als Leitlinien der Vernetzung und der Schwerpunktsetzung,
- die Unterstützung beim wirtschaftlichen Strukturwandel und bei der Folgenutzung militärischer Konversionsflächen,
- das Hinwirken auf die künftige Zuordnung des Verdichtungsbereichs Albstadt/Balingen/Hechingen zur Europäischen Metropolregion Stuttgart.

(Europäischer Verflechtungsraum Oberrhein)

6.2.3 Z Wegen der zentralen Lage in Europa, der Verkehrsgunst, der zukunftsweisenden wirtschaftlichen Entwicklungsansätze, der besonderen landschaftlichen und ökologischen Bedeutung und der vielfältigen, sich ergänzenden Potenziale des deutsch-französisch-schweizerischen Grenzraums ist der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein grenzübergreifend durch Intensivierung der Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen seinen Teilräumen als Siedlungs- und Wirtschaftsraum und Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung weiterzuentwickeln. Der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein umfasst in Baden-Württemberg den Rhein-Neckar-Raum (Plansatz 6.2.3.1), den Raum Karlsruhe/Pforzheim (Plansatz 6.2.3.2), den Raum Offenburg (Plansatz 6.2.3.3), den Raum Freiburg (Plansatz 6.2.3.4) und den Raum Dreiländereck (Plansatz 6.2.3.5).

Z Der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein ist im Sinn einer Europäischen Metropolregion zu behandeln. Dazu ist er insgesamt nachhaltig, vernetzt und grenzübergreifend als Zukunftsregion zu entwickeln. Besondere regionale Entwicklungsaufgaben dazu sind

- die Intensivierung der grenzüberschreitenden Abstimmung und die Harmonisierung von Planungen und Maßnahmen,
- der Ausbau der regionalen und grenzüberschreitenden Kooperationen und Vernetzungen sowie die Stärkung der Städte und Gemeinden mit grenzüberschreitenden Verflechtungen,
- die qualitative Weiterentwicklung des Gesamttraums unter Berücksichtigung der Abhängigkeiten zwischen Siedlungsentwicklung, Wirtschaft, Verkehr, Ökologie, Landschaft, Tourismus, Erholung und Sport,
- die Entwicklung als europäischer Wirtschafts- und Forschungsstandort unter Nutzung der hohen wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Potenziale,
- die Erhaltung, der Ausbau und die Ansiedlung von Institutionen und Infrastrukturen mit internationaler und nationaler Bedeutung,
- die umweltgerechte Ausgestaltung der Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftverkehrsnetze am Oberrhein als europäischer Verkehrsdrehscheibe,
- die Entwicklung einer grenzüberschreitend abgestimmten Angebotsstruktur der Flughäfen,
- die Sicherung, Renaturierung und Weiterentwicklung der Rheinauen als wichtiges Regenerationsgebiet für das überregional bedeutsame Grundwasservorkommen im Oberrheingraben und als Natur- und Erholungslandschaft,
- geeignete und ausreichende Maßnahmen zur Gewährleistung einer angemessenen Hochwassersicherheit,
- die zügige Fortführung und Umsetzung des Projekts "Integriertes Rheinprogramm".

(Rhein-Neckar-Raum)

6.2.3.1 Z Wegen seiner Bedeutung für die weitere Entwicklung im Nordwesten des Landes und für die benachbarten Länder, seiner tragenden Rolle als großer Verdichtungsraum, seiner Aufgabe als Wachstumsmotor mit nationaler Ausstrahlung und zur Bewältigung des wirt-

schaftlichen Strukturwandels werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Rhein-Neckar-Raum festgelegt. Dieser Raum umfasst insbesondere das baden-württembergische Gebiet des Raumordnungsverbands Rhein-Neckar.

- Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Rhein-Neckar-Raum sind
- die Sicherung der Funktionsfähigkeit und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des grenzüberschreitenden Verdichtungsraums,
 - die Weiterentwicklung der Raumstruktur durch Intensivierung der regionalen Kooperation, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Abfallwirtschaft, Medien und Naherholung, unter Berücksichtigung der engen Verflechtungen mit den angrenzenden Teilen der Region Unterer Neckar, von Hessen und von Rheinland-Pfalz,
 - der Ausbau der Standortattraktivität in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Bildung, Medizin und Medien, die Mobilisierung von Entwicklungsreserven zur Schaffung von Arbeitsplätzen und die Weiterentwicklung der Bioregion Rhein-Neckar,
 - die Erarbeitung und Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte wie des grenzüberschreitenden Landschaftsparks Rhein-Neckar-Pfalz,
 - die Nutzung der Standortchancen und Entwicklungsmöglichkeiten als Knotenpunkt europäischer Infrastrukturen,
 - die Verwirklichung der Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn von Mannheim nach Frankfurt unter vollwertiger Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim in das heutige und künftige Hochgeschwindigkeitsnetz,
 - die zügige Realisierung der Rhein-Neckar-S-Bahn und des Projekts Mannheim 21,
 - die Sicherung des Luftverkehrsstandorts Mannheim City.

(Raum Karlsruhe/Pforzheim)

- 6.2.3.2 Z Wegen seiner Bedeutung für die Entwicklung des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein, seiner verkehrsgünstigen Lage, seiner Brückenfunktion nach Rheinland-Pfalz und Frankreich einerseits und zur Europäischen Metropolregion Stuttgart andererseits und seiner hohen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklungspotenziale werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Karlsruhe/Pforzheim festgelegt. Dieser Raum umfasst insbesondere den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim und seine Randzone.

- Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Karlsruhe/Pforzheim sind
- die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Verdichtungsraums Karlsruhe/Pforzheim und seiner Wettbewerbsfähigkeit als bedeutsamer Wirtschaftsraum unter Berücksichtigung der engen Verflechtungen mit den angrenzenden Teilen der Region Mittlerer Oberrhein, der Region Nordschwarzwald, der Südpfalz und des Nord-Elsass,
 - der weitere Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperationen im deutsch-französischen Grenzraum, insbesondere die Verwirklichung des Raumentwicklungskonzepts im PAMINA-Raum Mittlerer Oberrhein/Südpfalz/Nord-Elsass,
 - die weitere Stärkung der wissenschaftlich-technologischen Potenziale,
 - die Realisierung des Projekts Neue Messe Karlsruhe,
 - die weitere Umsetzung des Konversionsprojekts Baden-Airport und Baden-Airpark,
 - die Erarbeitung und Umsetzung eines Integrierten Verkehrskonzepts für den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim unter Berücksichtigung angrenzender Teile der Regionen Mittlerer Oberrhein und Nordschwarzwald sowie verdichteter Gebiete westlich des Rheins,
 - die Weiterentwicklung der Fernverkehrsinfrastruktur zur angemessenen Bewältigung des Nord-Süd- und West-Ost-Verkehrs.

- (Raum Offenburg)
- 6.2.3.3 Z Wegen seiner Entwicklungsfunktion innerhalb des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein, seiner Nachbarschaft zur Europastadt Strasbourg und zur Unterstützung von Offenburg als Oberzentrum werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Offenburg festgelegt. Dieser Raum umfasst insbesondere den Verdichtungsbereich im Ländlichen Raum Offenburg/Lahr/Kehl.
- Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Offenburg sind
- die Ausgestaltung einer grenzüberschreitenden Partnerschaft zum Raum Strasbourg, insbesondere durch die Städte Kehl und Offenburg,
 - der Ausbau der oberzentralen Funktionen von Offenburg,
 - die Intensivierung der Kooperation und Arbeitsteilung innerhalb des Raums unter Berücksichtigung der engen Verflechtungen mit den anschließenden Teilen des Ländlichen Raums und mit dem Elsass,
 - die Nutzung der verkehrlichen Standortgunst durch den Ausbau der grenzüberschreitenden Fern- und Regionalverbindungen im Schienen- und Straßenverkehr.
- (Raum Freiburg)
- 6.2.3.4 Z Wegen der besonderen Bedeutung für den Südwesten des Landes, der starken wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Elsass und der Bedeutung als Tourismusgebiet mit internationaler Geltung werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Freiburg festgelegt. Dieser Raum umfasst im Wesentlichen den südlichen Teil der Region Südlicher Oberrhein.
- Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Freiburg sind
- die Sicherung der Bedeutung des Verdichtungsraums Freiburg für den südlichen Teil des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein,
 - die Stärkung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit des Oberzentrums Freiburg,
 - die Pflege und Weiterentwicklung der institutionalisierten und informellen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,
 - der Ausbau der mittelzentralen Funktionen von Breisach am Rhein unter besonderer Berücksichtigung der Rolle als Brückenkopf zum Elsass,
 - die weitere verkehrsinfrastrukturelle Ausgestaltung, insbesondere durch die Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs, den Ausbau der Fernverbindungen im Straßenverkehr und eine bessere Anbindung an den EuroAirport,
 - der Ausbau der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Potenziale, insbesondere die Weiterentwicklung der Bioregion und der Solarregion Freiburg.
- (Raum Dreiländereck)
- 6.2.3.5 Z Wegen der Bedeutung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich und der Schweiz in der Trinationalen Agglomeration Basel TAB und am Hochrhein und der verkehrlichen Knotenpunktsfunktion im Süden des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Dreiländereck festgelegt. Dieser Raum umfasst insbesondere den Verdichtungsraum Lörrach/Weil(/Basel) und seine Randzone.

- Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Dreiländereck sind
- die Pflege und Weiterentwicklung institutionalisierter und informeller grenzüberschreitender Zusammenarbeit, insbesondere in der Trinationalen Agglomeration Basel und der Hochrhein-Kommission,
 - der Ausbau der oberzentralen Funktionen von Lörrach/Weil am Rhein in Abstimmung und Kooperation mit Basel,
 - die Entwicklung grenzübergreifender interkommunaler Gewerbegebiete,
 - die weitere verkehrsinfrastrukturelle Ausgestaltung, insbesondere durch den viergleisigen Ausbau der Schiene am Oberrhein und die Verknüpfung von ICE und TGV Rhin-Rhône in Basel, den Weiterbau der Hochrhein-Autobahn, den Ausbau des schiffbaren Rheins bis zum Mittelzentrum Rheinfelden sowie die Einbindung des EuroAirports in das Gesamtverkehrsnetz.

(Bodenseeraum)

- 6.2.4 Z Wegen seiner einzigartigen funktionalen Vielfalt als Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturraum und als Freizeit-, Erholungs- und Tourismusgebiet, wegen seiner Bedeutung als Ökosystem und seiner herausgehobenen Funktion für die Wasserwirtschaft werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Bodenseeraum festgelegt. Der Bodenseeraum umfasst insbesondere den Verdichtungsraum und dessen Randzone sowie angrenzende Teile des Ländlichen Raums in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee.

- Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Bodenseeraum sind
- die dauerhafte Bewahrung der europäisch bedeutsamen Kultur- und Naturlandschaft,
 - die Weiterentwicklung der Standortqualität insbesondere für innovative, zukunftssichere und umweltverträgliche Forschungs- und Dienstleistungsbetriebe und forschungsin-
tensive Industrie unter Einbindung der Hochschul- und Forschungseinrichtungen,
 - die interkommunale Zusammenarbeit und Funktionsteilung des Oberzentrums Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten,
 - die Weiterentwicklung des Bodensee-Uferbereichs als Freizeit-, Erholungs- und Tourismusraum unter Bewahrung der Kultur- und Naturlandschaft und unter Beachtung limnologischer und naturschutzfachlicher Erfordernisse,
 - die Fortführung und Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Sinn des Bodenseeleitbilds und der Bodenseeagenda 21 der Internationalen Bodenseekonferenz,
 - der Aufbau und die Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Seeufer- und Hinterlandgemeinden bei der Siedlungs- und Verkehrsplanung,
 - die Stärkung des Hinterlands durch den Ausbau der zentralörtlichen Funktionen in den Mittelzentren Pfullendorf und Stockach,
 - die Lenkung der Siedlungsentwicklung vorrangig in das angrenzende Hinterland zur Milderung des Siedlungsdrucks im Uferbereich,
 - die Lenkung der Siedlungsentwicklung innerhalb des Uferbereichs auf geeignete see-
abgewandte Standorte,
 - die Freihaltung der engeren Uferzone von weiterer Bebauung und Verdichtung,
 - die Verbesserung der Angebote im öffentlichen Personenverkehr zur Minderung von Individualfahrten in Seenähe,
 - der Aufbau einer schnellen Schiffsverbindung zwischen Friedrichshafen und Konstanz im Zug der Landesentwicklungssachse,
 - die bessere Anbindung des Bodenseeraums an den Fernverkehr, insbesondere durch Attraktivitätssteigerungen auf den Bahnstrecken Stuttgart - Singen - Konstanz, Offenburg - Singen - Konstanz, Ulm - Friedrichshafen - Lindau und der Bodensee-Gürtel-

bahn sowie durch die angemessene Fortentwicklung des Fernstraßennetzes und des Flughafens Friedrichshafen.

(Raum Ulm)

6.2.5 Z Wegen seiner besonderen Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des baden-württembergisch-bayerischen Grenzraums, seiner Stellung als Wissenschaftsstadt und seiner Ausstrahlung in die benachbarten Regionen Bodensee-Oberschwaben und Ostwürttemberg werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Ulm festgelegt. Der Raum umfasst baden-württembergische Teile der Region Donau-Iller, insbesondere den Verdichtungsraum Ulm/Neu-Ulm.

Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Ulm sind

- die Stärkung der oberzentralen Funktionen von Ulm in Abstimmung mit Neu-Ulm und seiner Ausstrahlung auf das regionale Umfeld,
- die Stärkung von Ulm als Wissenschaftsstadt durch Kooperation von Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen untereinander und mit der Wirtschaft,
- die Nutzung innovativer Impulse für neue Dienstleistungen, für Forschung und Technologie, für den wirtschaftlichen Strukturwandel und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Donau-Iller,
- die Weiterentwicklung der Knotenpunktsfunktion von Ulm im Netz der transeuropäischen Verkehrswege, insbesondere durch die Realisierung der Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn von Stuttgart nach Ulm, die Umsetzung des Projekts Ulm 21 sowie die Attraktivitätssteigerung auf der Strecke Ulm - Friedrichshafen.

(Raum Ostwürttemberg)

6.2.6 Z Zur Unterstützung des Zusammenwachsens und der Eigenständigkeit des Raums, zur Stärkung der endogenen Potenziale und zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Nachbarräumen werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Ostwürttemberg festgelegt. Der Raum umfasst im Wesentlichen die Mittelbereiche Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd.

Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Ostwürttemberg sind

- die gemeinsame Wahrnehmung oberzentraler Funktionen durch die vier Mittelzentren,
- die Intensivierung der Vernetzung dieser Mittelzentren, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Tourismus,
- der Ausbau der Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu einem regionalen Netzwerk,
- die Unterstützung des im Aufbau befindlichen Clusters für Fotonik und Optoelektronik,
- die Verbesserung der verkehrlichen Einbindung und Erschließung zur Unterstützung der vorgenannten Entwicklungsaufgaben,
- die Intensivierung der Kooperation, insbesondere mit der Europäischen Metropolregion Stuttgart, dem Raum Ulm und den bayerischen Nachbarräumen.

(Raum Villingen-Schwenningen)

6.2.7 Z Zur Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie zur Festigung der dezentralen Siedlungsstruktur des Landes und zur strukturpolitisch erwünschten Entlastung der Europäischen Metropolregion Stuttgart werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Villingen-Schwenningen festgelegt. Der Raum umfasst im Wesentlichen die Mittelbereiche Donaueschingen, Rottweil, Schramberg, Tuttlingen und Villingen-Schwenningen.

- Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Villingen-Schwenningen sind
- die dauerhafte Stärkung der Leistungskraft des Oberzentrums und seiner zentralörtlichen Funktionen,
 - die Festigung der Vernetzung des Oberzentrums mit den Mittelzentren Donaueschingen, Rottweil, Schramberg und Tuttlingen unter Einbeziehung der Wirtschaft und anderer regionaler Akteure,
 - die Verbesserung der Standortbedingungen für die Wirtschaft und der Voraussetzungen für den Tourismus,
 - der Aufbau eines Regionalen Logistikzentrums,
 - die regionale Standortvorsorge und Flächensicherung für landesbedeutsame Industrieansiedlungen durch Ausweisung eines großflächigen Gewerbegebiets,
 - die Stärkung der Knotenpunktsfunktion im überregionalen Schienen- und Straßenverkehr,
 - die Mitwirkung beim Aufbau eines flächendeckenden ÖPNV-Verbunds,
 - die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

(Raum Oberes Gäu)

- 6.2.8 Z Wegen seiner Standortgunst an der Nahtstelle zwischen der Europäischen Metropolregion Stuttgart und den bedeutenden Erholungslandschaften des Schwarzwalds und der Schwäbischen Alb, wegen des starken Siedlungsdrucks, der notwendigen Abstimmung im Infrastrukturbereich und zur Schonung der landschaftlichen und ökologischen Gegebenheiten sowie wegen des besonderen Koordinationsbedarfs im Zuständigkeitsbereich von vier Regierungsbezirken und vier Regionen werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Oberes Gäu festgelegt. Der Raum umfasst im Wesentlichen die Mittelbereiche Herrenberg (Region Stuttgart), Rottenburg (Region Neckar-Alb), Nagold und Horb (Region Nordschwarzwald).

- Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Oberes Gäu sind
- die Intensivierung der räumlichen Kooperation und die Abstimmung bei größeren Planungsvorhaben auf regionaler und kommunaler Ebene,
 - die Erstellung eines grenzübergreifenden räumlichen Entwicklungskonzepts unter Berücksichtigung der Verflechtungen mit angrenzenden Räumen,
 - die Ausformung der Landesentwicklungsachsen, insbesondere zwischen Nagold und Herrenberg sowie zwischen Rottenburg und Horb mit Weiterführung nach Freudenstadt,
 - die Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf die verkehrliche Erschließung durch den öffentlichen Personenverkehr,
 - die Erhaltung größerer zusammenhängender Freiflächen und der Böden mit hoher natürlicher Ertragsfähigkeit,
 - die Vereinbarung regionaler Leitziele für ein eigenständiges Entwicklungsprofil unter Einbeziehung weiterer Akteure im Raum und Intensivierung der Vernetzung mit den benachbarten Großräumen.

6.3 **Räume mit Strukturschwächen**

- 6.3.1 G Die Räume mit Strukturschwächen in der jeweils gültigen Abgrenzung sollen so gefördert werden, dass sie aus eigener Kraft ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können. Gleichzeitig sollen durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Ausbau des Nahverkehrs, erweiterte Angebote an Versor-

gungs- und sozialen Infrastruktureinrichtungen die Entwicklungsreserven in diesen Räumen mobilisiert werden.

- 6.3.2 G In den Räumen mit Strukturschwächen soll insbesondere die gewerbliche Wirtschaft gefördert werden. Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sollen durch strukturpolitisch sinnvolle Einrichtungen und Projekte im Rahmen der Infrastrukturförderung ergänzt werden.
- Z Die Grundsätze für Raumkategorien sind dabei zu berücksichtigen, die Ziele zu beachten.

II. Anhang zum Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

	Seite
Zu 2. Raumstruktur	
Zu 2.1.1 Raumkategorien (Zuordnung der Gemeinden zu Raumkategorien)	
Verdichtungsräume	A 3
Randzonen um die Verdichtungsräume	A 6
Ländlicher Raum	A 9
Zu 2.5 Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche (Mittelzentren; Zuordnung der Gemeinden zu Mittelbereichen)	A 14
Zu 2.6 Entwicklungsachsen Landesentwicklungsachsen	A 25
Karten	nach A 28
Zu 2.1.1 Raumkategorien (Karte 1)	
Zu 2.5 Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche - Oberzentren, Mittelzentren und Mittelbereiche - (Karte 2)	
Zu 2.6.2 Landesentwicklungsachsen (Karte 3)	
Zu 5.1.2 Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume (Karte 4)	
Zu 5.2.1 Vorkommen oberflächennaher mineralischer Rohstoffe (Karte 5)	

Zu 2.1.1 Raumkategorien

Verdichtungsräume

1. Zum Verdichtungsraum Stuttgart gehören

in der **Region Stuttgart**

der Stadtkreis Stuttgart;

vom Landkreis Böblingen die Gemeinden:

Aidlingen, Altdorf, Böblingen, Ehningen, Gärtringen, Gäufelden, Grafenau, Herrenberg, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Leonberg, Magstadt, Nufringen, Renningen, Rutesheim, Schönaich, Sindelfingen, Steinenbronn, Waldenbuch, Weil der Stadt, Weil im Schönbuch;

vom Landkreis Esslingen die Gemeinden:

Aichtal, Aichwald, Altbach, Altdorf, Altenriet, Baltmannsweiler, Bempflingen, Deizisau, Denkendorf, Dettingen unter Teck, Esslingen am Neckar, Filderstadt, Frickenhausen, Großbettlingen, Hochdorf, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Köngen, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lichtenwald, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neuhausen auf den Fildern, Notzingen, Nürtingen, Oberboihingen, Ostfildern, Owen, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Schlaitdorf, Unterensingen, Weilheim an der Teck, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar), Wolfslugen;

vom Landkreis Göppingen die Gemeinden:

Albershausen, Ebersbach an der Fils, Eislingen/Fils, Geislingen an der Steige, Gingen an der Fils, Göppingen, Kuchen, Salach, Süßen, Uhingen;

vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden:

Affalterbach, Asperg, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönningheim, Ditzingen, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemrigheim, Gerlingen, Hemmingen, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Korntal-Münchingen, Kornwestheim, Löchgau, Ludwigsburg, Marbach am Neckar, Markgröningen, Möglingen, Mundelsheim, Murr, Pleidelsheim, Remseck am Neckar, Schwieberdingen, Sersheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Vaihingen an der Enz, Walheim;

vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden:

Backnang, Fellbach, Kernen im Remstal, Korb, Leutenbach, Plüderhausen, Remshalden, Schorndorf, Schwaikheim, Urbach, Waiblingen, Weinstadt, Weissach im Tal, Winnenden, Winterbach;

in der **Region Franken**

der Stadtkreis Heilbronn;

vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden:

Bad Friedrichshall, Bad Wimpfen, Ellhofen, Erlenbach, Flein, Lauffen am Neckar, Leingarten, Neckarsulm, Nordheim, Untereisesheim, Weinsberg;

in der **Region Nordschwarzwald**

vom Enzkreis die Gemeinde:
Heimsheim;

in der **Region Neckar-Alb**

vom Landkreis Reutlingen die Gemeinden:
Eningen unter Achalm, Grafenberg, Metzingen, Pfullingen, Pliezhausen, Reutlingen, Riederich,
Walldorfhäslach, Wannweil;

vom Landkreis Tübingen die Gemeinden:
Dettenhausen, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen, Tübingen.

2. Zum baden-württembergischen Teil des grenzüberschreitenden **Verdichtungsraums Rhein-Neckar** gehören

in der Region **Unterer Neckar**

der Stadtkreis Heidelberg;

der Stadtkreis Mannheim;

vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden:
Bammental, Brühl, Dossenheim, Edingen-Neckarhausen, Eppelheim, Gaiberg, Heddesheim,
Hemsbach, Hirschberg an der Bergstraße, Hockenheim, Ilvesheim, Ketsch, Ladenburg, Laud-
bach, Leimen, Mauer, Neckargemünd, Nußloch, Offersheim, Plankstadt, Rauenberg, Sandhausen,
St. Leon-Rot, Schriesheim, Schwetzingen, Walldorf, Weinheim, Wiesloch, Wilhelmsfeld.

3. Zum **Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim** gehören

in der **Region Mittlerer Oberrhein**

der Stadtkreis Karlsruhe;

vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden:
Bruchsal, Eggenstein-Leopoldshafen, Ettlingen, Forst, Karlsbad, Karlsdorf-Neuthard, Linken-
heim-Hochstetten, Pfinztal, Rheinstetten, Stutensee, Waldbronn;

vom Landkreis Rastatt die Gemeinde:
Durmernheim;

in der **Region Nordschwarzwald**

der Stadtkreis Pforzheim;

vom Enzkreis die Gemeinden:
Birkenfeld, Eisingen, Ispringen, Kämpfelbach, Königsbach-Stein, Mühlacker, Niefern-Öschel-
bronn, Remchingen.

4. Zum **Verdichtungsraum Freiburg** gehören

in der **Region Südlicher Oberrhein**

der Stadtkreis Freiburg im Breisgau;

vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden:
Au, Bötzingen, Gundelfingen, Kirchzarten, March, Merzhausen, Umkirch;

vom Landkreis Emmendingen die Gemeinden:
Denzlingen, Emmendingen, Waldkirch.

5. Zum **Verdichtungsraum Lörrach/Weil** als baden-württembergischer Teil des Verdichtungsraums um Basel gehören

in der **Region Hochrhein-Bodensee**

vom Landkreis Lörrach die Gemeinden:
Binzen, Eimeldingen, Grenzach-Wyhlen, Inzlingen, Lörrach, Rheinfelden (Baden), Weil am Rhein.

6. Zum baden-württembergischen Teil des grenzüberschreitenden **Verdichtungsraums Ulm/Neu-Ulm** gehören

in der **Region Donau-Iller**

der Stadtkreis Ulm;

vom Alb-Donau-Kreis die Gemeinden:
Blaustein, Dornstadt, Erbach, Illerkirchberg, Staig.

7. Zum **Verdichtungsraum Bodenseeraum mit besonderer struktureller Prägung** gehören

in der **Region Hochrhein-Bodensee**

vom Landkreis Konstanz die Gemeinden:
Allensbach, Konstanz, Radolfzell am Bodensee, Rielasingen-Worblingen, Singen (Hohentwiel);

in der **Region Bodensee-Oberschwaben**

vom Bodenseekreis die Gemeinden:
Friedrichshafen, Meckenbeuren;

vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden:
Ravensburg, Weingarten.

Randzonen um die Verdichtungsräume

1. Zur **Randzone um den Verdichtungsraum Stuttgart** gehören

in der **Region Stuttgart**

vom Landkreis Böblingen die Gemeinden:

Bondorf, Deckenpfronn, Jettingen, Mötzingen, Weissach;

vom Landkreis Esslingen die Gemeinden:

Beuren, Bissingen an der Teck, Erkenbrechtsweiler, Lenningen, Neuffen, Ohmden;

vom Landkreis Göppingen die Gemeinden:

Adelberg, Aichelberg, Bad Überkingen, Birenbach, Börtlingen, Boll, Donzdorf, Dürnau, Eschenbach, Gammelshausen, Hattenhofen, Heiningen, Ottenbach, Rechberghausen, Schlat, Schlierbach, Wäschenbeuren, Wangen, Zell unter Aichelberg;

vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden:

Eberdingen, Großbottwar, Oberriexingen, Oberstenfeld, Sachsenheim;

vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden:

Allmersbach im Tal, Burgstetten, Kirchberg an der Murr;

in der **Region Franken**

vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden:

Abstatt, Bad Rappenau, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Eberstadt, Güglingen, Gundelsheim, Ilsfeld, Kirchartt, Lehrensteinsfeld, Massenbachhausen, Neckarwestheim, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Obersulm, Oedheim, Offenau, Schwaigern, Siegelsbach, Talheim, Untergruppenbach;

in der **Region Ostwürttemberg**

vom Ostalbkreis die Gemeinden:

Böbingen an der Rems, Heubach, Iggingen, Leinzell, Lorch, Mögglingen, Mutlangen, Schwäbisch Gmünd, Waldstetten;

in der **Region Nordschwarzwald**

vom Landkreis Calw die Gemeinden:

Althengstett, Bad Liebenzell, Calw, Gechingen, Nagold, Ostelsheim, Simmozheim, Wildberg;

vom Enzkreis die Gemeinden:

Friolzheim, Mönsheim;

vom Landkreis Freudenstadt die Gemeinde:

Eutingen im Gäu;

in der Region Neckar-Alb

vom Landkreis Reutlingen die Gemeinden:
Bad Urach, Dettingen an der Erms, Hülben, Lichtenstein;

vom Landkreis Tübingen die Gemeinden:
Ammerbuch, Bodelshausen, Dußlingen, Gomaringen, Mössingen, Nehren, Neustetten, Oftringen, Rottenburg am Neckar.

2. Zur Randzone um den Verdichtungsraum Rhein-Neckar gehören**in der Region Unterer Neckar**

vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden:
Altlußheim, Dielheim, Eschelbronn, Malsch, Meckesheim, Mühlhausen, Neulußheim, Reilingen, Schönau, Wiesenbach.

3. Zur Randzone um den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim gehören**in der Region Mittlerer Oberrhein**

der Stadtkreis Baden-Baden;

vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden:
Bad Schönborn, Bretten, Dettenheim, Gondelsheim, Graben-Neudorf, Hambrücken, Kronau, Malsch, Marxzell, Oberderdingen, Oberhausen-Rheinhausen, Philippsburg, Ubstadt-Weiher, Waghäusel, Walzbachtal, Weingarten (Baden);

vom Landkreis Rastatt die Gemeinden:
Au am Rhein, Bietigheim, Bischweier, Bühl, Bühlertal, Elchesheim-Illingen, Gaggenau, Gernsbach, Hügelsheim, Iffezheim, Kuppenheim, Loffenau, Muggensturm, Ötigheim, Ottersweier, Rastatt, Rheinmünster, Sinzheim, Steinmauern, Weisenbach;

in der Region Nordschwarzwald

vom Landkreis Calw die Gemeinden:
Bad Herrenalb, Bad Wildbad, Dobel, Höfen an der Enz, Schömberg, Unterreichenbach;

vom Enzkreis die Gemeinden:
Engelsbrand, Illingen, Keltern, Kieselbronn, Knittlingen, Maulbronn, Neuenbürg, Neuhausen, Neulingen, Ölbronn-Dürrn, Ötisheim, Straubenhardt, Tiefenbronn, Wiernsheim, Wimsheim, Wurmberg.

4. Zur **Randzone um den Verdichtungsraum Freiburg** gehören

in der **Region Südlicher Oberrhein**

vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden:

Bad Krozingen, Breisach am Rhein, Ebringen, Eichstetten am Kaiserstuhl, Gottenheim, Hartheim, Heuweiler, Ihringen, Merdingen, Pfaffenweiler, Schallstadt, Sölden, Staufen im Breisgau, Wittnau;

vom Landkreis Emmendingen die Gemeinden:

Bahlingen am Kaiserstuhl, Herbolzheim, Kenzingen, Malterdingen, Reute, Teningen, Vörstetten.

5. Zur **Randzone um den Verdichtungsraum Lörrach/Weil(/Basel)** gehören

in der **Region Hochrhein-Bodensee**

vom Landkreis Lörrach die Gemeinden:

Efringen-Kirchen, Fischingen, Hasel, Hausen im Wiesental, Maulburg, Rümplingen, Schallbach, Schopfheim, Schwörstadt, Steinen, Wittlingen;

vom Landkreis Waldshut die Gemeinden:

Bad Säckingen, Laufenburg (Baden), Murg, Wehr.

6. Zur **Randzone um den Verdichtungsraum Bodenseeraum mit besonderer struktureller Prägung** gehören

in der **Region Hochrhein-Bodensee**

vom Landkreis Konstanz die Gemeinden:

Aach, Engen, Gottmadingen, Hilzingen, Mühlhausen-Ehingen, Reichenau, Steißlingen, Volkertshausen;

in der **Region Bodensee-Oberschwaben**

vom Bodenseekreis die Gemeinden:

Eriskirch, Immenstaad am Bodensee, Kressbronn am Bodensee, Langenargen, Markdorf, Oberteuringen, Tettnang;

vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden:

Baienfurt, Baidt, Berg.

Ländlicher Raum

Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum

1. Zum **Verdichtungsgebiet Schwäbisch Hall/Crailsheim** gehören

in der **Region Franken**

vom Landkreis Schwäbisch Hall die Gemeinden:
Crailsheim, Michelbach an der Bilz, Michelfeld, Rosengarten, Satteldorf, Schwäbisch Hall, Untermünkheim, Vellberg.

2. Zum **Verdichtungsgebiet Aalen/Heidenheim/Ellwangen** gehören

in der **Region Ostwürttemberg**

vom Landkreis Heidenheim die Gemeinden:
Giengen an der Brenz, Heidenheim an der Brenz, Herbrechtingen, Königsbronn, Nattheim, Steinheim am Albuch;

vom Ostalbkreis die Gemeinden:
Aalen, Ellwangen (Jagst), Essingen, Hüttlingen, Oberkochen, Rainau, Westhausen.

3. Zum **Verdichtungsgebiet Offenburg/Lahr/Kehl** gehören

in der **Region Südlicher Oberrhein**

vom Ortenaukreis die Gemeinden:
Appenweier, Durbach, Friesenheim, Hohberg, Kehl, Lahr/Schwarzwald, Offenburg, Ohlsbach, Ortenberg, Schutterwald, Willstätt.

4. Zum **Verdichtungsgebiet Villingen-Schwenningen/Tuttlingen/Rottweil** gehören

in der **Region Schwarzwald-Baar-Heuberg**

vom Landkreis Rottweil die Gemeinden:
Deißlingen, Rottweil, Zimmern ob Rottweil;

vom Schwarzwald-Baar-Kreis die Gemeinden:
Bad Dürkheim, Brigachtal, Dauchingen, Mönchweiler, Niedereschach, Tuningen, Unterkirnach, Villingen-Schwenningen;

vom Landkreis Tuttlingen die Gemeinden:
Aldingen, Riethem-Weilheim, Spaichingen, Trossingen, Tuttlingen, Wurmlingen.

5. Zum **Verdichtungsbereich Albstadt/Balingen/Hechingen** gehören

in der **Region Neckar-Alb**

vom Zollernalbkreis die Gemeinden:

Albstadt, Balingen, Bisingen, Bitz, Geislingen, Hechingen, Jungingen, Rangendingen.

Ländlicher Raum im engeren Sinne

Zum **Ländlichen Raum im engeren Sinne** gehören

in der **Region Stuttgart**

vom Landkreis Esslingen die Gemeinde:

Neidlingen;

vom Landkreis Göppingen die Gemeinden:

Bad Ditzgenbach, Böhmenkirch, Deggingen, Drackenstein, Gruibingen, Hohenstadt, Lauterstein, Mühlhausen im Täle, Wiesensteig;

vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden:

Alfdorf, Althütte, Aspach, Auenwald, Berglen, Großerlach, Kaisersbach, Murrhardt, Oppenweiler, Rudersberg, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Welzheim;

in der **Region Franken**

vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden:

Eppingen, Gemmingen, Hardthausen am Kocher, Ittlingen, Jagsthausen, Langenbrettach, Löwenstein, Möckmühl, Pfaffenhofen, Roigheim, Widdern, Wüstenrot, Zaberfeld;

vom Hohenlohekreis alle Gemeinden:

Bretzfeld, Dörzbach, Forchtenberg, Ingelfingen, Krauthaim, Künzelsau, Kupferzell, Muldingen, Neuenstein, Niedernhall, Öhringen, Pfedelbach, Schöntal, Waldenburg, Weißbach, Zweiflingen;

vom Landkreis Schwäbisch Hall die Gemeinden:

Blaufelden, Braunsbach, Bühlertann, Bühlerzell, Fichtenau, Fichtenberg, Frankenhardt, Gaildorf, Gerabronn, Ilshofen, Kirchberg an der Jagst, Kreßberg, Langenburg, Mainhardt, Oberrot, Obersontheim, Rot am See, Schrozberg, Stimpfach, Sulzbach-Laufen, Wallhausen, Wolpertshausen;

vom Main-Tauber-Kreis alle Gemeinden:

Ahorn, Assamstadt, Bad Mergentheim, Boxberg, Creglingen, Freudenberg, Großrinderfeld, Grünsfeld, Igersheim, Königheim, Kilsheim, Lauda-Königshofen, Niederstetten, Tauberbi-schofsheim, Weikersheim, Werbach, Wertheim, Wittighausen;

in der **Region Ostwürttemberg**

vom Landkreis Heidenheim die Gemeinden:

Dischingen, Gerstetten, Hermaringen, Niederstotzingen, Sontheim an der Brenz;

vom Ostalbkreis die Gemeinden:

Abtsgmünd, Adelmansfelden, Bartholomä, Bopfingen, Durlangen, Ellenberg, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heuchlingen, Jagstzell, Kirchheim am Ries, Lauchheim, Neresheim, Neuler, Obergröningen, Riesbürg, Rosenberg, Ruppertshofen, Schechingen, Spraitbach, Stöttlen, Täferrot, Tannhausen, Unterschneidheim, Wört;

in der **Region Mittlerer Oberrhein**

vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden:

Kraichtal, Kürnbach, Östringen, Sulzfeld, Zaisenhausen;

vom Landkreis Rastatt die Gemeinden:

Forbach, Lichtenau;

in der **Region Unterer Neckar**

vom Neckar-Odenwald-Kreis alle Gemeinden:

Adelsheim, Aglasterhausen, Billigheim, Binau, Buchen (Odenwald), Elzthal, Fahrenbach, Hardheim, Haßmersheim, Höpfingen, Hüffenhardt, Limbach, Mosbach, Mudau, Neckargerach, Neckarzimmern, Neunkirchen, Obrigheim, Osterburken, Ravenstein, Rosenberg, Schwarzach, Schefflenz, Seckach, Waldbrunn, Walldürn, Zwingenberg;

vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden:

Angelbachtal, Eberbach, Efenbach, Heddesbach, Heiligkreuzsteinach, Helmstadt-Bargen, Lobbach, Neckarbischofsheim, Neidenstein, Reichartshausen, Schönbrunn, Sinsheim, Spechbach, Waibstadt, Zuzenhausen;

in der **Region Nordschwarzwald**

vom Landkreis Calw die Gemeinden:

Altensteig, Bad Teinach-Zavelstein, Ebhausen, Egenhausen, Enzklösterle, Haiterbach, Neulach, Neuweiler, Oberreichenbach, Rohrdorf, Simmersfeld;

vom Enzkreis die Gemeinde:

Sternenfels;

vom Landkreis Freudenstadt die Gemeinden:

Alpirsbach, Bad Rippoldsau-Schapbach, Baiersbronn, Betzweiler-Wäldle, Dornstetten, Empfingen, Freudenstadt, Glatten, Grömbach, Horb am Neckar, Loßburg, Pfalzgrafenweiler, Schopfloch, Seewald, Waldachtal, Wörnersberg;

in der **Region Südlicher Oberrhein**

vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden:

Auggen, Badenweiler, Ballrechten-Dottingen, Bollscheuil, Breitnau, Buchenbach, Buggingen, Ehrenkirchen, Eisenbach (Hochschwarzwald), Eschbach, Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Heitersheim, Hinterzarten, Horben, Lenzkirch, Löffingen, Müllheim, Münsertal/Schwarzwald, Neuenburg am Rhein, Oberried, St. Märgen, St. Peter, Schluchsee, Stegen, Sulzburg, Titisee-Neustadt, Vogtsburg im Kaiserstuhl;

vom Landkreis Emmendingen die Gemeinden:

Biederbach, Elzach, Eendingen am Kaiserstuhl, Forchheim, Freiamt, Gutach im Breisgau, Rheinhausen, Riegel am Kaiserstuhl, Sasbach am Kaiserstuhl, Sexau, Simonswald, Weisweil, Winden im Elztal, Wyhl am Kaiserstuhl;

vom Ortenaukreis die Gemeinden:

Achern, Bad Peterstal-Griesbach, Berghaupten, Biberach, Ettenheim, Fischerbach, Gengenbach, Gutach (Schwarzwaldbahn), Haslach im Kinzigtal, Hausach, Hofstetten, Hornberg, Kappelrodeck, Kappel-Grafenhausen, Kippenheim, Lauf, Lautenbach, Mahlberg, Meißenheim, Mühlenbach, Neuried, Nordrach, Oberharmersbach, Oberkirch, Oberwolfach, Oppenau, Ottenhöfen im Schwarzwald, Renchen, Rheinau, Ringsheim, Rust, Sasbach, Sasbachwalden, Schuttertal, Schwanau, Seebach, Seelbach, Steinach, Wolfach, Zell am Harmersbach;

in der **Region Schwarzwald-Baar-Heuberg**

vom Landkreis Rottweil die Gemeinden:

Aichhalden, Bössingen, Dietingen, Dornhan, Dunningen, Epfendorf, Eschbronn, Fluorn-Winzeln, Hardt, Lauterbach, Oberndorf am Neckar, Schenkenzell, Schiltach, Schramberg, Sulz am Neckar, Tennenbronn, Villingendorf, Vöhringen, Wellendingen;

vom Schwarzwald-Baar-Kreis die Gemeinden:

Blumberg, Bräunlingen, Donaueschingen, Furtwangen im Schwarzwald, Gütenbach, Hüfingen, Königsfeld im Schwarzwald, Schönwald im Schwarzwald, Schonach im Schwarzwald, St. Georgen im Schwarzwald, Triberg im Schwarzwald, Vöhrenbach;

vom Landkreis Tuttlingen die Gemeinden:

Bärenthal, Balgheim, Böttingen, Bubsheim, Buchheim, Deilingen, Denkingen, Dürbheim, Durchhausen, Egesheim, Emmingen-Liptingen, Fridingen an der Donau, Frittlingen, Geisingen, Gosheim, Gunningen, Hausen ob Verena, Immendingen, Irndorf, Königsheim, Kolbingen, Mahlstätten, Mühlheim an der Donau, Neuhausen ob Eck, Reichenbach am Heuberg, Renquishausen, Seitingen-Oberflacht, Talheim, Wehingen;

in der **Region Hochrhein-Bodensee**

vom Landkreis Konstanz die Gemeinden:

Bodman-Ludwigshafen, Büsingen am Hochrhein, Eigeltingen, Gaienhofen, Gailingen am Hochrhein, Hohenfels, Moos, Mühligen, Öhningen, Orsingen-Nenzingen, Stockach, Tengen;

vom Landkreis Lörrach die Gemeinden:

Aitern, Bad Bellingen, Böllen, Bürchau, Elbenschwand, Fröhnd, Hög-Ehrsberg, Kandern, Malsburg-Marzell, Neuenweg, Raich, Sallneck, Schliengen, Schönau im Schwarzwald, Schönenberg, Tegernau, Todtnau, Tunau, Utzenfeld, Wembach, Wieden, Wies, Wieslet, Zell im Wiesental;

vom Landkreis Waldshut die Gemeinden:

Albbruck, Bernau im Schwarzwald, Bonndorf im Schwarzwald, Dachsberg (Südschwarzwald), Dettighofen, Dogern, Eggingen, Görwihl, Grafenhausen, Häusern, Herrischried, Höchenschwand, Hohentengen am Hochrhein, Ibach, Jestetten, Klettgau, Küssaberg, Lauchringen, Lottstetten, Rickenbach, St. Blasien, Stühlingen, Todtmoos, Ühlingen-Birkendorf, Waldshut-Tiengen, Weilheim, Wutach, Wutöschingen;

in der Region Neckar-Alb

vom Landkreis Reutlingen die Gemeinden:

Engstingen, Gomadingen, Grabenstetten, Hayingen, Hohenstein, Mehrstetten, Münsingen, Pfronstetten, Römerstein, St. Johann, Sonnenbühl, Trochtelfingen, Zwiefalten; das gemeindefreie Gebiet Gutsbezirk Münsingen;

vom Landkreis Tübingen die Gemeinden:

Hirrlingen, Starzach;

vom Zollernalbkreis die Gemeinden:

Burladingen, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Grosselfingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg;

in der Region Donau-Iller

vom Alb-Donau-Kreis die Gemeinden:

Allmendingen, Altheim, Altheim (Alb), Amstetten, Asselfingen, Ballendorf, Balzheim, Beimerstetten, Berghülen, Bernstadt, Blaubeuren, Börslingen, Breitingen, Dietenheim, Ehingen (Donau), Emeringen, Emerkingen, Griesingen, Grundsheim, Hausen am Bussen, Heroldstatt, Holzkirch, Hüttisheim, Illerrieden, Laichingen, Langenau, Lauterach, Lonsee, Merklingen, Munderkingen, Neenstetten, Nellingen, Nerenstetten, Oberdisingen, Obermarchtal, Oberstadion, Öllingen, Öpfingen, Rammingen, Rechtenstein, Rottenacker, Schelklingen, Setzingen, Schnürpflingen, Untermarchtal, Unterstadion, Unterwachingen, Weidenstetten, Westerheim, Westerstetten;

vom Landkreis Biberach alle Gemeinden:

Achstetten, Alleshausen, Allmannsweiler, Altheim, Attenweiler, Bad Buchau, Bad Schussenried, Berkheim, Betzenweiler, Biberach an der Riß, Burgrieden, Dettingen an der Iller, Dürmentingen, Dürnau, Eberhardzell, Erlenmoos, Erolzheim, Ertingen, Gutenzell-Hürbel, Hochdorf, Ingoldingen, Kanzach, Kirchberg an der Iller, Kirchdorf an der Iller, Langenenslingen, Laupheim, Maselheim, Mietingen, Mittelbiberach, Moosburg, Ochsenhausen, Oggelshausen, Riedlingen, Rot an der Rot, Schemmerhofen, Schwendi, Seekirch, Steinhausen an der Rottum, Tannheim, Tiefenbach, Ummendorf, Unlingen, Uttenweiler, Wain, Warthausen;

in der Region Bodensee-Oberschwaben

vom Bodenseekreis die Gemeinden:

Bermatingen, Daisendorf, Deggenhausertal, Frickingen, Hagnau am Bodensee, Heiligenberg, Meersburg, Neukirch, Owingen, Salem, Sipplingen, Stetten, Überlingen, Uhldingen-Mühlhofen;

vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden:

Achberg, Aichstetten, Aitrach, Altshausen, Amtzell, Argenbühl, Aulendorf, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Bergatreute, Bodnegg, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Fronreute, Guggenhausen, Grünkraut, Horgenzell, Hoßkirch, Isny im Allgäu, Kißlegg, Königseggwald, Leutkirch im Allgäu, Riedhausen, Schlier, Unterwaldhausen, Vogt, Waldburg, Wangen im Allgäu, Wilhelmsdorf, Wolfegg, Wolpertswende;

vom Landkreis Sigmaringen alle Gemeinden:

Bad Saulgau, Beuron, Bingen, Gammertingen, Herbertingen, Herdwangen-Schönach, Hettlingen, Hohentengen, Illmensee, Inzigkofen, Krauchenwies, Leibertingen, Mengen, Meßkirch, Neufra, Ostrach, Pfullendorf, Sauldorf, Scheer, Schwenningen, Sigmaringen, Sigmaringendorf, Stetten am kalten Markt, Veringenstadt, Wald.

Zu 2.5 Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche

Mittelzentren

Als **Mittelzentren** werden ausgewiesen

in der Region Stuttgart

Backnang, Bietigheim-Bissingen/Besigheim, Böblingen/Sindelfingen, Esslingen am Neckar, Geislingen an der Steige, Göppingen, Herrenberg, Kirchheim unter Teck, Leonberg, Ludwigsburg/Kornwestheim, Nürtingen, Schorndorf, Vaihingen an der Enz, Waiblingen/Fellbach;

in der Region Franken

Bad Mergentheim, Crailsheim, Künzelsau, Neckarsulm, Öhringen, Schwäbisch Hall, Taubertal, Taubertal, Wertheim;

in der Region Ostwürttemberg

Aalen, Ellwangen (Jagst), Heidenheim an der Brenz, Schwäbisch Gmünd;

in der Region Mittlerer Oberrhein

Baden-Baden*, Bretten, Bruchsal, Bühl, Ettlingen, Gaggenau/Gernsbach, Rastatt;

in der Region Unterer Neckar

Buchen (Odenwald), Eberbach, Mosbach, Schwetzingen, Sinsheim, Weinheim, Wiesloch/Walldorf;

in der Region Nordschwarzwald

Bad Wildbad, Calw, Freudenstadt, Horb am Neckar, Mühlacker, Nagold;

in der Region Südlicher Oberrhein

Achern, Bad Krozingen/Staufen im Breisgau, Breisach am Rhein, Emmendingen, Haslach/Hausach/Wolfach, Kehl, Lahr/Schwarzwald, Müllheim, Titisee-Neustadt, Waldkirch;

in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

Donaueschingen, Rottweil, Schramberg, Tuttlingen;

in der Region Hochrhein-Bodensee

Bad Säckingen, Radolfzell am Bodensee, Rheinfelden (Baden), Schopfheim, Singen (Hohentwiel), Stockach, Waldshut-Tiengen;

in der Region Neckar-Alb

Albstadt, Balingen, Hechingen, Metzingen, Münsingen, Rottenburg am Neckar;

in der Region Donau-Iller

Biberach an der Riß, Blaubeuren/Laichingen, Ehingen (Donau), Laupheim, Riedlingen;

in der Region Bodensee-Oberschwaben

Bad Saulgau, Bad Waldsee, Leutkirch im Allgäu, Pfullendorf, Sigmaringen, Überlingen, Wangen im Allgäu.

* Mittelzentrum mit oberzentralen Teilfunktionen

Mittelbereiche

Zu den **Mittelbereichen** gehören folgende Gemeinden:

in der **Region Stuttgart** zum

Mittelbereich Backnang

Allmersbach im Tal, Althütte, Aspach, Auenwald, Backnang, Burgstetten, Großerlach, Kirchberg an der Murr, Murrhardt, Oppenweiler, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Weissach im Tal;

Mittelbereich Bietigheim-Bissingen/Besigheim

Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erligheim, Freudental, Gemmrigheim, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Mundelsheim, Sachsenheim, Tamm, Walheim;

Mittelbereich Böblingen/Sindelfingen

Aidlingen, Altdorf, Böblingen, Ehningen, Gärtringen, Grafenau, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Magstadt, Schönaich, Sindelfingen, Steinenbronn, Waldenbuch, Weil im Schönbuch;

Mittelbereich Esslingen

Aichwald, Altbach, Baltmannsweiler, Deizisau, Denkendorf, Esslingen am Neckar, Hochdorf, Lichtenwald, Neuhausen auf den Fildern, Ostfildern, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Wernau (Neckar);

Mittelbereich Geislingen

Bad Ditzgenbach, Bad Überkingen, Böhmenkirch, Deggingen, Drackenstein, Geislingen an der Steige, Gruibingen, Hohenstadt, Kuchen, Mühlhausen im Täle, Wiesensteig;

Mittelbereich Göppingen

Adelberg, Aichelberg, Albershausen, Birenbach, Börtlingen, Boll, Donzdorf, Dürnau, Ebersbach an der Fils, Eislingen/Fils, Eschenbach, Gammelshausen, Gingen an der Fils, Göppingen, Hattenhofen, Heiningen, Lauterstein, Ottenbach, Rechberghausen, Salach, Schlat, Schlierbach, Süßen, Uhingen, Wäschenbeuren, Wangen, Zell unter Aichelberg;

Mittelbereich Herrenberg

Bondorf, Deckenpfronn, Gäufelden, Herrenberg, Jettingen, Mötzingen, Nufringen;

Mittelbereich Kirchheim

Bissingen an der Teck, Dettingen unter Teck, Erkenbrechtsweiler, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Köngen, Lenningen, Neidlingen, Notzingen, Ohmden, Owen, Weilheim an der Teck, Wendlingen am Neckar;

Mittelbereich Leonberg

Leonberg, Renningen, Rutesheim, Weil der Stadt, Weissach;

Mittelbereich Ludwigsburg/Kornwestheim

Affalterbach, Asperg, Benningen am Neckar, Erdmannhausen, Freiberg am Neckar, Großbottwar, Hemmingen, Kornwestheim, Ludwigsburg, Marbach am Neckar, Markgröningen, Möglingen, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Remseck am Neckar, Schwieberdingen, Steinheim an der Murr;

Mittelbereich Nürtingen

Aichtal, Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Beuren, Frickenhausen, Großbottlingen, Kohlberg, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neuffen, Nürtingen, Oberboihingen, Schlaitdorf, Unterensingen, Wolfschlugen;

Mittelbereich Schorndorf

Alfdorf, Kaisersbach, Plüderhausen, Remshalden, Rudersberg, Schorndorf, Urbach, Welzheim, Winterbach;

Mittelbereich Stuttgart

Ditzingen, Filderstadt, Gerlingen, Korntal-Münchingen, Leinfelden-Echterdingen, Stuttgart;

Mittelbereich Vaihingen

Eberdingen, Oberriexingen, Sersheim, Vaihingen an der Enz;

Mittelbereich Waiblingen/Fellbach

Berglen, Fellbach, Kernen im Remstal, Korb, Leutenbach, Schwaikheim, Waiblingen, Weinstadt, Winnenden;

in der **Region Franken** zum

Mittelbereich Bad Mergentheim

Ahorn, Assamstadt, Bad Mergentheim, Boxberg, Creglingen, Igersheim, Niederstetten, Weikersheim;

Mittelbereich Crailsheim

Blaufelden, Crailsheim, Fichtenau, Frankenhardt, Gerabronn, Kirchberg an der Jagst, Kreßberg, Langenburg, Rot am See, Satteldorf, Schrozberg, Stimpfach, Wallhausen;

Mittelbereich Heilbronn

Abstatt, Bad Rappenau, Bad Wimpfen, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Eberstadt, Ellhofen, Eppingen, Flein, Gemmingen, Güglingen, Heilbronn, Ilsfeld, Ittlingen, Kirchart, Lauffen am Neckar, Lehrensteinsfeld, Leingarten, Löwenstein, Massenbachhausen, Neckarwestheim, Nordheim, Obersulm, Pfaffenhofen, Schwaigern, Siegelsbach, Talheim, Untergruppenbach, Weinsberg, Wüstenrot, Zaberfeld;

Mittelbereich Künzelsau

Dörzbach, Forchtenberg, Ingelfingen, Krautheim, Künzelsau, Kupferzell, Mulfingen, Niedernhall, Schöntal, Weißbach;

Mittelbereich Neckarsulm

Bad Friedrichshall, Erlenbach, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Jagsthausen, Langenbrettach, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Oedheim, Offenau, Roigheim, Untereisesheim, Widdern;

Mittelbereich Öhringen

Bretzfeld, Neuenstein, Öhringen, Pfedelbach, Waldenburg, Zweiflingen;

Mittelbereich Schwäbisch Hall

Braunsbach, Bühlertann, Bühlerzell, Fichtenberg, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt, Michelbach an der Bilz, Michelfeld, Oberrot, Obersontheim, Rosengarten, Schwäbisch Hall, Sulzbach-Laufen, Untermünkheim, Vellberg, Wolpertshausen;

Mittelbereich Tauberbischofsheim

Großrinderfeld, Grünfeld, Königheim, Kulsheim, Lauda-Königshofen, Tauberbischofsheim, Werbach, Wittighausen;

Mittelbereich Wertheim

Freudenberg, Wertheim;

Verflechtungen von Gemeinden in Bayern mit dem Mittelzentrum Wertheim sind zu berücksichtigen;

in der **Region Ostwürttemberg** zum

Mittelbereich Aalen

Aalen, Abtsgmünd, Bopfingen, Essingen, Hüttlingen, Kirchheim am Ries, Lauchheim, Neresheim, Oberkochen, Riesbürg, Westhausen;
Verflechtungen von Gemeinden im Grenzraum zu Bayern mit dem Mittelzentrum Nördlingen sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Ellwangen

Adelmannsfelden, Ellenberg, Ellwangen (Jagst), Jagstzell, Neuler, Rainau, Rosenberg, Stöttlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Wört;

Mittelbereich Heidenheim

Dischingen, Gerstetten, Giengen an der Brenz, Heidenheim an der Brenz, Herbrechtingen, Hermaringen, Königsbronn, Nattheim, Niederstotzingen, Sontheim an der Brenz, Steinheim am Albuch;

Mittelbereich Schwäbisch Gmünd

Bartholomä, Böbingen an der Rems, Durlangen, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heubach, Heuchlingen, Iggingen, Leinzell, Lorch, Möggingen, Mutlangen, Obergröningen, Ruppertshofen, Schechingen, Schwäbisch Gmünd, Spraitbach, Täferrot, Waldstetten;

in der **Region Mittlerer Oberrhein** zum

Mittelbereich Baden-Baden

Baden-Baden, Hügelsheim, Sinzheim;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Nord-Elsass sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Bretten

Bretten, Gondelsheim, Kürnbach, Oberderdingen, Sulzfeld, Zaisenhausen;

Mittelbereich Bruchsal

Bad Schönborn, Bruchsal, Forst, Hambrücken, Karlsdorf-Neuthard, Kraichtal, Kronau, Oberhausen-Rheinhausen, Östringen, Philippsburg, Ubstadt-Weiher, Waghäusel;

Mittelbereich Bühl

Bühl, Bühlertal, Lichtenau, Ottersweier, Rheinmünster;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Nord-Elsass sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Ettlingen

Ettlingen, Karlsbad, Malsch, Marxzell, Waldbronn;

Mittelbereich Gaggenau/Gernsbach

Forbach, Gaggenau, Gernsbach, Loffenau, Weisenbach;

Mittelbereich Karlsruhe

Dettenheim, Eggenstein-Leopoldshafen, Graben-Neudorf, Karlsruhe, Linkenheim-Hochstetten, Pfinztal, Rheinstetten, Stutensee, Walzbachtal, Weingarten (Baden);
Verflechtungen von Gemeinden in Rheinland-Pfalz und im Nord-Elsass mit dem Oberzentrum Karlsruhe sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Rastatt

Au am Rhein, Bietigheim, Bischweier, Durmersheim, Elchesheim-Illingen, Iffezheim, Kuppenheim, Muggensturm, Ötigheim, Rastatt, Steinmauern;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Nord-Elsass sind zu berücksichtigen;

in der **Region Unterer Neckar** zum

Mittelbereich Buchen

Adelsheim, Buchen (Odenwald), Hardheim, Höpfingen, Mudau, Osterburken, Ravenstein, Rosenberg, Seckach, Walldürn;

Mittelbereich Eberbach**

Eberbach, Schönbrunn;
Verflechtungen von Gemeinden in Hessen mit dem Mittelzentrum Eberbach sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Heidelberg

Bammental, Dossenheim, Eppelheim, Gaiberg, Heddesbach, Heidelberg, Heiligkreuzsteinach, Leimen, Neckargemünd, Nußloch, Sandhausen, Schönau, Schriesheim, Wiesenbach, Wilhelmsfeld;
Verflechtungen von Gemeinden in Hessen mit dem Oberzentrum Heidelberg sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Mannheim

Edingen-Neckarhausen, Heddesheim, Ilvesheim, Ladenburg, Mannheim;
Verflechtungen von Gemeinden in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit dem Oberzentrum Mannheim/(Ludwigshafen am Rhein) sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Mosbach**

Aglasterhausen, Billigheim, Elztal, Fahrenbach, Haßmersheim, Hüffenhardt, Limbach, Mosbach, Neckarzimmern, Neunkirchen, Obrigheim, Schefflenz, Schwarzach;

Mittelbereich Schwetzingen

Altlußheim, Brühl, Hockenheim, Ketsch, Neulußheim, Oftersheim, Plankstadt, Reilingen, Schwetzingen;

Mittelbereich Sinsheim

Angelbachtal, Epfenbach, Eschelbronn, Helmstadt-Bargen, Lobbach, Mauer, Meckesheim, Neckarbischofsheim, Neidenstein, Reichartshausen, Sinsheim, Spechbach, Waibstadt, Zuzenhausen;

Mittelbereich Weinheim

Hemsbach, Hirschberg an der Bergstraße, Laudenbach, Weinheim;
Verflechtungen von Gemeinden in Hessen mit dem Mittelzentrum Weinheim sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Wiesloch/Walldorf

Dielheim, Malsch, Mühlhausen, Rauenberg, St. Leon-Rot, Walldorf, Wiesloch;

** Die Grenze zwischen den Mittelbereichen Eberbach und Mosbach ist im Bereich der Gemeinden Binau, Neckargerach, Waldbrunn und Zwingenberg (alle Neckar-Odenwald-Kreis) offen gelassen. Die beidseitigen Verflechtungen mit den Mittelzentren Eberbach und Mosbach sind zu berücksichtigen.

in der **Region Nordschwarzwald** zum

Mittelbereich Bad Wildbad

Bad Herrenalb, Bad Wildbad, Dobel, Enzklösterle, Höfen an der Enz, Schömberg;
Verflechtungen der Gemeinden Bad Herrenalb und Dobel mit dem Mittelzentrum Ettlingen (Region Mittlerer Oberrhein) sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Calw

Althengstett, Bad Liebenzell, Bad Teinach-Zavelstein, Calw, Gechingen, Neubulach, Neuweiler, Oberreichenbach, Ostelsheim, Simmozheim, Unterreichenbach;

Mittelbereich Freudenstadt

Alpirsbach, Bad Rippoldsau-Schapbach, Baiersbronn, Betzweiler-Wälder, Dornstetten, Freudenstadt, Glatten, Grömbach, Loßburg, Pfalzgrafenweiler, Schopfloch, Seewald, Waldachtal, Wörnersberg;

Mittelbereich Horb

Empfingen, Eutingen im Gäu, Horb am Neckar;

Mittelbereich Mühlacker

Illingen, Knittlingen, Maulbronn, Mühlacker, Ötisheim, Sternenfels;
Verflechtungen der Gemeinde Knittlingen mit dem Mittelzentrum Bretten (Region Mittlerer Oberrhein) sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Nagold

Altensteig, Ebhausen, Egenhausen, Haiterbach, Nagold, Rohrdorf, Simmersfeld, Wildberg;

Mittelbereich Pforzheim

Birkenfeld, Eisingen, Engelsbrand, Friolzheim, Heimsheim, Ispringen, Kämpfelbach, Keltern, Kieselbronn, Königsbach-Stein, Mönshausen, Neuenbürg, Neuhausen, Neulingen, Niefern-Öschelbronn, Ölbronn-Dürrn, Pforzheim, Remchingen, Straubenhardt, Tiefenbronn, Wiernsheim, Wimsheim, Wurmberg;
Verflechtungen der Gemeinde Neulingen mit dem Mittelzentrum Bretten (Region Mittlerer Oberrhein) sind zu berücksichtigen;

in der **Region Südlicher Oberrhein** zum

Mittelbereich Achern

Achern, Kappelrodeck, Lauf, Ottenhöfen im Schwarzwald, Renchen, Sasbach, Sasbachwalden, Seebach;

Mittelbereich Bad Krozingen/Staufen

Bad Krozingen, Bollschweil, Ehrenkirchen, Hartheim, Münstertal/Schwarzwald, Pfaffenweiler, Staufen im Breisgau;

Mittelbereich Breisach

Breisach am Rhein, Ihringen, Merdingen, Vogtsburg im Kaiserstuhl;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Elsass sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Emmendingen

Bahlingen am Kaiserstuhl, Denzlingen, Emmendingen, Endingen am Kaiserstuhl, Forchheim, Freiamt, Herbolzheim, Kenzingen, Malterdingen, Reute, Rheinhausen, Riegel am Kaiserstuhl, Sasbach am Kaiserstuhl, Sexau, Teningen, Vörstetten, Weisweil, Wyhl am Kaiserstuhl;

Mittelbereich Freiburg

Au, Bötzingen, Buchenbach, Ebringen, Eichstetten am Kaiserstuhl, Freiburg im Breisgau, Glottertal, Gottenheim, Gundelfingen, Heuweiler, Horben, Kirchzarten, March, Merzhausen, Oberried, St. Märgen, St. Peter, Schallstadt, Sölden, Stegen, Umkirch, Wittnau;

Mittelbereich Haslach/Hausach/Wolfach

Fischerbach, Gutach (Schwarzwaldbahn), Haslach im Kinzigtal, Hausach, Hofstetten, Hornberg, Mühlentbach, Oberwolfach, Steinach, Wolfach;

Mittelbereich Kehl

Kehl, Rheinau, Willstätt;

grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Raum Strasbourg sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Lahr

Ettenheim, Friesenheim, Kappel-Grafenhausen, Kippenheim, Lahr/Schwarzwald, Mahlberg, Meißenheim, Ringsheim, Rust, Schuttertal, Schwanau, Seelbach;

Mittelbereich Müllheim***

Auggen, Badenweiler, Ballrechten-Dottingen, Buggingen, Eschbach, Heitersheim, Müllheim, Neuenburg am Rhein, Sulzburg;

grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Elsass sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Offenburg

Appenweier, Bad Peterstal-Griesbach, Berghaupten, Biberach, Durbach, Gengenbach, Hohberg, Lautenbach, Neuried, Nordrach, Oberharmersbach, Oberkirch, Offenburg, Ohlsbach, Oppenau, Ortenberg, Schutterwald, Zell am Harmersbach;

grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Raum Strasbourg sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Titisee-Neustadt

Breitnau, Eisenbach (Hochschwarzwald), Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Hinterzarten, Lenzkirch, Löffingen, Schluchsee, Titisee-Neustadt;

Mittelbereich Waldkirch

Biederbach, Elzach, Gutach im Breisgau, Simonswald, Waldkirch, Winden im Elztal;

in der **Region Schwarzwald-Baar-Heuberg** zum

Mittelbereich Donaueschingen

Blumberg, Bräunlingen, Donaueschingen, Hüfingen;

Mittelbereich Rottweil

Bösingen, Deißlingen, Dietingen, Dornhan, Epfendorf, Fluorn-Winzeln, Oberndorf am Neckar, Rottweil, Sulz am Neckar, Villingendorf, Vöhringen, Wellendingen, Zimmern ob Rottweil;

*** Die Grenze zwischen den Mittelbereichen Müllheim (Region Südlicher Oberrhein) und Lörrach/Weil (Region Hochrhein-Bodensee) ist im Bereich der Gemeinden Bad Bellingen und Schliengen (beide Landkreis Lörrach) offen gelassen. Die ausgeprägten Verflechtungen beider Gemeinden mit dem Mittelzentrum Müllheim sind zu berücksichtigen.

Mittelbereich Schramberg

Aichhalden, Dunningen, Eschbronn, Hardt, Lauterbach, Schenkenzell, Schiltach, Schramberg, Tennenbronn;

Mittelbereich Tuttlingen

Aldingen, Balgheim, Bärenthal, Böttingen, Bubsheim, Buchheim, Deilingen, Denkingen, Dürbheim, Durchhausen, Egesheim, Emmingen-Liptingen, Fridingen an der Donau, Frittlingen, Geisingen, Gosheim, Gunningen, Hausen ob Verena, Immendingen, Irndorf, Königsheim, Kolbingen, Mahlsetten, Mühlheim an der Donau, Neuhausen ob Eck, Reichenbach am Heuberg, Renquishausen, Riethem-Weilheim, Seitingen-Oberflacht, Spaichingen, Talheim, Trossingen, Tuttlingen, Wehingen, Wurmlingen;

Mittelbereich Villingen-Schwenningen

Bad Dürkheim, Brigachtal, Dauchingen, Furtwangen im Schwarzwald, Gütenbach, Königsfeld im Schwarzwald, Mönchweiler, Niedereschach, St. Georgen im Schwarzwald, Schönwald im Schwarzwald, Schonach im Schwarzwald, Triberg im Schwarzwald, Tuningen, Unterkirnach, Villingen-Schwenningen, Vöhrenbach;

in der **Region Hochrhein-Bodensee** zum

Mittelbereich Bad Säckingen

Bad Säckingen, Görwihl, Herrischried, Laufenburg (Baden), Murg, Rickenbach, Wehr;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Kanton Aargau sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Konstanz

Allensbach, Konstanz, Reichenau;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit dem Kanton Thurgau sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Lörrach/Weil***

Binzen, Efringen-Kirchen, Eimeldingen, Fischingen, Inzlingen, Kandern, Lörrach, Malsburg-Marzell, Rümplingen, Schallbach, Steinen, Weil am Rhein, Wittlingen;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie mit dem Elsass sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Radolfzell

Gaienhofen, Moos, Öhningen, Radolfzell am Bodensee;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit den Kantonen Schaffhausen und Thurgau sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Rheinfelden

Grenzach-Wyhlen, Rheinfelden (Baden), Schwörstadt;
grenzüberschreitende Verflechtungen mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Basel-Landschaft sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Schopfheim

Aitern, Böllen, Bürchau, Elbenschwand, Fröhnd, Hög-Ehrsberg, Hasel, Hausen im Wiesental, Maulburg, Neuenweg, Raich, Sallneck, Schönau im Schwarzwald, Schönenberg, Schopfheim, Tegernau, Todtnau, Tunau, Utzenfeld, Wembach, Wieden, Wies, Wieslet, Zell im Wiesental;

*** Die Grenze zwischen den Mittelbereichen Lörrach/Weil (Region Hochrhein-Bodensee) und Müllheim (Region Südlicher Oberrhein) ist im Bereich der Gemeinden Bad Bellingen und Schliengen (beide Landkreis Lörrach) offen gelassen. Die ausgeprägten Verflechtungen beider Gemeinden mit dem Mittelzentrum Müllheim sind zu berücksichtigen.

Mittelbereich Singen

Aach, Büsingen am Hochrhein, Engen, Gailingen am Hochrhein, Gottmadingen, Hilzingen, Mühlhausen-Ehingen, Rielasingen-Worblingen, Singen (Hohentwiel), Steißlingen, Tengen, Volkertshausen; grenzüberschreitende Verflechtungen mit den Kantonen Schaffhausen und Thurgau sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Stockach

Bodman-Ludwigshafen, Eigeltingen, Hohenfels, Mühligen, Orsingen-Nenzingen, Stockach;

Mittelbereich Waldshut-Tiengen

Albbruck, Bernau im Schwarzwald, Bonndorf im Schwarzwald, Dachsberg (Südschwarzwald), Dettighofen, Dogern, Eggingen, Grafenhausen, Häusern, Höchenschwand, Hohentengen am Hochrhein, Ibach, Jestetten, Klettgau, Küssaberg, Lauchringen, Lottstetten, St. Blasien, Stühlingen, Todtmoos, Ühlingen-Birkendorf, Waldshut-Tiengen, Weilheim, Wutach, Wutöschingen; grenzüberschreitende Verflechtungen mit den Kantonen Aargau, Schaffhausen und Zürich sind zu berücksichtigen;

in der **Region Neckar-Alb** zum

Mittelbereich Albstadt

Albstadt, Bitz, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Straßberg, Winterlingen;

Mittelbereich Balingen

Balingen, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Hausen am Tann, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Weilen unter den Rinnen, Zimmern unter der Burg;

Mittelbereich Hechingen

Bisingen, Burladingen, Grosselfingen, Haigerloch, Hechingen, Jungingen, Rangendingen;

Mittelbereich Metzingen

Bad Urach, Dettingen an der Erms, Grabenstetten, Grafenberg, Hülben, Metzingen, Riederich, Römerstein;

Mittelbereich Münsingen

Engstingen, Gomadingen, Hayingen, Hohenstein, Mehrstetten, Münsingen, Pfronstetten, St. Johann, Trochtelfingen, Zwiefalten, Gutsbezirk Münsingen;

Mittelbereich Reutlingen

Eningen unter Achalm, Lichtenstein, Pfullingen, Pliezhausen, Reutlingen, Sonnenbühl, Walddorfhäslach, Wannweil;

Mittelbereich Rottenburg

Hirrlingen, Neustetten, Rottenburg am Neckar, Starzach;

Mittelbereich Tübingen

Ammerbuch, Bodelshausen, Dettenhausen, Dußlingen, Gomaringen, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen, Mössingen, Nehren, Otterdingen, Tübingen;

in der **Region Donau-Iller** zum

Mittelbereich Biberach

Attenweiler, Bad Schussenried, Berkheim, Biberach an der Riß, Dettingen an der Iller, Eberhardzell, Erlenmoos, Erolzheim, Gutenzell-Hürbel, Hochdorf, Ingoldingen, Kirchberg an der Iller, Kirchdorf an der Iller, Maselheim, Mittelbiberach, Ochsenhausen, Rot an der Rot, Schemmerhofen, Steinhausen an der Rottum, Tannheim, Ummendorf, Warthausen;

Verflechtungen von Gemeinden im östlichen Mittelbereich mit dem Oberzentrum Memmingen sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Blaubeuren/Laichingen

Berghülen, Blaubeuren, Heroldstatt, Laichingen, Merklingen, Nellingen, Schelklingen, Westerheim;

Mittelbereich Ehingen

Allmendingen, Altheim, Ehingen (Donau), Emeringen, Emerkingen, Griesingen, Grundsheim, Hausen am Bussen, Lauterach, Munderkingen, Oberdisingen, Obermarchtal, Oberstadion, Öpfingen, Rechtenstein, Rottenacker, Untermarchtal, Unterstadion, Unterwachingen;

Mittelbereich Laupheim

Achstetten, Burgrieden, Laupheim, Mietingen, Schwendi, Wain;

Mittelbereich Riedlingen

Alleshausen, Allmannsweiler, Altheim, Bad Buchau, Betzenweiler, Dürmentingen, Dürnau, Ertingen, Kanzach, Langenenslingen, Moosburg, Oggelshausen, Riedlingen, Seekirch, Tiefenbach, Unlingen, Uttenweiler;

Mittelbereich Ulm

Altheim (Alb), Amstetten, Asselfingen, Ballendorf, Balzheim, Beimerstetten, Bernstadt, Blaustein, Börslingen, Breitingen, Dietenheim, Dornstadt, Erbach, Holzkirch, Hüttisheim, Illerkirchberg, Illerrieden, Langanau, Lonsee, Neenstetten, Nerenstetten, Öllingen, Rammingen, Schnürpflingen, Setzingen, Staig, Ulm, Weidenstetten, Westerstetten;

Verflechtungen von Gemeinden in Bayern mit dem Oberzentrum Ulm/Neu-Ulm sind zu berücksichtigen;

in der **Region Bodensee-Oberschwaben** zum

Mittelbereich Bad Saulgau

Altshausen, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Guggenhausen, Herberdingen, Hoßkirch, Königseggwald, Ostrach, Riedhausen, Bad Saulgau, Unterwaldhausen;

Mittelbereich Bad Waldsee

Aulendorf, Bad Waldsee, Bergatreute;

Mittelbereich Friedrichshafen

Bermatingen, Deggenhausertal, Eriskirch, Friedrichshafen, Immenstaad am Bodensee, Kressbronn am Bodensee, Langenargen, Markdorf, Meckenbeuren, Neukirch, Oberteuringen, Tettnang;

Mittelbereich Leutkirch

Aichstetten, Aitrach, Bad Wurzach, Isny im Allgäu, Leutkirch im Allgäu;

Verflechtungen von Gemeinden mit dem Oberzentrum Memmingen sind zu berücksichtigen;

Mittelbereich Pfullendorf

Herdwangen-Schönach, Illmensee, Leibertingen, Meßkirch, Pfullendorf, Sauldorf, Wald;

Mittelbereich Ravensburg/Weingarten

Baienfurt, Baidt, Berg, Bodnegg, Fronreute, Grünkraut, Horgenzell, Ravensburg, Schlier, Vogt, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolfegg, Wolpertswende;

Mittelbereich Sigmaringen

Beuron, Bingen, Gammertingen, Hettingen, Hohentengen, Inzigkofen, Krauchenwies, Mengen, Neufra, Scheer, Schwenningen, Sigmaringen, Sigmaringendorf, Stetten am kalten Markt, Veringenstadt;

Mittelbereich Überlingen

Daisendorf, Frickingen, Hagnau am Bodensee, Heiligenberg, Meersburg, Owingen, Salem, Sipplingen, Stetten, Überlingen, Uhdlingen-Mühlhofen;

Mittelbereich Wangen

Achberg, Amtzell, Argenbühl, Kiblegg, Wangen im Allgäu;

Verflechtungen von Gemeinden in Bayern mit dem Mittelzentrum Wangen sind zu berücksichtigen.

Zu 2.6 Entwicklungsachsen

Landesentwicklungsachsen

Region Stuttgart

- a) Stuttgart - Ludwigsburg/Kornwestheim – Bietigheim-Bissingen/Besigheim - Vaihingen an der Enz (- Mühlacker),
- b) Stuttgart - Ludwigsburg/Kornwestheim – Bietigheim-Bissingen/Besigheim (- Heilbronn),
- c) Stuttgart - Waiblingen/Fellbach - Backnang (- Schwäbisch Hall),
- d) Stuttgart - Waiblingen/Fellbach - Schorndorf (- Schwäbisch Gmünd),
- e) Stuttgart - Esslingen am Neckar - Plochingen - Göppingen - Geislingen an der Steige (- Ulm/Neu-Ulm),
- f) Stuttgart - Esslingen am Neckar - Plochingen - Nürtingen (- Metzingen),
- g) Stuttgart (- Reutlingen/Tübingen),
- h) Stuttgart - Böblingen/Sindelfingen - Herrenberg (- Horb am Neckar),
- i) Stuttgart - Leonberg (- Calw),
- j) Herrenberg (- Nagold);

Region Franken

- a) Heilbronn (- Sinsheim),
- b) Heilbronn - Neckarsulm (- Mosbach),
- c) Heilbronn - Neckarsulm (- Adelsheim/Osterburken) - Tauberbischofsheim (- Würzburg),
- d) Heilbronn - Öhringen - Schwäbisch Hall - Crailsheim (- Feuchtwangen),
- e) Heilbronn (- Bietigheim-Bissingen/Besigheim),
- f) Heilbronn (- Bretten),
- g) Tauberbischofsheim (- Walldürn/Hardheim),
- h) (Marktheidenfeld -) Wertheim (- Miltenberg),
- i) Wertheim - Tauberbischofsheim - Bad Mergentheim - Crailsheim (- Ellwangen [Jagst]),
- j) Schwäbisch Hall (- Backnang);

Region Ostwürttemberg

- a) (Schorndorf -) Schwäbisch Gmünd - Aalen (- Nördlingen),
- b) (Crailsheim -) Ellwangen (Jagst) - Aalen - Heidenheim an der Brenz - Giengen an der Brenz (- Ulm/Neu-Ulm),
- c) Giengen an der Brenz (- Dillingen an der Donau);

Region Mittlerer Oberrhein

- a) Karlsruhe (- Schwetzingen),
- b) Karlsruhe - Bruchsal (- Wiesloch/Walldorf),
- c) Karlsruhe - Bretten (- Heilbronn),
- d) Karlsruhe (- Pforzheim),
- e) Karlsruhe - Rastatt - Gaggenau/Gernsbach (- Freudenstadt),
- f) Karlsruhe - Rastatt - Baden-Baden - Bühl (- Achern),
- g) Karlsruhe (- Wörth am Rhein),
- h) Bruchsal - Bretten (- Mühlacker);

Region Unterer Neckar

- a) (Ludwigshafen am Rhein/)Mannheim (- Darmstadt),
- b) (Ludwigshafen am Rhein/)Mannheim - Heidelberg,
- c) (Ludwigshafen am Rhein/)Mannheim - Schwetzingen (- Karlsruhe),
- d) Heidelberg - Weinheim (- Darmstadt),
- e) Heidelberg - Neckargemünd - Eberbach - Mosbach (- Neckarsulm),
- f) Heidelberg - Neckargemünd - Meckesheim - Sinsheim (- Heilbronn),
- g) Heidelberg - Wiesloch/Walldorf (- Bruchsal),
- h) Meckesheim - Mosbach - Adelsheim/Osterburken - Buchen (Odenwald) - Walldürn/Hardheim (- Tauberbischofsheim),
- i) Walldürn/Hardheim (- Miltenberg),
- j) (Neckarsulm -) Adelsheim/Osterburken (- Tauberbischofsheim);

Region Nordschwarzwald

- a) Pforzheim (- Karlsruhe),
- b) Pforzheim - Mühlacker (- Vaihingen an der Enz),
- c) Pforzheim - Calw - Nagold - Horb am Neckar,
- d) Mühlacker (- Bretten),
- e) Calw (- Leonberg - Stuttgart),
- f) Nagold (- Herrenberg),
- g) (Herrenberg -) Horb am Neckar (- Rottweil),
- h) (Haslach im Kinzigtal/Hausach/Wolfach -) Freudenstadt - Horb am Neckar (- Rottenburg am Neckar),
- i) Freudenstadt (- Gaggenau/Gernsbach);

Region Südlicher Oberrhein

- a) Freiburg im Breisgau - Emmendingen - Lahr/Schwarzwald - Offenburg,
- b) Freiburg im Breisgau - Waldkirch - Haslach im Kinzigtal/Hausach/Wolfach (- Freudenstadt),
- c) Freiburg im Breisgau - Titisee-Neustadt (- Donaueschingen),
- d) Freiburg im Breisgau - Bad Krozingen/Staufen im Breisgau - Müllheim (- Lörrach/ Weil am Rhein),
- e) Freiburg im Breisgau - Breisach am Rhein (- Colmar),
- f) Offenburg - Kehl (- Strasbourg),
- g) Offenburg - Achern (- Bühl),
- h) Offenburg - Haslach im Kinzigtal/Hausach/Wolfach (- Villingen-Schwenningen);

Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

- a) Villingen-Schwenningen - Rottweil (- Horb am Neckar),
- b) Villingen-Schwenningen - Rottweil (- Balingen),
- c) Villingen-Schwenningen - Donaueschingen - Geisingen/ Immendingen - Tuttlingen (- Meßkirch),
- d) Villingen-Schwenningen - Donaueschingen - Geisingen/Immendingen (- Singen [Hohentwiel]),
- e) Villingen-Schwenningen - Donaueschingen (- Schaffhausen),
- f) Villingen-Schwenningen - Donaueschingen (- Titisee-Neustadt),
- g) Villingen-Schwenningen (- Haslach im Kinzigtal/Hausach/Wolfach),
- h) Rottweil - Tuttlingen;

Region Hochrhein-Bodensee

- a) Konstanz - Radolfzell am Bodensee - Singen (Hohentwiel) (- Geisingen/Immendingen),
- b) Konstanz (- Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten),
- c) Konstanz (- Zürich),
- d) Lörrach/Weil am Rhein (- Müllheim),
- e) Lörrach/Weil am Rhein - Rheinfeldern (Baden) - Bad Säckingen - Waldshut-Tiengen (- Schaffhausen),
- f) Lörrach/Weil am Rhein (- Basel),
- g) Singen (Hohentwiel) (- Schaffhausen - Zürich),
- h) Singen (Hohentwiel) - Stockach (- Überlingen),
- i) Stockach (- Meßkirch);

Region Neckar-Alb

- a) Reutlingen/Tübingen (- Stuttgart),
- b) Reutlingen/Tübingen - Metzingen (- Nürtingen),
- c) Reutlingen/Tübingen (- Riedlingen),
- d) Reutlingen/Tübingen - Hechingen - Balingen - Albstadt (- Sigmaringen),
- e) Reutlingen/Tübingen - Hechingen - Balingen (- Rottweil),
- f) Reutlingen/Tübingen - Rottenburg am Neckar (- Horb am Neckar);

Region Donau-Iller

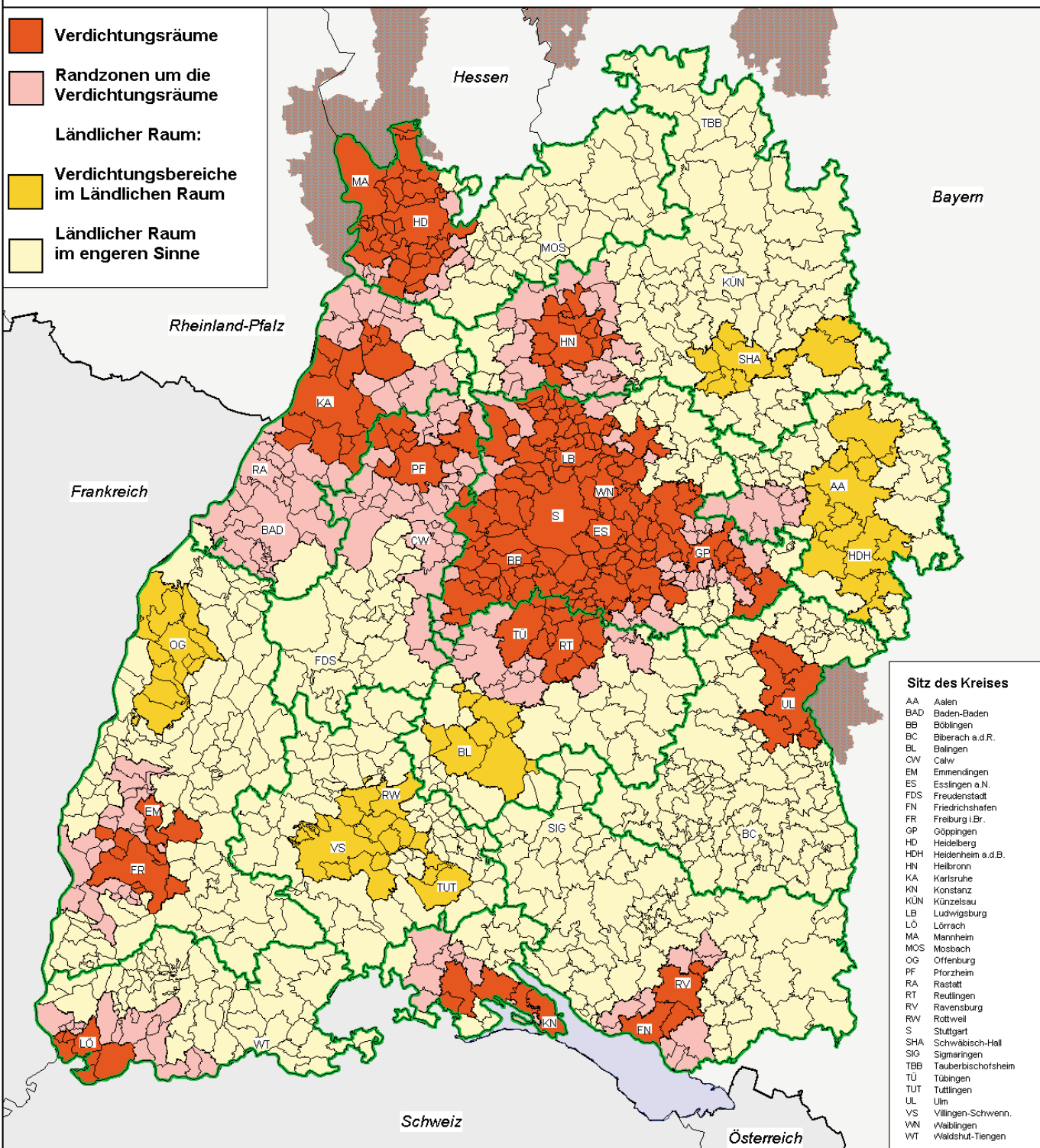
- a) Ulm(/Neu-Ulm) (- Geislingen an der Steige),
- b) Ulm(/Neu-Ulm) (- Giengen an der Brenz),
- c) Ulm(/Neu-Ulm) (- Günzburg/Leipheim),
- d) Ulm(/Neu-Ulm) (- Memmingen),
- e) Ulm(/Neu-Ulm) - Laupheim - Biberach an der Riß (- Bad Waldsee),
- f) Ulm(/Neu-Ulm) - Ehingen (Donau) - Riedlingen (- Herbertingen),
- g) (Reutlingen/Tübingen -) Riedlingen - Biberach an der Riß (- Memmingen);

Region Bodensee-Oberschwaben

- a) Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten - Bad Saulgau - Herbertingen - Mengen - Sigmaringen (- Albstadt),
- b) Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten - Bad Waldsee (- Biberach an der Riß),
- c) Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten (- Lindau [Bodensee]),
- d) Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten (- Konstanz - Zürich),
- e) Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten - Überlingen (- Stockach),
- f) (Lindau [Bodensee] -) Wangen im Allgäu - Leutkirch im Allgäu (- Memmingen),
- g) (Tuttlingen -) Meßkirch - Mengen - Herbertingen (- Riedlingen),
- h) Meßkirch (- Stockach).

LANDESENTWICKLUNGSPLAN 2002 BADEN-WÜRTTEMBERG

Zu 2.1.1 Raumkategorien



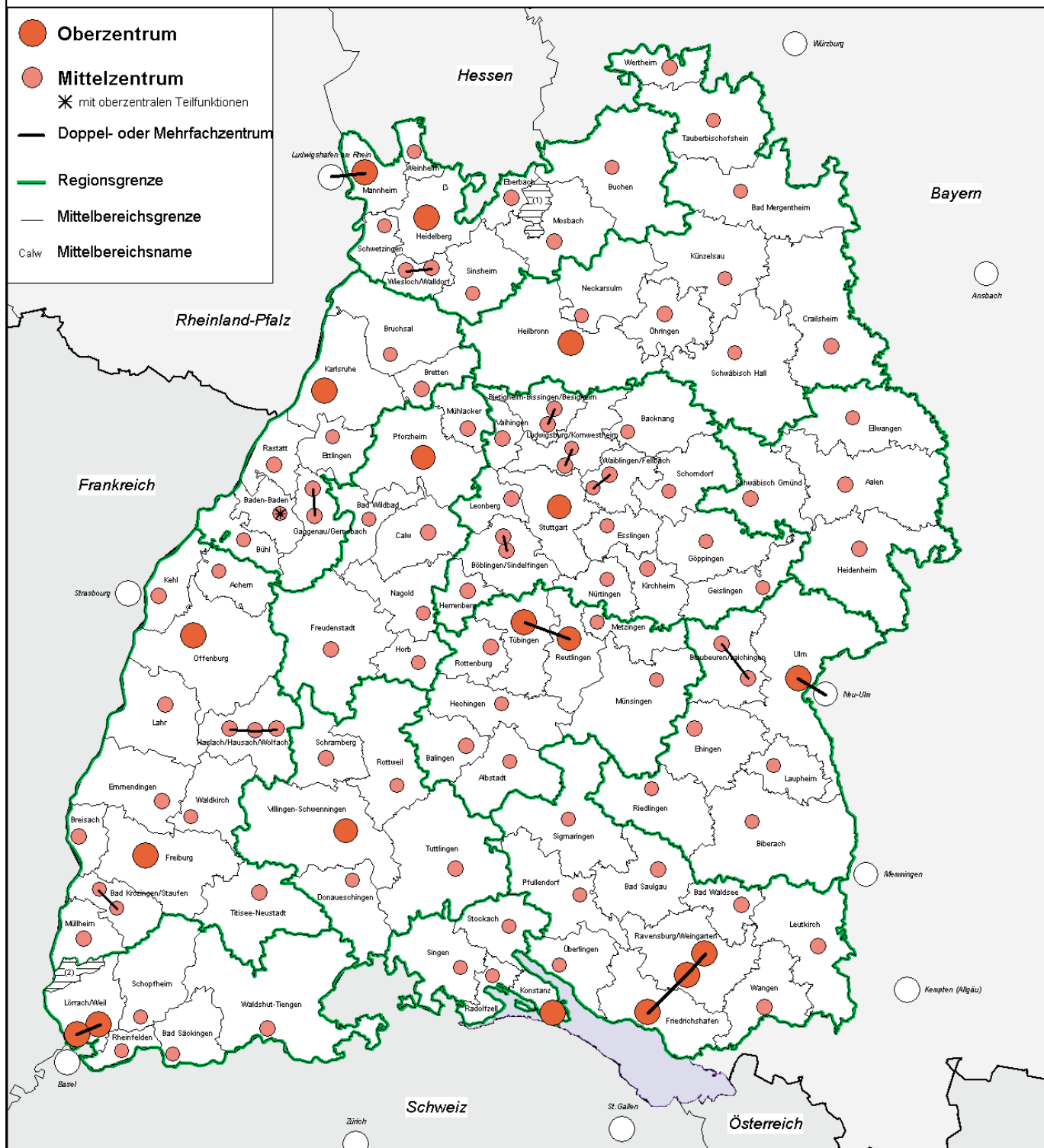
Nachrichtlich: Verdichtungsräume benachbarter Bundesländer gemäß jeweiligem Landesentwicklungsprogramm bzw. -plan

Raumbezug: Gemeinden
Überlagerte Grenzen: Regionen

**WIRTSCHAFTSMINISTERIUM
BADEN-WÜRTTEMBERG**

LANDESENTWICKLUNGSPLAN 2002 BADEN-WÜRTTEMBERG

Zu 2.5 Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche - Oberzentren, Mittelzentren und Mittelbereiche -



- Oberzentrum
- Mittelzentrum
- ✱ mit oberzentralen Teilfunktionen
- Doppel- oder Mehrfachzentrum
- Regionsgrenze
- Mittelbereichsgrenze
- Calw Mittelbereichsname

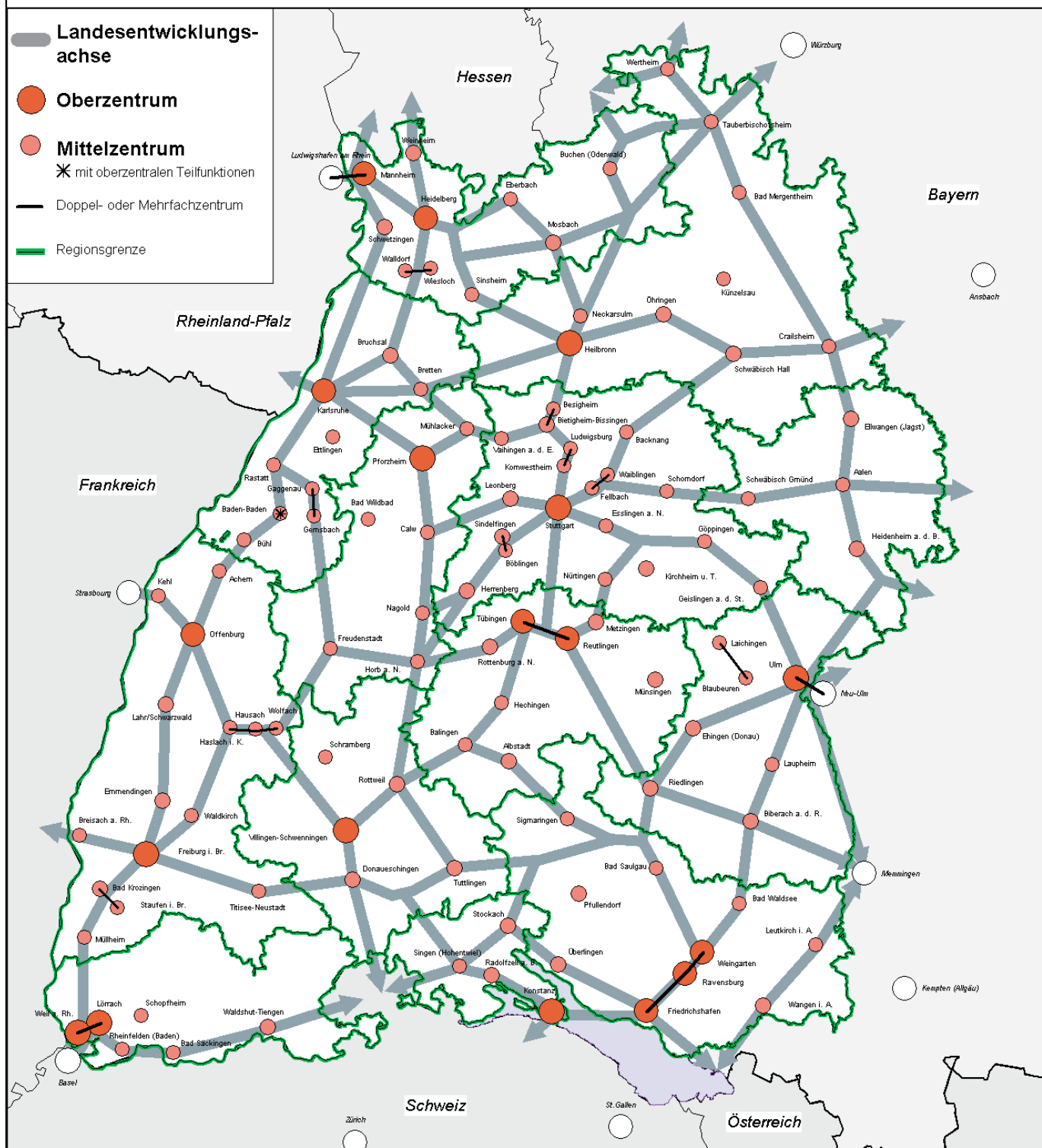
○ Nachrichtlich: Oberzentren benachbarter Bundesländer gemäß jeweiligem Landesentwicklungsprogramm bzw. -plan und Städte im benachbarten Ausland mit vergleichbarer Zentralität







▨ Offen gehaltene Mittelbereichsgrenze im Bereich Neckargerach-Waldbrunn (1) und Schliengen/Bad Bellingen (2)


**WIRTSCHAFTSMINISTERIUM
BADEN-WÜRTTEMBERG**

LANDESENTWICKLUNGSPLAN 2002 BADEN-WÜRTTEMBERG

Zu 2.6.2 Landesentwicklungsachsen

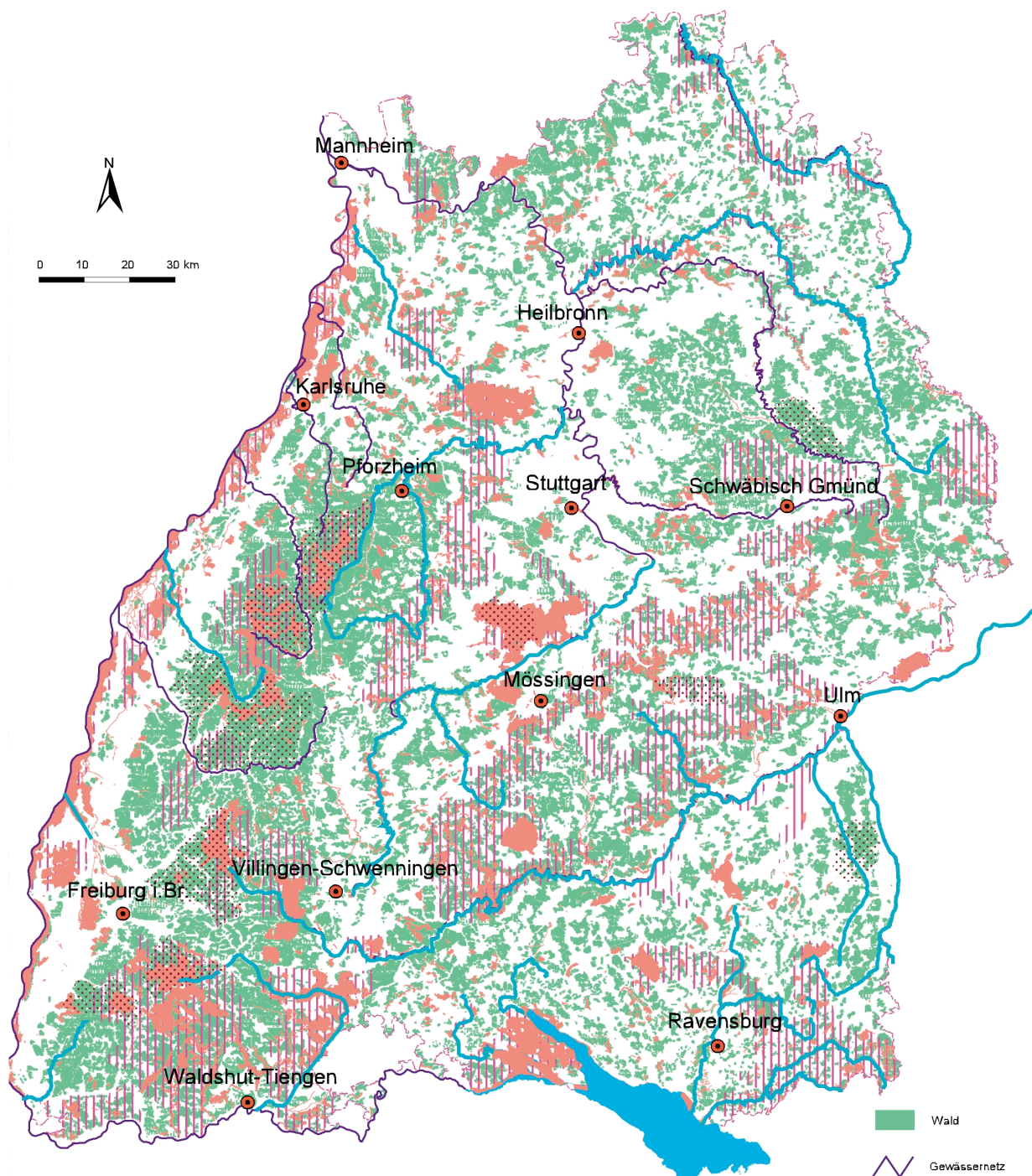



-  Landesentwicklungsachse
-  Oberzentrum
-  Mittelzentrum
-  * mit oberzentralen Teilfunktionen
-  Doppel- oder Mehrfachzentrum
-  Regionsgrenze


 Nachrichtlich: Oberzentren benachbarter Bundesländer gemäß jeweiligem Landesentwicklungsprogramm bzw. -plan und Städte im benachbarten Ausland mit vergleichbarer Zentralität


LANDESENTWICKLUNGSPLAN 2002 BADEN-WÜRTTEMBERG


Zu 5.1.2 Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume



 Gebiete, die Teil des künftigen, europaweiten, kohärenten Schutzgebietsnetzes "Natura 2000" sind. (Stand: Meldung des Landes vom März 2001 an das Bundesamt für Naturschutz)

 Gebiete, die sich durch eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten auszeichnen und die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung eines ökologisch wirksamen Freiraumverbundes und im Hinblick auf die Kohärenz eines europäischen Schutzgebietsnetzes besitzen.

 Unzerschnittene Räume mit hohem Wald- oder Biotopanteil mit einer Größe über 100 km²

 Gewässer mit besonderer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz die bereits lange natürliche und naturnahe Fließstrecken und Auen aufweisen.

 Wald

 Gewässernetz

**LfU - Landesanstalt
für Umweltschutz
Baden-Württemberg**
Stand 07.2002

LANDESENTWICKLUNGSPLAN 2002 BADEN-WÜRTTEMBERG

Zu 5.2.1 Vorkommen oberflächennaher mineralischer Rohstoffe

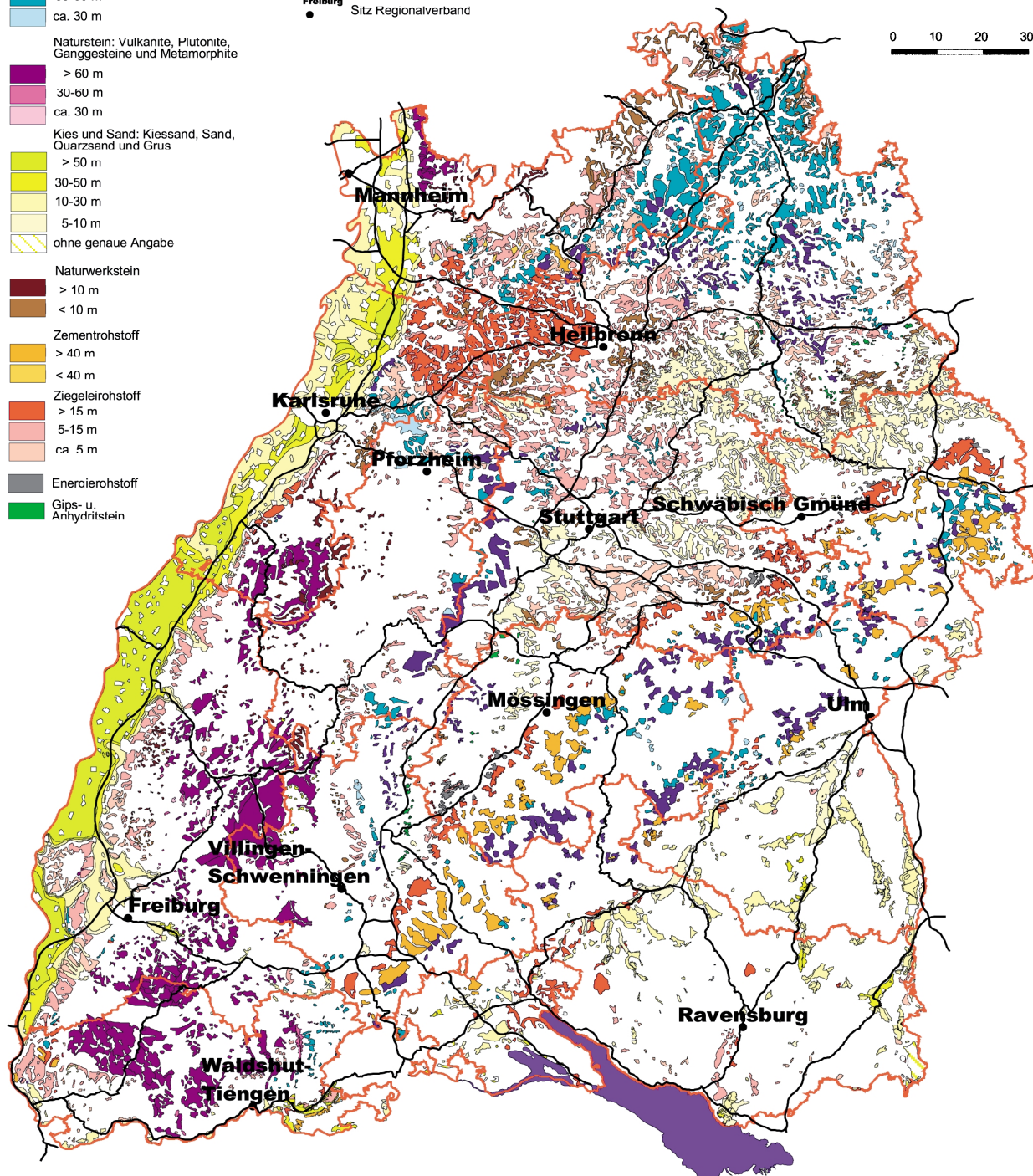
Legende

- Naturstein: Kalksteine
 - > 60 m
 - 30-60 m
 - ca. 30 m
- Naturstein: Vulkanite, Plutonite, Ganggesteine und Metamorphite
 - > 60 m
 - 30-60 m
 - ca. 30 m
- Kies und Sand: Kiessand, Sand, Quarzsand und Grus
 - > 50 m
 - 30-50 m
 - 10-30 m
 - 5-10 m
 - ohne genaue Angabe
- Naturwerkstein
 - > 10 m
 - < 10 m
- Zementrohstoff
 - > 40 m
 - < 40 m
- Ziegeleirohstoff
 - > 15 m
 - 5-15 m
 - ca. 5 m
- Energirohstoff
- Gips- u. Anhydritstein

- Hauptverkehrsstrasse
- Regionsgrenzen
- Sitz Regionalverband



0 10 20 30 km



**III. Begründung der Plansätze
des Landesentwicklungsplans 2002 Baden-Württemberg**

1. Leitbild der räumlichen Entwicklung

Das dem Landesentwicklungsplan als Kapitel 1 vorangestellte Leitbild gibt die raumordnerischen Kernaussagen für die weitere Entwicklung des Landes und seiner Teilräume wieder und stellt einen Orientierungsrahmen für seine Konkretisierung und Umsetzung dar. Es enthält sowohl bewährte Zielsetzungen, die sich an der im Grundgesetz verankerten Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und der historisch gewachsenen räumlichen Struktur des Landes orientieren, als auch Akzente wie den notwendigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung, die notwendige Stärkung der Teilräume als raumordnerische Handlungsebene und die grenzüberschreitende Kooperation im Zug der fortschreitenden Integration Europas, die den neuen Herausforderungen Rechnung tragen.

Das Leitbild richtet sich wie die folgenden Kapitel insbesondere an die Entscheidungsträger von Land, Regionen und Kommunen. Es ist dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtet und stellt die bestehende Zuständigkeitsverteilung von Land, Regionen und Kommunen nicht in Frage.

Zu 1.1

Die fortschreitende Verstädterung und die Gefährdung wichtiger Lebensgrundlagen durch die zunehmenden Belastungen der Umwelt und den wachsenden Verbrauch von Landschaft, Energie, Rohstoffen und Wasser haben die Sicherung einer lebenswerten Zukunft in einer funktionsfähigen Umwelt zu einer zentralen, übergeordneten Aufgabe der Raumordnung gemacht. Eine Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt, Folgegenerationen angemessene Lebens- und Gestaltungsspielräume sichert und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung führt, wurde als Leitvorstellung sowohl im Raumordnungspolitischen Orientierungs- und Handlungsrahmen des Bundes als auch im Raumordnungsgesetz verankert. Insbesondere der 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro beschlossene Aktionsplan "Agenda 21" und die 1996 auf der Weltsiedlungskonferenz "Habitat II" in Istanbul verabschiedete "Lokale Agenda" haben hierzu wichtige Anstöße gegeben.

Zu 1.2

Im Vordergrund der räumlichen Entwicklung des Landes stehen weiterhin die Sicherung von Lebensqualität und Wohlstand und die Entfaltung der Persönlichkeit. Eines der wichtigsten Ziele der Landesentwicklung ergibt sich dabei aus der in Artikel 72 des Grundgesetzes verankerten Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen. Angestrebt wird eine ausgewogene räumliche Entwicklung, die alle Landesteile angemessen am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt teilhaben lässt und hilft, großräumige Entwicklungsunterschiede abzubauen.

Im Rahmen dieser Zielsetzung soll den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen sozialen und demografischen Gruppen der Bevölkerung Rechnung getragen und vor allem der Situation von Frauen, Familien mit Kindern sowie Menschen mit Behinderungen stärker entsprochen werden. Die Sicherung einer wohnortnahen Versorgung, die Bewahrung wohnortnaher Erholungsräume, die Schaffung familienfreundlicher Wohn- und Wohnumfeldbedingungen sowie die Ausrichtung neuer Bauflächen auf eine Bedienung durch öffentliche Verkehre sind anzustreben. Auch die aus der deutlich gestiegenen Lebenserwartung und der stark zurückgegangenen Geburtenrate resultierenden altersstrukturellen Verschiebungen sollen bei der weiteren räumlichen Entwicklung stärkere Berücksichtigung finden.

Zu 1.3

Die weitere Siedlungsentwicklung soll sich zur Vermeidung einer einseitigen Belastung der verdichteten Räume und zur Verbesserung der Entwicklungschancen ländlicher Gebiete stärker an der dezentralen

Raumstruktur des Landes orientieren. Dabei soll die Siedlungstätigkeit zur Sicherstellung einer angemessenen und wohnortnahen Versorgung mit Waren, Dienstleistungen und Arbeitsmöglichkeiten, zur Sicherung der Tragfähigkeit infrastruktureller Einrichtungen sowie zur Verhinderung einer ungeordneten Zersiedlung der freien Landschaft am Netz der Zentralen Orte ausgerichtet werden und im Interesse eines sparsamen Umgangs mit der freien Landschaft vorrangig in Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten konzentriert werden.

Zu 1.4

Die weitere bauliche Entwicklung der Städte und Gemeinden soll sich an ihren Aufgaben und dem vorsehbaren Wohnraumbedarf der Bevölkerung orientieren. Ziel ist die Sicherung der Attraktivität der Kommunen als Wohn- und Arbeitsstandort sowie die Stärkung ihrer Bedeutung und Anziehungskraft für Erholung und Tourismus. Die städtebauliche Entwicklung soll an den gewachsenen Strukturen ausgerichtet werden. Die Stadt- und Ortszentren sind in ihrer Urbanität, Vitalität und Ausstrahlung zu stärken. In den innerstädtischen Bestandsgebieten gilt es, durch Maßnahmen der städtebaulichen Erneuerung und Entwicklung, durch den Erhalt von Freiflächen für die Naherholung und andere Verbesserungen des Wohnumfelds die Wohnnutzung zu erhalten und attraktive Lebensräume zu schaffen, die heutigen Wohnansprüchen genügen. Dabei sollen Kulturdenkmale als prägende Elemente der Lebensumwelt des Menschen und der Kulturlandschaft so weit wie möglich erhalten und vor Beeinträchtigungen geschützt werden. Bei notwendigen Siedlungserweiterungen sind Abrundungen vorhandener Siedlungsgebiete sowie Flächen sparende Erschließungs- und Bauformen anzustreben. Im Rahmen dieser Zielsetzungen soll auch den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen sozialen und demografischen Gruppen der Bevölkerung und den demografischen Entwicklungstendenzen Rechnung getragen werden.

Zu 1.5 und 1.6

Zur langfristigen Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung sollen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Standorts Baden-Württemberg gestärkt und die wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollen durch Bereitstellung moderner Infrastruktureinrichtungen, eine bedarfsgerechte Anbindung, Erschließung und Verflechtung der Teilräume und durch Stärkung „weicher“ Standortfaktoren unterstützt werden. Dabei sollen raumspezifische Bedürfnisse und Aufgaben berücksichtigt und Motorfunktionen Zentraler Orte gestärkt werden sowie Vernetzungen und komplementäre Ergänzungen angestrebt und Synergieeffekte genutzt werden. Zudem soll die Wirtschaft in ihrer Anpassung an die rasante technologische Entwicklung und die veränderten Marktstrukturen unterstützt und in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden. Wegen des Mangels an Bodenschätzen und der relativ einseitig ausgerichteten Wirtschaftsstruktur des Landes soll auf eine Stärkung der Verarbeitung und Veredlung sowie auf eine Weiterentwicklung des Dienstleistungsbereichs hingewirkt werden.

Zu 1.7

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der 80er und 90er Jahre haben die Entwicklung des Landes und die räumlichen Verflechtungen stark beeinflusst. Das Verkehrsaufkommen hat sich deutlich erhöht; die Verkehrsbeziehungen und die Intensität der Verkehrsströme haben weiter zugenommen. Die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes muss zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes und der Standortattraktivität der Städte und Gemeinden an diese Veränderungen angepasst werden. Dazu soll insbesondere in den verkehrlich hoch belasteten Räumen die Verkehrsinfrastruktur unter Berücksichtigung der spezifischen Potenziale der verschiedenen Verkehrsträger bedarfsgerecht vernetzt und weiterentwickelt werden. Gleichzeitig ist auf eine Verminderung verkehrsbedingter Belastungen hinzuwirken und bei Siedlungserweiterungen eine Bedienung durch öffentliche Verkehre anzustreben.

Zu 1.8

Der Bedarf an Rohstoffen, Wasser und Energie wird trotz des Einsatzes Ressourcen sparender Technologien weiter zunehmen. Der Sicherung nutzungswürdiger Rohstoff- und Wasservorkommen und der lang-

fristigen Energieversorgung kommt daher für eine nachhaltige Entwicklung des Landes besondere Bedeutung zu. Zur Sicherung der Bedürfnisse künftiger Generationen gilt es auch, verstärkt darauf hinzuwirken, dass die Verwendung von Recycling-Material und der Anbau nachwachsender Rohstoffe weiter gesteigert werden. Ressourcen sparende Technologien, Einrichtungen und Kooperationen und der Einsatz von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien sollen durch die räumliche Planung nach wie vor gefördert werden. Beim Abbau und der Nutzung von Vorkommen, der Verwertung von Altstoffen und der Beseitigung von Abfällen sind räumliche Voraussetzungen für umweltverträgliche Lösungen anzustreben.

Zu 1.9

Der Schutz von Natur und Umwelt, d.h. ein sensibler Umgang mit der Landschaft und eine verantwortliche, an der Regenerationsfähigkeit und den Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft ausgerichtete Nutzung der Naturgüter, sollen oberstes Gebot aller räumlichen Planungen sein. Ziel ist es insbesondere, der Inanspruchnahme und Zersiedelung freier Landschaft durch verstärkte Innenentwicklung und Arrondierung entgegenzuwirken. Nicht vermeidbare Eingriffe sollen durch Konzentration, Bündelung, Ausbau statt Neubau und Wiedernutzung von Brachflächen minimiert werden. Nicht mehr benötigte Siedlungs- und Verkehrsflächen sind zu renaturieren und belastete Freiräume dauerhaft aufzuwerten. Dabei sollen die im Umweltplan des Landes verankerten Qualitäts- und Handlungsziele berücksichtigt werden.

Zu 1.10

Obwohl die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Zug des tiefgreifenden Strukturwandels in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen ist und im Landesdurchschnitt weniger als 3 % der Erwerbstätigen im primären Sektor beschäftigt sind, kommt der Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg nach wie vor erhebliche Bedeutung zu. Sie besitzt durch die Produktion von Grundnahrungsmitteln, regionalen Spezialitäten und nachwachsenden Rohstoffen für die heimische Industrie vor allem für den Ländlichen Raum ein hohes Gewicht und durch ihre landespflegerischen Aufgaben und die wachsende Bedeutung einer nachhaltigen Bewirtschaftung ein erhebliches Entwicklungspotenzial. Sie stützt durch ihre vielfältigen Verflechtungen mit anderen Wirtschaftsbereichen zudem das Handwerk und das Dienstleistungsgewerbe und trägt damit auch zur Erhaltung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze bei.

Zu 1.11

Bei der weiteren räumlichen Entwicklung des Landes sollen die wirtschaftlichen, landschaftlichen, infrastrukturellen und kulturellen Entwicklungspotenziale der Regionen, Landkreise, Städte und Gemeinden genutzt und die Teilräume unter Einbeziehung der regionalen Akteure durch interkommunale und regionale Kooperationen als Planungs-, Ordnungs- und Handlungsebene gestärkt werden. Die bewährte historisch gewachsene Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur mit ihrer Vielzahl leistungsfähiger Zentren und Stadtregionen soll in ihrer Vielfalt erhalten und in ihren spezifischen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert werden. Die regionalen Zentren sind weiterzuentwickeln und im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen im schärfer gewordenen Standortwettbewerb in ihrer infrastrukturellen Ausstattung sowie verkehrlichen Anbindung und Erschließung an die gestiegenen Anforderungen anzupassen. Auch die Bildung regionaler Schwerpunkte mit komplementären Funktionen und sich ergänzenden Profilen soll zur Stärkung der dezentralen Siedlungsstruktur und zur Entwicklung der Teilräume unterstützt werden.

Zu 1.12

Nach der Öffnung der Grenzen in Europa und der Vollendung des europäischen Binnenmarkts ist die großräumige Einbindung Baden-Württembergs für die weitere Entwicklung des Landes von großer Bedeutung. Die zentrale Lage in Europa und die Grenzlage zu Frankreich und der Schweiz, die starke Exportabhängigkeit der heimischen Wirtschaft sowie die Motorfunktionen der Europäischen Metropolre-

gion Stuttgart und des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein unterstreichen diese entwicklungs-
politische Zielsetzung.

Durch eine Vielzahl grenzüberschreitender Projekte und die Arbeit in grenzüberschreitenden Gremien und Institutionen wirkt das Land bereits aktiv den noch vorhandenen Nachteilen trennender Grenzen entgegen. Die Initiative der Europäischen Union und des Europarats für ein Europäisches Raumentwicklungskonzept, das den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, eine nachhaltige Entwicklung und eine ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Raum zum Ziel hat, wird daher aus baden-württembergischer Sicht einhellig begrüßt.

2. Raumstruktur

2.1 Raumkategorien

Zu 2.1.1

Das Landesplanungsgesetz (§ 3 Abs. 2 Nr. 1) sieht die Ausweisung von Raumkategorien im Landesentwicklungsplan vor. Die flächendeckende Gliederung des Landes in Raumkategorien nimmt auf großräumige Unterschiede der Siedlungsstruktur Bezug und dient vorrangig landesplanerischen und raumordnerischen Zwecken. Die Raumkategorien bilden ein Gebietsraster für teilraumspezifische Zielsetzungen des Landesentwicklungsplans zur jeweils anzustrebenden räumlichen Entwicklung und zur Bewältigung der jeweiligen Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben. Die Ziele und Grundsätze für die Raumkategorien ergänzen die landesweit geltenden Zielsetzungen zur Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturentwicklung. Sie geben einen Entwicklungsrahmen vor, der auf der regionalen und kommunalen Ebene auszuformen und zu konkretisieren ist (vgl. Plansatz 2.1.3).

Im Landesentwicklungsplan 1983 wurden die Raumkategorien Verdichtungsräume, Randzonen um die Verdichtungsräume und Ländlicher Raum ausgewiesen und innerhalb des Ländlichen Raums die Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum als Teilkategorie gesondert abgegrenzt. Der Ländliche Raum außerhalb der Verdichtungsgebiete wurde im Landesentwicklungsplan 1983 nicht näher charakterisiert, in der raumordnerischen Berichterstattung jedoch als Ländlicher Raum im engeren Sinn bezeichnet. Bei der gemeindeschaffen Ausweisung dieser Raumkategorien wurden die älteren Abgrenzungen des Landesentwicklungsplans 1971 weitgehend übernommen und lediglich dem durch die Gemeindereform veränderten Gebietsstand angepasst. Da die älteren Abgrenzungen anhand von Daten der sechziger Jahre erfolgten, gründeten die Ausweisungen des Landesentwicklungsplans 1983 empirisch im Wesentlichen noch auf den siedlungsstrukturellen Verhältnissen jener Zeit.

Seit den sechziger Jahren haben sich die raum- und siedlungsstrukturellen Verhältnisse erheblich verändert. Dazu trugen landesweite Entwicklungen wie die fortschreitende Motorisierung, der wirtschaftliche Strukturwandel und das starke Siedlungswachstum ebenso bei wie Tendenzen der räumlichen Siedlungsentwicklung, die im Landesentwicklungsbericht 1994 detailliert dargestellt sind und sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- In allen Raumkategorien, im Ländlichen Raum aber schwächer ausgeprägt, besteht ein Trend zur Suburbanisierung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen aus den städtischen Zentren in deren Umlandbereiche, der zu zentrifugalen Umschichtungen und zu einer kleinräumigen Dekonzentration führt. Wesentliche Bestimmungsgründe der Suburbanisierung sind die Bauflächensituation, das Immobilien- und Mietpreisniveau sowie die Umwelt- und Wohnumfeldqualität.
- In den großen Verdichtungsräumen, besonders im Großraum Stuttgart, treten neben kleinräumigen Stadt-Umland-Verlagerungen auch räumlich weiter ausgreifende Randverlagerungen auf, die eine Ausweitung der Verdichtungsräume und "Überschwappeneffekte" der Siedlungsdynamik in die Randzonen und in verdichtungsraumnahe Gebiete des Ländlichen Raums bewirken.
- Der Ländliche Raum weist außerhalb seiner Verdichtungsgebiete schon seit einiger Zeit eine überdurchschnittlich günstige Bevölkerungs-, Wohnungs- und Arbeitsplatzentwicklung auf und hat als Wohn- und Wirtschaftsstandort an Attraktivität gewonnen.
- Der räumliche und wirtschaftliche Strukturwandel geht mit einer Zunahme räumlicher Verflechtungen und einem wachsenden Leistungsaustausch zwischen den Teilräumen einher. Dies ist mit weiterem Verkehrswachstum und entsprechenden Umwelt- und Raumbeanspruchungen verbunden.

Die Zentrifugaleffekte der Suburbanisierung, die gestiegene Wohn- und Arbeitsplatzattraktivität des Ländlichen Raums, die Ausbreitung urbaner Lebensstile, die verbesserten Verkehrsverbindungen und intensiveren Verflechtungen und der wirtschaftliche Strukturwandel haben das Raumgefüge nachhaltig verändert. Die traditionelle strukturräumliche Polarität zwischen Stadt und Land löst sich immer mehr auf und das einstmals markante Gefälle zwischen "wachstumsdynamischen Verdichtungsräumen" und "entwicklungsschwachem Ländlichen Raum" flacht weiter ab.

Diesem raumstrukturellen Wandel und den veränderten raumordnerischen Anforderungen trägt der Landesentwicklungsplan durch eine Neuabgrenzung der Raumkategorien und eine Anpassung der landesplanerischen Zielsetzungen Rechnung.

Die Neuabgrenzung der Raumkategorien wurde auf Gemeindeebene in zwei Abgrenzungsschritten vorgenommen. Für den in das Anhörungsverfahren nach § 5 Abs. 2 und 3 des Landesplanungsgesetzes eingebrachten Fortschreibungsentwurf des Landesentwicklungsplans wurde zunächst eine Grobabgrenzung anhand objektiver Merkmale vorgenommen, die von den siedlungsstrukturellen Gegebenheiten ausgeht und ergänzend auch funktionsräumliche Zusammenhänge in Stadt-Umland-Bereichen berücksichtigt. Zur Vermeidung von „Flickenteppichen“ und zur Gewährleistung flächenhafter, raumordnerisch bedeutsamer Gebietszusammenhänge wurden darüber hinaus planerische Gesichtspunkte sowie Aspekte der räumlichen Nähe und der Planungskonstanz zur Abgrenzung herangezogen.

Die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten wurden dabei anhand eines Gesamtindikators der Siedlungsverdichtung erfasst, der sich aus folgenden Einzelmerkmalen zusammensetzt:

- Siedlungsflächenanteil (Gewichtung: 35 %): Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gemarkungsfläche (Flächenerhebung 1997),
- Siedlungsdichte (Gewichtung: 35 %): Einwohner (31.12.1996) je km² Siedlungsfläche ohne Verkehrsfläche,
- Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte (15 %): Summe von Einwohnern (31.12.1996) und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (30.06.1996) je km² Gemarkungsfläche,
- Baulandpreisniveau (15 %): Durchschnittlicher Kaufwert für baureifes Land in DM/m² (Fünfjahresmittel 1991 bis 1995).

Funktionsräumliche Zusammenhänge wurden bei der Abgrenzung der Verdichtungsräume, der Randzonen um die Verdichtungsräume und der Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum durch die Einbeziehung von Umlandgemeinden berücksichtigt, die durch intensive Pendlerverflechtungen eng mit den kernstädtischen Arbeitsplatzzentren der Verdichtungsräume oder Verdichtungsgebiete verbunden sind. Die Verflechtungen wurden dabei anhand der zentrumsbezogenen Berufsauspendlerquote 1987 bestimmt und entsprechend der Intensität abgestuft in besonders starke (Zielpendlerquote: 75 %), sehr starke (66,7 %) und starke Stadt-Umland-Verflechtungen (60 %).

Die Raumkategorienkulisse des Fortschreibungsentwurfs wurde im Anhörungsverfahren überprüft und nachfolgend in einer Feinabgrenzung auf der Basis der Anhörungsergebnisse modifiziert. Dabei wurden raumordnerisch begründete, landesweit vertretbare und überörtlich kohärente Änderungsanliegen zur Raumkategorienzuordnung aus der Anhörung berücksichtigt. Entsprechend den in der Anhörung vorgebrachten Stellungnahmen der beteiligten Planungsträger und des Landtags von Baden-Württemberg (Drucksache 13/527) kamen insbesondere regionalspezifische Gegebenheiten, örtliche Besonderheiten sowie verwaltungsterritoriale und topografische Zuordnungsaspekte zum Tragen.

Auf der Basis der Neuabgrenzung weist der Landesentwicklungsplan - wie bislang - die Raumkategorien Verdichtungsräume, Randzonen um die Verdichtungsräume und Ländlicher Raum mit den Teilkategorien

Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum und Ländlicher Raum im engeren Sinne aus (vgl. Karte 1). Zu diesen Kategorien gehören die im Anhang "Raumkategorien" aufgeführten Gemeinden. Die Gebietskulisse der Raumkategorien unterscheidet sich von der Kulisse des Landesentwicklungsplans 1983 hauptsächlich durch eine Gebietsvergrößerung der Verdichtungsräume und Gebietsveränderungen von Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum.

Wesentliche Abgrenzungsbedingungen für Verdichtungsräume waren eine Mindestgröße von 150.000 Einwohnern und eine am Siedlungsstrukturindikator gemessene Siedlungsverdichtung von mindestens 120 % des Landesdurchschnitts in flächenhaft zusammenhängendem Gebiet. Darüber hinaus wurden bei der Abgrenzung auch schwächer verdichtete Umlandgemeinden berücksichtigt, sofern sie durch besonders starke Pendlerverflechtungen eng mit dem Arbeitsplatzzentrum eines Verdichtungsraums verbunden sind und eine Mindestdichte von 75 % des Landeswerts aufweisen. Die gemäß diesen Kriterien sowie ergänzenden Zuordnungsaspekten der Anhörung in Plansatz 2.2.1 ausgewiesenen Verdichtungsräume nehmen gegenüber der Kulisse des Landesentwicklungsplans 1983 einen deutlich höheren Anteil an der Fläche und Bevölkerung des Landes ein. Ihre Vergrößerung geht auf die Zentrifugaleffekte der Suburbanisierung zurück und kam bereits bei der 1993 im Rahmen der Ministerkonferenz für Raumordnung erfolgten Neubestimmung der Verdichtungsräume im Bundesgebiet zur Geltung (vgl. Beschluss des Hauptausschusses der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 07.09.1993 "Verdichtungsräume in der Bundesrepublik Deutschland 1993"). Die dort für Baden-Württemberg ermittelten Verdichtungsräume werden durch die zeitnähere und unter Bezug auf landestypische Verhältnisse vorgenommene Neuabgrenzung grundsätzlich bestätigt, im Gebietszuschnitt modifiziert und um einen neuen Verdichtungsraum am Bodensee ergänzt. Dieser umfasst die stark verdichteten Gebiete im Schussenbecken und im Bereich Konstanz/Singen und wird zur Hervorhebung seiner spezifischen Strukturen und Funktionen als „Bodenseeraum mit besonderer struktureller Prägung“ bezeichnet.

Der Abgrenzung der Randzonen um die Verdichtungsräume wurden im Allgemeinen Siedlungsstrukturindikatorwerte zwischen 85 und 120 % des Landesdurchschnitts zu Grunde gelegt. Um den funktionalen Verflechtungen und der Siedlungsdynamik im Einzugsbereich der Verdichtungsräume Rechnung zu tragen, wurden ergänzend auch Gemeinden mit schwächerer Siedlungsverdichtung berücksichtigt, sofern sie eine starke Pendlerbindung zu einem Arbeitsplatzzentrum des Verdichtungsraums oder ein stark überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum 1993 bis 1998 von mindestens 8 % (Land: 1,9 %) aufweisen. Die gemäß diesen strukturellen und funktionalen Kriterien sowie ergänzenden Zuordnungsaspekten der Anhörung bestimmten Randzonen entsprechen im Gebietsumfang nicht ganz der Fläche der Randzonenkulisse des Landesentwicklungsplans 1983.

Der Ländliche Raum wird – wie schon im Landesentwicklungsplan 1983 – als eigenständige Raumkategorie bestimmt und in zwei Teilkategorien unterschiedlicher siedlungsstruktureller Prägung untergliedert: die Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum und den Ländlichen Raum im engeren Sinne.

Die Abgrenzung der Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum orientierte sich an den Dichtewerten für die Abgrenzung der Randzonen um die Verdichtungsräume unter zusätzlicher Berücksichtigung besonders starker Stadt-Umland-Verflechtungen. Den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum wurden daher auch Umlandgemeinden mit schwächerer Siedlungsverdichtung zugeordnet, sofern sie eine besonders starke Pendlerbindung zu einem Arbeitsplatzzentrum des Verdichtungsraums und eine Mindestdichte von 50% des Landeswerts aufweisen. Entsprechend diesen Kriterien sowie ergänzenden Zuordnungsaspekten der Anhörung weist der Landesentwicklungsplan die nicht an Verdichtungsräume angrenzenden Räume Schwäbisch Hall/Crailsheim, Aalen/Heidenheim/Ellwangen, Offenburg/Lahr/Kehl, Villingen-Schwenningen/Tuttlingen/ Rottweil und Albstadt/Balingen/Hechingen als Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum aus.

Der Abgrenzung des Ländlichen Raums im engeren Sinne (i.e.S.) wurden im Allgemeinen Siedlungsstrukturindikatorwerte von weniger als 85 % des Landesdurchschnitts in flächenhaftem Gebietszusammenhang zu Grunde gelegt. Zur Vermeidung von Inselbildungen wurden solitäre Klein- und Mittelstädte mit höherer Siedlungsverdichtung dem umgebenden Ländlichen Raum im engeren Sinne zugerechnet. Der Ländliche Raum im engeren Sinne umfasst großflächige Gebiete im Schwarzwald, auf der Schwäbischen Alb, im bodenseefernen Oberschwaben und im Nordosten des Landes.

Zu 2.1.2

Die Raumkategorien entwickeln sich nicht unabhängig voneinander, sondern sind auf vielfältige Weise miteinander verflochten und aufeinander angewiesen. Eine zukunftsfähige Landesentwicklung kann daher nicht im isolierten Neben- oder Gegeneinander der Raumkategorien erfolgen, sondern nur in ihrem Miteinander. Der Landesentwicklungsplan hebt deshalb den gemeinsamen Beitrag der Raumkategorien zur Gesamtentwicklung des Landes hervor und zielt auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit und einen intensiven Leistungsaustausch zwischen den Raumkategorien. Für die Gesamtentwicklung des Landes entscheidend ist, dass sich die Raumkategorien in ihren spezifischen Vorzügen und Funktionen gegenseitig ergänzen. Das erfordert auch, dass die Raumkategorien solche Funktionen verstärkt wahrnehmen, die sie entsprechend ihren jeweiligen Voraussetzungen am besten erfüllen können. Zur Sicherung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung, einer dezentralen Siedlungsstruktur und zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen ist eine gleichwertige Teilhabe aller Raumkategorien an der Entwicklung des Landes erforderlich.

Zu 2.1.3

Die einzelnen Raumkategorien weisen zwar einen ähnlichen siedlungsstrukturellen Charakter und vergleichbare raumordnerische Problemkonstellationen auf, sind aber dennoch keine völlig homogenen Raumgebilde mit einer einheitlichen Bevölkerungs-, Siedlungs- und Wirtschaftsdynamik. Um diesbezügliche Missverständnisse auszuschließen, stellt Plansatz 2.1.3 klar, dass auch innerhalb der einzelnen Raumkategorien, also zwischen Teilgebieten einer Raumkategorie, "Unterschiede in den naturräumlichen, infrastrukturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen" bestehen können. Dies trifft für alle Raumkategorien zu und hängt wesentlich mit dem generalisierenden Charakter der für landesplanerische Zwecke vorgenommenen und auf flächenhafte Gebietszusammenhänge achtenden Abgrenzung zusammen (vgl. Begründung zu Plansatz 2.1.1).

Derartige Unterschiede innerhalb einzelner Raumkategorien sollen bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans für die Raumkategorien stellen kein schematisches und starres Entwicklungskorsett dar, sondern einen Entwicklungsrahmen, der auf der regionalen und kommunalen Ebene mit Blick auf die jeweiligen Standortverhältnisse und Entwicklungspotenziale auszuformen ist.

2.2 Verdichtungsräume

Zu 2.2.1

Für die in Plansatz 2.2.1 ausgewiesenen Verdichtungsräume bestehen spezifische raumordnerische und entwicklungspolitische Handlungserfordernisse zum einen auf Grund ihrer für die Entwicklung des gesamten Landes bedeutsamen Funktionen, zum anderen auf Grund der mit der starken Siedlungsverdichtung und intensiven Raumbeanspruchung verbundenen Raumnutzungskonflikte und Überlastungserscheinungen. Die Intensität der raumordnerischen und entwicklungspolitischen Problemstellung nimmt dabei innerhalb der Verdichtungsräume im Allgemeinen von den Verdichtungskernen nach außen hin ab.

Die auf diese Problemlage ausgerichtete Entwicklungskonzeption des Landesentwicklungsplans setzt - wie bei den anderen Raumkategorien - bei den teilraumspezifischen Entwicklungspotenzialen an und zielt

darauf ab, die Standortvorteile der Verdichtungsräume zu sichern und zu nutzen und ihre Standortnachteile abzubauen. Die dazu maßgeblichen landesentwicklungspolitischen Leitlinien werden gegliedert in drei Ziel- und Maßnahmenbündel zur

- Sicherung der besonderen Aufgaben der Verdichtungsräume für die Entwicklung des gesamten Landes (Plansatz 2.2.2),
- Verminderung verdichtungs- und verkehrsbedingter Belastungen und damit verbundene Ordnungs- und Gestaltungsaufgaben (Plansatz 2.2.3) sowie
- besonders notwendigen überörtlich abgestimmten Entwicklung und zwischengemeindlichen Zusammenarbeit in Verdichtungsräumen (Plansatz 2.2.4).

Bedeutung und Zukunftschancen der Verdichtungsräume können langfristig nur bei gleichzeitiger Beachtung und gegenseitiger Ergänzung dieser Ziel- und Maßnahmenbündel gewahrt werden. Sie sind daher nicht als alternative Entwicklungsmöglichkeiten zu verstehen, sondern als notwendige, einander ergänzende und sich gegenseitig bedingende Komponenten einer auf die Sicherung der Entwicklungschancen bedachten Entwicklungspolitik.

Zu 2.2.2

Verdichtungsräume sind bedeutende Wohnschwerpunkte und herausragende Wirtschaftsstandorte hoher Standortqualität. Sie zeichnen sich durch eine hohe wirtschaftliche Leistungskraft, ein breit gefächertes und hochwertiges Angebot an Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen, einen differenzierten Arbeitsmarkt und eine Vielzahl hoch qualifizierter Arbeitsplätze aus. Auf Grund ihrer Angebotsvielfalt und -qualität auf engem Raum, ihrer Ballung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aktivitäten und ihrer günstigen Einbindung in regionale und überregionale Verkehrs- und Kommunikationsnetze nehmen die Verdichtungsräume auch übergeordnete Funktionen wahr, die für die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung des ganzen Landes und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg insgesamt von Bedeutung sind.

Die Verdichtungsräume, insbesondere deren kernstädtische Zentren, bieten spezifische Agglomerationsvorteile und eine Vielzahl von Kontaktmöglichkeiten und Fühlungsvorteilen, die trotz der stürmischen Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie für viele Unternehmen und Einrichtungen wichtig sind. Als Verknüpfungsbereiche von regionalen mit überregionalen Verkehrs- und Kommunikationsnetzen sowie als Standort hochwertiger Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur, hochrangiger Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und zentraler Einrichtungen in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Rechtsprechung und Kultur wirken sie darüber hinaus als wichtige Impulsgeber für die anderen Landesteile.

Deshalb sind die besonderen Standortvorteile und Lagequalitäten der Verdichtungsräume, die weder ubiquitär verfügbar noch beliebig vermehrbar sind, zu sichern und die Verdichtungsräume so weiterzuentwickeln, dass sie ihre zentralen Funktionen für die Gesamtentwicklung des Landes erfüllen und als leistungsfähige Wirtschaftsstandorte im großräumigen Wettbewerb bestehen können.

Dies soll jedoch zu keiner übermäßigen Konzentration des Wirtschafts- und Entwicklungspotenzials in den Verdichtungsräumen führen und die Entwicklungschancen der übrigen Landesteile nicht schmälern (vgl. Plansatz 2.1.2). Die Verdichtungsräume sollen vielmehr nur in dem Umfang weiterentwickelt werden, wie es zur Stärkung ihrer Wettbewerbsposition erforderlich, zur Erfüllung ihrer übergeordneten Aufgaben zweckdienlich und für eine ausgewogene Gesamtentwicklung im Land verträglich ist.

Zur Sicherung der landesweit bedeutsamen Funktionen der Verdichtungsräume ist auf ihre angemessene Einbindung in großräumige Verkehrs- und Kommunikationsnetze hinzuwirken und der Leistungsaustausch mit anderen Landesteilen zu gewährleisten (Plansatz 2.2.2.1). Dies setzt eine gute Erreichbarkeit der Verdichtungsräume aus benachbarten Räumen voraus.

Die Verdichtungszentren, die die übergeordneten Aufgaben der Verdichtungsräume in besonderem Maß erfüllen, sind als hochrangige Dienstleistungszentren mit überregional bedeutsamen Einrichtungen und Angeboten zu sichern und in ihrer für die Gesamtentwicklung des Landes zentralen Funktion als Verknüpfungspunkten zwischen regionalen und überregionalen Verkehrs- und Kommunikationsnetzen zu stärken.

Damit sich die Verdichtungsräume im großräumigen Standortwettbewerb behaupten und als leistungsfähige und attraktive Wirtschaftsstandorte hoher Standortqualität profilieren können, sollen ihre Präsentation und ihr Bekanntheitsgrad durch ein überörtlich abgestimmtes Standortmarketing verbessert werden (Plansatz 2.2.2.2).

Zur sozial verträglichen Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und zur Sicherung und Vermehrung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ist trotz knapper Flächenreserven ein ausreichendes Angebot an attraktiven Gewerbe- und Dienstleistungsstandorten bereitzuhalten (Plansatz 2.2.2.3). Angesichts der bestehenden Raumbelastungen sind dabei jedoch übermäßige Gewerbeflächenausweisungen zu vermeiden und qualitative Aspekte verstärkt zu beachten. Anzustreben ist ein Angebot an hochwertigen Gewerbeflächen guter Lagequalität, das den Standortanforderungen moderner, zukunftsfähiger Industrie- und Dienstleistungsunternehmen gerecht wird und gezielt auf solche Betriebe und Einrichtungen ausgerichtet ist, die auf die Standortbedingungen und Führungsvorteile der Verdichtungsräume angewiesen sind und zur Vermehrung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze beitragen können. Dabei sind verstärkt auch Wachstumsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich zu nutzen und Standortangebote, insbesondere für hochrangige Dienstleistungsfunktionen, bereitzuhalten, die eine besondere Standortpräferenz für Verdichtungsräume aufweisen.

Zu 2.2.3

Auf Grund der hohen Siedlungsverdichtung und intensiven Raumnutzung wird die infrastrukturelle, ökologische und soziale Tragfähigkeit der Verdichtungsräume in starkem Maß beansprucht, vielfach sogar überlastet. Dies äußert sich in hohen Verkehrs- und Umweltbelastungen, Engpässen bei der Bereitstellung von Wohn- und Gewerbeflächen sowie hohen Miet- und Immobilienpreisen und führt im Ergebnis zu Beeinträchtigungen der Wohnqualität und der Standortattraktivität.

Zentrale entwicklungspolitische Aufgabe in Verdichtungsräumen ist daher, eine weitere Verschärfung nachteiliger Verdichtungsfolgen zu vermeiden, bestehende Belastungen zu verringern und die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Entwicklung zu erhalten bzw. zu verbessern. Diese Aufgabe kann nur im Rahmen einer integrierten, fachübergreifenden Entwicklungsstrategie bewältigt werden, die regionale und kommunale Aktivitäten miteinander verzahnt, den wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Siedlungsentwicklung, Umwelt, wirtschaftlicher Entwicklung und Verkehr Rechnung trägt und den Prinzipien ökologischer, ökonomischer und sozialer Verträglichkeit verpflichtet ist.

Im Plansatz 2.2.3 werden eine Ressourcen schonende Siedlungsentwicklung, eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Verkehrsbewältigung und eine Verminderung der verdichtungs- und verkehrsbedingten Umweltbelastungen und Standortbeeinträchtigungen als wesentliche Ansatzpunkte einer Strategie zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit hervorgehoben und diese dann in den Plansätzen 2.2.3.1 bis 2.2.3.7 nach Maßnahmenbereichen aufgefächert.

Auf Grund der intensiven Raumbeanspruchung und der Knappheit von Freiräumen ist in Verdichtungsräumen ein besonders sparsamer Umgang mit dem verfügbaren Grund und Boden geboten und die weitere Freirauminanspruchnahme für Siedlungszwecke auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Bei der Siedlungsentwicklung sind daher vorrangig die im Siedlungsbestand vorhandenen Flächenpotenziale zu nutzen. Dies erfordert gezielte Maßnahmen zur Mobilisierung von Baulandreserven, zur

Schließung von Baulücken sowie zur Umnutzung geeigneter gewerblicher Brachflächen und ehemaliger militärischer Liegenschaften (Plansatz 2.2.3.1).

Soweit der künftige Siedlungsflächenbedarf nicht im Bestand gedeckt werden kann, soll die Ausweisung von Neubaufächen grundsätzlich auf Siedlungsschwerpunkte und Siedlungsbereiche mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere mit Anschluss an ein leistungsfähiges Schienennahverkehrssystem, konzentriert werden. Trotz unverkennbarer Zentrifugal- und Dekonzentrationstendenzen im Zug der Suburbanisierung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen wird eine am Leitbild der dezentralen Konzentration und am punkt-axialen Prinzip orientierte Siedlungsentwicklung als raumordnerisch alternativlos und grundsätzlich angemessen angesehen - gerade auch mit Blick auf die angestrebte Nachhaltigkeit. Dieses räumliche Ordnungsprinzip bietet am ehesten die Gewähr, eine flächenhafte Zersiedlung und eine übermäßige Inanspruchnahme von Freiräumen zu vermeiden und gleichzeitig zu einer günstigen Erschließung und Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Mobilität beizutragen (Plansatz 2.2.3.2). Hierauf zielen auch die Leitlinien für die kleinräumige Siedlungsentwicklung und den Städtebau in Plansatz 2.2.3.3.

Zur Verminderung nachteiliger Verdichtungsfolgen, zum Abbau von Belastungen und zur Dämpfung sozial selektiver Bevölkerungsabwanderungen sind gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnumfeldbedingungen und zur umweltverträglichen Bewältigung des Verkehrsaufkommens unerlässlich (Plansätze 2.2.3.4 bis 2.2.3.6).

Die Wohnbedingungen in Verdichtungsräumen sind - vor allem in den Verdichtungskernen - vielfach durch erhebliche Lärm- und Umweltbelastungen, unattraktive Wohnumfeldverhältnisse sowie Mängel in Umfang und Qualität innerörtlicher Freiflächen und ortsnaher Freiräume geprägt. Zur Erhöhung der Wohnqualität und -attraktivität sind Maßnahmen zur Wohnungsmodernisierung, Wohnumfeldverbesserung, städtebaulichen Erneuerung und zur Verkehrsberuhigung notwendig; dabei ist auf sozial verträgliche, kinder- und familienfreundliche Lebensbedingungen hinzuwirken (Plansatz 2.2.3.4).

Die Verkehrsverhältnisse in Verdichtungsräumen sind insbesondere in den Stoßzeiten des Berufsverkehrs durch eine Überlastung des Straßennetzes und Kapazitätsengpässe im öffentlichen Schienennahverkehr gekennzeichnet. Das hohe und weiter steigende Verkehrsaufkommen, vor allem aber die starke Belastung durch den motorisierten Individualverkehr, führen zu erheblichen Umweltbelastungen und zu Beeinträchtigungen der Wohnattraktivität. Daher ist in Verdichtungsräumen im Rahmen von integrierten Verkehrskonzepten auf einen funktions- und umweltgerechten Ausbau des Gesamtverkehrsnetzes und eine Minderung der verkehrsbedingten Belastungen hinzuwirken. Neben Planungen und Maßnahmen zur Entflechtung des Verkehrsaufkommens und zur Verkehrsberuhigung sind dabei insbesondere auch solche zur Verkehrsvermeidung und zur Verkehrsverlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel erforderlich. Zur Dämpfung weiterer Zuwächse im motorisierten Individualverkehr sind die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs zu steigern, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs voranzutreiben und ein paralleler Ausbau des Straßennetzes möglichst zu vermeiden (Plansatz 2.2.3.5). Darüber hinaus sind die Bedingungen für den nichtmotorisierten Verkehr durch Ausweitung und Aufwertung des Fuß- und Radwegenetzes zu verbessern. Anzustreben ist dabei ein attraktives, engmaschiges, die Verdichtungskerne einbeziehendes, überörtliches Radwegenetz, das auch für den wohnortnahen Freizeitverkehr geeignet ist (Plansatz 2.2.3.6).

Auf Grund der hohen Siedlungsverdichtung, der intensiven Raumnutzung und der beträchtlichen Umweltbelastung stehen die Freiräume in Verdichtungsräumen chronisch "unter Druck". Durch den anhaltenden Flächenbedarf für Wohnen, Gewerbe und Infrastrukturanlagen nimmt ihr ohnehin schon relativ geringer Flächenanteil weiter ab. Dies beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und die Umweltqualität der Verdichtungsräume und hat darüber hinaus erhebliche negative Auswirkungen auf den Wohn- und Freizeitwert und die Standortattraktivität.

Zur Wahrung langfristiger Entwicklungschancen bedarf es daher einer konsequenten Freiraumsicherung und einer auf die Entwicklung der Freiräume und der Freiraumfunktionen ausgerichteten Konzeption, der hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der Verdichtungsräume ein prinzipiell gleiches Gewicht beizumessen ist wie der Siedlungskonzeption. Die regionale Freiraumkonzeption soll aus den Leitbildern der Materialien zum Landschaftsrahmenprogramm entwickelt werden, mit der Fach- und Bauleitplanung abgestimmt sein und die Belange der verschiedenen Freiraumfunktionen und -nutzungen sowie deren mögliche gegenseitige Beeinträchtigung berücksichtigen (Plansatz 2.2.3.7). Auf der Ebene der Regionalplanung kommen für die regionale Freiraumkonzeption neben dem Landschaftsrahmenplan auch die freiraumbezogenen Planungsinstrumente des Landesplanungsgesetzes in Betracht.

Zur Sicherung einer leistungsfähigen Land- und Forstwirtschaft und ihrer landschaftspflegerischen Funktionen sollen ausreichend Freiräume erhalten werden. Angesichts der starken Nutzungskonkurrenz in Verdichtungsräumen sind insbesondere ertragreiche Böden zu sichern, namentlich durch die Regionalplanung.

Der Wald steht in Verdichtungsräumen wegen seiner Bedeutung als Erholungsraum für die Bevölkerung und Lebensraum für die Tier- und Pflanzenwelt sowie wegen seiner klimausgleichenden Leistungen und seiner vielfältigen sonstigen ökologischen Funktionen unter besonderem Schutz. Daher sind nach Plansatz 5.3.5 Eingriffe in den Bestand des Walds in Verdichtungsräumen auf das Unvermeidbare zu beschränken.

Die Freiraumkonzeption soll sich nicht nur auf ordnungspolitische Schutzaufgaben beschränken, sondern auch den erheblichen entwicklungspolitischen Aufgaben der Freiraumgestaltung Rechnung tragen. Wichtige Aufgaben der Freiraumentwicklung und Freiraumgestaltung bestehen in Verdichtungsräumen insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der ökologischen Leistungsfähigkeit der Freiräume durch konsequenten Schutz und wirksame Vernetzung von ökologisch besonders bedeutsamen Freiraumbereichen sowie hinsichtlich der Schaffung eines zusammenhängenden Systems ortsnaher Erholungsräume und der Erhöhung ihres Erholungs-, Erlebnis- und Freizeitwerts. Bei der Aufwertung der Freiräume als Erholungs- und Erlebnisräume, die im Rahmen von regionalen Landschaftsparkkonzepten erfolgen könnten, sind die auf Erleben und Aktivität ausgerichteten Erholungs- und Freizeitbedürfnisse ebenso zu berücksichtigen wie die an Ruhe und Entspannung orientierten Interessen, um eine wirksame Erhöhung des Freizeitwerts der Verdichtungsräume und eine spürbare Dämpfung des großräumigen Freizeitverkehrs erreichen zu können.

Zu 2.2.4

Bei starken Raumbeanspruchungen und Umweltbelastungen, knappen Flächenreserven, hohem Verkehrsaufkommen und intensiven räumlichen Verflechtungen ergeben sich in Verdichtungsräumen in zunehmendem Maß überörtliche Problemzusammenhänge und wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den Gemeinden und Teilräumen. Dadurch erhöht sich der zwischen- und übergemeindliche Koordinationsbedarf bei raumwirksamen Planungen und Maßnahmen.

Auf Grund der engen Vernetzungen, funktionalen Abhängigkeiten und überörtlichen Wirkungszusammenhänge sind wesentliche raumordnerische und entwicklungspolitische Aufgabenstellungen in Verdichtungsräumen nicht mehr ausschließlich auf kleinräumiger Ebene durch isolierte und lokal begrenzte Aktivitäten lösbar. Zur Verbesserung der Voraussetzungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Verdichtungsräume, zur Sicherung ihrer landesweit bedeutsamen Funktionen und zu ihrer Stärkung im großräumigen Standortwettbewerb bedarf es vielmehr einer verstärkten interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit und einer an überörtlichen Erfordernissen orientierten Abstimmung bei der Wohnbau- und Gewerbeflächenausweisung und bei der Verkehrs- und Freiraumentwicklung. Dabei ist auf eine regionalökonomisch, verkehrlich und ökologisch günstige Standortzuordnung von Infrastruk-

tureinrichtungen, Wohn- und Arbeitsstätten hinzuwirken und eine ausgewogene Verteilung von Belastungen und Vorteilen anzustreben, insbesondere auch im Verhältnis von kernstädtischen Zentren und Umlandgemeinden.

2.3 Randzonen um die Verdichtungsräume

Zu 2.3.1

Die Randzonen um die Verdichtungsräume umfassen Gebiete mit erheblicher Siedlungsverdichtung im Einzugsbereich der Verdichtungsräume. Sie zeichnen sich im Allgemeinen durch eine hohe Wohnattraktivität und ein starkes Siedlungswachstum aus, das durch die Suburbanisierung angestoßen und durch - gemessen an Verdichtungsräumen - vergleichsweise niedrige Bodenpreise begünstigt wird. Als Zielgebiete von Wohnstandort- und Betriebsverlagerungen im Zug der Suburbanisierung nehmen die Randzonen schon seit längerem Entlastungsfunktionen für Verdichtungsräume wahr.

Standortvorteile der Randzonen bestehen darin, dass sie in vielfach guter Anbindung an Verdichtungsräume und deren kernstädtische Zentren ausreichende Gewerbeflächenangebote und vielfältige Möglichkeiten für einen noch relativ preisgünstigen Wohnungsbau in Verbindung mit beträchtlichen Umwelt-, Wohnumfeld- und Erholungsqualitäten bieten.

Die raumordnerische Problemlage in den Randzonen wird wesentlich dadurch bestimmt, dass die für ihre Wohnattraktivität bedeutsamen Standortqualitäten auf Grund der starken Siedlungsdynamik zunehmend unter Druck geraten und teilweise bereits beeinträchtigt werden. Denn bei anhaltendem Siedlungsdruck und weiterer Ausdehnung der Aktionsräume der Bevölkerung wächst die Gefahr einer dispersen Siedlungsentwicklung und einer flächenhaften Zersiedlung mit der Folge eines fortschreitenden Freiraumverbrauchs und einer entsprechenden Beeinträchtigung der Umwelt-, Wohnumfeld- und Erholungsbedingungen.

Um solche Beeinträchtigungen zu vermeiden und einer Verminderung der Standortqualitäten vorzubeugen, ergeben sich für die Randzonen um die Verdichtungsräume ordnungspolitische Aufgaben zur Lenkung der Siedlungsentwicklung und zum Freiraumschutz. Das Entwicklungsleitbild des Landesentwicklungsplans im Plansatz 2.3.1 hebt diese ordnungspolitischen Aufgaben zur Sicherung der langfristigen Entwicklungschancen besonders hervor und weist außerdem auf die entwicklungspolitische Funktion der Randzonen hin, auch Entlastungsaufgaben für Verdichtungsräume wahrzunehmen und Entwicklungsimpulse in den Ländlichen Raum zu vermitteln.

Zur Vermeidung einer flächenhaften Zersiedlung und zur Sicherung der Freiräume ist die Siedlungsentwicklung gemäß dem punkt-axialen Ordnungsprinzip an Entwicklungsachsen zu orientieren und auf geeignete Standorte zu konzentrieren. Als solche gelten Siedlungsbereiche und Siedlungsschwerpunkte mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, vorzugsweise mit Anschluss an ein leistungsfähiges Schienennahverkehrssystem (Plansatz 2.3.1.1). Eine dem Leitbild der dezentralen Konzentration folgende Siedlungsentwicklung ist gerade bei den für Randzonen charakteristischen Dispersionstendenzen wichtig, um den Siedlungsdruck umwelt- und sozial verträglich auffangen, zur Entlastung der Verdichtungsräume beitragen und die Wohn- und Umweltqualität bewahren zu können.

Eine Freirauminanspruchnahme für Siedlungszwecke soll grundsätzlich nur im erforderlichen Umfang erfolgen. Bei der Ausweisung von Neubauflächen soll planerisch auf eine Flächen sparende und umweltschonende Bebauung geachtet werden. Zur Dämpfung des Verkehrswachstums, insbesondere des motorisierten Individualverkehrs ist ferner auf eine kleinräumige Funktionsmischung und eine verkehrsgünstige und wohnortnahe Zuordnung von Versorgungseinrichtungen, Wohnbau- und Gewerbeflächen hinzuwirken (Plansatz 2.3.1.2).

Siedlungsentwicklung nach dem Leitbild der dezentralen Konzentration setzt insbesondere in den Randzonen um größere Verdichtungsräume leistungsstarke Zentrale Orte voraus, die die Funktion eines eigenständigen Versorgungs- und Arbeitsplatzzentrums für ihren Verflechtungsbereich erfüllen können (Plansatz 2.3.1.3). Dazu muss eine entsprechende Erreichbarkeit der Zentralen Orte, auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln, gegeben sein. Eine Stärkung der Zentralen Orte trägt auf Grund ihrer verkehrsdämpfenden und Flächen sparenden Effekte zu einer umweltverträglichen Siedlungsentwicklung bei. Sie verbessert darüber hinaus die Möglichkeiten, dass die Zentralen Orte auch Versorgungs- und Impulsgeberfunktionen für den angrenzenden Ländlichen Raum wahrnehmen können und ist eine wichtige Voraussetzung für wirksame Beiträge der Randzonen zur Entflechtung und Entlastung der Verdichtungsräume. Wesentliche Entlastungsfunktionen können, insbesondere im gewerblichen Bereich, im Allgemeinen nur von Zentralen Orten übernommen werden, die über geeignete Standort- und Flächenangebote, hinreichende Aufnahmekapazitäten und eine qualifizierte Infrastrukturausstattung verfügen.

Zur Wahrung der landschaftlichen Attraktivität und zur Sicherung der Umwelt- und Wohnqualität sind in den Randzonen um die Verdichtungsräume ausreichend Freiräume für unterschiedliche ökologische Funktionen, für die Erholung und für umweltgerechte land- und forstwirtschaftliche Nutzungen zu erhalten (Plansatz 2.3.1.4). Dabei sollen die ökologische Leistungsfähigkeit der Freiräume und ihr Erholungswert durch gezielte Planungen und Maßnahmen gesichert und verbessert werden. Die ökologisch besonders bedeutsamen Freiraumbereiche sollen möglichst unzerschnitten in ihrem landschaftlichen Zusammenhang erhalten und untereinander sowie mit entsprechenden Flächen benachbarter Verdichtungsräume und ländlicher Teilräume vernetzt werden, damit sie ihre - auch für die Verdichtungsräume - wichtigen Ausgleichsfunktionen erfüllen können. Die für die Erholung besonders geeigneten Freiraumbereiche sollen ebenfalls verknüpft und in der Erholungs-, Erlebnis- und Freizeitqualität aufgewertet werden.

2.4 Ländlicher Raum

Zu 2.4.1 (Ländlicher Raum insgesamt)

Der Ländliche Raum umfasst mit den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum und dem Ländlichen Raum im engeren Sinne zwei Teilkategorien unterschiedlicher siedlungsstruktureller Prägung, zwischen denen vielfältige Verflechtungen und Abhängigkeiten bestehen. Die beiden Teilkategorien tragen daher gemeinsam die Entwicklung des Ländlichen Raums; ihr Zusammenwirken und ihre funktionale Ergänzung sind für eine eigenständige Entwicklung des Ländlichen Raums von essenzieller Bedeutung.

Der Landesentwicklungsplan versteht den Ländlichen Raum weder als Restraum noch als reinen Ausgleichsraum für die Verdichtungsräume und Randzonen, sondern als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung. Seine Entwicklung erfolgt zwar keineswegs isoliert von den anderen Raumkategorien, baut aber doch auf eigenständigen Entwicklungspotenzialen und besonderen Standortqualitäten auf.

Landesentwicklungspolitisches Leitziel ist, die spezifischen Potenziale und Qualitäten des Ländlichen Raums so zu fördern und zu nutzen, dass sich der Ländliche Raum als eigenständige Kraft im großräumigen Standortwettbewerb behaupten und profilieren kann.

Die Voraussetzungen dafür sind insgesamt günstig. Der Ländliche Raum verzeichnete in den letzten zwei Jahrzehnten eine überwiegend günstige Bevölkerungs-, Wohnungs- und Arbeitsplatzentwicklung. Die Wohn- und Arbeitsplatzattraktivität des Ländlichen Raums ist deutlich gestiegen und seine Infrastrukturausstattung hat sich weiter verbessert. Das einstmals krasse Standortwert- und Entwicklungsgefälle zwischen städtisch-verdichteten Räumen und ländlichen Räumen hat sich erheblich verringert und die Wachstumsdynamik betreffend zum Teil sogar nivelliert.

Ungeachtet der in einigen ländlichen Teilgebieten nach wie vor gegebenen Strukturprobleme wird daher die weit verbreitete Vorstellung vom Ländlichen Raum als einem vornehmlich durch Struktur- und Entwicklungsschwächen geprägten Problemgebiet den Realitäten im Land nicht mehr gerecht. Der Ländliche Raum Baden-Württembergs ist in wesentlichen Teilen kein entwicklungsschwaches Problemgebiet (mehr), sondern ein Wohn- und Wirtschaftsstandort mit beträchtlicher Wachstumsdynamik, spezifischen Entwicklungsmöglichkeiten und guten Zukunftsperspektiven.

Die Bedeutungszunahme des Ländlichen Raums hängt zum einen mit Überlastungserscheinungen in Verdichtungsräumen und davon ausgehenden Zentrifugaleffekten zusammen, zum anderen aber auch mit den Standortqualitäten des Ländlichen Raums selbst: seine ausreichenden und preisgünstigen Wohnbauland- und Gewerbeflächenangebote, seine landschaftliche Attraktivität und seine hohen Wohn-, Umwelt-, Erholungs- und Freizeitqualitäten. Hinsichtlich dieser "weichen" Standortfaktoren, die bei der Wohnortwahl wesentlich sind und bei unternehmerischen Standortentscheidungen zunehmend wichtiger werden, weist der Ländliche Raum vielfach Vorteile gegenüber Verdichtungsräumen auf.

Eine zukunftsorientierte Politik hat mit diesen "Trümpfen" des Ländlichen Raums sorgsam umzugehen und die Standortvorteile langfristig zu sichern. Der Landesentwicklungsplan hebt deshalb im Entwicklungsleitbild für den Ländlichen Raum (Plansatz 2.4.1) die konsequente Sicherung der Standortqualitäten als Aufgabenschwerpunkt hervor. Dies schließt eine Sicherung der vielfach günstigen Wohnstandortbedingungen ebenso ein wie die Bewahrung seiner landschaftlichen Vielfalt und Attraktivität, seiner kulturellen Eigenart, seiner charakteristischen Ortsbilder und den Schutz von großflächigen Freiräumen für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen, für die Erholung und den Tourismus.

Um die Land- und die Forstwirtschaft als leistungsfähige Wirtschaftszweige und soziokulturell bedeutsame Faktoren zu erhalten, sind die für ihre Wettbewerbsfähigkeit erforderlichen großflächigen Freiräume planerisch zu sichern und ihre Leistungen zur Erhaltung des Naturhaushalts und zur Pflege der Kulturlandschaft zu stärken (Plansatz 2.4.1 und Kapitel 5.3). Die Land- und Forstwirtschaft und der ihr vor- und nachgelagerte Bereich bieten trotz starker Rückgänge bei den Erwerbstätigen in den vergangenen Jahrzehnten nach wie vor wichtige Erwerbsgrundlagen im Ländlichen Raum. Eine standortgemäße Landbewirtschaftung leistet darüber hinaus wesentliche Beiträge zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie nimmt damit eine maßgebliche Rolle bei der Sicherung der ökologischen Ausgleichsfunktionen von Freiräumen ein. Die naturnahe, nachhaltige und standortgerechte Bewirtschaftung der Wälder trägt wesentlich zu einem Waldaufbau bei, der die Schutz- und Erholungsfunktionen des Walds gewährleistet.

Gemäß der Entwicklungskonzeption des Landesentwicklungsplans liegen die wesentlichen Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung des Ländlichen Raums in seinen Qualitäten und Vorzügen selbst. Diese sollen nicht nur gesichert, sondern zur Stärkung des Ländlichen Raums auch genutzt werden. Dabei ist auch im Ländlichen Raum auf eine umwelt- und Ressourcen schonende Bebauung und eine verkehrsgünstige Zuordnung von Versorgungseinrichtungen, Wohnbau- und Gewerbeflächen hinzuwirken.

Zur Weiterentwicklung des Ländlichen Raums bedarf es gleichzeitig eines sukzessiven Abbaus von Standortnachteilen, z.B. hinsichtlich der Anbindung an die überregionalen Verkehrs- und Kommunikationsnetze oder der Qualifikations- und Weiterbildungsangebote. Hierbei können regionale Entwicklungskonzepte ein wichtiges Instrument bilden. Wesentliche Entwicklungsaufgaben werden in den Plansätzen 2.4.1.1 bis 2.4.1.3 herausgestellt.

Plansatz 2.4.1.1 unterstreicht die Rolle der Zentralen Orte als Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung und betont die für den Ländlichen Raum besonders wichtigen Funktionen der (höheren) Zentralen Orte als Versorgungszentren, Kristallisationspunkte wirtschaftlicher Entwicklung und als Verknüpfungsknoten

zu überregionalen Verkehrs- und Kommunikationsnetzen. Funktionsfähige und leistungsstarke Zentrale Orte gewährleisten eine angemessene überörtliche Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen und sind eine Grundvoraussetzung für eine eigenständige und gleichwertige Entwicklung des Ländlichen Raums. Zur Sicherstellung einer wohnortnahen Grundversorgung ist im Ländlichen Raum auch bei schwächerer Auslastung eine bedarfsgerechte Ausstattung mit öffentlichen und privaten Einrichtungen anzustreben (Plansätze 2.4.1.2 und 2.5.5). Zur Erweiterung des Arbeitsplatzangebots außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Ländlichen Raums sind die Standortvoraussetzungen für nicht landwirtschaftliche Arbeitsplätze entsprechend den teilraumspezifischen Erfordernissen zu sichern und zu verbessern (Plansatz 2.4.1.3). Die sich durch Erholung, Freizeit und Tourismus eröffnenden Chancen für zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten sollen genutzt und dafür erforderliche Infrastrukturangebote bereitgestellt werden. In ländlichen Teilgebieten mit Entwicklungsproblemen sind Maßnahmen zur Verbesserung der Standortvoraussetzungen durch integrierte Programme der Regional- und Strukturförderung zu unterstützen (vgl. Kapitel 6.3).

Die generellen Entwicklungsvorstellungen für den Ländlichen Raum werden in den Plansätzen 2.4.2 und 2.4.3 für seine beiden Teilkategorien spezifiziert. Der Landesentwicklungsplan trägt damit unterschiedlich gelagerten raumordnerischen Anforderungen in den Teilkategorien Rechnung, ohne das verbindende Element ihrer gemeinsamen Zugehörigkeit zum Ländlichen Raum aufzulösen.

Zu 2.4.2 (Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum)

Die Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum bilden mit ihren gebündelten Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangeboten bedeutsame Siedlungs-, Wirtschafts- und Versorgungsschwerpunkte mit wichtigen Funktionen für den benachbarten Ländlichen Raum. Sie sollen so weiterentwickelt werden, dass die Standortbedingungen zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels verbessert, Entwicklungsimpulse in den benachbarten Ländlichen Raum vermittelt und Beeinträchtigungen der Wohn- und Umweltqualität vermieden werden.

Zur Umsetzung dieses Leitbilds sollen die Bildungs- und Versorgungsangebote bedarfsgerecht ausgebaut und die aus der gebündelten Infrastrukturausstattung resultierenden Fühlungsvorteile zur Stärkung des Ländlichen Raums genutzt werden (Plansatz 2.4.2.1). Die Wahrnehmung dieser Impulsgeberfunktion setzt günstige Verkehrsverbindungen zum benachbarten Ländlichen Raum sowie eine angemessene Einbindung der Verdichtungsbereiche in überregionale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze voraus (Plansatz 2.4.2.2). Zur Bewältigung des Strukturwandels und der zum Teil starken Einbrüche in traditionellen Industriebranchen sind ausreichende und qualitativ geeignete Standortangebote für Gewerbe und Dienstleistungen bereitzustellen. Für die insbesondere in industriegeprägten Verdichtungsbereichen anzustrebende Ausweitung des Dienstleistungsbereichs sind gegebenenfalls auch mögliche Behördenverlagerungen aus Verdichtungsräumen in Betracht zu ziehen (Plansatz 2.4.2.3). Zur Vermeidung verdichtungsbedingter Standortbeeinträchtigungen sind Planungen und Maßnahmen zur Freiraumsicherung und Freiraumgestaltung sowie zur umweltverträglichen Bewältigung des Verkehrsaufkommens erforderlich (Plansätze 2.4.2.4 und 2.4.2.5). Den im Zug der Suburbanisierung gewachsenen Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen den Gemeinden der Verdichtungsbereiche soll durch eine verstärkte gemeindeübergreifende Abstimmung bei der Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturentwicklung Rechnung getragen werden (Plansatz 2.4.2.6).

Zu 2.4.3 (Ländlicher Raum im engeren Sinne)

Der Ländliche Raum im engeren Sinne (i.e.S.) weist mit seinem hohen Freiraumanteil ein weithin agrarisch geprägtes Landschaftsbild auf. Mit weit über dem Landesdurchschnitt liegenden Anteilen an der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigkeit trägt die Land- und Forstwirtschaft auch ökonomisch wesentlich zur Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S. bei. Gleichwohl bilden auch im Ländlichen Raum i.e.S. der Sekundär- und Dienstleistungssektor die tragenden ökonomischen Fundamente hinsichtlich Wertschöpfung und Erwerbsmöglichkeiten.

Die Entwicklungskonzeption des Landesentwicklungsplans für den Ländlichen Raum i.e.S. ist darauf ausgerichtet, einerseits ein ausreichendes und qualitativ angemessenes Angebot an nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen zu sichern oder zu schaffen, um den agrar- und wirtschaftsstrukturellen Wandel sozial verträglich bewältigen zu können, andererseits aber auch die Grundlagen für den Fortbestand einer leistungsfähigen und umweltgerechten Land- und Forstwirtschaft zu sichern.

Wesentliche Ansatzpunkte dazu werden - wie beim Ländlichen Raum insgesamt - in den spezifischen Standortqualitäten des Ländlichen Raums i.e.S. selbst gesehen: seinem Wohn- und Freizeitwert, seiner Umweltqualität und seinen Baulandpotenzialen. Hervorgehoben wird dabei die entwicklungsstrategisch wichtige Rolle günstiger Wohnstandortbedingungen, die es zu sichern, Ressourcen schonend und landschaftsgerecht zu nutzen und als Vorteil im Standortwettbewerb gezielt einzusetzen gilt (Plansatz 2.4.3.1). Von Bedeutung sind darüber hinaus Maßnahmen zum Standortmarketing und zur Imageverbesserung, zumal der Ländliche Raum i.e.S. oft noch einseitig mit Struktur- und Entwicklungsschwächen assoziiert wird und dabei seine Entwicklungsmöglichkeiten und Standortqualitäten weithin unterschätzt werden.

Gleichzeitig sind im Ländlichen Raum i.e.S. auch Entwicklungsaufgaben besonders wichtig, die zur Verbesserung der Standortvoraussetzungen für die weitere Entwicklung von Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbereich beitragen (Plansatz 2.4.3.2). Zur Erweiterung der Erwerbsgrundlagen sollen außerdem günstige Voraussetzungen für Erholung, Freizeit und Tourismus genutzt und dafür erforderliche Infrastrukturangebote bereitgestellt werden (Plansatz 2.4.3.3). Natur und Landschaft sollen dabei bewahrt und die naturräumlichen Voraussetzungen einer touristischen Entwicklung langfristig gesichert werden.

Eine wesentliche entwicklungspolitische Aufgabe im vielfach dünner besiedelten Ländlichen Raum i.e.S. besteht darin, eine ausreichende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in angemessener Nähe zum Wohnort zu gewährleisten. Im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse soll dabei flächendeckend eine wohnortnahe Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des häufig wiederkehrenden Bedarfs angestrebt werden (Plansätze 2.4.3.4 und 2.5.5). Hierzu können gegebenenfalls auch neue Versorgungsformen - wie z.B. der ambulante Handel oder der Einzelhandel mit Zusatzfunktionen - beitragen.

Um die Land- und die Forstwirtschaft als leistungsfähige Wirtschaftszweige und als - gerade im Ländlichen Raum i.e.S. - auch soziokulturell bedeutsamen Faktor zu erhalten, sind die für eine wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft erforderlichen großflächigen Freiräume planerisch zu sichern und die land- und forstwirtschaftlichen Leistungen zur Erhaltung des Naturhaushalts und zur Pflege der Kulturlandschaft zu stärken. Land- oder forstwirtschaftlich gut geeignete Böden sind als zentrale Produktionsgrundlagen zu schützen (Plansätze 2.4.3.5 bis 2.4.3.7 sowie Kapitel 5.3).

Die ökologisch besonders bedeutsamen und für die Umweltqualität des gesamten Landes wichtigen Teile der großflächigen Freiräume des Ländlichen Raums i.e.S. sollen vor Beeinträchtigungen geschützt und planerisch in großräumigen, ökologisch wirksamen Zusammenhängen gesichert werden. Außerdem sollen die für Erholung und Tourismus besonders geeigneten Freiräume erhalten und ihre landschaftliche Attraktivität als Grundlage der Erholungsfunktion und der wirtschaftlichen Entwicklung von Tourismus und Erholungswesen langfristig bewahrt werden (Plansätze 2.4.3.8 und 2.4.3.9).

2.5 *Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche*

Zu 2.5.1

Die fortgeschrittene Siedlungsentwicklung hat sich auf das zentralörtliche System als traditionelles, die Siedlungsstruktur maßgeblich prägendes raumordnerisches Instrument ausgewirkt. Das auf dem historischen Städtenez aufbauende zentralörtliche System greift nicht mehr auf allen Funktionsstufen im her-

kömmlichen Verständnis einer klaren Gliederung in Zentrum und Verflechtungsbereich. Insbesondere in verdichteten Gebieten haben die hohe Siedlungsverdichtung und die damit verbundene Entwicklung von zahlreichen neuen "Versorgungszentren" sowohl zu einer gegenseitigen Überlagerung zentralörtlicher Funktionen beigetragen als auch zu einer Mehrfachorientierung im Versorgungsverhalten der Bevölkerung geführt. Auf der Ebene der täglich wiederkehrenden zentralörtlichen Grundversorgung hat dies in den Verdichtungsräumen in erheblichem Maß zu einer Erosion der bisherigen zentralörtlichen Bereichsgliederung auf der Stufe der Unter- und Kleinzentren beigetragen; selbst Mittelzentren sind vielfach in diesen Prozess mit einbezogen. Im Ländlichen Raum hingegen ist die zentralörtliche Gliederung noch weitgehend intakt.

Zahlreiche Zentrale Orte sind durch die Entstehung eines breiten Spektrums neuer Formen des Einzelhandels beeinträchtigt und in ihren bisher relativ fest gefügten Bereichsstrukturen gestört worden. Daraus und auch aus den verstärkt aufgetretenen Fragen der Genehmigungspraxis von großflächigen Einzelhandelsprojekten sind Überlegungen zu einer Modifizierung bzw. Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts hinsichtlich seiner inhaltlichen Ausgestaltung und vor allem seiner entwicklungspolitischen und verwaltungspraktischen Handhabung erwachsen, die ihren Niederschlag insbesondere in den Ausnahmeregelungen in Plansatz 3.3.7 gefunden haben (vgl. auch die dortige Begründung).

Bei aller am Zentrale-Orte-Konzept geübten Kritik bleibt unbestritten, dass dieses - auch unter veränderten Bedingungen - wichtige Steuerungsfunktionen übernimmt und Orientierungsmaßstab für Investitionen ist. Das Zentrale-Orte-Konzept ist zudem ein wesentliches raumordnerisches Instrument zur Umsetzung der im Raumordnungsgesetz vorgegebenen Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung und ihrer Teilkomponenten soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit. Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung und die Gewährleistung von Mindeststandards der Versorgung dienen der sozialen Gerechtigkeit. Die dezentrale Konzentration öffentlicher und privater Einrichtungen bewirkt eine hohe ökonomische Effizienz. Das dem Zentrale-Orte-Konzept innewohnende Konzentrationsprinzip trägt zu einer Flächen sparenden Raumnutzung sowie zur Verkehrsdämpfung und Verkehrsvermeidung bei und ermöglicht zudem auch eine bessere Nutzung öffentlicher Verkehrsangebote (vgl. Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung „Leitlinien zur Anwendung des Zentrale-Orte-Konzepts als Instrument einer nachhaltigen Raumentwicklung“ vom 03.12.2001).

Das zentralörtliche System ist deshalb als Grundgerüst der räumlichen Verflechtungen sowie als planerisches Konzept für eine nachhaltige Raumentwicklung unverzichtbar. Es soll vor allem folgende Aufgaben erfüllen:

Die Zentralen Orte sollen als Standorte von Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur und privaten Dienstleistungen auch künftig wesentliche Funktionen für eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung wahrnehmen (vgl. Plansatz 2.5.2).

Darauf aufbauend kommt dem zentralörtlichen System besondere Bedeutung als Orientierungsrahmen und Hilfsmittel zur Lenkung der Entwicklung des großflächigen Einzelhandels zu (vgl. Plansatz 3.3.7).

Auf Grund ihrer Bündelungsfunktionen in den Kreuzungspunkten des Verkehrs sind Zentrale Orte maßgebliche Verknüpfungs- und Knotenpunkte des Nah-, Regional- und oft auch Fernverkehrs und somit wichtige Glieder des räumlichen Grundgerüsts für die Siedlungsentwicklung und für die Standortkoordination (vgl. Plansätze 2.5.3 und 2.5.4).

Die Zentralen Orte sollen darüber hinaus als Arbeitsmarktzentren auch Funktionen wirtschaftlicher Entwicklungspole erfüllen sowie Orientierungshilfe für unternehmerische Standort- und Investitionsentscheidungen sein.

Im Wirkungszusammenhang der vorstehenden Aufgaben ergibt sich die Rolle der Zentralen Orte als Ordnungsprinzip einer nachhaltigen Raumentwicklung auf regionaler Ebene wie auf Landesebene.

Mit dem Zentrale-Orte-Konzept soll sowohl auf eine dezentrale Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur hingewirkt als auch zur Lenkung der Struktur- und Standortpolitik sowie zum konzentrierten Einsatz staatlicher Mittel beigetragen werden. Dabei soll durch eine differenzierte Handhabung des Konzepts auf sämtlichen Funktionsstufen den unterschiedlichen siedlungsstrukturellen Gegebenheiten Rechnung getragen werden. Dies beinhaltet ein hohes Maß an Flexibilität, die eine siedlungsstrukturell angemessene, weder von Schematismus noch von zentralörtlichen Standortmonopolen gekennzeichnete Anwendung des Konzentrationsgrundsatzes gewährleisten soll.

Zu 2.5.2

Zentrale Orte weisen ein gebündeltes Angebot an Infrastruktureinrichtungen, Gütern und Dienstleistungen auf, mit dem sie über den Bedarf der eigenen Bevölkerung hinaus auch die Bevölkerung ihres Verflechtungsbereichs versorgen. Da zentralörtliche Einrichtungen im Interesse ihrer größtmöglichen Auslastung einer ausreichenden Tragfähigkeit bedürfen und deshalb nicht in allen Orten vorgehalten werden können, ist ihre Konzentration in geeigneten, zentral gelegenen Standorten notwendig.

Durch die Ausweisung von Zentralen Orten wird darauf hingewirkt, dass soziale, kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen, die der überörtlichen Versorgung dienen, insbesondere in den zentralen Siedlungs- und Versorgungskernen, die in der Regel auch die Ziel- und Verknüpfungspunkte des Verkehrs sind, angesiedelt werden. Mit dem Ausbau und der Erhaltung des Zentralen Orts sowie mit der Verbesserung und Sicherung seiner Einrichtungen werden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der gesamte Verflechtungsbereich des Zentralen Orts seine Entwicklungsmöglichkeiten wahren kann. Aus diesem Grund ist der Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zentralen Orte insbesondere durch ein zeitgemäßes und attraktives Angebot an Einrichtungen in Verbindung mit städtebaulichen Erneuerungen ein hoher Stellenwert einzuräumen.

Bei der Ausweisung der Zentralen Orte sind die jeweiligen siedlungsstrukturellen Gegebenheiten zu beachten, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Landesteile je nach ihrer verdichteten oder ländlichen Struktur Rechnung tragen zu können. Dies erfordert eine differenzierte Handhabung des zentralörtlichen Systems, die nicht nur der Differenzierung zentralörtlicher Ausweisungen in den Regionalplänen zugute kommt, sondern auch der Konkretisierung durch die kommunale Selbstverwaltung noch Spielraum lässt.

Der Landesentwicklungsplan weist die Gemeinden aus, die zentralörtliche Aufgaben zu erfüllen haben. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, dass Zentrale Orte besondere Versorgungsfunktionen haben, die in vielen Fällen einen kommunalen Träger voraussetzen. In der landesplanerischen Anwendung des Zentrale-Orte-Konzepts werden daher Gemeinden mit der Funktion eines Zentralen Orts bestimmt.

Ungeachtet der zentralörtlichen Funktionszuweisung an Gemeinden gilt für alle zentralörtlichen Einrichtungen und für alle als Zentrale Orte ausgewiesenen Gemeinden das dem Zentrale-Orte-Konzept innewohnende Konzentrations- und Bündelungsprinzip, wonach zentralörtliche Einrichtungen grundsätzlich in Siedlungs- und Versorgungskernen zentraler Lage gebündelt angeboten werden sollen (Plansätze 2.5.3 und 2.5.4).

Eine räumliche Konkretisierung der zentralörtlichen Siedlungs- und Versorgungskerne ist im Rahmen der Regionalplanung möglich. In dem durch die Landes- und Regionalplanung abgesteckten Rahmen ist es darüber hinaus eine wesentliche Aufgabe der kommunalen Bauleitplanung, unter Beachtung des zentralörtlichen Konzentrationsprinzips und des Gebots der verkehrlichen Erreichbarkeit (Plansätze 2.5.3 und 2.5.4) den Standort für die einzelnen zentralörtlichen Einrichtungen zu bestimmen.

Zu 2.5.3

Der erste Absatz dieses Plansatzes stellt den Grundsatz der zentralörtlichen Konzentration heraus (vgl. Plansätze 2.5.2 und 2.5.4). Zentralörtliche Einrichtungen sollen in den als Zentrale Orte ausgewiesenen Gemeinden grundsätzlich in den jeweiligen Siedlungs- und Versorgungskernen mit günstiger Anbindung an den Nahverkehr gebündelt angeboten werden. Durch diese Fassung des Konzentrationsgrundsatzes wird der mit der zentralörtlichen Funktionszuweisung an Gemeinden verbundenen Gefahr begegnet, dass bei großen Flächengemeinden das dem Zentrale-Orte-Konzept innewohnende Konzentrationsprinzip aufgehoben werden könnte. Bei Flächengemeinden mit mehreren Teilorten steht das Konzentrationsprinzip einer räumlichen Zersplitterung zentralörtlicher Einrichtungen klar entgegen. Auch im Sinn einer nachhaltigen Raumentwicklung ist es erforderlich, dass innerhalb der als Zentrale Orte bestimmten Gemeinden die zentralörtlichen Funktionen in der Regel von deren jeweiligen Siedlungs- und Versorgungskernen wahrgenommen werden.

Mit dem Konzentrationsprinzip verbindet sich jedoch kein zentralörtliches Standortmonopol. Sowohl Unterschieden in der regionalen Siedlungs- und Versorgungsstruktur als auch spezifischen Standortvorteilen und -anforderungen einzelner Einrichtungen soll dadurch Rechnung getragen werden, dass zentralörtliche Einrichtungen ausnahmsweise auch an Standorten außerhalb von Zentralen Orten zulässig sind, wenn der Standort aus planerischen Erwägungen der Bessere ist. Wesentliche Voraussetzung dafür ist allerdings, dass zentralörtliche Einrichtungen am anderen Standort oder deren Verteilung auf mehrere Standorte die Funktionsfähigkeit des ausgewiesenen Zentralen Orts nicht beeinträchtigen.

Der zweite Absatz des Plansatzes hebt die Rolle der Zentralen Orte als Lenkungs- und Gestaltungselement der Siedlungsentwicklung hervor. Die Siedlungstätigkeit soll auf die Zentralen Orte konzentriert werden, insbesondere durch verstärkte Ausweisung von Wohnbauflächen. Dies trägt nicht nur zur Auslastung der zentralörtlichen Einrichtungen bei, sondern über deren Bündelungseffekt hinaus auch zu einer Dämpfung der Flächeninanspruchnahme (vgl. Plansatz 3.2.5).

Zu 2.5.4

Das Bündelungsprinzip zentralörtlicher Einrichtungen an einem zentralen Standort soll vor allem deren bestmögliche Inanspruchnahme durch die Bevölkerung des Verflechtungsbereichs fördern. Zentralörtliche Einrichtungen sollen in zumutbarer Entfernung vorgehalten werden und mit zumutbarem Zeit- und Kostenaufwand sowie in angemessener Häufigkeit erreichbar sein. Hieraus resultiert eine besondere Aufgabe für den öffentlichen Nahverkehr.

Die Verknüpfung zwischen Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsbedienung sowie der Wahrnehmung von Versorgungsfunktionen durch Zentrale Orte in verkehrsgünstiger Lage zu den Wohnorten der Verflechtungsbereiche verdeutlicht die hohe Bedeutung des Zentrale-Orte-Konzepts für eine nachhaltige Raumentwicklung. Je näher die zentralörtlichen Einrichtungen durch Optimierung ihres Standorts zur Bevölkerung gelegen sind, desto wirksamer kann im Endeffekt auch der Verkehrsaufwand verringert werden. Daraus kann gefolgert werden, dass das Zentrale-Orte-Konzept wesentlich zur Entwicklung und Gestaltung verkehrsvermeidender und verkehrsreduzierender regionaler Siedlungsstrukturen und zur Umweltschonung beiträgt (vgl. Plansatz 3.1.6).

Zu 2.5.5

Im Ländlichen Raum ist die zentralörtliche Gliederung auch heute noch am klarsten ausgeprägt. Die Ausweisung von Zentralen Orten ist für den Ländlichen Raum deshalb so bedeutungsvoll, weil die überörtliche Versorgung der dortigen Bevölkerung in der Regel nur durch Konzentration der Einrichtungen an zentralen Standorten gesichert werden kann (vgl. Plansatz 2.4.1.1). Dabei handelt es sich grundsätzlich um Einrichtungen, die mehr als die tägliche örtliche Versorgung übernehmen, einen größeren Benutzerkreis voraussetzen und deshalb nicht in jeder Gemeinde vorgehalten werden können.

Zentralörtliche Einrichtungen und Dienstleistungen erfordern aber gewisse Mindestgrößen, um leistungsfähig zu sein, ausgelastet zu werden sowie technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu genügen. Erfahrungsgemäß erhöhen sich Wirtschaftlichkeit und Effizienz der einzelnen Einrichtungen dann, wenn sie am gleichen Standort bei guter Erreichbarkeit und unter Berücksichtigung einer ausreichenden Verkehrsanbindung mit anderen Einrichtungen gebündelt werden. Zur Gewährleistung einer größtmöglichen wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung im Ländlichen Raum ist - auch auf die Gefahr von Minderauslastungen - dennoch der Vorhaltung von Einrichtungen grundsätzlich der Vorrang vor Auslastungserfordernissen einzuräumen. Gerade im Ländlichen Raum bestünde - insbesondere auf der Stufe der überörtlichen Grundversorgung - ohne die Ausweisung Zentraler Orte die Gefahr, dass einige dieser Einrichtungen nur noch in entfernteren Zentren höherer Stufe vorgehalten würden.

Der am zentralörtlichen System häufig geäußerten Kritik wegen etwaiger nachteiliger Auswirkungen auf die Versorgungssituation in den Gemeinden des Ländlichen Raums, die keine zentralörtliche Bedeutung haben, muss entgegengehalten werden, dass das zentralörtliche Prinzip gezielt auf die Konzentration und Bündelung von Einrichtungen ausgelegt ist, weil zentralörtliche Einrichtungen eben gerade nicht in jedem Ort vorgehalten werden können. Hierin sind weder Benachteiligungen noch Degradierungen von peripher gelegenen Orten im Ländlichen Raum zu sehen, sondern häufig nur noch der letzte geeignete Ansatz für die weitere Siedlungsentwicklung in der Fläche. Entscheidend ist, dass das zentralörtliche Konzentrationsprinzip nicht als bürokratische Reglementierung, sondern als flexibles und praxisnahes Gestaltungsprinzip gehandhabt wird.

Zu 2.5.6

Das Komplementärelement zu den Zentralen Orten sind die Verflechtungsbereiche als räumlicher Ausdruck von Ausstrahlung und Reichweite der zentralörtlichen Einrichtungen. Mit der Ausweisung eines Zentralen Orts geht in der Regel die Abgrenzung des dazugehörigen Verflechtungsbereichs einher. Die Konzentration der zentralörtlichen Versorgungseinrichtungen gewährleistet nicht nur deren Tragfähigkeit, sondern dient gleichzeitig auch der flächendeckenden Sicherung angemessener Versorgungsmöglichkeiten in einem zumutbaren Entfernungsbereich.

Die Abgrenzung der zentralörtlichen Verflechtungsbereiche basiert grundsätzlich auf einer Bestandsaufnahme der Ausstattung der Gemeinden mit zentralörtlichen Einrichtungen und deren Einzugsbereichen unter Zugrundelegung der Erreichbarkeit in zumutbaren Entfernungen und der Tragfähigkeit in Form einer für die Auslastung erforderlichen Mindesteinwohnerzahl. Die Zuordnung einer Gemeinde zu einem Verflechtungsbereich beruht in erster Linie auf ihrer vorherrschenden Orientierung. Überschneidungen der Einzugsbereiche der einzelnen Versorgungseinrichtungen und Überlagerungen der darauf beruhenden Verflechtungsbeziehungen lassen sich dabei nicht vollständig vermeiden. Die äußere Umgrenzung eines Verflechtungsbereichs entspricht eher einem „durchlässigen“ Grenzsäum als einer stringenten Grenzlinie.

Die Abgrenzung der zentralörtlichen Verflechtungsbereiche ist flächendeckend nach dem Prinzip der Einräumigkeit angelegt. Die Bereiche - beginnend auf der Ebene der zentralörtlichen Grundversorgung - ordnen sich lückenlos und mosaikartig in die jeweils nächst höhere Bereichsstufe ein. Dies setzt voraus, dass bei der zentralörtlichen Zuordnung einer Gemeinde bereits auf der Stufe der Grundversorgung deren mittel- und oberzentrale Orientierung geprüft und berücksichtigt werden muss. Ambivalenzen einzelner Gemeinden im Grenzbereich benachbarter Verflechtungsbereiche müssen in Kauf genommen werden.

Aus planungspraktischen, verwaltungsorganisatorischen und statistischen Gründen und nicht zuletzt im Vollzug der Ergebnisse der seinerzeitigen Verwaltungsgebietsreformen wurden die zentralörtlichen Verflechtungsbereiche mit dem Ziel weitgehender Einräumigkeit auch mit den Verwaltungseinheiten abgestimmt. Auch hierbei kam es in Einzelfällen zu Bereichsüberlagerungen zwischen benachbarten Mittel-

zentren, die zum Teil über Kreis- und Regionsgrenzen hinweg reichen. Auf besonders intensive partielle, Verwaltungsgrenzen überschreitende zentralörtliche Verflechtungen wird im Anhang zu Kapitel 2.5 ausdrücklich hingewiesen.

In zwei Fällen werden die Mittelbereichsgrenzen auch weiterhin offen gehalten:

- beim örtlichen Verwaltungsraum Neckargerach-Waldbrunn (Neckar-Odenwald-Kreis, Region Unterer Neckar) zwischen den Mittelbereichen Mosbach und Eberbach (beide Region Unterer Neckar) wegen der ausgeprägten Ambivalenz der Verflechtungen der einzelnen Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft zwischen den beiden Mittelzentren sowie
- beim örtlichen Verwaltungsraum Schliengen/Bad Bellingen (Landkreis Lörrach, Region Hochrhein-Bodensee) zwischen dem Mittelbereich Lörrach/Weil (Region Hochrhein-Bodensee) und dem Mittelbereich Müllheim (Region Südlicher Oberrhein) wegen der über die Kreis- und Regionsgrenze hinweg bestehenden Verflechtungen der Verwaltungsgemeinschaft mit dem Mittelzentrum Müllheim.

Zentralörtliche Beziehungen reichen teilweise auch über die Landesgrenze hinweg. Im Landesentwicklungsplan werden in diesen Fällen dennoch keine grenzüberschreitenden Verflechtungsbereiche ausgewiesen, weil dem planungspraktische, hoheitsrechtliche und verwaltungsorganisatorische sowie statistische Hindernisse entgegenstehen. Deshalb wird nur eine pauschale Berücksichtigung grenzüberschreitender Verflechtungen bei den verschiedenen Planungen und raumwirksamen Maßnahmen gefordert. Im Verhältnis zu benachbarten Bundesländern kann sich dies insbesondere in grenzüberschreitend konzipierten Planwerken (z.B. Raumordnungsplan Rhein-Neckar oder Regionalplan Donau-Iller) niederschlagen; auch auf derartige grenzüberschreitende zentralörtliche Verflechtungen wird im Anhang zu Kapitel 2.5 hingewiesen.

Etwas komplizierter ist die Feststellung grenzüberschreitender zentralörtlicher Verflechtungen gegenüber dem benachbarten Ausland, weil häufig weder Umfang und Intensität der grenzüberschreitenden zentralörtlichen Funktionsausübung noch die Reichweite der über die Staatsgrenze reichenden Verflechtungen nach vergleichbaren Maßstäben hinreichend quantifiziert oder exakte Bereichsabgrenzungen vorgenommen werden können. Dennoch kommen grenzüberschreitende zentralörtliche Verflechtungen bei der Formulierung grenzübergreifender Raumordnungskonzeptionen und Zielsetzungen (z.B. zum raumordnerischen Orientierungsrahmen für das Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz), in deren grenzüberschreitend fungierenden Gremien (z.B. Arbeitsgruppe „Raumordnung“) sowie bei der Umsetzung in zunehmendem Maß zum Tragen. Deshalb werden im Anhang zu Kapitel 2.5 bei den die Staatsgrenze unmittelbar berührenden zentralörtlichen Mittelbereichen im Zug des Oberrheingrabens und entlang des Hochrheins pauschale Hinweise auf besonders enge grenzüberschreitende zentralörtliche Verflechtungen gegeben.

Zu 2.5.7

Ziele zur Entwicklung der Zentralen Orte sollen dem Erhalt und dem Ausbau von tragfähigen Einrichtungen der örtlichen Versorgung nicht entgegenstehen. Maßgeblich sind deren Auslastung trotz vorhandener zentralörtlicher Einrichtungen sowie die Nichtbeeinträchtigung der Funktionen des ausgewiesenen Zentralen Orts. Außer der wohnortnahen Versorgung der ortsansässigen Bevölkerung können Orte, die nicht Zentrale Orte sind, beispielsweise spezifische Entwicklungsaufgaben im Tourismus oder bei der Entwicklung des ortsansässigen Gewerbes wahrnehmen.

Zu 2.5.8 bis 2.5.11

Auf Grund ihrer quantitativ und qualitativ unterschiedlichen Versorgungsangebote und der damit verbundenen unterschiedlichen Reichweiten der Versorgungs- und Verflechtungsbeziehungen werden die Zentralen Orte in Funktionsstufen gegliedert.

Der Landesentwicklungsplan legt die Stufen der Zentralen Orte fest und bestimmt die Aufgaben der Zentralen Orte der einzelnen Funktionsstufen. Hinsichtlich der Stufen der Zentralen Orte wird – wie im Landesentwicklungsplan 1983 – eine vierstufige Gliederung in Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren zu Grunde gelegt (vgl. Plansätze 2.5.8 bis 2.5.11). Oberzentren und Mittelzentren werden als höhere Zentrale Orte im Landesentwicklungsplan ausgewiesen, Unterzentren und Kleinzentren werden als Zentrale Orte der Grundversorgung in den Regionalplänen festgelegt.

Den vier Stufen der Zentralen Orte stehen mit den Ober-, Mittel- und Nahbereichen drei Bereichsstufen gegenüber. Oberbereiche werden nicht förmlich ausgewiesen (vgl. Plansatz 2.5.8), jedoch Mittelbereiche als Verflechtungsbereiche der Mittelzentren (vgl. Plansatz 2.5.9). Gemäß Landesplanungsgesetz ist eine verbindliche Ausweisung von Nahbereichen für Unterzentren und Kleinzentren in den Regionalplänen nicht vorgesehen; Nahbereiche können jedoch für Analysezwecke herangezogen werden.

Zu 2.5.8

Oberzentren sind als Standorte großstädtischer Prägung mit einem Angebot an hoch qualifizierten und spezialisierten Einrichtungen, Dienstleistungen und Arbeitsplätzen zur Deckung des höheren spezialisierten Bedarfs Schwerpunkte von regionaler, häufig auch überregionaler Bedeutung. Zu ihrer Ausstattung gehören z.B. Fachschulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten, zentrale Bibliotheken, Theater, Konzerthäuser, Großraum- und Kongresshallen, Museen und Galerien, Sporthallen und Stadien, Krankenhäuser der Zentral- und der Maximalversorgung, Niederlassungen von Kreditinstituten, Versicherungen, Organisationen und Verbänden, umfassende Einkaufsmöglichkeiten in Spezial-Fachgeschäften und Großkaufhäusern, Haltepunkt des Eisenbahnfernverkehrs, internationaler Flughafen bzw. Verkehrslandeplatz, Behörden und Gerichte. Die vorstehende Darstellung typischer oberzentraler Einrichtungen dient der beispielhaften Erläuterung der zentralörtlichen Funktionsstufe und stellt keinen verbindlichen Ausstattungskatalog dar.

Die Oberzentren versorgen jeweils etwa das Gebiet einer Region mit hoch qualifizierten und spezialisierten Leistungen; mit Ausnahme von Ostwürttemberg besitzt jede Region mindestens ein funktionsfähiges Oberzentrum. Da zwischen den Oberzentren des Landes erhebliche Unterschiede in Größe und Ausstrahlung bestehen, kommt es vielfach zu Überschneidungen ihrer Funktionsbereiche. Aus diesem Grund wird auf die förmliche Abgrenzung von Oberbereichen verzichtet.

In verschiedenen Regionen ist die Versorgungsaufgabe durch relativ große Entfernungen des Oberzentrums zu Teilen der Region erschwert. In diesen Regionen verfügen teilweise schon größere, überdurchschnittlich ausgebaute Mittelzentren über einzelne oberzentrale Einrichtungen. Diese Ausstattung kann weiter ergänzt werden, auch wenn ein voller Ausbau zum Oberzentrum nicht möglich ist. Auch kann statt einer Mehrfachausstattung des Oberzentrums ein Mittelzentrum einzelne oberzentrale Funktionen übernehmen.

In einzelnen Oberzentren können die oberzentralen Einrichtungen nicht in allen Fällen und in allen Bereichen dem Bedarf des Verflechtungsbereichs entsprechen; insoweit muss auch die Entwicklungspolitik des Landes fördernd eingreifen. Dies gilt insbesondere für die neu ausgewiesenen und noch auszubauenden Oberzentren Offenburg und Lörrach/Weil am Rhein, für das neue gemeinsame Oberzentrum Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten und weiterhin auch für das noch zu stärkende Oberzentrum Villingen-Schwenningen.

Die Aufstufung der Stadt Offenburg zum Oberzentrum beruht auf ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung für den nördlichen Teil der Region Südlicher Oberrhein sowie der regionalen Standortgunst für die weitere Entwicklung im Oberrheingebiet. Außerdem kommt hierbei auch Offenburgs landespolitische Rolle als Scharnier und Brückenkopf für die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Raum Ortenau/Europastadt Strasbourg zum Tragen (vgl. Plansatz 6.2.3.3).

Die Aufstufung des Städtepaars Lörrach/Weil am Rhein zum Oberzentrum soll die durch die besondere Grenzsituation bedingten Versorgungsdefizite im deutschen Teil des Dreiländerecks und entlang des Hochrheins ausgleichen. Basel als zwar unbestrittenes, jedoch jenseits der Staatsgrenze gelegenes Oberzentrum kann für diese Räume oberzentrale Funktionen nur partiell wahrnehmen.

Die Zusammenfassung des bisherigen Mittelzentrums Friedrichshafen mit dem Oberzentrum Ravensburg/Weingarten zu einem gemeinsamen Oberzentrum würdigt dessen hochrangige zentralörtliche Bedeutung für den Bodenseeraum. Messestandort, Regionalflughafen und die in Friedrichshafen angesiedelten Großbetriebe der Hochtechnologie dokumentieren eine funktionspezifische Schwerpunktbildung, die wichtige Ergänzungsfunktionen für das traditionelle Dienstleistungszentrum Ravensburg/Weingarten mit Hochschulen, Behörden und mittelständischen Unternehmen hat. Das gemeinsame Oberzentrum Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten bildet den mehrpoligen Kern des Verdichtungsraums am nördlichen Bodenseeufer (vgl. Plansatz 2.2.1) und soll übergeordnete Raumfunktionen eines Städteneetzes (vgl. Plansatz 6.1.5) bei der Regionalentwicklung wahrnehmen. Dies erfordert eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit sowohl zwischen den drei Partnerstädten als auch mit benachbarten Gemeinden, vor allem zur Minderung von Konkurrenzsituationen.

Den im Regionalplan 2010 für die Region Ostwürttemberg dargelegten besonderen regionalen Verhältnissen bei der oberzentralen Versorgung trägt der Landesentwicklungsplan dadurch Rechnung, dass die Mittelzentren der Region Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd gemeinsam die Aufgabe der oberzentralen Bedarfsdeckung in Funktionsteilung wahrnehmen sollen.

Die Festlegung von oberzentralen Teil- und Spezialfunktionen für das Mittelzentrum Baden-Baden würdigt den herausgehobenen Status der Stadt als Kur- und Touristikzentrum von Weltruf sowie als kulturelles Zentrum und Medienstandort von überregionaler Bedeutung. Die Wahrnehmung der oberzentralen Teil- und Spezialfunktionen soll in enger Abstimmung mit dem Oberzentrum Karlsruhe und benachbarten Mittelzentren erfolgen.

Weitere Ziele zu spezifischen oberzentralen Funktionen enthält das Kapitel 6.2 in Verbindung mit besonderen regionalen Entwicklungsaufgaben (vgl. Plansätze 6.2.2 bis 6.2.8).

Zu 2.5.9

Mittelzentren verkörpern jene Funktionsstufe, die durch ein breites Spektrum von höherwertigen Einrichtungen im Bereich öffentlicher und privater Dienstleistungen einschließlich übergemeindlich fungierender Verwaltungsbehörden sowie durch ein reichhaltiges Arbeitsplatzangebot gekennzeichnet ist. Zu ihrer Ausstattung gehören z.B. mehrzünftig geführte weiterführende allgemein bildende (Realschule, Gymnasium) und berufsbildende Schulen, Fachschulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Volkshochschule) und der Jugendarbeit, größere Bibliothek, Altenheim, ein Spektrum an Fachärzten, Krankenhaus der Regional- und der Zentralversorgung, Sport- und Großveranstaltungshalle, Stadion, mehrere Kreditinstitute, Geschäftsstellen von Versicherungen, Handels- und Wirtschaftsorganisationen, vielseitige Einkaufsmöglichkeiten des gehobenen Bedarfs und Kaufhäuser, freie Berufe und Dienstleistungen mit differenziertem Angebot, Behörden und Gerichte. Die vorstehende Darstellung typischer mittelzentraler Einrichtungen dient der beispielhaften Erläuterung der zentralörtlichen Funktionsstufe und stellt keinen verbindlichen Ausstattungskatalog dar.

Mittelzentren übernehmen die Bedarfsdeckung der gehobenen spezialisierten zentralörtlichen Versorgung und sind maßgebliche Kristallisationspunkte für wesentliche überörtliche Lebensbeziehungen der Bevölkerung innerhalb ihrer Verflechtungsbereiche. Je nach den siedlungsstrukturellen Gegebenheiten differieren die Mittelzentren nach Einwohnergröße und Ausstattung.

Auch im Ländlichen Raum haben größere Mittelzentren vielfach eine spezialisierte Infrastrukturausstattung und einen differenzierten Arbeitsmarkt, von denen Impulse für die weitere Entwicklung ihrer Verflechtungsbereiche ausgehen.

Als Mindestgröße für die Tragfähigkeit eines Mittelbereichs im Ländlichen Raum werden 35.000 Einwohner als Orientierungswert beibehalten. In den Verdichtungsräumen und den Randzonen um die Verdichtungsräume wird dieser Schwellenwert in der Regel deutlich überschritten. Nur in wenigen Mittelbereichen in dünner besiedelten Teilen des Ländlichen Raums müssen unterhalb dieser Schwelle liegende Einwohnerzahlen in Kauf genommen werden, um eine mittelzentrale Versorgung in zumutbarer Entfernung nicht zu gefährden.

Infolge der fortgeschrittenen Siedlungsverdichtung haben sich bei zahlreichen Mittelzentren in Verdichtungsräumen die Verflechtungsstrukturen durch neu entstandene Versorgungsstandorte mit einzelnen mittelzentralen Einrichtungen teilweise verwischt und die einst klar gegliederten Verflechtungsbereiche überlagert. Die einzelnen Zentren und Versorgungsstandorte sind zunehmend durch funktionsteilige Verflechtungen gekennzeichnet, wobei die mittelzentrale Versorgung nicht mehr ausschließlich durch Mittelzentren wahrgenommen wird. Sie kann partiell auch von unmittelbar benachbarten Standorten übernommen werden, wenn die Bündelung der Einrichtungen in günstiger Lage gewährleistet ist und die Funktionsfähigkeit des Mittelzentrums und die mittelzentrale Versorgung insgesamt nicht gefährdet werden. Auch hier gilt der Grundsatz einer flexiblen Handhabung des zentralörtlichen Systems, das zwar Zentrale Orte als die am besten geeigneten Standorte präferiert, diesen aber kein Monopol bei Standortentscheidungen für zentralörtliche Einrichtungen einräumt.

Eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur und -bedienung sind entscheidende Grundlagen einer funktionierenden zentralörtlichen Versorgung und einer intakten regionalen Siedlungsstruktur (vgl. Plansatz 2.5.4). Sie sind nicht nur wesentliche Voraussetzungen für eine gute Erreichbarkeit der Zentralen Orte für die Bevölkerung aus den Verflechtungsbereichen, sondern Grundvoraussetzung für Kontakte und Aufgabenteilungen zwischen den Zentren. Darüber hinaus trägt eine gesicherte verkehrliche Anbindung der Zentralen Orte untereinander zur Intensivierung des Leistungsaustauschs bei und vermittelt zugleich Entwicklungsimpulse (vgl. Plansatz 2.6.3). Angesichts ihrer breit gefächerten Zentralitätsfunktionen der gehobenen Bedarfsdeckung kommt vor allem den Mittelzentren hinsichtlich ihrer Ausgestaltung als Verkehrsknoten im öffentlichen Personennahverkehr sowie als Ziel- und Verknüpfungspunkt unterschiedlicher Verkehrsarten ein besonderer Stellenwert zu. Insbesondere im Ländlichen Raum soll eine gute Verkehrsanbindung zur Stabilisierung der dortigen Versorgungsfunktionen und damit auch zur Sicherung und Förderung gleichwertiger Lebensbedingungen beitragen (vgl. Plansatz 2.5.5).

Korrespondierend mit der vorausgegangenen Funktionsbeschreibung der Mittelzentren wird im Plansatz die besondere Bedeutung der zentralörtlichen Mittelbereiche herausgestrichen, die auf die günstige Kombination aus Erreichbarkeit und Leistungsfähigkeit zurückzuführen ist. Auf Grund intensiver sozio-ökonomischer Verflechtungen stellen die Mittelbereiche wichtige Bezugsräume der Bevölkerung dar, in denen sich ein Großteil der überörtlichen Lebensbeziehungen in den Funktionsfeldern Versorgung, Arbeit und Bildung abspielt. Damit verbindet sich für den Mittelbereich zugleich eine wichtige Rolle als Raumeinheit ausgeprägter Arbeits- und Pendlerbeziehungen sowie intensiver wirtschaftlicher und verkehrlicher Verflechtungen mit der Maßgabe der Abstimmung einer derartigen Funktionenvielfalt. Im Zug solcher Abstimmungsprozesse werden die Mittelbereiche als prädestinierte Bezugsräume für die Siedlungsentwicklung bestätigt.

Der letzte Absatz dieses Plansatzes stellt die Verbindung zur namentlichen Ausweisung der Mittelzentren und Mittelbereiche im Anhang des Landesentwicklungsplans her. Das Netz der Mittelzentren wurde den durch Siedlungswachstum und räumlichen Strukturwandel veränderten Gegebenheiten angepasst, so-

weit dies aus Sicht des landesweit zu betrachtenden mittelzentralen Netzgefüges vertretbar war. Gegenüber dem Landesentwicklungsplan 1983 neu sind die Mittelzentren Achern, Bad Krozingen/Staufen im Breisgau, Bad Waldsee, Bad Wildbad, Blaubeuren/Laichingen, Breisach am Rhein, Metzingen, Neckarsulm, Pfullendorf, Rheinfeldern (Baden), Rottenburg am Neckar und Stockach sowie das Doppelzentrum Wiesloch/Walldorf in Folge der Anbindung von Walldorf.

Die durch Aufstufungen neu abgegrenzten Mittelbereiche sind im Anhang zu Kapitel 2.5 und in Karte 2 Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche dargestellt.

Zu 2.5.10

Unterzentren dienen der zentralörtlichen Grundversorgung zur Deckung des qualifizierten, häufig wiederkehrenden überörtlichen Grundbedarfs. Sie müssen eine gewisse Vielfalt in der Ausstattung mit überörtlichen Einrichtungen und im Angebot von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen aufweisen. Zur Ausstattung eines Unterzentrums gehören z.B. weiterführende allgemein bildende Schulen (Realschule, Gymnasium), Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung, mehrere praktische Ärzte sowie Fachärzte und Zahnärzte, Krankenhaus der Ergänzungs- und der Grundversorgung, Sportplatz mit Leichtathletikanlagen, Sport- und Festhalle, mehrere Kreditinstitute, Dienstleistungsbetriebe, Fachgeschäfte guter Auswahlmöglichkeit. Die vorstehende Darstellung typischer unterzentraler Einrichtungen dient der beispielhaften Erläuterung der zentralörtlichen Funktionsstufe und stellt keinen verbindlichen Ausstattungskatalog dar.

Von den Kleinzentren unterscheiden sie sich vor allem durch die qualifiziertere Ausstattung in der Grundversorgung und durch die damit verbundenen Ergänzungsfunktionen in Teilbereichen der mittelzentralen Versorgung. Hieraus resultiert ein über die übliche Grundversorgung hinausreichender Verflechtungsbereich, der häufig auch noch benachbarte Kleinzentren umfasst. Im Ländlichen Raum ist deshalb regelmäßig eine Einwohnerzahl von mehr als 10.000 Einwohnern im Verflechtungsbereich erforderlich, um die Tragfähigkeit für die Ausstattung eines Unterzentrums zu gewährleisten. In Verdichtungsräumen muss die Einwohnerzahl entsprechend höher liegen.

Zu 2.5.11

Kleinzentren sind Standorte von Einrichtungen zur Deckung des häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarfs der zentralörtlichen Grundversorgung. Zu ihrer Ausstattung gehören z.B. Grund- und Hauptschule, Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung, Bücherei, Sportplatz und Sporthalle, Ärzte und Apotheke, Kreditinstitut bzw. -filialen, handwerkliche Dienstleistungsbetriebe, Einzelhandelsgeschäfte, Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen. Es handelt sich grundsätzlich um Einrichtungen, die mehr als die tägliche örtliche Versorgung übernehmen, einen größeren Benutzerkreis voraussetzen und deshalb nicht in jeder Gemeinde vorgehalten werden können. Die vorstehende Darstellung typischer kleinzentraler Einrichtungen dient der beispielhaften Erläuterung der zentralörtlichen Funktionsstufe und stellt keinen verbindlichen Ausstattungskatalog dar.

Während die zentralörtliche Versorgung in den Verdichtungsräumen im Allgemeinen als gesichert anzusehen ist, ist die Ausweisung von Kleinzentren besonders für den Ländlichen Raum von erheblicher Bedeutung. Dort kann die überörtliche Versorgung in der Regel nur durch eine Konzentration der Einrichtungen in einem zentralen Standort gesichert werden. Im Interesse der Gewährleistung einer ausreichenden zentralörtlichen Versorgung der Bevölkerung sollten im Ländlichen Raum selbst Minderausstattungen der Einrichtungen in Kauf genommen werden.

Die erforderliche Bevölkerungszahl im Verflechtungsbereich kann je nach den siedlungsstrukturellen Gegebenheiten erheblich schwanken. Im Regelfall sollen die Verflechtungsbereiche von Kleinzentren im Ländlichen Raum mehr als 8.000 Einwohner haben. Diese Größe kann in Ausnahmefällen bis zu einer

Schwelle von 5.000 Einwohnern unterschritten werden, wenn der nächste Zentrale Ort unzumutbar entfernt ist. In besonders dünn besiedelten Gebieten, z.B. in Mittelbereichen mit einer geringeren Bevölkerungsdichte als die Hälfte des Landesdurchschnitts, kann die Mindesteinwohnerzahl für einen Verflechtungsbereich bis auf 3.500 Einwohner sinken. Diese Staffelung der Orientierungswerte für Tragfähigkeitsschwellen stellt keine Zielvorgabe dar, sondern verdeutlicht, wie den strukturräumlich bedingten Unterschieden zwischen Kleinzentren Rechnung getragen werden kann.

Infolge hoher Siedlungsverdichtung, großer Angebotspalette auf engstem Raum und guter Auslastung ist die zentralörtliche Versorgung in den Verdichtungsräumen im Allgemeinen gesichert. Zentralörtliche Funktionen haben sich vielfach überlagert und zu Mehrfachorientierungen im Versorgungsverhalten der Bevölkerung geführt. Da hier beim häufig wiederkehrenden Bedarf der Grundversorgung eine zentralörtliche Bereichsgliederung auf Grund der zunehmenden Vernetzung benachbarter Versorgungsstandorte kaum noch erkennbar ist, kann auf die Ausweisung von Kleinzentren in Verdichtungsräumen verzichtet werden, wenn die Deckung des häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarfs ausreichend sichergestellt ist. Absatz 2 des Plansatzes räumt damit – wie im Landesentwicklungsplan 1983 (Plansatz 1.5.44) – der Regionalplanung einen Ermessensspielraum für die Ausweisung von Kleinzentren in Verdichtungsräumen ein.

Im Interesse einer geordneten Siedlungsentwicklung ist ein Ausbau von Versorgungsstandorten dennoch nach besonderen Grundsätzen angezeigt. Versorgungseinrichtungen, die über die übliche Grundversorgung hinausgehen, aber noch unterhalb der Stufe des Mittelzentrums liegen, sollen in günstiger Lage gebündelt werden. In Verdichtungsräumen ist demgemäß auch ohne verbindliche zentralörtliche Festlegung eine Bündelung der Einrichtungen anzustreben. Dabei sind vor allem solche Standorte zu wählen, die den Wohnorten günstig zugeordnet und durch öffentlichen Personennahverkehr erschlossen sind (vgl. Plansatz 3.1.8).

2.6 *Entwicklungachsen*

Zu 2.6.1

Nach § 3 Abs. 2 des Landesplanungsgesetzes sind im Landesentwicklungsplan Entwicklungachsen auszuweisen. In engem funktionalem Zusammenhang mit den in den vorhergehenden Kapiteln behandelten flächen- und punktförmigen raumordnerischen Instrumenten der Raumkategorien und Zentralen Orte stellen die Entwicklungachsen das linear angelegte Instrumentarium für die Ordnung und Entwicklung des Landes und seiner Teilräume dar. Sie dienen der Bündelung der Bandinfrastruktur und unterstützen die dezentrale Konzentration der Siedlungsentwicklung, tragen also zu der im Leitbild postulierten Raumentwicklung bei. Angesichts der noch intensiver gewordenen großräumigen Verflechtungen innerhalb des Landes und innerhalb Europas legt der Landesentwicklungsplan einen starken Akzent auf die Funktion der Entwicklungachsen als Infrastrukturleitlinien in Gestalt eines landesweiten grobmaschigen Netzes. Die gleichwertige Entwicklung in allen Landesteilen wird dadurch unterstützt.

Zu 2.6.2

Die in diesem Plan textlich und zeichnerisch ausgewiesenen Landesentwicklungachsen sind in ihrem Verlauf schematisch dargestellt und orientieren sich in erster Linie an der räumlichen Lage von Zentralen Orten höherer Stufe. In den Regionalplänen werden die Landesentwicklungachsen räumlich und sachlich konkretisiert. Gegenüber dem Landesentwicklungsplan 1983 wurde die Zahl der zusätzlich ausgewiesenen Achsen in Anpassung an veränderte räumliche und planerische Gegebenheiten auf Einzelfälle beschränkt. Damit erscheint die Tragfähigkeit der Infrastrukturen gewährleistet.

Der Landesentwicklungsplan unterscheidet ausdrücklich zwischen Landesentwicklungachsen und den in Regionalplänen zusätzlich ausgewiesenen regionalen Entwicklungachsen und legt deren unter-

schiedliche Funktionen fest. Funktional steht bei den regionalen Entwicklungsachsen die Siedlungsentwicklung in engem Bezug zu leistungsfähigen Massenverkehrsmitteln. Die Konzentration der Siedlungstätigkeit und ihre Zuordnung zu den Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs und wichtigen sonstigen Infrastruktureinrichtungen dient der Minderung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungstätigkeit, der Minimierung von Individualfahrten durch Verlagerung auf öffentliche Verkehre sowie der Sicherstellung kurzer Wege für Versorgung und Freizeitaktivitäten. Diese Notwendigkeit ist insbesondere in den Verdichtungsräumen und ihren Randzonen gegeben, so dass vor allem hier mit den regionalen Entwicklungsachsen als sog. "Siedlungs- und Nahverkehrsachsen" durch die Regionalplanung ein Leitbild der nachhaltigen Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung vorgegeben und gekennzeichnet werden kann. Regionale Entwicklungsachsen können dabei räumlich mit Abschnitten von Landesentwicklungsachsen zusammenfallen und in Anlehnung an das Schienennahverkehrsnetz im Raum enden.

Zu 2.6.3

Die Landesentwicklungsachsen orientieren sich schwerpunktmäßig an den „Bandinfrastrukturen“, deren wichtigste Bestandteile vielfach gebündelte, leistungsfähige Straßen- und Schienenwege sind. Die Ausgestaltung der Landesentwicklungsachsen soll deshalb so erfolgen, dass der erforderliche Leistungsaustausch über weite Entfernungen gesichert bleibt oder erreicht wird. Raumordnerische Kriterien für die Ausweisung der Landesentwicklungsachsen sind eine angemessene Einbindung in transeuropäische Netze und die Vernetzung der wirtschaftlichen Schwerpunkte im Land unter Einbeziehung des ländlichen Raums und der großen Erholungsräume bei Wahrung einer für großräumige Verbindungen angemessenen Maschenweite des Netzes. Dem Bündelungseffekt kommt aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen Bedeutung zu. Die Ausweisung einer Verbindung als Landesentwicklungsachse macht keine Aussage über die Ausbaunotwendigkeit der Verkehrswege. Aus- und Neubau von Straßen und Schienenwegen werden in erster Linie an Kriterien wie Verkehrsbelastung und -erwartung, baulicher Zustand und Kosten ausgerichtet und z.B. im Bundesverkehrswegeplan oder Generalverkehrsplan des Landes festgelegt.

Zu 2.6.4

Die Zielsetzungen für Entwicklungsachsen werden insbesondere im Hinblick auf die unterschiedliche Siedlungsentwicklung im Bereich der Entwicklungsachsen und in den Achsenzwischenräumen konkretisiert und vor dem Hintergrund der differenzierten Gegebenheiten und Erfordernisse in den Raumkategorien gesehen. Detailliertere Festlegungen enthalten die Plansätze in den Kapiteln 2.1 - 2.4 Raumkategorien.

3. Siedlungsentwicklung und Flächenvorsorge

3.1 Siedlungsentwicklung

Zu 3.1.1

Die Erhaltung und Festigung der dezentralen Siedlungsstruktur ist ein grundlegendes Ziel der Landesentwicklungspolitik. Nur auf diesem Weg sind wesentliche Teile des Leitbilds zur räumlichen Entwicklung des Landes umsetzbar (vgl. Kapitel 1). Die räumliche Verteilung der großen Zentren und die günstige Entwicklung der mittleren und kleinen Industrie- und Dienstleistungszentren haben in der Vergangenheit gezeigt, dass diese "dezentrale Konzentration" in hohem Maß den Vorstellungen und Erfordernissen der Bevölkerung und der Wirtschaft, gleichzeitig aber auch denen einer ausgeglichenen und effektiven Raumentwicklung entspricht. Mit dem System der Zentralen Orte wird die abgestufte Schwerpunktsetzung augenfällig unterstützt; an ihm und am Netz der Entwicklungsachsen orientiert sich die von der Regionalplanung durch Festlegung von Siedlungsbereichen sowie Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen auszuformende schwerpunktmäßige Siedlungsentwicklung. Demgemäß gibt es keine einseitige Unterstützung der Verdichtungsräume; vielmehr ist die dezentrale Siedlungsstruktur geeignet, Entlastungsstandorte zu fördern. Im Ländlichen Raum, insbesondere in seinen dünner besiedelten Teilen, hilft eine ausgeglichene Raum- und Siedlungsstruktur bei der Stärkung der regionalen Eigenkräfte, indem durch Bündelung von Angeboten und Infrastrukturen mindestens eine angemessene Grundausstattung gewährleistet werden kann.

Zu 3.1.2

Die weitere Siedlungstätigkeit soll sich in Umfang und Standortwahl in die vorhandene dezentrale Siedlungsstruktur einfügen. Es soll eine Schwerpunktsetzung erfolgen, deren Instrumente im Landesplanungsgesetz festgelegt sind; hierzu zählen insbesondere die Ausweisung von Siedlungsbereichen als Bereichen für verstärkte Siedlungsentwicklung (§ 8 Abs. 2 Nr. 3) und Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen (Abs. 2 Nr. 7). Für die Region Stuttgart bietet § 8 Abs. 3 das entsprechende, aber detailliertere Instrumentarium.

Zu 3.1.3

Siedlungsbereiche sind Gemeinden oder Gemeindeteile, in denen eine verstärkte, über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden soll. Welche Gemeinden die dafür notwendigen Wanderungsgewinne aufnehmen sollen oder für größere Gewerbeansiedlungen in Betracht kommen, ergibt sich aus der regionalen Siedlungskonzeption des Regionalplans. Wo es aus regionaler Sicht keiner Vorgaben für die Siedlungstätigkeit bedarf, obliegt deren Steuerung ausschließlich der örtlichen Bauleitplanung.

Ebenso ist die innergemeindliche Verteilung von Bauflächen grundsätzlich Aufgabe der Bauleitplanung. Wo dies allerdings von überörtlicher Bedeutung für die Ordnung und Entwicklung der Siedlungs- und Freiraumstruktur der Region ist, darf die Regionalplanung den Gemeindeteil bestimmen, der die Funktion des Siedlungsbereichs wahrnehmen soll. Nach § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuchs muss sich die Bauleitplanung entsprechenden Zielen der Raumordnung im Regionalplan anpassen.

Siedlungsbereiche kennzeichnen auch bevorzugte Standorte für Bauflächen, wo in besonderen Fällen die Eigenentwicklung einer Gemeinde, die aus mehreren Teilorten besteht, konzentriert werden soll.

Zu 3.1.4

Nach § 8 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes ist der Verband Region Stuttgart verpflichtet, im Regionalplan regionalbedeutsame Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen und

des Wohnungsbaus sowie Standorte für regionalbedeutsame Infrastrukturvorhaben auszuweisen, und zwar gebietsscharf. Diese Verpflichtung besteht in den anderen Regionen nicht, wohl aber die Möglichkeit, insbesondere wenn die gebietsscharfe Festlegung mit regionalen Erfordernissen begründet werden kann.

Zu 3.1.5

Den sich für die Eigenentwicklung ergebenden Bedarf kann jede Gemeinde nach der Erforderlichkeit und den voraussehbaren Bedürfnissen (§ 1 Abs. 3 und § 5 Abs. 1 des Baugesetzbuchs) geltend machen. Der Bedarf wird durch zahlenmäßige Vorgaben der Landes- und Regionalplanung nicht beschränkt. Der Rahmen der Eigenentwicklung soll es den Gemeinden ermöglichen, ihre gewachsene Struktur zu erhalten und organisch weiterzuentwickeln. Dabei soll der natürlichen Entwicklung der Bevölkerung und dem inneren Bedarf Rechnung getragen werden, der sich insbesondere durch Verbesserungen der Wohn- und Wohnumfeldverhältnisse, die Erweiterung ortsansässiger Betriebe und die Weiterentwicklung der technischen und sozialen Infrastruktur ergeben kann. Auch der örtliche Bedarf, der sich aus der Aufnahme von Spätaussiedlern ergibt, soll nach dem Willen des Landtags Berücksichtigung finden. Ein darüber hinausgehender Bedarf für Wanderungsgewinne und für größere Gewerbeansiedlungen kann im Rahmen der Eigenentwicklung jedoch nicht in Ansatz gebracht werden. Die Festlegung von Gemeinden, denen nur die Eigenentwicklung zugestanden wird, erfolgt durch die Regionalplanung und erfordert den Nachweis besonderer Gründe, insbesondere aus Rücksicht auf Naturgüter (vgl. § 8 Abs. 2 Nr. 4 des Landesplanungsgesetzes).

Zu 3.1.6

Die weitere Siedlungsentwicklung soll am Prinzip der kurzen Wege ausgerichtet werden. Soweit nicht Immissionsschutzbelange entgegenstehen, soll durch eine gezielte Ansiedlung von Gewerbe in der Nähe von Wohngebieten, die Kopplung von Wohn- und Arbeitsstätten sowie die Ausstattung der Gewerbegebiete mit bürgernaher Infrastruktur sowohl im Bestand als auch bei Neubaugebieten eine einseitige Ausrichtung von Gemeinden und Gemeindeteilen auf Wohnen bzw. Gewerbe und Dienstleistungen vermieden und eine kleinräumige Durchmischung der verschiedenen Raumnutzungen angestrebt werden. Auf diese Weise sollen die Wege zwischen den Orten der täglichen Daseinsvorsorge minimiert, das Verkehrsaufkommen und die Umweltbelastung niedrig gehalten und damit insbesondere für Familien und ältere Menschen vielseitige Erleichterungen erreicht werden. Die Vernetzung von Wohnen und Arbeiten ist dabei wegen ihrer räumlichen und fachübergreifenden Wirkungen nicht nur von örtlicher Bedeutung. Vielfach erfordern planerische Überlegungen sowie Gesichtspunkte der verkehrlichen Entlastung und des Umweltschutzes eine überörtliche Abstimmung.

Zu 3.1.7

Bei kaum einer anderen Ressource ist so offensichtlich wie beim Boden, dass eine ständig wachsende Inanspruchnahme auf Dauer nicht möglich und damit nicht nachhaltig ist. In mehreren Gesetzen wurde deshalb die Notwendigkeit verankert, mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen, so z.B. in den §§ 1 und 2 des Raumordnungsgesetzes (Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung, Grundsätze der Raumordnung) und in § 1a Abs. 1 des Baugesetzbuchs. Dazu sieht der Landesentwicklungsplan die vorrangige Nutzung von Baulücken und Baulandreserven, Brach-, Konversions- und Altlastenflächen vor. Notwendig ist es darüber hinaus, bei der Planung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten auf eine Flächen sparende Bauweise zu achten. Ebenso notwendig und zielführend ist auch, bei nicht genutzten Flächen mit undurchlässiger (versiegelter) Oberfläche, diese zu entsiegeln, um damit Bewuchs und Bodenbildung zu ermöglichen und den Wasserkreislauf zu fördern.

Bei der Ausweisung von Flächen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung soll künftig auch den Gesichtspunkten eines rationellen, sparsamen Energieeinsatzes mehr Beachtung geschenkt werden. Baurechtliche und bautechnische Aspekte der Einsparung von Heizenergie müssen daher künftig mehr

Berücksichtigung finden. Hinsichtlich Lage, Ausrichtung und Gestaltung baulicher Anlagen ist auf energetisch günstige Lösungen hinzuwirken. Die Möglichkeiten effizienter Energieerzeugungs- und Wärmeversorgungssysteme wie z. B. von Blockheizkraftwerken sind zu nutzen.

Zu 3.1.8

Die interkommunale Abstimmung ist insbesondere in den zunehmend komplexer werdenden Stadt-Umland-Bereichen von hoher Bedeutung. Hier ist die koordinierte Festlegung von Wohngebieten und Arbeitsplätzen regelmäßig durch eine überfachliche, integrierende Einbeziehung der technischen und sozialen Infrastruktur und der Freiraumentwicklung zu ergänzen.

Zu 3.1.9

Die Zielsetzung dieses Plansatzes dient in hohem Maß der Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips. Der Grundsatz Ausbau vor Neubau gilt sinngemäß auch für die Siedlungsentwicklung; die weitere Flächeninanspruchnahme für Wohnungsbau, Gewerbe, Dienstleistungen und Infrastruktur muss möglichst gering gehalten werden. Industrielle Brachflächen, stillgelegte Bahnanlagen, aufgegebene Militärfelder, durch Altlasten belastete Areale sowie nur extensiv und unterwertig genutzte Grundstücke sind daher nach Möglichkeit neuen, effizienteren Nutzungen zuzuführen. Durch Flächenrecycling und optimierte Flächenausnutzung wird die Notwendigkeit der Ausweisung von neuen Bauflächen reduziert. Der Anteil nicht oder suboptimal genutzter Flächen im Bestand ist vielfach sehr hoch. Neben einer Schonung wertvoller Flächen außerhalb der Bebauung wird durch Ausbau vor Neubau eine bessere Ausnutzung vorhandener Infrastruktur mit entsprechenden Kosteneinsparungen erreicht.

Zu 3.1.10

Zum Schutz von Personen, Gütern, Betriebsstätten und Infrastruktureinrichtungen soll in Überschwemmungsbereichen keine Siedlungsentwicklung stattfinden. In bereits besiedelten Gebieten soll Vorsorge getroffen werden. Dies betrifft sowohl eine hochwasser- und risikobewusste Bauweise und Nutzung als auch die Vorsorge in Form von Warn-, Einsatz- und Alarmplänen. Auf die latente Gefährdung z.B. hinter Deichen und unterhalb von Staumauern wird hingewiesen. (Vgl. Plansätze 4.3.6 und 4.3.7 und Begründungen dazu.)

3.2 Städtebau, Wohnungsbau

Zu 3.2.1 bis 3.2.3

Die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung soll an den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinden ausgerichtet werden, zur Erfüllung übergemeindlicher Aufgaben beitragen und die Funktionsfähigkeit der Zentralen Orte stärken. Das Baugesetzbuch verlangt dabei für die Inanspruchnahme neuer Bauflächen den Nachweis des Bedarfs. Diese Beschränkung soll überdimensionierte Siedlungserweiterungen verhindern und allen Gemeinden eine organische Entwicklung ermöglichen. Darüber hinaus soll sie die raumordnerische Zielsetzung unterstützen, die Siedlungs- und Raumentwicklung stärker am Netz der Zentralen Orte auszurichten und auf Siedlungsbereiche und -schwerpunkte zu konzentrieren. Ein weiteres Ziel ist die Schaffung lebenswerter städtischer Räume durch Modernisierung, Bestandspflege, Revitalisierung, Flächenrecycling und gegebenenfalls Nachverdichtung.

Im Vordergrund stehen die Sicherung und Verbesserung der Wohnqualität vorhandener Wohngebiete, die Stärkung der Funktionsfähigkeit, Urbanität und Wohnfunktion der Stadtzentren und Ortskerne sowie die Anpassung der Standortbedingungen an die Bedürfnisse der Wirtschaft. Dabei soll zur Vermeidung einseitig strukturierter Gebiete auf eine stärkere Durchmischung hingewirkt werden.

Neue Anforderungen an die städtischen Nutzungsmuster, die Siedlungskonzeption und die Grundrissge-

staltung ergeben sich in der Hauptsache aus veränderten Familienstrukturen, dem Anwachsen der älteren Bevölkerungsgruppen, der Verkleinerung, aber zahlenmäßigen Zunahme der Haushalte, der vermehrten Berufstätigkeit von Frauen und der verstärkten Integration von Migranten. Das Wohnumfeld bedarf besonderer Beachtung in Bezug auf Sicherheits-, Aufenthalts- und Umweltqualitäten, da es einen wichtigen Teil des Aktionsraums vor allem für Kinder, Frauen und ältere Menschen darstellt. Maßnahmen sollten unter Berücksichtigung von Teilnehmungsmodellen zusammen mit den Betroffenen entwickelt werden. Besondere Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung misst die Landesregierung auch der baulichen Sanierung, der Ortsbildpflege, dem Denkmalschutz und den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes bei.

Zu 3.2.4

Trotz des prognostizierten Rückgangs der Bevölkerungszahl werden für den Wohnungsbau, für neue Arbeitsplätze und für die technische und soziale Infrastruktur auch in Zukunft Flächen benötigt. Insbesondere in den Verdichtungsräumen und ihren Randzonen sowie in den größeren Städten und ihren Umlandgemeinden wird nach wie vor ein starker Siedlungsdruck zu verzeichnen sein. Steuernde Maßnahmen zur Dämpfung der Inanspruchnahme des Freiraums sind deshalb zur Erhaltung landwirtschaftlich gut nutzbarer Böden sowie ökologisch, klimatisch und für die Naherholung wertvoller Flächen unerlässlich. Diese Zielsetzungen sollen gleichzeitig zu einer Verbesserung des Wohnumfeldes beitragen.

Flächen sparendes Bauen bedeutet nicht notwendigerweise eine Hochhaus- oder Blockbebauung. Angestrebt werden vielmehr Flächen sparende, attraktive Wohnformen, die sich in das Stadtbild einfügen und gleichzeitig den verbreiteten Wunsch nach Wohnen im Eigenheim erfüllen. Auf diesem Aktionsfeld sollte die Regionalplanung ihre Beratungsfunktion noch weiter verstärken.

Zu 3.2.5

Durch eine stärkere Berücksichtigung der wechselseitigen Beeinflussung von Siedlungsentwicklung und Verkehr soll im Sinn der nachhaltigen Planung angestrebt werden, den Zuwachs an Individualverkehr möglichst gering zu halten. Es ist deshalb notwendig, dass neue Baugebiete von vornherein so konzipiert werden, dass sie durch öffentliche Verkehre gut erschlossen und angebunden werden können. Insbesondere in Verdichtungsräumen und ihren Randzonen, die vielfach übermäßig stark durch Individualverkehr belastet sind, sollte kein zusätzlicher motorisierter Individualverkehr auf Grund mangelnder Bedienungsmöglichkeiten durch öffentlichen Nahverkehr induziert werden. Eine integrative Planung ist vor allem zwingend und zielführend, wenn es sich um die Konzipierung von Schwerpunkten der Siedlungsentwicklung handelt.

Zur Optimierung der Effektivität öffentlicher Verkehrsbedienung soll die Bebauung dort verdichtet werden, wo Haltestellen für möglichst viele Benutzer zu Fuß erreichbar sind. Eine bauliche Verdichtung ist vor allem in denjenigen größeren Zentralen Orten umzusetzen, die nicht nur Verkehrsknoten ihres Verflechtungsbereichs, sondern auch Knotenpunkte im übergeordneten Verkehrsnetz sind - also auch im Ländlichen Raum.

Durch Vorgabe von Mindestwerten für die Siedlungsdichte ist in den Regionalplänen eine möglichst hohe bauliche Verdichtung anzustreben. Es bleibt dann Aufgabe der Bauleitplanung, durch entsprechende Darstellungen und Festsetzungen in den Bauleitplänen eine angemessen hohe Bau- und Nutzungsdichte zu erreichen. Neben der positiven verkehrlichen Wirkung unterstützt eine angemessene Verdichtung generell die Leitvorstellung der Nachhaltigkeit. Gleichzeitig kann sie den Wohnansprüchen von Teilen der Bevölkerung gut entsprechen; verdichtete Wohnbauformen, etwa in drei- bis viergeschossiger geschlossener Bauweise, tragen zur Energieeinsparung, Verbesserung der Lebensqualität und zu niedrigen Grundstückspreisen bei.

3.3 *Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen*

Zu 3.3.1 bis 3.3.3

Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts prosperierte die baden-württembergische Wirtschaft dank ihres überdurchschnittlichen Wachstums mehr denn je, wobei auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden konnte. Trotz dieses Erfolgs muss alles getan werden, um Wachstum und Beschäftigung zu sichern und im gestiegenen Wettbewerb auch in Zukunft bestehen zu können. Hierzu wie auch zur Beseitigung regionaler Unterschiede in Wirtschaftskraft, Beschäftigung und Einkommensniveau müssen regionale und sektorale Entwicklungspotenziale nutzbar gemacht und die für diesen Prozess erforderlichen unternehmerischen Energien durch Verbesserungen der Standort- und Investitionsbedingungen freigesetzt werden.

Vor allem ist es erforderlich, den Übergang von der Industriegesellschaft in die wissensorientierte Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft zu ebnen. Hierzu muss die Wirtschaft mit Produkt- und Verfahrensinnovationen an der Spitze des technischen Fortschritts bleiben und sich auf internationale Marktstrukturen umstellen. Im Zug der weltweiten Trends hat sich auch in Baden-Württemberg ein struktureller Wandel hin zu den Dienstleistungen vollzogen. Dieser Trend wird nach wissenschaftlichen Untersuchungen und Prognosen weiter anhalten. Auf Grund seiner starken, wettbewerbsfähigen Industriebasis hat gerade Baden-Württemberg günstige Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Nutzung der Wachstums- und Beschäftigungschancen innovativer und wissensintensiver Dienstleistungen.

Insbesondere im Bereich neuer Basistechnologien wie der Mikroelektronik, Lasertechnik und Biotechnologie müssen die wirtschaftsnahe Forschung intensiviert, zukunftsorientiertes Know-how aufgebaut und unternehmerische Innovationen unterstützt werden.

Wegen der Grenzen der Belastbarkeit und Regenerationsfähigkeit von Natur und Umwelt und der begrenzten Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe ist es für unser rohstoffarmes Land und für unsere hoch entwickelte Industriegesellschaft zudem erforderlich, der Wirtschaft zur Sicherung einer langfristig stabilen Entwicklung ein qualitatives Wachstum zu ermöglichen.

Die Stärkung des Messeplatzes Baden-Württemberg ist deshalb ein wichtiger Teil einer Zukunftsinitiative im neuen Jahrhundert. Dabei ist von der bewährten Dreigliedrigkeit der Struktur des Messewesens im Land auszugehen:

- örtlichen Leistungsschauen, die überwiegend als unregelmäßige Verbraucherausstellungen fungieren,
- Regionalmessen, meist als Publikumsveranstaltungen, und regionalen Fach- bzw. Mehrbranchenmessen/-ausstellungen, die vor allem die mittelständische Wirtschaft auf dem heimischen Markt unterstützen, sowie
- Messeplätzen für internationale Veranstaltungen, die den Exportbemühungen und der Bearbeitung des nationalen und internationalen Markts dienen und somit auch zum Messeplatz Deutschland zählen.

Die Sicherung und Entwicklung der Standorte, d.h. die Bestandserhaltung, hat generellen Vorrang vor Neugründungen. Neben der Stärkung der Messeplätze mit internationaler Ausstrahlung sind zusätzliche Maßnahmen zur Förderung von Regionalmesseplätzen wegen ihrer günstigen Auswirkungen auf die Wachstumskräfte von Industrie und Dienstleistungen sowie auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen.

Zu 3.3.4 bis 3.3.6

Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist eine dauerhafte Anpassung der Standort- und Ansiedlungsbedingungen an den Strukturwandel und die veränderten Bedürfnisse der

Wirtschaft. Auch die Attraktivität einer Region oder einer Gemeinde auf Grund einer funktionsfähigen Sozialinfrastruktur wird von vielen Wirtschaftsunternehmen als wichtiger "weicher" Standortfaktor begriffen und muss deshalb in die Planungen einbezogen werden. Zur Stärkung der Position des Landes im internationalen Standortwettbewerb ist es erforderlich, landesweit geeignete Flächen für unternehmerische Ansiedlungen und komplementäre wirtschaftsnahe Infrastruktureinrichtungen zu sichern. Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen werden gemäß § 8 des Landesplanungsgesetzes in den Regionalplänen ausgewiesen.

Vor allem für im besonderen Interesse des Landes liegende Entwicklungsmöglichkeiten, die spezielle Anforderungen an die Qualität und Verfügbarkeit von Standorten stellen, muss ein zukunftsorientiertes Flächenmanagement betrieben werden. Hierzu sind zusammen mit den berührten Gemeinden Konzepte zu erarbeiten. Ansonsten sollten sich Vorsorge und Sicherung an regionalen Bedarfsanalysen orientieren, in die zur Vermeidung von Fehlplanungen auch die Wirtschaft und andere regionale Akteure eingebunden werden.

Durch die frühzeitige Einleitung der erforderlichen Planungsverfahren müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass ansiedlungs- und erweiterungswilligen Unternehmen attraktive Flächen angeboten werden können und die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Generell muss sichergestellt werden, dass Standortvorsorge und Flächensicherung an den raumordnungs- und strukturpolitischen Zielsetzungen des Landes ausgerichtet werden. Auch Ansiedlungsschwerpunkte für die Wirtschaft sind so auszuweisen, dass sie der Festigung der dezentralen Siedlungsstruktur des Landes dienen. Sie sollen daher ebenfalls vorrangig auf das Netz der Zentralen Orte konzentriert und verstärkt in interkommunaler Kooperation betrieben werden. Dabei sollen im Hinblick auf Umweltbelastungen und Landschaftsverbrauch Standorterschließung und Flächenbelegung eine hochwertige und intensive Nutzung des Geländes gewährleisten. Wachsende Bedeutung erlangen hierbei die Nutzung und Wiedernutzung freier, brachliegender und unzureichend belegter Flächen.

Zu 3.3.7

Die genannten Einzelhandelsgroßprojekte entsprechen den in § 11 Abs. 3 der Baunutzungsverordnung aufgeführten Vorhaben. Hierzu wird auf den Einzelhandelserlass vom 21.02.2001 (GABI. S. 290) verwiesen.

Einzelhandelsgroßprojekte können bei falscher Standortwahl und Größenordnung das zentralörtliche Versorgungssystem, die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne nachteilig beeinflussen. Deshalb ist es notwendig, durch landesplanerische Festlegungen auf die Raumverträglichkeit derartiger Vorhaben hinzuwirken. Dazu dienen die Vorgaben für Standortgemeinden entsprechend ihrer zentralörtlichen Versorgungsfunktion, zu den Auswirkungen eines Einzelhandelsgroßprojekts und zum Standort innerhalb der Gemeinde. Die Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, ihre Bauleitpläne an diese Ziele der Raumordnung anzupassen.

Einzelhandelsgroßprojekte sind in der Regel nur in Ober-, Mittel- und Unterzentren zulässig. Von dieser Regelung kann über die beiden ausdrücklich geregelten Ausnahmefälle hinaus nur in atypischen Fällen abgewichen werden.

Auf Grund der stetig rückläufigen Zahl von flächenmäßig kleineren Lebensmittelgeschäften müssen zunehmend Lebensmittelsupermärkte mit Vollsortiment die Aufgabe der verbrauchernahen Grundversorgung übernehmen. Die ökonomische Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel führt jedoch zu einem erhöhten Flächenbedarf, der bei Neuansiedlungen meist oberhalb der Regelvermutungsgrenze des § 11

Abs. 3 der Baunutzungsverordnung liegt. Zur Sicherung einer verbrauchernahen Grundversorgung vor allem mit Lebensmitteln ist es deshalb erforderlich, von der sonst geltenden Bindung an Zentralitätsstufen abzuweichen und ausnahmsweise auch Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion als Standorte für großflächige Einzelhandelsbetriebe vorzusehen.

Insbesondere im Verdichtungsraum haben die hohe Siedlungsdichte und die damit verbundene Entwicklung von zahlreichen neuen "Versorgungszentren" sowohl zu einer gegenseitigen Überlagerung zentralörtlicher Funktionen beigetragen als auch zu einer Mehrfachorientierung im Versorgungsverhalten der Bevölkerung geführt. Deshalb kommen im Verdichtungsraum ausnahmsweise auch Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion als Standorte für großflächige Einzelhandelsbetriebe in Betracht, wenn sie mit Siedlungsbereichen benachbarter Ober-, Mittel- und Unterebenen zusammengewachsen sind. Die Standorte in den Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion sollen dann in den zusammengewachsenen Siedlungsbereichen liegen.

Auch Hersteller-Direktverkaufszentren (Factory-Outlet-Centers - FOC), d.h. Einkaufszentren, in denen eine Vielzahl von Herstellern - oder von ihnen Beauftragte - eigenproduzierte Markenwaren unter Ausschaltung des Groß- und Einzelhandels mit deutlichen Preisnachlässen direkt an den Endverbraucher veräußern, werfen solche Probleme auf. Einrichtungen dieser Art sind grundsätzlich nur in Oberzentren zulässig. Bei einer Geschossfläche von weniger als 5000 m² sind auch Standorte in Mittelzentren möglich. Die im Einzelfall zu erwartenden Auswirkungen sind in der Regel in einem Raumordnungsverfahren zu prüfen.

Einzelhandelsgroßprojekte sollen vorrangig in städtebaulich integrierten Lagen innerhalb des Bebauungszusammenhangs ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden. Bei Vorhaben, die auf Grund ihres Warenangebots nur geringe Auswirkungen auf die innerörtliche Einzelhandelsstruktur und damit auf die Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne erwarten lassen oder auf Grund der Beschaffenheit der Waren für Stadt- und Ortskerne nicht geeignet sind, ist eine Ansiedlung in städtebaulichen Randlagen möglich. Die Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne der Standortgemeinde oder anderer Zentraler Orte ist in der Regel als wesentlich beeinträchtigt anzusehen, wenn dort wegen des zu erwartenden Kaufkraftabflusses Geschäftsaufgaben drohen.

Nach § 8 Abs. 3 Satz 2 des Landesplanungsgesetzes sind in den Regionalplänen gebietsscharf Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte auszuweisen, so weit diese regionalbedeutsam sind. Dabei sollen regionale und kommunale Entwicklungskonzepte für den Einzelhandel dazu beitragen, das Nebeneinander von großflächigem Einzelhandel und Facheinzelhandel vorausschauend raum- und stadtverträglich zu steuern.

3.4 Verteidigungseinrichtungen, Konversion

Zu 3.4.1

Im Zuge der Anpassung des NATO-Verteidigungskonzeptes an die veränderte politische Situation in Osteuropa wurden in Baden-Württemberg in den letzten Jahren zahlreiche militärische Anlagen und Einrichtungen aufgegeben. Die Funktionsfähigkeit der verbliebenen Standorte ist zur Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der Planungen zu gewährleisten. Dabei sind aus siedlungsstrukturellen Gründen, insbesondere zur Entlastung der verdichteten Räume, militärische Anlagen und Einrichtungen vorrangig in weniger verdichteten Teilen des Landes weiterzuentwickeln.

Zu 3.4.2

Zur Vermeidung von Militärbrachen und -ruinen sowie unbefriedigenden Folgenutzungen sollen die Belegenheitsgemeinden in ihren Bemühungen um eine sinnvolle Verwertung aufgegebenener militärischer

Standorte durch Hilfen und Maßnahmen des Landes unterstützt werden. Vor allem in den ländlich strukturierten Gebieten sind die mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen und Kaufkraft verbundenen Nachteile durch strukturell wirksame Maßnahmen auszugleichen oder wenigstens zu mildern.

Den Regierungspräsidien kommt die wichtige Aufgabe zu, die Entwicklungsimpulse aus den Standortgemeinden durch Bündelung der Zuständigkeiten aller berührten staatlichen Stellen und nichtstaatlichen Organisationen zu stärken und zu verstetigen. Zivile Folgenutzungen sollen sich in die Ordnung und Entwicklung der Regionen einfügen. Gegebenenfalls sind die Regionalpläne an die neuen Erfordernisse anzupassen.

Zu 3.4.3

Konversionsliegenschaften sind im Allgemeinen verkehrlich sowie wasser- und energiewirtschaftlich gut erschlossen. Dieser Umstand sollte bei der Folgenutzung der Flächen und der vorhandenen baulichen Anlagen berücksichtigt werden. Oft sind auch Teile der erforderlichen technischen Infrastruktur bereits vorhanden, so dass eine nutzungsgerechte Erschließung dieser Areale kostengünstiger ist als ein "Neubau auf der grünen Wiese".

Größere, für eine gewerbliche Nutzung geeignete Konversionsflächen bieten vielfach günstige Standortvoraussetzungen für die Errichtung interkommunaler Gewerbegebiete. Konversionsflächen, die sich als Wohngebiete eignen, sind in ihrer städtebaulichen Entwicklung und infrastrukturellen Ausstattung an den sozialen Bedürfnissen auszurichten.

Zu 3.4.4

Insbesondere größere Konversionsflächen bieten Möglichkeiten zur Schaffung modellhafter arbeitsplatznaher und familienfreundlicher Wohngebiete. Dazu sind flexible, familienphasengerechte Wohnformen, die Einrichtung von Stadtteil- oder Familienzentren sowie Tagesstätten für Kinder Grundvoraussetzung.

Bei größeren, vorrangig für eine gewerbliche Nutzung geeigneten Konversionsflächen sind die Standortgegebenheiten auch unter dem Gesichtspunkt der Verwendung als interkommunale Gewerbegebiete zu prüfen. Dabei können die beteiligten Gemeinden einen Teil ihrer gewerblichen Bedarfsflächen auf die Konversionsfläche konzentrieren und gleichzeitig auf eine entsprechende Ausweisung am einzelgemeindlichen Standort verzichten.

Zu 3.4.5

Auf Standortübungsplätzen sowie im Umfeld von Depots und anderen militärischen Einrichtungen haben sich vielfach ökologisch wertvolle Biotope entwickelt, da derartige Gelände meist nicht bewirtschaftet, allenfalls extensiv beweidet wurden. Unabhängig von einer förmlichen Unterschutzstellung nach dem Landesnaturschutzgesetz bilden diese Flächen eine wertvolle Ergänzung benachbarter Freiräume.

4. Weiterentwicklung der Infrastruktur

4.1 Verkehr

Zu 4.1.1 (Grundsätzliches)

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Europa in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben zu neuen Intensitäten und Beziehungen der Verkehrsströme geführt, die für das Land zu einer Überprüfung seiner europäischen Verflechtungen führen mussten. Wachstum und Dichte des Verkehrs haben in dieser Zeit neue Dimensionen erreicht. Die Bedeutung des Verkehrs als Voraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes hat weiter zugenommen. Auf der anderen Seite werden die Begleiterscheinungen eines übermäßigen motorisierten Verkehrs zunehmend als Belastung empfunden.

Diese Entwicklung und weitere den Verkehr betreffende veränderte Rahmenbedingungen bestätigen zwar eine gewisse Konstanz der Probleme, erfordern aber Anpassungen bei einzelnen verkehrspolitischen Zielsetzungen und Strategien.

Stärker zu akzentuieren sind Ziele einer

- langfristigen Sicherung der Mobilität,
- Verringerung der verkehrsbedingten Umweltbelastungen,
- Entlastung der Städte und Gemeinden vom motorisierten Verkehr,
- Sicherung des notwendigen Wirtschaftsverkehrs,
- Entlastung der Erholungsräume und -orte von Folgen eines stark angestiegenen und noch zunehmenden motorisierten Freizeitverkehrs.

Bei den Strategien zur Erreichung der Ziele zeichnet sich ein Wandel ab, der im Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 1995 zum Ausdruck kommt. In diesem wird im Einzelnen dargelegt, mit welchen Maßnahmen eine nachhaltige, dauerhaft umweltverträgliche Mobilität in Baden-Württemberg erreicht werden kann. Der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrswege als traditionelle Angebotsorientierung der Verkehrspolitik wird nun ergänzt durch Ansätze, die auf eine Beeinflussung der Nachfrage nach Verkehrsleistungen abzielen. Auf diese Weise soll nicht nur den Verkehrserfordernissen, sondern auch anderen gesellschaftlichen Aspekten, einer lebenswerten Umwelt, aber auch der Finanzierbarkeit von Verkehrsmaßnahmen Rechnung getragen werden.

Die Lösung der Verkehrsprobleme allein durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist inzwischen keine realistische Strategie mehr. Mit ihr werden zwar bessere Verkehrsabwicklung und Verkehrsentlastungen erreicht, auf lange Sicht jedoch Nachteile in anderen Fachbereichen bewirkt. Es ist deshalb noch stärker als bisher auf eine integrative Verkehrsplanung hinzuwirken, die alle berührten Fachdisziplinen und Akteure eines größeren Raums in die Erarbeitung von fachübergreifenden Konzepten einbezieht. So ist die Nachhaltigkeit der geplanten Maßnahmen als Leitvorstellung am ehesten umzusetzen.

Für die Region Stuttgart ist die Erstellung eines Regionalverkehrsplans gesetzlich festgeschrieben, wodurch die Integration der Verkehrsplanung in die regionale Raumentwicklung gewährleistet werden soll. In anderen Landesteilen sind ähnliche Ansätze für eine integrative Planung durch engere Zusammenarbeit der raumrelevanten Kräfte voranzutreiben. Wegen der hohen Raumwirksamkeit von verkehrlichen Maßnahmen ist die Koordination auf regionaler Ebene unausweichlich, um verkehrliche und Umweltanforderungen aufeinander abzustimmen.

Die Abstimmung auf regionaler Ebene soll auch den Gegebenheiten und Bedürfnissen der unterschiedlich strukturierten Teilräume des Landes Rechnung tragen. Die Zielsetzungen der Raumordnung und der Stadtentwicklung sind raumspezifisch auszuformen und die Fachplanungen in die Entwicklungskonzeptionen einzubinden. Der Landesentwicklungsplan muss sich auf rahmensetzende Vorgaben beschränken. Raumspezifische Aussagen zum Verkehr sind deshalb auch in den Kapiteln 2 „Raumstruktur“ und 3 „Siedlungsentwicklung und Flächenvorsorge“ enthalten.

Zu 4.1.2

Insbesondere unter dem Aspekt des Landschafts- und Naturschutzes haben die Grundprinzipien für den Bau von Verkehrswegen nach wie vor Gültigkeit: Ausbau vor Neubau, Flächen sparende Ausführung von Maßnahmen und Urbarmachung von nicht benötigten versiegelten Flächen.

Zu 4.1.3 und 4.1.4 (Fernverkehr)

Die weiter zunehmenden Verflechtungen des Landes auf europäischer und globaler Ebene machen eine angemessene Einbindung in internationale Verkehrsnetze notwendig. Gleichzeitig muss das Land seiner wachsenden Bedeutung als Transitland gerecht werden. Wirtschaft und Bevölkerung Baden-Württembergs können die Vorteile des freien Austauschs von Waren und die Freizügigkeit im Personen- und Dienstleistungsverkehr nur dann in vollem Umfang nutzen, wenn die Verkehrsinfrastruktur diesen Möglichkeiten und Herausforderungen angemessen, d.h. unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und gesellschaftlicher Bedürfnisse, angepasst wird.

Entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für das Land sind insbesondere die Europäische Metropolregion Stuttgart und der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein (vgl. Plansätze 6.2.2 und 6.2.3) sowie die Verdichtungsräume in das Netz der transeuropäischen Verkehre einzubeziehen. Damit sind wichtige Verkehrsbeziehungen innerhalb des Landes abgedeckt. Zusätzlich müssen die Anschlüsse an den Landesgrenzen und die Transitbeziehungen durch das Land in die transeuropäischen Netze einbezogen werden. Dazu sind klassische Nord-Süd-Verbindungen, insbesondere im Alpen querenden Verkehr, und seit der Öffnung Mittel- und Osteuropas zusätzlich West-Ost-Korridore zu zählen.

Die Liberalisierung der Märkte, die stärkere Zusammenarbeit in Europa bei weiterhin herrschender Arbeitsteiligkeit in der Wirtschaft und der enorme Zuwachs im Freizeitverkehr werden die Verkehrsinfrastruktur im Personen- und im Güterverkehr in zunehmendem Maß belasten und ohne konkrete Maßnahmen das Ziel einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Gesamtentwicklung konterkarieren. Das Land hat sich verpflichtet, die in der Agenda 21 der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 festgelegten Entwicklungsziele in seiner Zuständigkeit umzusetzen. Das Thema "Ressourcen sparende und umweltfreundliche Mobilität" ist ein wichtiger Sektor bei der Umsetzung der Agenda 21, da sie die Systemvorteile der einzelnen Verkehrsträger ausschöpft. Im transeuropäischen Verkehrsnetz, in dem der großräumige Transport vorherrscht, ist insbesondere die Umweltverträglichkeit der Eisenbahn und des Binnenschiffs zum Tragen zu bringen. Diese Zielrichtung kann durch weitere Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger unter konsequenter Nutzung von Logistiksystemen sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr unterstützt werden.

Zu 4.1.5

Der Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten zur Europäischen Union lässt einen weiteren Bedarf an leistungsfähigen West-Ost-Verbindungen erwarten. Die stark belasteten Autobahnen E 50/A 6 Mannheim - Heilbronn - Crailsheim und E 52/A 8 Karlsruhe - Stuttgart - Ulm sind den weiter steigenden Anforderungen anzupassen. In der südlichen Landeshälfte fehlt eine durchgängige West-Ost-Verbindung, die die Verkehrsqualität als Teil des transeuropäischen Netzes erfüllen könnte. Diese Funktion soll gemeinsam von Straßen- und Schienenverbindungen wahrgenommen werden, die insoweit qualitativ weiterentwickelt sind. Im westlichen Abschnitt bezieht sich dieses langfristige Entwicklungsziel insbesondere auf

die Verbindungen von Offenburg und Freiburg nach Donaueschingen sowie von Lörrach nach Singen, im östlichen Abschnitt insbesondere auf die Verbindungen nach Ulm, Memmingen und Lindau.

Zu 4.1.6

Der Straßenverkehr wird auch in Zukunft eine wesentliche Rolle im Verkehrssystem spielen. Die Bemühungen, insbesondere Fernverkehrsleistungen im Personen- und im Güterverkehr von der Straße auf andere Verkehrsträger zu verlagern oder durch logistische und informationstechnische Maßnahmen zu reduzieren, können und sollen die Notwendigkeit eines funktionsfähigen Fernstraßennetzes nicht in Frage stellen. Die veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben zu zusätzlichen Anforderungen an dieses Netz geführt. Nach wie vor gibt es Kapazitätsengpässe im Fernstraßennetz des Landes; im grenzüberschreitenden Straßennetz nach Frankreich und in die Schweiz gibt es zusätzlich Lücken.

Zu 4.1.7

Der Ausbau des transeuropäisch bedeutsamen Schienenverkehrs ist eine Grundvoraussetzung für die Unterstützung einer nachhaltigen, umweltverträglichen Verkehrswelt. Die Hauptstrecken für den Hochgeschwindigkeitsverkehr auf der Schiene verlaufen im Oberrheintal und in der Verbindung aus dem Oberrheintal über Stuttgart nach München. Im Güter- wie im Personentransport können in diesen beiden Korridoren zugleich die höchsten Entlastungseffekte im Bezug zum Straßenverkehr erzielt werden. Aus Landessicht haben deshalb die Maßnahmen Aus- und Neubaustrecke Karlsruhe - Basel und Neubaustrecke Stuttgart - Ulm (die auch Teile der „Magistrale für Europa“ Paris - Budapest sind) sowie die Verwirklichung der Hochgeschwindigkeitsstrecke von Mannheim nach Frankfurt unter vollwertiger Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim hohe Priorität.

Zur Verwirklichung eines Schienennetzes europäischer Dimension ist auf leistungsfähige Verknüpfungen, insbesondere mit den Netzen in den Nachbarstaaten Frankreich und Schweiz, hinzuwirken. Auf staatlicher Ebene ist vereinbart worden, dass die Anbindung in Richtung Paris sowohl über Mannheim - Saarbrücken - Metz als auch über Karlsruhe - Strasbourg erfolgen soll. Der Fernverkehr mit der Schweiz läuft über die Strecken Karlsruhe - Basel, Stuttgart - Zürich und Ulm - Friedrichshafen - Bregenz. Alle drei Strecken zählen nach Auffassung des Landes zum transeuropäischen Schienennetz und sollen deshalb entsprechend dieser Funktion sowohl für den Güter- als auch für den Personenverkehr ausgebaut bzw. aufgewertet werden. Die Verbindungen von Stuttgart und von Ulm sollen zumindest langfristig als Zulaufstrecken zur Neuen Alpentransversale NEAT durch die Schweiz nach Italien zur Strecke Karlsruhe - Basel hinzutreten. Nachdem die Schweiz den Ausbau der Strecken durch den Gotthard und den Lötschberg in Angriff genommen hat, sollte die Zulaufstrecke von Ulm in der Ostschweiz so geführt werden, dass der Anschluss an die Gotthardroute gewährleistet wird.

Zu 4.1.8

Durch die Wiedervereinigung Deutschlands und die Öffnung Mittel- und Osteuropas ist auch die Bedeutung der Verbindungen in Richtung Würzburg und Nürnberg, insbesondere im Personenfernverkehr, aufgewertet worden. Diese Strecken sind als Teile des transeuropäischen Netzes technisch und betrieblich für den Fernverkehr kontinuierlich zu verbessern. Im Zusammenhang mit der Verwirklichung des „Projekts Stuttgart 21“ sollten Möglichkeiten einer Neuorientierung von Fernverkehrsverbindungen, z.B. durchgehende Verbindungen aus Richtung Zürich über Stuttgart hinaus nach Würzburg, auf der Schiene genutzt werden.

Zu 4.1.9

Der an sich schon hohe Verkehrswert der Hochgeschwindigkeitsstrecken für den Personenverkehr wird durch eine sinnvolle Verknüpfung mit dem übrigen Schienenverkehr im Interesse einer möglichst hohen Auslastung noch verstärkt. Wegen der überragenden Bedeutung als Verkehrsknoten innerhalb des Hoch-

geschwindigkeitsnetzes der Bahn unterstützt das Land den geplanten Umbau des Hauptbahnhofs Stuttgart im Rahmen des "Projekts Stuttgart 21" der Deutschen Bahn. Das Vorhaben stellt eine große verkehrliche und für die Stadtentwicklung bedeutende Chance dar.

Das Land sieht auch in der Modernisierung anderer Bahnhofsareale, z.B. in Mannheim und Ulm, wichtige Zukunftsinvestitionen der Bahn. Die Entwicklung der Stadtquartiere im Umfeld der Bahnhöfe ist zugleich ein Beitrag zum Leitziel einer Stadt und Region der kurzen Wege (vgl. Plansatz 4.1.1, 3. Absatz).

Zu 4.1.10 und 4.1.11

Das Binnenschiff ist ein sehr sicherer und umweltfreundlicher Verkehrsträger mit beträchtlichen Kapazitätsreserven sowohl auf den Wasserstraßen als auch beim Schiffsraum. Der Einsatz des Binnenschiffs beim Gütertransport muss deshalb verstärkt werden. Die Rolle des Binnenschiffs für den Transport hochwertiger Güter, z.B. in Containern, wird weiter zunehmen und muss durch landseitigen Ausbau von Anlagen unterstützt werden. Die Aufwertung von geeigneten Häfen zu Güterumschlagzentren ist stärker in die kommunale und regionale Gesamtverkehrsplanung einzubeziehen, insbesondere wenn sich Möglichkeiten für den Kombinierten Verkehr von Schiff, Schiene und Straße ergeben.

Zu 4.1.12 bis 4.1.14

Die zukünftige Entwicklung der Luftverkehrsnachfrage in Baden-Württemberg wird von gegenläufigen Tendenzen geprägt sein. Der vom Land mit Nachdruck unterstützte Ausbau des transeuropäischen Schienennetzes soll zu einem Rückgang des Luftverkehrs auf kurzen Strecken führen. Gleichzeitig wird die seit Anfang der neunziger Jahre stark gestiegene Nachfrage im europäischen Mittelstreckenverkehr und bei den interkontinentalen Verbindungen weiter zunehmen. Das Angebot im Luftverkehr stellt einen wichtigen Standortfaktor für die exportorientierte Wirtschaft Baden-Württembergs dar. Die Einbindung in ein internationales Flughafensystem mit attraktiven Verkehrsverbindungen ist deshalb zu sichern und weiterzuentwickeln. Durch eine Zusammenarbeit der Flughäfen auch über die Landesgrenze hinweg sollen Synergieeffekte zur Unterstützung ökonomischer, aber auch ökologischer Erfordernisse erzielt werden. Dabei ist eine möglichst enge, die jeweiligen Interessen berücksichtigende Kooperation bei den sich ergänzenden luftverkehrlichen Potenzialen des deutsch-französisch-schweizerischen Grenzraums wünschenswert. Die Nutzung grenznaher, ausländischer Flughäfen, z.B. im Oberrheingebiet, hat sich durch die Liberalisierung im EU-Luftverkehr für deutsche Fluggäste attraktiver gestaltet. Der Flugverkehr ist auch als Teil des Gesamtverkehrsnetzes weiterzuentwickeln. Die Flughäfen im Land sollen insbesondere mit dem Schienennetz verknüpft sein. Eine gute Erreichbarkeit der Flughäfen Strasbourg-Entzheim, Basel-Mulhouse-Freiburg und Zürich-Kloten aus den benachbarten Landesteilen Baden-Württembergs über Schiene und Straße ist anzustreben.

Der zunehmende Luftverkehr bedeutet wachsende Umweltbelastungen. Es müssen daher im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Luftverkehr möglichst umweltschonend zu gestalten. So sind durch Kooperation zwischen den Verkehrsträgern neben technischen Möglichkeiten auch Substitutionsmöglichkeiten auszuschöpfen. Durch Verknüpfung der Flughäfen mit der Schiene und eine generelle Verbesserung des Bahnangebots soll eine Verringerung des Kurzstrecken-Flugverkehrs unterstützt werden.

Die Regelungen zu baulichen Nutzungsbeschränkungen nach dem Fluglärmgesetz genügen nicht mehr den heutigen Anforderungen des Immissionsschutzes bei der städtebaulichen Planung. Daher sollten die Möglichkeiten von § 16 des Fluglärmgesetzes zur Berücksichtigung des Immissionsschutzes in der Planung genutzt werden und Eingang in die Regionalplanung finden.

Die herausragende Bedeutung des Landesflughafens Stuttgart für nahezu alle Landesteile muss erhalten und gestärkt werden. Seine verkehrswirtschaftliche Bedeutung reicht weit über die Landesmitte hinaus.

In den neunziger Jahren stieg die Verkehrsleistung des Flughafens Stuttgart im Vergleich zu anderen nationalen Flughäfen überdurchschnittlich an. Luftseitig sind mit Inbetriebnahme der verlängerten Start- und Landebahn bestehende Nutzungsbeschränkungen weitgehend entfallen und mit dem Neubau von Abfertigungsgebäuden sowie dem Anschluss an die S-Bahn weitere Attraktivitätssteigerungen vorgenommen worden. Damit der Landesflughafen seiner Aufgabenstellung auch künftig gerecht werden kann, müssen landseitige Engpässe bei den Fluggastanlagen beseitigt sowie planerisch Wachstumsreserven gesichert werden. Mit der Einbeziehung des Flughafens in das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn und damit zusammenhängender regionaler Neuordnungen im Bahnangebot wird der Landesflughafen auch als Standort für wirtschaftsorientierte Einrichtungen weiter an Bedeutung gewinnen (vgl. Plansatz 6.2.2.1, 3. und 4. Spiegelstrich).

Zur Sicherung und Stärkung der dezentralen Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs sind alle Landesteile angemessen in das Gesamtverkehrsnetz einzubeziehen. Der Regionalluftverkehr ist insbesondere dort weiterzuentwickeln, wo Bedarfslücken weder durch eine verbesserte Anbindung an die internationalen Flughäfen noch durch den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes der Bahnen geschlossen werden können. Die im Bezug auf die Erreichbarkeit des Landesflughafens dezentralen Landesteile Oberschwaben und Oberrhein werden durch die Regionalflughäfen Friedrichshafen und Karlsruhe/Baden-Baden im Zusammenwirken mit im Ausland liegenden Flughäfen gut abgedeckt. Zusätzlich zu vorhandenen Verkehrslandeplätzen bieten die freigegebenen militärischen Flugplätze die Chance, wertvolle Infrastruktur bedarfsbezogen in die zivile Nutzung zu integrieren (Beispiel: Lahr/Schwarzwald). Die Funktionsfähigkeit der vorhandenen regionalen Luftverkehrsinfrastruktur soll erhalten bleiben. Wesentliche flächenmäßige oder betriebliche Erweiterungen und der Bau neuer, zusätzlicher Flugplätze sind unter den Gesichtspunkten des Bedarfs im Gesamtverkehrssystem und der Erfordernisse eines nachhaltigen Umweltschutzes zu prüfen.

Zu 4.1.15 und 4.1.16 (Regional- und Nahverkehr)

Auch beim Regional- und Nahverkehr sollen Angebot und Nachfrage im Schienenverkehr gesteigert und ein möglichst hoher Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen erreicht werden. Als Teil der Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Bahn und in Anpassung an das Recht der Europäischen Union wurden 1996 sowohl der Schienenpersonennahverkehr als auch der übrige öffentliche Personennahverkehr regionalisiert, so dass eine effizientere und attraktivere Ausgestaltung des Nahverkehrs durch Entscheidungen "vor Ort" möglich ist. Das Land strebt, ausgerichtet an Ober- und Mittelzentren als den regelmäßigen Nahverkehrsknoten, ein auch regional abgestimmtes, vertaktetes Verkehrsangebot an. Dieses Netzkonzept wird das Land flächendeckend überspannen und stufenweise eingeführt. Der "Integrale Taktfahrplan" ist nahezu vollständig verwirklicht. Damit wird auch eine bessere Verknüpfung von Fernverkehr und Regionalverkehr erreicht. Auf die grenzüberschreitende Koordination der Taktverkehre ist zu achten.

In Abhängigkeit von der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur differieren Aufkommen, modale Verteilung sowie die Erwartungen an das Angebot und letztlich auch die Probleme des Verkehrs in den Landesteilen. Der Landesentwicklungsplan strebt eine Entwicklung an, bei der in den einzelnen Raumkategorien die unterschiedliche Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen und die verschiedenartigen Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigt werden. In den in der Regel verkehrlich hochbelasteten Verdichtungsräumen und ihren Randzonen soll sich die Siedlungsentwicklung schwerpunktmäßig im Zug von Entwicklungsachsen vollziehen und durch Bündelung der Verkehrsströme ein gutes Angebot und eine hohe Auslastung insbesondere bei den "Massenverkehrsmitteln" erreicht werden. Durch ein Zusammenwirken von Siedlungsentwicklung und Verkehrsplanung ist anzustreben, dass neben den Personenverkehrsströmen auch der Gütertransport so weit wie möglich über die Schiene abgewickelt werden kann. Die in Plansatz 4.1.9 angesprochene Aufwertung von Bahnhöfen und ihrem Umfeld sollte auf Bahnhöfe des Regional- und Nahverkehrs ausgedehnt werden, da mit einer Aufwertung sowohl städtebaulich als auch verkehrlich positive Entwicklungseffekte verbunden sind.

In den anderen Landesteilen, insbesondere im Ländlichen Raum i.e.S., muss sich das Angebot im öffentlichen Nahverkehr auch stark auf Omnibusse stützen, die die Bahnbedienung ergänzen und in Teilräumen ohne Bahnanschluss die Grundlast des öffentlichen Transports übernehmen. Inzwischen gewinnen jedoch auch andere, flexiblere Bedienungsformen an Bedeutung, z.B. Anrufsammeltaxilinen, bei denen die Fahrt vom Fahrgast bestellt werden kann und das Fahrzeug nur bei Bedarf eingesetzt wird, oder bedarfsorientierte Betriebsformen mit Linienbussen, bei denen an den Wünschen der Fahrgäste orientierte Abweichungen von bestehenden Linienwegen möglich sind. Im Ländlichen Raum kommt der verkehrlichen Anbindung der Orte des Verflechtungsbereichs an den zugehörigen Zentralen Ort durch den Omnibus und den Verbindungen zwischen den Zentralen Orten höherer Stufe, die in der Regel durch die Bahn hergestellt sind, besondere Bedeutung zu. Bei insgesamt geringerer Bevölkerungsdichte sind Entscheidungen zur Siedlungsentwicklung und die Festlegung von Standorten stets auch in Abwägung mit den Belangen des öffentlichen Nahverkehrs zu treffen, damit mindestens eine Grundversorgung gewährleistet und der Zwang zum Individualverkehr gemindert wird. Generell sind eine Siedlungsstruktur und eine soziale Infrastruktur anzustreben, die es auch Bevölkerungsteilen, die nicht über ein individuelles motorisiertes Verkehrsmittel verfügen können oder wollen, ermöglicht, die mit dem Leben im Ländlichen Raum verbundenen Vorteile zu nutzen.

Zu 4.1.17 (Fahrrad- und Fußgängerverkehr)

Der größte Teil der Verkehrsbewegungen entfällt auf kurze Wege; sie sollten überwiegend zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Wo „fahrradfreundliche“ Siedlungsstrukturen und eine Konzentration von Arbeitsplätzen und Versorgungseinrichtungen anzutreffen sind, liegt der Anteil des nicht motorisierten Individualverkehrs entsprechend hoch. Diese Verhältnisse sind offenkundig in vielen mittelgroßen Städten und vergleichbaren Stadtteilen größerer Städte vorhanden. In den Großstädten und im Ländlichen Raum außerhalb ihrer Zentren sind die Anteile des Fahrradverkehrs - aus unterschiedlichen Gründen - jedoch geringer.

Fahrten mit dem Rad ersetzen vielfach Fahrten mit dem Auto oder Wege zu Fuß. Eine Förderung des Radwegenetzes im Nahbereich dient damit vor allem der Verkehrs- und Umweltentlastung sowie der Unterstützung derjenigen Personengruppe, die kein Auto benutzen können oder wollen. Zu diesen Personengruppen zählen neben Kindern besonders auch Frauen, die unter Benutzung des Fahrrads bei nahe beieinander liegenden Einrichtungen mehrere Erledigungen miteinander verbinden können. Infrastruktureinrichtungen sollten deshalb möglichst zentral gelegen und von den Wohngebieten auf Rad- oder Fußwegen gut erreichbar sein.

Neben der Bedeutung des Fahrrads als Alltagsverkehrsmittel kommt ihm in steigendem Maß die Bedeutung als Freizeitfortbewegungsmittel zu. Diesem Bedarf soll durch ein großräumiges Radwegesystem entsprochen werden, das sinnvollerweise mit kleinräumigen Netzen zu verknüpfen ist.

Zu 4.1.18 (Großstandorte)

Gemäß Plansatz 2.6.1 sollen die im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen festgelegten Entwicklungsachsen als Netz leistungsfähiger, gebündelter Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen zu einer ausgewogenen Raumentwicklung beitragen und den Leistungsaustausch innerhalb des Landes und über die Landesgrenzen hinweg fördern. In den Verdichtungsräumen und den Randzonen um Verdichtungsräume sollen die Entwicklungsachsen zusätzlich eine abgestimmte schwerpunktmäßige Entwicklung der Siedlung und der Nahverkehrslinien bewirken. Diese Bündelungs-, Konzentrations- und Verbindungsfunktionen würden nicht unterstützt, sondern untergraben, wenn bedeutende Verkehrserzeuger, z.B. große Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstandorte und Einzelobjekte mit starkem Güter- oder Publikumsverkehr, nicht unmittelbar diesen Verkehrswegen zugeordnet würden. Durch verkehrlenkende Maßnahmen kann zusätzlich darauf hingewirkt werden, dass die Verkehrsströme vom nachgeordneten Verkehrsnetz und von Wohn- oder Erholungsgebieten ferngehalten werden. Durch den geforderten Schie-

nenanschluss bzw. eine Erschließung durch den öffentlichen Personennahverkehr soll außerdem die Belastung der Straßen verringert werden.

Dem Gütertransport in Baden-Württemberg muss eine zukunftsfähige Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dazu gehören ausreichend groß dimensionierte Standorte mit unmittelbarem Zugang zum großräumigen Schienen- und Straßennetz, die die Wettbewerbsfähigkeit der Transportwirtschaft gewährleisten. Zukunftsfähigkeit des Standorts heißt aber auch, dass die Umwelt durch den Betrieb wie auch bei Erweiterungen von Standorten möglichst wenig belastet wird.

Zur ökonomisch und ökologisch tragfähigen Bewältigung des zu erwartenden Güterverkehrs wurden im Güterverkehrskonzept des Generalverkehrsplans Baden-Württemberg 1995 verkehrsträgerübergreifende Lösungsansätze skizziert. Angesichts beschränkter Verkehrsträgerkapazitäten und begrenzter finanzieller Spielräume für Kapazitätserweiterungen sowie nicht zuletzt auch aus Gründen des Umweltschutzes sollen Gütertransporte in größtmöglichem Umfang auf der Schiene und mit dem Binnenschiff durchgeführt werden. Das Güterverkehrskonzept sieht hierzu den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von überregionalen Güterverkehrszentren und regionalen logistischen Zentren vor. In diesen Zentren sollen Transporte zusammengeführt sowie optimale Übergänge von der Straße auf die Schiene und soweit möglich auf das Binnenschiff angeboten werden. Um die Funktion eines logistischen Zentrums erfüllen zu können, muss in jedem Standortraum eine allgemein zugängliche Umschlaganlage vorhanden sein, damit tatsächlich ein Verkehrsträgerwechsel stattfinden kann.

4.2 Energieversorgung

Zu 4.2.1 bis 4.2.4 (Grundsätzliches)

Die Energieversorgung ist für die räumliche Entwicklung und das wirtschaftliche Wachstum des Landes und seiner Teilräume von erheblicher Bedeutung. Aufbau und Sicherung einer leistungsfähigen, umweltverträglichen Energieinfrastruktur sind wesentliche Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die Ansiedlung neuer Betriebe und eine ausreichende Versorgung mit Arbeitsplätzen. Eine Vielzahl von Anbietern unterschiedlicher Energieträger soll landesweit ein ausgewogenes Angebot gewährleisten, das sich nach Art und Umfang am gegenwärtigen und künftigen Bedarf ausrichtet und am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert. Im Interesse der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes müssen die Anstrengungen verstärkt werden, den Verbrauch fossiler Energieträger durch Einsatz regenerativer Energieträger zu reduzieren und die Energienachfrage durch technische Maßnahmen und Verhaltensänderungen zu senken.

Zu 4.2.5 (Stromerzeugung)

Die wirtschaftliche Entwicklung, der erhöhte Zwang zu rationeller Produktion und zur Automatisierung sowie die Anwendungsvorteile der Elektrizität und die erhöhten Umweltschutzanforderungen lassen einen weiter steigenden Strombedarf erwarten. Der zusätzliche Strombedarf soll aus Gründen der Verbrauchernähe und Versorgungssicherheit sowie auch zur Vermeidung größerer Netzverluste grundsätzlich durch weitere oder in ihrer Effizienz verbesserte Erzeugungsanlagen im Land gedeckt werden.

Dabei sind die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und die Erhöhung ihres Anteils an der Energieversorgung des Landes wichtige energiepolitische Zielsetzungen zur Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energieträger und zur Minderung des anthropogenen Treibhauseffekts. Neben der Wasserkraft bieten Windenergie und Fotovoltaik Möglichkeiten, ohne Schadstoffemissionen Strom zu erzeugen. Einen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung können neben der Wasserkraft vor allem Biomasse und Holz leisten. Voraussetzung für die Nutzung erneuerbarer Energien ist jedoch eine positive Energiebilanz.

Zur besseren Ausnutzung der Primärenergie sollen vermehrt Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden. Neue Kraftwerke sind in Form effizienter Kraftwerksblöcke zu bauen und auf wenige Standorte zu konzentrieren. Standorte für den Bau neuer Kraftwerke und Trassen für erforderliche Transportleitungen sind frühzeitig planerisch zu sichern. Die Kraftwerksstandorte sollen auf die geeigneten Räume im Land verteilt, günstig zum Verbundnetz und zu gegenwärtigen und künftigen Verbraucherschwerpunkten gelegen und für den Antransport der erforderlichen Brennstoffe geeignet sein, ausreichende Kühlverfahren ermöglichen sowie die Belange des Umweltschutzes und die Sicherheit der Bevölkerung berücksichtigen. Für die bestehenden und künftigen Kraftwerke ist eine ausreichende Menge an Kühlwasser bereitzustellen und in Niedrigwasserzeiten ein Ausgleich für die Verdunstungsverluste durch Wasser aus Speichern oder Überleitung aus anderen Wassereinzugsgebieten zu schaffen.

Zu 4.2.6 (Wasserkraft)

Zu den umweltfreundlichen, erneuerbaren Energieträgern gehört in Baden-Württemberg vor allem die Wasserkraft. Der Reaktivierung stillgelegter und dem Ausbau bestehender Wasserkraftwerke kommen deshalb im Rahmen der Energiepolitik des Landes besondere Bedeutung zu. Zudem sollen geeignete Standorte für weitere Wasserkraftwerke gesichert werden. Dabei müssen die Belange des Naturschutzes, der Wasserwirtschaft und der Fischerei berücksichtigt werden. Da die Wasserkraft der größeren Flüsse schon weitgehend genutzt wird, setzen darüber hinaus auch Kosten-Nutzen-Überlegungen dem Neubau von Wasserkraftwerken enge Grenzen.

Zu 4.2.7 (Windkraft)

Der Stromgewinnung aus Windkraft kommt in Baden-Württemberg bisher nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Gleichwohl kann die Windenergie in windhöffigen Gebieten einen merklichen Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs und zur Schonung fossiler Energieträger leisten. In den Regionalplänen sind zur Steuerung der Windkraftnutzung Vorrang- und Ausschlussgebiete festzulegen. In den Vorranggebieten wird dem Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen Vorrang vor anderen Raumnutzungen eingeräumt, während in den Ausschlussgebieten eine regionalbedeutsame Windkraftnutzung unterbleiben soll. Bei der regionalplanerischen Ausweisung sind neben den Belangen des Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutzes sowie des Luftverkehrs insbesondere auch die Interessen benachbarter Siedlungen zu berücksichtigen.

Zu 4.2.8 (Mineralölversorgung)

Das Mineralöl ist trotz erfolgreicher Sparmaßnahmen und Substitution durch andere Energieträger noch immer der wichtigste Energieträger in Baden-Württemberg und wird es auch weiterhin bleiben. Für die Rohölverarbeitung spielt das Raffineriezentrum in Karlsruhe eine bedeutende Rolle. Der Fortbestand der Raffinerie und ein bedarfsgerechter, umweltschonender Ausbau der notwendigen Transportleitungen für Rohöl und Mineralölprodukte sind daher von Wichtigkeit. Im Hinblick auf die hohe Importabhängigkeit sind für die Versorgungssicherheit im Krisenfall regional ausgewogene Lagermöglichkeiten vorzuhalten.

Zu 4.2.9 (Gasversorgung)

Der Anteil des Erdgases am Primärenergieverbrauch hat sich in Baden-Württemberg in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt. Er liegt jedoch weiterhin deutlich unter dem Durchschnittswert der alten Bundesländer. Vor allem wegen der relativen Umweltvorteile des Erdgases gegenüber anderen fossilen Energieträgern hält die Landesregierung eine weitere Erhöhung des Erdgasanteils am Primärenergieverbrauch für erstrebenswert.

Zur Sicherung und Verstetigung der Gasversorgung werden eine räumlich ausgewogene Zuführung aus verschiedenen Quellen und Einspeisepunkten sowie in geeigneten geologischen Formationen der Bau unterirdischer Gasspeicher angestrebt. Die wachsende Bedeutung des Erdgases für die Energieversorgung des Landes erfordert zudem in Gebieten mit ausreichender Abnehmerdichte einen Ausbau der Erdgasinfrastruktur auf regionaler und lokaler Ebene.

Zu 4.2.10 (Fern- und Nahwärmeversorgung)

Durch verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung sollen die Primärenergieträger energetisch effizienter eingesetzt sowie die Abwärmebelastung der Umwelt reduziert werden. Durch die Verwendung kohlenstoffarmer Brennstoffe sollen die Schadstoff- und Kohlendioxid-Emissionen vermindert werden.

Wegen der hohen Investitions- und Betriebskosten der Wärmeverteilung wird insbesondere für Gebiete mit hoher Wärmedichte und günstiger Abnahmestruktur ein Ausbau der Wärmeversorgung angestrebt. Hierzu sollen die Wärmeleitungsnetze ausgebaut und Abwärme mit hohem Temperaturniveau genutzt werden.

4.3 Wasserwirtschaft

Zu 4.3.1 und 4.3.2 (Wasserversorgung, Grundwasserschutz)

Die Trinkwasserversorgung ist unverzichtbarer Bestandteil der Infrastruktur einer modernen Industriegesellschaft. Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Trink- und Nutzwasser durch örtliche Wasserversorgungen sowie durch Gruppen- und Fernwasserversorgungen ist Grundlage für Gesundheit, wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Die Wasservorkommen des Landes müssen daher zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung sparsam bewirtschaftet und planerisch gesichert werden. Dabei trägt der Vorrang ortsnaher Wasservorkommen wesentlich zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Wasserschatz bei. Die Wasservorkommen sind als natürliche Lebensgrundlage für künftige Generationen vor Verunreinigungen und anderen nachteiligen Einwirkungen zu schützen, da diese meist lang anhaltende, vielfach sogar irreparable Folgen nach sich ziehen. Entnahmen sollen an der Regenerationsfähigkeit ausgerichtet und der Nutzwasserbedarf der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft möglichst aus Oberflächenwasser gedeckt werden.

In Baugebieten ist auf eine Verbesserung der Grundwasserneubildung hinzuwirken. In den Bereichen zur Sicherung von Wasservorkommen dürfen keine Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der Qualität und Quantität des Grundwassers führen. Diese Bereiche sind zur Sicherung der Trinkwasserqualität insbesondere von neuen Abbaustätten für Kies und Sand freizuhalten.

Zu 4.3.3 (Schutz oberirdischer Gewässer)

Die Oberflächengewässer des Landes, insbesondere der Bodensee, sollen in ihrer Durchgängigkeit und Strukturvielfalt sowie in ihrer ökologischen Qualität und Funktionalität dauerhaft geschützt werden. Nutzungsansprüche müssen an der Tragfähigkeit und Belastbarkeit der Gewässer ausgerichtet werden. Dementsprechend ist auf eine weitere Reduzierung der Stoffeinträge aus Punktquellen sowie auch auf eine Verringerung der Belastung des Grundwassers und der Oberflächengewässer durch diffuse Stoffeinträge aus Siedlung, Verkehr und der Landwirtschaft hinzuwirken. Unvermeidbare Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sollen durch gestalterische Maßnahmen ausgeglichen oder zumindest gemildert werden. Besonderes Augenmerk muss auf die Vernetzung des Gewässers mit dem Ufer und auf einen durchgängigen Lebensraum am Gewässer gelegt werden. Ein Gewässerrandstreifen bietet einen reichhaltigen Lebens- und Rückzugsraum für Flora und Fauna.

Landschaften mit natürlichen und naturnahen Fließgewässern besitzen ein hohes Wasserrückhaltevermögen. Sie dienen dadurch nicht nur dem Hochwasserschutz, sondern tragen auch in hohem Maß zur Anreicherung des Grundwassers bei. Derzeit weisen rund 80 % der Fließgewässer in Baden-Württemberg Defizite in der Gewässerstruktur auf. Daher sollen nicht naturnahe Fließgewässer im Rahmen einer Renaturierung, durch naturnahen Rückbau oder durch Förderung der eigendynamischen Entwicklung sukzessive wieder in einen naturnäheren Zustand gebracht werden. Hierbei sind die im Rahmen der Gewässerentwicklungsplanung (Gewässerentwicklungskonzepte, Gewässerentwicklungspläne) erarbeiteten Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Bei Nutzungskonflikten bietet die Flurneuordnung Möglichkeiten, im Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern langfristige Lösungen zu erreichen.

Künftige Konflikte zwischen Gewässer- und Siedlungsentwicklung lassen sich am wirksamsten dadurch vermeiden, dass in den Bauleitplänen ausreichend breite Flächen für eine naturnahe Gewässerentwicklung entsprechend den Gewässerentwicklungskonzepten und -plänen freigehalten werden. Solange keine genaueren Erkenntnisse aus der Gewässerentwicklungsplanung vorliegen, soll der zehn Meter breite Gewässerrandstreifen gemäß § 68 b Abs. 2 des Wassergesetzes zu Grunde gelegt werden.

Zu 4.3.4 (Abwasserbeseitigung)

Das Abwasseraufkommen hat sich im Zug der Entwicklung von Industrie und Gewerbe und durch die Verbesserung der sanitären Verhältnisse wesentlich erhöht. Der zielgerichtete Ausbau der Abwasseranlagen hat bereits landesweit zu einem hohen Anschlussgrad an die Kanalisation und an kommunale Abwasserbehandlungsanlagen geführt. Bei noch nicht an mechanisch-biologische Kläranlagen angeschlossenen Anwesen handelt es sich im Wesentlichen um sehr kleine Gemeinden, Gemeindeteile oder Einzellanlagen im Ländlichen Raum. Durch den Anschluss an zentrale Kläranlagen oder den Bau von dezentralen Anlagen soll auch in diesen Teilräumen die Abwasserbeseitigung verbessert werden. Gleichzeitig muss der Ausbau derjenigen Abwasserbehandlungsanlagen zügig weitergeführt werden, die den gesetzlichen Anforderungen noch nicht entsprechen.

Um das Abwasseraufkommen zu reduzieren und eine langsamere Ableitung des Niederschlagswassers zu erreichen, forciert das Land die Einführung modifizierter Entwässerungsverfahren wie getrennte Ableitung von nicht behandlungsbedürftigem Abwasser, Regenwassernutzung, Minimierung der Versiegelung und dezentrale Versickerung. Dadurch sollen bereits bei der Planung und Erschließung die negativen Auswirkungen der Siedlungsentwicklung auf den Wasserkreislauf minimiert werden. Zum Schutz der Gewässer muss die Regenwasserbehandlung weiter ausgebaut werden.

Bei der Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben ist sicherzustellen, dass die Belastung der Abwässer durch nicht und schwer abbaubare Schadstoffe über den Bau betrieblicher Vorbehandlungsanlagen auf ein nach dem Stand der Technik erreichbares Minimum beschränkt wird.

Zu 4.3.5 (Altlastenbeseitigung)

Von kontaminierten Gewerbe- und Industrieflächen, militärisch genutzten Arealen und nicht gesicherten ehemaligen Müllkippen gehen Gefahren für die Umwelt aus. Der Beseitigung dieser Gefahren ist für künftige Nutzungsmöglichkeiten dieser Flächen und die weitere Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung der betroffenen Räume große Bedeutung beizumessen. Die Kenntnis über altlastverdächtige Flächen ist daher eine wichtige Grundlage für die Bauleitplanung und die Baugenehmigungsverfahren. Sie hilft Kommunen, Betrieben und Grundstückseigentümern, Sanierungspflichten und Nutzungsbeschränkungen zu erkennen und zu berücksichtigen.

4.3.6 und 4.3.7 (Vorbeugender Hochwasserschutz)

Die materiellen und finanziellen Schäden bei Hochwasserereignissen sind in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts extrem gestiegen. Dies lag einerseits an Zahl und Ausmaß der aufgetretenen Hochwasser, insbesondere aber an der Anhäufung von Schadenspotenzial in den hochwassergefährdeten Bereichen durch Industrie und Gewerbe sowie auch durch den privaten Bereich. Die natürlichen Überschwemmungsflächen der Fließgewässer sollen daher dem natürlichen Wasserrückhalt und dem schadlosen Wasserabfluss und damit der Minimierung hochwasserbedingter Risiken und Gefahren dienen. Die Sicherung und Rückgewinnung von Auen, Rückhalteflächen und Überschwemmungsbereichen ist in § 2 Abs. 2 Nr. 8 des Raumordnungsgesetzes als raumordnerischer Grundsatz für den vorbeugenden Hochwasserschutz verankert. Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat dazu für die Träger der Landes- und Regionalplanung Handlungsempfehlungen verabschiedet, die die Grundlage für eine Leitlinie zum Umgang mit hochwassergefährdeten Flächen in Baden-Württemberg bilden.

In den Regionalplänen sind als Vorgaben für die Bauleitplanung flächendeckend schutzbedürftige Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz festzulegen. Als Vorranggebiete sind Überschwemmungsflächen im Freiraum auszuweisen, soweit sie nach wasserwirtschaftlichen Erkenntnissen zur Vermeidung zusätzlicher Schadensrisiken, zur Erhaltung und Aktivierung natürlicher Überschwemmungsflächen oder zur Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung von hochwassersensiblen oder den Abfluss beeinträchtigenden Nutzungen freizuhalten sind oder zur raumordnerischen Sicherung von Flächen für Anlagen und Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes benötigt werden. In den Vorranggebieten sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit sie mit dem Schutzziel nicht vereinbar sind. Insbesondere soll in den Vorranggebieten zur Vermeidung zusätzlicher Hochwasserrisiken keine weitere Siedlungsentwicklung stattfinden. Die Abgrenzung der Vorranggebiete soll sich an einem Bemessungshochwasser mit einem Wiederkehrintervall von 100 Jahren (am Oberrhein 200) orientieren. Dazu sollen nach landeseinheitlichen Kriterien Hochwassergefahrenkarten erarbeitet werden.

Siedlungsnahе Teilflächen innerhalb hochwassergefährdeter Gebiete und im öffentlichen Interesse liegende bauliche Nutzungen können im Einzelfall von der Ausweisung als Vorranggebiet ausgenommen werden, sofern keine anderen zumutbaren Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind, kein Verlust an Retentionsfläche eintritt und keine Verschärfung der Hochwassergefahr für Ober- und Unterlieger zu erwarten ist.

Nicht mit Vorrang belegte Überschwemmungsflächen im Freiraum sind in den Regionalplänen als Vorbehaltsgebiete auszuweisen. In den Vorbehaltsgebieten ist dem vorbeugenden Hochwasserschutz bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besonderes Gewicht beizumessen. Auch Freiflächen hinter und unterhalb von Hochwasserschutzanlagen (potenzielle Überflutungsbereiche) sind als Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz auszuweisen, sofern sie für eine wirksame Hochwasservorsorge benötigt werden oder außergewöhnliche Beeinträchtigungen auftreten können, die durch bauliche Maßnahmen mit vertretbarem Aufwand nicht beherrschbar sind.

Die kartografische Darstellung dieser Bereiche soll auch das Bewusstsein für die mit einer Überflutung verbundenen Gefahren schärfen und zu risikoangepassten Nutzungen, Planungen und Vorkehrungen beitragen. Außerdem sollen die Karten verdeutlichen, dass zur Abwehr der Gefahren durch Hochwasser, zur Verteidigung der Hochwasserschutzanlagen sowie zur Unterrichtung, Versorgung und Evakuierung der Bevölkerung und schließlich zur Beseitigung von Hochwasserschäden enorme Mittel für Einsatzkräfte und Material eingeplant werden müssten. Aus Gründen der Vorsorge soll angestrebt werden, überschwemmungsgefährdete Bereiche im Rahmen der Bauleitplanung in Gefahren- und Risikokarten zu erfassen.

4.4 Abfallwirtschaft

Zu 4.4.1 bis 4.4.3

Bei Produktion, Dienstleistung und Konsum fallen Abfälle an, die verwertet oder beseitigt werden müssen. Stofflich oder energetisch verwertbare Abfälle, schadstoffhaltige Abfälle und Restabfall werden landesweit weitgehend getrennt erfasst und behandelt. Bei Standortentscheidungen für Behandlungsanlagen und Deponien ist zu gewährleisten, dass die Verkehrsinfrastruktur eine problemlose Rückführung der gewonnenen Wertstoffe in den Wirtschaftskreislauf ermöglicht und vorbehandelter Restabfall umweltverträglich abgelagert werden kann. Für das längerfristig zu erwartende Abfallaufkommen sind durch die Regionalplanung in hinreichendem Umfang ökologisch geeignete und wirtschaftlich realisierbare Standorte zu sichern.

Auch abfallwirtschaftliche Kooperationen, z.B. länderübergreifend mit schweizerischen Kehrichtverbrennungsanlagen oder Müllheizkraftwerken in Bayern, dienen einer langfristigen Sicherung des Entsorgung.

4.5 Bildungswesen

Zu 4.5.1

Das Bildungswesen ist wesentlich mehr als die Summe der Bildungseinrichtungen. Zum Bildungswesen gehören neben Vorgaben auf gesetzlicher und anderer Basis, Bildungsinhalten, finanziellen und anderen staatlichen Hilfen auch die Aktivitäten von Einzelpersonen, Personengruppen, Firmen oder Organisationen, die - mindestens im engeren Sinn - nicht als Bildungseinrichtungen anzusehen sind. Ein wichtiger und für den wirtschaftlichen Erfolg wesentlicher Teil des Bildungswesens ist z.B. die laufende Fortbildung des Personals in allen Bereichen der Wirtschaft, auch wenn diese Fortbildung meist nicht über typische Bildungseinrichtungen erfolgt.

Zu 4.5.2

Einrichtungen der Bildung und Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung sind wesentliche Bestandteile Zentraler Orte. Sie kennzeichnen nicht nur die zentralörtliche Funktion, sondern sind vielfach geradezu Teile ihrer Identität. Anpassungen im Bildungsbereich müssen daher unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung erfolgen. Vor allem in den Zentralen Orten verfügen die Bildungseinrichtungen über die für ihre Effektivität nötige Nähe zu Fachkräften, Organisationen und Institutionen. Die gemeinsame Nutzung von Gebäuden, technischer Ausstattung und Hilfsmitteln, die Kooperation mit anderen örtlichen Stellen sowie eine bessere Einbindung in den öffentlichen Personennahverkehr erhöhen die Effektivität der Bildungseinrichtungen.

Ausbau und Anpassung beinhalten nicht nur Erweiterungen und Verbesserungen, sondern aus Kostengründen auch Verkleinerungen, Zusammenlegungen oder die Auflösung von Einrichtungen. Auch diese Formen der Anpassung sind in Zentralen Orten und verdichteten Räumen leichter und sozial verträglicher durchzuführen.

Zu 4.5.3

Die Aussagen zu Plansatz 4.5.2 gelten im Prinzip auch für Hochschulen und andere Lehr- und Forschungseinrichtungen. Im Unterschied zu den allgemeinen Bildungseinrichtungen sind hier auch fachliche und regionale Schwerpunkte zu berücksichtigen.

Zu 4.5.4

Der Plansatz hebt nicht nur auf einen einrichtungsspezifischen Ausbau unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung ab. Vor allem durch Intensivierung interdisziplinärer und regionaler Kooperationsmöglichkeiten und durch Ausbau soll das regionale Entwicklungspotenzial gestärkt werden.

4.6 Information und Kommunikation

Zu 4.6.1 bis 4.6.3

Information und Kommunikation haben in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Hauptursachen hierfür sind die zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen, auch mit dem Ausland, das überdurchschnittliche Wachstum des Dienstleistungssektors und das durch Wohlstand, erhöhte Freizeit und technischen Fortschritt geförderte stärkere Bedürfnis nach Information und Kommunikation.

Obwohl die entsprechenden Dienstleistungen nach der Postreform keine staatlichen Aufgaben mehr sind, darf die weitere Entwicklung der Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur nicht allein dem freien Spiel der Kräfte und dem Zufall überlassen werden. Die öffentliche Hand hat eine Grundversorgung zu gewährleisten, die dem technologischen Stand entspricht und den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung trägt. Benachteiligungen ländlicher Teilräume müssen durch einen gleichwertigen Zugang zum neuen Dienstleistungsmarkt verhindert werden.

Zur Erhaltung der Attraktivität des Landes als Wohn- und Wirtschaftsstandort muss nicht nur die Leistungsfähigkeit der Post- und Telefondienste, sondern auch die der Multimedia-Techniken und interaktiven Medienangebote gewährleistet sein. Bereitstellung und Ausbau entsprechender Techniken sind auch dann von der öffentlichen Hand zu fördern, wenn diese nicht selbst Träger der entsprechenden Einrichtungen ist.

Zu 4.6.4

Wegen der physikalischen Eigenschaften von Funkwellen müssen Richtfunktrassen zwischen Sende- und Empfangsfunkanlagen durch eine Schutzzone beiderseits der Sichtlinie (Fresnel-Zone) gesichert und von störender Bebauung freigehalten werden. Dies bedeutet in der Regel keine völlige Freihaltung von Bebauung, sondern lediglich eine Beschränkung in der Bauhöhe. Einzelheiten hierzu sind mit den Betreibern der Richtfunkstrecken (z.B. Bundeswehr, Polizei, Telekom) abzustimmen. Eine Koordinierung der Versorgungsnetze von Fernmeldeanlagen der verschiedenen Betreiber sollte angestrebt werden. Antenträger im Außenbereich sollten von mehreren Betreibern gemeinsam genutzt werden.

4.7 Sozialwesen, Gesundheitswesen

Zu 4.7.1 und 4.7.2

Die sozialen Sicherungssysteme des Landes sollen so ausgestaltet und ausgebaut werden, dass eine zeitgemäße, bürgernahe Versorgung gewährleistet ist, die den sozialen, erzieherischen und gesundheitlichen Bedürfnissen und Indikationen Rechnung trägt; dazu kann eine familiengerechte Infrastruktur maßgeblich beitragen. Diese Zielsetzung entspricht dem im Raumordnungsgesetz verankerten Grundsatz, in allen Teilräumen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Die entsprechenden Einrichtungen sind nach fachlichen und raumordnerischen Gesichtspunkten aufeinander abzustimmen und an der Verteilung und Struktur der Bevölkerung auszurichten. Regionale und insbesondere überregionale Einrichtungen sollen wegen ihrer großräumigen Versorgungsfunktion und aus Gründen der Erreichbarkeit grundsätzlich in Zentralen Orten konzentriert werden. Bei Vorliegen besonderer Gründe können derartige Einrichtungen auch künftig außerhalb der Zentralen Orte geschaffen werden.

Zu 4.7.3

Die Heilbäder und Kurorte dienen der Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sowie der Vorbeugung eines drohenden Gesundheits- und Leistungsverlustes. Sie sind als Gesundheitszentren und Motoren für die regionale Wirtschaftsentwicklung zu erhalten und auszubauen. Dazu sind Kuranlagen und Behandlungsmethoden an kurmedizinische Erfordernisse und baderwissenschaftliche Erkenntnisse anzupassen, örtliche Heilmittel und Heilquellen zu schützen und die Infrastruktur an den spezifischen Bedürfnissen von Heilbädern und Kurorten auszurichten.

5. Freiraumsicherung, Freiraumnutzung

5.1 Freiraumverbund und Landschaftsentwicklung

Zu 5.1.1

Siedlungsentwicklung und Verstädterung haben zu einem wachsenden Verbrauch von Landschaft, Energie, Rohstoffen und Wasser sowie zu steigenden Belastungen der Umwelt und damit zu einer zunehmenden Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen geführt. Die Sicherung einer lebenswerten Zukunft und der Erhalt der Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen sowie der Erhalt der Lebensräume und Lebensbedingungen für Flora und Fauna haben daher den Schutz der Naturgüter Boden, Wasser, Luft und Klima und die Bewahrung des Freiraums zu einer zentralen Aufgabe der Raumordnung gemacht. Ein pfleglicher Umgang mit den Naturgütern, eine sparsame Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und eine Vernetzung der für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild bedeutsamen Freiräume sind Leitziele im Rahmen der angestrebten nachhaltigen Entwicklung des Landes.

Durch die anhaltende Umwandlung von Natur in Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie durch Rohstoffabbau und andere Abgrabungen, durch Deponiebau, unsachgemäße Auffüllungen und sonstige Flächennutzungen geht täglich wertvoller Naturraum verloren. Dadurch wird nicht nur wichtiger Lebens- und Erholungsraum zerstört, sondern auch die Grundlage für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen gefährdet und die Leistungsfähigkeit der Böden als Wasserspeicher und Filter geschädigt.

Zur langfristigen Sicherung der Bodenfunktionen sind ein nachhaltiger Umgang mit den begrenzten Bodenressourcen und eine Minimierung der weiteren Flächeninanspruchnahme im Sinn der Qualitäts- und Handlungsziele des Umweltplans erforderlich. Zur Schonung noch funktionsfähiger Böden und Freiflächen sollen bereits in Anspruch genommene, aber nicht mehr genutzte Flächen verstärkt einer Wiedernutzung durch Industrie-, Gewerbe- und Wohnbebauung zugeführt werden.

Das Naturgut Boden ist auch im weiteren Sinn zu verstehen, u.a. als Geosphäre sowie nach dem Bodenschutzgesetz des Landes auch als „landschaftsgeschichtliche Urkunde“. Somit beinhaltet der Schutz des Bodens i.w.S. auch den Schutz der Geotope, die als erdgeschichtliche Bildungen der unbelebten Natur Erkenntnisse über die Entwicklung der Erde oder des Lebens vermitteln. Sie umfassen Aufschlüsse von Gesteinen, Böden, Mineralien und Fossilien sowie einzelne Naturschöpfungen und natürliche Landschaftsteile.

Zu 5.1.2

Mit ihrer Entschließung zum "Aufbau eines ökologischen Verbundsystems in der räumlichen Planung" vom 27.11.1992 hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) die Weichen für ein bundesweites funktional zusammenhängendes Netz ökologisch bedeutsamer Freiräume gestellt. Ein besonderer Stellenwert kommt dabei den NATURA-2000-Gebieten (FFH- und Vogelschutzgebiete) der EU-Richtlinien zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen und den Schutzgebieten mit internationaler Bedeutung gemäß der Ramsar-Konvention vom 02.02.1971 zu. In ihrer ergänzenden Entschließung vom 08.03.1995 fordert die MKRO die Integration des europäischen Netzes besonderer Schutzgebiete gemäß Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie in die ökologischen Verbundsysteme der Länder. Der Landesentwicklungsplan trägt dem Rechnung durch die Vorgabe von europäisch und national sowie überregional und regional bedeutsamen Landschaftsteilen als Grobgerust für einen ökologisch wirksamen Freiraumverbund. Die aktive Freiraumpolitik des Landes wird damit fortgesetzt und konkretisiert.

Die Vorgaben der Ministerkonferenz für Raumordnung zur Ausweisung überregional bedeutsamer naturnaher Landschaftsräume sollen auf der Grundlage der fachplanerischen Festlegungen eines Land-

schaftsrahmenprogramms umgesetzt werden. Für den Bereich des südlichen Oberrheins existiert bereits eine grenzübergreifende Freiraumkonzeption. Die zur Umsetzung von NATURA 2000 gemeldeten Gebiete und die Gebiete, die sich durch eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten auszeichnen, sind im Anhang in Karte 4 dargestellt. Die Ausweisung umfasst darüber hinaus ökologisch wie raumplanerisch besonders wichtige große unzerschnittene Freiräume und Fließgewässer mit ihren unbebauten Talauen. Letztere haben zugleich große Bedeutung für den vorbeugenden Hochwasserschutz (vgl. Plansatz 4.3.6).

Zu 5.1.2.1

Soweit überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume fachplanerische Schutzgebiete umfassen, gelten dort die Verbote und Erlaubnisvorbehalte der Schutzgebietsverordnungen. Durch das Ziel von Raumordnung und Landesplanung sind auch außerhalb der Schutzgebiete keine Vorhaben zulässig, die den Schutzzweck beeinträchtigen. Nur Vorhaben, die unvermeidbar sind, können zugelassen werden. Derartige Eingriffe lösen jedoch eine Ausgleichspflicht aus.

Zu 5.1.2.2

In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen sollen zur Schonung des Naturhaushalts und des Landschaftsbilds Freizeiteinrichtungen im Siedlungszusammenhang errichtet werden.

Da Baden-Württemberg zu den dicht besiedelten Ländern zählt, sind größere Räume, die nicht von Verkehrswegen oder anderen Einrichtungen mit Trennwirkung zerschnitten werden, selten. Wegen der besonderen ökologischen Bedeutung dieser Räume für den großräumigen Freiraumverbund sollen trennende Einrichtungen daher nur zugelassen werden, wenn sie unvermeidbar sind. Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume sollen zudem grundsätzlich nicht mit Ver- und Entsorgungseinrichtungen belastet werden, die primär anderen Räumen dienen.

Zu 5.1.2.3

Zur Bewahrung der vielfältigen Kulturlandschaft sollen angepasste land- und forstwirtschaftliche Nutzungen erhalten und landespflegerische Aufgaben unterstützt werden. Land- und Forstwirtschaft liefern damit einen entscheidenden ökologischen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft.

Die weitere Liberalisierung der Agrarmärkte zwingt viele Landwirte zur Betriebsaufgabe oder zur Suche nach alternativen Erwerbsquellen. Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaftsräume durch eine standortgemäße landwirtschaftliche Nutzung sind deshalb vielerorts nicht mehr gewährleistet. Es ist deshalb auf ein Netz existenzfähiger landwirtschaftlicher Betriebe hinzuwirken, insbesondere durch Einbeziehung in die Förderprogramme der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und des Naturschutzes.

Zu 5.1.2.4

Durch Renaturierung und Folgenutzung können Abbaustätten so angelegt werden, dass sie die Zielsetzungen für überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume unterstützen können. Die dabei entstehenden, in ihrer Anlage besonderen Biotope können einen Beitrag zur Erhaltung und Erhöhung der Artenvielfalt leisten. Neue Abbaustätten sind aus Gründen des Landschaftsschutzes in den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen grundsätzlich zu vermeiden.

Zu 5.1.2.5

Die Naturparke entsprechen der im Naturschutzgesetz verankerten Zielsetzung, größere Gebiete, die sich durch Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft auszeichnen, zu vorbildhaften Erholungslandschaften mit umwelt- und sozial verträglicher Wirtschaftsstruktur zu entwickeln. Der Landschaftscharakter soll in diesen Gebieten durch entsprechende Pflegemaßnahmen erhalten und der Erholungsverkehr durch Lenkungsmaßnahmen natur- und landschaftsverträglich gestaltet werden. Die Na-

turparke sollen so als ein eigenständiges Instrument für die Entwicklung größerer Landschaftsräume genutzt werden, um die Interessen von Naturschutz, Landnutzung und Tourismus aufeinander abzustimmen und umweltgerechte, nachhaltige Entwicklungen in den berührten Teilräumen voranzubringen.

Zu 5.1.3

Der mit den Vorgaben des Landesentwicklungsplans angestrebte Freiraumverbund ist hierarchisch gestuft. Die ausgewiesenen überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume bilden ein überwiegend inselhaftes Grobgerüst (vgl. Karte 4), das durch die Freirauminstrumente der Regionalplanung ergänzt werden soll.

Zu diesen Freirauminstrumenten zählen Regionale Grünzüge, Grünzäsuren und Schutzbedürftige Bereiche; in den Regionalplänen werden Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege, für die Landwirtschaft, für Waldfunktionen und die Forstwirtschaft, für den Bodenschutz, für die Wasserwirtschaft und für die Erholung ausgewiesen. Plansatz 5.1.3 des Landesentwicklungsplans dient auch einer einheitlichen Anwendung der regionalplanerischen Festlegungen.

Nutzungen, die mit den Funktionen der Regionalen Grünzüge, Grünzäsuren und Schutzbedürftigen Bereiche vereinbar sind, sind zulässig. Die Vereinbarkeit von Infrastruktureinrichtungen hängt insbesondere von deren Bedeutung für die Allgemeinheit, deren Erforderlichkeit und von der Abwägung mit den Auswirkungen von Alternativlösungen ab.

Zu 5.1.3.1

Schutzbedürftige Bereiche in den Regionalplänen können in vielen Fällen von den Fachplanungen weiter konkretisiert und durch Rechtsverordnung als Schutzgebiete ausgewiesen werden. Die Träger der Regionalplanung prüfen die Einbeziehung von fachplanerischen Schutzgebieten in den Freiraumverbund.

Zu 5.1.4

Auf der Ebene der Bauleitplanung sind weitere Ergänzungen des Freiraumverbunds möglich. Das Baugesetzbuch stellt den Gemeinden ein Instrumentarium zum Schutz von Freiflächen zur Verfügung, das es ermöglicht, den Freiraumverbund bis in die Siedlungen hinein zu verästeln.

5.2 Rohstoffsicherung

Zu 5.2.1

Der Abbau oberflächennaher mineralischer Rohstoffe und die Sicherung künftiger Abbaumöglichkeiten können nur an den natürlichen Lagerstätten erfolgen. Die Rohstoffversorgung für Baumaßnahmen aller Art, insbesondere für Siedlungs- und Straßenbau und für die rohstoffverarbeitende Industrie, soll möglichst verbrauchsnahe und bis zur Erschöpfung der Lagerstätte erfolgen. Die Abbauplanung der Rohstoffindustrie ist langfristig angelegt und konkurriert zwangsläufig mit anderen ortsgebundenen und langfristigen Raumnutzungsansprüchen. Rohstoffabbau und Flächensicherung sind in der Regel mit erheblichen Eingriffen in Landschaft und Natur verbunden. Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und verbrauchernahen Versorgung mit oberflächennahen Rohstoffen ist daher eine zentrale Aufgabe der Landes- und Regionalplanung. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn der heimischen Rohstoffindustrie die Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden, die einer realistischen Prognose der Rohstoffnachfrage entsprechen.

Die bedeutsamen Rohstoffvorkommen sind entsprechend dem derzeitigen Kenntnisstand, also nicht abschließend und nicht vollständig, im Anhang in Karte 5 dargestellt. Die Darstellung kann erste Hinweise auf Raumnutzungskonflikte und entsprechenden Regelungsbedarf in den Regionalplänen geben.

Zu 5.2.2

Rohstofffassung und Rohstoffkartierung werden durch das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) fortlaufend aktualisiert und den Regionalverbänden zugänglich gemacht. Allen Planungsträgern wie auch den Unternehmen stehen die Lagerstättenpotenzialkarten für die Regionen zur Verfügung. Darüber hinaus erstellt das LGRB ein landesweites Kartenwerk oberflächennaher Rohstoffe im gleichen Maßstab und im üblichen Schnitt der topografischen Karten (KMR 50). Im Übrigen erfolgt die Unterstützung von Rohstoffabbau und Rohstoffsicherung durch die öffentlichen Planungsträger im Rahmen der Rechtsvorschriften und Zuständigkeiten.

Zu 5.2.3

In den Regionalplänen sind Abbaustätten, Erweiterungsflächen und sonstige möglicherweise abbauwürdige Rohstoffvorkommen als Abbaubereiche und Sicherungsbereiche für die Dauer des Planungszeitraums, der für die Regionalplanung maßgeblich ist, festzulegen; dieser beträgt derzeit rund 15 Jahre. Abbaubereiche und Sicherungsbereiche ergänzen einander. Ihre Kombination führt dazu, dass sich sowohl Abbaubereiche als auch Repräsentanten konkurrierender Nutzungsansprüche für einen Zeitraum von rund 30 Jahren darauf einstellen können, dass in den ausgewiesenen Bereichen der Rohstoffabbau Vorrang vor anderen Nutzungen hat bzw. durch anderweitige Nutzungen nicht verhindert werden darf.

Abbaubereiche und Sicherungsbereiche werden als Ziele der Raumordnung festgelegt. Die Ausweisung von Abbaubereichen im Regionalplan enthält die verbindliche Aussage, dass aus Sicht der Regionalplanung und vorbehaltlich des Ergebnisses des fachgesetzlichen Zulassungsverfahrens in solchen Bereichen ein Rohstoffabbau innerhalb des Planungszeitraums möglich ist und deshalb der Abbau innerhalb des Planungszeitraums planerisch gegen anderweitige Raumnutzungsansprüche sichergestellt wird. Die Ausweisung von Sicherungsbereichen im Regionalplan enthält die verbindliche Aussage, dass ein eventueller späterer Rohstoffabbau, über den zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zu entscheiden ist, durch andere, konkurrierende Raumnutzungsansprüche nicht verhindert werden darf, dass aber auch der Rohstoffabbau vor dem Ende des Planungszeitraums nur ausnahmsweise möglich ist. Bei einer Regionalplanfortschreibung auf der Grundlage eines regionalen Rohstoffkonzepts eignen sich Sicherungsbereiche in der Regel für eine Umwandlung in Abbaubereiche. Durch die Anpassung des Landesplanungsgesetzes an das Raumordnungsgesetz 1998 kann sich die Bezeichnung der Abbaubereiche und der Sicherungsbereiche ändern. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden. Die planerische Aussage, dass Rohstoffabbau und Rohstoffsicherung gegenüber entgegenstehenden Raumnutzungen Vorrang haben, bleibt erhalten.

Zu 5.2.4

Es liegt im planerischen Ermessen der Regionalverbände, den Rohstoffabbau auf Grund einer regionsweiten Prüfung in bestimmten Bereichen zu konzentrieren und zugleich in den übrigen Bereichen auszuschließen; dies gilt nicht für grundeigene Bodenschätze im Sinn des Bundesberggesetzes. Durch eine solche Planung kann die Gestaltungsmöglichkeit genutzt werden, die § 35 Abs. 3 Satz 3 des Baugesetzbuchs bietet.

Rohstoffabbau ist eine Raumnutzung, die im Verhältnis zu anderen Raumnutzungen grundsätzlich gleichwertig ist. Sie erhält ihr Gewicht erst durch die planerische Entscheidung über die Ausweisung eines Abbaubereichs oder eines Sicherungsbereichs. Gleichzeitig hat der Regionalverband abzuwägen, ob zur Erhaltung der Landschaft, zur Schonung der Rohstoffreserven und zur Verringerung der Raumnutzungskonflikte eine regionale Konzentration auf wenige Abbaustätten, deren Erweiterung und ein möglichst vollständiger Abbau angestrebt werden sollen. Dabei soll auch berücksichtigt werden, ob eine solche Konzentration den Zielsetzungen des Mittelstandsförderungsgesetzes entspricht.

Die Entwicklung und Förderung der Kreislaufwirtschaft, insbesondere die Wiederverwertung von Baustoffen, entspricht der zentralen Leitvorstellung der Raumordnung in § 1 Abs. 2 des Raumordnungsgesetzes.

setzes. Diese Leitvorstellung zur Schonung der Rohstoffvorkommen im Interesse späterer Generationen steht für eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung führt. Sie verpflichtet nicht ausschließlich zur Bewahrung der Stoffe, die nach den jetzigen gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen sowie nach dem jetzigen Stand der Technik als Rohstoffe gelten. Diese Leitvorstellung zwingt auch dazu, bei planerischen Entscheidungen zur Rohstoff-sicherung die Entwicklung zu neuen Rohstoffen als reale Zukunftsalternative in Betracht zu ziehen und mit vollem Gewicht zu berücksichtigen.

Zu 5.2.5

Auch der Folgenutzung von Abbaustätten kommt erhebliche Bedeutung zu. Nachdem der hohe Stellenwert aufgelassener Abbaustätten für den Arten- und Biotopschutz erkannt wurde, tritt Renaturierung gegenüber Wiedernutzung zunehmend in den Vordergrund. Bei der Renaturierung kommt der Schaffung von Sekundärlebensräumen wachsende Bedeutung zu. Leitbilder für eine ökologisch orientierte Folgenutzung werden im Rahmen naturräumlicher Entwicklungsziele im Landschaftsrahmenprogramm dargestellt.

5.3 *Landwirtschaft, Forstwirtschaft*

Zu 5.3.1 bis 5.3.3

Die Land- und die Forstwirtschaft sollen als leistungsfähige Wirtschaftszweige so fortentwickelt werden, dass sie für den Wettbewerb gestärkt werden und ihre Funktionen für die Ernährungs- und Rohstoff-sicherung sowie ihre naturschutzrelevanten und landschaftspflegerischen Aufgaben auf Dauer erfüllen können.

Obwohl die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Zug des tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandels in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückging und im Landesdurchschnitt weniger als 3 % der Erwerbstätigen im primären Sektor beschäftigt sind, kommt der Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg nach wie vor erhebliche Bedeutung zu. Sie besitzt durch die Produktion von Grundnahrungsmitteln und regionalen Spezialitäten, aber auch und künftig vermehrt als Rohstofflieferant für die heimische Industrie vor allem für den Ländlichen Raum ein hohes Gewicht und ein erhebliches Entwicklungspotenzial. Sie stützt zudem durch ihre vielfältigen Verflechtungen mit anderen Wirtschaftsbereichen das im Ländlichen Raum angesiedelte mittelständische Handwerk und Dienstleistungsgewerbe und trägt damit auch zur Erhaltung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze bei.

Die Ertragsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft ist durch Strukturverbesserungen, Beratung und Honorierung nicht marktfähiger Leistungen sowie durch Förderung der Verwendung des umweltfreundlich nachwachsenden Rohstoffs Holz zu sichern. Auf der landwirtschaftlichen Fläche werden wichtige Leistungen für die Gesellschaft erbracht. Durch die Multifunktionalität der Landwirtschaft ist gewährleistet, dass diese Flächen als Kulturlandschaft erhalten und genutzt werden. Damit ist die Landwirtschaft in Baden-Württemberg auch ein Garant für die Erhaltung „weicher Standortfaktoren“, die in der heutigen globalen Konkurrenzsituation zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Jeweils knapp 40 % der Waldfläche Baden-Württembergs befinden sich in privatem oder kommunalem Besitz. Auch dort werden wichtige Leistungen für die Gesellschaft erbracht, die letztlich die Standortfaktoren des Landes mitbestimmen. Derzeit werden noch rund 80 % der Landesfläche land- und forstwirtschaftlich genutzt. Die land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche wird jedoch durch die Flächeninanspruchnahme für Wohnungsbau, Industrieansiedlung und Verkehrsinfrastruktur, aber auch durch Nutzungs- und Betriebsaufgaben weiter zurückgehen.

Die Landwirtschaft kann ihre Aufgaben nur dann erfüllen, wenn entsprechende räumliche, bodenbezogene, betriebs- und flurstrukturelle Voraussetzungen erhalten bzw. geschaffen werden. Die Begrenzung des Produktionsmitteleinsatzes im Interesse des Umwelt- und Verbraucherschutzes bedarf in Zukunft noch mehr als bisher einer Sicherung gut geeigneter Standorte. Für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeignete Böden und Standorte, die eine ökonomisch und ökologisch effiziente Produktion ermöglichen, sollen als zentrale Produktionsgrundlage geschont und nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungsarten vorgesehen werden. Gerade auf Grund der in den Räumen mit starkem Siedlungsdruck zu erkennenden Mehrfachansprüche an die Flur ist eine langfristig gesicherte, ökonomische Bewirtschaftung durch landwirtschaftliche Betriebe letztlich Voraussetzung für eine verbrauchernahe Versorgung und die Sicherung der vielfältigen Funktionen. Dort, wo der Grundbesitz stark zersplittert oder unzureichend erschlossen ist und die einzelnen Besitzstücke für eine zweckmäßige Bewirtschaftung zu klein oder ungünstig geformt sind, sollen die Dorf-, Betriebs- und Flurstückverhältnisse durch Flurneuordnungen nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Die Globalisierung der Agrarmärkte stellt zunehmend höhere Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft, die auch in Krisensituationen einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherheit gewährleisten soll. Gleichzeitig ist auf eine dauerhafte Bewahrung der Bodengüte hinzuwirken, da Böden nicht vermehrbar und in menschlichen Lebens- und Planungszeiträumen nicht erneuerbar sind.

Zur Wahrung, Pflege und Gestaltung bevorzugter Erholungslandschaften sind in den Mittelgebirgslandschaften und Höhengebieten die erschwerten Produktionsbedingungen für Land- und Forstwirtschaft durch geeignete Umstrukturierungen und Hilfen auszugleichen.

Während die klassische Produktionsfunktion durch die Globalisierung der Agrar- und Lebensmittelmärkte stark an Bedeutung verloren hat, haben sich für die Land- und Forstwirtschaft neue wichtige Aufgaben für das Gemeinwohl ergeben. Die Produktion nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energieträger, der nachhaltige Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft sowie mit zunehmendem Stellenwert die Pflege und Erhaltung der vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften Baden-Württembergs sind Aufgaben, auf die unsere Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nicht verzichten kann. Eine flächendeckende Land- und Forstbewirtschaftung durch leistungsfähige Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe soll daher gesichert werden.

Zu 5.3.4 und 5.3.5

Der Wald hat in der modernen Industriegesellschaft besondere Bedeutung. Er liefert Holz, sorgt für saubere Luft, frisches Wasser und ein ausgeglichenes Klima, schützt den Boden, bietet der Tier- und Pflanzenwelt Lebensraum und dient als Erholungsraum. Zur Erfüllung dieser umfangreichen Anforderungen wurde das Konzept einer "Naturnahen Waldwirtschaft" entwickelt. Dieses wird im Staatswald weiterhin verfolgt; es setzt auf die Ausnutzung natürlicher Abläufe und Steuerungsmechanismen und soll gewährleisten, dass der Wald seine Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion auf Dauer erfüllen kann. Hauptziel muss es deshalb sein, den Wald zu erhalten und funktionsgerecht, naturnah und nachhaltig zu bewirtschaften.

Ausgedehnten Waldgebieten in den ländlich geprägten Mittelgebirgsräumen des Landes stehen waldarme Gebiete in den Verdichtungsräumen gegenüber. Hieraus ergibt sich ein besonderes Schutzbedürfnis für Waldflächen in den Verdichtungsräumen.

Aufforstungen sollten sich vorrangig auf weniger ertragreiche landwirtschaftliche Flächen und renaturierte Areale wie Steinbrüche und Konversionsflächen konzentrieren und durch Anpflanzung standortgerechter Laub- und Nadelbäume zu einer Ausdehnung der Mischwaldflächen beitragen. Die Aufforstungen sollten so gesteuert werden, dass für den Naturschutz und die Landwirtschaft wichtige Flächen möglichst geschont werden. Auch auf Grenzertragsflächen mit Biotop-Funktionen sollen keine Aufforstungen erfolgen.

Eingriffe in den Waldbestand in Verdichtungsräumen und Eingriffe in Wälder mit besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen sind auf das Unvermeidbare zu beschränken. Angestrebt wird eine strukturelle Verbesserung der Waldausstattung in walddarmen Gebieten; bei der Umsetzung des Anliegens der Waldvermehrung in diesen Gebieten muss den Belangen des Naturschutzes und der Landwirtschaft Rechnung getragen werden.

5.4 Freizeit und Erholung

Zu 5.4.1

Die Bereiche Freizeit und Erholung haben in den letzten Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen. Arbeitszeitverkürzungen, steigende Einkommen und demografische Veränderungen sowie die sozialversicherungsrechtlichen Regelungen zu Kur und Rehabilitation vor der Gesundheitsreform haben eine stärkere Frequentierung örtlicher und ortsnaher Anlagen und Einrichtungen wie auch einen Anstieg der Besuche und Aufenthalte in den Tourismus- und Erholungsregionen des Landes bewirkt.

Da auf Grund medizinischer Fortschritte mit einem weiteren Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung zu rechnen ist, der Anteil älterer Menschen durch den signifikanten Geburtenrückgang weiter deutlich zunehmen wird und zudem in hohem Maß von den Möglichkeiten des Vorruhestands Gebrauch gemacht wird, müssen die Freizeit- und Erholungsangebote verstärkt auch auf die Bedürfnisse der älteren Generation ausgerichtet werden.

Ausweisung, Gestaltung und verkehrliche Anbindung von Flächen für Freizeit und Erholung sollen sich am Bedarf orientieren und bei Kur- und Erholungsorten sowie stark frequentierten Freizeiteinrichtungen der besonderen Situation Rechnung tragen.

Zu 5.4.2

Tourismusorte sowie Kurorte und Heilbäder sollen in ihrer Attraktivität als Reiseziele sowie als Standorte einer speziellen Form der Ferien- und Langzeiterholung gestärkt werden. Dazu sollen die infrastrukturelle Ausstattung sowie die verkehrliche Anbindung und Erschließung an die spezifischen Bedürfnisse von Tourismus und Erholung angepasst und auf eine Verbesserung und Sicherung der Umweltqualität hingewirkt werden.

Zu 5.4.3 bis 5.4.6

Neue Freizeiteinrichtungen sollen zur Verbesserung des Wohnumfelds, zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs und zur Verminderung des Freizeitverkehrs künftig stärker an der Lage der Wohnsiedlungen ausgerichtet und verkehrlich besser an diese angebunden werden.

In der Nähe größerer Siedlungen sind entsprechende Flächen planerisch zu sichern und von anderen Nutzungen freizuhalten. Auch für großflächige Freizeiteinrichtungen sind frühzeitig geeignete Standorte zu sichern.

Bei der Gestaltung und dem Betrieb der Einrichtungen sollen Belastungen der Umwelt und störende Einwirkungen auf Wohnsiedlungen gering gehalten und Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds, z.B. durch Errichtung großer offener Parkplätze, vermieden werden.

6. Stärkung der regionalen Eigenkräfte

6.1 Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung

Zu 6.1.1

Der Landesentwicklungsplan enthält gemäß § 3 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Landes sowie Ziele für einzelne raumwirksame Vorhaben mit Landesbedeutung. Er stellt eine landesweite raumordnerische Gesamtkonzeption dar, die die raumbedeutsamen Fachbereiche integriert.

Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans sind in den Regionalplänen räumlich und sachlich auszuformen. Die Bauleitplanung und die raumbedeutsamen fachlichen Einzelplanungen richten sich an diesen Planungen aus. Die Regionalpläne sind ebenso wie die staatlichen Entwicklungspläne Mittel der Raumordnung und Landesplanung. Die Regionalplanung ist die vom Land den Regionalverbänden übertragene übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Planung in der Region, d.h. Landesplanung für Teilräume des Landes. Die Regionalpläne sind somit regionale Entwicklungspläne.

Die Grundsätze und Ziele im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen sind am Raumordnungsgesetz auszurichten; dies erfolgt nach der Novellierung des Raumordnungsgesetzes über die Ausgestaltung einer nachhaltigen Raumentwicklung als Leitvorstellung der Raumordnung auch für die Teilräume des Landes. Gleichwertigkeit und Zukunftsfähigkeit stellen wesentliche Aspekte dieser Leitvorstellung dar.

Zu 6.1.2 bis 6.1.5

Das Landesplanungsgesetz (LplG) legt als Aufgabenbereiche der Raumordnung und Landesplanung - neben der Planungsfunktion - auch eine Abstimmungs-, Koordinierungs- und Mitwirkungsfunktion zur Umsetzung der Planung fest (§ 1 LplG). Dazu kommt nach § 12 des Landesplanungsgesetzes für die höheren Raumordnungsbehörden und die Regionalverbände zusätzlich die Beratung der Träger der Bauleitplanung sowie der anderen öffentlichen und sonstigen Planungsträger. Auch können die Regionalverbände nach dem Gegenstromprinzip Vorschläge zu Fachplanungen des Landes machen oder vom Land zur Mitwirkung an Fachplanungen beauftragt werden (§ 17 LplG).

Das Raumordnungsgesetz (ROG) stärkt die regionale Ebene. Die Träger der Landes- und Regionalplanung sollen nach dieser rahmenrechtlichen Vorgabe des Bundes nicht nur die entsprechenden Pläne erstellen, sondern ausdrücklich auch auf die Verwirklichung der Pläne hinwirken und die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Stellen fördern (§ 13 ROG). Darüber hinaus können den Trägern der Regionalplanung weitere Aufgaben übertragen werden (§ 9 Abs. 5 ROG). Das Landesplanungsgesetz wurde im März 2001 insoweit an das Raumordnungsgesetz angepasst. Die Modalitäten der Anpassung richten sich an dem Ziel aus, die Zusammenarbeit der regionalen und kommunalen Entscheidungsträger bei der Entwicklung der Regionen zu optimieren und alle öffentlichen und privaten Kräfte in den Regionen zu bündeln (vgl. §§ 12 a bis c des Landesplanungsgesetzes).

Die Stärkung der regionalen Eigenkräfte ist notwendig. Es hat sich gezeigt, dass zur Bewältigung vieler neuer Aufgabenfelder die Planungsebene der Kommunen zu klein und die des Landes zu groß ist. Hier ist die Kooperation auf regionaler Ebene gefordert, wobei ausdrücklich die maßgeblichen öffentlichen Stellen und privaten regionalen Akteure einzubeziehen sind. Die Regionalverbände unterstützen die Entwicklung durch regionales Management, d.h. durch Abstimmung, Koordination und Einbringung von Know-how. Diese Zusammenarbeit dient in erster Linie der Verwirklichung und Umsetzung der Regionalplanung, muss aber inzwischen wegen der vielfältigen räumlichen und funktionalen Interdependenzen

auch andere als in § 8 des Landesplanungsgesetzes genannte "klassische" Themenfelder einbeziehen. Für den Verband Region Stuttgart sind erweiterte planerische Aufgaben und auch Trägerschaftsaufgaben seit 1994 gesetzlich geregelt.

Das Landesplanungsgesetz benennt in § 12 a vor allem regionale Entwicklungskonzepte und Städtenetze sowie vertragliche Vereinbarungen als Möglichkeiten, raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in Teilräumen – gerade auch über Verwaltungsgrenzen hinweg - zu verwirklichen. Dazu gehört auch die Berücksichtigung der Situation von Frauen, Familien und Kindern, älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderungen. Die Handlungsfreiheit der regionalen Akteure soll, so legt der Plansatz fest, möglichst weitgehend erhalten werden, damit die nötige Flexibilität für eine befriedigende Erledigung regionalbedeutsamer Problemfelder gegeben ist. Die neuere Ausgestaltung der Naturparke in Baden-Württemberg weist in diese Richtung. So konnte z.B. mit dem Naturpark Südschwarzwald eine regionsübergreifende Entwicklungskonzeption zur Umsetzung der Intention des Gesetzes erarbeitet werden. Bei Flurneuordnungen ist es möglich, Maßnahmen finanziell und zeitlich zusammenzuführen und damit eine ganzheitliche Entwicklung innerhalb der Flurneuordnungsgebiete herbeizuführen. Dabei können insbesondere unterschiedliche Interessen der Gemeinden, der Grundstückseigentümer sowie von Verbänden und Organisationen berücksichtigt werden.

Zu 6.1.6

Neben der regionalen Zusammenarbeit zur Erledigung von speziellen oder akuten Entwicklungsaufgaben ist die dauerhafte Zusammenarbeit innerhalb der Regionen und über deren Grenzen hinaus auf allen Feldern der Regionalentwicklung von Belang. Synergieeffekte durch Bündelung, Spezialisierung und Vernetzung können zu einer Verbesserung der Entwicklungschancen führen und die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes notwendige Entwicklung regionaler Schwerpunkte (Cluster) unterstützen. Vielfach können so regionale Eigenkräfte auch ohne größeren Finanzbedarf oder finanzielle Förderung mobilisiert werden.

Zu 6.1.7

Angesichts angespannter Haushaltssituationen in den Verwaltungen kann die mit Plansatz 6.1.6 geforderte generelle Zusammenarbeit auch zu einem noch gezielteren und effektiveren Mitteleinsatz aus Förderprogrammen führen. Eine Konsequenz geringerer Finanzierungsspielräume ist zunehmend auch die Forderung nach integrierten, abgestimmten Entwicklungskonzepten, die möglichst durch detaillierte Bedarfs- und Finanzierungspläne transparent gemacht werden.

6.2 Besondere regionale Entwicklungsaufgaben

Zu 6.2.1

Die wachsenden Abstimmungs- und Handlungserfordernisse, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Rahmen wettbewerbsfähig und attraktiv zu halten, zwingen dazu, für Teilräume des Landes Handlungsstrategien zu entwickeln und weiterzuführen. Dabei kann die Festlegung von Entwicklungsaufgaben über die Abgrenzung einer Region hinausgehen und auch landesgrenzenübergreifend wirksam werden. Gestützt auf § 3 Abs. 2 Nr. 4 des Landesplanungsgesetzes und die neuere Raumordnungspolitik des Bundes (Raumordnungsgesetz, Raumordnungspolitische Orientierungs- bzw. -handlungsrahmen und Beschlüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung) werden wegen ihrer besonderen Landesbedeutung für drei großräumige Landesteile regionale Entwicklungsaufgaben festgelegt. Ihre Aufgaben werden in den Plansätzen 6.2.2 bis 6.2.4 im Einzelnen dargestellt.

Darüber hinaus werden auf Grund spezieller räumlicher Gegebenheiten für einige kleinere Landesteile besondere regionale Entwicklungsaufgaben festgelegt. Der Landesentwicklungsplan benennt vier sehr

unterschiedlich strukturierte weitere Räume als augenfällige Beispiele für eine sinnvolle regionale Kooperation und ordnet ihnen in den Plansätzen 6.2.5 bis 6.2.8 spezifische Entwicklungsaufgaben zu. Im Kapitel 6.3 werden zudem für die Räume mit Strukturschwächen allgemein Entwicklungsaufgaben festgelegt. Im Zusammenhang mit Kapitel 6.1 wird deutlich gemacht, dass alle Regionen und somit alle Landesteile an der Entwicklung aktiv und kooperativ teilnehmen sollen. Eine Nennung weiterer oder aller Teilräume des Landes und ihrer (möglichen) Aufgaben im Sinn einer flächendeckenden Erfassung ist nicht vorgesehen.

Der dritte Teil des Plansatzes 6.2.1 hat den Charakter einer Raumordnungsklausel, vergleichbar mit Plansatz 6.1.3. Die Regionalverbände, die in aller Regel eine Moderatorenfunktion unter den regionalen Akteuren übernehmen können, werden verpflichtet, frühzeitig alle berührten Stellen und Organisationen im Aktionsraum einzubeziehen.

Zu 6.2.2 (Europäische Metropolregion Stuttgart)

Europäische Metropolregionen (EMR) sind räumliche und funktionale Standorte, deren herausragende Funktionen im internationalen Maßstab über die nationalen Grenzen hinweg ausstrahlen. Sie stellen weder eine neue Raumkategorie noch eine weitere Kategorie im Rahmen des Zentrale-Orte-Systems dar.

Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat mit Beschluss vom 08.03.1995 mit dem Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen unter Zugrundelegung von verschiedenen Kriterien für Deutschland neben sechs weiteren eine Europäische Metropolregion Stuttgart festgelegt, für die auf Landesebene Entwicklungsvorstellungen zu präzisieren sind. In den Leitvorstellungen hierzu wird ausgeführt, dass die Konzeption der Europäischen Metropolregion die Möglichkeit der Verteilung und Vernetzung von Raumfunktionen im regionalen Maßstab biete; es werde damit keine Konzentration auf ein Zentrum im Sinn einer Eurometropole angestrebt. Daraus folge, dass eine feste äußere Abgrenzung einer Europäischen Metropolregion nicht möglich und nicht sinnvoll sei; eine Orientierung am betreffenden Verdichtungsraum und dessen Randzone erscheine jedoch unerlässlich. Durch Einbeziehung von mehreren, untereinander gut verbundenen Zentren in eine Europäische Metropolregion ließen sich beachtliche Synergieeffekte freisetzen und monozentrische Überlastungserscheinungen vermeiden.

Bei der Ausformung der Europäischen Metropolregion Stuttgart orientiert sich der Landesentwicklungsplan an dem Beschluss der Ministerkonferenz und seiner Begründung. Demgemäß wird die Abgrenzung bewusst unscharf gelassen und grob mit der Mindestausdehnung entsprechend dem Verdichtungsraum Stuttgart (der die Räume um Heilbronn und Reutlingen/Tübingen einschließt) und der zugehörigen Randzone umrissen. Damit wird der Planungs- und Handlungsraum, innerhalb dessen im Sinn der Europäischen Metropolregion Stuttgart agiert werden soll, beschrieben, gleichzeitig aber vermieden, durch gemeindescharfe Abgrenzung, Kommunen als Akteure zu verpflichten oder auszugrenzen.

Die EMR Stuttgart soll sich nicht nur in ihrer räumlichen Struktur, sondern auch organisatorisch auf ihre Dezentralität stützen. Kooperation, Arbeitsteilung, Erzielung von Synergien, Vermeidung von Überlastung sind einige der raumordnerischen Leitvorstellungen. Insbesondere die Räume um Heilbronn (Plansatz 6.2.2.2) und Reutlingen/Tübingen (Plansatz 6.2.2.3) sind in ihrer Eigenständigkeit zu stärken, auch im Hinblick auf ihre Mittlerrollen und oberzentralen Funktionen für die Regionen Franken bzw. Neckar-Alb. Damit soll von vornherein die in Plansatz 6.2.2 postulierte Vernetzung mit anderen Landesteilen gewährleistet werden. Eine auf breiter kommunaler Basis in der Region Neckar-Alb beschlossene Resolution bringt beispielsweise zum Ausdruck, dass Entwicklungschancen, die sich aus der Zuordnung von Teilen der Region zur EMR Stuttgart ergeben, so genutzt werden sollen, dass der Raum Neckar-Alb seinen Beitrag zur Landesentwicklung erbringen kann. Darüber hinaus wird die künftige Zuordnung des Verdichtungsereichs im Ländlichen Raum Albstadt/Balingen/Hechingen zur EMR Stuttgart gewünscht.

Die Ausweisung der Europäischen Metropolregion Stuttgart durch die Ministerkonferenz bestätigt aus bundesweiter Sicht die herausragende Funktion dieses Raums, dem aus Landessicht eine Führungsrolle mindestens in wirtschaftlicher und internationaler Sicht zukommt. Diese Funktionen sind zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei wird im Plansatz 6.2.2.1 eine Ausschließlichkeit im Hinblick auf bereits bestehende vergleichbare Funktionen in anderen Städten des Landes, die im Rahmen einer weitergehenden Vernetzung wirksam gemacht werden können, vermieden.

Die Ministerkonferenz hat in ihrem Beschluss zu den Europäischen Metropolregionen Handlungsschwerpunkte zur Stärkung und Entwicklung dieser Räume vorgesehen. Der Landesentwicklungsplan sieht für die EMR Stuttgart insbesondere auf den Gebieten der internationalen Anbindungsqualität und der Vernetzung zwischen den Europäischen Metropolregionen Maßnahmenbedarf. Deshalb wird im Plansatz auf die Weiterentwicklung und Verknüpfung der transeuropäischen Verkehrsinfrastruktur abgehoben: Landesflughafen, Hochgeschwindigkeitsverkehr auf der Schiene und leistungsfähige Fernverkehrsstraßen. Ebenso bedeutsam für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist die Erhaltung und Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen Dienstleistungsinfrastruktur, wie sie von der Messe Stuttgart bereitgestellt wird. Die Funktion einer Landesmesse kann der Messeplatz Stuttgart am derzeitigen Standort wegen einer Reihe von Infrastrukturmängeln nicht erfüllen. Vielmehr setzt dies voraus, dass die Landesmesse an einem attraktiven Standort in räumlicher Nähe zum Landesflughafen mit unmittelbarem Anschluss an das transeuropäische Verkehrsnetz von Schiene und Straße neu erbaut wird.

Die Entwicklung im Großraum Stuttgart hatte bisher schon mehr oder weniger starke Auswirkungen auf angrenzende und auch weiter entfernte Landesteile. Die im Plansatz postulierte Stärkung der Funktion als Europäische Metropolregion stärkt insgesamt das Land, wenn es gelingt, vor allem durch eine leistungsfähige Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, aber auch durch Vernetzungen jedweder Art den Austausch von Leistungen und Informationen innerhalb Baden-Württembergs weiter zu verbessern. Insbesondere sollte die Vernetzung mit dem Rhein-Neckar-Raum und dem Raum Karlsruhe, die vor allem im wissenschaftlich-technologischen Bereich weit fortgeschritten ist, intensiviert werden.

Zu 6.2.3 (Europäischer Verflechtungsraum Oberrhein)

Das Oberrheingebiet stellt innerhalb des Landes, aber auch innerhalb Westeuropas einen landschaftlich, siedlungsstrukturell und verkehrlich einzigartigen Großraum dar. Ein Charakteristikum der Oberrheinebene und der anschließenden Gebirgsränder ist die Vielfalt und die Abwechslung ihrer Landschaften und Städte. Besondere Entwicklungsmöglichkeiten im vereinten Europa ergeben sich für das Oberrheingebiet aus seiner verbindenden Lage an der Schnittstelle von drei Staaten und einer Vielzahl von Verwaltungsräumen aller Ebenen. Zwischen den drei Anrainerstaaten Deutschland, Frankreich und der Schweiz hat sich in den letzten Jahrzehnten bereits eine dynamische Zusammenarbeit entlang des Oberrheins herausgebildet. Herausragende Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind das 1999 auf der Grundlage der deutsch-französisch-schweizerischen Regierungsvereinbarung von 1975 unter dem institutionellen Dach der Oberrheinkonferenz erarbeitete raumordnerische Leitbild für den Oberrhein sowie das Raumentwicklungskonzept für den PAMINA-Raum, der das nördliche Elsass, die Südpfalz und die Region Mittlerer Oberrhein umfasst. Ziel ist eine regional ausgewogene polyzentrale Entwicklung des Grenzraums durch ein breites grenzüberschreitendes Zusammenwirken in vielen Fachbereichen auf unterschiedlichen funktionalen Stufen. Noch vorhandene Entwicklungshemmnisse und Schwierigkeiten bei der Umsetzung der im Rahmen der grenzüberschreitenden Kooperation entwickelten Leitvorstellungen sollen durch eine weitere Intensivierung und einen Ausbau der Zusammenarbeit abgebaut werden.

In Anlehnung an den bundesweit eingeführten Begriff der „Europäischen Metropolregion“ wird für das Oberrheingebiet der Begriff „Europäischer Verflechtungsraum Oberrhein“ eingeführt. Zielsetzung ist, diesen Raum im Sinn einer Europäischen Metropolregion weiterzuentwickeln. Zielsetzungen, wie sie durch die Beschlüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung für Europäische Metropolregionen vorgegeben

worden sind, sind damit, unter Beachtung der Besonderheiten dieses Verflechtungsraums, sinngemäß auch auf das Oberrheingebiet (Plansatz 6.2.3) mit seinen Teilräumen (Plansätze 6.2.3.1 bis 6.2.3.5) anzuwenden und auszuformen. Die Vorteile der „Städte-Landschaft am Oberrhein“ mit ihrer vernetzten Struktur ohne großflächige Agglomerationen bieten ideale Voraussetzungen für eine am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtete Planung und Entwicklung.

Die Zielsetzungen für den Europäischen Verflechtungsraum Oberrhein betreffen insbesondere die Weiterentwicklung als Wirtschaftsstandort mit europäischer Bedeutung in Anknüpfung an die vielfältigen vorhandenen sowie durch Kooperationen und Innovationen erschließbaren wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Potenziale, die behutsame Weiterentwicklung der typischen Siedlungs- und Freiraumstrukturen sowie die Sicherung und Wiederherstellung ökologischer Funktionen.

Besondere Vorbedingungen für eine zukunftsfähige, nachhaltige Umsetzung der Entwicklungsaufgaben im Gesamttraum sind eine Harmonisierung der Planungskonzepte, ein Ausbau der Zusammenarbeit auf baden-württembergischer Seite und eine möglichst enge Abstimmung und gegenseitige Information bei Vorhaben und Maßnahmen beiderseits der Staats- und Landesgrenze. Insbesondere die Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen sind nur noch in größeren Raumeinheiten mit oftmals internationalen Dimensionen zu gewährleisten. Der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein sollte ein europäischer Modellraum für die grenzenübergreifende Bewältigung ökologischer und ökonomischer Herausforderungen und einer Integration sozialer und kultureller Entwicklungen ohne Gleichmacherei sein.

Im Sinn dieser Bewertung des Oberrheinraums umfasst der Plansatz übergeordnete Entwicklungsziele für den gesamten in Baden-Württemberg gelegenen Teil sowie Zielsetzungen für die fünf großen (Teil-)Räume Rhein-Neckar (Plansatz 6.2.3.1), Karlsruhe/Pforzheim (6.2.3.2), Offenburg (6.2.3.3), Freiburg (6.2.3.4) und Dreiländereck (6.2.3.5).

Zu 6.2.4 (Bodenseeraum)

Schwerpunkt der Zielsetzungen für den Bodenseeraum ist eine ausgewogene Entwicklung als Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturraum, wobei insbesondere im Uferbereich wegen des hohen Nutzungsdrucks der Sicherung der ökologischen Funktionen und landschaftlichen Belange sowie der Aufgabe als bedeutender Trinkwasserspeicher Rechnung getragen werden muss.

Wegen der besonderen ökologischen Empfindlichkeit der Uferlandschaft, der limnologischen Bedeutung der Flachwasserzone und der vielfältigen Nutzungsansprüche für Siedlung, gewerbliche Wirtschaft, Dienstleistungseinrichtungen, Erholung und Verkehr wurde von den beiden berührten Regionalverbänden gemeinsam ein Teilregionalplan "Bodenseeufer" (Bodenseeuferplan) erstellt, der bei einer Aktualisierung insbesondere eine Überprüfung und gegebenenfalls Neufestlegung des Uferbereichs und der engeren Uferzone erfahren sollte. Die Entwicklungsziele des Uferbereichs und der engeren Uferzone sollten konform mit dem Bodenseeleitbild auf die ökologische und landschaftliche Tragfähigkeit ausgerichtet sein. Entwicklungsvorhaben im Uferbereich sollten grundsätzlich darauf überprüft werden, ob und wie sie sich auf die engere Uferzone auswirken. Weitere Entwicklungszielsetzungen für den Bodenseeraum sind in den Regionalplänen enthalten. Auch über die Landesgrenzen hinweg gibt es seit Jahren auf allen Planungsebenen formell und informell Konsultationen mit den Bodenseeanrainern Bayern, Schweiz, Österreich und Liechtenstein.

Im Umweltplan Baden-Württemberg 2000 hat sich das Land dafür ausgesprochen, die strukturellen Belastungen des Naturraums Bodensee durch eine nachhaltige Siedlungsentwicklung zu minimieren und auf Vorgaben des Landesentwicklungsplans verwiesen. Unter dem Vorsitz des Landes Baden-Württemberg hat die Internationale Bodensee-Konferenz am 14.12.1994 ein Bodensee-Leitbild verabschiedet, das

das Internationale Leitbild für das Bodenseegebiet der Deutsch-Schweizerischen und Deutsch-Österreichischen Raumordnungskommission vom 18.11.1982 aktualisiert und ergänzt. Es stellt eine von allen Bodenseeländern und -kantonen gemeinsam getragene Grundlage für eine ganzheitliche Entwicklung dieses Raums dar. Darüber hinaus verdienen die vielen nicht-staatlichen und nicht-kommunalen Kooperationen besondere Erwähnung. Generell ist bemerkenswert, dass weniger die Nationalstaaten als vielmehr die Länder (vor allem über die Regierungspräsidien), Regionalverbände, Landkreise und Kommunen die grenzübergreifende Zusammenarbeit maßgeblich prägen und gestalten.

Der Landesentwicklungsplan stützt diese vielfältige und vielgestaltige Zusammenarbeit im Gesamttraum und bezieht die Aussagen und Leitsätze des Bodensee-Leitbilds in seine Entwicklungskonzeption ein. Dabei werden auf baden-württembergischer Seite insbesondere die regionale und kommunale Ebene verpflichtet, die Zielsetzungen zur Siedlungs-, Freiraum- und wirtschaftlichen Entwicklung bei allen raumwirksamen Planungen zu beachten und durch kooperatives Handeln zu einer räumlichen und sachlichen Ausformung und zu einer für diesen Raum angemessenen Umsetzung zu kommen.

Weite Teile des Bodenseeraums weisen infolge der starken Siedlungsdynamik der letzten Jahrzehnte eine überdurchschnittliche Siedlungsverdichtung auf, die die Kriterien eines Verdichtungsraums und einer Randzone um den Verdichtungsraum erfüllen (vgl. Plansatz 2.2.1, Anhang dazu sowie Karte 1).

Die Erweiterung des Oberzentrums für die Region Bodensee-Oberschwaben um die Stadt Friedrichshafen würdigt deren hochrangige zentralörtliche Bedeutung für den Bodenseeraum. Das mehrpolige Oberzentrum Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten erfordert eine Kooperation und Aufgabenverteilung. Mit der Erklärung über die Zusammenarbeit im gemeinsamen Oberzentrum vom September 2001 haben sich die drei Städte bereits frühzeitig auf Schwerpunkte gemeinsamer Standortpolitik verpflichtet.

Zur Unterstützung der angestrebten siedlungsstrukturellen Entwicklung im besonders beengten nördlichen Uferbereich des Bodensees sind Pfullendorf und Stockach als Mittelzentren mit der raumordnerischen Zielsetzung ausgewiesen, durch Aufnahme von nicht im Uferbereich anzusiedelnden Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben den Nachfragedruck am See zu mindern. In den Ufergemeinden sollte die gewerbliche Entwicklung generell auf die Weiterentwicklung ansässiger Betriebe und die Flächen schonende Neuansiedlung umweltverträglicher Betriebe beschränkt bleiben. Zur Stärkung der entwicklungsstrategischen Aufgaben im seefernerem Raum wird eine Landesentwicklungssachse Stockach – Meßkirch ausgewiesen, die einen Lückenschluss zwischen den Landesentwicklungssachsen am Hochrhein und im Donautal bildet.

Zu 6.2.5 (Raum Ulm)

Das Oberzentrum Ulm hat den starken wirtschaftlichen Strukturwandel durch einen vom Land wesentlich unterstützten Ausbau der Dienstleistungsfunktionen so vollziehen können, dass es seine großstädtische Bedeutung auch über die Regions- und Landesgrenze hinaus erhalten und ausbauen konnte. Ein wesentlicher Entwicklungsschub für die Zukunftssicherung der Stadt und seines Umlands erfolgte durch die Gründung des Forschungsparks auf dem Eselsberg, der Ulm den informellen Titel einer Wissenschaftsstadt eintrug. Das Oberzentrum hat wichtige Funktionen für die östliche Flanke Baden-Württembergs; neben seiner Aufgabe als Oberzentrum besitzt Ulm eine ausgeprägte Knotenfunktion im Netz der transeuropäischen Verkehrswege. Diese Funktion soll im Schienenfernverkehr durch den Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Stuttgart – München, die Verwirklichung des Projekts Ulm 21+ sowie eine Aufwertung der Güterfernverbindung zum Bodensee und durch die Schweiz nach Italien gestärkt werden.

Angesichts der mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel eng verknüpften dynamischen Siedlungsentwicklung ist um das gemeinsame Oberzentrum Ulm/(Neu-Ulm) ein grenzüberschreitender Verdichtungsraum abgegrenzt worden (vgl. Plansatz 2.2.1). Der baden-württembergische Teil dieses neuen und rela-

tiv kleinen Verdichtungsraums ist von weit ausgreifenden ländlich strukturierten Gebieten umgeben. Als Oberzentrum, als Wissenschaftsstadt und als bedeutender Gewerbe- und Industriestandort ist die Stadt Ulm maßgeblicher Kristallisationskern des Verdichtungsraums Ulm/Neu-Ulm. In dieser Eigenschaft übernimmt sie wesentliche Aufgaben als Vermittlerin von Entwicklungsimpulsen in den Ländlichen Raum der südöstlichen Landesteile. Diese Mittlerrolle sollte durch Vernetzung mit den benachbarten Regionen Ostwürttemberg und Bodensee-Oberschwaben, insbesondere im wissenschaftlich-technologischen Bereich, ausgebaut werden. Darüber hinaus übernehmen das Oberzentrum und der Verdichtungsraum eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Europäischen Metropolregionen Stuttgart und München.

Zu 6.2.6 (Raum Ostwürttemberg)

Der Landesentwicklungsplan weist (nach wie vor) kein Oberzentrum für die Region Ostwürttemberg aus. Dies entspricht auch dem politischen Willen der Region. Ostwürttemberg ist damit die einzige Region im Land ohne Oberzentren. Die oberzentralen Funktionen werden – ganz im Sinn regionaler Kooperation – in funktionaler Abstimmung und Ergänzung durch die vier Mittelzentren Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd wahrgenommen. Diese Festlegung führt in der Praxis zu einer ausgewogenen Versorgung aller Regionsteile.

Aus regionaler Sicht sollen insbesondere die Bereiche Wirtschaft, Kultur und Tourismus in den vier Mittelzentren über die Versorgungsfunktion für den jeweiligen Mittelbereich hinaus eine aufeinander abgestimmte Intensivierung und weitere Vernetzung erfahren. Die vorhandenen Bildungs- und Forschungseinrichtungen, insbesondere der Hochschulbereich, sollen zu einem regionalen Netzwerk weiterentwickelt werden. Hier gilt es, den Technologietransfer unter den Einrichtungen auszubauen und die Technologie- und Gründerzentren stärker zu vernetzen. Hiervon werden nicht zuletzt für die Wirtschaft in der Region unterstützende Synergien erwartet.

Fotonik und Optoelektronik sind als Technologien des 21. Jahrhunderts heute aus dem Informations- und Kommunikationsbereich nicht mehr wegzudenken. Die Region Ostwürttemberg besitzt durch Studiengänge, Forschungseinrichtungen und einen hohen Besatz an Firmen in diesen zukunftsweisenden Bereichen sehr gute Ansätze zum Ausbau eines Clusters, was es zu unterstützen gilt.

Die Entwicklung der Region hängt auch vom Ausbau ihres überregionalen Leistungsaustauschs und ihren Kontakten zu Nachbarräumen ab. Deshalb soll eine Intensivierung der Kooperation, insbesondere mit der Europäischen Metropolregion Stuttgart, dem Raum Ulm und den bayerischen Nachbarräumen erfolgen. Wichtige Grundlage für diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein gut ausgestattetes Verkehrsnetz und eine zügige Umsetzung der Ausbauplanungen.

Zu 6.2.7 (Raum Villingen-Schwenningen)

Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg wurde durch den Struktureinbruch in der Uhren- und unterhaltungselektronischen Industrie in den achtziger und durch die Rezession in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts besonders stark getroffen.

Die wirtschaftsstrukturelle Situation des Raums Villingen-Schwenningen, die Bedeutung des Oberzentrums für die Entwicklung der Region und die Festigung der dezentralen Siedlungsstruktur haben dazu beigetragen, dass die zwischen dem Oberzentrum und den Mittelzentren der Region vereinbarte Kooperation in das Forschungsfeld "Städtenetze" des Förderprogramms "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" des Bundesministeriums für Raumordnung, Städtebau und Bauwesen als Projekt "Städteforum Südwest" aufgenommen wurde.

Das Land sieht in einer modellhaften Förderung ein Beispiel für eine langfristige planerische und umsetzungsorientierte Zusammenarbeit in Bereichen wie Wirtschaft, Verkehr, Städtebau, Umwelt und Kultur mit

den notwendigen Impulsen, Synergie- und Ausgleicheffekten, die zu einer besseren Nutzung der vorhandenen Potenziale und zur Optimierung des Ressourceneinsatzes führen.

Im Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 1995 wird Villingen-Schwenningen als Standort für ein logistisches Zentrum ausgewiesen. Im Hinblick darauf, dass die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg vor allem durch die Entwicklung ihres Oberzentrums zu einer ausgesprochen „industriedichten“ Region geworden ist, leistet ein Logistikzentrum einen wesentlichen Beitrag zu einer dauerhaften Standortsicherung für das produzierende Gewerbe.

Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg hat eine strategisch günstige Verkehrslage im Süden des Landes; hier kreuzen sich die West-Ost-Verbindungen vom Oberrhein und Hochrhein in Richtung Bodensee und Ulm mit der Nord-Süd-Achse Stuttgart – Bodensee / Schweiz. Diese Knotenfunktion ist weiter zu nutzen und im überregionalen Schienen- und Straßenverkehr durch Verbesserungen im Fernverkehrsangebot sowie beim Trassenausbau zu stärken (auf Kapitel 4.1, insbes. Plansätze 4.1.5 bis 4.1.7 wird hingewiesen). Bei der Ausgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs auf regionaler Ebene hat die Region wichtige konzeptionelle Arbeit geleistet. Kernstück eines flächendeckenden ÖPNV ist das mit den regionalen Akteuren entwickelte und abgestimmte Ringzugsystem.

Die im Rahmen der Randenkommision zwischen den Landkreisen Konstanz, Schwarzwald-Baar-Kreis und Waldshut und dem Kanton Schaffhausen bestehende Kooperation soll nach dem Willen der Beteiligten in den Bereichen Bildung und Kultur, Verkehrswesen, Tourismus und Windkraft ausgebaut werden.

Zu 6.2.8 (Raum Oberes Gäu)

Der Raum Oberes Gäu ist ein typisches Beispiel für die Notwendigkeit interkommunaler überörtlicher Abstimmung von Planungen. Angesichts der innerhalb Baden-Württembergs einmaligen verwaltungsmäßigen Situation durch das Zusammentreffen aller vier Regierungsbezirke und von vier Regionen bei gleichzeitig starkem Siedlungsdruck besteht ganz besonderer Koordinierungsbedarf, da viele kommunalpolitische Aufgaben heute nicht mehr allein im Rahmen der Zuständigkeit einer einzelnen Kommune gelöst werden können. Nach § 9 Abs. 4 des Landesplanungsgesetzes sind die Regionalpläne benachbarter Regionalverbände aufeinander abzustimmen. Insbesondere die erhöhte Standortkonkurrenz zwingt im Flächenmanagement und bei der Verkehrsplanung zu räumlich koordinierenden und integrierenden Handlungsansätzen. Aufgabe des Raums muss auch sein, die gegenüber dem Landesentwicklungsplan 1983 zusätzlich aufgenommenen Landesentwicklungachsen in die Konzeption einzubeziehen und für eine bessere Einbindung des Mittelbereichs Freudenstadt in gegenseitiger Abstimmung Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Das Obere Gäu ist neben seiner Standortgunst auch durch Lössböden, die eine hohe natürliche Güte besitzen, ausgezeichnet. Gerade wegen des starken Siedlungsdrucks ist es notwendig, diese landwirtschaftlich besonders wertvollen Böden zu schonen (vgl. u.a. Plansatz 5.3.2). Ebenso sind die regionalbedeutsamen und genutzten Vorkommen von Karstgrundwasser zu sichern.

Durch die Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts können unterschiedliche Entwicklungsvorstellungen harmonisiert und eine gemeinsame Grundlage für das Handeln der regionalen Akteure geschaffen werden. Ein regionales Städtenetz erscheint geeignet, die notwendigen regionalen Entwicklungsprozesse als raumordnerische Strategie zu beschreiben und die im Plansatz genannten Ziele umzusetzen. Trotz der Rahmensetzung durch die Landes- und Regionalplanung kann eine solche Vernetzung aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie auch von „unten“, d.h. von den Städten und Gemeinden getragen wird.

6.3 Räume mit Strukturschwächen

Zu 6.3.1 und 6.3.2

Die veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, und die strukturellen Entwicklungstrends bringen für Räume mit Strukturschwächen zusätzliche Belastungen mit sich. Die Stärkung, Entwicklung und Umstrukturierung dieser in der Regel dünner besiedelten Räume ist deshalb seit längerer Zeit ein Schwerpunkt der Raumordnung und der Strukturpolitik des Landes. Die Problemlage erfordert die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Gestaltung eines attraktiven Wohn- und Lebensraums, die Erhaltung einer angemessenen technischen und sozialen Infrastruktur und - im Hinblick auf die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft und die Entwicklung endogener Potenziale - die Weiterentwicklung und Sicherung der Land- und Forstwirtschaft.

Die Entwicklungspotenziale der Räume mit Strukturschwächen sollen durch konkrete Ansätze sowie überörtliche und regionale Initiativen zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen genutzt werden. Durch die Kooperation der regionalen Akteure sollen die dazu notwendigen Eigenkräfte und Eigenverantwortlichkeiten gestärkt werden. Auch eine Förderung kann an gemeinsame Entwicklungsvorstellungen wirksamer anknüpfen.

Die Abgrenzung der Räume mit Strukturschwächen ist nicht eigenständig im Landesentwicklungsplan geregelt, sondern richtet sich nach der jeweils verbindlichen Festlegung der Fördergebiete. Diese umfasst zur Zeit die Gebiete der einzelbetrieblichen Regionalförderung und die Gebiete der Infrastrukturförderung nach dem Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Infrastruktur (siehe Richtlinien des Wirtschaftsministeriums vom 09.12.1985, GABl. 1986, S. 60 [außer Kraft, 2002 in Überarbeitung], i.V.m. der Richtlinie zur Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg vom 01.09.1991).

Inhaltlich ergibt sich die Abgrenzung der Fördergebiete aus dem Ziel der Regionalförderung, in den Teilräumen des Landes gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dabei sollen strukturschwache Regionen so gefördert werden, dass sie aus eigener Kraft zu wirtschaftlichem Wohlstand kommen können (Ausgleichsziel). Gleichzeitig sollen durch die Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen die Wachstumsreserven in den Problemgebieten mobilisiert werden, damit sie einen höheren Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten können (Wachstumsziel). Mit der Erschließung von zusätzlichen Produktions- und Dienstleistungspotenzialen sowie der Auflockerung einseitiger Strukturen sollen die konjunkturelle oder strukturelle Anfälligkeit der einzelnen Räume reduziert und die Entwicklung stabilisiert werden (Stabilitätsziel).

In den Räumen mit Strukturschwächen leben derzeit fast 30 % der Landesbevölkerung; sie sind in der derzeitigen Abgrenzung in der Regel schwächer besiedelt, überdurchschnittlich ländlich und landwirtschaftlich geprägt und zudem durch einen Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen und deutliche Einkommensrückstände gekennzeichnet und damit nach wie vor als abwanderungsgefährdet anzusehen.

Die Gebietskulisse umfasst daneben jedoch auch dichter besiedelte Räume mit industrieller Tradition, die besonders von den Auswirkungen der 1992 einsetzenden schwersten Rezession der Nachkriegszeit in Mitleidenschaft gezogen wurden, erhebliche Rückschläge in ihrer wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung hinnehmen mussten und durch die starken strukturellen Veränderungen auf dem Weltmarkt und den rasanten technischen Fortschritt heute einem verstärkten Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Starke Umsatz- und Erlöseinbrüche in einzelnen Branchen führten in diesen Räumen zu steigender Arbeitslosigkeit, nachlassender wirtschaftlicher Dynamik und sinkender Wirtschaftskraft. Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt müssen deshalb bei der Abgrenzung strukturschwacher Räume ebenso berücksichtigt werden wie eine stark unter dem Landesdurchschnitt liegende Wirtschaftskraft.

Ministerium für Verkehr Infrastruktur Baden-Württemberg „System der räumlichen Planung“

(<http://www.mvi.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/100617/>)

Die Landesplanung ist Teil eines hierarchisch gestuften Systems räumlicher Gesamtplanungen, das sich von der Raumordnung auf Bundesebene über die Landes- und Regionalplanung bis hin zur Bauleitplanung der einzelnen Gemeinden erstreckt. Die Vorgaben der jeweils höheren Stufe müssen dabei von den nachgeordneten Planungsebenen beachtet werden, umgekehrt müssen diese aber an der Aufstellung der Vorgaben beteiligt werden (Gegenstromprinzip). Dieses Planungssystem gewährleistet Planungssicherheit und stellt zugleich sicher, dass die Belange der nachgeordneten Stufen bei der Planaufstellung der höheren Stufe berücksichtigt werden.

Der Bereich der Raumordnung unterliegt seit August 2006 der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes mit Abweichungsrecht der Länder. Bislang gehörte die Raumordnung zur Rahmengesetzgebung des Bundes. Die sich durch diese Neuorganisation ergebenden Änderungen bleiben abzuwarten.

In der Ministerkonferenz für Raumordnung verständigen sich Bund und Länder auf allgemeine räumliche Entwicklungsziele (Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen von 1993) und ihre Umsetzung (Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen von 1995) und auf spezielle Aussagen, zum Beispiel zum Hochwasserschutz oder zu großflächigen Einzelhandelsbetrieben.

In der Landesplanung Baden-Württemberg obliegt nach dem Landesplanungsgesetz die Sicherung und Ordnung der räumlichen Entwicklung des ganzen Landes durch den Landesentwicklungsplan dem Wirtschaftsministerium (Planaufstellung) und der Landesregierung (Verbindlicherklärung durch Rechtsverordnung).

Die Aussagen des Landesentwicklungsplans werden für die zwölf Regionen des Landes durch die Regionalplanung als Teil der Landesplanung eigenständig konkretisiert. Die Zuständigkeit hierfür liegt nach dem Landesplanungsgesetz bei den Regionalverbänden (einschließlich Verband Region Stuttgart und Verband Region Rhein-Neckar).

Die Vorgaben im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen, die in Ziele und Grundsätze unterschieden werden, binden die kommunale Bauleitplanung und die Fachplanung. Die Ziele der Landes- und Regionalplanung können durch planerische Abwägung oder Ermessensausübung nicht überwunden werden. Die Grundsätze enthalten allgemeine Aussagen, die in der planerischen Abwägung und bei der Ermessensausübung, insbesondere bei der Bauleitplanung, zu berücksichtigen sind.

Das deutsche Raumplanungsrecht umfasst damit eine Abfolge von

Planungsentscheidungen auf Bundes- und auf Landesebene mit fortschreitender Verdichtung der Regelungen auf Landes- und regionaler Ebene bis hin zu konkreten Festlegungen auf Gemeindeebene.

Auf der Ebene der Europäischen Union (EU) gibt es keine rechtliche Kompetenz für Fragen der Raumordnung. Allerdings haben die Mitgliedstaaten der EU in freiwilliger Zusammenarbeit im Mai 1999 das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) als informellen Orientierungsrahmen beschlossen. Das EUREK dient den Mitgliedstaaten der EU und der EU-Kommission im jeweils eigenen Zuständigkeitsbereich als Leitlinie zur Erreichung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung des europäischen Territoriums.

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Vorblatt

A. Zielsetzung

Im Rahmen der zur Verwirklichung der Politik der Nachhaltigkeit erforderlichen ökologischen Modernisierung soll die Energiewende in Baden-Württemberg vorangebracht und die Nutzung der Atomkraft endgültig beendet werden.

Das Land hat deshalb die Absicht, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Baden-Württemberg durch ein überdurchschnittliches Wachstum deutlich auszubauen. Bis zum Jahr 2020 sollen so mindestens 10 Prozent des Strombedarfs aus „heimischer“ Windkraft gedeckt werden.

Dieses Ziel kann nur durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen und unter Einbeziehung, Unterstützung und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

Da die bisher in den Regionalplänen festgelegten Vorranggebiete für Windkraftanlagen nicht ausreichen, um dieses Ausbauziel zu erreichen, müssen neue Standorte eröffnet werden.

Die rechtlichen Vorgaben zur Windkraftplanung im Landesplanungsgesetz werden flexibilisiert: Die Regionalplanung soll zukünftig nur Vorranggebiete für Windkraftanlagen festlegen können, keine Ausschlussgebiete mehr. Im planerischen Abwägungsprozess werden die verschiedenen öffentlich-rechtlichen Belange im Vorfeld des stets erforderlichen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft und abgewogen. Durch die Festlegung von Vorranggebieten wird im Hinblick auf eine planungsrechtliche Zulässigkeit eine positive Vorentscheidung getroffen und somit Investoren von Windkraftanlagen in den Vorranggebieten Investitions- und Planungssicherheit gegeben.

Gleichzeitig erhalten damit auch die Städte und Gemeinden des Landes die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Planungshoheit Standorte für Windkraftanlagen in ihren Flächennutzungsplänen planerisch zu steuern. In den Bereichen schließlich, in denen weder auf regionaler noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung erfolgt, werden die öffentlich-rechtlichen Belange im immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft.

Um den angestrebten deutlichen Ausbau der Windkraft zu ermöglichen, ist es weiter erforderlich, die bestehenden Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen der Regionalverbände gesetzlich aufzuheben.

Dies bedeutet aber nicht, dass überall Windkraftanlagen entstehen können. Denn zum einen reicht das Windangebot in Teilen des Landes für eine wirtschaftliche Nutzung nicht aus. Zudem sind Windkraftanlagen auch weiterhin in und in der Nähe von Wohnsiedlungen wie auch u.a. in Naturschutzgebieten und der Kernzone des Biosphärengebiets Schwäbische Alb nicht möglich. Auch die übrigen naturschutzrechtlichen Beschränkungen für die Errichtung von Windkraftanlagen, beispielsweise in FFH- und Vogelschutzgebieten sowie aufgrund artenschutzrechtlicher Belange, sind ebenso zu beachten wie immissionsschutzrechtlich erforderliche Abstände.

Die Regionalverbände, insbesondere aber die Städte und Gemeinden benötigen, wenn sie die sich aus der Rechtsänderung ergebenden Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten wahrnehmen wollen, Zeit, da für die Planung Prüfungen, Erhebungen und Abwägungen notwendig sind. Die gesetzliche Aufhebung der bestehenden regionalplanerischen Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen erfolgt am 1. September 2012, damit die Gemeinden und Städte eine gewisse Vorlaufzeit für die Planung erhalten.

B. Wesentlicher Inhalt

Das Gesetz dient dem verstärkten Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg und sieht im Wesentlichen folgende Regelungen vor:

- Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen sind nur als Vorranggebiete festzulegen;
- die Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen nach einer bestimmten Übergangsfrist.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten für die öffentlichen Haushalte

Der bei den Regionalverbänden anfallende Planungsaufwand ist notwendige Folge ihrer Planungsaufgabe und in Summe eher als gering einzuschätzen. Der gegebenenfalls bei den Kommunen anfallende Aufwand für eine planerische Steuerung ist einzelfallabhängig und lässt sich nicht generell abschätzen. Er ist zur Ausübung der Planungshoheit der Kommunen erforderlich.

E. Kosten für Private

Keine.

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Vom

Artikel 1

Änderung des Landesplanungsgesetzes

Das Landesplanungsgesetz (LplG) in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 4. Mai 2009 (GBl. S. 185, 193), wird wie folgt geändert:

1. § 11 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Dies gilt nicht für das Ziel der Raumordnung Plansatz 4.2.7 (Windkraft) des Landesentwicklungsplans 2002 Baden-Württemberg.“

2. § 11 Absatz 7 Satz 1 zweiter Halbsatz wird wie folgt gefasst:

„abweichend hiervon können Standorte für regional bedeutsame Windkraftanlagen nach Absatz 3 Satz 2 Nummer 11 nur als Vorranggebiete festgelegt werden.“

3. In § 30 Absatz 1, § 42, § 44 Absatz 1 und § 51 wird das Wort „Wirtschaftsministerium“ jeweils durch die Worte „Ministerium für Verkehr und Infrastruktur“ ersetzt.

Artikel 2

Aufhebung der Regionalpläne hinsichtlich der Festlegung für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Die am...[einsetzen: Tag des Inkrafttretens des Gesetzes nach Artikel 3 Absatz 1] bestehenden verbindlichen und bis zum 31. August 2012 nicht außer Kraft getretenen Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen nach § 11 Absatz 3 Satz 2 Nummer 11 LplG in der bis zum...[einsetzen: Tag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes nach Artikel 3 Absatz 1] geltenden Fassung der in § 31 Absatz 1 LplG genannten Träger der Regionalplanung werden aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 2 tritt am 1. September 2012 in Kraft.

Stuttgart, den

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Ausgangslage

Im Rahmen der zur Verwirklichung der Politik der Nachhaltigkeit erforderlichen ökologischen Modernisierung soll die Energiewende in Baden-Württemberg vorangebracht und die Nutzung der Atomkraft endgültig beendet werden.

Das Land hat deshalb die Absicht, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Baden-Württemberg durch ein überdurchschnittliches Wachstum deutlich auszubauen. Bis zum Jahr 2020 sollen so mindestens 10 Prozent des Strombedarfs aus „heimischer“ Windkraft gedeckt werden.

Dieses Ziel kann nur durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen und unter Einbeziehung, Unterstützung und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

Da die bisher in den Regionalplänen festgelegten Vorranggebiete für Windkraftanlagen nicht ausreichen, um dieses Ausbauziel zu erreichen, müssen neue Standorte eröffnet werden.

Die rechtlichen Vorgaben zur Windkraftplanung werden deshalb im Landesplanungsgesetz flexibilisiert: Die Regionalplanung soll zukünftig nur Vorranggebiete für Windkraftanlagen festlegen können, keine Ausschlussgebiete mehr. Im planerischen Abwägungsprozess werden die verschiedenen öffentlich-rechtlichen Belange im Vorfeld des stets erforderlichen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft und abgewogen. Durch die Festlegung von Vorranggebieten wird eine positive Vorentscheidung im Hinblick auf die planungsrechtliche Zulässigkeit getroffen und somit Investoren von Windkraftanlagen in den Vorranggebieten Investitions- und Planungssicherheit gegeben.

Gleichzeitig erhalten damit auch die Städte und Gemeinden des Landes die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Planungshoheit Standorte für Windkraftanlagen in ihren Flächennutzungsplänen planerisch zu steuern. In den Bereichen schließlich, in denen weder auf regionaler noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung erfolgt, werden die öffentlich-rechtlichen Belange im immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft.

Um den angestrebten deutlichen Ausbau der Windkraft zu ermöglichen, ist es weiter erforderlich, die bestehenden Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen der Regionalverbände gesetzlich aufzuheben.

Dies bedeutet aber nicht, dass überall Windkraftanlagen entstehen können. Denn zum einen reicht das Windangebot in Teilen des Landes für eine wirtschaftliche Nutzung nicht aus. Zudem sind Windkraftanlagen auch weiterhin in und in der Nähe von Wohnsiedlungen wie auch u.a. in Naturschutzgebieten und der Kernzone des Biosphärengebiets Schwäbische Alb nicht möglich. Auch die übrigen naturschutzrechtlichen Beschränkungen für die Errichtung von Windkraftanlagen, beispielsweise in FFH- und Vogelschutzgebieten sowie aufgrund artenschutzrechtlicher Belange, sind ebenso zu beachten wie immissionsschutzrechtlich erforderliche Abstände.

Die Regionalverbände, insbesondere aber die Städte und Gemeinden benötigen, wenn sie die sich aus der Rechtsänderung ergebenden Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten wahrnehmen wollen, Zeit, da für die Planung Prüfungen, Erhebungen und Abwägungen notwendig sind. Die gesetzliche Aufhebung der bestehenden regionalplanerischen Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen erfolgt am 1. September 2012, damit die Gemeinden und Städte eine gewisse Vorlaufzeit für die Planung erhalten.

II. Wesentlicher Inhalt

Das Gesetz dient dem verstärkten Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg und sieht im Wesentlichen folgende Regelungen vor:

- Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen sind nur als Vorranggebiete festzulegen;
- die Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen nach einer bestimmten Übergangsfrist.

III. Kosten für die öffentlichen Haushalte

Der bei den Regionalverbänden gegebenenfalls anfallende Planungsaufwand ist notwendige Folge ihrer Planungsaufgabe und in Summe eher als gering einzuschätzen. Der gegebenenfalls bei Kommunen anfallende Planungsaufwand ist einzelfallabhängig und zur Ausübung der Planungshoheit erforderlich.

IV. Kosten für Private

Keine

B. Einzelbegründung

1. Zu Artikel 1:

Zu Nr. 1 (§ 11 Absatz 2 Satz 3)

Folgeänderung zu Nummer 2. Das Ziel in Ziffer 4.2.7 (Windkraft) des Landesentwicklungsplans 2002 sieht bisher vor, dass zur Steuerung der Windkraftnutzung in den Regionalplänen einerseits Gebiete festzulegen sind, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen haben, und andererseits Gebiete, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen unzulässig sind. Dieses Ziel entspricht nicht mehr der vorgesehenen Änderung des Landesplanungsgesetzes.

Zu Nr. 2 (§ 11 Absatz 7 Satz 1 2. Halbsatz)

Das Landesplanungsgesetz sieht bisher vor, dass im Regionalplan die Standorte für regional bedeutsame Windkraftanlagen als Vorranggebiete und die übrigen Gebiete der Region als Ausschlussgebiete, in denen regional bedeutsame Windkraftanlagen nicht zulässig sind, festgelegt werden. Vorranggebiete sind dabei Gebiete, die für

die Windkraftnutzung vorgesehen sind und die andere raumbedeutsame Nutzungen (innerhalb dieses Gebietes) ausschließen, soweit diese mit der vorrangigen Windkraftnutzung nicht vereinbar sind.

Künftig soll die Regionalplanung Festlegungen zu Standorten von regionalbedeutenden Windkraftanlagen nur noch in Form von Vorranggebieten treffen können, um einen deutlichen Ausbau der Windkraft zu ermöglichen. Die Regionalplanung orientiert sich an dem diesem Gesetz zugrundeliegenden Ziel einer Stromerzeugung von rund 7 TWh (Terawattstunden) im Jahr 2020.

Gleichzeitig erhält die kommunale Ebene die Möglichkeit, Standorte für Windkraftanlagen vor Ort zu planen. Die Gemeinden erhalten in den Bereichen außerhalb der regionalplanerischen Vorranggebiete die Möglichkeit zur eigenverantwortlichen planerischen Steuerung von Windkraftanlagen in ihren Flächennutzungsplänen. In den Bereichen schließlich, in denen weder auf regionaler noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung erfolgt, werden die öffentlich-rechtlichen Belange im immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft. Windkraftanlagen sind dabei bauplanungsrechtlich im Außenbereich nach § 35 Absatz 1 Nummer 5 Baugesetzbuch zulässig.

Zu Nr. 3 (§ 30 Absatz 1, § 42, § 44 Absatz 1 und § 51)

Klarstellung aufgrund der Neufestlegung der Geschäftsbereiche der Ministerien gemäß der Bekanntmachung der Landesregierung zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien vom 31. Mai 2011 (GBl. 2011, S. 205).

Zu Artikel 2:

Ohne eine gesonderte Regelung zur Aufhebung der bisher bestehenden regionalplanerischen Festlegungen zur Steuerung der Windkraftnutzung wäre das mit der vorgesehenen Gesetzesänderung verfolgte Ziel eines deutlichen Ausbaus der Windkraftnutzung im Land nicht zeitnah zu erreichen. Die bestehenden Festlegungen von Vorrang- und insbesondere von Ausschlussgebieten würden bis zum Inkrafttreten einer Neuplanung durch den jeweiligen Träger der Regionalplanung wei-

ter gelten. Gemessen am ausdrücklichen Ziel des Gesetzes ist der dafür erforderliche Zeitraum, auch im Falle einer Verpflichtung der Träger der Regionalplanung zur Neuplanung, nicht vertretbar.

Die gesetzliche Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen betrifft – wie die Änderung des Landesplanungsgesetzes in Artikel 1 – die in § 31 Absatz 1 des Landesplanungsgesetzes aufgeführten Träger der Regionalplanung. Entsprechende Festlegungen bestehen <Stand August 2011> in den Regionalplänen des Verbands Region Stuttgart sowie der Regionalverbände Heilbronn-Franken, Ostwürttemberg, Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben.

Die in § 31 Absatz 2 des Landesplanungsgesetzes aufgeführten grenzüberschreitenden Träger der Regionalplanung, der Regionalverband Donau-Iller und der Verband Region Rhein-Neckar, unterfallen den jeweiligen staatsvertraglichen Regelungen.

Eine sofortige Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen würde jedoch künftige Neuplanungen praktisch unmöglich machen, weil im ungesteuerten Zustand Fakten geschaffen werden können, die einer beabsichtigten Planung entgegenstehen. Eine neue regionalplanerische Steuerung durch Festlegung von Vorranggebieten wird erst nach Durchführung eines Regionalplanverfahrens verbindlich.

Auch die Gemeinden, die planerisch steuern wollen, brauchen Zeit, um ihre Flächennutzungspläne aufzustellen. Sie müssen dazu Erhebungen und Gutachten einholen, um ein gesamträumliches Planungskonzept zu erstellen, das der Windkraft in ihrem Gebiet substanziell Raum schafft. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind in diesem Zeitraum aktiv einzubinden.

Die gesetzliche Aufhebung der bestehenden regionalplanerischen Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftan-

lagen erfolgt erst am 1. September 2012, damit die Gemeinden und Städte eine gewisse Vorlaufzeit für die Planung erhalten. Verankert wird diese Übergangsfrist in dem gestaffelten Inkrafttreten in Artikel 3 in Absatz 2.

Zu Artikel 3:

Zu Absatz 1:

Die Änderung des Landesplanungsgesetzes tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 enthält die entsprechende Übergangsregelung für die Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen.

Umweltbericht der Landesregierung zur Aufhebung der in den Regionalplänen bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

1. Einleitung

1.1. Pflicht zur Strategischen Umweltprüfung bei der gesetzlichen Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen

Nach Artikel 3 der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 (ABl. L 197 vom 21.07.2001, S.30 ff,- künftig SUP-Richtlinie) in Verbindung mit Anhang II der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 175 vom 5.7.1985, S. 40) ist bei allen Plänen und Programmen, die in den Bereichen der Raumordnung ausgearbeitet werden und einen Rahmen für die künftige Genehmigung von Anlagen zu Nutzung von Windenergie zur Stromerzeugung setzen, eine Umweltprüfung vorgeschrieben.

Mit dem vorgesehenen Gesetzentwurf sollen die in den geltenden Regionalplänen festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen aufgehoben werden. Die Zulässigkeit von Windkraftanlagen richtet sich dann nicht mehr nach diesen regionalplanerisch festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebieten, sondern danach, ob dem Vorhaben im konkreten Fall öffentliche Belange entgegenstehen. Mit diesem Verzicht auf die bisherigen regionalplanerischen Steuerungswirkungen wird eine gesetzliche Planungsentscheidung getroffen und der Rahmen für künftige Genehmigungen von Windkraftanlagen verändert. Deshalb ist für diese gesetzliche Regelung eine Umweltprüfung durchzuführen.

Mit der vorgesehenen gesetzlichen Regelung werden jedoch keine Standortentscheidungen für Windkraftanlagen getroffen. Es wird lediglich anstelle des bisherigen regionalplanerisch festgelegten Rahmens ein anderer Rahmen vorgegeben, der durch die Prüfung im konkreten Anlagenehmigungsverfahren und gegebenenfalls durch künftige Planungen auf regionaler oder kommunaler Ebene ausgefüllt wird. Insoweit sind Inhalt und Detaillierungsgrad gering. Dementsprechend allgemein müssen somit auch die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen erfolgen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass über die vorgesehene Aufhebung der bisherigen regionalplanerischen Festlegungen zur Windkraftsteuerung hinaus eine Änderung des Landesplanungsgesetzes vorgesehen ist, wonach die Träger der Regionalplanung zukünftig nur Vorranggebiete für Windkraftanlagen festlegen können, keine Ausschlussgebiete mehr. Im planerischen Abwägungsprozess werden die verschiedenen öffentlich-rechtlichen Belange im Vorfeld des stets erforderlichen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft und bei der Festlegung von Vorranggebieten eine positive Vorentscheidung im Hinblick auf die planungsrechtliche Zulässigkeit getroffen; hierdurch wird Investoren von Windkraftanlagen in den Vorrangge-

bieten Investitions- und Planungssicherheit gegeben. Gleichzeitig erhalten damit aber auch die Städte und Gemeinden des Landes die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Planungshoheit Standorte für Windkraftanlagen in ihren Flächennutzungsplänen planerisch zu steuern. In den Bereichen schließlich, in denen weder auf regionaler noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung der Windkraftnutzung erfolgt, werden die öffentlich-rechtlichen Belange im immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft.

1.2. Kurzdarstellung der gesetzlichen Regelung

Das Ziel des Gesetzentwurfs, einen stärkeren Ausbau der Windkraft zu fördern, kann nur durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen und unter Einbeziehung, Unterstützung und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Eine dieser Maßnahmen ist neben der oben erwähnten Flexibilisierung des Landesplanungsgesetzes, zukünftig die Festlegung nur von Vorranggebieten für raumbedeutsame Windkraftanlagen vorzusehen, die gesetzliche Aufhebung der bestehenden Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen. Ohne eine solche Regelung wäre das mit der gesetzlichen Aufhebung verfolgte Ziel eines raschen und mengenmäßig deutlichen Ausbaus der Windkraftnutzung im Land nicht zu erreichen.

1.3. Untersuchungsrahmen

Aufgrund des geringen Detaillierungsgrads der Regelung können die Umweltauswirkungen nur allgemein beschrieben und bewertet werden, zum Teil ist das auch gar nicht möglich. Weitere detailliertere Beurteilungen der Umweltauswirkungen erfolgen erst auf den Ebenen einer regionalen bzw. kommunalen Planung und im Rahmen einer bau- bzw. immissionsschutzrechtlichen Genehmigung.

1.4. Verfahrensschritte und Beteiligung

Ausgehend von dem Untersuchungsrahmen haben die beteiligten Ministerien die Auswirkungen der vorgesehenen Aufhebung durch Gesetz für ihren Geschäftsbereich geprüft. Das Ergebnis ist im Umweltbericht dargestellt.

2. Darstellung der in den einschlägigen Fachgesetzen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für die Aufhebung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen von Bedeutung sind und der Art, wie diese Ziele und die Belange dabei berücksichtigt wurden

Die im Umweltbericht vorzulegenden Informationen umfassen auch die in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Plan von Bedeutung sind. Die Umweltziele dienen als Bewertungsmaßstab für die Umweltauswirkungen der vorgesehenen Aufhebung.

Die bestehenden Regelungen zum Umweltschutz, wie insbesondere im Natur-, Landschafts-, Arten-, und Immissionsschutz sind und werden durch die Aufhe-

bung in ihrer Geltung nicht eingeschränkt.

So sind Windkraftanlagen beispielsweise weiterhin in und in der Nähe von Wohnsiedlungen wie auch in Naturschutzgebieten und der Kernzone des Biosphärengebiets Schwäbische Alb nicht möglich. Die übrigen naturschutzrechtlichen Beschränkungen für die Errichtung von Windkraftanlagen, wie das Artenschutzrecht und die Erhaltungsziele von Natura 2000-Gebieten sind ebenso zu beachten wie die immissionsschutzrechtlich erforderlichen Abstände.

3. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen mit Angaben

3.1. Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Mit der Aufhebung werden keine konkreten Festlegungen für Standorte von Windkraftanlagen getroffen. Die Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands müsste sich demzufolge auf das gesamte Landesgebiet beziehen. Dies ist jedoch in dieser Breite weder möglich, noch aufgrund der bereits genannten zeitlich nachfolgenden Umweltprüfungen erforderlich.

Beim Ausbau der Windkraft sind, standort- und anlagenbedingt, insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Boden,
- Klima,
- Fauna,
- Flora,
- biologische Vielfalt,
- Landschaft,
- Gesundheit des Menschen (wegen Lärm, Beschattung, Lichteffekten, Gefahr von Eiswurf usw.).

3.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung bzw. Nichtdurchführung der gesetzlichen Aufhebung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Inhalt der Regelung ist der oben genannte Wechsel des planerischen Konzepts und damit die Aufhebung der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete in den bestehenden Regionalplänen. Als Folge davon wird auch eine entsprechende Flächennutzungsplanung für Windkraftanlagen ermöglicht.

Bei Nichtdurchführung würden die bisherigen Festlegungen von flächendeckenden Vorrang- und Ausschlussgebieten in den Regionalplänen bestehen bleiben.

Allerdings kann über die Entwicklung des Umweltzustands bei der jetzigen und der zukünftigen Rechtslage keine belastbare Prognose abgegeben werden.

Anzunehmen ist jedoch, dass quantitativ mehr und qualitativ leistungsfähigere Windkraftanlagen gebaut werden. Dieser Vorgabe folgt die Darstellung der nachfolgend beschriebenen Umweltauswirkungen:

Bericht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft:

1. Allgemeines

Mit der Aufhebung der Regionalpläne (Teilpläne Windkraft) beurteilt sich die planungsrechtliche Zulässigkeit von Windkraftanlagen bis zur Vorlage kommunaler oder neuer regionaler Planungen zunächst ausschließlich nach § 35 BauGB. Soweit es sich um Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe über 50 m handelt, bedürfen Windkraftanlagen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung. Diese darf nur erteilt werden, wenn zum einen sichergestellt ist, dass die Pflichten nach § 5 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) erfüllt sind, also u.a. keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteile und erheblichen Beeinträchtigungen hervorgerufen werden können und eine entsprechende Vorsorge, insbesondere durch dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen, getroffen wird.

Zum anderen dürfen generell öffentlich-rechtliche Vorschriften, beispielsweise des Natur- und Artenschutzes, der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, dem Vorhaben nicht entgegen stehen. Die Vereinbarkeit der Windkraftanlage mit allen öffentlich-rechtlichen Vorschriften wird vollumfänglich im Genehmigungsverfahren geprüft. Daraus ergibt sich z.B. auch, dass aufgrund der wasserrechtlichen Vorschriften in Wasserschutzgebieten der Zone 1 Windkraftanlagen unzulässig sind. In Zone 2-Gebieten hingegen ist eine Einzelfallprüfung erforderlich. Durch die Regelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes wird das Ziel verfolgt, Menschen, Tieren, und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen. Bei genehmigungsbedürftigen Anlagen geht es vor allem auch darum, schädliche Umwelteinwirkungen in Form von Emissionen zu vermeiden oder zu vermindern.

2. Immissionsschutzrechtliche Fragestellungen

Immissionsschutzrechtlich relevante Umweltauswirkungen von Windkraftanlagen sind regelmäßig:

- Lärm
- Schattenwurf
- sog. Disko-Effekt.

Die Beurteilung, ob schädliche Umweltauswirkungen in Form von erheblichen Belästigungen durch Geräuschimmissionen zu befürchten sind, erfolgt auf Grundlage der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm. Die einzuhaltenden Lärmwerte sind je nach Gebietscharakter unterschiedlich. Im Außenbereich (§ 35 BauGB) sind in der Regel die Lärmwerte für Mischgebiete zugrunde zu legen (60 dB(A) tagsüber, 45 dB(A) nachts). Es ist eine Schallimmissionsprognose zu erstellen. Zur Gewährleistung der Einhaltung der Lärmwerte sind entsprechende Abstände zur Wohnbebauung (Einzelhäuser,

Splittersiedlungen) einzuhalten.

Die sog. bewegten Schatten und die als Disco-Effekt bezeichneten periodischen Lichtreflektionen fallen als „ähnliche Umweltauswirkungen“ unter den Begriff der Immissionen des § 3 Abs. 2 BImSchG.

Der Disco-Effekt stellt heutzutage aufgrund der matten Beschichtung der Windenergieanlagen regelmäßig kein Problem mehr da.

Schattenwurf von geringer Dauer ist hinzunehmen bzw. kann vernachlässigt werden. Von einer erheblichen Belästigungswirkung kann nach der Rechtsprechung ausgegangen werden, wenn die maximal mögliche Einwirkungsdauer am jeweiligen Immissionsort – ggf. unter kumulativer Berücksichtigung aller Beiträge einwirkender Windenergieanlagen – mehr als 30 Stunden pro Kalenderjahr und darüber hinaus mehr als 30 Minuten pro Tag beträgt. Es ist deshalb sicher zu stellen, dass der Immissionsrichtwert nicht überschritten wird. Durch eine Auflage zur Genehmigung kann sichergestellt werden, dass durch eine Abschaltautomatik, die meteorologische Parameter (z.B. Intensität des Sonnenlichtes) berücksichtigt, die tatsächliche Beschattungsdauer auf 8 Stunden pro Jahr begrenzt wird.

Bericht des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Durch die geplante Änderung des LplG sollen landesweit bisherige Vorrang- und Ausschlussgebiete für Windkraftanlagen in bestehenden Regionalplänen aufgehoben werden. In diesem Zusammenhang ist zu erwarten, dass auf beplanten wie auch bislang unbeplanten Flächen deutlich mehr bzw. größere Windkraftanlagen gebaut werden, als dies nach den bisherigen (planungs-) rechtlichen Rahmenbedingungen zulässig war. In der Folge können auch naturschutzrelevante Flächen betroffen sein. Bei der Ausweisung neuer Vorrangflächen im Rahmen von Regionalplänen, der Festlegung von Standorten in Flächennutzungsplänen wie auch in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren von Einzelanlagen sowie bei Windparks außerhalb der Vorranggebiete sind daher die einschlägigen Bestimmungen der Naturschutzgesetze (Bund, Land) zu berücksichtigen. Insbesondere sind die Vorschriften zum allgemeinen Schutz von Natur und Landschaft (§§ 13 bis 15 BNatSchG), die Schutzgebietsvorschriften einschließlich Biotopschutzes (§§ 23 - 30 BNatSchG) sowie die Belange des Artenschutzes (§§ 44 f. BNatSchG) prüfungsrelevant. Dies betrifft sowohl die baubedingten (z.B. Bau und Rückbau der Windkraftanlagen einschließlich der Zuwegung, Energiezu- und Weiterleitung) wie auch die betriebsbedingten Auswirkungen der Anlagen.

Einer besonderen Berücksichtigung unterfallen die Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Netzwerk Natura 2000, auch wenn die Anlagen nicht innerhalb, sondern nur angrenzend an Natura 2000-Gebiete errichtet werden sollen (§ 33 und 34 BNatSchG).

Bei den Schutzgütern Vögel und Fledermäuse ist ferner die Berücksichtigung der Zugwege (Frühjahrs- und Herbstzug) erforderlich. Die notwendigen Untersuchungen bei der Genehmigung von Windkraftanlagen müssen sich an den jeweils aktuellsten naturschutzfachlichen Erkenntnissen sowie an den aktuell-

ten anerkannten Untersuchungs- und Methodenstandards orientieren. Weiterhin sind in konkreten Planungsverfahren Genehmigungs- und Auflagenvorbehalte im Hinblick auf naturschutzrelevante Entwicklungen während der Betriebsphase nach Errichtung einer Windenergieanlage vorzusehen.

Bei der Betroffenheit von geschützten Arten durch die Errichtung von Windkraftanlagen können im Genehmigungsverfahren als Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen Betriebsbeschränkungen bei bestimmten Witterungsbedingungen sowie die Einhaltung von Abständen zu Brut- und Fortpflanzungsstätten oder wichtigen Nahrungs- oder Überwinterungsgebieten in Betracht kommen. Sofern erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und der Landschaft nicht vermieden oder kompensiert werden können, sind die Belange, die für das Vorhaben sprechen, mit den betroffenen Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege abzuwägen.

Soweit die Errichtung einer Windkraftanlage im Wald die Umwandlung von Wald voraussetzt, erfordert dies neben dem Vorliegen der übrigen Zulässigkeitsvoraussetzungen eine forstbehördliche Genehmigung nach §§ 9 ff. LWaldG.

Bericht des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Beim Ausbau von Windenergieanlagen werden Flächen versiegelt. Der Flächenverbrauch ist jedoch insgesamt als relativ gering zu bewerten. So beträgt die Flächenversiegelung pro Anlage ca. 100qm; nachteilige Auswirkungen sind vernachlässigbar, zumal Windkraftanlagen im Außenbereich im Übrigen einer Rückbauverpflichtung nach § 35 Absatz 5 Baugesetzbuch unterliegen.

Im Übrigen wird, soweit möglich, auf vorhandene Infrastruktureinrichtungen (Zufahrtswege und Leitungsanlagen) zurückgegriffen.

3.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Durch die Änderung der gesetzlichen Grundlagen und die Aufhebung der bestehenden regionalplanerischen Festlegungen zur Windkraftsteuerung wird zunächst nur die planungsrechtliche Zulässigkeit der Errichtung von Windkraftanlagen beeinflusst. Nachteilige Auswirkungen im Hinblick auf die Schutzgüter des Bundesimmissionsschutzgesetzes können erst durch die Errichtung von Windkraftanlagen im konkreten Einzelfall entstehen. Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen werden im Zusammenhang mit der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung geregelt.

3.4 In Betracht kommende anderweitige Möglichkeiten

- Ein Verzicht auf die Aufhebung der festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebiete würde einem raschen und deutlichen Ausbau der Windkraftnutzung entgegenstehen. Die bestehenden Festlegungen von Vorrang- und insbesondere von Ausschlussgebieten würden bis zum Inkrafttreten einer

Neuplanung durch den jeweiligen Träger der Regionalplanung weiter gelten. Gemessen am ausdrücklichen Ziel des Gesetzes ist der dafür erforderliche Zeitraum, auch im Falle einer Verpflichtung der Träger der Regionalplanung zur Neuplanung nicht vertretbar.

- Eine Aufhebung der Ausschlussgebiete unter gleichzeitiger positiver Neuplanung der Vorranggebiete durch den Gesetzgeber ist nicht möglich. Aufgrund der Komplexität der Festlegungen und des entsprechenden Verfahrens ist dies in einem generell-abstrakten Gesetzgebungsverfahren ausgeschlossen.

4. Folgende zusätzliche Angaben:

4.1. Beschreibung der wichtigsten Merkmale bei der Vorgehensweise und Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Umfang und Tiefe der Prüfung der Umweltauswirkungen wurden von den Ministerien in einer interministeriellen Besprechung am 04.08.2011 festgelegt. Untersuchungstiefe und Untersuchungsbreite wurde an den geringen Detaillierungsgrad der gesetzlichen Änderung angepasst.

4.2. Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen bei der Durchführung der gesetzlichen Aufhebung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Durch die gesetzliche Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen werden keine konkreten Standorte für Windkraftanlagen festgelegt und keine Aussagen zur konkreten Genehmigungsfähigkeit solcher Anlagen getroffen. Da insoweit nur der Rechtsrahmen für die Regionalplanung raumbedeutsamer Windkraftanlagen geändert wird (gesetzgeberische Planungsentscheidung), sind unmittelbare Auswirkungen auf die Umwelt erst durch die Errichtung von Windkraftanlagen denkbar.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen werden im Zusammenhang mit der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung geregelt. Um die Auswirkungen der Gesetzesänderung anhand der konkreten Entwicklung zu beobachten, wird sich die Landesregierung regelmäßig über die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen und Windplanungen berichten lassen.

4.3. Allgemein verständliche Zusammenfassung der erforderlichen Angaben

Die SUP-Richtlinie der Europäischen Union hat zum Ziel, ein hohes Umweltschutzniveau zu sichern. Daher wurde für bestimmte Programme und Pläne, deren Durchführung voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hat, die

Pflicht zur Durchführung einer Umweltprüfung eingeführt. Entsprechend den gesetzlichen Grundlagen umfasst die „Umweltprüfung“ die Ausarbeitung eines Umweltberichts, die Durchführung von Konsultationen, die Berücksichtigung des Umweltberichts und der Ergebnisse der Konsultationen bei der Entscheidungsfindung und die Unterrichtung über die Entscheidung.

Die Pflicht zur Durchführung einer Umweltprüfung für die Änderung des Landesplanungsgesetzes, die die Aufhebung der Festlegungen für Vorrang- und Ausschlussgebiete der bestehenden Regionalpläne vorsieht, ergibt sich dabei direkt aus der Anwendung der SUP-Richtlinie.

Ergebnis:

Durch die gesetzliche Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete werden keine konkreten Standorte für Windkraftanlagen festgelegt. Es wird nur der Rechtsrahmen für die Regionalplanung raumbedeutsamer Windkraftanlagen geändert. Unmittelbare Auswirkungen auf die Umwelt sind erst durch die Errichtung von Windkraftanlagen im konkreten Einzelfall denkbar. Mit dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren wird zum einen sichergestellt, dass durch die Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteile und erheblichen Beeinträchtigungen hervorgerufen werden können und eine entsprechende Vorsorge, insbesondere durch dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen, getroffen wird. Zum anderen dürfen generell öffentlich-rechtliche Vorschriften, beispielsweise des Natur- und Artenschutzes, der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, dem Vorhaben nicht entgegen stehen.

GESETZBLATT

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

2012

Ausgegeben Stuttgart, Freitag, 25. Mai 2012

Nr. 8

Tag	INHALT	Seite
22. 5. 12	Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes	285
22. 5. 12	Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz – KIT-WG)	327
11. 4. 12	Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften	334
27. 4. 12	Verordnung des Innenministeriums über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Bürgermeister und Ortsvorsteher 2011/2012	356
30. 4. 12	Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über den Landesbeirat für Natur- und Umweltschutz (BeiratsVO Natur und Umwelt)	357
2. 5. 12	Verordnung des Umweltministeriums über Zuständigkeiten im Bereich der umweltgerechten Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte und zur Änderung der Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten	359
8. 5. 12	Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Verordnung zur Sicherstellung der Personalvertretung beim Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg	360
14. 5. 12	Verordnung des Kultusministeriums über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden für den Geschäftsbereich des Kultusministeriums (Gebührenverordnung Kultusministerium – GebVO KM)	360
2. 5. 12	Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Naturschutzgebiet »Kalkofen«	363

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Vom 22. Mai 2012

Der Landtag hat am 9. Mai 2012 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Landesplanungsgesetzes

Das Landesplanungsgesetz (LplG) in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 4. Mai 2009 (GBl. S. 185, 193), wird wie folgt geändert:

1. § 11 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

»Dies gilt nicht für das Ziel der Raumordnung Plansatz 4.2.7 (Windkraft) des Landesentwicklungsplans 2002 Baden-Württemberg.«

2. § 11 Absatz 7 Satz 1 Halbsatz 2 wird wie folgt gefasst:

»abweichend hiervon können Standorte für regional bedeutsame Windkraftanlagen nach Absatz 3 Satz 2 Nummer 11 nur als Vorranggebiete festgelegt werden.«

3. In § 30 Absatz 1, § 42 Satz 2, § 44 Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 und § 51 wird das Wort »Wirtschaftsministerium« jeweils durch die Worte »Ministerium für Verkehr und Infrastruktur« ersetzt.

Artikel 2

Aufhebung der Regionalpläne hinsichtlich
der Festlegung für Standorte regionalbedeutsamer
Windkraftanlagen

Die am 26. Mai 2012 bestehenden verbindlichen und bis zum 31. Dezember 2012 nicht außer Kraft getretenen Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen nach § 11 Absatz 3 Satz 2 Nummer 11 LplG in der bis zum 25. Mai 2012 geltenden Fassung der in § 31 Absatz 1 LplG genannten Träger der Regionalplanung werden aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 2 tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTTGART, den 22. Mai 2012

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KRETSCHMANN

DR. SCHMID

KREBS

UNTERSTELLER

WARMINSKI-LEITHEUSSER

BONDE

STICKELBERGER

HERMANN

ÖNEY

Umweltbericht der Landesregierung zur Aufhebung der in den Regionalplänen bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

1. Einleitung

1.1. Pflicht zur Strategischen Umweltprüfung bei der gesetzlichen Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen

Nach Artikel 3 der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 (ABl. L 197 vom 21.07.2001, S.30 ff,- künftig SUP-Richtlinie) in Verbindung mit Anhang II der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 175 vom 5.7.1985, S. 40) ist bei allen Plänen und Programmen, die in den Bereichen der Raumordnung ausgearbeitet werden und einen Rahmen für die künftige Genehmigung von Anlagen zu Nutzung von Windenergie zur Stromerzeugung setzen, eine Umweltprüfung vorgeschrieben.

Mit dem vorgesehenen Gesetzentwurf sollen die in den geltenden Regionalplänen festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen aufgehoben werden. Die Zulässigkeit von Windkraftanlagen richtet sich dann nicht mehr nach diesen regionalplanerisch festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebieten, sondern danach, ob dem Vorhaben im konkreten Fall öffentliche Belange entgegenstehen. Mit diesem Verzicht auf die bisherigen regionalplanerischen Steuerungswirkungen wird eine gesetzliche Planungsentscheidung getroffen und der Rahmen für künftige Genehmigungen von Windkraftanlagen verändert. Deshalb ist für diese gesetzliche Regelung eine Umweltprüfung durchzuführen.

Mit der vorgesehenen gesetzlichen Regelung werden jedoch keine Standortentscheidungen für Windkraftanlagen getroffen. Es wird lediglich anstelle des bisherigen regionalplanerisch festgelegten Rahmens ein anderer Rahmen vorgegeben, der durch die Prüfung im konkreten Anlagegenehmigungsverfahren und gegebenenfalls durch künftige Planungen auf regionaler oder kommunaler Ebene ausgefüllt wird. Insoweit sind Inhalt und Detaillierungsgrad gering. Dementsprechend allgemein müssen somit auch die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen erfolgen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass über die vorgesehene Aufhebung der bisherigen regionalplanerischen Festlegungen zur Windkraftsteuerung hinaus eine Änderung des Landesplanungsgesetzes vorgesehen ist, wonach die Träger der Regionalplanung zukünftig nur Vorranggebiete für Windkraftanlagen festlegen können, keine Ausschlussgebiete mehr. Im planerischen Abwägungsprozess werden die verschiedenen öffentlich-rechtlichen Belange im Vorfeld des stets erforderlichen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft und bei der Festlegung von Vorranggebieten eine positive Vorentscheidung im Hinblick auf die planungsrechtliche Zulässigkeit getroffen; hierdurch wird Investoren von Windkraftanlagen in den Vorrangge-

- 2 -

bieten Investitions- und Planungssicherheit gegeben. Gleichzeitig erhalten damit aber auch die Städte und Gemeinden des Landes die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Planungshoheit Standorte für Windkraftanlagen in ihren Flächennutzungsplänen planerisch zu steuern. In den Bereichen schließlich, in denen weder auf regionaler noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung der Windkraftnutzung erfolgt, werden die öffentlich-rechtlichen Belange im immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft.

1.2. Kurzdarstellung der gesetzlichen Regelung

Das Ziel des Gesetzentwurfs, einen stärkeren Ausbau der Windkraft zu fördern, kann nur durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen und unter Einbeziehung, Unterstützung und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Eine dieser Maßnahmen ist neben der oben erwähnten Flexibilisierung des Landesplanungsgesetzes, zukünftig die Festlegung nur von Vorranggebieten für raumbedeutsame Windkraftanlagen vorzusehen, die gesetzliche Aufhebung der bestehenden Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen. Ohne eine solche Regelung wäre das mit der gesetzlichen Aufhebung verfolgte Ziel eines raschen und mengenmäßig deutlichen Ausbaus der Windkraftnutzung im Land nicht zu erreichen.

1.3. Untersuchungsrahmen

Aufgrund des geringen Detaillierungsgrads der Regelung können die Umweltauswirkungen nur allgemein beschrieben und bewertet werden, zum Teil ist das auch gar nicht möglich. Weitere detailliertere Beurteilungen der Umweltauswirkungen erfolgen erst auf den Ebenen einer regionalen bzw. kommunalen Planung und im Rahmen einer bau- bzw. immissionsschutzrechtlichen Genehmigung.

1.4. Verfahrensschritte und Beteiligung

Ausgehend von dem Untersuchungsrahmen haben die beteiligten Ministerien die Auswirkungen der vorgesehenen Aufhebung durch Gesetz für ihren Geschäftsbereich geprüft. Das Ergebnis ist im Umweltbericht dargestellt.

2. Darstellung der in den einschlägigen Fachgesetzen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für die Aufhebung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen von Bedeutung sind und der Art, wie diese Ziele und die Belange dabei berücksichtigt wurden

Die im Umweltbericht vorzulegenden Informationen umfassen auch die in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Plan von Bedeutung sind. Die Umweltziele dienen als Bewertungsmaßstab für die Umweltauswirkungen der vorgesehenen Aufhebung.

Die bestehenden Regelungen zum Umweltschutz, wie insbesondere im Natur-, Landschafts-, Arten-, und Immissionsschutz sind und werden durch die Aufhebung in ihrer Geltung nicht eingeschränkt.

- 3 -

So sind Windkraftanlagen beispielsweise weiterhin in und in der Nähe von Wohnsiedlungen wie auch in Naturschutzgebieten und der Kernzone des Biosphärengebiets Schwäbische Alb nicht möglich. Die übrigen naturschutzrechtlichen Beschränkungen für die Errichtung von Windkraftanlagen, wie das Artenschutzrecht und die Erhaltungsziele von Natura 2000-Gebieten sind ebenso zu beachten wie die immissionsschutzrechtlich erforderlichen Abstände.

3. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen mit Angaben

3.1. Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Mit der Aufhebung werden keine konkreten Festlegungen für Standorte von Windkraftanlagen getroffen. Die Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands müsste sich demzufolge auf das gesamte Landesgebiet beziehen. Dies ist jedoch in dieser Breite weder möglich, noch aufgrund der bereits genannten zeitlich nachfolgenden Umweltprüfungen erforderlich.

Beim Ausbau der Windkraft sind, standort- und anlagenbedingt, insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Boden,
- Klima,
- Fauna,
- Flora,
- biologische Vielfalt,
- Landschaft,
- Gesundheit des Menschen (wegen Lärm, Beschattung, Lichteffekten, Gefahr von Eiswurf usw.).

3.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung bzw. Nichtdurchführung der gesetzlichen Aufhebung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Inhalt der Regelung ist der oben genannte Wechsel des planerischen Konzepts und damit die Aufhebung der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete in den bestehenden Regionalplänen. Als Folge davon wird auch eine entsprechende Flächennutzungsplanung für Windkraftanlagen ermöglicht.

Bei Nichtdurchführung würden die bisherigen Festlegungen von flächendeckenden Vorrang- und Ausschlussgebieten in den Regionalplänen bestehen bleiben.

Allerdings kann über die Entwicklung des Umweltzustands bei der jetzigen und der zukünftigen Rechtslage keine belastbare Prognose abgegeben werden.

- 4 -

Anzunehmen ist jedoch, dass quantitativ mehr und qualitativ leistungsfähigere Windkraftanlagen gebaut werden. Dieser Vorgabe folgt die Darstellung der nachfolgend beschriebenen Umweltauswirkungen:

Bericht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft:

1. Allgemeines

Mit der Aufhebung der Regionalpläne (Teilpläne Windkraft) beurteilt sich die planungsrechtliche Zulässigkeit von Windkraftanlagen bis zur Vorlage kommunaler oder neuer regionaler Planungen zunächst ausschließlich nach § 35 BauGB. Soweit es sich um Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe über 50 m handelt, bedürfen Windkraftanlagen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung. Diese darf nur erteilt werden, wenn zum einen sichergestellt ist, dass die Pflichten nach § 5 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) erfüllt sind, also u.a. keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteile und erheblichen Beeinträchtigungen hervorgerufen werden können und eine entsprechende Vorsorge, insbesondere durch dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen, getroffen wird.

Zum anderen dürfen generell öffentlich-rechtliche Vorschriften, beispielsweise des Natur- und Artenschutzes, der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, dem Vorhaben nicht entgegen stehen. Die Vereinbarkeit der Windkraftanlage mit allen öffentlich-rechtlichen Vorschriften wird vollumfänglich im Genehmigungsverfahren geprüft. Daraus ergibt sich z.B. auch, dass aufgrund der wasserrechtlichen Vorschriften in Wasserschutzgebieten der Zone 1 Windkraftanlagen unzulässig sind. In Zone 2-Gebieten hingegen ist eine Einzelfallprüfung erforderlich. Durch die Regelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes wird das Ziel verfolgt, Menschen, Tieren, und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen. Bei genehmigungsbedürftigen Anlagen geht es vor allem auch darum, schädliche Umwelteinwirkungen in Form von Emissionen zu vermeiden oder zu vermindern.

2. Immissionsschutzrechtliche Fragestellungen

Immissionsschutzrechtlich relevante Umweltauswirkungen von Windkraftanlagen sind regelmäßig:

- Lärm
- Schattenwurf
- sog. Disko-Effekt.

Die Beurteilung, ob schädliche Umweltauswirkungen in Form von erheblichen Belästigungen durch Geräuschimmissionen zu befürchten sind, erfolgt auf Grundlage der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm. Die einzuhaltenden Lärmwerte sind je nach Gebietscharakter unterschiedlich. Im Außenbereich (§ 35 BauGB) sind in der Regel die Lärmwerte für Mischgebiete zugrunde zu legen (60 dB(A) tagsüber, 45 dB(A) nachts). Es ist eine Schallimmissionsprognose zu erstellen. Zur Gewährleistung der Einhaltung der Lärmwerte sind entsprechende Abstände zur Wohnbebauung (Einzelhäuser, Splittersiedlungen) einzuhalten.

- 5 -

Die sog. bewegten Schatten und die als Disco-Effekt bezeichneten periodischen Lichtreflektionen fallen als „ähnliche Umweltauswirkungen“ unter den Begriff der Immissionen des § 3 Abs. 2 BImSchG.

Der Disco-Effekt stellt heutzutage aufgrund der matten Beschichtung der Windenergieanlagen regelmäßig kein Problem mehr da.

Schattenwurf von geringer Dauer ist hinzunehmen bzw. kann vernachlässigt werden. Von einer erheblichen Belästigungswirkung kann nach der Rechtsprechung ausgegangen werden, wenn die maximal mögliche Einwirkungsdauer am jeweiligen Immissionsort – ggf. unter kumulativer Berücksichtigung aller Beiträge einwirkender Windenergieanlagen – mehr als 30 Stunden pro Kalenderjahr und darüber hinaus mehr als 30 Minuten pro Tag beträgt. Es ist deshalb sicher zu stellen, dass der Immissionsrichtwert nicht überschritten wird. Durch eine Auflage zur Genehmigung kann sichergestellt werden, dass durch eine Abschaltautomatik, die meteorologische Parameter (z.B. Intensität des Sonnenlichtes) berücksichtigt, die tatsächliche Beschattungsdauer auf 8 Stunden pro Jahr begrenzt wird.

Bericht des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Durch die geplante Änderung des LplG sollen landesweit bisherige Vorrang- und Ausschlussgebiete für Windkraftanlagen in bestehenden Regionalplänen aufgehoben werden. In diesem Zusammenhang ist zu erwarten, dass auf beplanten wie auch bislang unbeplanten Flächen deutlich mehr bzw. größere Windkraftanlagen gebaut werden, als dies nach den bisherigen (planungs-) rechtlichen Rahmenbedingungen zulässig war. In der Folge können auch naturschutzrelevante Flächen betroffen sein. Bei der Ausweisung neuer Vorrangflächen im Rahmen von Regionalplänen, der Festlegung von Standorten in Flächennutzungsplänen wie auch in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren von Einzelanlagen sowie bei Windparks außerhalb der Vorranggebiete sind daher die einschlägigen Bestimmungen der Naturschutzgesetze (Bund, Land) zu berücksichtigen. Insbesondere sind die Vorschriften zum allgemeinen Schutz von Natur und Landschaft (§§ 13 bis 15 BNatSchG), die Schutzgebietsvorschriften einschließlich Biotopschutzes (§§ 23 bis 30 BNatSchG) sowie die Belange des Artenschutzes (§§ 44 f. BNatSchG) prüfungsrelevant. Dies betrifft sowohl die baubedingten (z.B. Bau und Rückbau der Windkraftanlagen einschließlich der Zuwegung, Energiezu- und Weiterleitung) wie auch die betriebsbedingten Auswirkungen der Anlagen.

Einer besonderen Berücksichtigung unterfallen die Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Netzwerk Natura 2000, auch wenn die Anlagen nicht innerhalb, sondern nur angrenzend an Natura 2000-Gebiete errichtet werden sollen (§ 33 und 34 BNatSchG).

Bei den Schutzgütern Vögel und Fledermäuse ist ferner die Berücksichtigung der Zugwege (Frühjahrs- und Herbstzug) erforderlich. Die notwendigen Untersuchungen bei der Genehmigung von Windkraftanlagen müssen sich an den jeweils aktuellsten naturschutzfachlichen Erkenntnissen sowie an den aktuellsten anerkannten Untersuchungs- und Methodenstandards orientieren. Weiterhin sind in konkreten Planungsverfahren Genehmigungs- und Auflagenvorbe-

- 6 -

halte im Hinblick auf naturschutzrelevante Entwicklungen während der Betriebsphase nach Errichtung einer Windenergieanlage vorzusehen.

Bei der Betroffenheit von geschützten Arten durch die Errichtung von Windkraftanlagen können im Genehmigungsverfahren als Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen Betriebsbeschränkungen bei bestimmten Witterungsbedingungen sowie die Einhaltung von Abständen zu Brut- und Fortpflanzungsstätten oder wichtigen Nahrungs- oder Überwinterungsgebieten in Betracht kommen. Sofern erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und der Landschaft nicht vermieden oder kompensiert werden können, sind die Belange, die für das Vorhaben sprechen, mit den betroffenen Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege abzuwägen.

Soweit die Errichtung einer Windkraftanlage im Wald die Umwandlung von Wald voraussetzt, erfordert dies neben dem Vorliegen der übrigen Zulässigkeitsvoraussetzungen eine forstbehördliche Genehmigung nach §§ 9 ff. LWaldG.

Bericht des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Beim Ausbau von Windenergieanlagen werden Flächen versiegelt. Der Flächenverbrauch ist jedoch insgesamt als relativ gering zu bewerten. So beträgt die Flächenversiegelung pro Anlage ca. 100 qm; nachteilige Auswirkungen sind vernachlässigbar, zumal Windkraftanlagen im Außenbereich im Übrigen einer Rückbauverpflichtung nach § 35 Absatz 5 Baugesetzbuch unterliegen.

Im Übrigen wird, soweit möglich, auf vorhandene Infrastruktureinrichtungen (Zufahrtswege und Leitungsanlagen) zurückgegriffen.

3.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Durch die Änderung der gesetzlichen Grundlagen und die Aufhebung der bestehenden regionalplanerischen Festlegungen zur Windkraftsteuerung wird zunächst nur die planungsrechtliche Zulässigkeit der Errichtung von Windkraftanlagen beeinflusst. Nachteilige Auswirkungen im Hinblick auf die Schutzgüter des Bundesimmissionsschutzgesetzes können erst durch die Errichtung von Windkraftanlagen im konkreten Einzelfall entstehen. Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen werden im Zusammenhang mit der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung geregelt.

3.4 In Betracht kommende anderweitige Möglichkeiten

- Ein Verzicht auf die Aufhebung der festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebiete würde einem raschen und deutlichen Ausbau der Windkraftnutzung entgegenstehen. Die bestehenden Festlegungen von Vorrang- und insbesondere von Ausschlussgebieten würden bis zum Inkrafttreten einer Neuplanung durch den jeweiligen Träger der Regionalplanung weiter gel-

- 7 -

ten. Gemessen am ausdrücklichen Ziel des Gesetzes ist der dafür erforderliche Zeitraum, auch im Falle einer Verpflichtung der Träger der Regionalplanung zur Neuplanung nicht vertretbar.

- Eine Aufhebung der Ausschlussgebiete unter gleichzeitiger positiver Neuplanung der Vorranggebiete durch den Gesetzgeber ist nicht möglich. Aufgrund der Komplexität der Festlegungen und des entsprechenden Verfahrens ist dies in einem generell-abstrakten Gesetzgebungsverfahren ausgeschlossen.

4. Folgende zusätzliche Angaben:

4.1. Beschreibung der wichtigsten Merkmale bei der Vorgehensweise und Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Umfang und Tiefe der Prüfung der Umweltauswirkungen wurden von den Ministerien in einer interministeriellen Besprechung am 04.08.2011 festgelegt. Untersuchungstiefe und Untersuchungsbreite wurde an den geringen Detaillierungsgrad der gesetzlichen Änderung angepasst.

4.2. Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen bei der Durchführung der gesetzlichen Aufhebung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Durch die gesetzliche Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen werden keine konkreten Standorte für Windkraftanlagen festgelegt und keine Aussagen zur konkreten Genehmigungsfähigkeit solcher Anlagen getroffen. Da insoweit nur der Rechtsrahmen für die Regionalplanung raumbedeutsamer Windkraftanlagen geändert wird (gesetzgeberische Planungsentscheidung), sind unmittelbare Auswirkungen auf die Umwelt erst durch die Errichtung von Windkraftanlagen denkbar.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen werden im Zusammenhang mit der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung geregelt. Um die Auswirkungen der Gesetzesänderung anhand der konkreten Entwicklung zu beobachten, wird sich die Landesregierung regelmäßig über die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen und Windplanungen berichten lassen.

4.3. Allgemein verständliche Zusammenfassung der erforderlichen Angaben

Die SUP-Richtlinie der Europäischen Union hat zum Ziel, ein hohes Umweltschutzniveau zu sichern. Daher wurde für bestimmte Programme und Pläne, deren Durchführung voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hat, die Pflicht zur Durchführung einer Umweltprüfung eingeführt. Entsprechend den

- 8 -

gesetzlichen Grundlagen umfasst die „Umweltprüfung“ die Ausarbeitung eines Umweltberichts, die Durchführung von Konsultationen, die Berücksichtigung des Umweltberichts und der Ergebnisse der Konsultationen bei der Entscheidungsfindung und die Unterrichtung über die Entscheidung.

Die Pflicht zur Durchführung einer Umweltprüfung für die Änderung des Landesplanungsgesetzes, die die Aufhebung der Festlegungen für Vorrang- und Ausschlussgebiete der bestehenden Regionalpläne vorsieht, ergibt sich dabei direkt aus der Anwendung der SUP-Richtlinie.

Ergebnis:

Durch die gesetzliche Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete werden keine konkreten Standorte für Windkraftanlagen festgelegt. Es wird nur der Rechtsrahmen für die Regionalplanung raumbedeutsamer Windkraftanlagen geändert. Unmittelbare Auswirkungen auf die Umwelt sind erst durch die Errichtung von Windkraftanlagen im konkreten Einzelfall denkbar. Mit dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren wird zum einen sichergestellt, dass durch die Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteile und erheblichen Beeinträchtigungen hervorgerufen werden können und eine entsprechende Vorsorge, insbesondere durch dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen, getroffen wird. Zum anderen dürfen generell öffentlich-rechtliche Vorschriften, beispielsweise des Natur- und Artenschutzes, der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, dem Vorhaben nicht entgegen stehen.



**Abschlussbericht zur
Strategischen Umweltprüfung zur
Aufhebung der in den Regionalplänen bestehenden Vorrang- und
Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen**

Vorbemerkung

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Landesplanungsgesetzes dient dem zeitnahen und deutlichen Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg. Ziel ist, im Jahr 2020 mindestens 10 Prozent der Stromerzeugung¹ aus heimischer Windkraft zu decken. Dazu sieht Artikel 1 des Gesetzentwurfs vor, dass Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in Regionalplänen nur noch in Form von Vorranggebieten und nicht mehr in Form von Ausschlussgebieten möglich sind. Artikel 2 des Gesetzentwurfs enthält die gesetzliche Aufhebung der bisherigen Festlegungen von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen in den Regionalplänen (künftig: Wind-Regionalpläne), soweit sie nicht unter dem Regime eines Staatsvertrags (Regionalverband Donau-Iller, Verband Region Rhein-Neckar) stehen. Die bestehenden Wind-Regionalpläne würden mit ihren Festlegungen von Vorrang- und besonders Ausschlussgebieten ansonsten positiven Neuplanungen von Städten und Gemeinden entgegenstehen. Artikel 3 des Gesetzentwurfs sieht jetzt für die Aufhebung der Wind-Regionalpläne eine Übergangsfrist bis einschließlich 31. Dezember 2012 vor.

Mit Beschluss des Ministerrats vom 27. September 2011 wurde der Gesetzentwurf zur Anhörung freigegeben und die zuständigen Ministerien beauftragt, das für die strategische Umweltprüfung erforderliche Beteiligungsverfahren der Behörden und der Öffentlichkeit durchzuführen und auszuwerten und unter Vorlage der für die Umweltprüfung erforderlichen Angaben parallel zur Vorlage der Ergebnisse der Anhörung zu dem Gesetzentwurf zu berichten.

Für das Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungsverfahren im Rahmen der erforderlichen Strategischen Umweltprüfung wurde der Gesetzentwurf samt Begründung, der Umweltbericht und die jeweiligen aufzuhebenden Wind-Regionalpläne in der Zeit vom 15. Dezember 2011 bis 16. Januar 2012 bei allen neun Stadtkreisen, 35 Landkreisen und zwölf Regionalverbänden in Baden-Württemberg zur Einsichts- und Stellungnahme ausgelegt. Ebenfalls ausgelegt wurden die Unterlagen beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur und auf dessen Internetseite. Zusätzlich wurden mit Schreiben des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur vom 6. Dezember 2011 mehr als 2.500 Träger öffentlicher Belange und Behörden auf ihre Möglichkeit zur Einsichts- und Stellungnahme hingewiesen. Ende der Äußerungsfrist war der 30. Januar 2012.

Gegenstand der Zusammenfassenden Erklärung ist die Erläuterung, wie Umwelterwägungen in den Plan einbezogen wurden, wie der Umweltbericht und die im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung abgegebenen Stellungnahmen berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der angenommene

¹ Im Vorblatt und der Gesetzesbegründung wurde als Bezugsgröße für den Ausbau der Windkraft bis 2020 bisher 10 Prozent des jährlichen Strombedarfs in Baden-Württemberg genannt, wobei dafür 7 TWh/Jahr zugrunde gelegt wurden. Dies entspricht jedoch 10 Prozent der Stromerzeugung. Bislang wurden die Begriffe „Strombedarf“ und „Stromerzeugung“ synonym verwendet. Im Vorblatt und der Gesetzesbegründung wird jetzt – als begriffliche Klarstellung – der Begriff „Stromerzeugung“ verwendet. Da das Ausbauziel nicht geändert wird, ergeben sich für die Umweltprüfung und deren Ergebnis keine Änderungen.

Plan (also Artikel 2 des Gesetzentwurfs) nach Abwägung mit den geprüften vernünftigen Alternativen gewählt wurde und wie die Maßnahmen zur Überwachung beschlossen wurden.

Zusammenfassende Erklärung

1. Einbeziehung der Umweltauswirkungen in Artikel 2 des Gesetzentwurfs:

Artikel 2 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesplanungsgesetzes sieht die gesetzliche Aufhebung der Wind-Regionalpläne vor und unterliegt aus diesem Grund der Umweltprüfung nach der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 27. Juni 2001 (ABl. L 197 vom 21. Juli 2001, S. 30 ff. - künftig SUP-Richtlinie). Im Rahmen der Umweltprüfung wird ermittelt, ob und gegebenenfalls welche erheblichen positiven wie negativen Umweltauswirkungen durch die gesetzliche Aufhebung zu erwarten sind. Artikel 2 des Gesetzentwurfs wurde einer strategischen Umweltprüfung unterzogen. Ein Umweltbericht wurde erstellt.

Die Landesregierung hat sich für diese und die weiteren Verfahrensschritte an den Vorgaben des Landesplanungsgesetzes für die Umweltprüfung bei der Änderung eines Regionalplans (§ 2 a Landesplanungsgesetz) orientiert. Nach den gesetzlichen Vorgaben im Landesplanungsgesetz wird verlangt, dass die betroffenen Behörden, zu deren Aufgaben die Wahrnehmung von umweltbezogenen Belangen gehören und deren Aufgabenbereich durch die Umweltauswirkungen von Artikel 2 des Gesetzentwurfs voraussichtlich berührt sind, bei der Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichts beteiligt werden (Scoping). Dabei gilt bei Festlegung des Untersuchungsrahmens: je konkreter und räumlich bestimmter eine regionalplanerische Festlegung ist, umso mehr können erhebliche Umweltauswirkungen bereits auf dieser Ebene beschrieben werden.

In einer interministeriellen Arbeitsgruppe vom 4. August 2011 mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur wurde die Vorgehensweise zur Erstellung des Umweltberichts und dessen Untersuchungsrahmen festgelegt. Angesichts der Tatsache, dass eine Fläche von rund 2.319.807 ha/23.198 km² (es handelt sich dabei um einen Näherungswert: Von der Gesamtfläche der betroffenen Regionen werden die Ortslagen abgezogen; diese sind mit dem bauplanungsrechtlichen Innenbereich nicht identisch, können jedoch als Anhaltspunkt herangezogen werden) von der Aufhebung der Wind-Regionalpläne betroffen ist, und dass durch die Aufhebung der Wind-Regionalpläne noch keine konkreten Standorte für neue Anlagen bestimmt werden, wurden Untersuchungstiefe und Untersuchungsbreite dem generell-abstrakten Regelungscharakter von Artikel 2 des Gesetzentwurfs folgend mit einem geringen Detaillierungsgrad festgelegt.

Im Anschluss wurde der Umweltbericht aufgrund von Stellungnahmen des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur erarbeitet und vom Ministerrat in seiner Sitzung vom 27. September 2011 beschlossen.

2. Berücksichtigung der Umwelterwägungen und des Umweltberichts:

2.1 Inhalt der Regelung

Inhalt der Regelung ist der oben genannte Wechsel des planerischen Konzepts und damit die Aufhebung der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete in den bestehenden Regionalplänen. Als Folge davon wird auch eine entsprechende Flächennutzungsplanung für Windkraftanlagen ermöglicht.

Bei Nichtdurchführung würden die bisherigen Festlegungen von flächendeckenden Vorrang- und Ausschlussgebieten in den Regionalplänen bestehen bleiben.

2.2 Darstellung der in den einschlägigen Fachgesetzen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für die Aufhebung von regionalplanerischen Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen von Bedeutung sind und der Art, wie diese Ziele und die Belange dabei berücksichtigt wurden.

Umweltziele können sich aus den gesetzlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Landes, aus dem Landesentwicklungsplan und den Regionalplänen sowie weiteren Dokumenten wie etwa dem Umweltplan und dem Energiekonzept des Landes ergeben. Die Umweltziele, die für die Planung von Bedeutung sind, dienen dabei als Bewertungsmaßstab für die Umweltauswirkungen der vorgesehenen Aufhebung der Wind-Regionalpläne. Aus der Vielzahl der existierenden Zielvorgaben werden diejenigen ausgewählt, die für Artikel 2 des Gesetzes von sachlicher Relevanz sind. Gleichzeitig müssen sie einen der „landesweiten“ Planung ohne konkrete Standortfestlegungen der Windkraftanlagen entsprechenden räumlichen Bezug und Abstraktionsgrad haben. Für Artikel 2 des Gesetzes sind die nachfolgend genannten Umweltziele, die positiv oder negativ berührt sein können, von Bedeutung.

- Klimaschutz: Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes durch Steigerung der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien durch Ausbau der Windenergienutzung. Dieses Umweltziel ergibt sich aus dem Energiekonzept Baden-Württemberg 2020, dem Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie gemäß der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, dem Ministerratsbeschluss zu Eckpunkten für ein Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg und für ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept vom 7. Februar 2012. Auch das Raumordnungsgesetz des Bundes sieht vor, dass den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen ist, etwa durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken.
- Sichere Energieversorgung: Zweck des Energiewirtschaftsgesetzes ist unter anderem eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht (§ 1 Abs.1). Nach dem Raumordnungsgesetz des Bundes ist den räumlichen Erfordernissen für eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung Rechnung zu tragen. Nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 2002 gehört zum Leitbild der räumlichen Entwicklung unter anderem auch, die Versorgung des Landes mit Energie sicherzustellen.

- Flächensparen: Dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen ist, ergibt sich aus dem Raumordnungsgesetz des Bundes, dem Landesplanungsgesetz und dem Landesentwicklungsplan sowie für die gemeindliche Bauleitplanung aus dem Baugesetzbuch.
- Schutz des Landschaftsbildes: Ein wesentliches Ziel des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) ist es, die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie den Erholungswert von Natur und Landschaft zu schützen. Konkretisiert wird dieses Ziel durch Schutzgebietsverordnungen, die diesen Schutzzweck ausdrücklich enthalten (insbesondere Landschaftsschutzgebiete, Biosphärengebiete, Naturparke und Naturschutzgebiete). In Bereichen, die nicht durch eine spezifische Verordnung geschützt werden, sind auf der Grundlage der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung erhebliche Beeinträchtigungen der Landschaft zu vermeiden, zu kompensieren oder im Einzelfall aus Gründen des Landschaftsschutzes abzulehnen.
- Schutz von Flora, Fauna und der biologischen Vielfalt: Nach dem BNatSchG sind die Vielfalt der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten sowie die Vielfalt der Lebensräume zu schützen und auf Dauer zu sichern. Zur Sicherung der biologischen Vielfalt zielt das BNatSchG insbesondere auf die Erhaltung lebensfähiger Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen sowie der natürlich vorkommenden Lebensräume. Gefährdungen der Arten soll entgegengewirkt werden. Dies erfolgt durch Schutzgebiete, insbesondere durch das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 bestehend aus FFH- und Vogelschutzgebieten, durch Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder sowie gesetzlich geschützte Biotope. Ferner sehen die Bestimmungen des Artenschutzes für besonders und streng geschützte Arten Tötungs-, Verletzungs- und Störungsverbote vor; darüber hinaus wird die Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten verboten. Insbesondere der Umweltplan Baden-Württemberg und der Aktionsplan Biologische Vielfalt nehmen diese Ziele aus dem Blickwinkel des Landes auf und benennen weitere Maßnahmen, um für die Arten und Lebensräume günstige Erhaltungsstände herzustellen.
- Schutz der Gesundheit des Menschen vor Lärm, Beschattung, Lichteffekten: Das Bundes-Immissionsschutzgesetz schreibt in den sogenannten Grundpflichten des § 5 vor, dass immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen, zu denen die Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 m zählen, so zu errichten und zu betreiben sind, dass schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können. Zu diesen negativen Faktoren gehören Lärm, Beschattung und Lichteffekte.
- Kultur- und Sachgüter: Aufgabe der Denkmalpflege ist es, Baudenkmale in ihrer denkmalwerten Bausubstanz und mit ihrem geschützten Erscheinungsbild als authentische Zeugnisse früherer Epochen zu erhalten. Gleichzeitig geht es bei heutigen Baumaßnahmen um die Umsetzung nachhaltiger Energiepolitik, insbesondere um bessere Energieeffizienz und die vermehrte Nutzung erneuerbarer Energien. Ziel ist es, im Bereich des Einsatzes erneuerbarer Energien innovative Lösungen zu finden, die sowohl dem Denkmalschutz als auch dem Klimaschutz Rechnung tragen.

Zu der Art, wie diese Ziele und die Belange bei der Aufhebung der Wind-Regionalpläne berücksichtigt wurden, ist festzuhalten, dass im Rahmen der planerischen Abwägung alle relevanten Belange eingestellt, bewertet und der Entscheidung über die Aufhebung der Wind-Regionalpläne zugrunde gelegt wurden. Die Ergebnisse der Strategischen Umweltprüfung waren Grundlage der planerischen Entscheidung. Die Bewertung der einzelnen Belange erfolgte entsprechend ihrem

objektiven Gewicht. In diesem Zusammenhang war von Bedeutung, dass angesichts der großräumigen Planungssituation der Detaillierungsgrad von Untersuchungstiefe und Untersuchungsbreite dem generell abstrakten Charakter der Aufhebung der Wind-Regionalpläne entsprachen. Weiter war im Rahmen der Berücksichtigung der Umweltauswirkungen ein entscheidender Gesichtspunkt, dass durch die Aufhebung der Wind-Regionalpläne keine konkreten Standorte für neue Anlagen bestimmt wurden. Das Ergebnis der Strategischen Umweltprüfung ging im Rahmen der planerischen Entscheidung in die Gesamtabwägung ein. Die näheren Einzelheiten der Berücksichtigung der Umweltbelange sind nachfolgend dargestellt.

2.3 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

2.3.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Im Rahmen der Bestandsaufnahme sind die einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, einschließlich der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinn des Bundesnaturschutzgesetzes zu ermitteln. Jedoch müssen nur die Angaben gemacht werden, die vernünftigerweise verlangt werden können.

Von der Aufhebung der Wind-Regionalpläne sind insgesamt rund 2.319.807ha/23.198 km² der Landesfläche (Näherungswert, s. o.) betroffen. Die aufzuhebenden Ausschlussgebiete umfassen dabei eine Fläche von rund 2.317.684 ha/23.177 km² (Näherungswert: Fläche der betroffenen Regionen abzüglich der Summe der Vorranggebiete und der Ortslagen; wie oben ausgeführt, sind die Ortslagen nicht identisch mit dem bauplanungsrechtlichen Innenbereich, können aber als Anhaltspunkt herangezogen werden). Im Ergebnis bilden die bisherigen Ausschlussgebiete damit mehr als 90 Prozent der Gesamtfläche der betroffenen Regionen.

Mit der Aufhebung der Wind-Regionalpläne wird die Zahl der potentiellen Standorte für Windkraftanlagen erheblich erweitert. Es werden jedoch keine konkreten Festlegungen für Standorte von Windkraftanlagen getroffen. Die Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands müsste sich demzufolge auf rund 90 Prozent der Fläche der betroffenen Regionen beziehen.

Selbst wenn die Flächen, auf die sich die Bestandsaufnahme bezieht, weiter beschränkt würden, etwa durch das Kriterium der windhöflichen Gebiete (dies würde bei einer Windgeschwindigkeit ab 5,3 m/s in 100 m Nabenhöhe bezogen auf die Fläche aller Regionen rund 21 Prozent der Landesfläche bedeuten), blieben sehr große Flächen übrig, die dann vollständig untersucht werden müssten, weil eine Konkretisierung auf mögliche neue Standorte im Rahmen der gesetzlichen Aufhebung der bestehenden Wind-Regionalpläne gerade nicht erfolgt. Eine Bestandsaufnahme in diesem Umfang kann mit vertretbarem Aufwand im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens nicht durchgeführt werden. Sie kann vernünftigerweise nicht verlangt werden. Die Aufhebung der Wind-Regionalpläne führt dazu, dass gebietscharfe Standortfestlegungen aufgehoben werden. Inhalt und Detaillierungsgrad dieses „Plans“ erfordern daher keine vertiefte Prüfung.

Auch sind Mehrfachprüfungen weder zielführend noch erforderlich. Im Rahmen der Aufstellung von Wind-Regionalplänen ist eine strategische Umweltprüfung durchzuführen. Auch im Falle der bauleitplanerischen Festlegung von Standorten für Windkraftanlagen muss eine strategische Umweltprüfung stattfinden. Schließlich sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens für Windkraftanlagen die Umweltauswirkungen zu prüfen. Dadurch ist gewähr-

leistet, dass vor jeder Genehmigung einer Windkraftanlage eine Prüfung der Wirkungen auf die Umwelt mit einer Bestandsaufnahme des Umweltzustands stattfindet.

Aus den genannten Gründen ist es auch nicht erforderlich, die Schutzgüter Flora und Fauna im Rahmen einer Bestandsaufnahme etwa in FFH-Gebieten oder Vogelschutzgebieten zu ermitteln. Die Prüfung, ob Windkraftanlagen im Einzelfall auf solchen Flächen errichtet werden können, ist vielmehr einem etwaigen Regional- und Bauleitplanverfahren sowie dem Genehmigungsverfahren vorbehalten.

Aus den genannten Gründen ist deshalb eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands an dieser Stelle weder zielführend noch mit vertretbarem Aufwand möglich.

2.3.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung bzw. Nichtdurchführung der gesetzlichen Aufhebung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Inhalt der Regelung ist die Aufhebung der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete in den bestehenden Wind-Regionalplänen. Als Folge davon wird auch eine entsprechende Flächennutzungsplanung für Windkraftanlagen ermöglicht. Bei Nichtdurchführung würden die bisherigen Festlegungen von flächendeckenden Vorrang- und Ausschlussgebieten in den Regionalplänen bestehen bleiben, bis die Regionalverbände neue Windregionalpläne unter dem neuen Planungsregime aufgestellt hätten. Dies würde voraussichtlich mehrere Jahre dauern. In dieser Zeit könnte in den bestehenden Ausschlussgebieten gar kein, und in den Vorranggebieten kein wesentlicher Zubau von Windkraftanlagen mehr erfolgen.

Über die Entwicklung des Umweltzustands konkreter Gebiete bei der jetzigen und der zukünftigen Rechtslage eine belastbare Prognose abzugeben, ist angesichts der Tatsache, dass die konkreten Standorte künftig zu bauender Windkraftanlagen nicht prognostizierbar sind, nicht möglich. Die Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete betrifft rund 2.319.807 ha/23.198 km², allein die bisherigen Ausschlussgebiete umfassen rund 2.317.684 ha/23.177 km². Konkrete Standorte für Windkraftanlagen werden mit der Aufhebung jedoch nicht festgelegt. Vielmehr können die künftigen Standorte für Windkraftanlagen durch regionalplanerische Vorranggebiete sowie gegebenenfalls durch die kommunale Bauleitplanung – unter Berücksichtigung möglicher Umweltauswirkungen – gesteuert werden. Deshalb kann gegenwärtig nicht konkret abgesehen werden, an welchen Standorten künftig Windkraftanlagen gebaut werden und in welchem Maße etwa Beeinträchtigungen von schutzwürdigen Landschaften oder durch Lärm, Beschattung und Lichteffekte zu erwarten sind. Da es mit Aufhebung der Wind-Regionalpläne an gebietscharfen Festlegungen fehlt, ist eine detaillierte und vertiefte Prüfung der Umweltauswirkungen an dieser Stelle nicht erforderlich. Wie oben (Bestandsaufnahme) bereits ausgeführt, sind außerdem Mehrfachprüfungen weder zielführend noch erforderlich. Daher kann im vorliegenden abstrakt-generellen Planungsstand auf eine detaillierte Prüfung der Umweltauswirkungen aller theoretisch möglichen Standorte verzichtet werden.

Eine Prognose über mögliche erhebliche Umweltauswirkungen kann und muss hier daher nur in abstrakter Form vorgenommen werden. Anzunehmen ist, dass quantitativ mehr und qualitativ leistungsfähigere Windkraftanlagen gebaut werden. Die Landesregierung plant, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 Prozent der Stromerzeugung aus „heimischer“ Windkraft zu decken. Dies setzt ei-

nen jährlichen Zubau von 100 bis 150 Windkraftanlagen (3 MW) voraus, insgesamt von rund 1.200 Anlagen. Dadurch werden die nachfolgenden Umweltziele berührt sein.

Positiv berührt werden die Umweltziele:

- Umweltziel Klimaschutz
Der Klimaschutz ist ein zentrales Ziel der Landesregierung, das durch ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept sowie ein Klimaschutzgesetz umgesetzt werden soll. Die Eckpunkte für ein Klimaschutzgesetz sehen vor, die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent zu senken. Bis zum Jahr 2050 wird gegenüber dem Stand von 1990 eine Reduzierung um 90 Prozent angestrebt. Ein wesentliches Instrument zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen ist der konsequente und rasche Ausbau der erneuerbaren Energien. Damit soll zum Einen vermieden werden, dass durch die Beendigung der als CO₂-frei geltenden Stromerzeugung mittels Kernkraftwerken bis zum Jahre 2022 der Strombedarf verstärkt durch fossile Kraftwerke, insbesondere Kohlekraftwerke gedeckt werden muss. Zum anderen sollen die erneuerbaren Energien langfristig die verbliebenen fossilen Kraftwerke ersetzen und so die Treibhausgasemissionen aus der Stromerzeugung weitgehend verringern. Wie oben ausgeführt, sollen bis zum Jahr 2020 mindestens 10 Prozent der Stromerzeugung aus „heimischer“ Windkraft gedeckt werden. Die Aufhebung der geltenden Wind-Regionalpläne ermöglicht den zügigen Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg. Er fördert in hohem Maße das Umweltziel „Klimaschutz“, da die Stromerzeugung mittels Windkraftanlagen sehr emissionsarm erfolgt. Treibhausgasemissionen fallen lediglich bei der Produktion und der Errichtung der Anlagen an. Vorliegende Studien weisen unter Berücksichtigung des Lebenszyklus für die Windenergie Emissionen von umgerechnet 10 – 38 g CO₂-Äquivalent je erzeugter Kilowattstunde Strom aus. Damit schneidet die Windenergie ähnlich günstig wie die Wasserkraft (4 – 36 g) und nach derzeitigem Stand der Technik deutlich günstiger als die Photovoltaik (78 – 216 g) ab.
- Umweltziel „sichere Energieversorgung“
Mit der Aufhebung der geltenden Wind-Regionalpläne soll ein zügiger Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg mit rund 100 bis 150 Anlagen pro Jahr erreicht werden. Sie dient damit in erheblichem Maße der sicheren Stromversorgung des Landes. In 2010 hatte die Atomenergie noch einen Anteil von 50 Prozent an der Stromerzeugung in Baden-Württemberg. Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima im März 2011 und dem Beschluss der Bundesregierung zum beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie muss diese Stromerzeugung bis 2022 ersetzt werden. Die Landesregierung plant hierzu u.a. bis 2020 eine Erhöhung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf 38 Prozent, darunter aus Windkraft 10 Prozent und aus Photovoltaik 12 Prozent.

Negativ berührt werden die Umweltziele:

- Umweltziel Flächenverbrauch/Boden
Mit Grund und Boden ist sparsam und schonend umzugehen. Beim Bau von Windkraftanlagen werden Flächen versiegelt. Die Flächenversiegelung für die eigentliche Anlage (d.h. allein für die Sockelfläche) beträgt ca. 100 qm. Beim geplanten Bau von 1.200 Anlagen werden also rund 120.000 qm = 12 ha versiegelt. In Anbetracht der Gesamtfläche der betroffenen Regionen von rund 2.555.312 ha/25.553 km² werden damit in relativ nur sehr geringem Umfang Flächen versiegelt. Nach § 35 Abs. 5 S. 2 BauGB ist als Zulässigkeitsvoraussetzung der Errichtung einer

Windkraftanlage eine Verpflichtungserklärung abzugeben, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen. Dadurch ist sichergestellt, dass die Flächenversiegelung im konkreten Einzelfall nur besteht, solange die Windkraftanlage zur Energieerzeugung genutzt wird und deshalb positive Auswirkungen auf die Umweltziele Klimaschutz und sichere Energieversorgung hat.

Darüber hinaus werden häufig vorhandene Infrastruktureinrichtungen (Zufahrtswege, Leitungsanlagen) zur Erschließung der Windkraftanlagen nicht ausreichen und Transportwege müssen ausgebaut werden. Dies kann beispielsweise erforderlich sein beim Bau von Windkraftanlagen in bisher nicht ausreichend erschlossenen Lagen. Meist wird sich der Ausbau auf die Verbreiterung vorhandener Wege (landwirtschaftliche Wege, Forstwege) für die Bauphase und auf möglichst kurze Zuwegungen von diesen Wegen zum Standort der Anlage beschränken. Letztlich kann dies jedoch nur im Einzelfall beurteilt werden.

Die für einen Windpark darüber hinaus erforderliche Fläche, also der von dem jeweiligen Windrad bestrichene Bereich der Erdoberfläche und die zwischen den Windrädern erforderlichen Abstandsflächen, können im Hinblick auf die Frage der Versiegelung weitestgehend unberücksichtigt bleiben, weil auf diesen Flächen die bisherige – in der Regel land- oder forstwirtschaftliche – Nutzung regelmäßig weiterhin möglich bleibt.

Im Ergebnis wird das Umweltziel Flächensparen durch die Aufhebung der Windregionalpläne berührt. Angesichts der Größenordnung der versiegelten Fläche handelt es sich jedoch um eine eher geringfügige Beeinträchtigung.

- Umweltziel Landschaftsschutz

Durch den Neubau von bis zu 1.200 Windkraftanlagen bis zum Jahr 2020 wird das Erscheinungsbild der jeweils betroffenen Landschaften im Regelfall erheblich verändert werden. Insbesondere kann die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft durch die Sichtbarkeit von Windkraftanlagen mit den sich bewegenden Rotoren betroffen sein. Ferner kann für den Erholungssuchenden eine Minderung des Erholungswertes eintreten oder es können historisch gewachsene Kulturlandschaften mit technischen Bauwerken überformt werden. Es kommt hinzu, dass Windkraftanlagen auf Grund des Windangebots häufig an weithin wahrnehmbaren Standorten realisiert werden sollten.

Die geltenden Gesetze begrenzen jedoch die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Belange des Landschaftsbildes sind in der Regional- und Bauleitplanung zu berücksichtigen und mit den übrigen Belangen, insbesondere der Windhöflichkeit des potenziellen Standorts und dem Anliegen, der Windkraft an geeigneten Standorten eine ihrer Privilegierung entsprechende Chance zu geben, abzuwägen. Gewichtige Belange des Landschaftsbildes können vorliegen, wenn die Standorte für Windkraftanlagen oder einen Windpark zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung eines Landschaftsbildes von herausragender Vielfalt, Eigenart und Schönheit führen würden. Gleichzeitig muss aber der Planungsträger berücksichtigen, ob und inwieweit aufgrund der Windhöflichkeit sowie der Standortverhältnisse für die Windkraftnutzung besonders geeignete Bereiche betroffen sind. Bei Landschaftsschutzgebieten, Pflegezonen von Biosphärengebieten und Naturparks sind im Rahmen von gesonderten Entscheidungen (Befreiung oder Änderung der Schutzgebietsverordnung) die Schutzzwecke der Verordnung, die häufig auf den Schutz spezieller Landschaftsformen und -elemente ausgerichtet sind, in die Abwägung einzubeziehen.

Wo keine Steuerung durch die Regional- oder Bauleitplanung stattfindet, ist eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu prüfen. Einer Genehmigung kann in diesen Fällen die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung entgegenstehen, wenn eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Landschaftsbildes vorliegt oder der Standort nicht über eine ausreichende Windhöflichkeit verfügt.

Im Ergebnis wird somit das Landschaftsbild durch den Zubau dieser hohen Anzahl von Windkraftanlagen erheblich beeinflusst; besonders schwerwiegende Eingriffe in ein herausragendes Landschaftsbild werden durch die Planungs- und Genehmigungsinstrumente jedoch vermieden.

- Umweltziel Schutz von Flora, Fauna und biologischer Vielfalt
Angesichts des zu erwartenden Zubaus von 1.200 Windkraftanlagen bis 2020 können Verluste bei windkraftempfindlichen Arten (Vögel, Fledermäuse) nicht ausgeschlossen werden. Erhebliche Verluste sind jedoch nicht zu erwarten. Dies ergibt sich daraus, dass bestimmte Schutzgebietstypen (z. B. Naturschutzgebiete, Kernzonen von Biosphärengebieten), die dem Artenschutz dienen, von der Überplanung mit Windkraftanlagen ausgeschlossen sind und Natura 2000-Gebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) nur als Standorte für Windkraftanlagen in Betracht kommen, wenn erhebliche Beeinträchtigungen dieser Gebiete auf der Grundlage einer Verträglichkeitsprüfung ausgeschlossen werden können. Hinzu kommt, dass – soweit bekannt und fachlich konkretisiert – Zugkonzentrationskorridore von Vögeln oder Fledermäusen, bei denen Windkraftanlagen zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können, sowie Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung für Standortplanungen generell tabu sind.

Erhebliche Verluste inner- und außerhalb der genannten Bereiche werden auch dadurch vermieden, dass von Kollisionen mit Windkraftanlagen betroffene Vogel- und Fledermausarten dem Schutz der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände unterfallen. Diese Vorschriften sind entsprechend der Planungs- und Untersuchungstiefe der jeweiligen Verfahrensstufe zu berücksichtigen. Der Artenschutz unterliegt hierbei nicht der planerischen Abwägung. Im Rahmen der Bauleitplanung und bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren müssen insbesondere die Betroffenheit von Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und die europäischen Vogelarten untersucht werden. Sofern durch den Bau und den Betrieb maßgebliche Beeinträchtigungen dieser Arten zu befürchten sind, müssen Vermeidungsmaßnahmen aufgezeigt und durchgeführt werden. Wenn dennoch eine signifikante Erhöhung des Verletzungs- und Tötungsrisikos dieser Arten durch das Vorhaben eintritt, wird der entsprechende artenschutzrechtliche Verbotstatbestand erfüllt und die Anlage kann nur unter den engen Voraussetzungen eines Ausnahmetatbestands genehmigt werden.

Neben den nach europäischem Recht geschützten Arten unterliegen auch die nach nationalem Recht streng oder besonders geschützten Arten den Verbotstatbeständen. Eine Beeinträchtigung dieser Arten ist im Rahmen der Prüfung der Eingriffsregelung zu bewältigen.

- Umweltziel Gesundheit des Menschen
Beeinträchtigungen der menschlichen Gesundheit durch den Ausbau der Windkraft sind nicht zu erwarten. Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens wird geprüft, ob die geltenden immissionsschutzrechtlichen Vorschriften zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, vor erheblichen

Nachteilen und erheblichen Belästigungen eingehalten werden. Dabei wird unter anderem darauf geachtet, dass die Lärmgrenzwerte nach der TA Lärm nicht überschritten werden, dass die Beschattungsdauer die von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz erarbeiteten Werte nicht übersteigt (WEA-Schattenwurf-Hinweise vom Mai 2002) und dass die Rotoren so beschichtet werden, dass keine unzulässigen optischen Immissionen entstehen. Neben der Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Vorschriften wird im Genehmigungsverfahren auch die Sicherstellung anderer öffentlicher Vorschriften geprüft, die sich auf die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung auswirken können. Der Schutz der menschlichen Gesundheit insbesondere vor Beeinträchtigung durch Lärm, Beschattung, Discoeffekt und Eiswurf wird somit durch die geltenden gesetzlichen Regelungen gewährleistet, die im Genehmigungsverfahren geprüft werden.

- Umweltziel Schutz von Kultur- und Sachgütern
Belange des Denkmalschutzes sind grundsätzlich im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen. Dabei muss im Einzelfall geprüft werden, ob die Errichtung der Windkraftanlage mit dem Schutz des betreffenden Kulturdenkmals vereinbar ist. Insbesondere können zur Umsetzung der Belange des Denkmalschutzes auch Nebenbestimmungen und Auflagen festgesetzt werden.

Gewichtung und Gesamtabwägung

Die Prüfung ergibt, dass die Aufhebung der geltenden Windregionalpläne die Umweltziele Klimaschutz und „sichere Energieversorgung“ in hohem Maße fördert. Dem steht eine relativ geringe Fläche gegenüber, die möglicherweise zum Teil auch nur temporär versiegelt wird. Des Weiteren wird die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Erhaltungszustand der Arten auf Grund der bei Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen zu beachtenden Schutzgebietsbestimmungen und Vorgaben des Artenschutzrechts sowie durch geeignete Vorsorgemaßnahmen nicht maßgeblich beeinflusst. Das Landschaftsbild kann durch den Bau von rund 1.200 Windkraftanlagen Veränderungen erfahren. Schwerwiegende Beeinträchtigungen können jedoch durch die Berücksichtigung des Landschaftsschutzes in den Planungs- und Genehmigungsverfahren vermieden werden. Es kommt hinzu, dass z. B. bei Landschaftsschutzgebieten und Naturparks dem Landschaftsbild eine besondere Wertigkeit im Rahmen der Abwägung zukommt. Weitere Beeinträchtigungen der Umwelt oder negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sind aufgrund der zu beachtenden Schutzvorschriften nicht zu erwarten, da Genehmigungen für die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen nur erteilt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass sowohl die immissionsschutzrechtlichen Vorschriften zum Schutz vor Lärm und sonstigen schädlichen Umwelteinwirkungen als auch alle anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Dem Schutz von Kulturdenkmälern kann durch die erforderliche Berücksichtigung von Belangen des Denkmalschutzes im Planungs- und Genehmigungsverfahren Rechnung getragen werden.

In der Gesamtabwägung fällt gegenüber der starken Förderung des Klimaschutzes und der „sicheren Energieversorgung“ insbesondere die mögliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ins Gewicht. Eine gewisse Veränderung des Landschaftsbildes ist im Rahmen der Gesamtabwägung in Kauf zu nehmen. Im Ergebnis des Umweltberichts war damit eine Änderung des Artikels 2 des Gesetzentwurfs vor dem Hintergrund erheblicher Umweltauswirkungen nicht geboten.

Prognose bei Nichtdurchführung der Planung

„Nichtdurchführung der Planung“ bedeutet im vorliegenden Fall, dass die geltenden Wind-Regionalpläne nicht wie in Artikel 2 des Gesetzentwurfs durch dieses Gesetz aufgehoben würden. Artikel 1 des Gesetzentwurfs bliebe aber unverändert, das heißt, in neuen Regionalplänen könnten nur noch Vorranggebiete für Windkraftanlagen festgelegt werden.

Ohne gesetzliche Aufhebung der geltenden Wind-Regionalpläne nach der vorgesehenen Übergangsfrist, die der Regionalplanung und der kommunalen Flächennutzungsplanung die Möglichkeit zur planerischen Steuerung der Windkraftnutzung bietet, würde der angestrebte Ausbau der Windkraft dennoch erfolgen, wenn auch verzögert. Denn die bestehenden Wind-Regionalpläne würden dann jeweils mit dem Inkrafttreten eines nach den neuen gesetzlichen Vorgaben aufgestellten Wind-Regionalplans außer Kraft treten.

Somit würden durch die gesetzliche Aufhebung der Wind-Regionalpläne möglicherweise entstehende Umweltauswirkungen bei „Nichtdurchführung der Planung“ dann in gleicher Weise zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Regionalplans entstehen. Die positiven Auswirkungen für die Umweltziele „Klimaschutz“ und „sichere Energieversorgung“ würden dann ebenfalls erst entsprechend später eintreten.

2.3.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Durch die Änderung der gesetzlichen Grundlagen und die Aufhebung der bestehenden regionalplanerischen Festlegungen zur Windkraftsteuerung wird zunächst nur die planungsrechtliche Zulässigkeit der Errichtung von Windkraftanlagen beeinflusst. Nachteilige Auswirkungen im Hinblick auf die Schutzgüter des Bundesimmissionsschutzgesetzes können erst durch die Errichtung von Windkraftanlagen im konkreten Einzelfall entstehen. Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen werden im Zusammenhang mit der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung geregelt. Unterstützung bietet dabei der „Windenergieerlass Baden-Württemberg“, der gegenwärtig im Entwurf vorliegt. Der Windenergieerlass soll allen an dem gesamten Verfahren zur Planung, Genehmigung und Bau von Windenergieanlagen beteiligten Fachstellen, Behörden, Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern und Investoren eine praxisorientierte Handreichung und Leitlinie für das gesamte Verfahren bieten. Er enthält unter anderem Hinweise und Maßstäbe zu zahlreichen Schutzaspekten und Schutzgütern für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. Für die Träger der Regionalplanung, die Gemeinden und sonstigen Träger der Bauleitplanung bietet er entsprechende Hilfestellung für die Planung.

2.3.4 In Betracht kommende anderweitige Möglichkeiten

Als Alternative zu der geplanten Aufhebung der festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebiete zum 1. September 2012 hatte die Landesregierung im Umweltbericht u. a. den Verzicht auf diese Aufhebung dargestellt. Die bestehenden Festlegungen von Vorrang- und Ausschlussgebieten würden dann bis zum Inkrafttreten einer Neuplanung durch den jeweiligen Träger der Regionalplanung weiter gelten. Diese Alternative wurde mit der Begründung verworfen, der dafür erforderliche Zeitraum sei – gemessen an dem Ziel des Gesetzes – nicht vertretbar.

Diese Bewertung gilt unverändert, auch wenn im Gesetzentwurf nun vorgesehen ist, dass die Übergangsfrist nicht mehr mit Ablauf des 31. August 2012, sondern mit Ablauf des 31. Dezember 2012 enden soll.

Die jetzt vorgesehene Übergangsfrist bietet der Regionalplanung und der kommunalen Flächennutzungsplanung die Möglichkeit zur planerischen Steuerung der Windkraftnutzung. Eine weitere Verlängerung der Übergangszeit, beispielsweise wie in manchen Stellungnahmen gewünscht bis Ende 2013, würde einem raschen und deutlichen Ausbau der Windkraft entgegenstehen. Auch eine solche Verlängerung wäre daher gemessen am ausdrücklichen Ziel des Gesetzes nicht vertretbar.

Die in mehreren Stellungnahmen empfohlene Alternative, für die Zukunft als Planungsregime die Kombination von Vorrang und Ausschlussgebieten (nicht flächendeckend) vorzusehen, wurde im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens ebenfalls geprüft, aus folgenden Gründen jedoch nicht gewählt: Um den angestrebten Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg zu erreichen, wären bei dieser Alternative flächenmäßige Zielvorgaben für Vorranggebiete erforderlich.

Zielvorgaben dürften vor dem Hintergrund, dass es dafür an einer auf die einzelne konkrete Region des Landes „herunterbrechbaren“ Vorgabe des Ausbaubedarfs fehlt, nicht praktikabel sein. Des Weiteren könnten die festzulegenden Ausschlussgebiete flächenmäßig nicht begrenzt werden, so dass eine Planung auf dieser Grundlage im Ergebnis wieder auf eine Schwarz-Weiß-Planung hinauslaufen könnte, bei der es bisher nicht zu einem maßgeblichen Ausbau der Windkraft gekommen ist.

Vorgeschlagen wurde auch eine partielle Ersetzung der bestehenden Wind-Regionalpläne durch kommunale Bauleitplanung. Danach soll anstelle der in Artikel 2 vorgesehenen generellen Aufhebung der Wind-Regionalpläne die bisherige regionalplanerische Ausschlusswirkung nur da aufgehoben werden, wo in einem Flächennutzungsplan neue Flächen für die Windkraftnutzung dargestellt werden.

Eine solche räumlich-partielle Ersetzung von geltenden Regionalplänen je nach Wirksamwerden von gemeindlichen Flächennutzungsplänen würde jedenfalls zu einer nicht transparenten Sach- und Rechtslage führen. Es wäre schwierig festzustellen, welcher Regionalplan in welchem räumlichen Teilbereich wann seine Gültigkeit verliert. Darüber hinaus würde der Vorschlag bedeuten, dass die regionalplanerisch festgelegten Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen gegenüber Investoren – jedenfalls zunächst und über die bisher vorgesehene Übergangsfrist hinaus – weitergelten. Dies widerspräche dem Ziel, den Ausbau der Windkraft möglichst rasch zu beginnen.

2.4 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen bei der Durchführung der gesetzlichen Aufhebung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen

Durch die gesetzliche Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen werden keine konkreten Standorte für Windkraftanlagen festgelegt und keine Aussagen zur konkreten Genehmigungsfähigkeit solcher Anlagen getroffen. Da insoweit nur der Rechtsrahmen für die regionalplanerische Steuerung raumbedeutsamer Windkraftanla-

gen geändert wird (gesetzgeberische Planungsentscheidung), sind unmittelbare Auswirkungen auf die Umwelt erst durch die Errichtung von Windkraftanlagen denkbar.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen werden im Zusammenhang mit der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung geregelt. Um die Auswirkungen der Gesetzesänderung anhand der konkreten Entwicklung zu beobachten, wird sich die Landesregierung regelmäßig über die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen und Windplanungen berichten lassen.

Hierzu wird das Berichtssystem der Gewerbeaufsicht genutzt werden. Die Genehmigungsbehörden werden künftig die Anzahl der erteilten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen und die Zahl der von der jeweiligen Genehmigung erfassten Anlagen mit der entsprechenden Leistung und weiteren technischen Angaben in das Berichtssystem der Gewerbeaufsicht kontinuierlich eintragen. Das System wird auch eine Angabe vorsehen, ob die Anlagen in Vorranggebieten, in Konzentrationszonen oder außerhalb solcher planerisch festgelegter Gebiete errichtet werden. Das Berichtssystem kann vom Umweltministerium jederzeit ausgewertet werden.

Über die neu aufzustellenden Windplanungen werden regelmäßig Erhebungen gemacht. Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur steht in ständigem Kontakt mit den Regionalverbänden über die Aufstellung neuer Wind-Regionalpläne. Die Wind-Regionalpläne werden dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur als zuständiger Genehmigungsbehörde vorgelegt. Des Weiteren wird sich die Landesregierung über die Regierungspräsidien in vorgegebenen Intervallen über genehmigte Flächennutzungspläne zur Steuerung der Standorte von (regionalbedeutsamen) Windkraftanlagen berichten lassen.

Eine generelle Überwachung der landesweiten Bestandssituation der von Windkraftanlagen betroffenen Tierarten (insbesondere bestimmte Fledermaus- und Vogelarten) erscheint nicht erforderlich, weil im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren Restriktionen bei Standortfestlegung und Betriebsreglement festgelegt werden, die bereits darauf abzielen, signifikant erhöhte Individuen- und Lebensstättenverluste bei solchen Arten zu vermeiden. Die Gefährdung von Populationen bestimmter Arten auf Landesebene ist daher unwahrscheinlich und ein landesweites Monitoring nicht erforderlich. Im Übrigen wäre angesichts der hohen Verluste bei manchen Arten auf Grund anderer Ursachen (z. B. Verkehr) eine Zuordnung zum Betrieb und dem Zuwachs von Windkraftanlagen äußerst schwierig. Demgegenüber kann im Rahmen von Genehmigungsverfahren die Anordnung eines anlagenbegleitenden Monitorings zweckmäßig sein, insbesondere um die Wirksamkeit von Vermeidungsmaßnahmen zu überprüfen.

Zu den Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die Tourismuswirtschaft kamen bisherige wissenschaftliche Untersuchungen insgesamt zu dem Ergebnis, dass sich ein Großteil der Touristen durch Windkraftanlagen nicht gestört fühlt und sie insoweit keine negativen Auswirkungen auf den Tourismus haben. So hat beispielsweise eine repräsentative Befragung des SOKO-Instituts, Bielefeld, aus dem Jahr 2005 mit einer Stichprobengröße von 1.997 Personen ergeben, dass sich 85 % der Befragten aufgrund des Vorhandenseins von Windkraftanlagen nicht gegen einen Urlaubsort entscheiden würden.

Die Interessen des Tourismus und der Schutz des Landschaftsbildes können nach künftigem Landesplanungsrecht von den Trägern der Regionalplanung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten berücksichtigt werden. Soweit die Gemeinden eine Steuerung im Wege der Flächennutzungsplanung vornehmen, müssen sie – neben den anderen öffentlichen und privaten Belangen –

auch die Belange des Tourismus und der Erholung sowie den Schutz des Landschaftsbilds in ihre Abwägung einbeziehen. In den Bereichen, in denen weder auf regionaler noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung erfolgt, wird im immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft, ob einem Vorhaben öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegenstehen. Hierzu gehört auch die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung, nach der u. a. der Erholungswert der Landschaft und das Landschaftsbild zu berücksichtigen sind. Ferner gehören hierzu die bauplanungsrechtlichen Regelungen, wonach grundsätzlich auch privilegierten Vorhaben im Außenbereich die Belange der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswerts sowie der Schutz des Landschaftsbilds vor Verunstaltung nicht entgegenstehen dürfen.

Vor diesem Hintergrund besteht kein Erfordernis für eine regelmäßige landesweite Überprüfung (Monitoring) der Auswirkungen von Windkraftanlagen auf den Tourismus.

3. Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens (Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der beteiligten Behörden) und Berücksichtigung in Artikel 2 des Gesetzentwurfs:

3.1 Vorbemerkung

Nach Artikel 6 der SUP-Richtlinie ist den betroffenen Behörden und der Öffentlichkeit innerhalb ausreichender Frist Gelegenheit zu geben, zu Artikel 2 des Gesetzentwurfs sowie zum begleitenden Umweltbericht Stellung zu nehmen.

Aus den Regelungen des (Bundes-)Raumordnungsgesetzes und des Landesplanungsgesetzes wurden für dieses Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungsverfahren die für die Regionalplanung geltenden und auf die gesetzliche Aufhebung der Wind-Regionalpläne entsprechend anzuwendenden Regelungen angewendet.

Für die Öffentlichkeitsbeteiligung wurde der vollständige Gesetzentwurf samt Begründung mit dem Umweltbericht beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, in allen zwölf Regionalverbänden und allen neun Stadt- und 35 Landkreisen in Baden-Württemberg zur Einsicht- und Stellungnahme während der Sprechzeiten vom 15. Dezember 2011 bis 16. Januar 2012 ausgelegt. Gleichzeitig wurden diese Unterlagen auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur ebenfalls zur Einsicht- und Stellungnahme eingestellt. Ende der Äußerungsfrist für das Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren war der 30. Januar 2012.

Zusammen mit den genannten Unterlagen wurden zusätzlich die acht aufzuhebenden Wind-Regionalpläne der betroffenen Regionalverbände des Verbands Region Stuttgart sowie der Regionalverbände Heilbronn-Franken, Ostwürttemberg, Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben nachrichtlich ausgelegt.

Ort und Zeit der Auslegung und die Internetadresse wurden vor der Offenlage rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht. Die öffentliche Bekanntmachung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur erfolgte bis zum 7. Dezember 2011 im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg sowie in allen amtlichen Verkündungsblättern der Stadt- und Landkreise (Tageszeitungen bzw. Amtsblätter).

Für das Behördenbeteiligungsverfahren (samt Einbeziehung der Träger öffentlicher Belange) wurden mit Schreiben des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur vom 6. Dezember 2011 über 2.500 Träger öffentlicher Belange und Behörden angeschrieben und auf die Möglichkeit zur Einsicht- und Stellungnahme des Gesetzentwurfs samt Begründung, des Umweltberichts und aller aufzuhebenden Wind-Regionalpläne auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur hingewiesen. Ende der Äußerungsfrist für das Behördenbeteiligungsverfahren war ebenfalls der 30. Januar 2012.

Im Rahmen der Beteiligungsverfahren sind über 350 Einzelstimmungen eingegangen und von den jeweils zuständigen Ministerien bewertet worden.

Die einzelnen Stimmungen werden nicht im Detail wiedergegeben. Im Nachfolgenden werden die wesentlichen Belange der Stimmungen angesprochen, die vor allem als umweiterheblich anzusehen sind.

3.2 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Lärmschutz und Mindestabstände

Es werden die Auswirkungen von Lärm- und Schallimmissionen von Windkraftanlagen auf die menschliche Gesundheit thematisiert und verschiedene Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung bzw. Wohnhäusern gefordert.

Konkret wird vorgebracht, dass die im Windenergieerlass empfohlenen 700 m Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung zu gering seien und dass es keine klaren landeseinheitlichen Abstandsvorschriften gebe. Mehrfach wird gefordert, die Mindestabstandsregelung aus Großbritannien zu übernehmen, die bei Windkraftanlagen von einer Höhe über 150 m einen Mindestabstand von 3000 m zu Wohnhäusern verlange. Unter Hinweis auf eine Studie aus dem Jahr 2011 wird aus gesundheitlichen Gründen ein Mindestabstand von 1500 m für sachgerecht gehalten.

Thematisiert werden daneben die derzeit empfohlenen Mindestabstände von Windkraftanlagen zu Hofstellen im Außenbereich (450 m). Es wird vorgebracht, dass Bewohner im Außenbereich dadurch einen reduzierten Lärmschutz hätten, da der Außenbereich unter Lärmschutzaspekten nicht als Wohngebiet, sondern als Mischgebiet klassifiziert werde. Außerdem wird vorgebracht, dass es angesichts der kleinräumigen Struktur Baden-Württembergs zukünftig eine Konkurrenzsituation zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Windkraftanlagen geben werde. Schließlich wird darauf hingewiesen, dass die Windkraftnutzung auf andere Nutzungen, z.B. Friedwälder, Rücksicht nehmen müsse.

Bewertung:

Die Beurteilung, ob schädliche Umweltauswirkungen durch Geräuschimmissionen zu befürchten sind, und – daraus abgeleitet – welche Abstände zur Wohnbebauung einzuhalten sind, erfolgt auf Grundlage der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm. Diese legt Grenzwerte zum Schutz vor Lärm fest. Es wird dabei entsprechend der in der Baunutzungsverordnung zum Ausdruck kommenden Wertung bei Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage von einer abgestuften Schutzwürdigkeit der verschiedenen Baugebiete ausgegangen. Der Außenbereich

wird in der Regel wie ein Mischgebiet behandelt. Bewohnern im Außenbereich ist deshalb der Schutzmaßstab für gemischt genutzte Bereiche zuzugestehen.

Zur Frage der Mindestabstände ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Empfehlung, 700 m zu Wohnbebauung einzuhalten, um rein planerische Vorsorgeabstände und nicht um immissionschutzrechtlich verbindliche Abstände handelt. Je nach den Umständen kann sich sowohl im Rahmen der Planung, die bereits nach Möglichkeit die Anforderungen der TA Lärm im späteren Genehmigungsfall in den Blick nehmen sollte, als auch im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens ergeben, dass geringere oder größere Abstände zulässig bzw. notwendig sind. Insbesondere aus der Anwendung der TA Lärm im Genehmigungsverfahren ergeben sich dabei konkrete, auf den Einzelfall bezogene einzuhaltende Abstände zur Wohnbebauung.

Die Schaffung landeseinheitlicher Abstandsvorschriften im immissionsschutzrechtlichen Verfahren würde den Ausbau der Windkraft möglicherweise gerade an guten Standorten verhindern, obwohl den berechtigten Interessen der Nachbarschaft in ausreichendem Maße, z.B. auch durch Auflagen zur Genehmigung, Rechnung getragen werden könnte. Ohne derartige pauschale Festlegungen kann in den Genehmigungsverfahren flexibler auf die konkreten Verhältnisse vor Ort Rücksicht genommen werden.

Zu der angesprochenen Studie vom März 2011 ist zu sagen, dass hierfür keine Schallmessungen durchgeführt wurden, dass der Bericht auch keine Angaben zu Geräuschimmissionen bei den Betroffenen und zum sonstigen Lärm an den Wohnungen der Teilnehmer an der Studie enthält, sondern die Studie ihre Empfehlungen eines Sicherheitsabstandes von Wohnungen zu Windkraftanlagen von mindestens 1,5 km offenbar aufgrund subjektiver Einschätzungen der Teilnehmer vorgenommen hat. Die Autoren halten selbst weitere Untersuchungen für notwendig, um diesen „Sicherheitsabstand“ genau zu bestimmen. Außerdem müssten die ursächlichen Mechanismen, die zu dem Ergebnis geführt haben, weiter untersucht werden. Aus dieser Untersuchung können im Ergebnis noch keine repräsentativen Aussagen abgeleitet werden.

In Bezug auf Windkraftanlagen zu schützenswerten Nutzungen wie beispielsweise den genannten Friedwäldern gelten keine immissionsschutzrechtlichen Besonderheiten.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Schallimmissionen entstehen nicht bereits aufgrund der Verabschiedung des Gesetzes. Erst bei der Umsetzung des Gesetzes durch die Errichtung von Windkraftanlagen auf der Grundlage eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens können Emissionen von Windenergieanlagen ausgehen.

Infraschall

Es wird angeführt, dass Infraschall und tieffrequente Geräusche, die von Windenergieanlagen ausgehen, gesundheitliche Gefahren darstellen. Im Einzelnen wird vorgetragen, dass Infraschall im menschlichen Körper Wirkungen durch Resonanzeffekte erzeuge und unangenehme Empfindungen, u.a. Bluthochdruck, Schwindelgefühle und Schlafstörungen auslöse. Insbesondere Personen mit Vorbelastungen (Bluthochdruck, Burn-out-Syndrom, Herz-Kreislaufproblemen, Schwindelgefühlen) seien durch Infraschall stark gefährdet. Verwiesen wird auf mehrere Veröffentlichungen, u.a. des Robert-Koch-Instituts, welche erheblichen Forschungsbedarf sähen. Zur Vermeidung von Gesundheitsschäden seien höhere Mindestabstände („Schutzabstände“) erforderlich, mindestens 1500 m bzw. die 10-fache Gesamtanlagenhöhe.

Weiter wird geltend gemacht, dass die seitherigen Messmethoden insbesondere den Infraschallbereich unter ca. 20 Hertz nicht ausreichend erfassen würden. Die bisher zugrundegelegten immissionsschutzrechtlichen Messmethoden seien insbesondere für Infraschall und tieffrequente Schallimmissionen nicht geeignet, um die von den angedachten Windparks (Anlagen mit Gesamthöhen über 220 Meter) ausgehenden Gefahren angemessen quantifizierbar und qualifizierbar zu machen.

In diesem Zusammenhang findet auch die Änderung der DIN 45 680 Erwähnung. Außerdem wird behauptet, die WHO fordere einen Mindestabstand von 2000 m. Mehrfach wird gefordert, einen Vorsorgeabstand zu Wohnstätten von 3000 m einzuführen, wie dies auch in England der Fall sei.

Bewertung:

Es ist zutreffend, dass Windenergieanlagen wie viele andere technische Anlagen Infraschall bzw. tieffrequente Geräusche erzeugen. Die Auswirkungen müssen im konkreten Genehmigungsverfahren auch geprüft werden. Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm), die zur Beurteilung der Lärmimmissionen von Windenergieanlagen im Rahmen der Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) herangezogen wird, berücksichtigt Infraschall bzw. tieffrequente Geräusche.

Da sich tieffrequente Geräusche unterhalb 100 Hz mit den herkömmlichen Beurteilungsmethoden nur schlecht erfassen lassen, sind in der TA Lärm für diesen Frequenzbereich ausdrücklich besondere Mess- und Beurteilungsverfahren vorgesehen, die in der Norm DIN 45 680 (s.o.) sowie im dazugehörigen Beiblatt 1 „Messung und Beurteilung tieffrequenter Geräuschimmissionen in der Nachbarschaft – Hinweise zur Beurteilung bei gewerblichen Anlagen“ festgelegt sind. Dabei werden Schallwellen mit Frequenzen bis hinunter zu 10 Hz (in Sonderfällen bis 8 Hz) – also auch der Infraschallbereich – berücksichtigt. Für Frequenzen unterhalb 8 Hz gibt es kein entsprechendes Regelwerk. Der Entwurf der überarbeiteten DIN 45 680 sieht grundsätzlich Messungen im Frequenzbereich von 8 Hz bis 125 Hz (Terzmittenfrequenzen) vor.

Messungen an Windenergieanlagen, bei denen auch der Frequenzbereich unter 8 Hz erfasst wurde, zeigen übereinstimmend, dass in den für den Lärmschutz im hörbaren Bereich notwendigen Abständen der Infraschallpegel deutlich unter der Wahrnehmungsschwelle liegt.

Eine Forderung der WHO nach Mindestabständen für Windenergieanlagen ist nicht bekannt. Den erwähnten gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstand von 3000 m zu Windenergieanlagen gibt es in England bisher nicht. Allgemeine Hinweise zum nächtlichen Schutz vor Lärm werden in der Veröffentlichung „Night Noise Guidelines for Europe“ aus dem Jahre 2009 gegeben. Als Vorsorgewert zur Vermeidung von gesundheitsrelevanten Effekten auch für besonders empfindliche Personen wie z.B. Kinder oder Kranke wird ein Außenpegel von 40 dB(A) für die Nacht genannt. Dies entspricht dem Immissionswert der TA Lärm für allgemeine Wohngebiete. Im Rahmen von Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) wäre dieser Wert auch bei uns entsprechend einzuhalten (bei Vorhandensein eines Allgemeinen Wohngebietes).

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Planung von Windkraftanlagen. Fragestellungen, die mit Lärmimmissionen und einzuhaltenden Ab-

ständen einhergehen, sind erst zu einem späteren Zeitpunkt relevant und nicht Gegenstand des Gesetzentwurfs.

Schattenwurf und „Disco-Effekt“

Es wird weiter vorgebracht, dass in Bezug auf optische Immissionen, wie Schattenwurf und Lichtreflexe („Disco-Effekt“), sowie in Bezug auf die aufgrund der Bewegung der Rotorblätter entstehende Ablenkung der Aufmerksamkeit des Betrachters (z.B. Verkehrsteilnehmer) noch keine ausreichenden Forschungsergebnisse vorlägen.

Neuere Erkenntnisse seien möglicherweise bei der Einzelfallprüfung auch im Hinblick auf die Verkehrsplanung oder Wohnbebauungsplanung erforderlich.

Bewertung:

Die Auswirkungen optischer Immissionen werden bei der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung im Einzelfall geprüft.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Fragestellungen, die mit optischen Immissionen einhergehen, sind erst zu einem späteren Zeitpunkt relevant und nicht Gegenstand des Gesetzentwurfs.

Mangelnde Windhöflichkeit in Baden-Württemberg

Es wird angeführt, dass Baden-Württemberg neben Bayern das schwachwindigste Bundesland sei. Das Windpotenzial von max. 5,0 bis 5,5 m/s liege unterhalb der Wirtschaftlichkeitsgrenze für den Betrieb von Windkraftanlagen.

Außerdem seien die Karten des Windatlasses anhand von Computermodellen erstellt worden, ohne Langzeitmessungen zu berücksichtigen. Eine Investition in Windkraftanlagen in Baden-Württemberg sei im Hinblick auf die zurückgehende Zahl der Volllaststunden von Windkraftanlagen im Binnenland nicht zu erklären.

Es wird auch angeführt, dass die geringe Zahl an neu errichteten Windkraftanlagen im Jahr 2011 darauf zurück zu führen sei, dass kapitalstarke Investoren nicht investierten, obwohl es aktuell schon genügend Vorranggebiete mit geeigneten Standorten gebe. Der Grund hierfür könne nur sein, dass das Geschäft nicht lukrativ sei.

Bewertung:

Der Windatlas zeigt, dass es in Baden-Württemberg genügend Gebiete mit ausreichender Windhöflichkeit gibt.

Die Karten des Windatlasses sind zwar mittels computergestützter Rechenverfahren erstellt worden, allerdings in bisher einmaligem Umfang gerade auf Basis realer Messwerte aus Windmessungen und aus Ertragsdaten von in BW betriebenen Windkraftanlagen (vgl. hierzu Kapitel 1.1 „Datengrundlage“ mit den diesbezüglichen Erläuterungen).

Die Anlagenauslastung der Bestandsanlagen, die teilweise an nicht optimalen Standorten stehen und von der Nabenhöhe und der Technik nicht dem heutigen Stand entsprechen, lässt keine Rückschlüsse auf die Anlagenauslastung künftiger Windkraftanlagen zu. Es gibt bereits heute Anlagen an guten Standorten in Baden-Württemberg mit über 2000 Volllaststunden.

Die Behauptung, es hätte auch 2011 noch genügend geeignete Standorte für Windkraftanlagen in bereits ausgewiesenen Vorranggebieten gegeben, die nur nicht genutzt würden, weil die Windkraftnutzung in Baden-Württemberg nicht lukrativ sei, ist falsch. Es gibt derzeit fast keine geeigneten freien Standorte in Vorranggebieten. Richtig ist zwar, dass nicht alle Vorranggebiete genutzt sind. Aber das hat den Grund, dass die meisten dieser Gebiete aus unterschiedlichen Gründen nicht für eine Nutzung mit heutigen Windkraftanlagen geeignet sind. Zum Teil bestehen in den Vorranggebieten Höhenbeschränkungen wegen militärischer Tiefflugstrecken, so dass moderne Windkraftanlagen mit den heutigen Nabenhöhen dort nicht errichtet werden können. In einer Reihe von Vorranggebieten sind die Grundstückseigentümer nicht bereit, die Grundstücke zu verpachten. Zum Teil haben Vorranggebiete eine – wirtschaftlich betrachtet – zu geringe Windhöflichkeit.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Fragen der Windhöflichkeit des Standortes und der daraus resultierenden Wirtschaftlichkeit eine Windkraftanlage sind nicht Gegenstand des Änderungsgesetzes.

Ausbau von Transportwegen und Stromnetzen

Es wird kritisiert, dass im Gesetzentwurf und im Umweltbericht nicht ausreichend deutlich werde, dass neben der Errichtung von Windkraftanlagen weitere Maßnahmen, wie der Bau von Transportwegen, der Neu- und Ausbau von Energietrassen oder elektrischen Anlagen zur Netzintegration ihrerseits umfangreiche Eingriffe in die Umwelt auslösen können. Zudem habe der verstärkte Ausbau von Windkraftanlagen Auswirkungen auf den Strompreis für Endverbraucher.

Des Weiteren wird kritisiert, dass es für den Ausbau der Windkraft keinen strukturierten Ansatz im Rahmen der Energiewende gebe. Ein solches Konzept müsse mindestens darlegen, wo zukünftig der Strom produziert werde, und mithin von wo nach wo Transportbedarf bestehe.

Bewertung:

Ein Ausbau der Transportwege kann bei der Errichtung von Windkraftanlagen im Einzelfall nötig werden. Meist beschränkt sich der Ausbau auf die Verbreiterung vorhandener Wege (landwirtschaftliche Wege, Forststraßen) für die Bauphase und möglichst kurze Zuwegung von diesen Wegen zum Standort der Anlage. Die Auswirkungen auf die Umwelt können nur im Einzelfall beurteilt werden.

Eine Berücksichtigung der zu erwartenden und geplanten Errichtung von regenerativen Stromerzeugungsanlagen bei der Netzausbauplanung im Allgemeinen erfolgt nicht in der Regionalplanung, sondern im Rahmen der anlaufenden Planung der Verteilnetze. Für die Fachplanung der Übertragungsnetze ist nach neuen Regelungen der Bund über die Bundesnetzagentur zuständig.

Die Integration von Windkraftanlagen in das Netz der allgemeinen Stromversorgung ist dabei selbst bei einem angestrebten Anteil von 10 % an der Stromproduktion lediglich ein kleiner Teil der notwendigen Netzanpassung. Im Übrigen wird derzeit von den Übertragungsnetzbetreibern ein Netzausbauplan erstellt. Demnächst soll eine Verteilnetzstudie folgen. Außerdem sind diese Pläne in Verbindung mit einem Bedarfsplan für notwendige Kraftwerke Bestandteil des von der Landesregierung angestrebten Kapazitätsmarkt-konzepts.

Die Erhöhung des Strompreises für Verbraucher ist keine Umweltwirkung und damit im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung unerheblich. Dessen ungeachtet ist der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien unerlässlich zur langfristigen Sicherung einer klimaverträg-

lichen und sicheren Energieversorgung. Das ist breiter Konsens. Die Nutzung der Onshore-Windkraft ist nach der Wasserkraftnutzung die derzeit kostengünstigste Art der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Eine verstärkte Nutzung dieser Technologie erhöht deshalb die Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und ist volkswirtschaftlich sinnvoll.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert.

Begründung: Die Argumente zielen nicht auf eine andere Fassung des Gesetzes, sondern nur auf die Erläuterungen im Gesetzentwurf (Begründung) sowie dem Umweltbericht bzw. stellen keine Umweltauswirkungen dar. Eine Änderung der gesetzlichen Regelung in Art. 2 des Gesetzentwurfs ist nicht erforderlich.

Atomkraft/Kernenergie

Gegen den Entwurf des Landesplanungsgesetz wurde vorgebracht, dass das Land sicherere Kernspaltungstechnologien (z.B. Kugelhaufenreakorttechnologie) fördern solle statt auf die sog. Atomkraft (Nutzung der Kernenergie, die durch Spaltung von Atomkernen frei wird) zu verzichten.

Bewertung:

Die beabsichtigte Aufhebung der in den Regionalplänen bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regional bedeutsamer Windkraftanlagen hat keinen Einfluss auf die Nutzung der Atomkraft. Die Kernenergienutzung ist im Atomgesetz geregelt. Dort ist festgelegt, bis zu welchem Zeitpunkt die bestehenden Atomkraftwerke ihren Leistungsbetrieb spätestens einstellen müssen. Die Erteilung von Genehmigungen für neue Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität ist nicht mehr vorgesehen. Damit ist auch die kommerzielle Nutzung neuer Kernspaltungstechnologien wie Hochtemperaturreaktoren (Kugelhaufenreaktoren) oder Brutreaktoren (Schneller Brüter) untersagt. Die Erforschung dieser Technologien wurde in den 1970er und 1980er Jahren stark gefördert und mittels Forschungs- und Versuchsreaktoren bis zur Anwendungsreife entwickelt. Dennoch bestand kein gesteigertes industrielles Interesse an der Nutzung dieser Technologien, so dass auch in Zukunft ungeachtet des gesetzlichen Verbotes schon aus wirtschaftlichen und technologischen Gesichtspunkten solche Reaktoren in Deutschland nicht zur Anwendung kommen.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert.

Begründung: Der Umgang mit der Kernenergie ist nicht Gegenstand des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes.

Bürgerbeteiligung im immissionsschutzrechtlichen Verfahren

Im Hinblick auf die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen wird eingewandt, durch die Beseitigung der Regionalpläne werde die Einbindung der Bürger deutlich geschwächt. Es fehle ein prozessual gesichertes eigenes Anhörungsrecht der Öffentlichkeit für das immissionsschutzrechtliche Verfahren. Die informelle Einbeziehung der Bürger im immissionsschutzrechtlichen Verfahren komme zu spät, da nur noch über das Einzelprojekt gesprochen werde, und gewähre den Bürgern im Gegensatz zur Regionalplanung keine Rechtsposition. Sie finde daher im falschen Verfahren statt.

Bewertung:

Das Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes ändert nicht die Regelungen für die Beteiligung der Öffentlichkeit. Es bleibt bei der bestehenden Rechtslage: Zum einen ist die Öffentlichkeit im Rahmen der Regionalplanung durch die Regionalverbände und zum anderen auch bei der Flächennutzungsplanung der Gemeinden zu beteiligen.

Daneben gilt unverändert für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren: Das Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes ändert nicht die Regelungen für die Beteiligung der Öffentlichkeit im immissionsschutzrechtlichen Verfahren. Es bleibt bei der bestehenden Rechtslage: Ist für die Errichtung von Windkraftanlagen eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich, muss ein förmliches immissionsschutzrechtliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden. In diesem Verfahren hat jedermann das Recht, Einwände gegen das Vorhaben vorzubringen, die auch von der Genehmigungsbehörde geprüft und ggf. berücksichtigt werden müssen.

Soweit eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht notwendig ist, können Windkraftanlagen in einem vereinfachten immissionsschutzrechtlichen Verfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung genehmigt werden.

Eine Beteiligung der Öffentlichkeit ist jedoch auf freiwilliger Basis möglich. Der Antragsteller kann nach § 19 Abs. 3 BImSchG den Antrag stellen, dass statt des vereinfachten Verfahrens ein förmliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird. Über eine Beratung des Antragstellers seitens der Genehmigungsbehörden soll dies angestrebt werden, um eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Die informelle Einbeziehung der Öffentlichkeit bei Informationsveranstaltungen soll die gesetzlichen Regelungen ergänzen, nicht ersetzen.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert.

Begründung: Die geplante Gesetzesänderung enthält keine Änderung bestehender Vorschriften über die Beteiligung der Öffentlichkeit.

Wasserversorgung

Es wird gefordert, dass bei der Änderung der gesetzlichen Regelung Bestandstrassen der Trinkwasserversorgung (incl. Steuerleitungstrassen) zu berücksichtigen seien. Dasselbe gelte bei der Regional- und Flächennutzungsplanung, sowie bei der Errichtung der Windkraftanlagen. Insbesondere sei zu regeln, dass dem Eigentümer der Trinkwasserversorgungsanlagen und der dazugehörigen Infrastruktur (Kabelverlegung usw.) keine Kosten bei der Unterhaltung und Betrieb der bestehenden Trinkwasserversorgungsanlagen entstehen dürften bzw. diese vom Eigentümer oder Betreiber der Windkraftanlage zu bezahlen seien.

Bewertung:

Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens sind die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen und haben Gelegenheit, Ihre Belange geltend zu machen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn u.a. sichergestellt ist, dass schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können bzw. eine entsprechende Vorsorge getroffen wird.

Hierdurch wird gewährleistet, dass auch die Trinkwasserversorgungsanlagen ausreichend Berücksichtigung im immissionsschutzrechtlichen Verfahren finden.

Soweit dennoch durch die Errichtung oder den Betrieb einer Windkraftanlage Schäden entstehen, sind die zivilrechtlichen Haftungs- und Schadenersatzregelungen einschlägig (Verkehrssicherungspflicht des Grundstückeigentümers bzw. Betreibers). I.d.R. wird der Betreiber auch eine Haftpflichtversicherung abschließen.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert.

Begründung: Die geplante Gesetzesänderung enthält keine Regelungen zur Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange, insbesondere werden bestehende Regelungen nicht geändert.

Wasserschutzgebiete

Mit Blick auf den Umweltbericht wird darauf hingewiesen, dass in Wasserschutzgebieten der Schutzzone II sowohl die Errichtung baulicher Anlagen wie auch die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Windkraftanlagen sind Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Stoffe) durch die jeweilige Schutzgebietsverordnung und die Anlagenverordnung VAwS gesetzlich verboten seien. Rein rechtlich bestehe zwar über § 52 WHG bzw. § 10 VAwS die Möglichkeit von Befreiungen bzw. Ausnahmen. Diese setzten aber eine Prüfung des jeweiligen Einzelfalls voraus und seien an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Windparks (mehrere Anlagen an einem Standort) stellten in der Schutzzone II ein großes Gefährdungspotential dar, so dass Befreiungen realistischerweise nicht denkbar seien. Lediglich für Einzelanlagen sei nach Einzelfallprüfung eine Befreiung von den Verboten der Schutzgebietsverordnung denkbar.

Bewertung:

Zutreffend ist, dass in der Schutzzone I von Wasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten keine Windkraftanlagen errichtet und betrieben werden dürfen. In der Schutzzone II kommt eine Befreiung von diesem Verbot gemäß § 52 Abs. 1 WHG in Betracht, wenn eine Einzelfallprüfung der Wasserbehörde zum Ergebnis führt, dass das Vorhaben den Schutzzweck der Gebietsfestsetzung nicht gefährdet und im Einklang mit den Schutzbestimmungen für die Schutzzone der jeweiligen Schutzgebietsverordnung steht. Verunreinigungen und sonstige nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit dürfen nicht zu besorgen sein. Die Prüfung ist in jedem Fall eine Frage des Einzelfalls.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert.

Begründung: Die geplante Gesetzesänderung enthält keine Regelungen zur Zulassung von Windkraftanlagen in Wasserschutzgebieten.

3.3 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Erneuerbare Energien/Nachwachsende Rohstoffe

Einzelne Stellungnahmen fordern, dass das neue Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg eine steuernde Funktion für einen nachhaltigen Energiepflanzenanbau haben müsse mit den dafür notwendigen Anpassungen der landschafts- und regionalplanerischen Instrumente. Der großflächige, nutzungsintensive Ausbau von Biomasse zur Gasproduktion führe zu Monokulturen und damit zum Verlust der Biodiversität, zu Bodenerosion sowie zu einer Reduzierung der Vielfalt und Eigenart von Natur und Landschaft.

Bewertung:

Es handelt sich hier nicht um direkte Umweltauswirkungen der Windkraftanlagen. Im Übrigen: Biogasanlagen unterliegen der Genehmigungspflicht. Biogasanlagen bis zu einer bestimmten Größe (maximal 2,0 Megawatt Feuerungswärmeleistung und maximal 2,3 Millionen Normkubikmeter Biogas pro Jahr) sind nach Baurecht im Außenbereich planungsrechtlich privilegiert zulässig.

Für Biogasanlagen mit höherer Leistung wird die Erstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen notwendig, was die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange einschließt und wofür eine Umweltprüfung erforderlich ist. Gegebenenfalls ist auch im Einzelgenehmigungsverfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. Damit gibt es über das Bauplanungsrecht und das Fachrecht Möglichkeiten, Biogasanlagen raumverträglich anzusiedeln.

Das zum 01.01.2012 novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz bringt eine Reihe Änderungen mit sich. Es ist damit zu rechnen, dass dadurch die Anzahl der beantragten Biogasanlagen stark rückläufig sein wird. Auch die Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung soll durch eine neue Sonderregelung für güllebasierte Kleinanlagen entspannt werden.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Regelungen für die Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe sind nicht Gegenstand der Gesetzesänderung.

Dörfliche Strukturen

Einzelne Stellungnahmen befürchten, dass sich die Gesetzesänderung schädlich auf den dörflichen Frieden und die bestehenden Nachbarschaftsverhältnisse auswirken werde. Streitigkeiten seien vorgegeben, wenn ein Landwirt gute Pachtverträge erziele, sein Nachbar aber leer ausgehe („Neidpotenzial“). Der einfache Bürger und Hausbesitzer, der bislang in ungestörter Landschaft lebe, werde der Betrogene sein, wenn ein Windpark seine Heimat industriell überpräge und sie zerstöre.

Außerdem wird gefordert, dass die in den ländlichen Gebieten entstehenden Windkraftanlagen auch in den Besitz der Landwirte und der ländlichen Bevölkerung gelangen und nicht von weit entfernten Investorengruppen betrieben werden sollten. Die Wertschöpfung solle vor Ort bleiben.

Bewertung:

Es handelt sich hier nicht um direkte Umweltauswirkungen der Windkraftanlagen. Im Übrigen: Mit der Eröffnung neuer Planungskompetenzen und der offensiven Vermarktung windhöffiger Standorte entstehen neue Wettbewerbssituationen, die neben neuen ökonomischen Verdienstmöglichkeiten auch eine gewisse Gefahr von „Neiddiskussionen“ mit sich bringen können. Die Landesregierung empfiehlt in ihrer Beratung daher allen Grundstücksbesitzern eine enge Abstimmung ihrer Planungen mit denen von benachbarten Grundstücksbesitzern. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Möglichkeiten, eigene Ansprüche auf rechtlchem Wege zur Geltung zu bringen, unberührt.

Das Land erkennt das Wertschöpfungspotential der Windkraft für Grundeigentümer generell, aber insbesondere auch für die Landwirte. Um die Akzeptanz bei den Grundeigentümern zu erhöhen, sollten sich diese zu sogenannten Flächenpools zusammenschließen, innerhalb derer dann die Erträge nach einem festzulegenden Schlüssel verteilt werden. Damit werden nicht nur die Lasten, sondern auch die Erträge auf die Summe der Grundstücke in den Grenzen des Windparks verteilt.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Er-

richtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Bestehende rechtliche Möglichkeiten zur Sicherung von Nachbarschaftsrechten bleiben unberührt.

Waldumwandelungsgenehmigung

Gefordert wird in einzelnen Stellungnahmen, dass eine Umwandelungsgenehmigung von Wald grundsätzlich ohne Auflagen erteilt werden solle, wenn die betreffende Gemarkung einen überdurchschnittlichen Waldanteil aufweist.

Bewertung:

Die nachteiligen Auswirkungen einer Waldumwandelung für die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes sind den forstrechtlichen Anforderungen gemäß §§ 9 ff LWaldG entsprechend auszugleichen. Eine Ausgleichs- oder Ersatzpflicht ergibt sich unabhängig von den forstrechtlichen Regelungen darüber hinaus aus dem Naturschutzrecht. Eine Umsetzung der Forderung, eine Umwandelungsgenehmigung von Wald grundsätzlich ohne Auflagen zu erteilen, wenn die betreffende Gemarkung einen überdurchschnittlichen Waldanteil aufweist, verstößt gegen bestehende landes-, bundes- und EU-rechtliche Vorschriften und ist daher abzulehnen.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung.

Waldrodungen

Einzelne Stellungnahmen befürchten, dass für die Errichtung von 1.500 Windkraftanlagen ca. 700 Hektar Wald gerodet und erschlossen werden müssten.

Bewertung:

Die Aussage, dass durch die Errichtung von 1.500 Windkraftanlagen ca. 700 Hektar Wald gerodet und erschlossen werden müssen, ist in dieser Pauschalität nicht nachvollziehbar. Der Eingriff in den Waldbestand umfasst einschließlich der Erschließungsanlagen (also Sockel-/Stellfläche plus Bereiche für den Aufbau und die Wartung sowie für die Zuwegung) etwa zwischen rund 0,4 und 1 ha pro Windkraftanlage. Selbst wenn alle Windkraftanlagen im Wald gebaut würden, wäre von einer umzuwandelnden Waldfläche von ca. 600 – 1.500 Hektar auszugehen. Die Bandbreite ist bei einer entsprechenden Verschiebung von Windkraftanlagen ins Offenland entsprechend anzupassen. Fest steht, dass durch die Errichtung von Windkraftanlagen auch mit einer erhöhten Waldinanspruchnahme gerechnet werden muss. Zum Ausgleich der nachteiligen Wirkungen der Waldumwandelung für die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes werden gem. §§ 9 ff LWaldG forstrechtliche Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Regelungen zum Ausgleich der nachteiligen Wirkungen der Waldumwandelung bleiben von der Gesetzesänderung unberührt.

Landwirtschaftlicher Flächenbedarf

In einzelnen Eingaben wird befürchtet, dass es angesichts der kleinräumigen Struktur Baden-Württembergs bei einem Mindestabstand zu Hofstellen im Außenbereich von bis zu 450 Metern keine „Zukunftsstandorte“ für die Errichtung landwirtschaftlicher Gebäude und baulicher Anlagen

mehr geben werde. Das Land brauche aber nicht nur Windkraft, sondern auch ein möglichst dichtes Netz existenzfähiger landwirtschaftlicher Betriebe.

Bewertung:

Der Hinweis, dass durch die Mindestabstände zu landwirtschaftlichen Hofstellen durchaus Gebiete für eine Ansiedlung landwirtschaftlicher Betriebe ausgeschlossen werden, ist zwar richtig. Zur Frage der Mindestabstände ist aber darauf hinzuweisen, dass es sich in der Regel um rein planerische Vorsorgeabstände und nicht um immissionsschutzrechtlich verbindliche Abstände handelt. Je nach den Umständen kann sich sowohl im Rahmen der Planung, als auch im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens ergeben, dass geringere oder größere Abstände zulässig bzw. notwendig sind. Konkret kann im Einzelfall auch geprüft werden, Ausnahmen für Teilaussiedlungen (ohne Wohnhaus) zur Unterschreitung der Mindestabstände zuzulassen.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Fragen der Flächenkonkurrenz sind im weiteren Planungsverfahren, Fragen der Mindestabstände sind im Einzelfall zu klären.

Verbraucherpolitik

Einzelne Eingaben erinnern die Landesregierung an ihre Fürsorgepflicht, die (Bürger-)Betreiber einer Windkraftanlage auf mögliche finanzielle Haftungsrisiken hinzuweisen. Im Falle einer Insolvenz der Betreibergesellschaft müssten diese nämlich als sogenannte Zustandsstörer im Regelfall mit ihrem Privatvermögen für den Rückbau der Anlage voll haften. Es wird insbesondere für erforderlich gehalten, klarzustellen, dass die Grundsätze des „Gesetzes zur Stärkung des Anleger-schutzes und zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts“ sowie weitere Verbraucherschutzgesetze auch für die Vermittlung von Beteiligungen an (Bürger-) Windparks gelten müssten.

Bewertung:

Es handelt sich dabei nicht um direkte Umweltauswirkungen der Windkraftanlagen. Im Übrigen enthalten die Eingaben aber wichtige Argumente, die das Erfordernis einer genauen Prognose hinsichtlich der finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Gesetzesänderung auf private und kommunale Haushalte vor Augen führen.

Ob die neue Rechtslage aber zwangsläufig zu einem erheblichen Anstieg von risikoreichen Angeboten für Verbraucherinvestitionen in Windparks und sonstige Windenergieprojekte führen wird (obwohl in einzelnen Stellungnahmen selbst darauf hingewiesen wird, dass der Betrieb von Windparks zumindest für professionelle Anleger bisher als nicht lukrativ erscheint), ist aber letztlich eine Frage der Marktentwicklung und kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Gleiches gilt für die Frage der Rentabilität und Qualität möglicher Offerten an Verbraucherinnen und Verbraucher, sich in Form einer Geldanlage an einem Windenergieprojekt zu beteiligen. Dies hängt von der jeweiligen rechtlichen und wirtschaftlichen Ausgestaltung eines solchen Angebots ab und ist - wie auch das konkrete Windenergiepotenzial einer Windkraftanlage - einzelfall- und standortabhängig zu beurteilen.

Richtig ist, dass Investitionen – auch - in erneuerbare Energien für (Klein-) Anleger unter Umständen zum Totalverlust für betroffene Verbraucherinnen und Verbraucher führen können. Dies gilt jedoch in gleichem Maße für viele andere Formen von Finanzanlagen. Eine Aussage dergestalt, dass private Investitionen in erneuerbare Energien und speziell in Windparks per se stärker risiko-

behaftet seien als sonstige Geldanlageformen, kann nach hiesiger Ansicht nicht ohne Weiteres getroffen werden. Das Ministerium für Ländlichen Raum hat jedoch bereits eine Auswahl an Verbrauchertipps für die Investition in Windenergie zusammengestellt und auf dem Verbraucherportal BW (http://www.verbraucherportal-bw.de/servlet/PB/menu/2902936_l1/index.html?QUERYSTRING=Windenergie) veröffentlicht.

Weitere nützliche Informationen, die Verbraucherinnen und Verbraucher beachten sollten, bevor sie sich für die Investition in ein solches Projekt entscheiden, können z. B. über den Bundesverband WindEnergie e. V. (www.wind-energie.de) bezogen werden. Der Bund der Energieverbraucher e. V. (www.energieverbraucher.de) gibt Interessenten Orientierung mit dem „Ratgeber für Windpark-Anleger“, der vom Anlegerbeirat des Bundesverbandes Windenergie zusammengestellt und regelmäßig aktualisiert wird.

Festzuhalten ist, dass Finanzanlagemodelle, die auf Windenergieprojekten basieren, in ihrer Eigenschaft als Finanzprodukte bereits von der geltenden Rechtsprechung und den bestehenden gesetzlichen Regelungen der Finanzmarktaufsicht erfasst werden. Das Ministerium Ländlicher Raum setzt sich auf diesem Rechtsgebiet kontinuierlich für eine Erhöhung des Verbraucherschutzniveaus durch eine stärkere Regulierung aller Anbieter, eine stärkere und effizientere Finanzmarktaufsicht sowie die Stärkung der Rechte privater Anleger ein.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung.

Berücksichtigung des Landschaftsbildes

Ein großer Teil der Stellungnahmen fordert, dass bei der Standortfestlegung das Landschaftsbild stärker berücksichtigt werden soll. Außerdem wurde moniert, dass der Umweltbericht dieses Thema zu oberflächlich behandelt. Ferner würden Windkraftanlagen die Landschaft „verschandeln“.

Bewertung:

Das Landschaftsbild ist in der Regional- und Bauleitplanung als naturschutzrechtlicher Abwägungsbelang zu berücksichtigen. Der Umweltbericht kann nur in genereller Form auf die zu berücksichtigenden Belange hinweisen und nicht jeden Einzelfall umfassen. Im Punkt 3.1. des Umweltberichts wird unter anderem auf den Belang „Landschaft“ explizit hingewiesen.

Die Änderung des Landesplanungsgesetzes führt nicht zu einer „Verschandelung der Landschaft“. Die Belange des Landschaftsbildes sind mit den übrigen Belangen, insbesondere der Windhöflichkeit des potenziellen Standorts und dem Anliegen, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine ihrer Privilegierung entsprechende Chance zu geben, abzuwägen. Gewichtige Belange des Landschaftsbildes können demnach vorliegen, wenn die Standorte für Windkraftanlagen oder einen Windpark zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung eines Landschaftsbildes von herausragender Vielfalt, Eigenart und Schönheit führen würden. Gleichzeitig muss aber der Planungsträger in der Abwägung berücksichtigen, ob und inwieweit aufgrund der Windhöflichkeit sowie der Standortverhältnisse für die Windkraftnutzung besonders geeignete Bereiche betroffen sind. Im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ist zu prüfen, ob die Belange des Landschaftsbildes so bedeutend sind, dass sie der Errichtung einer Windkraftanlage als privilegiertem Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Auch ist es in den beiden Regionen des Landes, die bisher in ihren Regionalplänen noch keine Vorrang- und Ausschlussgebiete für die Windkraftnutzung festgelegt haben, nicht zu einer „Verschandelung der Landschaft“ gekommen.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Der Landschaftsschutz ist bei Standortfestlegungen und Genehmigungen zu berücksichtigen.

Berücksichtigung von Naturparkflächen / Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Es wurde in einzelnen Stellungnahmen eine besondere Berücksichtigung der Naturparke gefordert. Außerdem würden umfangreiche Windkraft-Standorte im Biosphärengebiet Schwäbische Alb möglicherweise dessen Anerkennung als Biosphärengebiet gefährden.

Bewertung:

Naturparkflächen, die zugleich anderen Schutzgebietsregelungen unterworfen sind (z.B. Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, Waldschutzgebiete), unterliegen den Regelungen der jeweiligen spezielleren Schutzgebietsform. In bestimmten Schutzgebieten kommt die Festlegung von Vorrangflächen für die Windenergienutzung in der Regionalplanung und die Darstellung von Flächen für die Windenergienutzung in der Bauleitplanung wegen besonderer Schutzbedürftigkeit nicht in Betracht (Tabubereiche). Andere Schutzgebietsformen unterliegen besonderen naturschutz- und forstrechtlichen Restriktionen. Für die übrigen Naturparkflächen können die Gemeinden nach den Naturparkverordnungen durch Bauleitplanung Erschließungszonen festlegen, in denen die Erlaubnisvorbehalte für die Errichtung baulicher Anlagen gemäß der jeweiligen Naturparkverordnung regelmäßig nicht gelten. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens sind jedoch - neben anderen Belangen - die Schutzzwecke des Naturparks zu berücksichtigen und abzuwägen. Bei der Festlegung von Vorrangflächen durch Regionalplan sind die Schutzzwecke des Naturparks ebenfalls zu berücksichtigen.

Zwar kommt insbesondere in der Entwicklungszone des Biosphärengebiets Schwäbische Alb die Errichtung von Windkraftanlagen grundsätzlich in Betracht. Allerdings wird im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung bzw. im konkreten Genehmigungsverfahren vertieft zu prüfen sein, ob dem Standort im Biosphärengebiet vor allem aufgrund der hohen artenschutzfachlichen Bedeutung des Gebiets, sowie der besonderen Bedeutung der vorhandenen Kulturlandschaften und Erholungsräume überwiegende naturschutzrechtliche Gründe entgegenstehen. Ggf. sind bei der Beurteilung der Zulässigkeit von Windkraftanlagen im Biosphärengebiet auch weitere übergeordnete Aspekte, wie z.B. die Vorgaben des deutschen Man-and-Biosphere (MAB)-Komitees zu berücksichtigen, dass die Anerkennung von Biosphärengebieten beurteilt und die Gebietsentwicklung begleitet.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Die Schutzziele von Naturparks und Biosphärengebieten sind bei Standortfestlegungen und Genehmigungen zu berücksichtigen.

Berücksichtigung des Tourismus / Tourismus im Schwarzwald

Verschiedene Stellungnahme sprechen sich dafür aus, die mögliche Betroffenheit des Tourismus bei der Zulassung von Windkraftanlagen zu berücksichtigen.

Bewertung:

Bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen sind neben dem Landschaftsbild auch die Belange des Tourismus zu berücksichtigen. Soweit die Träger der Regionalplanung bzw. die Gemeinden eine Steuerung von Windkraftanlagen im Wege der Regional- bzw. Bauleitplanung

vornehmen, müssen sie – neben den anderen öffentlichen und privaten Belangen – auch die Belange des Tourismus und der Erholung sowie den Schutz des Landschaftsbildes, das mittelbar Auswirkungen auf die Belange des Tourismus hat, in die planerische Abwägung einbeziehen. Darüber hinaus kann es geboten sein, die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für die jeweilige Raumschaft sowie die Bedeutung von Natur und Landschaft als Potenzialfaktor für dieses wirtschaftliche Gewicht in der Abwägung zu berücksichtigen. In den Fällen, in denen weder auf regionaler noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung erfolgt, wird im immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft, ob einer Windkraftanlage öffentliche-rechtliche Vorschriften entgegenstehen. Hierzu gehört auch die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung, nach der u. a. der Erholungswert der Landschaft und das Landschaftsbild zu berücksichtigen sind.

Viele Flächen im Schwarzwald sind großflächig gemäß § 20 Abs. 2 BNatSchG als nationale Schutzgebiete oder Natura 2000-Gebiete geschützt. Sie kommen damit als Tabubereiche für eine Standortfestlegung von Windkraftanlagen nicht in Betracht oder sie unterliegen besonderen naturschutzrechtlichen Restriktionen. Im letzteren Fall hat bei der Regional- und Bauleitplanung bzw. im Genehmigungsverfahren eine eingehende Prüfung der naturschutzrechtlichen Vorschriften und eine Abwägung zu erfolgen. Bei denjenigen Flächen im Schwarzwald, die nicht als Schutzgebiete ausgewiesen sind, ist in der Regel das Landschaftsbild betroffen. Dieser Belang ist im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung oder im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung.

Berücksichtigung des Artenschutzes / Abstandsregelungen / Abwägung mit anderen Belangen wie Klimaschutz / Fristverlängerung aus Artenschutzgründen

Verschiedene Einwände befürchten eine nicht ausreichende Berücksichtigung des Artenschutzes, insbesondere auch im Rahmen der Regionalplanung. Auch soll der Artenschutz gegenüber dem Klimaschutz gleichrangig sein. Damit ausreichende Artendaten erhoben werden können, sei die Fristsetzung für die Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiet zu verlängern. Außerdem würden Vogelschutzgebiete außer Kraft gesetzt.

Bewertung:

Die naturschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Artenschutz, sind bereits im Rahmen der Planung zu beachten. Der Artenschutz unterliegt hierbei nicht der planerischen Abwägung. Auch im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren müssen die zwingend zu beachtenden Vorschriften des europäischen Artenschutzes berücksichtigt werden. Verluste bei windkraftempfindlichen Arten können vermieden werden, wenn zu Brutvorkommen von Vögeln Abstände eingehalten werden und wenn bei hoher Artenaktivität (Fledermäuse) die Windkraftanlagen zeitweise abgeschaltet werden. Die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) erarbeitet derzeit spezielle artenschutzfachliche Hinweise zur Planung und Bewertung von Windkraftanlagen unter dem Blickwinkel des Artenschutzes.

Die Belange des Klimaschutzes, zu denen die Windkraftnutzung gehört, haben keinen Vorrang vor anderen Belangen. Die Planungsträger müssen vielmehr bei der Festlegung von Standorten für Windkraftanlagen im jeweiligen konkreten Planungsfall die Belange des Klimaschutzes mit den anderen betroffenen Belangen, zu denen auch die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege gehören, abwägen.

Der Planungs- oder Vorhabensträger hat, soweit nach einer überschlägigen Prognose artenschutzrechtliche Konflikte möglich sind, und soweit keine allgemeinen artenschutzfachlichen Daten vorliegen, auf die zurückgegriffen werden könnte, eigene artenschutzfachliche Untersuchungen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen und in die Planunterlagen einzuarbeiten. Ohne eine artenschutzrechtliche Prüfung auf der Grundlage von fachlichen Erhebungen kann in diesen Fällen ein Bauleitplan nicht beschlossen und eine Windkraftanlage im Einzelfall nicht genehmigt werden.

Die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes, die in den §§ 31 ff BNatSchG die europarechtliche FFH-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie umsetzen, bleiben von der Änderung des Landesplanungsgesetzes unberührt. Sie sind sowohl auf der Planungsebene, als auch im konkreten Genehmigungsverfahren einzuhalten. Die Fristverlängerung erleichtert die Erhebung von Artenvorkommen und deren Bewertung in Planungsprozessen, die im Jahr 2012 stattfinden.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Die Vorgaben des Artenschutzrechts sind bei Planungs- und Genehmigungsentscheidungen einzuhalten. Im Übrigen ermöglicht die Verlängerung der Übergangsfrist eine sorgfältige Erhebung und Bewertung von Artendaten im Jahre 2012.

Festlegung von Ausschlussgebieten / Steuerung von Windkraftstandorten

Mehrere Stellungnahmen fordern die Festlegung von Ausschlussgebieten, u.a. damit die Belange des Tourismus und des Artenschutzes im Rahmen der Regionalplanung besser berücksichtigt werden. Auch soll so eine bessere Steuerung von Standorten für Windkraftanlagen erreicht werden.

Bewertung:

Die Festlegung von Ausschlussgebieten ist bei der Änderung des Landesplanungsgesetzes nicht vorgesehen und auch nicht erforderlich. Die Belange von Natur und Landschaft sowie die Belange des Tourismus sind im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung auch dann zu berücksichtigen, wenn keine Ausschlussgebiete festgelegt werden. Im Übrigen sind eine Reihe von Schutzgebieten (z.B. Naturschutzgebiete, Kernzonen von Biosphärengebieten) als Tabubereiche für Windkraftanlagen zu betrachten. Diese Flächen dienen auch dem Artenschutz.

Die Steuerung von Windkraftanlagen-Standorten erfolgt nach dem Landesplanungsgesetz weiterhin durch die Regionalpläne und künftig auch durch Flächennutzungspläne, die bei einer Darstellung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen in der Regel eine Ausschlusswirkung für den übrigen Planungsraum im jeweiligen Plangebiet entfalten.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung.

Konzentration von Windkraftanlagen und Bevorzugung von Repowering

Es wird gefordert, Windkraftanlagen auf wenige Standorte zu konzentrieren und dem Repowering grundsätzlich Vorrang einzuräumen.

Bewertung:

Eine Konzentration von Anlagen in Windparks ist zwar gerade im Hinblick auf den naturschutzrechtlichen Vermeidungsgrundsatz grundsätzlich wünschenswert; dies ist jedoch – auch bei ent-

sprechender planerischer Steuerung – nicht überall realisierbar. Insbesondere an Standorten mit hoher Windhöffigkeit können bei der Planung daher auch einzelne Windkraftanlagen in Betracht kommen.

Wegen der geringen Anzahl der vorhandenen Windkraftanlagen in Baden-Württemberg besteht nur ein geringes Potential zum Repowering. Ferner stehen solche Anlagen nicht immer in den windhöffigsten Bereichen. Teilweise befinden sie sich auch als Alt-Anlagen in Tabu- oder Restriktionsbereichen oder in naturschutzfachlich bedenklichen Gebieten. Daher ist auch bei einem Repowering eine Einzelfallprüfung erforderlich, in der alle relevanten Belange geprüft und bei der Entscheidung berücksichtigt werden.

Im Ergebnis wird Art. 2 des Gesetzentwurfs nicht geändert. Er regelt nur die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete und damit nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Rahmen der Regionalplanung. Mit der gesetzlichen Aufhebung der Wind-Regionalpläne steht die bisherige Festlegung „regionalplanerisches Ausschlussgebiet für Windkraftanlagen“ einem Repowering nicht mehr entgegen.

3.3 Sonstiges:

Rund zwei Drittel der eingegangenen Stellungnahmen des Öffentlichkeits- und Beteiligungsverfahrens haben sich mit dem Gesetzentwurf selbst und nicht mit dessen Umweltauswirkungen auseinandergesetzt.

In rund einem Viertel der Stellungnahmen wurde angeregt, die Windplanungen ausschließlich bei den Regionalverbänden zu belassen. Dabei wurde auch vorgeschlagen, weiterhin Ausschlussgebiete für Standorte raumbedeutsamer Windkraftanlagen vorzusehen. Auch für die Festlegungen von Vorrang-, Vorbehalts- und Ausschlussgebieten wurde plädiert.

Der zeitnahe und deutliche Ausbau der Windkraft ist Ziel des Gesetzentwurfs. Regionalplanerische Ausschlussgebiete sollen nicht mehr möglich sein, fachgesetzliche Tabubereiche bestehen weiterhin. Der Gesetzentwurf sieht deshalb in Artikel 1 vor, dass Regionalverbände künftig in Regionalplänen nur Vorranggebiete festlegen können, keine Ausschlussgebiete mehr. Durch die Festlegung von Vorranggebieten wird im Hinblick auf die regionalplanungsrechtliche Zulässigkeit eine positive Vorentscheidung getroffen und somit Investoren von Windkraftanlagen in den Vorranggebieten Investitions- und Planungssicherheit gegeben. Auch Städte und Gemeinden sollen künftig Standorte für raumbedeutsame Windkraftanlagen planerisch steuern können.

In nahezu der Hälfte der Stellungnahmen (meist von Gemeinden, Landkreisen und Regionalverbänden) wurde geltend gemacht, dass die in Artikel 3 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vorgesehene Übergangsfrist bis zur Aufhebung der Festlegungen von Standorten regionalbedeutsamer Windkraftanlagen (Wind-Regionalpläne) zu kurz bemessen ist. Dies war in der bereits erfolgten Verbändeanhörung zum Gesetzentwurf selbst ebenfalls vorgetragen worden. Begründet wurden die Stellungnahmen mit der Komplexität und der Zeitdauer der Windplanungen auf regionaler und vor allem auf kommunaler Ebene. Diese Hinweise sind berechtigt.

Die Übergangsfrist stellt einen Kompromiss zwischen dem möglichst zeitnahen Wirksamwerden des Gesetzes und einem ausreichendem Vorlauf für die notwendigen Planungen von Regionalver-

bänden, Städten und Gemeinden dar. Die bisherigen Festlegungen in den Wind-Regionalplänen der Regionalverbände, insbesondere die bestehenden Ausschlussgebiete stehen künftigen Positivfestlegungen bzw. -darstellungen von Windkraftanlagen entgegen. Andererseits eröffnet das Gesetz Städten und Gemeinden die Möglichkeit, Standorte für Windkraftanlagen in ihren Flächennutzungsplänen selbst planerisch zu steuern. Um vor allem den Gemeinden und Städten mehr Zeit für ihre Planungen zu geben, wird die Übergangsfrist auf den 31. Dezember 2012 verlängert.

Rund ein Drittel der Stellungnahmen hatten oft unter dem Hinweis auf die Beachtung geltender fachgesetzlicher Regelungen keine Einwände bzw. waren mit dem Gesetzentwurf einverstanden.

Zusammenfassende Begründung:

Das Öffentlichkeits- und Beteiligungsverfahren führt zu dem Ergebnis, dass Artikel 2 des Gesetzentwurfs keine erheblichen Umweltauswirkungen entgegenstehen. Damit bestätigt sich das bereits vorliegende Ergebnis des Umweltberichts.

Zusammenstellung der Maßnahmen, die zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Artikels 2 des Gesetzentwurfs durchgeführt werden sollen

Artikel 10 der SUP-Richtlinie sieht eine Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen bei Durchführung des Plans auf die Umwelt vor, um unter anderem frühzeitig unvorhergesehene negative Auswirkungen zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Abhilfemaßnahmen zu entwickeln.

Artikel 2 des Gesetzentwurfs beinhaltet die gesetzliche Aufhebung der Wind-Regionalpläne. Konkrete Standortentscheidungen oder Aussagen zur konkreten Genehmigungsfähigkeit solcher Anlagen werden damit nicht getroffen.

Um die Auswirkungen der Gesetzesänderung anhand der konkreten Entwicklung zu beobachten, wird sich die Landesregierung jedoch regelmäßig über die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen und Windplanungen berichten lassen. Für die Berichtspflicht wird das Berichtssystem der Gewerbeaufsicht genutzt, in das die Genehmigungsbehörden die Zahl der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen für Windkraftanlagen und die Anzahl der dadurch erfassten Einzelanlagen mit den jeweiligen technischen Leistungsangaben sowie die Lage des Standorts innerhalb oder außerhalb planerisch ausgewiesener Flächen kontinuierlich eintragen müssen.

Über die neu aufzustellenden Windplanungen werden regelmäßig Erhebungen gemacht. Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur steht in ständigem Kontakt mit den Regionalverbänden über die Aufstellung neuer Wind-Regionalpläne. Die Wind-Regionalpläne werden dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur als zuständiger Genehmigungsbehörde vorgelegt. Des Weiteren wird sich die Landesregierung über die Regierungspräsidien in vorgegebenen Intervallen über genehmigte Flächennutzungspläne zur Steuerung der Standorte von (regionalbedeutsamen) Windkraftanlagen berichten lassen.

Damit kann festgestellt werden, ob es nach der gesetzlichen Aufhebung der Wind-Regionalpläne durch Windplanungen und immissionsschutzrechtliche Genehmigungen zu unvorhergesehenen erheblichen negativen Auswirkungen auf die Umwelt kommt.

Verfahren des Landtags von Baden-Württemberg

Der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur hat gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sowie dem Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz am 21. März 2012 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes samt Regelfolgenabschätzung, Anhörungssynopse, dem Umweltbericht der Landesregierung zur Aufhebung der in den Regionalplänen bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen sowie dem Entwurf der Landesregierung für einen Abschlussbericht zur Strategischen Umweltprüfung zur Aufhebung der in den Regionalplänen bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen durchgeführt. Darüber haben der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz am 28. März 2012, der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft am 29. März 2012 sowie der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur am 2. Mai 2012 beraten.

Ergebnis des Landtags von Baden-Württemberg

Der Landtag stimmt dem Entwurf der Zusammenfassenden Erklärung und der Zusammenstellung der Maßnahmen, die zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Artikels 2 des Gesetzentwurfs durchgeführt werden sollen, zu.

REGION OSTWÜRTTEMBERG

Regionalplan 2010

Regionalverband Ostwürttemberg
Universitätspark 1 · 73525 Schwäbisch Gmünd
Telefon 0 71 71/9 27 64-0 · Telefax 0 71 71/9 27 64-15

Regionalplan 2010

Aufgestellt vom Regionalverband Ostwürttemberg
Körperschaft des öffentlichen Rechts
durch Beschluß der Verbandsversammlung am 03. April 1996

Genehmigung des Regionalplanes 2010
durch das Wirtschaftsministerium am 29. September 1997

Teilfortschreibung Rohstoffsicherung
Satzungsbeschluß: 29. April 1997
Genehmigung: 29. September 1997

Teilfortschreibung Interkommunales Gewerbegebiet Giengen/Herbrechtingen
Satzungsbeschluß: 30. September 1997
Genehmigung: 10. November 1997

Öffentliche Bekanntmachung im Staatsanzeiger für
Baden-Württemberg, Nr. 47, vom 01. Dezember 1997

verbindlich mit Ablauf der Auslegungsfrist am 08. Januar 1998

Schwäbisch Gmünd 1998

V o r w o r t

Der Regionalplan 2010 der Region Ostwürttemberg wurde nach 5-jähriger intensiver Planungsarbeit von der Verbandsversammlung am 3. April 1996 als Satzung beschlossen und am 29. September 1997 vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg für verbindlich erklärt. Er ersetzt damit den bisher gültigen Regionalplan Ostwürttemberg aus dem Jahr 1980.

Der Erarbeitung des vorliegenden Regionalplanes ging eine gründliche Bestandsaufnahme und Bewertung der räumlichen Gegebenheiten und der Entwicklungstendenzen der Region voraus. Besonders zu berücksichtigen war, daß sich seit der Erstellung des ersten Regionalplanes im Jahr 1980, der eine Fülle von strukturverbessernden Maßnahmen enthielt, die infrastrukturelle Situation der Region auf allen Gebieten insbesondere aber auf dem Gebiet der Verkehrserschließung auf Schiene und Straße wesentlich verbessert hat. In den 70er und 80er Jahren noch vorhandene Defizite gegenüber anderen Landes-teilen konnten inzwischen in Ostwürttemberg teilweise abgebaut werden.

Zu berücksichtigen war aber auch, daß die Region seit der Grenzöffnung im Osten einen starken Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatte, verbunden mit einem hohen Bedarf an zusätzlichen Flächen für Siedlungen und für Gewerbe.

Einen besonders hohen Stellenwert wurde bei der Erstellung des Regionalplanes 2010 dem Landschafts- und Umweltschutz eingeräumt. Die noch weitgehend intakte Landschaft Ostwürttembergs kann nur dann langfristig erhalten werden, wenn zwischen den besiedelten und wirtschaftlich genutzten Gebieten und den ökologisch wichtigen Räumen der Region ein ausgewogenes Verhältnis besteht.

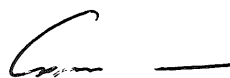
Mit der Vorlage des neuen Regionalplanes verbinden wir unseren Dank an alle am Planungsprozeß beteiligten Vertreter der Städte und Gemeinden, der Landkreise, der Staatlichen Behörden, Verbände und sonstige Organisationen. Wir danken insbesondere den Vertretern des Wirtschaftsministeriums als Oberster Landesplanungsbehörde und den Vertretern des Regierungspräsidiums als Höherer Landesplanungsbehörde, die durch ihre Mitarbeit und Beratung vielfältige Hilfestellung gegeben haben.

Der Dank gilt auch allen Mitgliedern der Gremien des Regionalverbandes, die in zahlreichen Sitzungen diesen Regionalplan gewissenhaft beraten und ihm Inhalt und Form gegeben haben.

Schwäbisch Gmünd, 1997



Götlicher
Verbandsvorsitzender



Eppmann
Verbandsdirektor

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kapitel 1 Grundsätze für die räumliche Ordnung und Entwicklung der Region Ostwürttemberg	1
Kapitel 2 Regionale Siedlungsstruktur	
2.1 Zentrale Orte	13
2.1.0 Aufgaben und Stufen Zentraler Orte	13
2.1.1 Oberzentrum - Oberzentrale Versorgung	14
2.1.2 Mittelzentren und Mittelbereiche	15
2.1.3 Unterzentren	16
2.1.4 Kleinzentren	17
2.2 Entwicklungsachsen	19
2.2.1 Entwicklungsachsen des Landesentwicklungsplanes	19
2.3 Siedlungsbereiche	20
2.3.0 Allgemeine Grundsätze	20
2.3.1 Siedlungsbereiche zur Aufgliederung der Entwicklungsachsen	21
2.3.2 Siedlungsbereiche außerhalb der Entwicklungsachsen	22
2.4 Gemeinden mit Eigenentwicklung	23
2.5 Schwerpunkte für Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen	23
2.6 Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und großflächige Handelsbetriebe	27
Kapitel 3 Regionale Freiraumstruktur	29
3.1 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	32
3.1.1 Regionale Grünzüge	32
3.1.2 Grünzäsuren	33
3.2 Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	35
3.2.1 Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege	35
3.2.2 Schutzbedürftige Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz	37

3.2.3	Schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft	39
3.2.4	Schutzbedürftige Bereiche für die Erholung	40
3.2.5	Schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft	44
3.2.6	Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe	47
	Anhang zu Kapitel 3 - Grünzäsuren	51

Kapitel 4 Infrastruktur

4.1	Verkehrswesen	61
4.1.0	Allgemeine Grundsätze	61
4.1.1	Straßenverkehr	61
4.1.2	Schienenverkehr	70
4.1.3	Öffentlicher Personennahverkehr	73
4.1.4	Luftverkehr	76
4.1.5	Post- und Fernmeldewesen	77
4.1.6	Rohrleitungsverkehr	78
4.2	Energieversorgung	78
4.2.0	Allgemeines Entwicklungsziel	78
4.2.1	Elektrizitätsversorgung	79
4.2.2	Gasversorgung	80
4.3	Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft	81
4.3.1	Wasserversorgung	81
4.3.2	Abwasserbeseitigung	82
4.3.3	Abfallwirtschaft	83
4.3.4	Hochwasserschutz - Flußbau	87
4.4	Militärische Anlagen	89

Verzeichnis der Karten

Strukturkarte

Raumnutzungskarte

- G = **Grundsätze** sind allgemeine Entwicklungs- und Ordnungsprinzipien oder fachliche Gesichtspunkte. Nach Verbindlicherklärung des Regionalplanes sind sie von den öffentlichen Planungsträgern im Rahmen des ihnen zustehenden Ermessens bei ihren Planungen und Maßnahmen gegeneinander und untereinander abzuwägen.
- Z = **Ziele** sind Aussagen, die sachlich und räumlich bestimmt oder bestimmbar sind. Die Ziele sind aufeinander abgestimmt und dürfen sich in ihren Festlegungen nicht widersprechen. Nach der Verbindlicherklärung des Regionalplanes sind Ziele der Raumordnung und Landesplanung von den Behörden (Bund, Land, Kreis), den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Planungsträgern bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten.
- V = **Vorschläge** ergänzen die im Regionalplan dargestellten Ziele und Grundsätze. Sie werden nicht für verbindlich erklärt. Die öffentlichen Planungsträger sollen sich aber bei Ihren Planungen und Maßnahmen mit ihnen auseinandersetzen.
- N = **Nachrichtliche Übernahmen** der Landesplanung und der Fachplanung.

kursiv = von der Verbindlichkeit ausgenommen.

(Diese Plansätze und sonstigen Aussagen dokumentieren jedoch den politischen Willen der Region).

Genehmigung des Regionalplanes 2010 Ostwürttemberg vom 3. April 1996 sowie der Teilfortschreibung Rohstoffsicherung vom 29. April 1997 durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vom 29. September 1997 - Az.: 7-2424-13/2

I. Verbindlichkeitserklärung

1. Der von der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg am 3. April 1996 und 29. April 1997 als Satzung beschlossene "Regionalplan 2010" für die Region Ostwürttemberg wird gemäß § 10 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes (LplG) in der Fassung vom 08. April 1992 (GBL. S. 229) mit Ausnahme der in Nr. II genannten Ziele und Grundsätze für verbindlich erklärt.

Die Verbindlichkeitserklärung umfaßt die mit "Z" gekennzeichneten Ziele und die mit "G" gekennzeichneten Grundsätze im Textteil, die zugehörigen zeichnerischen Darstellungen in der Raumnutzungskarte sowie in der Strukturkarte in Verbindung mit deren Legenden.

An der Verbindlichkeit nehmen nicht teil: Die mit "V" gekennzeichneten Vorschläge und die mit "N" gekennzeichneten nachrichtlichen Übernahmen im Textteil, in der Raumnutzungskarte und der Strukturkarte, ferner die Begründung des Regionalplans einschließlich zugehöriger Tabellen und Karten.

2. Die Ziele "Z" sind von den Behörden des Bundes und des Landes, von den Kreisen, den Verwaltungsgemeinschaften, den Gemeinden und den sonstigen in § 4 Abs. 5 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der Fassung vom 28. April 1993 (BGBl. I S. 630) genannten öffentlichen Planungsträgern bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten; die Grundsätze "G" sind von den öffentlichen Planungsträgern im Rahmen des ihnen zustehenden Ermessens bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen gegeneinander und untereinander abzuwägen (§ 10 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 6 Abs. 3 LplG). Mit den nichtverbindlichen regionalplanerischen Vorschlägen "V" sollen sich die öffentlichen Planungsträger bei ihren Planungen und Maßnahmen auseinandersetzen (§ 17 Abs. 2 LplG).
3. Die Verbindlichkeit des Regionalplanes 2010 des Regionalverbands Ostwürttemberg tritt mit Ablauf der öffentlichen Auslegung ein.

II. Ausnahmen der Verbindlichkeit

Von der Verbindlichkeit ausgenommen werden die nachstehenden Ziele und Grundsätze im Textteil, in der Raumnutzungskarte und in der Strukturkarte:

1. Plansatz 1.9,
2. im Plansatz 2.1.3 alle den Gemeindenamen folgenden Zusätze sowie der letzte Satz dieses Plansatzes,
3. im Plansatz 2.1.4 alle den Gemeindenamen folgenden Zusätze sowie der letzte Satz dieses Plansatzes,

4. Plansatz 2.4,
5. im Plansatz 2.5.6 der Satzteil "i.d.R. für den Bedarf ihres Nahbereiches",
6. Plansatz 4.1.2.5,
7. im Plansatz 4.3.1.2 die Sätze 2 und 3,
8. Plansatz 4.3.1.3,
9. Plansatz 4.3.3.4.

III. Nebenbestimmungen

Die von der Verbindlichkeit ausgenommenen Ziele und Grundsätze sind vor der öffentlichen Bekanntmachung durch Kursivdruck mit erläuternder Fußnote im Textteil, in Tabellen und in den Legenden der Raumnutzungskarte und der Strukturkarte deutlich als nicht verbindlich zu kennzeichnen.

IV. Begründung der Ausnahmen

Die Ausnahmen von der Verbindlichkeit werden wie folgt begründet:

Zu II. 1. (Plansatz 1.9.):

Der Plansatz überschreitet die durch § 8 Abs. 2 LplG begrenzte Regelungskompetenz des Regionalverbandes.

Zu II. 2. (Plansatz 2.1.3):

Die Ausweisung von Nahbereichen ist nach der geltenden Fassung des Landesplanungsgesetzes nicht mehr möglich.

Zu II. 3. (Plansatz 2.1.4):

Die Ausweisung von Nahbereichen ist nach der geltenden Fassung des Landesplanungsgesetzes nicht mehr möglich.

Zu II. 4 (Plansatz 2.4):

Die Siedlungsentwicklung von Gemeinden kann durch den Regionalverband nur aus besonderen, in der Begründung des Regionalplans darzustellenden Gründen auf die Eigenentwicklung beschränkt werden (§ 8 Abs. 2 LplG, § 8 Abs. 8 LplG). Diese ortsspezifische Begründung fehlt im Regionalplan. Plansatz 1.6 bleibt unberührt.

Zu II. 5 (Plansatz 2.5.6):

Die Ausweisung von Nahbereichen ist nach der geltenden Fassung des Landesplanungsgesetzes nicht mehr möglich.

Zu II. 6 (Plansatz 4.1.2.5):

Durch regionalplanerische Festlegungen können weder öffentliche Planungsträger noch private Betreiber von Eisenbahnstrecken zu einem bestimmten positiven Tun gezwungen werden.

Zu II. 7 (Plansatz 4.3.1.2):

Die Sätze 2 und 3 regeln keinen regionalbedeutsamen Sachverhalt.

Zu II. 8 (Plansatz 4.3.1.3):

Der Plansatz regelt keinen regionalbedeutsamen Sachverhalt.

Zu II. 9 (Plansatz 4.3.3.4):

Der Plansatz beschreibt eine planerische Aufgabe, ist aber selbst keine räumlich und sachliche konkrete Planung im Sinne eines Zielsatzes.

V. Hinweise

Der Regionalplan 2010 enthält Aussagen zu Mittelzentren und zur Wahrnehmung oberzentraler Funktionen durch Mittelzentren (Plansätze 2.1.0, 2.1.1, 2.1.2.1). Diese Aussagen stehen unter dem Vorbehalt etwaiger anderweitiger Regelung durch den Landesentwicklungsplan.

Stuttgart, den 29. September 1997

Dr. Walter Döring, MdL
Wirtschaftsminister

Genehmigung der Teilfortschreibung Interkommunales Gewerbegebiet Giengen/Herbrechtingen vom 30. September 1997 zum Regionalplan Ostwürttemberg 2010 durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vom 10. November 1997 Az.: 7-2424-13/3

1. Die von der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg am 30. September 1997 als Satzung beschlossene Teilfortschreibung des Regionalplans 2010 wird gemäß § 10 Absatz 1 des Landesplanungsgesetzes (LplG) in der Fassung vom 8. april 1992 (GBL. S. 229) für verbindlich erklärt.
2. Die Teilfortschreibung, bestehend aus Text und den beiden Kartenteilen, umfaßt im einzelnen:
 - 2.1 Im Plansatz 2.5 "Schwerpunkte für Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen" wird bei 2.5.4 die Ausweisung "Unterzentrum Herbrechtingen: an der B19/B492 das Gewerbegebiet Vohenstein" gestrichen und statt dessen folgendes Ziel ausgewiesen: "Unterzentrum Giengen/Herbrechtingen: im Bereich der Autobahnan-schlußstelle Giengen/Herbrechtingen ein Interkommunales Gewerbegebiet".
 - 2.2 In der Raumnutzungskarte und in der Strukturkarte wird das Symbol für einen regionalbedeutsamen Standort für Gewerbe- und Dienstleistungen vom Standort Vohensteinen an den neuen Standort für das Interkommunale Gewerbegebiet Giengen/Herbrechtingen verlegt.
 - 2.3 Der in der Raumnutzungskarte im Bereich des Interkommunalen Gewerbegebietes Giengen/Herbrechtingen dargestellte Regionale Grünzug und der Schutzbedürftige Bereich für die Landwirtschaft und den Bodenschutz entfallen insoweit.

3. Die ergänzte Begründung für die Teilfortschreibung nimmt an der Verbindlichkeit nicht teil.
4. Die Verbindlichkeit der Teilfortschreibung des Regionalplanes Ostwürttemberg 2010 tritt mit Ablauf der öffentlichen Auslegung ein.

Stuttgart, den 10. November 1997

Dr. Karl Epple
Ministerialdirektor

Kapitel 1
Grundsätze
für die räumliche
Ordnung und
Entwicklung der Region

1. Grundsätze für die räumliche Ordnung und Entwicklung der Region Ostwürttemberg

1.1 (G) Die Region Ostwürttemberg ist als Wirtschafts- und Lebensraum strukturell und räumlich so zu entwickeln, daß alle Teilräume der Region die Entwicklungschancen, die sich aus der Verbesserung der Verkehrserschließung, der Energieversorgung sowie der sozialen und kulturellen Infrastruktur ergeben, nutzen und so am allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt der Region und des Landes teilnehmen können. Dabei sollen sich alle Teilräume der Region entsprechend ihrer besonderen Eignung und ihrer bereits vorhandenen individuellen Ausstattung wirtschaftlich und kulturell entwickeln und so in gegenseitiger Ergänzung und durch Leistungsaustausch der gesamten Regionsbevölkerung gute und vielfältige Lebens- und Entwicklungsbedingungen bieten.

Begründung:

Die Region Ostwürttemberg ist mit einer Fläche von 2.139 qkm die zweitkleinste und mit einer Einwohnerzahl von 449.900 Einwohnern¹⁾ die kleinste Region des Landes Baden-Württemberg. Sie besteht aus zwei Landkreisen

- dem Ostalbkreis mit einer Fläche von 1.512 qkm und 312.200 Einwohnern¹⁾ und
- dem Landkreis Heidenheim mit einer Fläche von 627 qkm und einer Einwohnerzahl von 137.700¹⁾.

Verwaltungsmäßig wird die Region Ostwürttemberg untergliedert in 18 Verwaltungsräume mit 53 Städten und Gemeinden.

Wirtschaftlich wird die Region geprägt durch:

- überdurchschnittlich stark vertretene Land- und Forstwirtschaft mit teilweise ungünstigen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen, doch guten forstwirtschaftlichen Ergebnissen.
- eine vielfältige und hohe Industrialisierung, die mit einem Beschäftigtenanteil von 49 % im produzierenden Sektor weit über dem Landesdurchschnitt von 37 % liegt.
- einen Mangel an tertiären Einrichtungen und Arbeitsplätzen. Der Dienstleistungssektor der Region liegt mit 47 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 57 %.
- eine reizvolle Erholungslandschaft mit ausbaufähigem Fremdenverkehr.

¹⁾ Stand 1996

Jahrzehntelang hat die wirtschaftliche Entwicklung der Region unter einer nicht ausreichenden infrastrukturellen Ausstattung, insbesondere einer völlig unzureichenden Verkehrserschließung auf Schiene und Straße, gelitten. Erst in den vergangenen 15 - 20 Jahren hat sich die Region durch eine Vielzahl strukturverbessernder Maßnahmen wie

- den durchgehenden Ausbau der Bundesautobahn A 7 als wichtigste Hauptverkehrsstraße in Nord-Süd-Richtung,
- den zweibahnigen Ausbau der B 29 von Stuttgart bis nach Schwäbisch Gmünd als Hauptverkehrsstraße in West-Ost-Richtung,
- die Verbesserung der Schienenverkehrserschließung durch die Regionalschnellbahn Stuttgart - Aalen - Ellwangen , die Eilzugtaktverkehre Ulm - Heidenheim - Aalen - Ellwangen - Crailsheim bzw. Aalen -Bopfingen - Nördlingen sowie der Interregionallinie Stuttgart - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Ellwangen - Nürnberg,
- dem vollständigen Ausbau des Gasfernleitungsnetzes der Region,
- der kontinuierlichen Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie
- Stadt- und Dorfsanierungsmaßnahmen in allen Teilen der Region

von einem ehemals strukturell benachteiligten, schlecht erschlossenen Landesteil zu einem insgesamt gut ausgestatteten und erschlossenen, attraktiven Wohn- und Erwerbsstandort in Baden-Württemberg entwickelt.

Im Laufe von Jahrzehnten hat sich in der Region Ostwürttemberg eine polyzentrische Versorgungsstruktur herausgebildet, bei der alle Teile der Region von den vier Mittelzentren Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd und einem dichten Netz von leistungsfähigen Unter- bzw. Kleinzentren mit sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen vom Grundbedarf bis zum spezialisierten und hochspezialisierten Bedarf sehr ausgewogen versorgt werden.

Bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des hochqualifizierten Bedarfs haben sich in den vier Mittelzentren der Region unterschiedliche Schwerpunkte herausgebildet.

So gibt es z.B. in **Aalen** auf dem administrativen Sektor das Landratsamt Ostalbkreis, das Arbeitsamt, ein Technologietransfer-Zentrum, ein Wirtschaftszentrum für Existenzgründer sowie im Bildungs- und Ausbildungsbereich das Elektroausbildungszentrum, das Aus-

bildungszentrum Bau, das IHK-Bildungszentrum und die Fachhochschule für Technik.

In der Stadt **Ellwangen** haben das Landgericht Ellwangen mit der zugeordneten Staatsanwaltschaft und dem Amtsgericht, eine Reihe Staatlicher Unterer Sonderbehörden wie das Straßenbauamt, das Amt für Flurneuordnung und Landentwicklung, das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur und die Gewässerdirektion Neckar/Bereich Ellwangen sowie die Kolping-Fachhochschule für Wirtschaft ihren Sitz.

Die Stadt **Heidenheim** beherbergt auf dem administrativen Sektor das Landratsamt Heidenheim, das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur, die IHK Ostwürttemberg, ein Technologiezentrum und das Autobahnbetriebsamt sowie im Bildungs- und Ausbildungsbereich das Metallausbildungszentrum, die Württembergische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und die Staatliche Berufsakademie.

In der Stadt **Schwäbisch Gmünd** befindet sich der Sitz des Regionalverbands Ostwürttemberg, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostwürttemberg die Außenstelle des Landratsamtes Ostalbkreis, das Staatliche Vermögens- und Hochbauamt, das Landwirtschaftliche Zentrum, das Staatliche Schulamt und im Bildungs- und Ausbildungsbereich die Technische Akademie für Berufliche Bildung, das Wirtschafts- und Gründerzentrum ZAPP, die Pädagogische Hochschule, die Fachhochschule für Graphik und Design, das Berufskolleg für Formgebung, Schmuck und Gerät sowie der Universitätspark Schwäbisch Gmünd mit der University of Maryland.

Die dezentrale, polyzentrische Siedlungs- und Versorgungsstruktur der Region Ostwürttemberg hat in guter funktionaler Abstimmung der Versorgungszentren der Region miteinander zu einer sehr ausgewogenen Versorgung der gesamten Regionsbevölkerung von der Grundversorgung bis zur Versorgung mit hochspezialisierten Gütern und Dienstleistungen geführt. Die in einem zentralen Achsenbereich liegenden Mittelzentren der Region vermitteln in ihrer Gesamtheit ein oberzentrales Versorgungsangebot für die Bevölkerung der Region. Gleichzeitig werden aber durch die Funktionsteilung und die topographische Situation die ausgesprochenen Verdichtungs Nachteile großstädtischer Ballungsräume vermieden.

Regionalpolitisches Ziel ist es daher, daß sich auch in Zukunft alle Teilräume der Region entsprechend ihrer besonderer Eignung und ihrer bereits vorhandenen individuellen Ausstattung in fruchtbarem Wettbewerb miteinander weiterentwickeln.

1.2 (N) Nach dem Landesentwicklungsplan 1983, Kapitel 3.3, ist die Region Ostwürttemberg in ihrer Entwicklung so zu fördern, daß

- durch Vermehrung und Verbesserung der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsgrundlagen die Bevölkerung, insbesondere der natürliche Bevölkerungszuwachs, in der Region gehalten wird und Zuwanderungen aufgenommen werden können;
- der Leistungsaustausch innerhalb der Region und mit anderen für ihre Entwicklung bedeutsamen Räumen im Land, insbesondere mit den Regionen Stuttgart, Donau-Iller und Franken sowie mit den benachbarten bayerischen Wirtschaftsräumen und Regionen, verstärkt wird;
- sie am allgemeinen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt im Lande teilnimmt;
- der Mangel an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich gemildert wird;
- Schwäbische Alb, Ellwanger Berge und Frickenhofer Höhe schwerpunktmäßig als Erholungsräume auszubauen sind. Im Albvorland sind vor allem Einrichtungen für die Naherholung zu fördern.

Diese allgemeinen landesplanerischen Entwicklungsziele verdeutlichen schon, wo die grundsätzlichen Probleme und Entwicklungsaufgaben der Region liegen. Ostwürttemberg ist einerseits eine landschaftlich besonders reizvolle Region mit großen ländlich geprägten Teilräumen, andererseits aber eine Industrieregion mit guten Entwicklungschancen, aber einem Defizit im Dienstleistungsbereich. Wesentliche Voraussetzung für eine kontinuierliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ist die weitere Verbesserung des Leistungsaustausches der Region mit den angrenzenden Regionen durch Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verkehrswege. Die angestrebte weitere wirtschaftliche Entwicklung und die Zunahme der Einwohnerzahl der Region darf allerdings nicht dazu führen, daß die insgesamt noch befriedigenden Umweltverhältnisse der Region beeinträchtigt werden.

1.3 (G) Alle für die strukturelle und räumliche Weiterentwicklung der Region erforderlichen Maßnahmen müssen so durchgeführt werden, daß

- die natürlichen Lebensgrundlagen, die Lebensräume für Menschen, Pflanzen und Tiere, die Erholungseignung und die gegenwärtig zufriedenstellenden Umweltbedingungen der Region erhalten bzw. verbessert werden,
- große ökologisch noch weitgehend intakte, noch nicht verlärmte Freiräume in den ländlich strukturierten Gebieten und in den Erholungsräumen der Region erhalten bleiben,

- die Vielfalt und der Reiz der ostwürttembergischen Kulturlandschaft, die sie prägenden Kulturdenkmale (Bau- und Bodendenkmale) und historischen Ortskerne sowie die besonderen landschaftsökologischen Eigenarten als bedeutendes natürliches Potential für die Regionsbevölkerung, aber auch als zunehmend wichtiger Standortfaktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, bewahrt werden und
- der im Bereich der Albhochflächen - Albuch - Härtsfeld - Gerstetter Alb - Riesalb - Donaurandniederung - überregional bedeutsame Grundwasserschutz vor schädlichen Einwirkungen bewahrt bleibt.

Begründung:

Natur- und kulturräumlich wird Ostwürttemberg geprägt durch

Teilräume des Schwäbischen Waldes mit den östlichen Ausläufern des Welzheimer Waldes und der Frickenhofer Höhe sowie den Ellwanger Bergen;

das Albvorland mit den Schwarzjura-Platten über Rems und Lein; Neuler, Neunheim-Pfahlheim-Tannhausen und den Schwarz- und Braunjura-Vorhügeln wie: Rehgebirge (Kaiserberg), Welland, Hügel-land von Baldern-Lippach, Vorries;

die Ostalb mit dem Albrauf und den Albhochflächen, Albuch, Härtsfeld, Gerstetter Alb und Riesalb und

die Donau(rand)niederung mit Junger Pfalz und Donaumoos.

Die Verschiedenartigkeit dieser vier Landschaften macht den besonderen landschaftlichen Reiz der Region aus und prägt mit ihrem hohen Erlebnis- und Erholungswert sowie ihrer noch weitgehend intakten Umwelt entscheidend die hohe Qualität des Lebensraumes Ostwürttemberg. Sie stellt darüber hinaus bei weiter zunehmendem Umweltbewußtsein der Bevölkerung auch ein erhebliches Entwicklungspotential für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region dar.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der Vielfalt und des Reizes der ostwürttembergischen Kulturlandschaft ist daher aus ökologischen Gründen, aber auch zur Wahrung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen der Region erforderlich. Sämtliche strukturverbessernden Maßnahmen der Region und auch alle neuen Siedlungsgebiete müssen daher landschaftsschonend geplant und durchgeführt werden.

1.4 (G)

Alle Teile der Region sollen die verbesserten regionalen Standortvoraussetzungen dazu nutzen, zusätzliche Arbeitsplätze im industriell-gewerblichen, insbesondere aber im Dienstleistungsbereich zu schaffen, um so möglichst allen Bürgern der Region, insbesondere auch den besonders gut ausgebildeten Arbeitskräften und Jugendlichen, eine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen und attraktiven beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Region zu bieten. Hierzu müssen in der Region ausreichend große Siedlungsflächen für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen (s. Plansatz 2.5.3 (Z) und Plansatz 2.5.4 (Z)) bereitgestellt werden.

Begründung:

Die Wirtschaft von Ostwürttemberg ist durch eine deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Industriedichte von fast 220 Industriebeschäftigten je tausend Einwohner (Land 190/1.000 EW) und einer Vielzahl stark exportorientierter Firmen gekennzeichnet. Weit über die Region hinaus bekannt sind die Schmuckwarenindustrie in Schwäbisch Gmünd, die Carl-Zeiss-Werke in Oberkochen, die eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie mit den Schwäbischen Hüttenwerken und der Firma Alfing Kessler in Aalen-Wasseralfingen, der Firma Voith in Heidenheim und der Fahrradfabrik Friedrichshafen in Schwäbisch Gmünd sowie die Firma Varta und Holzmühle in Ellwangen. Abgerundet wird die Palette der ostwürttembergischen Industrielandschaft durch Bekleidungs- und Textilindustrie mit den Firmen Triumph und Susa in Heubach, Pelo-Pilz in Aalen, in Giengen mit der Firma Steiff und Filzfabrik Giengen sowie in Heidenheim mit den Firmen Paul Hartmann AG und CF Ploucquet.

Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeugbau sowie Feinmechanik und Optik sind die dominanten Branchen, die mit einem Anteil von weit über 60 % die tragende Säule der ostwürttembergischen Wirtschaft bilden. In der Eisen- und Metallindustrie reicht das Angebotsspektrum von Turbinen und Großgetrieben über Lenkungen und Kurbelwellen bis hin zu Gesenkschmiede-Erzeugnissen, Ketten und Armaturen, in der Elektroindustrie von Batterien über Bauelemente bis zu Haushaltsgeräten. Der Fahrzeugbau ist durch hochspezialisierte Unternehmen des Karosseriebaus und Kfz-Teilebaus repräsentiert, während in der Feinmechanik und Optik Erzeugnisse für Medizin, Produktion sowie Wissenschaft und Forschung hervorragenden Ruf in aller Welt genießen. Bedeutendste Branche im Konsumgüterbereich ist eine starke Textil- und Bekleidungsindustrie mit hochwertiger Oberbekleidung wie Sport- und Freizeitmode, Stoffen und Gewebe.

Die Wirtschaft von Ostwürttemberg ist aber auch gekennzeichnet durch ein hohes Defizit an Arbeitsplätzen in Dienstleistungsbereichen, insbesondere bei Banken, Versicherungen und Behörden. Mit 125 Beschäftigten pro tausend Einwohner liegt Ostwürttemberg deutlich

unter dem Landesdurchschnitt von 182 Dienstleistungsarbeitsplätzen pro tausend Einwohner. Besorgniserregend ist, daß die Zunahme an Arbeitsplätzen im zukunftssträchtigen Dienstleistungsbereich ebenfalls deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt, aufbauend auf dem genannten niedrigen Niveau.

Die Arbeitslosenquote der Region liegt trotz umfangreicher struktureller Verbesserungen immer noch um 0,3 - 0,6 % über dem Landesdurchschnitt. Besonders hoch liegt sie im strukturschwachen Teilraum längs der baden-württembergisch-bayerischen Landesgrenze von Wört über Stöttlen, Unterschneidheim, Bopfingen, Neresheim bis nach Dischingen, obwohl auch hier in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen in der Versorgung mit Arbeitsplätzen eingetreten sind.

Eine ebenfalls überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote weist seit einigen Jahren der Mittelbereich Schwäbisch Gmünd auf, eine Folge der hier besonders hohen Bevölkerungszunahme verbunden mit einem starken Abbau von Arbeitsplätzen.

Zum Abbau des bereits jetzt vorhandenen Defizits an Arbeitsplätzen und zur Versorgung der vielen Neubürger von Ostwürttemberg müssen an besonders geeigneten Standorten zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierfür bestehen im industriell-gewerblichen Bereich durch Aktivierung des in den Firmen der Region vorhandenen eigenen Entwicklungspotentials, aber auch durch Neuansiedlung von Betrieben, gute Erfolgschancen. Schwieriger wird es sein, die dringend erforderlichen zusätzlichen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu schaffen. Ostwürttemberg braucht diese Arbeitsplätze, damit besonders gut ausgebildete Jugendliche und besonders fähige, strebsame Arbeitskräfte in der Region einen ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz finden und nicht in andere Räume abwandern müssen.

- 1.5 (G)** Verdichtungen von Wohn- und Arbeitsstätten sind schwerpunktmäßig im Zuge der Entwicklungsachsen (Schorndorf - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Bopfingen - Nördlingen bzw. Crailsheim - Ellwangen - Aalen - Heidenheim - Giengen - Ulm) und in den Zentralen Orten sowie an verkehrlich besonders gut erschlossenen Standorten vorzunehmen. Im Zuge der Entwicklungsachsen sind die Siedlungsgebiete durch funktionsfähige, ökologisch wirksame Freiräume zu gliedern. Eine ungegliederte Bandstruktur der Besiedlung ist zu vermeiden.

Begründung:

Die Bevölkerung konzentriert sich bereits jetzt im Zuge der Entwicklungsachsen Rems-Jagst-Achse in West-Ost-Richtung und Jagst-Kocher-Brenz-Achse in Nord-Süd-Richtung. Hier wohnen rund 65 % der Bevölkerung, hier befinden sich rund 90 % der industriell-gewerblichen Arbeitsplätze sowie die regionalen Versorgungsschwerpunkte, die Mittelzentren Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd sowie eine Anzahl von leistungsstarken Unterzentren wie Bopfingen, Giengen, Herbrechtingen und Lorch.

Durch eine schwerpunktmäßige Siedlungsentwicklung im Zuge der genannten Entwicklungsachsen mit ihren besonders leistungsfähigen Bandinfrastrukturen wie Straßen- und Schienenwegen sowie Energieversorgungsstrassen, aber auch an verkehrlich besonders gut erschlossenen sonstigen Standorten der Region soll der Leistungsaustausch von Güter- und Dienstleistungen für möglichst viele Bürger und Betriebe erleichtert, unnötiger Verkehr vermieden, eine Auslastung der Infrastruktur der Versorgungskerne erreicht und gleichzeitig eine Zersiedlung der Landschaft vermieden werden. Durch Gliederung der Entwicklungsachsen mit regionalen Grünzügen und Grünzäsuren soll eine umweltverträgliche, durch ökologisch wirksame Freiräume gegliederte, landschaftlich erträgliche Siedlungsstruktur erreicht werden.

- 1.6 (G)** Die Städte und Gemeinden in den Achsenzwischenräumen, abseits der vorhandenen und geplanten Siedlungsverdichtungen, sollen das für die Befriedigung des Eigenbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung erforderliche Wohn- und gewerbliche Bauland ausweisen. Dabei sollen innerhalb des Gemeindegebietes Siedlungsschwerpunkte möglichst nahe an den Versorgungskernen gebildet werden. Einer Zersiedlung der Landschaft ist entgegenzuwirken.

Begründung:

Abseits der Siedlungskonzentrationen im Zuge der Entwicklungsachsen liegen vorwiegend dünn besiedelte, ländlich strukturierte Gebiete. Damit die Städte und Gemeinden dieser Teilräume der Region lebensfähig bleiben und so ihre Versorgungsaufgaben für ihr ländlich strukturiertes Umland erfüllen können, müssen sie sich organisch weiterentwickeln können. Eine Voraussetzung dafür ist, daß für die ortsansässige Bevölkerung ausreichendes Wohnbauland und für den Erhalt und die Ergänzung des Arbeitsplatzangebotes durch zusätzliche nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze ausreichendes gewerbliches Bauland zur Verfügung gestellt wird. Damit auch für die ländliche Bevölkerung die Wege zu den ländlichen Versor-

gungskernen mit ihren Schulen, Kindergärten, Arztpraxen, Einzelhandelsgeschäften, Banken und Versicherungen sowie zu den Arbeitsplätzen möglichst kurz und gebündelt werden, sollte neues Bauland möglichst nahe an den Ortskernen konzentriert ausgewiesen und so auch einer Zersiedlung der Landschaft entgegengewirkt werden.

- 1.7 (G)** Durch weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und weitere Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Schiene und Straße ist der Waren- und Leistungsaustausch innerhalb der Region und mit den benachbarten Wirtschaftsräumen des Landes, den Regionen Stuttgart, Donau-Iller und Franken sowie mit den benachbarten bayerischen Wirtschaftsräumen und Regionen so zu verbessern, daß alle Bürger der Region Zugang zu den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Angeboten der Region und der benachbarten Räume erhalten.

Begründung:

Die Konzentration einzelner Funktionen und Leistungen auf mehrere Standorte in der Region und enge wirtschaftliche und soziale Verflechtungen mit den benachbarten baden-württembergischen und bayerischen Regionen, insbesondere mit der Region Stuttgart, erfordern einen intensiven Waren- und Leistungsaustausch innerhalb der Region und mit den angrenzenden Raumschaften. Um diesen zu gewährleisten, müssen das regionale und überregionale Straßen- und Schienennetz sowie der ÖPNV der Region kontinuierlich weiter ausgebaut werden. Von besonderer struktureller Bedeutung ist dabei der zweibahnige Weiterbau der B 29 von Stuttgart über Schwäbisch Gmünd hinaus bis nach Aalen und von dort weiter einbahnig unter Umgehung der Ortslagen bis nach Nördlingen sowie der Ausbau des Straßenzuges B 19/B 492 von Herbrechtingen bis zur B 16 im bayerischen Dillingen/Lauingen.

Von ebenfalls erheblicher strukturpolitischer Bedeutung ist die Modernisierung und Leistungssteigerung des ostwürttembergischen Schienennetzes durch den zweigleisigen Ausbau der Schienenstrecke Crailsheim - Aalen - Heidenheim - Ulm und Aalen - Bopfingen - Nördlingen sowie die Elektrifizierung der Brenzbahn Aalen - Heidenheim - Ulm.

- 1.8. (G)** Die durch die verbesserte strukturelle Situation der Region stark angewachsenen Ansprüche an den Raum sind sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Die Bereitstellung von Flächen für Wohnen, Gewerbe und Dienstleistungen sowie die weitere Verbesserung der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur

sind auf das für die angestrebte Entwicklung der Region erforderliche Maß zu begrenzen.

Durch städtebauliche Neuordnungs-, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der alten Ortslagen und durch die Modernisierung von Wohnungen in erhaltenswerter Bausubstanz ist die Neuausweisung von Wohn- und gewerblichem Bauland einzuschränken.

Begründung:

Die verbesserte infrastrukturelle Ausstattung der Region, insbesondere die deutlich verbesserte Verkehrserschließung auf Schiene und Straße hat in den 80er und auch zu Beginn der 90er Jahre zu einem spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung in allen Teilen der Region geführt.

So hat seit dem Bevölkerungstiefststand im Jahre 1977 die Bevölkerungszahl der Region Ostwürttemberg bis Mitte 1989 - also vor Öffnung zur ehemaligen DDR und den osteuropäischen Staaten - um rund 16.000 auf 411.000 Einwohner zugenommen. Seither sind die Bevölkerungszahlen - allerdings vorwiegend durch Zuwanderung und Zuweisung von Spätaussiedlern - kontinuierlich weitergestiegen. Im September 1994 lebten in Ostwürttemberg bereits 444.604 Einwohner, davon 308.324 im Ostalbkreis und 136.280 im Landkreis Heidenheim.

Dieser langanhaltende starke Bevölkerungszuwachs konnte von der Region nur dadurch bewältigt werden, weil neben einer starken Wohnbautätigkeit gleichzeitig auch eine große Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Seit dem Beschäftigtentiefststand im Jahre 1977 hat die Anzahl der versicherungspflichtig Beschäftigten bis Mitte 1989 - also ebenfalls vor Öffnung der Grenzen - um rd. 16.000 Beschäftigte auf insgesamt 147.000 und bis Mitte 1992 um weitere 12.000 auf den bisherigen Höchststand von 159.543 Beschäftigten weiter zugenommen.

Die allgemeine wirtschaftliche Rezession seit 1992 ist auch an der Region Ostwürttemberg nicht spurlos vorübergegangen. Bei nur noch leicht ansteigenden Bevölkerungszahlen ist die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten von Mitte 1992 bis Ende 1994 wieder um rd. 6.500 zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote von etwas über 4 % auf derzeit 7,5 % an und liegt damit knapp über dem Landesdurchschnitt von 7,1 %, allerdings noch unter der Arbeitslosenquote der Landeshauptstadt Stuttgart von 8 % ¹⁾.

¹⁾ Stand Juni 1994

Im Gegensatz zu dem wirtschaftlichen Einbruch in den 70er Jahren sind die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Region nicht vorwiegend regionstypisch, sondern primär ein Spiegelbild der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande bzw. im gesamten Bundesgebiet. Dennoch fällt auf, daß der Arbeitsplatzverlust von 16 % ¹⁾ über dem Landesdurchschnitt von 13 % liegt und - was sozial besonders bedenklich ist - die Region Ostwürttemberg mit einem Anteil von 36 % ¹⁾ die meisten Langzeitarbeitslosen im Lande hat.

Die Entwicklung hat zusammen mit einer positiven wirtschaftlichen Grundeinstellung der Region dazu geführt, daß der Siedlungsdruck in allen Städten und Gemeinden der Region spürbar zugenommen hat. Die lang andauernde starke Zuwanderung von Spätaussiedlern hat die Nachfrage nach Wohn- und gewerblichem Bauland erhöht.

Die Konsequenz aus dieser Entwicklung ist, daß durch höhere Wohndichten auch in den ländlich strukturierten Gebieten der Region, einen sparsamen Umgang mit vorhandenen und geplanten gewerblichen Flächen sowie einem Straßenbau, der sich mit Ausnahme der Haupterschließungsstraßen weitgehend auf einen Ausbau im Zuge bestehender Trassen beschränkt, der "Landschaftsverbrauch" eingeschränkt werden muß. Darüber hinaus müssen alle Möglichkeiten der Stadt- und Dorfsanierung, der Modernisierung bestehender Bausubstanz und der Bebauung von Baulücken innerhalb unserer Städte und Gemeinden genutzt werden, um die Notwendigkeit, Bauland neu zu erschließen, einzuschränken. Dabei soll gleichermaßen auf die Wahrung der historischen Siedlungsstruktur sowie den Schutz und die Pflege von Kulturdenkmalen (Bau- und Bodendenkmale) geachtet werden.

¹⁾ Stand Juni 1994

- 1.9 (G)** *Zum Schutz der ostwürttembergischen Landschaft und der hier lebenden und arbeitenden Bevölkerung dürfen Ver- und Entsorgungsprobleme der großen verdichteten Wirtschaftsräume des Landes nicht an Standorten oder auf Flächen der Region Ostwürttemberg gelöst werden*.*

Begründung:

Die Standortsuche für die zweite Sondermüllverbrennungsanlage des Landes mit einem Standortvorschlag im Gebiet Goldshöfe auf Gemarkung Aalen/Hüttlingen sowie für eine Sonderabfalldeponie im Bereich Zöbinger Forst auf Gemarkung Unterschneidheim-Zöbingen, die Bemühungen der Stadt Stuttgart und des Landkreises Esslingen, im Gewann Nonnenholz auf Gemarkung Unterschneidheim eine Inertdeponie einzurichten und auch die inzwischen aufgegebene Planung der 380-kV-RWE-Transitleitung von Gundremmingen quer durch die Region nach Norden haben deutlich gezeigt, daß die Verdichtungs-räume zunehmend versuchen, ihre Ver- und Entsorgungsprobleme in den ländlichen Regionen zu lösen. Zwang der Vorortlösung führt zu landschaftsschonenden Lösungen.

- 1.10 (G)** Die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft in der Region ist zur Sicherung einer ortsnahen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion sowie zur Bewahrung und Entwicklung der ostwürttembergischen Kulturlandschaft von besonderer Bedeutung. Insbesondere sind die erforderlichen strukturellen Voraussetzungen weiter zu verbessern. Hierzu müssen die Maßnahmen der Flurneuordnung mindestens im bisherigen Umfang fortgeführt werden.

Begründung:

Zwar sind nur noch 4 % der Beschäftigten in Ostwürttemberg in der Land- und Forstwirtschaft tätig, doch hat diese für den nachgelagerten Bereich, z.B. das Ernährungs-gewerbe und das Handwerk, erhebliche Bedeutung. Ferner sind der Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft nur möglich, wenn sich wettbewerbsfähige Betriebe entwickeln können, die auch im europäischen Wettbewerb Bestand haben. Sie sind auf zusammenhängende Flächen angewiesen. Dies erfordert auch eine Fortsetzung von Flurneuordnungsmaßnahmen, da erst rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche in der Region von den Flurstücksgrößen und der Erschließung her nach neuzeitlichen Grundsätzen bewirtschaftbar ist und im restlichen Bereich ebenso ein Zusammenlegungsbedarf, verbunden mit der Durchführung von Landschaftspflegemaßnahmen besteht.

**) von der Verbindlichkeit ausgenommen*

Kapitel 2
Regionale
Siedlungsstruktur

2. Regionale Siedlungsstruktur

2.1 Zentrale Orte (siehe Strukturkarte)

Aufgaben und Stufen Zentraler Orte (siehe auch Plankapitel 1.5 des Landesentwicklungsplanes)

2.1.0 (G) Zentrale Orte sollen über ihren eigenen Bedarf hinaus andere Orte bzw. Ortsteile ihres Verflechtungsbereiches mit sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen versorgen.

Neue überörtliche Versorgungsangebote sollen in den Versorgungskernen der Zentralen Orte gebündelt, sie können in planerisch besonders begründeten Fällen aber auch außerhalb der Versorgungskerne bereitgestellt werden.

Die Versorgungskerne sollen zentral gelegen und von den Wohnorten des Verflechtungsbereiches unter zumutbarem Zeit- und Kostenaufwand erreichbar sein. Zentrale Orte sollen als Ziel- und Verknüpfungspunkt des Nahverkehrs gesichert bzw. ausgebaut werden.

Die Stufung der Zentralen Orte in Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren und die Abgrenzung bzw. Größe ihrer zugehörigen Verflechtungsbereiche soll die unterschiedlichen Versorgungsaufgaben berücksichtigen und gleichzeitig der Sicherung einer ausreichenden Tragfähigkeit der Versorgungsangebote auf der jeweiligen Qualitätsstufe dienen.

Begründung:

Die Rechtsgrundlage für die Ausweisung von Zentralen Orten findet sich in den §§ 3 und 8 des Landesplanungsgesetzes (LplG). Danach legt der Landesentwicklungsplan Oberzentren und Mittelzentren fest, der Regionalplan weist Unterzentren und Kleinzentren aus.

Allgemeine Grundsätze für die Zentralen Orte und ihre Verflechtungsbereiche finden sich im Plankapitel 1.5 des Landesentwicklungsplanes (LEP).

Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen der Region zu schaffen, muß allen Bürgern der Zugang zu allen Einrichtungen, die zur Bedarfsdeckung der Grunddaseinsfunktionen dienen, gewährleistet werden. Da aber jedes Gut bzw. jede Dienstleistung eine Mindestnachfrage voraussetzt, um wirtschaftlich tragbar zu sein, können diese Einrichtungen nur für eine größere Bevölkerungszahl wirtschaftlich vorgehalten werden. Dies bedeutet, daß viele Einrichtungen von der Bevölkerung mehrerer Orte eines Verflechtungsberei-

ches aufgesucht werden müssen, um wirtschaftlich tragfähig zu sein. Damit diese Einrichtungen von allen Bewohnern eines Versorgungs- bzw. Verflechtungsbereiches mit vertretbarem Zeit- und Kostenaufwand erreicht werden können, ist es sinnvoll, solche Einrichtungen in einem Versorgungskern, dem Zentralen Ort, zu bündeln. Damit alle Bevölkerungsteile diesen Zentralen Ort gut erreichen können, müssen die Versorgungskerne im Individualverkehr und im Öffentlichen Personennahverkehr gut erreichbar sein.

Der Grad der Zentralität - Oberzentrum, Mittelzentrum, Unterzentrum oder Kleinzentrum - ist abhängig von Anzahl und Qualität der zentralörtlichen Einrichtungen, der Größe des Einzugsgebietes bzw. der Größe der zu versorgenden Bevölkerung, aber auch von der Lage im Raum, insbesondere der räumlichen Nähe zu anderen Zentralen Orten.

Für jede Stufe eines Zentralen Ortes gibt es einen Verflechtungsbereich, für den der Zentrale Ort die Versorgungseinrichtungen vorhält. Unter- und Kleinzentren sind der Versorgungskern von Nahbereichen. Mittelzentren versorgen ihren Nahbereich und darüber hinaus einen Mittelbereich, der aus mehreren Nahbereichen anderer Zentraler Orte besteht. Der Verflechtungsbereich eines Oberzentrums ist in der Regel das Gebiet einer gesamten Region mit allen Mittel- und Nahbereichen.

Verflechtungsbereiche der Zentralen Orte

	Nahbereich	Mittelbereich	Region
Kleinzentren/ Unterzentren	X		
Mittelzentren	X	X	
Oberzentrum	X	X	X

2.1.1 (Z) Oberzentrum - Oberzentrale Versorgung

Die oberzentrale Versorgung der Region Ostwürttemberg mit Gütern und Dienstleistungen des hochspezialisierten Bedarfs soll von den vier Mittelzentren der Region in funktionaler Abstimmung und Ergänzung durchgeführt werden. Die funktionale Abstimmung und Ergänzung der Mittelzentren in Bezug auf neue oberzentrale Einrichtungen und neue hochqualifizierte Dienstleistungen ist zu sichern und weiter zu entwickeln (s.a. Plansatz 2.1.2.1).

Begründung:

Die Region Ostwürttemberg ist die einzige Region Baden-Württembergs, die kein ausgewiesenes Oberzentrum hat (siehe Plansätze 3.3.2 und 1.5.5 des Landesentwicklungsplanes). Die oberzentrale Versorgung der Region erfolgt in funktionaler Abstimmung und Ergänzung der vier Mittelzentren in Bezug auf oberzentrale Einrichtungen und hochqualifizierte Dienstleistungen. Dies hat in der Vergangenheit zu einer sehr ausgewogenen, gleichmäßigen Versorgung der Regionsbevölkerung z.B. im Einzelhandel, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, insbesondere auch im Hochschulbereich mit der Fachhochschule für Technik in Aalen, der Berufsakademie in Heidenheim sowie der Pädagogischen Hochschule und Fachhochschule für Graphik und Design in Schwäbisch Gmünd geführt. Die Ausweisung bzw. Entwicklung eines Oberzentrums in Ostwürttemberg würde die Versorgungssituation der Regionsbevölkerung auf dem Gebiet hochqualifizierter Leistungen nicht verbessern.

2.1.2 (N) Mittelzentren und Mittelbereiche

Nach Plansatz 3.3.21 des Landesentwicklungsplanes sind in der Region Ostwürttemberg als Mittelzentrum ausgewiesen und weiter auszubauen:

die Stadt Aalen mit 127.800 Einwohnern ¹⁾ im Mittelbereich, gebildet aus den Nahbereichen Aalen, Abtsgmünd, Bopfingen, Kapfenburg, Neresheim und Oberkochen,

die Stadt Ellwangen (Jagst) mit 48.000 Einwohnern ¹⁾ im Mittelbereich, gebildet aus den Nahbereichen Ellwangen und Tannhausen/Unterschneidheim,

die Stadt Heidenheim an der Brenz mit 136.800 Einwohnern ¹⁾ im Mittelbereich, gebildet aus den Nahbereichen Dischingen, Gerstetten, Giengen, Heidenheim, Herbrechtingen, Königsbronn, Sontheim/Niederstotzingen und Steinheim,

die Stadt Schwäbisch Gmünd mit 134.400 Einwohnern ¹⁾ im Mittelbereich, gebildet aus den Nahbereichen Gschwend, Leintal/Frickenhofer Höhe, Lorch, Rosenstein, Schwäbisch Gmünd und Schwäbischer Wald.

Die Verflechtungsbereiche der Mittelzentren (Mittelbereiche) sind in der Strukturkarte dargestellt.

¹⁾ Stand Juni 1995

Begründung:

Ein im System der Zentralen Orte in den Plansätzen 1.5.42 und 3.3.21 des Landes ausgewiesenes Mittelzentrum ist so auszubauen, daß es neben der Grundversorgung seines Nahbereiches auch den gehobenen, seltener auftretenden qualifizierten Bedarf seines Verflechtungsbereiches vollwertig decken kann.

- 2.1.2.1 (Z) Die vier Mittelzentren der Region haben außerdem die Aufgabe, neben der Grundversorgung für ihren Nahbereich und den gehobenen und spezialisierten Bedarf an Gütern und Dienstleistungen für ihren Mittelbereich auch alle Teile der Region, in funktioneller Abstimmung miteinander, ausgewogen mit Gütern und Dienstleistungen des hochspezialisierten Bedarfs (oberzentrale Einrichtungen) zu versorgen (s.a. Plansatz 2.1.1).

Begründung:

siehe 2.1.1 - Oberzentren

2.1.3 (Z) Unterzentren

Im Netz der Zentralen Orte der Region sind als Unterzentren ausgewiesen und weiter auszubauen die Städte und Gemeinden:

Bopfingen mit 16.500 Einwohnern 1) im Nahbereich, gebildet durch Bopfingen, Kirchheim und Riesbürg,*

Giengen mit 21.900 Einwohner 1) im Nahbereich, gebildet durch Giengen und Hermaringen,*

Gerstetten mit 11.500 Einwohnern 1) im Nahbereich,*

Herbrechtingen mit 13.100 Einwohnern 1) im Nahbereich,*

Heubach mit 22.000 Einwohnern 1) im Nahbereich, gebildet durch Bartholomä, Böbingen, Heubach, Heuchlingen und Mögglingen,*

Lorch mit 10.900 Einwohner 1) im Nahbereich,*

Neresheim mit 8.100 Einwohnern 1) im Nahbereich.*

Die Verflechtungsbereiche der Unterzentren sind in der Strukturkarte dargestellt.*

1) Stand Juni 1995

*J) von der Verbindlichkeit ausgenommen.

- 2.1.3.1 (G)** Unterzentren sollen verkehrsmäßig so erschlossen werden, daß sie ihren Funktionen als Zielpunkte des Individual- und Nahverkehrs ihres Nahbereiches und als wichtige Verknüpfungspunkte mit dem überörtlichen bzw. Regionalverkehr gerecht werden können.

Begründung:

Für die Ausweisung der Unterzentren ist seit der Novellierung des LplG vom 10. Oktober 1983 (§ 8 Abs. 2 LplG) der Regionalverband zuständig.

Unterzentren sollen nach Plansatz 1.5.43 des Landesentwicklungsplanes so ausgestattet sein, daß sie auch den qualifizierten, häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen ihres Verflechtungsbereiches mit in der Regel mehr als 10.000 Einwohnern decken können.

Die Ausweisung der bereits im Regionalplan 1980 nachrichtlich aus dem Landesentwicklungsplan übernommenen Unterzentren hat sich bewährt. Neu aufgenommen in den Regionalplan wird die Aufstufung der bisherigen Kleinzentren Herbrechtingen und Lorch zu Unterzentren. Beiden Zentralen Orten ist ein Nahbereich von inzwischen mehr als 10.000 Einwohnern zugeordnet, wobei der Einzugsbereich der dort vorhandenen überörtlichen Einrichtungen die Grenzen des jeweiligen Nahbereiches z.T. überschreitet.

2.1.4 (Z) Kleinzentren

Im Netz der Zentralen Orte der Region Ostwürttemberg sind folgende Städte und Gemeinden als Kleinzentren ausgewiesen und weiter auszubauen:

- | | |
|---------------|--|
| - Abtsgmünd | <i>mit 6.900 Einwohnern 1) im Nahbereich*</i> |
| - Dischingen | <i>mit 4.700 Einwohnern 1) im Nahbereich*</i> |
| - Gschwend | <i>mit 4.800 Einwohnern 1) im Nahbereich*</i> |
| - Königsbronn | <i>mit 7.700 Einwohnern 1) im Nahbereich*</i> |
| - Leinzell | <i>mit 11.300 Einwohnern 1) im Nahbereich, gebildet durch die Gemeinden Eschach, Göggingen, Iggingen, Leinzell, Schechingen und Obergröningen*</i> |
| - Mutlangen | <i>mit 14.700 Einwohnern 1) im Nahbereich, gebildet durch die Gemeinden Durlangen, Mutlangen, Ruppertshofen, Spraitbach und Täferrot</i> |
| - Oberkochen | <i>mit 8.700 Einwohnern 1) im Nahbereich*</i> |

1) Stand Juni 1995

*J von der Verbindlichkeit ausgenommen.

- Steinheim a.A. *mit 8.900 Einwohnern 1) im Nahbereich**
- Unterschneidheim *mit 8.300 Einwohnern 1) im Nahbereich, gebildet durch die Gemeinden Stöttlen, Tannhausen und Unterschneidheim**

Als Doppelzentrum auf der Stufe eines Kleinzentrums (kooperierende Kleinzentren) werden ausgewiesen:

- Westhausen/Lauchheim *mit 9.700 Einwohnern 1) im Nahbereich**
- Sontheim/Niederstotzingen *mit 10.400 Einwohnern 1) im Nahbereich*.**

Die Verflechtungsbereiche (Nahbereiche) der Kleinzentren sind in der Strukturkarte dargestellt.*

Begründung:

Kleinzentren sollen nach Plansatz 1.5.44 des Landesentwicklungsplanes so ausgestattet sein, daß sie den häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarf des Verflechtungsbereichs (Nahbereichs) der Grundversorgung decken können. Hierzu soll der Ort ausgebaut werden, der sich nach Lage im Raum, Entwicklungsmöglichkeit und Ausstattung hierfür am besten eignet.

- 2.1.4.1 (G)** Kleinzentren sind so zu erschließen, daß sie von allen Orten des Nahbereichs sowohl im Individualverkehr wie im ÖPNV gut erreicht werden können und eine gute Verknüpfung mit dem überörtlichen Straßennetz und dem regionalen Öffentlichen Personennahverkehr gewährleistet wird.

Begründung:

Als Kleinzentren wurden die Orte ausgewiesen, die sich nach Lage im Raum, Entwicklungsmöglichkeit und Ausstattung mit bereits vorhandenen zentralörtlichen Einrichtungen am besten für die Grundversorgung eines tragfähigen Nahbereiches eignen.

Bei der Ausweisung wurde die Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 8.2.1968 berücksichtigt. Darin heißt es, daß in Kleinzentren eine Mittelpunktschule (Hauptschule), Spiel- und Sportstätten sowie gewisse Einrichtungen der gesundheitlichen Betreuung (Arzt, Apotheke), ferner Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe vorhanden sein müssen.

1) Stand Juni 1995

**) von der Verbindlichkeit ausgenommen.*

Das Netz der Kleinzentren entspricht den im Regionalplan 1980 ausgewiesenen und vom Innenministerium genehmigten Kleinzentren mit Ausnahme der Städte Herbrechtingen und Lorch, die zu Unterezentren aufgestuft werden.

2.2 **Entwicklungsachsen** (siehe Strukturkarte)

2.2.1 (Z) **Entwicklungsachsen des Landesentwicklungsplanes**

Die in Plansatz 3.3.3 des Landesentwicklungsplanes für die Region Ostwürttemberg vorgegebenen Entwicklungsachsen werden durch Nennung der Städte und Gemeinden mit Gemeindeteilen im Verlauf der Entwicklungsachsen wie folgt ausgewiesen:

Entwicklungsachse (Schorndorf -) Schwäbisch Gmünd - Aalen - Bopfingen (- Nördlingen): Verlauf über Gemarkungsflächen von Lorch, Schwäbisch Gmünd, Böbingen, Mögglingen, Essingen, Aalen, Hüttlingen, Westhausen, Lauchheim, Bopfingen, Riesbürg.

Entwicklungsachse (Crailsheim -) Ellwangen - Aalen - Heidenheim - Giengen (- Ulm/Neu-Ulm): Verlauf über Gemarkungsflächen von Jagstzell, Ellwangen (Jagst), Rainau, Hüttlingen, Aalen, Oberkochen, Königsbronn, Heidenheim a.d.Brenz, Herbrechtingen, Giengen, Hermaringen, Sontheim a.d.Brenz, Niederstotzingen.

Entwicklungsachse Giengen (- Dillingen): Verlauf über Gemarkungsflächen von Giengen a.d.Brenz, Sontheim a.d.Brenz.

Begründung:

Bei den in Plansatz 2.2.1 genannten Entwicklungsachsen handelt es sich um Planziele des Landesentwicklungsplanes (Plansatz 3.3.3 Landesentwicklungsplan), die in den Regionalplan übernommen werden. Die im Landesentwicklungsplan nur generell vorgegebenen Linienführungen werden im Regionalplan ausgeformt. Eine erste Ausformung erfolgt durch die Benennung von Städten und Gemeinden mit Gemeindeteilen im Verlauf der Entwicklungsachsen.

Nach Plansatz 1.6.2 des Landesentwicklungsplanes sind Entwicklungsachsen als eine gegliederte, unterschiedlich dichte Folge von Siedlungsbereichen und Orten mit Eigenentwicklung auszubilden, insbesondere auch durch Bündelung leistungsfähiger Verkehrs- und Versorgungsstränge und anderer Infrastruktureinrichtungen.

Eine weitere Ausformung der Entwicklungsachsen erfolgt durch Ausweisung von Siedlungsbereichen (Plansatz 2.3.), regionalen Grünzügen (Plansatz 3.1.1) und Grünzäsuren (Plansatz 3.1.2).

2.3 Siedlungsbereiche

2.3.0 Allgemeine Grundsätze

2.3.0.1 (G) Die weitere großräumige Siedlungsentwicklung der Region Ostwürttemberg ist vorrangig auf Siedlungsbereiche an den Entwicklungsachsen mit ihren leistungsfähigen Bandinfrastrukturen - Schiene, Straßen und Trassen der Energieversorgung sowie auf Siedlungsbereiche der Zentralen Orte mit ihren besonders guten sozialen und kulturellen Versorgungseinrichtungen auszurichten. Dabei soll eine bandartige Siedlungsentwicklung vermieden werden (siehe Plansatz 3.1 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren).

2.3.0.2 (G) In den Siedlungsbereichen ist anzustreben

eine gezielte Zunahme der Bevölkerung durch Binnen- und soweit erforderlich durch Außenwanderungsgewinne,

eine gezielte Vermehrung der Arbeitsplätze durch Neuansiedlung und Erweiterung,

ein gezielter Ausbau der zentralörtlichen Einrichtungen im Versorgungskern des Zentralen Ortes.

Begründung:

Ziel der Siedlungsentwicklung ist eine ökologisch verträgliche Verdichtung von Wohn- und Arbeitsstätten, die dazu beiträgt, räumliche Strukturen mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ausgewogene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse zu erhalten, zu verbessern oder zu schaffen (nach ROG 8.4. 1965, § 2, Abs. 2). Zur Verwirklichung dieses Zieles soll zur Ordnung der Siedlungsentwicklung längs und außerhalb der Entwicklungsachsen sowie zur Vermeidung der Landschaftszersiedlung und unnötigen Verkehrsaufkommens eine schwerpunktmäßige Siedlungsentwicklung in solchen Standorten (Siedlungsbereichen) stattfinden, die von der sozialen und kulturellen Versorgungsinfrastruktur die besten Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Die Entwicklungsachsen dienen der Konzentration der Siedlungsentwicklung entlang leistungsfähiger Bandinfrastrukturen, bestehend aus den Schienenstrecken für den Fernverkehr der Deutsche Bahn

AG im Takt verkehrender Nahverkehrssysteme wie der Regionalschnellbahn Stuttgart - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Ellwangen, den Eilzugtaktverkehren Ulm - Heidenheim - Aalen - Ellwangen - Crailsheim bzw. Aalen - Bopfingen - Nördlingen, den Straßen für den überregionalen Verkehr B 29 Stuttgart - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Nördlingen, B 290/B 19/A 7 Crailsheim, Aalen, Heidenheim, Ulm, der Bundesautobahn A 7 und aus den Trassen für die Energieversorgung mit elektrischem Strom und Ferngas.

Die Zentralen Orte an und abseits der Entwicklungsachsen, aber auch einige Hauptorte an den Entwicklungsachsen sind aufgrund ihrer sozialen, kulturellen und Versorgungsinfrastruktur, ihrer bisherigen Siedlungsentwicklung, ihrer Verkehrserschließung sowie der bestehenden oder geplanten Bündelung weiterer Infrastruktureinrichtungen im besonderen Maße für eine verstärkte Siedlungsentwicklung (Siedlungsbereiche) geeignet.

2.3.1 (Z) Siedlungsbereiche zur Aufgliederung der Entwicklungsachsen

Zur räumlichen Ausformung der Entwicklungsachse und zur Verwirklichung des Konzentrationsprinzips werden als Siedlungsbereiche ausgewiesen:

a) die Zentralen Orte an den Entwicklungsachsen

mit "Weiteren Siedlungsbereichen" in nachfolgend ausgewiesenen Teilorten, wenn im zentralörtlichen Versorgungskern die Entwicklungsmöglichkeiten für die angestrebte schwerpunktmäßige Siedlungsentwicklung nicht ausreichen.

Im Einzelnen sind dies die Versorgungskerne

der Mittelzentren:

Aalen mit "Weiteren Siedlungsbereichen" in den Teilorten Dewangen, Ebnat, Fachsenfeld, Hofherrnweiler, Unterkochen, Waldhausen und Wasseralfingen

Ellwangen mit "Weiteren Siedlungsbereichen" in den Teilorten Neunheim, Rindelbach und Schrezheim

Heidenheim mit "Weiteren Siedlungsbereichen" in den Teilorten Großkuchen, Mergelstetten, Schnaitheim und Oggenhausen sowie Nattheim (Verwaltungsgemeinschaft)

Schwäbisch Gmünd mit "Weiteren Siedlungsbereichen" in den Teilorten Bettringen/Bargau, Wetzgau/Rehnenhof, Herlikofen, Hussenhofen, Lindach, Straßdorf sowie Waldstetten (Verwaltungsgemeinschaft)

der Unterzentren:

Bopfingen

Giengen mit dem "Weiteren Siedlungsbereich" in dem Teilort Hohenmemmingen

Herbrechtingen mit dem "Weiteren Siedlungsbereich" in dem Teilort Bolheim

Lorch mit den "Weiteren Siedlungsbereichen" in den Teilorten Waldhausen und Weitmars

der Kleinzentren:

Königsbronn, Oberkochen, Westhausen/Lauchheim, Sontheim/Niederstotzingen

b) "Weitere Siedlungsbereiche" in den Versorgungskernen von Gemeinden an der Entwicklungsachse:

Mögglingen, Böbingen, Essingen, Hüttlingen

2.3.2 (Z) Siedlungsbereiche außerhalb der Entwicklungsachsen

Zur Ordnung der Siedlungsentwicklung außerhalb der Entwicklungsachsen, insbesondere auch zur Verhinderung einer Zersiedlung der Landschaft, werden als Siedlungsbereiche die Versorgungskerne ausgewiesen:

der Unterzentren:

Gerstetten

Heubach

Neresheim

der Kleinzentren:

Abtsgmünd, Dischingen, Gschwend, Leinzell, Mutlangen, Steinheim und Unterschneidheim.

Begründung:

Als Siedlungsbereiche sind die Versorgungskerne sämtlicher Zentralen Orte der Region sowie zusätzlich als "Weitere Siedlungsbereiche" einige besonders ausgewiesene Orte entlang der Entwicklungsachsen in der Regel Orte mit einer besonders guten Verkehrserschließung im Öffentlichen Personennahverkehr ausgewiesen. Da in vielen Versorgungskernen der Zentralen Orte für eine weitere Wohn- und auch gewerbliche Entwicklung keine ausreichenden Bauflächen mehr zur Verfügung gestellt werden können, wurden in Teilorten der betroffenen Städte und Gemeinden zusätzliche "Weitere Siedlungsbereiche" ausgewiesen.

2.4 (Z) Gemeinden mit Eigenentwicklung

Gemeinden ohne Siedlungsbereiche nach Plansatz 2.3.1 bzw. 2.3.2 sollen sich baulich weiterentwickeln entsprechend ihrem Eigenbedarf und darüber hinaus, solange besonderer Siedlungsdruck besteht. Hierzu gehört

- *die Bereitstellung von ausreichendem Wohnbauland für die natürliche Entwicklung der eigenen Bevölkerung, die zugewiesenen Spätaussiedler und die Beseitigung der Bauplatznot sowie*
- *die Ausweisungen von gewerblichem Bauland für die Erweiterung vorhandener Betriebe und die Neuansiedlung von Betrieben zur Schaffung eines ausreichenden Arbeitsplatzangebotes, primär für die eigene Bevölkerung und zur strukturellen Verbesserung des örtlichen Arbeitsplatzangebotes*.*

Begründung:

Die Konzentration der Siedlungstätigkeit auf die Städte und Gemeinden mit Siedlungsbereichen darf nicht dazu führen, daß die Gemeinden ohne Siedlungsbereiche in ihrer organischen Entwicklung behindert werden. Jedem Ort wird daher ein ausreichender Spielraum für seine Eigenentwicklung garantiert (siehe auch Plansatz 2.2.21 Landesentwicklungsplan).

2.5 Schwerpunkte für Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen

- 2.5.1 (G)** Die gewerbliche Wirtschaft ist in ihrer räumlichen und sektoralen Struktur so zu entwickeln, daß ein möglichst ausgewogenes Wirtschaftswachstum in allen Teilen der Region Ostwürttemberg erreicht wird und für die Bevölkerung vielseitige und krisenfeste Erwerbsgrundlagen erhalten oder geschaffen

**) von der Verbindlichkeit ausgenommen.*

werden. Insbesondere soll das Defizit an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich abgebaut werden.

2.5.2 (G) Für die Verwirklichung dieses Zieles soll die Standortgunst der regionalen Haupterschließungsstraßen A 7 und B 29 und der regionalen Schienenstrecken Stuttgart - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Nördlingen und Crailsheim - Ellwangen - Aalen - Heidenheim - Ulm genutzt werden.

2.5.3 (Z) Als neu zu erschließende bzw. ausbaufähige regional bedeutsame Schwerpunkte für Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen (über 30 ha) werden ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt:

Mittelzentrum Aalen: Standorte im Bereich der Autobahnanschlußstelle A 7/B 29

Mittelzentrum Ellwangen: Standorte im Bereich der Autobahnanschlußstelle A 7/L 1060 (Gewerbegebiet Neunstadt/Röhlingen)

Mittelzentrum Heidenheim: an der B 19 das Gewerbegebiet Bohndacker

Mittelzentrum Schwäb. Gmünd: im Einzugsbereich der B 29 im Osten das Gewerbegebiet Gügling.

2.5.4 (Z) Als neu zu erschließende bzw. ausbaufähige regional bedeutsame Standorte für Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen (bis etwa 30 ha) werden ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt:

Mittelzentrum Aalen Standort im Bereich der Autobahnanschlußstelle A 7/L 1084 (Ebnet)

Mittelzentrum Heidenheim im Bereich der Autobahnanschlußstelle A 7/B 466a das Gewerbegebiet Rindenberg/Ascherhau

Mittelzentrum Schwäb. Gmünd an der B 29 im Westen das Gewerbegebiet Lorcher Straße/Krähe

Unterzentrum Bopfingen: an der B 29 das Gewerbegebiet östlich von Flochberg und an der L 1060 das Gewerbegebiet Kerkingen-West

Unterzentrum Giengen: an der L 1082 das Gewerbegebiet Ried

Unterzentrum Giengen/ Herbrechtingen:	im Bereich der Autobahnanschlußstelle Giengen/Herbrechtingen ein Interkommunales Gewerbegebiet
Unterzentrum Gerstetten:	an der L 1164 das Gewerbegebiet in Dettingen
Unterzentrum Heubach:	Heubach Nord/West
Unterzentrum Lorch:	an der B 297 das Gewerbegebiet Unter-/ Oberkirneck
Unterzentrum Neresheim:	an der L 1084 das Gewerbegebiet Im Riegel
Kleinzentrum Westhausen/ Lauchheim:	der Bereich östlich der Autobahn- anschlußstelle A 7/B 29.

2.5.5 (Z) Die Ausweisung von regional bedeutsamen Schwerpunkten bzw. Standorten für Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen schließt nicht ein Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe sowie überörtliche Ver- und Entsorgungsanlagen mit Ausnahme von Möbel-, Bau- und Gartenbaumärkten entsprechend Plansatz 2.6.2. Abs. 2).

Begründung:

Zur Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Region Ostwürttemberg, insbesondere zur Verbesserung der Branchenstruktur und als Anreiz für die Ansiedlung neuer Betriebe, ist ein großzügiges Flächenangebot in Schwerpunkten mit besonders guter Verkehrerschließung auf Schiene und Straße nötig.

Damit soll einerseits ein breites Arbeitsplatzangebot für die bereits ansässige Bevölkerung sowie die zu erwartenden Zuwanderer ermöglicht werden, andererseits soll dem Sog in die Verdichtungsräume entgegengewirkt und eine verstärkte, eigenständige Entwicklung der Region gefördert werden.

Eine gezielte Schwerpunktbildung in größeren Einheiten ist für Gewerbe und Dienstleistungen aus mehreren Gründen vorteilhaft. Durch die Zusammenfassung entstehen sowohl Synergieeffekte, ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot als auch Einsparungen bei den Aufwendungen für eine wirtschaftliche und leistungsfähige Erschließung sowie die Möglichkeit, auf viele schwer in die Landschaft einzubindende Einzelstandorte zu verzichten. Außerdem lassen sich in Gewerbe-

schwerpunkten Emissionsprobleme leichter lösen, z.B. durch Ausweisung von Teilen für eine GI-Nutzung.

Die Ausweisung von regional bedeutsamen Gewerbe- und Dienstleistungsschwerpunkten bzw. Standorten in Zentralen Orten höherer Stufe (Mittel- und Unterzentren) schafft die Voraussetzungen für ein engmaschiges Netz von gewerblichen und Dienstleistungsstandorten, die von allen Bewohnern der Region mit zumutbaren Kosten und Zeitaufwand erreicht werden können.

2.5.6 (G) Gewerbe und Dienstleistungen in den Kleinzentren

Kleinzentren können gewerbliches Bauland für Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe *i.d.R. für den Bedarf ihres Nahbereiches** ausweisen. Hierzu gehört die Bereitstellung von gewerblichem Bauland für die Erweiterung vorhandener und für die Neuansiedlung zusätzlicher Betriebe.

2.5.7 (G) Gewerbe und Dienstleistungen in den nichtzentralen Orten

In den nichtzentralen Orten können Gewerbegebiete zur Schaffung eines ausreichenden Arbeitsplatzangebotes primär für die eigene Bevölkerung und zur Förderung einer organischen Entwicklung der ortsansässigen Gewerbebetriebe erweitert oder auch neu ausgewiesen werden. Hierzu gehört auch die angemessene Neugründung bzw. Neuansiedlung von Betrieben zur strukturellen Verbesserung des örtlichen Arbeitsplatzangebotes.

Begründung:

Insbesondere für Betriebe zur örtlichen Versorgung, für standortgebundene Betriebe sowie für eine wohnortnahe Beschäftigung ist bei der Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft eine zu starke Konzentration nicht sinnvoll. Mit dem Grundsatz, daß die Erweiterung bestehender Betriebe und auch die Neuansiedlung von nach Größe und Branche geeigneter Betriebe in jeder Gemeinde möglich sein muß, wird auch den nicht als Entwicklungsschwerpunkten ausgewiesenen Orten eine organische Weiterentwicklung ermöglicht, sofern größere Gewerbeansiedlungen (LEP 2.2.21) ausgeschlossen bleiben.

**) von der Verbindlichkeit ausgenommen.*

2.6 Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe

2.6.1 (N) Nach Plansatz 2.2.34 des Landesentwicklungsplanes sollen großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher nur an solchen Standorten ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden, wo sie sich nach Größe und Einzugsbereich in das zentralörtliche Versorgungssystem einfügen.

Desweiteren dürfen sie weder durch ihre Lage oder Größe noch durch ihre Folgewirkungen das städtebauliche Gefüge, die Funktionsfähigkeit des zentralörtlichen Versorgungskernes oder die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich beeinträchtigen.

2.6.2 (Z) Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher sind nur in den Mittel- und Unterzentren der Region zulässig. Sie dürfen nur in den zentralörtlichen Versorgungskernen errichtet werden.

Möbel-, Bau- und Gartenbaumärkte können in den regionalbedeutsamen Schwerpunkten bzw. Standorten für Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen (Plansatz 2.5.3 und 2.5.4 mit Ausnahme im Kleinzentrum Lauchheim/Westhausen), ausnahmsweise auch innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile sowie auch an Ortsrändern der Mittel- und Unterzentren erstellt werden.

2.6.3 (Z) Kleinzentren und nichtzentrale Orte kommen als Standorte für Großformen des Einzelhandels nicht in Betracht.

Begründung:

Verbraucher- und Fachmärkte mit innenstadtrelevantem Warensortiment in Ortsrandlage oder "auf der grünen Wiese" behindern die Entwicklung der traditionellen Stadt- und Ortszentren, da sie zu einer städtebaulich unerwünschten Schwächung des innerörtlichen Einzelhandels führen und dadurch auch den Erfolg der mit öffentlichen Mitteln geförderten Stadtsanierungs- und Dorferneuerungsmaßnahmen mindern oder ganz zunichte machen können. Sie gefährden zudem besonders die mittelständische Struktur des Einzelhandels und damit die Nahversorgung in den kleineren Gemeinden im ländlichen Raum.

Desweiteren fördern sie die Zersiedelung der Landschaft, benötigen umfangreiche Flächen in Gewerbe- und Industriegebieten und führen zu einer Verlagerung der Zielpunkte des Verkehrs.

Es muß jedoch unterschieden werden zwischen Fachmärkten, die aufgrund ihres leicht zu transportierenden Warensortiments im Stadtkern zu integrieren sind (Schuh-, Photo-, Phonomärkte etc.) und solchen, bei denen dies wegen ihres großräumigen, schwergewichtigen Warenangebotes nicht oder nur sehr schwer möglich ist (Bau-, Möbel- und Gartenmärkte).

Einzelhandelsgroßbetriebe, die aufgrund ihres Warensortiments nicht oder nur schwer in den Versorgungskernen angesiedelt werden können, sind unter sorgfältiger Beachtung der Zugänglichkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der Leistungsfähigkeit des Straßenverkehrs in den regionalbedeutsamen Schwerpunkten bzw. Standorten für Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen (Plansatz 2.5.3 und 2.5.4 mit Ausnahme des Kleinzentrums Lauchheim/Westhausen) unterzubringen, in besonders begründeten Fällen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile sowie auch an Ortsrändern der Unterzentren zulässig.

Kapitel 3
Regionale
Freiraumstruktur

3. Regionale Freiraumstruktur

3.0.1 (G) Die reizvolle, noch weitgehend intakte Natur- und Kulturlandschaft der Region mit ihren vielfältigen Erholungsgebieten und ihren umfangreichen Wasservorkommen ist durch ein regionales Netz großer zusammenhängender Freiräume und Schutzgebiete dauerhaft zu schützen und zu erhalten. Dazu werden ausgewiesen:

- regionale Grünzüge (Plansatz 3.1.1),
- Grünzäsuren (Plansatz 3.1.2),
- schutzbedürftige Bereiche für bestimmte Landschaftsfunktionen (Plansatz 3.2.1 ff).

Begründung:

Die Region Ostwürttemberg zeichnet sich durch eine sehr vielfältige, abwechslungsreiche Natur- und Kulturlandschaft aus. Naturgeographisch gliedert sich Ostwürttemberg in vier Landschaftsräume, die Ostwürttemberg von Südwesten nach Nordosten durchziehen: Im Norden das Keuperbergland, in der Mitte die Schwarzjuraplatten des Albvorlandes und im Süden die Albrandhöhen des Braunen und Weißen Juras sowie die ausgedehnten Weißjura-Hochflächen der Ostalb mit Albuch und Härtsfeld. Die Verschiedenartigkeit dieser Landschaften machen den besonderen Reiz Ostwürttembergs aus. Der "Schwäbisch-Fränkische Wald" im Nordwesten und die walddreichen "Ellwanger Berge" im Nordosten der Region decken sich weitgehend mit dem Gebiet des Keuperberglandes. Die Landschaft ist hier gekennzeichnet durch ein vielgestaltiges Relief mit großen Waldgebieten im Wechsel mit Wiesenhängen auf Knollenmergel und engen Wiesentälern. Gegliedert wird die Landschaft durch eine Fülle von teilweise tief eingeschnittenen Wasserläufen.

Die leicht bewegte Landschaft des Albvorlandes ist mit seinen dominierenden Städten Schwäbisch Gmünd, Aalen und Bopfingen und seiner relativ hohen Bevölkerungsdichte die wirtschaftliche Kernzone der Region in West-Ost-Richtung. Der Wald ist in diesem Gebiet zugunsten landwirtschaftlicher Flächen weitgehend zurückgedrängt. Das Landschaftsbild wird von großen und stark verdichteten Siedlungen, Obstbäumen, Wiesen und Feldern, hier und da unterbrochen von kleineren Waldbeständen, geprägt. Gegliedert wird das Albvorland durch eine Anzahl von Flüssen wie der Rems, der Lein, dem Kocher, der Jagst, der Eger und einer Vielzahl kleinerer Wasserläufe.

An das Albvorland schließt sich im Süden die Schwäbische Alb an, die sich mit ihrem fast mauerartigen Steilanstieg vom Südwesten quer durch die Region bis zum Rieskrater im Nordosten hinzieht. Die

Ostalb ist relativ stark bewaldet. Am gesamten Albtrauf und vereinzelt im westlichen Teil der Albhochfläche findet man naturnahe Kalkbuchenwälder, auf den Hochflächen dominieren meist Fichtenwälder.

Die Albhochfläche mit Albuch und Härtsfeld ist völlig verkarstet. Mit seinen weitflächigen Nadel-, aber auch Buchenwäldern ist der Albuch das größte geschlossene Waldgebiet der Schwäbischen Alb. Auf dem Härtsfeld dagegen dominieren weite, ebene landwirtschaftlich genutzte Flächen, umgeben von einem großflächigen Waldkranz. Eine Besonderheit der Hochflächen der Schwäbischen Alb sind die landschaftsprägenden Wacholderheiden und Trockentäler mit ihrer typischen Vegetation.

Die interessante, abwechslungsreiche Landschaft Ostwürttembergs mit ihren mächtigen Bergrücken, abgeschiedenen Tälern, ausgedehnten Laub- und Nadelwäldern, Wacholderheiden und einer Vielzahl von Gewässern und Seen bietet im Sommer und auch im Winter vielfältige Erholungsmöglichkeiten für die hiesige Bevölkerung, aber auch für zahlreiche Gäste.

Durch eine große Anzahl strukturverbessernder Maßnahmen in den letzten 15 bis 20 Jahren, insbesondere durch die wesentliche Verbesserung der Verkehrserschließung, hat sich die Region von einem strukturschwachen Landesteil zu einem gut ausgestatteten und erschlossenen, attraktiven Wohn- und Erwerbsstandort in Baden-Württemberg entwickelt. Die Folge hiervon ist, daß nach Jahren ständiger Abnahme seit Anfang der 80er Jahre sowohl die Zahl der Arbeitsplätze als auch die Bevölkerungszahl wieder kontinuierlich ansteigen. Seit Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa hat sich auch in Ostwürttemberg der Anstieg der Bevölkerung durch Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern deutlich verstärkt.

Die Folge dieser Entwicklung ist, daß der Siedlungsdruck in allen Städten und Gemeinden der Region zugenommen hat und damit die raumordnerischen Aufgaben in Ostwürttemberg zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Zum Schutz und Erhalt des für Ostwürttemberg typischen, abwechslungsreichen Landschaftsbildes, zur Sicherung vielfältig wirkender Ausgleichs- und Ergänzungsräume und zum Erhalt der Tragfähigkeit des Naturhaushaltes sowie zur Ordnung und Gliederung der Siedlungsentwicklung werden daher in Zuordnung zu den beiden Entwicklungsachsen der Region , Stuttgart - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Nördlingen und Ellwangen - Aalen - Heidenheim - Ulm, zusammenhängende Freiräume als regionale Grünzüge gesichert sowie zur Gliederung der Siedlungsbereiche und zur Verbindung der Grünzüge

zusätzliche Grünzäsuren ausgewiesen. Zur Sicherung der Vielfalt und der Eigenart der gesamten ostwürttembergischen Landschaft werden zusätzlich in allen Teilen der Region schutzbedürftige Bereiche für den Naturschutz und für die Erholung, die Forstwirtschaft sowie zur Sicherung der Erwerbsgrundlage der Landwirtschaft schutzbedürftige Bereiche für die Landwirtschaft ausgewiesen. Diese zu sichernden Bereiche sind in der Raumnutzungskarte zeichnerisch generalisiert erfaßt. Zum Schutz der umfangreichen regionalen Wasservorkommen werden die rechtskräftigen und die geplanten Wasserschutzgebiete in der Raumnutzungskarte nachrichtlich dargestellt.

Die regionale Freiraumstruktur soll die typischen Merkmale und die vielfältigen Erscheinungsbilder sowie die landschaftliche Schönheit der ostwürttembergischen Naturräume Schwäbische Alb, Albvorland und Schwäbisch-Fränkische Waldberge erhalten, die Vielfalt der wechsellvollen Kulturlandschaft bewahren und die natürliche Leistungsfähigkeit der Landschaft dauerhaft gewährleisten und ihren Erholungswert sichern.

- 3.0.2 (G)** Als wesentlicher Träger der Bodenfunktionen wie Lebensraum für Bodenorganismen, Standort für natürliche Vegetation und Kulturpflanzen, Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, Filter und Puffer für Schadstoffe und landschaftsgeschichtliche Urkunde sowie aller Freiraumfunktionen muß der Boden der Region besonders geschützt werden. Zur Einschränkung der Inanspruchnahme des Bodens müssen daher der Flächenverbrauch und die Bodenversiegelung auf das unabdingbar erforderliche Maß reduziert, der Schadstoffeintrag jedweder Art vermieden und nachteilige mechanische Einwirkungen auf den Boden wie Bodenverdichtung, Aushub und Ausgrabungen oder erosionsfördernde Nutzungen weitgehend eingeschränkt werden.

Begründung:

Böden und Flächen nehmen in der Landschaft Bodenfunktionen in unterschiedlicher Güte und unterschiedlichem Ausmaß wahr. Wichtige Funktionen im Naturhaushalt sind nach § 1 des Bodenschutzgesetzes

- Standort für Kulturpflanzen und für natürliche Vegetation,
- Ausgleichskörper im Wasserkreislauf,
- Filter und Puffer für Schadstoffe,
- landschaftsgeschichtliche Urkunde sowie
- Lebensraum für Bodenorganismen.

Ziel des Bodenschutzes ist es, den durch Freiflächenverlust verursachten Verlust von Bodenfunktionen so klein wie möglich zu halten.

3.1 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

3.1.1 (Z) Regionale Grünzüge

Die in der Raumnutzungskarte dargestellten regionalen Grünzüge längs der Entwicklungsachsen bilden ein zusammenhängendes regionales Grünsystem. Ihre in der Regel landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen sind als ökologische Ausgleichsflächen und zur Pflege des für Ostwürttemberg typischen Landschaftsbildes zu erhalten. Sie dürfen daher keiner weiteren Beeinträchtigung dieser Funktionen, insbesondere durch eine Siedlungs- und Gewerbeentwicklung, ausgesetzt werden. Gleichzeitig soll vor allem einer Beeinträchtigung des Bodens, des Wassers, der Luft und der Tier- und Pflanzenwelt sowie einer Minderung ihrer Erholungsfunktion entgegen gewirkt werden. Die parzellenscharfe Abgrenzung der Regionalen Grünzüge erfolgt in der kommunalen Landschafts- und Bauleitplanung.

Begründung:

Die regionalen Grünzüge stellen in Zuordnung zu den Entwicklungsachsen und ihren Siedlungsbereichen zusammenhängende schutzbedürftige Teile von Freiräumen dar, die noch umfangreiche, vielfältige Landschaftsstrukturen aufweisen. Häufig enthalten sie markante Bestandteile der ostwürttembergischen Natur- und Kulturlandschaft.

Die regionalen Grünzüge dienen in unmittelbarer Zuordnung zu den Entwicklungsachsen und den großflächigen Siedlungsbereichen der Region als ökologische Ausgleichsflächen. Sie sollen insbesondere den von der Besiedlung ausgehenden Belastungen auf die Landschaft entgegenwirken und daher weitgehend von einer weiteren Siedlungsentwicklung freigehalten werden.

Die Kriterien für die räumliche Abgrenzung der regionalen Grünzüge ergeben sich aus den vielfältigen, sich häufig überlagernden Funktionen der Landschaft. Bei ihrer Abgrenzung wurden berücksichtigt die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes sowie des Biotopschutzes und der Wasserwirtschaft, die Eignung der Landschaftsräume für die Nah- und Ferienerholung, die Belange des Regional- und Kleinklimas und der Schutz des Landschaftsbildes. Bei der Ausweisung der großflächigen regionalen Grünzüge konnte es nicht ausbleiben, daß bereits eine Vielzahl kleinerer und gelegentlich auch größerer Eingriffe vorhanden ist.

Nicht eingeschränkt wird in den Grünzügen die kleinteilige Weiterentwicklung von Weilern, Gehöften und auch sonst bestehender Gebäude und Betriebe, eine landschaftsverträgliche Freiraumnutzung in Form von öffentlichen Sport- und Grünflächen, sowie eine vor-

übergehende Nutzung durch den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Auf eine landschaftsgerechte Standortwahl und eine gute landschaftliche Einbindung ist dann allerdings besonders zu achten.

Die in der Raumnutzungskarte dargestellte Abgrenzung der Grünzüge stellt in der Regel den mindestens zu sichernden Bereich dar. Ihre parzellenscharfe Ausformung erfolgt in der kommunalen Landschafts- und Bauleitplanung. Die regionalen Grünzüge sind dabei als Ziele der Raumordnung und Landesplanung zu beachten.

3.1.2 (Z) Grünzäsuren

Die in der Raumnutzungskarte dargestellten Grünzäsuren sollen im Zusammenwirken mit den regionalen Grünzügen ausreichende Freiräume zwischen aufeinanderfolgenden Siedlungsbereichen sichern. Sie dienen gleichzeitig der Vernetzung der regionalen Grünzüge und sollen die ökologischen Ausgleichsfunktionen der wohnungsnahen Landschaftsbereiche erhalten und verbessern. In den Grünzäsuren finden daher keine Siedlungs- und Gewerbeentwicklungen oder sonstige Beeinträchtigungen dieser Funktionen statt. Die parzellenscharfe Abgrenzung der Grünzäsuren gegen die Siedlungsbereiche erfolgt in der kommunalen Landschafts- und Bauleitplanung.

Im Zuge der Entwicklungsachsen werden in folgenden Bereichen Grünzäsuren ausgewiesen:

- 1 westlich Lorch, östlich Weitmars/Waldhausen,
- 2 östlich Großdeinbach, westlich Wetzgau,
- 3 östlich Mutlangen, westlich Lindach,
- 4 südöstlich Straßdorf, nordwestlich und nordöstlich Waldstetten, südwestlich Unterbettringen,
- 5 südöstlich Gewerbegebiet Gügling, nordwestlich Bargau
- 6 südöstlich Unterbettringen-Lindenhof, nordwestlich Weiler in den Bergen
- 7 östlich Bargau, westlich Buch,
- 8 östlich Buch, westlich Heubach,
- 9 östlich Böbingen, westlich Mögglingen,
- 10 nordöstlich Essingen, südwestlich Aalen,

- 11 südlich Hüttlingen, nordöstlich Wasseralfingen/ -Hofen/ -Attenhofen,
- 12 westlich Hüttlingen, südöstlich Niederalfingen,
- 13 nördlich Schrezheim, südlich Rotenbach,
- 14 nördlich Ellwangen, südlich Rindelbach, östlich Kellerhaus,
- 15 nördöstlich Westhausen,
- 16 östlich Westerhofen, westlich Lauchheim,
- 17 östlich Aufhausen, westlich Oberdorf,
- 18 östlich Bopfingen, westlich Trochtelfingen,
- 19 südöstlich Königsbronn, nordwestlich Itzelberg,
- 20 nördlich Aufhausen, südöstlich Itzelberg
- 21 südlich Mergelstetten, nördlich Bolheim
- 22 östlich Herbrechtingen, westlich Giengen

Begründung:

Grünzäsuren sind kleinere, möglichst unbebaute schutzbedürftige Teile von Freiräumen. Sie dienen als siedlungsnaher, ökologischer Ausgleichsräume und zur Gliederung zusammenhängender bebauter Siedlungsbereiche insbesondere im Zuge der Entwicklungsachsen. Von besonderer Bedeutung sind sie als Gliederungselemente in den Tälern von Rems, Brenz, Kocher, Jagst und Eger.

Die Grünzäsuren erfüllen als Verbindungsglieder der regionalen Grünzüge in der Regel mehrere wichtige ökologische Funktionen, wie Biotop-, Arten-, Klima- und Wasserschutz.

Zusätzlich zum Schutz und Erhalt der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung sowie der ortsnahen Erholungslandschaften tragen die Grünzäsuren durch die Gliederung der Siedlungsbereiche längs der Entwicklungsachsen auch wesentlich bei zum Schutz von historischen Wirtschaftsformen, wie z.B. den Streuobstwiesen und Wacholderheiden oder von morphologisch prägenden Elementen wie kleinen Bergkuppen, Steilhängen, Mulden und auch Bachläufen. Dadurch wird häufig ein typisches Orts- und Landschaftsbild geschützt, die

Identität eines Ortsbildes erhalten oder die individuelle Ausdruckskraft historischer Siedlungskerne hervorgehoben.

In den Grünzäsuren findet daher keine Siedlungs- und Gewerbeentwicklung statt. Die Eigenentwicklung bestehender Gebäude und Betriebe ist nur in einem Umfang zulässig, der den ökologischen und landschaftsplanerischen Zielen der Grünzäsur nicht entgegensteht.

Die in der Raumnutzungskarte dargestellte Abgrenzung der Grünzäsuren stellt in der Regel den mindestens zu sichernden Bereich dar. Die parzellenscharfe Ausformung der Grünzäsuren erfolgt bei der Erstellung der kommunalen Landschafts- und Bauleitplanung.

Begründung der einzelnen Grünzäsuren siehe Anhang zum Kapitel 3.

3.2 Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen

3.2.1 (Z) Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege

Die in der Raumnutzungskarte dargestellten schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege ergänzen das Netz der Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete sowie der flächenhaften Naturdenkmale und der geschützten Biotope. Sie sollen insbesondere die landschaftlichen Voraussetzungen für das Weiterbestehen der Artenvielfalt unserer Tier- und Pflanzenwelt sichern und gleichzeitig dem Erhalt der Bodenfunktion als Standort für die natürliche Vegetation und landschaftsgeschichtliche Urkunde dienen. Durch Erhalt und sorgsame Pflege der natürlichen landschaftlichen Gegebenheiten und Eigenarten wie Talauen, Feuchtgebiete, Gewässer und Waldgebiete sowie durch Schutz und Pflege der landschaftsprägenden Kulturdenkmale (Bau- und Bodendenkmale) sollen sie gleichzeitig auch einen Beitrag zur Erhaltung und Pflege des historischen Kulturlandschaftsbildes der Region Ostwürttemberg leisten und so den Erholungswert der Landschaft erhalten. Dem Schutzzweck entgegenwirkende Vorhaben und Maßnahmen sollen in diesen Gebieten vermieden, die Erholungsnutzung soll auf eine schonende, die Natur nicht beeinträchtigende Art und Weise beschränkt werden.

Begründung:

In Ergänzung zu den Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie zu den regionalen Grünzügen und Grünzäsuren sind in den großen zusammenhängenden Freiräumen abseits und zwischen den Entwicklungsachsen weitere wertvolle Landschaftsteile als schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege ausgewiesen. Diese

sollen in besonderem Maße die Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt schützen.

Sie tragen außerdem wesentlich zum Erhalt der Schönheit und Vielfalt der ostwürttembergischen Landschaft und damit auch zum Erhalt des Erlebnis- und Erholungswertes der Region Ostwürttemberg bei.

Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz- und Landschaftspflege sind in der Region Ostwürttemberg insbesondere die vielen Feuchtgebiete, viele größere und kleinere Wasserläufe, die Talauen, landschaftlich hervortretende Wiesenhänge, Streuobstwiesen, Ackerflächen auf Kalkstein- und Sandböden mit seltenen Ackerwildkräutern, Wacholderheiden, Halbtrockenrasen, Kalkmagerwiesen, Feldgehölze und Bereiche mit Heckenlandschaften, Waldsäume, naturnahe Wälder, seltene Waldgesellschaften und Altholzbestände sowie Randbereiche der Einschlagkrater von Meteoriten im Nördlinger Ries und im Steinheimer Becken. Die Zusammenfassung einzelner wertvoller Landschaftsstrukturen und Landschaftsteile zu größeren schutzbedürftigen Bereichen ist wichtige Voraussetzung für Ihre ökologische Wirksamkeit.

Die Notwendigkeit zur Ausweisung schutzbedürftiger Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege ergibt sich insbesondere aus der zunehmenden Zahl ausgestorbener, gefährdeter oder vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten, die auf den Verlust ihrer speziellen Lebensräume zurückzuführen ist. Der Sicherung von größeren zusammenhängenden, noch weitgehend intakten Flächen kommt daher eine große Bedeutung zu.

In den in der Raumnutzungskarte dargestellten schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege sollen daher Raumnutzungen und Maßnahmen anderer Planungsträger möglichst vermieden oder, sofern sie unvermeidbar sind, die Lebensansprüche der Tier- und Pflanzenarten, das Landschaftsbild und der Erholungswert der Landschaft weitmöglichst berücksichtigt werden. Insbesondere sollen Zerschneidungen und Beeinträchtigungen des räumlichen landschaftlichen Zusammenhangs möglichst vermieden werden. Damit diese Gebiete ihren landschaftlichen Reiz behalten, muß hier die Erholungsnutzung auf eine landschaftsschonende, die Natur möglichst nicht beeinträchtigende Art beschränkt werden.

Viele wertvolle Flächen und Strukturen in der Kulturlandschaft sind durch eine extensive landwirtschaftliche Nutzung entstanden. Strukturelle Anpassungen an den europäischen Agrarmarkt und die damit verbundene Verringerung der landwirtschaftlichen Betriebe gefährden tendenziell die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Grenzertragsflächen, die aus Sicht des Landschafts- und Naturschutzes jedoch in

ihrer jetzigen Form unbedingt erhalten werden sollten. Mit einer Förderung der "Landschaftspflege durch Landwirte" und einem Ausgleich für extensive Nutzungen sollte daher der biologische Wert dieser für den Artenschutz wichtigen Flächen erhöht und so gleichzeitig die bäuerliche Betriebsstruktur gestützt werden. Unerwünschten Aufforstungen, die das Landschaftsbild beeinträchtigen, die die Vielfalt der Landschaft einschränken oder ökologisch hochwertige Flächen gefährden, sollte entgegengewirkt werden. Durch Gemeinde-satzung können ggfs. entsprechende Nichtaufforstungsgebiete nach § 25 a Abs. 1 des Landschafts- und Kulturgesetzes festgesetzt werden.

Der räumlichen Abgrenzung der in der Raumnutzungskarte dargestellten schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege wurde der Bestand der oben aufgeführten wertvollen Flächen und Landschaftsstrukturen und die Biotopkartierung des Landes zugrunde gelegt.

3.2.2 Schutzbedürftige Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz

3.2.2.1 (G) Die aufgrund ihrer natürlichen Eignung für die landwirtschaftliche Nutzung und als Filter und Puffer sowie als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf geeigneten Böden und Flächen der Region, insbesondere die in der Raumnutzungskarte besonders gekennzeichneten schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft, sollen als natürliche Grundlage für eine verbrauchernahe Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und zur Bewahrung und zur Entwicklung der ostwürttembergischen Kultur- und Erholungslandschaft erhalten werden. Hierbei sollen auch Bonitätsunterschiede innerhalb der schutzbedürftigen Bereiche berücksichtigt werden.

3.2.2.2 (G) Bei der Ausweisung von neuen Siedlungsflächen sind bevorzugt Flächen mit ungünstigen natürlichen Ertragsbedingungen in Anspruch zu nehmen, sofern sie nicht für den Naturschutz von besonderer Bedeutung sind.

Begründung:

Die Hälfte der Regionsfläche wird auf den dafür aufgrund der jeweiligen natürlichen Beschaffenheit besonders geeigneten Böden von der Landwirtschaft als Grünland oder Ackerfläche bewirtschaftet. Die Landwirtschaft trägt damit erheblich zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus einheimischer, verbraucher-naher Produktion bei. Gleichzeitig leistet sie durch die Flächenbewirtschaftung einen unverzichtbaren Beitrag zur Pflege und Entwicklung der in Jahrhunderten entstandenen Kulturlandschaft mit ihren vielfäl-

tigen sozialen und Wohlfahrtsfunktionen. Da die natürliche Bodenfruchtbarkeit dabei für die Landwirtschaft von grundlegender Bedeutung ist, sollen günstig bewirtschaftbare Bereiche mit geeigneten Böden vordringlich erhalten bleiben.

- 3.2.2.3 (G)** Landwirtschaftliche Flächen, die aus agrarpolitischen Gründen extensiv bewirtschaftet oder stillgelegt werden oder aus wirtschaftlichen Gründen aus der Produktion ausscheiden, sollen nur in den weniger bewaldeten Teilräumen der Region zur Aufforstung freigegeben werden.

Begründung:

Es ist naheliegend, daß zur Verminderung der derzeitigen Agrarüberschüsse vorrangig Böden mit schlechten Produktionseigenschaften aus der Bewirtschaftung herausgenommen werden. Diese Flächen liegen aber oft in den ohnehin schon stark bewaldeten Steillagen der Region. Eine Aufforstung von stillgelegten Flächen in den dichter bewaldeten Teilen der Region wie Schwäbisch-Fränkischer Wald und den Tälern der Fließgewässer würde das Landschaftsbild dieser Teilräume der Region und teilweise auch den Biotopschutz, das Kleinklima und die Erholungseignung negativ beeinträchtigen.

- 3.2.2.4 (G)** Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen von Boden, Wasser und Luft sowie die Erhaltung der Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt ist durch eine ökologisch verträgliche Landbewirtschaftung zu gewährleisten; auf Ackerland in geeigneten Lagen sollen verstärkt Maßnahmen zum Schutz der Böden vor Erosion getroffen werden.

Begründung:

Der übermäßige Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln kann zu einer Verunreinigung des Oberflächenwassers, zur Anreicherung des Grundwassers mit Nitrat- bzw. Pflanzenschutzmittelrückständen oder zur Belastung des Bodens oder der Nahrungsmittel führen. Lebensräume von heimischen Tier- und Pflanzenarten, die zum Teil erst durch die Landbewirtschaftung geschaffen wurden, werden durch die stärkere Intensivierung der Landwirtschaft wieder bedroht.

Veränderte Rahmenbedingungen einschließlich zunehmender Verbrauchersensibilität veranlassen die Landwirte, die Intensität der Landbewirtschaftung zu verringern und vermehrt integrierte Anbauverfahren mit dem Ziel einer Reduzierung des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes anzuwenden. Voraussetzung zum Erhalt der Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft ist auch die Sicherung der natürlichen Standortbedingungen.

Die standortgerechte Bewirtschaftung von nur extensiv nutzbaren Flächen (z.B. Steillagen oder Streuobstwiesen) gewährleistet die Offenhaltung der Kulturlandschaft und damit den Erhalt wertvoller Lebensräume.

3.2.3 (G) Schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft

3.2.3.1 (G) Die in der Raumnutzungskarte als schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft dargestellten Waldflächen der Region sollen aus volkswirtschaftlichen, landeskulturellen, ökologischen und sozialen Gründen in ihrem derzeitigen Umfang erhalten werden.

Begründung:

Gut ein Drittel der Regionsfläche ist bewaldet. Neben der Wirtschaftsfunktion als Lieferant wertvoller Rohstoffe erfüllt der Wald bedeutende ökologische Ausgleichs-, Schutz- und Erholungsfunktionen. Eine Verringerung der Waldflächen sollte daher vermieden werden.

3.2.3.2 (G) Die Waldbewirtschaftung soll nach den Grundsätzen der naturnahen Waldwirtschaft durchgeführt werden. Folgende Grundsätze sind insbesondere zu beachten:

- Naturnähe und Vielfalt der Baumartenwahl,
- Begründung und Erhaltung standortgerechter Mischbestände,
- Förderung der Stabilität,
- Anwendung geeigneter Verjüngungsverfahren,
- Stufiger Bestandsaufbau,
- Vermeidung von Schäden und
- Biotopsicherung und Biotoppflege.

Bei der Waldbewirtschaftung sollen insbesondere im Erholungswald Mischbestände angestrebt werden, wenn die standörtlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind.

Begründung:

In der Region Ostwürttemberg überwiegen mit über 70 % die Nadelbaumarten. Im Ostteil des Schwäbisch-Fränkischen Waldes beträgt der Anteil sogar über 90 %. Auf der Ostalb macht dagegen der Anteil der Nadelbaumarten wegen eines rd. 30 %igen Rotbuchenanteiles knapp 60 % aus. Zur Erhöhung des ökologischen Wertes des Waldes

und zur Steigerung seines Erholungs- und Erlebniswertes sollte daher an geeigneten Standorten langfristig die Dominanz der Fichte durch Einbringen von Tanne, Buche, Eiche, Hainbuche, Linde und Kirsche verringert werden.

- 3.2.3.3 (G)** Aufforstungen sollen nur in den weniger waldreichen Teilen der Region unter Berücksichtigung des Landschaftsbildes, der klimatischen Verhältnisse und des Erholungswertes der Landschaft erfolgen (s.a. 3.2.2.3).

Begründung:

Der besondere Reiz der ostwürttembergischen Erholungslandschaft beruht in erster Linie auf dem vielfältigen Wechsel zwischen offenen Ackerflächen, freien Wiesentälern, Seengebieten und bewaldeten Höhenrücken. Ein weiteres Vordringen des Waldes in die Täler könnte den Erholungswert der ostwürttembergischen Landschaft erheblich mindern. Außerdem wären damit negative Auswirkungen auf das Kleinklima möglich.

- 3.2.3.4 (G)** Die Ursachen der Walderkrankungen, von der auch die Wälder der Region Ostwürttemberg betroffen sind, sind mit Nachdruck zu bekämpfen.

Begründung:

Nach dem gegenwärtigen Stand der Untersuchungen sind an den Walderkrankungen eine Fülle von Faktoren beteiligt. Als gesichert gilt, daß Luftschadstoffe und die aus ihnen hervorgehenden Folgeprodukte Stickoxide, Schwefeldioxid und Ozon bei den Walderkrankungen eine wesentliche Rolle spielen. Wegen der zu befruchtenden negativen Auswirkungen der Walderkrankungen auf den Naturhaushalt, das Landschaftsbild und den Erholungswert der Region, aber auch im Hinblick auf die Wirtschaftsfunktion des Waldes muß den Walderkrankungen entgegengewirkt werden. Die weitere Reduzierung der Schadstoffe aus Feuerungsanlagen und die Reduzierung des Schadstoffausstoßes der Kraftfahrzeuge ist eine bundes- und landespolitisch vordringliche Aufgabe.

3.2.4 Schutzbedürftige Bereiche für die Erholung

- 3.2.4.1 (Z)** Die in der Raumnutzungskarte ausgewiesenen schutzbedürftigen Bereiche für die Erholung stellen Landschaftsräume dar, die sich aufgrund ihrer landschaftlichen Eigenart und Vielfalt sowie ihrer natürlichen Schönheit und des

Bestandes an herausragenden Kulturdenkmälern (Bau- und Bodendenkmäle) für die naturnahe Erholung besonders eignen. Diese Landschaftsräume sind im Einklang mit den Erfordernissen der Land- und Forstwirtschaft sowie anderer landschaftlicher Funktionen wie des Denkmalschutzes, des Natur- und Landschaftsschutzes sowie des Biotopschutzes für die landschaftsbezogene, ruhige Erholung zu sichern. Eingriffe, z.B. durch Siedlungsbau- und Infrastrukturmaßnahmen, welche die Erholungseignung der Landschaft beeinträchtigen, sind zu vermeiden.

Begründung:

Zunehmende physische und psychische Belastungen am Arbeitsplatz, teilweise unbefriedigende Wohn- und Wohnumfeldverhältnisse, insbesondere in den Verdichtungsräumen und wachsendes Gesundheitsbewußtsein haben das Bedürfnis der Bevölkerung nach unterschiedlichen Erholungsarten - wie ruhiges Entspannen oder körperliche Aktivität - und unterschiedlichen Erholungsformen - Ferien-, Wochenend- bzw. Feierabenderholung - verstärkt. Mehr Freizeit, steigender Lebensstandard und hohe Mobilität ermöglichen es, das Erholungsbedürfnis immer besser zu befriedigen. Die Ausweisung und Sicherung einer ausreichenden Anzahl geeigneter größerer Erholungsräume für die Freizeitgestaltung und Erholung der Bevölkerung ist daher eine wichtige raumordnerische Aufgabe.

Die unterschiedliche Eignung eines Raumes als Ferien-, Wochenend- oder Feierabenderholungsgebiet hängt im wesentlichen ab von seiner landschaftlichen Eigenart und Schönheit, von seiner Erholungsinfrastruktur, von seiner Lage zu den einzelnen Siedlungsgebieten sowie zu den Bevölkerungsschwerpunkten der Region und des Landes und von seiner Erschließung auf Schiene und Straße.

Die vielfältigen Erscheinungsbilder und landschaftliche Schönheit der ostwürttembergischen Naturräume, wie Schwäbische Alb, Albvorland und Schwäbisch-Fränkische Waldberge, bieten für die Erholung der Bevölkerung besonders gute Voraussetzungen. Ausgedehnte Wälder, zahlreiche kleinere und größere Wasserläufe sowie viele künstliche Seen erhöhen den Erholungswert der Region weiter. Selbst in den größeren Städten sind attraktive Erholungsgebiete an vielen Stellen noch direkt von den Wohngebieten aus erreichbar. Diese günstigen Gegebenheiten sowie die Erreichbarkeit über bereits vorhandene Fuß- und Radwege gilt es vorrangig zu erhalten. Durch Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird die Erreichbarkeit der regionalen Erholungsräume auf Schiene und Straße wesentlich verbessert.

Erholung in der Region Ostwürttemberg bedeutet das Erleben einer noch weitgehend intakten, vielfältigen Natur- und Kulturlandschaft, deren Eigenart und Schönheit auch zum Erhalt ihres Erholungswertes

geschützt werden muß. Die ostwürttembergischen Erholungslandschaften eignen sich daher vor allem für landschaftsbezogene, ruhigere Sportarten wie z.B. Wandern, Radfahren, Wassersport wie Schwimmen und Segeln, Skifahren, Segelfliegen und auch Golfspielen. Der Ausbau der hierfür erforderlichen Infrastruktur hat insgesamt einen hohen Stand erreicht. So haben z.B. der alpine Skisport und der Skilanglauf einen Ausbaustand erreicht, der keine großen Entwicklungen mehr erfordert. Dies gilt ebenso für den landschaftsbezogenen Wassersport an den vielen Seen der Region und für das Wanderwegenetz sowie die Anlage von Spiel- und Grillplätzen. Ergänzungsbedürftig ist allerdings noch das Radwandernetz.

Bei der Ausweisung der in der Raumnutzungskarte dargestellten schutzbedürftigen Bereiche für Erholung wurden die Bedürfnisse der hiesigen Bevölkerung nach einer wohnungsnahen Wochenend- und Feierabenderholung, aber auch das besondere Interesse der Fremdenverkehrsgemeinden der Region an einem weiteren Ausbau der Ferienerholung für Gäste aus den Verdichtungsräumen des Landes und darüber hinaus berücksichtigt.

Wichtige großflächige Erholungsräume in der Region Ostwürttemberg sind folgende in der Raumnutzungskarte dargestellten Teilräume:

- Teile des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald
- die Kaiserberge
- der Albtrauf von der Regionswestgrenze bis zur Kocher-Brenz-Achse
- das Welland westlich von Aalen
- das Leintal mit Nebentälern
- der Raum Gschwend und Frickenhofer Höhe
- das Kochertal von der Regionswestgrenze bis nach Niederalfingen
- die Ellwanger Berge und das Ellwanger Seenland mit Virngrund
- Bereich Schloß Baldern/Zöbinger Forst
- der Albtrauf vom Kochertal bis zum Ries einschließlich der Vorberge
- das Härtsfeld mit den Schwerpunkten Raum Neresheim, Egautal, Raum Dischingen sowie dem Riesrand
- der Albuch mit Steinheimer Becken und Trockentalzügen
- die Gerstetter Alb mit Hungerbrunnental und
- die Talsysteme an der Unteren Brenz.

Weitere für die Naherholung bedeutende Räume sind die regionalen Grünzüge und Grünzäsuren sowie unter Berücksichtigung ökologischer Belange die schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege.

Um die natürliche Erholungseignung der Landschaft dauerhaft zu erhalten, müssen alle Raumnutzungen Rücksicht auf das Landschaftsbild und den landschaftlichen Zusammenhang nehmen, die Ruhe und Reinheit der Luft bewahren sowie die Zugänglichkeit der Flächen gewährleisten. Größere Siedlungsgebiete, insbesondere Gewerbegebiete sowie Verkehrs- und Leitungstrassen, sollen daher in den schutzbedürftigen Bereichen für Erholung möglichst vermieden werden.

Der Erlebniswert der Landschaft wird entscheidend von der Land- und Forstwirtschaft beeinflusst, die wesentlich die Flächennutzung der Erholungsgebiete prägen. Sie müssen daher bei ihrer Tätigkeit auch die Erholungsfunktion der Landschaft berücksichtigen.

Wertvolle Lebensräume von Tier- und Pflanzenwelt, wie z.B. Kalkmagerrasen und Wacholderheiden machen wegen ihrer Seltenheit oder landschaftlichen Besonderheit Erholungsgebiete besonders attraktiv. Andererseits werden diese besonders wertvollen und schutzbedürftigen Gebiete häufig von den Erholungssuchenden gefährdet. Daher muß die Erholungsnutzung in diesen Gebieten ganz besonders mit den Funktionen und den Aufgaben des Natur- und Artenschutzes abgestimmt werden.

- 3.2.4.2 (G)** Die Erholungseignung der zugehörigen Erholungslandschaft und die Leistungsfähigkeit der Erholungsinfrastruktur der in der Strukturkarte dargestellten Erholungsorte Bartholomä, Dischingen, Ellwangen, Gschwend, Neresheim, Riesbürg-Utzmemmingen, Rosenberg und Schwäbisch Gmünd-Rechberg als Zentren größerer Erholungsgebiete sind zu erhalten und auszubauen.

Begründung:

Die Bedeutung des Fremdenverkehrs als Wirtschaftsfaktor hat auch in der Region Ostwürttemberg kontinuierlich zugenommen. Dies gilt insbesondere für die prädikatisierten Erholungsorte Bartholomä, Ellwangen, Gschwend, Neresheim, Riesbürg-Utzmemmingen, Rosenberg und Schwäbisch Gmünd-Rechberg als Zentren größerer Erholungsgebiete. Diese Erholungsorte haben mit ihren Sport- und Freizeitanlagen, landschaftsbezogenen Erholungseinrichtungen, kulturellen Einrichtungen und ihren Gastronomie- und Beherbergungseinrichtungen Aufgaben wahrzunehmen, die häufig weit über den örtlichen Bedarf hinausgehen. Die Sicherung der bestehenden Qualität von Landschaft, Klima, Flora und Fauna gewinnt zudem in Zukunft zunehmend an Bedeutung.

- 3.2.4.3 (V)** Es wird vorgeschlagen, folgende Orte zusätzlich als prädikatisierte Erholungsorte nach dem Kurortegesetz anzuerkennen: Aalen-Heuchelbach, Aalen-Röthardt, Bopfingen, Kirchheim, Essingen-Lauterburg, Königsbronn, Rainau, Schwäbisch Gmünd-Degenfeld.

Begründung:

Die genannten Orte sind bereits jetzt gut angenommene Zentren von größeren Erholungsräumen.

3.2.5 Schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft

- 3.2.5.1 (Z)** Die ober- und unterirdischen Wasservorkommen der Region sind als bedeutendes Naturgut und zur Sicherung der Trinkwasserversorgung der Region und weiter Teile der Regionen Stuttgart und Franken in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu erhalten und zu schützen.

Begründung:

Die Reinhaltung der Gewässer ist sowohl für die Gewinnung von Trinkwasser als auch für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts der Natur notwendig. Die Region Ostwürttemberg ist trotz der großen Unterschiede zwischen den Trockengebieten auf der Alb und den Niederungen insgesamt ein Wasserüberschußgebiet. Insbesondere das umfangreiche unterirdische Karstwasservorkommen des Härtsfeldes und das Grundwasser aus dem Donau-Ried sind bedeutende Wasserreservoirs für die Region, aber auch für die Region Stuttgart und Teile der Region Franken. Von ebenfalls großer Bedeutung sind die umfangreichen Grundwasservorkommen im Bereich des Rotachtals bei Wört. Darüber hinaus gibt es in Ostwürttemberg noch eine Vielzahl kleinerer Wasservorkommen, die von den Gemeinden ausschließlich oder zusammen mit Fernwasser zur zentralen Wasserversorgung genutzt werden.

Von einer Grundwasserförderung der öffentlichen Trinkwasserversorgung im Jahr 1988 in Höhe von rd. 68 Mio. cbm wurden rd. 34 Mio. cbm in der Region selbst verbraucht. Weitere 34 Mio. cbm gehen in andere Regionen, davon der überwiegende Teil in die Region Stuttgart.

Die Grundwasserentnahme der regionalen Industrie betrug im Jahr 1989 knapp 9 Mio. cbm.

Erhalt und Schutz des Trinkwassers ist daher eine überregional bedeutsame Aufgabe. Im Einzugsbereich der Wasserfassungen (insbesondere in den Wasserschutzgebieten der Karstalb) muß daher jede

Verschmutzung des Grundwassers und auch der Oberflächengewässer vermieden werden.

Die Oberflächengewässer stellen einen wichtigen Bestandteil des Naturhaushaltes dar. Das Flußbett, die Ufer und die Aue der Fließgewässer sind einzigartig als linienhaftes Element der Biotopverbindung. Die Erhaltung natürlicher Bereiche und die Entwicklung und Umgestaltung degenerierter Abschnitte sind wichtige wasserwirtschaftliche Ziele für die Oberflächengewässer. Die Ausdehnung der Siedlungsflächen in natürliche Auen und Überschwemmungsgebiete beeinflußt die Gewässergüte, das Abflußgeschehen und das ökologische Potential der Gewässer erheblich. Dies führt zu Schäden am Wasserbett und an der Biozönose sowie zur Verschärfung der Hochwasserproblematik bei den Unterliegern, sodaß natürliche Retentionsflächen und Überschwemmungsgebiete zu erhalten und wieder zu öffnen sind.

3.2.5.2 (V) Sämtliche in der Region vorhandenen nutzbaren Wasservorkommen sind in ihrer Lage, Größe und Qualität zu erfassen, räumlich darzustellen und durch rechtskräftig ausgewiesene Wasserschutzgebiete zu schützen.

3.2.5.3 (G) Rechtskräftig ausgewiesene und geplante Wasserschutzgebiete werden nachrichtlich in die Raumnutzungskarte übernommen. In diesen Gebieten sind alle Raumnutzungen mit den Erfordernissen des Grundwasserschutzes so abzustimmen, daß eine Gefährdung des Wasserhaushalts durch Schadstoffeintrag, Verringerung der Grundwasserneubildung und Erhöhung des Oberflächenabflusses möglichst vermieden wird.

Begründung:

Grundwasser, das von Natur aus frei von gesundheitsgefährdenden Eigenschaften und nach Herkunft und Beschaffenheit appetitlich ist, verdient als Trinkwasser gegenüber jedem anderen Wasser den Vorzug.

Grundwasser kann in seiner Beschaffenheit durch die Auswirkungen menschlicher Einrichtungen und Nutzungen gefährdet werden. Je dichter ein Einzugsbereich besiedelt und je intensiver er genutzt wird, desto eher sind Gefährdungen und Beeinträchtigungen des Grundwassers zu befürchten.

Zur Erhaltung der Grundwasserqualität, insbesondere zum Schutz vor bakteriellen, chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, werden für die der öffentlichen Wasserversorgung dienenden, in Quellen und

Brunnen gefaßten Grundwasservorkommen Wasserschutzgebiete ausgewiesen.

Von den 2.138 qkm gesamter Markungsfläche der Region waren Anfang 94 893 qkm, das sind 41,8 % (Landkreis Heidenheim 92,8 %, Ostalbkreis 20,6 %) rechtskräftig ausgewiesenes Wasserschutzgebiet. Nach Ausweisung der noch erforderlichen Wasserschutzgebiete wird sich die geschützte Fläche der Region auf 1.094 qkm erhöhen, das sind rd. 51,2 % der Regionsfläche (Landkreis Heidenheim 99,0 %, Ostalbkreis 31,3 %).

In der Region Ostwürttemberg sind bereits 81,6 % der Fläche aller erforderlichen Wasserschutzgebiete rechtskräftig ausgewiesen. Weitere 9,4 % der erforderlichen Flächen sind bereits abgegrenzt und im Verfahren. Für die restlichen 9 % ist die Ausweisung der Wasserschutzgebiete von den Gemeinden und Zweckverbänden bereits beantragt worden.

- 3.2.5.4 (G)** Eine Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung durch zunehmende Versiegelung der Landschaft und Beschleunigung des Wasserabflusses ist zu vermeiden. Natürliche Retentionsflächen und Überschwemmungsgebiete sind zu erhalten und ggfs. durch Neuanlage von Auewäldern zu fördern.

Begründung:

Straßenbau, Erschließung und Bebauung neuer Wohn- und Gewerbegebiete, mitunter auch der Gewässerausbau, führten häufig zu einer Beschleunigung des Wasserabflusses und damit zu einer Verminderung der Grundwasserneubildung.

Maßnahmen, die zu einer Anreicherung des Grundwassers führen, sind die Verlangsamung des Abflusses der Oberflächengewässer, der Erhalt von Retentionsflächen, Überschwemmungsgebieten und Wasserschutzwälder sowie der Bau von Hochwasserrückhaltebecken mit Versickerung.

Maßnahmen, die abflußbeschleunigend wirken wie Bachbegradigungen und Gewässerausbauten sind zu unterlassen.

- 3.2.5.5 (G)** Großflächige über den Eigenbedarf der Gemeinden hinausgehende Wohn- und Gewerbegebiete, aber auch andere Baugebiete auf den Karstflächen der Region sind zum Schutz des Grundwassers und zur Sicherung der Grundwasserneubildung möglichst zu vermeiden. Abwässer aus den zur örtlichen Versorgung erforderlichen Gewerbe- und Wohngebieten müssen, um nicht im Karstgebiet zu versickern, aus diesen Gebieten herausgeleitet werden.

Begründung:

Durch Umgang mit wassergefährdenden Stoffen besteht insbesondere in den Gewerbegebieten, aber auch in sonstigen Siedlungsgebieten, eine latente Gefahr der Grundwasserverunreinigung.

3.2.6 Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Bereiche zur Sicherung von Rohstoffvorkommen

- 3.2.6.1 (Z)** Der regionale und auch überregionale Bedarf an oberflächennahen mineralischen Rohstoffen ist mit Ausnahme von nur vorübergehend betriebenen kleineren Abbaustätten für den Sandabbau an den vorhandenen Abbaustandorten mit den in der Raumnutzungskarte ausgewiesenen "Schutzbedürftigen Bereichen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" zu decken.
- 3.2.6.2 (Z)** In den in der Raumnutzungskarte ausgewiesenen "Bereichen zur Sicherung von Rohstoffvorkommen" sind alle Nutzungen, die einem späteren Rohstoffabbau entgegenstehen, ausgeschlossen. Dies gilt zunächst grundsätzlich auch für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen selbst.
- 3.2.6.3 (G)** Beim Abbau oberflächennaher Rohstoffvorkommen soll eine Minimierung des Flächenbedarfes angestrebt werden. Dies soll u.a. durch eine optimale Ausbeute der Lagerstätten insbesondere in die Tiefe, unter besonderer Berücksichtigung wasserwirtschaftlicher Belange geschehen.
- 3.2.6.4 (G)** Für jede Abbaustätte soll frühzeitig ein Gesamtkonzept für den Abbau und die Rekultivierung bzw. Renaturierung erstellt werden. Dabei ist auf eine landschaftsgerechte Nachnutzung und standortgerechte Bepflanzung hinzuwirken.

Begründung:

Nach dem "Rohstoffsicherungskonzept (RSK) des Landes Baden-Württemberg" vom 24.11.1982 und dem Landesentwicklungsplan 1983 sind "Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" für den Planungszeitraum des Regionalplanes von 15 Jahren und "Bereiche zur Sicherung oberflächennaher Rohstoffvorkommen" für weitere 15 Jahre auszuweisen.

"Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" und "Sicherungsbereiche für oberflächennahe Rohstoffvorkommen" sind in der Raumnutzungskarten flächenhaft (Fläche größer als 5 ha) oder als Symbol (Fläche bis 5 ha) dargestellt.

In den schutzbedürftigen Bereichen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist der Abbau von Rohstoffen aus raumordnerischer Sicht möglich, er hat Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen.

Die Ausweisungen ersetzen kein Genehmigungsverfahren. Auch nach der Verbindlichkeitserklärung bleiben die Rechtsvorschriften über die Zulassung von Abbauvorhaben unberührt. Genehmigungsverfahren, Zulassungen oder Planfeststellungsverfahren werden durch die Ausweisung schutzbedürftiger Bereiche nicht ersetzt.

In den Bereichen zur Sicherung von Rohstoffvorkommen sollen die Rohstoffe langfristig gesichert werden; einem eventuellen späteren Abbau entgegenstehende Raumnutzungen sind daher ausgeschlossen. In den Sicherungsbereichen ist zunächst auch der Abbau von Rohstoffen grundsätzlich nicht möglich. Ein vorzeitiger Abbau kommt nur in Betracht, wenn er im Einzelfall konkret begründet und nach erneuter umfassender Abwägung mit anderen Nutzungen oder sonstigen berührten Belangen unbedenklich oder vorrangig ist. In der Regel ist bei größeren Vorkommen (Gesamtfläche von 10 ha und mehr) die vorherige Durchführung eines Raumordnungsverfahrens erforderlich.

Zu den in der Region Ostwürttemberg abbauwürdigen Rohstoffen zählen die umfangreichen Jurakalke der Schwäbischen Alb und im Albvorland Ton/Lehm zur Ziegelherstellung sowie Quarzsande. Die unterschiedliche Gewinnungsart und Weiterverarbeitung vor Ort führen zu unterschiedlichen Planungszielen für die einzelnen Rohstoffgruppen.

Das Geologische Landesamt Baden-Württemberg hat im Auftrag der Landesregierung eine Prognostische Rohstoffkarte (PRK) für die Region Ostwürttemberg erstellt, in der hochwertige Rohstoffvorkommen dargestellt sind. Im Rahmen des RSK hat der Regionalverband Ostwürttemberg eine Restriktionskarte erarbeitet, in der Flächen aufgezeigt werden, in welchen nach planerischen Gesichtspunkten und feststehender anderer Nutzungsvorgänge der Abbau oberflächennaher Rohstoffe nicht oder nur bedingt möglich erscheint. Die regionale Lagerstättenpotentialkarte wird durch lagerstättenkundliche Untersuchungen des Geologischen Landesamtes auf den verbleibenden Flächen der PRK erstellt. Die in dieser Karte ausgewiesenen potentiellen Abbaubereiche sollen zur langfristigen Deckung des zukünftigen, regionalen und auch überregionalen Bedarfs an Rohstoffen gesichert werden. Die Lagerstättenpotentialkarte wird frühestens zum Jahr 2000 vorliegen und Bestandteil des noch zu erstellenden Landschaftsrahmenplanes sein.

Neuaufschlüsse, aber auch Erweiterungen von bestehenden Abbaustätten führen zunehmend zu Konflikten mit anderen Raumansprüchen. Vor allem Wasserschutz, Natur- und Landschaftsschutz, Siedlungstätigkeit sowie Land- und Forstwirtschaft erschweren immer häufiger den Zugang zu einheimischen Rohstoffen und engen unternehmerische Entscheidungen zum Abbau dieser Rohstoffe ein. Die

Rohstoffvorsorgeplanung soll daher den Abbau an solchen Standorten langfristig ermöglichen, wo die zu erwartenden Konflikte am geringsten sind.

Der Rohstoffabbau von Jurakalk und Lehm/Ton ist gekennzeichnet durch meist große Abbauflächen und einer Weiterverarbeitung vor Ort, teilweise bis zum Endprodukt. Untersuchungen des Regionalverbandes haben ergeben, daß an den regional vorhandenen Standorten, unter Berücksichtigung aller eventuell auftretender Konflikte, eine Rohstoffvorsorgeplanung für die nächsten 30 Jahre möglich ist. Der regionale und auch überregionale Bedarf soll daher in Zukunft an den bestehenden Standorten und geplanten Erweiterungen gedeckt werden, um Umweltbeeinträchtigungen noch vom Rohstoffabbau unberührter Landschaftsteile der Region auszuschließen.

Wegen der in der Regel kleinen Abbauflächen mit geringen Abbautiefen bei Sandabbau in der Region und die zeitlich begrenzte Dauer des Abbaus, sowie der Möglichkeit einer kurzfristigen Wiedereingliederung der Flächen in die Landschaft, kann auf eine stärkere Reglementierung des Abbaus dieser Rohstoffgruppe verzichtet werden. Eine Abgrenzung von Schutzbedürftigen Bereichen für den Rohstoff Sand wurde daher nur in besonderen Einzelfällen im Regionalplan vorgenommen.

Durch den Abbau von Rohstoffen wird die Umwelt, insbesondere die Landschaft in vielfältiger Weise beeinträchtigt. Durch Recycling und Rohstoffsubstitution soll daher der Bedarf an zusätzlichen Rohstoffen reduziert werden. Ebenso muß durch eine optimale Ausbeute der Lagerstätten auch in die Tiefe der Flächenbedarf für den Rohstoffabbau minimiert und so die Eingriffe in die Landschaft, insbesondere die Beeinträchtigung des Naturhaushaltes, auf das unbedingt erforderliche Maß reduziert werden.

In der Region Ostwürttemberg wurden nach Angaben der Betriebe und der zuständigen Behörden in den letzten Jahren durchschnittlich 160.000 Kubikmeter Sand und 3,2 Mio. Kubikmeter Festgestein abgebaut.

Der regionale Flächenverbrauch durch den Abbau von Sand liegt bei 2 - 3 ha, beim Abbau von Felsgestein bei 6 - 7 ha.

Das bereits zum Abbau genehmigte Rohstoffvorkommen der regionalen Natursteinbetriebe reicht je nach Betrieb noch 3 bis ca. 20 Jahre. Diese zum Abbau genehmigten Reserven wurden bei den Ausweisun-

gen berücksichtigt. Zusätzlich zu den bereits genehmigten Abbauflächen werden in Ostwürttemberg insgesamt ca. 125 ha als Schutzbedürftiger Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen. So wird insgesamt eine Sicherung von Abbauflächen für die nächsten 15 Jahre erreicht.

Um den Rohstoffbedarf an Naturstein und Ton sowie auch Sanden (für Betriebe mit einer jährlichen Förderung von über 30.000 m³) für weitere 15 Jahre zu sichern, wurden in der Region insgesamt ca. 160 ha an Bereichen zur Sicherung von Rohstoffvorkommen ausgewiesen.

Die Vielzahl von nicht vorhersehbaren Faktoren, wie die Ergiebigkeit der Lagerstätten und die Entwicklung des Bau- und Wirtschaftsgeschehens, wurde bei der Flächenbedarfsermittlung jedes einzelnen Betriebes durch Zuschläge berücksichtigt. Es wurde mit drei verschiedenen Zuschlägen (15%, 25%, 35%) zum derzeitigen Abbauvolumen gerechnet. Durch diese Zuschläge sollen vor allem auch mögliche Nachfrageerhöhungen der nächsten Jahre berücksichtigt werden.

- 15% bei Rohstoffen für den Verkehrswegebau, obwohl die Absatzzahlen nach Angaben der Betriebe, des Industrieverbandes Steine und Erden sowie nach Daten des Statistischen Landesamtes in den letzten Jahren zum Teil stark zurückgegangen sind. Eine Substitution des Rohstoffes durch recyceltes Material (bundesweit derzeit ca. 10%) wird in Zukunft mehr Bedeutung bekommen.
- 25% bei Rohstoffen für die Bauindustrie (Gips-, Zement-, Betonindustrie), obwohl auch in diesem Bereich ein Absatzrückgang in den letzten Jahren zu verzeichnen war.
- 35% bei hochwertigen Rohstoffen für die chemische Industrie (Papier-, Lack-, Farben- und Lebensmittelindustrie, zur Rauchgasentschwefelung) sowie bei hochwertigen Quarzsanden. Die z.T. steigenden Absatzzahlen der letzten Jahre wurden somit berücksichtigt.

Bei von den Betrieben angegebenen geplanten Erhöhungen der jährlichen Abbauvolumina wurden keine Zuschläge gemacht.

Anhang zu Kapitel 3 Regionale Freiraumstruktur - Grünstreifen

Entwicklungsumchse Schorndorf - Schwäbisch Gmünd - Aalen

Grünstreifen 1

Lage: westlich Lorch, östlich Weitmars/Waldhausen

Breite: rd. 350 m

Ziel der Grünstreifen: Gliederung und Abgrenzung der Siedlungsbereiche zwischen Waldhausen/Weitmars und Lorch sowie Sicherung faunistisch und landschaftsökologisch hochwertiger Bereiche durch Verbindung des Naturschutzgebietes "Lorcher Baggerseen" mit dem Landschaftsschutzgebiet "Walkersbacher Tal". Erhalt einer Grünbrücke zwischen Schurwald und Welzheimer Wald durch Verbindung der Schutzgebiete und Sicherung der ortsnahen Erholungsräume.

Begründung: Naherholungs- und Freizeitnutzungen im LSG "Walkersbacher Tal" und auf den Obstwiesenhängen westlich Lorch; faunistisch und landschaftsästhetisch wertvoller, zusammenhängender Funktionsbereich mit LSG "Walkersbacher Tal", Obstwiesen-, Feucht- und Grünlandbiotopen sowie NSG "Lorcher Baggerseen" mit überregionaler Bedeutung für die Avifauna; Pufferzone für das Naturschutzgebiet.

Grünstreifen 2

Lage: östlich Großdeinbach, westlich Wetzgau

Breite: rd. 750 m

Ziel der Grünstreifen: Gliederung der bandartigen Siedlungsstruktur Großdeinbach - Wetzgau (- Mutlangen - Lindach) und Erhalt ausreichend großer Freiräume mit ökologischen Ausgleichsfunktionen zwischen Haselbach- und Rotenbachtal sowie Sicherung landwirtschaftlicher Vorrangbereiche.

Begründung: Im Norden von Schwäbisch Gmünd entsteht ein durchgehendes Siedlungsband von Großdeinbach über Wetzgau und Mutlangen bis Lindach, das durch Grünstreifen gegliedert werden soll (s.a. Grünstreifen Nr. 3).

Grünzäsur 3

Lage: östlich Mutlangen, westlich Lindach

Breite: rd. 200 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung und Abgrenzung der Siedlungsbereiche von Mutlangen und Lindach sowie Unterbrechung der bandartigen Siedlungsstruktur (Großdeinbach - Wetzgau -) Mutlangen - Lindach; Erhalt landwirtschaftlicher Vorrangbereiche und Sicherung kleinklimatischer Ausgleichsfunktionen.

Begründung: Im Norden von Schwäbisch Gmünd entsteht ein durchgehendes Siedlungsband von Großdeinbach über Wetzgau und Mutlangen bis Lindach, das durch Grünzäsuren gegliedert werden soll (s.a. Grünzäsur Nr. 2).

Grünzäsur 4

Lage: südöstlich Straßdorf, nordwestlich und nordöstlich Waldstetten, südwestlich Unterbettringen

Breite: rd. 700 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung der Siedlungsbereiche von Straßdorf, Waldstetten und Unterbettringen und Erhalt ausreichend großer Freiräume zwischen den Ortslagen; Erhalt landwirtschaftlicher Vorrangflächen sowie Sicherung ökologischer Ausgleichsfunktionen.

Begründung: Durch die Grünzäsuren sollen ökologisch wertvolle und faunistisch bedeutende, kleinteilige Landschaftsstrukturen im Tal des Waldstetter Bachs und Tobelbachs mit Kleingärten, Obstwiesen, Gehölzen und bachbegleitenden Biotopen (Galeriewald, Feuchtgebüsche, Hochstaudenfluren) sowie landwirtschaftliche Nutzflächen und Wald zwischen Waldstetten und Bettringen mit Kaltluftentstehungs- und Naherholungsgebieten (Sportanlagen) erhalten werden.

Grünzäsur 5

Lage: südöstlich Gewerbegebiet Gügling, nordwestlich Bargau

Breite: rd. 700 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung der Siedlungsbereiche Oberbettringen (Gewerbegebiet Gügling) und Bargau durch Erhalt ausreichender Freiflächen sowie der landwirtschaftlichen Vorrangbereiche zwischen den Siedlungsgebieten; Schaffung einer dem Regionalen Grünzug dienenden Grünbrücke.

Begründung: Die Entwicklung eines Siedlungsbandes Schwäbisch Gmünd - Oberbettringen - Bargau (- Heubach) soll gestoppt, der landwirtschaftliche Vorrangbereich erhalten werden.

Grünzäsur 6

Lage: südöstlich Unterbettringen-Lindenhof, nordwestlich Weiler in den Bergen

Breite: rd. 500 m

Ziel der Grünzäsur: Siedlungsgliederung und Siedlungsabgrenzung; Erhalt einer Grünbrücke zwischen NSG "Lindenfeld" und LSG "Kaltes Feld bis Rosenstein"; Erhalt landwirtschaftlich genutzter Freiflächen mit ökologischen Ausgleichsfunktionen und wertvollen Biotopstrukturen am Strümpfelbach. Verbindung wichtiger Teile des Regionalen Grünzuges.

Begründung: Gebiete hoher ökologischer Wertigkeit (NSG, LSG, Galeriewald) sowie mit vielfältigen Ausgleichsfunktionen sollen über eine Grünbrücke verbunden werden und ihre Leistungsfähigkeit dadurch erhalten bleiben; die Anstalt Lindenhof kann durch Siedlungsbegrenzung die beabsichtigte isolierte Lage behalten.

Grünzäsur 7

Lage: östlich Bargau, westlich Buch

Breite: rd. 700 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung und Abgrenzung der Siedlungsbereiche zwischen Bargau und Buch, Verhinderung weiterer bandartiger Siedlungsstrukturen und Erhalt kleinklimatischer Ausgleichsfunktionen.

Begründung: Ein Zusammenwachsen der Ortsteile Buch und Bargau soll verhindert und damit eine weitere Gliederung des sich entwickelnden Siedlungsbandes Schwäbisch Gmünd - Oberbettringen - Bargau - Buch - Heubach erreicht werden.

Grünzäsur 8

Lage: östlich Buch, westlich Heubach

Breite: rd. 300 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung und Abgrenzung der Siedlungsbereiche zwischen Buch und Heubach, Verhinderung weiterer bandartiger Siedlungsstrukturen und Erhalt kleinklimatischer Ausgleichsfunktionen.

Begründung: Ein Zusammenwachsen der Ortsteile Buch und Heubach soll verhindert und damit eine weitere Gliederung des sich entwickelnden Siedlungsbandes Schwäbisch Gmünd - Oberbettringen - Bargau - Buch - Heubach erreicht werden.

Grünzäsur 9

Lage: östlich Böbingen, westlich Mögglingen

Breite: rd. 1100 m

Ziel der Grünzäsur: Abgrenzung und Gliederung der Siedlungsbereiche von Böbingen und Mögglingen bei gleichzeitiger Sicherung ausreichend großer Freiräume; Erhalt landwirtschaftlicher und ökologischer Bereiche hoher Wertigkeit sowie Erhalt einer den Regionalen Grünzug beiderseits der Rems verbindenden Grünbrücke mit klimatischer Ausgleichsfunktion.

Begründung: Hohe ökologische Wertigkeit des zwischenörtlichen Bereichs aufgrund mannigfaltiger Landschaftsstrukturen und darauf aufbauenden, kleinräumig vielfältigen Nutzungsstrukturen (Obstwiesen, Galeriewald, Gebüsch- und Feuchtbiotop, Waldränder etc.); große Grünlandbereiche als Kaltluftentstehungsgebiet.

Grünzäsur 10

Lage: nordöstlich Essingen, südwestlich Aalen

Breite: rd. 400 m

Ziel der Grünzäsur: Abgrenzung und Gliederung der stark expandierenden Siedlungsbereiche Essingen und Aalen sowie Verhinderung bandartiger Siedlungsstrukturen; Trennung Aalener und Essinger Siedlungs- und Gewerbegebiete durch Sicherung einer Grünbrücke zwischen Welland und Albtrauf mit ökologischen und kleinklimatischen Ausgleichsfunktionen sowie typischem Landschaftsbild; Erhalt landwirtschaftlicher Vorrangbereiche.

Begründung: Der landwirtschaftliche Vorrangbereich westlich Aalen mit intensiver land- und gartenbaulicher Nutzung sowie großen Grünland- und ökologisch bedeutsamen Gehölz- und Streuobstbiotopen dient als wichtiges Frischluftentstehungsgebiet und ist ein bedeutendes Bindeglied zwischen den reich strukturierten Teilen der Regionalen Grünzüge Welland und Albtrauf mit charakteristischer Ausprägung des Landschaftsbildes.

Entwicklungssachse Aalen - Ellwangen - Crailsheim

Grünzäsur 11

Lage: südlich Hüttlingen, nordöstlich Wasseralfingen/ -Hofen/ -Attenhofen

Breite: rd. 1000 m

Ziel der Grünzäsur: Abgrenzung und Gliederung der Siedlungsbereiche Wasseralfingen-Hüttlingen und Unterbrechung der bandartigen Siedlungsstruktur von Unterkochen über Aalen und Wasseralfingen bis Hüttlingen. Erhalt und Sicherung ausreichend großer, relativ unbelasteter und reich strukturierter Freiräume mit landschaftsökologischen Ausgleichsfunktionen sowie Erhalt einer wichtigen Grünbrücke des entwicklungsbandbegleitenden Regionalen Grünzugs.

Begründung: Der reich strukturierte, naturnahe Landschaftsraum zwischen Wasseralfingen und Hüttlingen mit hochwertigen Bach-, Streuobst-, Grünland- und Gehölzbiotopen erfüllt neben wichtigen ökologischen und klimatischen Ausgleichsfunktionen (Wasserschutz-, Frischluftentstehungsgebiet) auch landschaftsästhetische und damit Erholungsfunktionen (Landschaftsbild) und bildet ein Bindeglied zwischen den Regionalen Grünzügen westlich und östlich des Städtebandes Aalen/-Wasseralfingen - Hüttlingen.

Grünzäsur 12

Lage: westlich Hüttlingen, südöstlich Niederalfingen

Breite: rd. 150 - 200 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung und Abgrenzung der Siedlungsbereiche von Niederalfingen und Hüttlingen sowie Verhinderung und Unterbrechung der bandartigen Siedlungsstruktur von Unterkochen über Aalen, Wasseralfingen und Hüttlingen bis Niederalfingen. Erhalt eines relativ naturnahen Kochertalabschnitts.

Begründung: Der siedlungsarme, relativ naturnahe, landwirtschaftlich (Grünland) geprägte Kochertalabschnitt mit bewaldeten Keuperhängen und

charakteristischem Landschaftsbild soll aus ökologischen, landschaftsästhetischen und kleinklimatischen Gründen erhalten bleiben.

Grünzäsur 13

Lage: nördlich Schrezheim, südlich Rotenbach

Breite: rd. 170 m

Ziel der Grünzäsur: Abgrenzung und Gliederung der Siedlungsbereiche von Rotenbach und Schrezheim sowie Erhalt eines ausreichenden Freiraumes zwischen den Ortslagen aus ökologischen, landschaftsästhetischen und kleinklimatischen Gründen. Sicherung eines Verbindungsgliedes zu dem bis in die Talauie der Jagst reichenden Regionalen Grünzug.

Begründung: Die noch locker gegliederte Siedlungsstruktur der Orte am westlichen Jagsttalrand soll aus landschaftsgestalterischen und ökologischen Gründen erhalten bleiben.

Grünzäsur 14

Lage: nördlich Ellwangen, südlich Rindelbach, östlich Kellerhaus

Breite: rd. 500 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung und Abgrenzung der Siedlungsbereiche von Rindelbach und Ellwangen sowie Erhalt siedlungsnaher Freiräume mit Freizeit- und Erholungsfunktionen. Erhalt der Leistungsfähigkeit der Naturgüter und Sicherung kleinklimatischer Ausgleichsfunktionen.

Begründung: Die Freiflächen der noch lockeren Siedlungsstruktur nördlich von Ellwangen dienen ökologischen Ausgleichsfunktionen (Stausee, Überschwemmungsbereich der Jagsttaue, Frischluftbahn nördlich der Industrie- und Gewerbezone Ellwangens) sowie als Freizeit- und Naherholungsbereiche (Sportplätze, Freibad, Landschaftsschutzgebiet "Rinderburg" mit historisch-kulturellem Schutzzweck).

Entwicklungsachse Aalen - Bopfingen - Nördlingen**Grünzäsur 15**

Lage: nördöstlich Westhausen

Breite: rd. 200 - 300 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung und Abgrenzung der Siedlungsbereiche sowie Erhalt des im Flußregime begründeten Freiraums. Sicherung und Erhalt der Leistungsfähigkeit der Naturgüter und der charakteristischen Eigenart der Jagstae.

Begründung: Der Überschwemmungsbereich der Jagstae muß von Bebauung freibleiben; das typische Landschaftsbild mit Grünlandnutzung im Auebereich soll erhalten bleiben.

Grünzäsur 16

Lage: östlich Westerhofen, westlich Lauchheim

Breite: rd. 500 m

Ziel der Grünzäsur: Erhalt ausreichend großer, relativ unbelasteter Freiräume westlich Lauchheim aus kleinklimatischen, landschaftsökologischen und landschaftsästhetischen Gründen. Erhalt des typischen Landschaftsbildes der Jagstae und des Albtraufs um die Kapfenburg. Erhalt einer Grünbrücke zwischen den talbegleitenden Regionalen Grünzügen sowie Sicherung landwirtschaftlicher Vorrangbereiche; Sicherung eines attraktiven Erholungsbereichs durch Abgrenzung und Gliederung des Siedlungsbereichs Westerhofen/Lauchheim.

Begründung: Das charakteristische Landschaftsensemble aus Jagstae und Albtrauf mit der Kapfenburg soll als Erholungsbereich, der Bereich der Jagstae mit zahlreichen Bach- und Gehölzbiotopen soll aus landschaftsökologischen Gründen erhalten bleiben.

Grünzäsur 17

Lage: östlich Aufhausen, westlich Oberdorf

Breite: rd. 750 m

Ziel der Grünzäsur: Verhinderung bandartiger Siedlungsstrukturen von Aufhausen über Oberdorf und Bopfingen bis Trochtelfingen durch Abgrenzung und

Gliederung der Siedlungsbereiche. Sicherung einer Grünbrücke zwischen den Regionalen Grünzügen nördlich und südlich der Eger mit Erholungs- und ökologischen Ausgleichsfunktionen. Sicherung des typischen Landschaftsbildes im Albvorland und Erhalt der Eigenart der Landschaft mit ihren Feucht- und Trockenbiotopen an der Eger und auf den Zeugenbergen der Ostalb sowie eines attraktiven Erholungs- und Naherholungsbereichs.

Begründung: Die kleinklimatischen Ausgleichsfunktionen des Frischluftentstehungsgebiets westlich Oberdorf/Bopfingen sollen ebenso erhalten werden wie die Eigenart des Landschaftsbildes (kahle Heidehügel mit Felsköpfen, Albtrauf, Egerniederung) mit ihren regionalen und überregionalen Erholungsfunktionen (Landschaftsschutzgebiete).

Grünzäsur 18

Lage: östlich Bopfingen, westlich Trochtelfingen

Breite: rd. 500 m

Ziel der Grünzäsur: Abgrenzung und Gliederung eines sich von Aufhausen über Oberdorf und Bopfingen bis Trochtelfingen erstreckenden Siedlungsbandes. Erhalt einer Grünbrücke als Verbindung zwischen dem Nord- und Südteil des Regionalen Grünzuges mit den ökologischen Ausgleichsfunktionen der Egeraue und den landwirtschaftlichen Vorrangbereichen sowie der Eigenart des Landschaftsbildes.

Begründung: Der Charakter der Landschaft am Riesrand und im Albvorland im Bereich der Eger soll erhalten bleiben.

Entwicklungssachse Aalen - Heidenheim - Ulm

Grünzäsur 19

Lage: südöstlich Königsbronn, nordwestlich Itzelberg

Breite: rd. 300 m

Ziel der Grünzäsur: Verhinderung bandartiger Siedlungsstruktur durch Abgrenzung und Gliederung der Siedlungsbereiche von Königsbronn und Itzelberg. Erhalt einer Grünbrücke zwischen den brenztalbegleitenden Teilen des Regionalen Grünzuges mit einem ökologisch bedeutenden und landschaftlich attraktiven Erholungsbereich (Itzelberger See).

Begründung: Der als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesene, an ökologischen und erholungsrelevanten Elementen reiche Talabschnitt (Feucht- und Trockenbiotope wie Verlandungsbereiche, Feuchtwiesen, Wachol-

derheiden) gliedert die Siedlungsbereiche im relativ engen Brenztal auf natürliche Weise.

Grünzäsur 20

Lage: nördlich Aufhausen, südöstlich Itzelberg

Breite: rd. 1300 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung des Siedlungsbandes Königsbronn - Itzelberg - Aufhausen - Schnaitheim und Erhalt eines relativ naturnahen Brenztalabschnitts sowie Sicherung der ökologischen Ausgleichsfunktionen eines ausreichend großen Freiraums im Brenztal nördlich der Siedlungsverdichtungen von Aufhausen/Schnaitheim/Heidenheim/Mergelstetten. Erhalt einer Grünbrücke zwischen den brenztalbegleitenden Teilen des Regionalen Grünzuges Albuch und Härtsfeld mit landschaftstypischen Feucht- und Trockenbiotopen.

Begründung: Der naturnahe Brenztalabschnitt (Grünlandnutzung) nördlich Aufhausen, südöstlich Itzelberg mit floristisch und faunistisch bedeutenden Feuchtwiesen dient als ökologischer Ausgleichsraum (Wasserschutzgebiet, Frischluftentstehungsgebiet). Die Feuchtgebiete überregionaler Bedeutung sollen aufgrund des Artenreichtums als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden, Trockenbiotope sind bereits als Naturdenkmale geschützt. Die charakteristische Eigenart des Landschaftsbildes soll erhalten bleiben.

Grünzäsur 21

Lage: südlich Mergelstetten, nördlich Bolheim

Breite: rd. 150 - 250 m

Ziel der Grünzäsur: Siedlungsgliederung und Siedlungsbegrenzung innerhalb des sich von Aufhausen über Schnaitheim, Heidenheim, Mergelstetten und Bolheim bis Herbrechtingen erstreckenden Siedlungs- bzw. Industrie- und Gewerbebandes. Erhalt kleinklimatischer und ökologischer Ausgleichsfunktionen; Erhalt und Sicherung einer Grünbrücke zwischen den brenztalbegleitenden Teilen des Regionalen Grünzuges; Erhalt landwirtschaftlich genutzter Bereiche als Freiraum in der Brenzaue.

Begründung: Die einzige Unterbrechung im geschlossenen Siedlungsband des Brenztales zwischen Aufhausen und Bolheim soll aus Gründen der Siedlungsgliederung erhalten bleiben; die ökologischen Ausgleichsfunktionen der Talaue und der Hänge (Wasserschutzgebiet, Frischluftentstehungsgebiet; Waldsaum-, Hecken- und Trockenbiotope, z.B. ND bzw. LSG) sollen ebenso wie die auf große Distanz einzige Grün-

brückenfunktion zwischen den Teilen des Regionalen Grünzuges erhalten und gesichert werden.

Grünzäsur 22

Lage: östlich Herbrechtingen, westlich Giengen

Breite: rd. 400 m

Ziel der Grünzäsur: Gliederung der Siedlungsbereiche auf der Entwicklungsachse (Heidenheim -) Herbrechtingen - Giengen (- Sontheim); Erhalt und Sicherung ökologischer und kleinklimatischer Ausgleichsfunktionen; Sicherung einer Grünbrücke zwischen den brenztalbegleitenden Teilen des Regionalen Grünzuges; Erhalt landwirtschaftlich genutzter Bereiche in der Brenzaue sowie Erhalt des Landschaftsbildes.

Begründung: Die durch die Grünzäsur entstehende Grünbrücke umfaßt nicht nur ökologisch hochwertige Funktionsbereiche und Landschaftselemente mit besonders wirksamem Ausgleichspotential wie Grünlandbiotopen, Heiden, Waldränder, Wälder und Gewässer (gesichert durch Wasserschutzgebiet, ND, gepl. LSG) und somit auch Bereiche mit kleinklimatischer Ausgleichsfunktion, sondern kann auch der Entstehung bandartiger Siedlungsstrukturen auf der Entwicklungsachse wirksam begegnen sowie einen Beitrag zum Erhalt des typischen Landschaftsbildes leisten.

Kapitel 4

Infrastruktur

4. Infrastruktur

4.1 Verkehrswesen

4.1.0 Allgemeine Grundsätze

4.1.0.1 (G) Das Verkehrswegenetz und die Verkehrsbedienung der Region ist so zu gestalten und zu betreiben,

- daß alle Teilräume der Region mit ihrem Netz von Zentralen Orten und Entwicklungsachsen leistungsfähig mit den Wirtschafts- und Siedlungsschwerpunkten des Landes, des Bundes und der EU so verbunden werden, daß der Leistungsaustausch intensiviert wird und nachhaltige Standortverbesserungen für die Wirtschaft der Region erzielt werden und
- daß die Arbeitsteilung und der notwendige Leistungsaustausch innerhalb der Mittel- und Nahbereiche sowie der gesamten Region und mit den benachbarten Regionen gewährleistet wird.

4.1.1 Straßenverkehr

4.1.1.1 (G) Das Straßennetz der Region ist nach den vorhandenen und zu erwartenden Verkehrsbedürfnissen unter Berücksichtigung des Systems der Zentralen Orte und Entwicklungsachsen so zu gestalten, daß es sowohl dem großräumigen und überregionalen als auch dem regionalen und örtlichen Verkehr gerecht wird und gleichzeitig die Erreichbarkeit aller Orte der Region zu allen Jahreszeiten gewährleistet. Hierzu ist ein nach raumordnerischen Funktionen abgestuftes, regional bedeutsames Straßennetz zu verwirklichen.

Die Straßen des überörtlichen Verkehrs gliedern sich nach dem Generalverkehrsplan 1986 des Landes Baden-Württemberg in

- Verbindungen der Kategorie I, das sind Verbindungen zwischen Oberzentren und Verdichtungsräumen bzw. zwischen benachbarten Verdichtungsräumen und benachbarten Oberzentren. Sie dienen vorwiegend dem großräumigen, überregionalen Verkehr,
- Verbindungen der Kategorie II, das sind Verbindungen von Mittelzentren zum zugehörigen Oberzentrum bzw. zu benachbarten Mittelzentren, die das Hauptnetz für den vorwiegend regionalen Verkehr bilden sollen,
- Verbindungen der Kategorie III, das sind Verbindungen von Unter- und Kleinzentren zum zugehörigen Mittelzentrum sowie Verbindungen von Unter-/Kleinzentren unterein-

ander und weitere Straßen, die das Hauptnetz für den vorwiegend regionalen Verkehr ergänzen sollen,

- Verbindungen innerhalb der Nahbereiche der Zentralen Orte, das sind Verbindungen von Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion untereinander und zu den Zentralen Orten sowie von den Orten zu ihren Versorgungskernen.

Begründung:

Die Verbindungsfunktion des überörtlichen Straßennetzes leitet sich aus dem zentralörtlichen Gliederungssystem von Land und Region ab. Dabei wird entsprechend der unterschiedlichen Gewichtung der zentralen Versorgungsfunktion unterschieden nach Zentralen Orten der höheren, mittleren und unteren Stufe.

Bereits im Jahre 1975/76 hat der Regionalverband Ostwürttemberg ein sogenanntes "Regional bedeutsames Straßennetz" unter Berücksichtigung der Hierarchie der Zentralen Orte erarbeitet. Nach Vorliegen der RAL-N 1) haben alle Regionalverbände des Landes Baden-Württemberg diese Richtlinien in größerem Umfang angewandt und gemeinsam ein regional bedeutsames Straßennetz nach landes- und regionalplanerischen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung großräumiger Planungen ausgewiesen. Das Land Baden-Württemberg hat bei der Erstellung des Generalverkehrsplanes 1986 das bestehende Bundes-, Landes- und Kreisstraßennetz durch Gutachter nach den Vorgaben der RAL-N funktionell bewerten lassen und eine landesweite Kategorisierung der Straßen des überörtlichen Verkehrs in Baden-Württemberg durchgeführt, bei dem die Vorschläge der Regionalverbände weitgehend berücksichtigt wurden.

- 4.1.1.2 (G)** Durch verkehrsgerechten Ausbau der in der Raumnutzungskarte dargestellten Straßen für den großräumigen und überregionalen Fernverkehr (Kategorie I nach GVP 86)) sind leistungsfähige Verbindungen der Region mit den Wirtschafts- und Siedlungsschwerpunkten des Landes, des Bundes und der EU zu schaffen, mit dem Ziel, die Standortvoraussetzungen der gesamten Region zu verbessern.

1) Richtlinien für den Ausbau von Straßen
- Netzgestaltung -

- 4.1.1.3 (N)** Aus dem Generalverkehrsplan 86 des Landes Baden-Württemberg werden die Bundesautobahn **A 7**, die **B 29** und die **B 297** als Bestandteil des Straßennetzes für den großräumigen und überregionalen Verkehr (Kategorie I) übernommen.
- 4.1.1.4 (Z)** Die in der Raumnutzungskarte dargestellte Trasse der **B 29**, die von Schwäbisch Gmünd bis Aalen als zweibahnige und weiter bis Nördlingen als einbahnige Straße unter Umgehung der bebauten Ortsteile ausgebaut werden soll, um so in ihrer Leistungsfähigkeit und Qualität verbessert zu werden, ist zu sichern.

Begründung:

Die Bundesautobahn A 7 ist die Hapterschließungsstraße der Region in Nord-Süd-Richtung. Sie ist seit Ende der 80er Jahre mit allen Anschlüssen durchgehend ausgebaut.

Die B 29 ist die wichtigste Ost-West-Verbindung der Region. Sie stellt den Anschluß der gesamten Region an den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Landes, die Region Stuttgart und Landeshauptstadt Stuttgart dar und dient gleichzeitig dem Leistungsaustausch innerhalb der Region im Zuge der Entwicklungsachse Schorndorf - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Bopfingen - Nördlingen. Über den Anschluß an die Bundesautobahn A 7 Ulm - Würzburg bei Westhausen werden weite Teile der Region leistungsfähig an die Bundesautobahn und damit an das Bundesfernstraßennetz angeschlossen.

Trassenführung und Leistungsfähigkeit der B 29 entsprechen mit ihren vielen Ortsdurchfahrten schon lange nicht mehr den Anforderungen des Verkehrs. Im Zuge der B 29 müssen daher folgende Straßenbaumaßnahmen durchgeführt werden:

Zweibahnige Umgehung Schorndorf (außerhalb der Region Ostwürttemberg, derzeit im Bau), der Tunnel in Tallage von Schwäbisch Gmünd, zweibahniger Ausbau zwischen Schwäbisch Gmünd und Aalen unter Umgehung von Böbingen (Trog oder Tunnel) und Mögglingen, Bau der Westumgehung von Aalen, Bau der Ortsumgehungen von Trochtelfingen und Pflaumloch, Ausbau des Teilabschnitts Lauchheim-Aufhausen und Verbesserung der örtlichen Anschlüsse von Westhausen-Reichenbach.

- 4.1.1.5 (V)** Zur Verbesserung der Verbindung des Remstales und der B 29 mit dem Wirtschaftsraum Göppingen und dem Filstal (B 10) wird die Planung und der Bau einer neuen Trasse der **B 297** von der B 29 Anschlußstelle Muckensee direkt zur bestehenden Trasse der B 297 bei Unter-/Oberkirneck vorgeschlagen.

Begründung:

Die B 297 stellt die direkte Verbindung des Mittelzentrums Göppingen mit dem Mittelzentrum Schwäbisch Gmünd dar und verbindet gleichzeitig das hochindustrialisierte Filstal mit dem Remstal und weiter über die B 29 mit der Autobahn A 7.

Ursprünglich war für die Verknüpfung der B 297 mit der B 29 eine vollständig neue Trasse östlich der bestehenden B 297 durch das Beutental mit einem eigenen Anschluß an die B 29 bei den "Reichenhöfen" vorgesehen. Im Rahmen der Planfeststellung für die B 29 wurde diese Planung ersatzlos gestrichen. Seitdem verläuft die B 297 sehr umwegig durch Wohngebiete und die gesamte Innenstadt von Lorch zur Anschlußstelle Muckensee. Die hiermit verbundene starke Verkehrsgefährdung und starke Lärm- und Abgasbelastung der Lorch Bevölkerung ist auf Dauer nicht zumutbar. Daher sollte eine neue Trasse entwickelt werden, die die B 297 auf kurzem Weg an die B 29 über die Anschlußstelle Muckensee anbindet.

- 4.1.1.6 (G)** Durch verkehrsgerechten Ausbau der Straßen für den regionalen und überregionalen Hauptverkehr (Kategorie II nach GVP 86) ist die leistungsfähige Verbindung der Mittelzentren innerhalb und mit den Ober- und Mittelzentren der angrenzenden Regionen zu gewährleisten.

Begründung:

Durch das überregionale Hauptverkehrsstraßennetz sollen die Mittelzentren der Region untereinander und mit den Mittelzentren bzw. den Oberzentren der angrenzenden Regionen verbunden werden. Dieses Straßennetz hat darüber hinaus die Aufgabe, alle Teile der Region durch ein relativ engmaschiges Netz leistungsfähig an das großräumige und überregionale Fernverkehrsstraßennetz anzuschließen.

- 4.1.1.7 (N)** Aus dem Generalverkehrsplan des Landes werden folgende Straßen als Bestandteil der Straßen für den regionalen und überregionalen Hauptverkehr (Kategorie II nach GVP 86) übernommen:

B 19	Gaildorf - Aalen - Heidenheim - Herbrechtingen
B 290	Aalen - Ellwangen - Crailsheim
B 298	Schwäbisch Gmünd - Mutlangen - Gschwend - Gaildorf
B 466	Göppingen - Heidenheim mit Anschluß A 7 - Neresheim - Nördlingen

B 19/B 492/ Heidenheim - Herbrechtingen - A 7 - Dillingen - Lauingen
L 1167

L 1060 Ellwangen - Obersontheim - Schwäbisch Hall

L 1060 Ellwangen - A 7 Neunstadt

L 1080 Gschwend - Welzheim

L 1084/ Unter-/Oberkochen - A 7 Ebnat (neuer Alaufstieg ggfs.
L 2033 B 19 a) - Neresheim - Dischingen - Dillingen/Lauingen

L 1165/ Essingen - Bartholomä - Böhmenkirch - Geislingen
L 1221

L 1160 Schwäbisch Gmünd - Geislingen

L 2220 Ellwangen - Dinkelsbühl

- 4.1.1.8 (V)** Es wird vorgeschlagen, bei der Fortschreibung des Generalverkehrsplanes folgende Straßenzüge in die Kategorie II "Straßen für den regionalen und überregionalen Verkehr" zu übernehmen:

**B 16/L 1167/L 1170 Dillingen/Lauingen - Gundelfingen - Sontheim -
Niederstotzingen - Ulm**

Begründung:

Dieser Straßenzug stellt die direkte Verbindung der Mittelzentren Dillingen/Lauingen mit dem Oberzentrum Ulm dar und bindet die Räume Gundelfingen, Niederstotzingen, Sontheim an die genannten Zentralen Orten an.

L 1060 A 7 - Bopfingen - Wallerstein - Nördlingen

Begründung:

Dieser Straßenzug stellt die direkte Verbindung vom Mittelzentrum Ellwangen zum bayerischen Mittelzentrum Nördlingen dar und verbindet den Raum Röhlingen/Unterschneidheim und weite Teile von Bopfingen mit diesen Mittelzentren.

L 1075 Schwäbisch Gmünd - Abtsgmünd - Ellwangen

Begründung:

Dieser Straßenzug stellt die direkte Verbindung der Mittelzentren Schwäbisch Gmünd und Ellwangen dar und verbindet gleichzeitig die Nahbereiche der Kleinzentren Leinzell und Abtsgmünd sowie den Raum Neuler mit diesen Mittelzentren.

L 1075 Schwäbisch Gmünd - Göppingen

Begründung:

Dieser Straßenzug stellt die direkte Verbindung der Mittelzentren Schwäbisch Gmünd und Göppingen dar und verbindet den Raum Hohenstaufen, Wäschenbeuren, Maitis und Lenglingen mit den genannten Mittelzentren.

L 1079/L 1167 Herbrechtingen - Ulm

Begründung:

Dieser Straßenzug stellt die direkte Verlängerung der in Kategorie II befindlichen B 19 Aalen - Heidenheim - Herbrechtingen in Richtung Ulm dar.

L 1080 Aalen - A7 / Waldhausen

Begründung:

Dieser Straßenzug stellt eine wichtige Verbindung des Mittelzentrums Aalen zur Autobahnanschlußstelle A 7 dar.

L 1159 Schwäbisch Gmünd - Donzdorf - Göppingen

Begründung:

Dieser Straßenzug stellt eine wichtige Verbindung vom Mittelzentrum Schwäbisch Gmünd nach Göppingen dar.

L 1161/1162/1165/1163 Schwäbisch Gmünd - Heubach - Heidenheim

Begründung:

Dieser Straßenzug stellt die direkte Verbindung der Mittelzentren Schwäbisch Gmünd und Heidenheim dar und verbindet die Nahbereiche des Unterzentrums Heubach und Kleinzentrums Steinheim mit den beiden Mittelzentren.

- 4.1.1.9 (Z)** Folgende in der Raumnutzungskarte dargestellten Neutrassierungen von Straßen für den regionalen und überregionalen Hauptverkehr (Kategorie II nach GVP 86) sind für einen verkehrsgerechten Ausbau zu sichern.

B 19 Teilumgehung Untergröningen

Begründung:

Die derzeitige Ortsdurchfahrt von Untergröningen ist sehr kurvig und stellt wegen ihrer Unübersichtlichkeit eine unzumutbar hohe Verkehrsgefährdung für die Bevölkerung dar.

B 298 Umgehung Mutlangen

Begründung:

Die B 298 bindet den Raum Schwäbisch Hall, Gaildorf, Gschwend, Spraitbach und Durlangen an das Mittelzentrum Schwäbisch Gmünd an. Der starke Verkehr im Zuge dieser Straße wird in Mutlangen noch durch den Verkehr aus dem Raum Lindach, Leinzell, Täferrot und Ruppertshofen verstärkt. Die derzeitige Verkehrsbelastung von 12.600 KFZ pro Tag im Ortskern stellt eine unzumutbare Lärm- und Abgasbelastung sowie eine hohe Verkehrsgefährdung der Bevölkerung dar und verhindert darüber hinaus städtebauliche Entwicklungen im Ortskern des Kleinzentrums Mutlangen.

B 19/B 492/L 1167 Grundwegtrasse in Herbrechtingen, Umgehung Hermaringen, Umgehung Brenz

Begründung:

Der Straßenzug B 19/B 492/L 1167 stellt die direkte Verbindung des Mittelzentrums Heidenheim mit dem bayerischen Mittelzentrum Dillingen/Lauingen dar. Durch Verknüpfung mit der Bundesautobahn A 7 bei Giengen wird der gesamte Raum zwischen den genannten Mittelzentren an das Bundesfernstraßennetz angeschlossen. Zur weiteren Verbesserung des Leistungsaustausches zwischen den beiden genannten Mittelzentren und ihren Mittelbereichen und ihrer leistungsfähigen Anbindung an die A 7, insbesondere aber auch zur Verkehrsentlastung der unzumutbar stark belasteten Ortsdurchfahrten von Herbrechtingen, Hermaringen und Brenz müssen dringend die sogenannte Grundwegtrasse in Herbrechtingen, die Umgehung Hermaringen und die Umgehung Brenz gebaut werden.

L 2220 Ausbau Ellenberg - Aumühle - Landesgrenze**Begründung:**

Insbesondere die Trassenführung bei der Aumühle stellt einen Gefahrenpunkt im Zuge der L 2220 dar, der dringend beseitigt werden muß.

- 4.1.1.10 (V)** Es wird vorgeschlagen, für folgende Straßen- bzw. Straßenabschnitte der Straßen für den regionalen und überregionalen Hauptverkehr (Kategorie II nach GVP 86) neue Trassen zu planen und verkehrsgerecht auszubauen:

B 290 Neutrassierung der Ortsdurchfahrt von Jagstzell**Begründung:**

Die Gemeinde Jagstzell hat über einen Bürgerentscheid eine mit den Trägern öffentlicher Belange weitgehend abgestimmte Neutrassierung im Ortsinnern abgelehnt. Da die derzeitige Ortsdurchfahrt den Anforderungen des modernen Verkehrs nicht gerecht wird, muß eine neue Trasse mit einer für den allgemeinen Verkehr ausreichenden Durchfahrtshöhe der Bahnunterführung (> 4,70 m) entwickelt werden.

**Neutrassierung der L 1084 Unter-/Oberkochen - Autobahn A 7 (Ebnet)
Neuer Alaufstieg (B 29 a)****Begründung:**

Die L 1084 stellt die direkte Verbindung von der B 19 im stark industrialisierten Kocher-Brenz-Tal mit dem Härtsfeld und über die Autobahnanschlusstelle Aalen/Oberkochen mit der Bundesautobahn A 7 dar. Wegen der zu hohen Steigungen, enger Kurvenradien und insbesondere wegen der nicht verkehrsgerechten Ortsdurchfahrt von Unterkochen hat die Straßenbauverwaltung nach eingehender Erörterung mehrerer Trassenvarianten die sogenannte Variante 6 f in ihr Straßennetzkonzept übernommen. Diese neue Trasse ist aus Gründen des Landschafts- und Naturschutzes wohl kaum noch durchsetzbar. Eine neue Trasse möglichst in engerer Anlehnung an die bestehende Landesstraße sollte daher untersucht werden.

- 4.1.1.11 (G)** Der Leistungsaustausch innerhalb und zwischen den Mittelbereichen der Region soll durch verkehrsgerechten Ausbau der in der Raumnutzungskarte dargestellten Straßen für den regionalen Verkehr innerhalb und zwischen den Mittelbereichen (Kategorie III nach GVP 86) gesichert werden.

- 4.1.1.12 (V)** Hierzu sollen die in der Raumnutzungskarte dargestellten Neutrassierungen bzw. Ortsumgehungen von Straßen für den regionalen Verkehr innerhalb und zwischen den Mittelbereichen (Kategorie III nach GVP 86) bei der örtlichen Bauleitplanung beachtet werden.

Begründung:

Das regionale Straßennetz der Kategorie III nach GVP 86 besteht aus der direkten Verbindung der Klein- und Unterzentren mit den Mittelzentren innerhalb des jeweiligen Mittelbereiches und im Grenzbereich der Mittelbereiche auch zu den Mittelzentren der Nachbarbereiche sowie aus den direkten Verbindungen aller zentralen Orte miteinander. Es erschließt relativ engmaschig auch den ländlichen Raum und ist - verknüpft mit dem höherwertigen Straßennetz - wesentliche Voraussetzung für eine schwerpunktmäßige Siedlungsentwicklung in den Zentralen Orten abseits der Entwicklungsachsen. Erst der verkehrsgerechte Ausbau dieses Straßennetzes und seine Verknüpfung mit dem höherwertigen Verkehrsnetz verbessert die Standortvoraussetzungen der kleinen Zentralen Orte im ländlichen Raum, so daß im wirtschaftlichen Bereich unternehmerische Entscheidungen zugunsten dieser Orte gefällt werden.

- 4.1.1.13 (G)** Der Leistungsaustausch innerhalb der Nahbereiche, d.h. die Erreichbarkeit aller Orte und Teilorte soll auf zweckmäßig ausgebauten Straßen (i.d.R. Kreis- und Gemeindeverbindungsstraßen) zu allen Jahreszeiten gesichert werden.

Begründung:

Durch das örtliche Straßennetz werden sämtliche Gemeinden und Teilorte miteinander verbunden. Nur durch ausreichend gute Verkehrsqualitäten für den gesamten Raum kann eine weitere Standortverbesserung aller Teile der Region und damit ein erfolgreiches Konkurreren mit anderen Wirtschaftsräumen erreicht werden.

- 4.1.1.14 (V)** Folgende in der Raumnutzungskarte dargestellten höhengleichen Eisenbahnkreuzungen im Zuge von klassifizierten Straßen sollen vordringlich beseitigt werden:

L 1029	Westhausen-Frankenreute
L 1070	Bopfingen
L 1075	Schrezheim
L 1083	Giengen
L 1164	Gussenstadt
L 1164	Gerstetten

L 1165	Gerstetten
L 1167	Hermaringen
L 1168	Niederstotzingen
L 1170	Sontheim/Brenz
K 3228	Rindelbach
K 3266	Hussenhofen
K 3286	Aalen
K 3315	Trochtelfingen
K 3319	Westhausen
K 3333	Schrezheim

Begründung:

Höhengleiche Eisenbahnübergänge behindern den Verkehrsfluß erheblich und stellen eine hohe Verkehrsgefährdung dar. Ihr kreuzungsfreier Ausbau ist deshalb vor allem an den vielbefahrenen Strecken vordringlich.

4.1.2 Schienenverkehr

4.1.2.1 (G) Das Schienennetz soll nach den Bedürfnissen des Verkehrs und dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend so weiterentwickelt werden, daß es sowohl den Belangen des großräumigen überregionalen Verkehrs als auch dem Bedarf der Region als eigenständigem Lebens- und Wirtschaftsraum gerecht wird und einen spürbaren Beitrag zur Entlastung des Straßenverkehrs leisten kann.

4.1.2.2 (V) Zur Verbesserung und Ergänzung des heute bestehenden großräumigen und überregionalen Angebotes im Schienenpersonenverkehr wird die Verlängerung der Interregiolinie Karlsruhe - Stuttgart - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Nürnberg nach Leipzig - Berlin bzw. Dresden und die Einrichtung zusätzlicher Interregiolinien von Stuttgart über Aalen nach München und von Friedrichshafen über Ulm - Heidenheim - Aalen in Richtung Berlin, Dresden oder Leipzig oder Heilbronn - Heidelberg vorgeschlagen.

Begründung:

Durch die Öffnung der Grenzen zu den fünf neuen Bundesländern und den osteuropäischen Staaten haben sich die Verkehrsbeziehungen aus der Region Ostwürttemberg und ganz Baden-Württemberg entscheidend geändert. Die Verlängerung der bestehenden Interregiolinie Karlsruhe - Stuttgart - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Nürnberg nach Leipzig - Berlin bzw. Dresden und die Einrichtung o.g. zusätzlicher Interregiolinien soll die sich hieraus ergebende neue Nachfrage befrie-

digen. Daher sollten die nach dem Konzept des Integralen Taktfahrplanes auf Rems-, Eger- und Brenz-/Jagstbahn vorgesehenen Regional-expreßlinien möglichst als Interregiolinien eingeführt werden.

- 4.1.2.3 (V)** Zur Verbesserung und Ergänzung der regionalen Schienenverkehrserschließung wird die möglichst baldige Einführung des Integralen Taktfahrplanes auf allen Schienenstrecken der Region vorgeschlagen.

Begründung:

Durch Einführung des ITF wird die bereits jetzt gute Schienenverkehrserschließung der Region Ostwürttemberg weiter verbessert. Von besonderer Bedeutung ist die vorgesehene Angebotsergänzung durch Einführung neuer RE-Verbindungen

Stuttgart - Aalen - Donauwörth im Zweistudentakt, die mit dem Interregio Stuttgart - Aalen - Nürnberg im Abschnitt Stuttgart - Aalen einen Einstudentakt bildet und

zwei zusätzliche im Abschnitt Ulm - Crailsheim im Einstudentakt verkehrende RE-Verbindungen Sigmaringen - Ulm - Aalen - Crailsheim mit Weiterführung in Richtung Würzburg bzw. Heilbronn - Heidelberg.

- 4.1.2.4 (V)** Durch Einsatz moderner Fahrzeuge, insbesondere von Neitec-Fahrzeugen auf der kurvenreichen Jagst-/Brenzbahn und Egerbahn und Modernisierung der Bahnhöfe und Bahnhofsvorplätze ist die Attraktivität des Schienenpersonenverkehrs weiter zu steigern.

- 4.1.2.5 (Z)** *Als Voraussetzung für die Verbesserung bzw. Ergänzung des heute bestehenden Angebotes im großräumigen und überregionalen Schienenverkehr nach Plansatz 4.1.2.2 und 4.1.2.3 sind*

- *die Strecken (Friedrichshafen) - Ulm - Heidenheim - Aalen - Ellwangen - (Crailsheim) und*

- *Aalen - Bopfingen - (Nördlingen)*

durch zweigleisigen Ausbau und

- *die Strecke Ulm - Heidenheim - Aalen*

durch Elektrifizierung

in ihrer Leistungsfähigkeit und Qualität zu verbessern.*

**) von der Verbindlichkeit ausgenommen.*

- 4.1.2.6 (Z)** Hierfür sind die in der Raumnutzungskarte dargestellten Trassenverbreiterungen zu sichern.

Begründung:

Durch die Einführung der Regionalschnellbahn Stuttgart - Aalen teilweise bis Ellwangen im verdichteten Stundentakt, die Einrichtung des Eilzugstundentaktes zwischen Ulm - Heidenheim und Aalen mit Verlängerung im Zweistundentakt über Aalen hinaus nach Ellwangen - Crailsheim bzw. Bopfingen - Nördlingen - Donauwörth sowie der Einführung des Interregioverkehrs Stuttgart - Aalen - Nürnberg ist die Grenze der Leistungsfähigkeit unseres regionalen Schienennetzes inzwischen teilweise erreicht. Für weitere von der Region dringend geforderte Verbesserungen wie die Einführung des Integralen Taktfahrplanes, zusätzlicher Interregiolinien Stuttgart - Aalen - München und Friedrichshafen - Ulm - Heidenheim - Aalen in Richtung Berlin, Dresden oder Leipzig, aber auch für eine Steigerung und Verbesserung des Schienengüterverkehrs, ist dringend der Ausbau o.g. Schienenstrecken erforderlich.

Bei der Planung des Integralen Taktfahrplanes auf der Brenzbahn hat sich deutlich gezeigt, daß der Integrale Taktfahrplan nur dann zu einer weiteren Verbesserung der Schienenverkehrserschließung führt, wenn zuvor die Brenzbahn zumindest stufenweise zweigleisig ausgebaut wird.

- 4.1.2.7 (Z)** Die in der Raumnutzungskarte dargestellten bestehenden Trassen von Schienenstrecken privater Eisenbahngesellschaften Amstetten - Gerstetten und Untergröningen - Gaildorf in der Region sind zu sichern.

- 4.1.2.8 (V)** Zur möglichst weitgehenden Verlagerung des Massen- und Schwerguttransports von der Straße auf die Schiene wird für die Region Ostwürttemberg die Planung und Einrichtung von Container-Bahnhöfen und Güterverkehrszentren in Form von Sekundärterminals im Raum Aalen (Goldshöfe oder Firma Trost, Essingen) vorgeschlagen.
Sie sind leistungsfähig mit den Hochgeschwindigkeitsstrecken der DB AG und den größeren Güterverkehrszentren zu verbinden.

Begründung:

Nach Einführung des EG-Binnenmarktes werden sich insbesondere die Güterverkehrsströme innerhalb und durch die Bundesrepublik stark vergrößern. Diese Verkehrsströme können von der bestehenden Verkehrsinfrastruktur nur bewältigt werden, wenn mehr Güter auf die

Schiene kommen. Containerbahnhöfe und Güterverkehrszentren mit Umladevorrichtungen und Schienenfahrzeuge könnten hierzu einen wirksamen Beitrag leisten. Außerdem könnte durch die Zusammenarbeit von Speditionen in Güterverkehrszentren bzw. in den kleineren Sekundärterminals eine Entlastung des örtlichen Straßennetzes, insbesondere aber der Ortskerne der Städte und Gemeinden, erreicht werden.

4.1.3 Öffentlicher Personennahverkehr

4.1.3.1 (G) Für die gesamte Region Ostwürttemberg ist unter Berücksichtigung des zentralörtlichen Systems ein integriertes, möglichst vertaktetes und mit dem Integralen Taktfahrplan der Bahn abgestimmtes ÖPNV-System anzustreben, das Bahn, Linienbus und kleinere Transporteinheiten wie Linientaxis umfaßt und möglichst alle Orte bedarfsgerecht an die Zentren des jeweiligen Nahverkehrsraumes anschließt, sowie leistungsfähige, schnelle Verbindungen zwischen den wirtschaftlichen und bevölkerungsstarken Zentren der Region und ihrer Nachbarräume gewährleistet.

4.1.3.2 (G) Liniennetz und Fahrpläne von Bahnen und Linienbussen sowie der kleineren Transporteinheiten sind so aufeinander abzustimmen, daß Parallelverkehre und Bedienungsverbote vermieden und möglichst kurze Fahrzeiten ohne lange Umsteigezeiten erreicht werden.

Begründung:

Der Individualverkehr hat gerade im ländlichen Raum mit seinen geringen Verdichtungen der Wohn- und Arbeitsstätten und seinen vielfältigen Zielpunkten gegenüber dem öffentlichen Personennahverkehr häufig einen natürlichen Vorteil. Dennoch ist auch im ländlichen Raum eine Grundversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sicherzustellen, da auch in Zukunft große Teile unserer Bevölkerung, insbesondere Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, aber auch viele Ältere und auch Haushalte ohne Zweit- und Drittwagen, auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind. Darüber hinaus muß durch einen möglichst attraktiv gestalteten öffentlichen Personennahverkehr die Benutzung des PKW auf ein sinnvolles Maß reduziert werden, um damit seine Umweltbelastungen zu minimieren.

Der Landkreis Heidenheim hat im Zusammenhang mit dem Konkurs des Omnibusunternehmens Wahl & Söhne KG im Jahr 1987 gemeinsam mit der "Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft mbH, Stuttgart" die Heidenheimer Verkehrsgesellschaft (HVG) gegründet, von der mehr als 60 % des öffentlichen Personennahverkehrs im

Landkreis Heidenheim durchgeführt wird. Mit einer 25,17 %igen Beteiligung an der HVG und über die im Gesellschaftsvertrag festgelegten Aufgaben hat sich der Landkreis Heidenheim ein wirksames Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht gesichert über

- die Festlegung und Änderung der Verkehrslinien sowie des Verkehrsangebotes,
- den Erwerb, Aufgabe oder Übertragung von Verkehrskonzessionen und
- die Festlegung der Beförderungstarife und Beförderungsbedingungen.

Mittlerweile wurden im Landkreis Heidenheim die Bedienungsverbote abgebaut und für den Linienverkehr der HVG wird inzwischen ein Umweltticket angeboten.

Weitere Verbesserungen erhofft sich der Landkreis durch Integration der RBS-Linien in die Gesellschaft oder in einen gemeinsamen Verkehrsverbund unter Einbeziehung aller ÖPNV-Verkehrsträger des Landkreises Heidenheim.

Nach Gründung der beiden Verkehrsgemeinschaften Aalen und Schwäbisch Gmünd will der Ostalbkreis zukünftig Verbesserungen im ÖPNV durch noch engere Kooperation zwischen den Verkehrsunternehmen erreichen. Voraussetzung hierfür ist z.B. im Raum Ellwangen die Erstellung eines neuen ÖPNV-Konzeptes unter besonderer Berücksichtigung der dortigen Probleme in der Schülerbeförderung. Finanzielle Anreize zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV gibt der Ostalbkreis im tariflichen Bereich (z.B. Übergangstarif, rabattierte Mehrfahrtenkarten), aber auch auf der Angebotsseite (z.B. Linientaxis, Verlagerung von Linienfahrten im ländlichen Raum).

Weitere Verbesserungen werden von beiden Landkreisen in den nach dem ÖPNV-Gesetz vorgeschriebenen Nahverkehrsplänen der Landkreise erarbeitet.

- 4.1.3.3 (V)** Es wird vorgeschlagen, den betreffenden Landkreisen die Verfügungsmöglichkeit über die Linienkonzessionen der Bahnbusgesellschaften zu geben. Mit Hilfe dieser eigenen Linienkonzessionen sollten die Landkreise gemeinsam mit den örtlichen Linienbusunternehmen für jeden Nahverkehrsraum neue Liniennetz- und Betriebskonzeptionen erarbeiten mit dem Ziel, Parallelverkehre und Bedienungsverbote abzubauen.

Begründung:

Das Durchsetzen von Verbesserungsvorschlägen für den ÖPNV, wie die Aufhebung von Parallelverkehren und Bedienungsverböten, scheiterte in der Vergangenheit häufig daran, daß kein Linienbusunternehmer auf Rechte aus seinen Linienkonzessionen verzichten wollte und der Landkreis keine eigenen Linienkonzessionen als Tauschobjekt in die Verhandlungen einbringen konnte. Die Folge davon war, daß der Landkreis Verbesserungen nur durch entsprechende Ausgleichszahlungen erreichen konnte. Durch Erwerb der Linienkonzessionen der Bahnbusgesellschaften erhielten die Landkreise endlich den Gestaltungsspielraum, der ihnen bisher fehlt.

Sie könnten nun gemeinsam mit den Linienbusunternehmen, unter Mitwirkung der Nahverkehrskommissionen, für jeden Nahverkehrsraum (Mittelbereich) ein Gesamtkonzept für den öffentlichen Personennahverkehr mit einer Neustrukturierung des Liniennetzes, Überarbeitung der Fahrpläne und neuer Festlegung der Tarife erarbeiten und mit Hilfe der eigenen Liniennetzkonzessionen auf dem Verhandlungswege durchsetzen. Hierdurch könnten auch vom Landkreis bezuschusste Tarifgemeinschaften überflüssig gemacht und Ausgleichszahlungen vermieden werden.

Nach Vorliegen eines neuen, abgestimmten Nahverkehrskonzeptes für die Gesamtregion sollte der ÖPNV auf dem flurbereinigten Netz von den örtlichen, privaten Linienbusunternehmen durchgeführt werden.

4.1.3.4 (V) Es wird vorgeschlagen, zur besseren Verknüpfung des öffentlichen Linienbusverkehrs mit dem Schienenpersonenverkehr gute Übergänge zwischen Eisenbahn und öffentlichen Linienbussen zu schaffen. Dazu sind Busbahnhöfe in Aalen, Bopfingen und Ellwangen verkehrsgerecht auszubauen.

4.1.3.5 (V) Es wird vorgeschlagen, zur besseren Verknüpfung des Schienenpersonenverkehrs mit dem Individualverkehr weitere Park-and-Ride-Plätze in Aalen, Bopfingen, Ellwangen, Oberkochen, Königsbronn, Herbrechtingen, Niederstotzingen, Sontheim, Giengen, Lorch, Mögglingen, Böbingen und Goldshöfe bereitzustellen und verkehrsgerecht an die Bahnhöfe anzuschließen.

Begründung:

Die Attraktivität des gebrochenen Personenverkehrs und damit die Entlastung des Straßenverkehrs vom Individualverkehr hängt wesentlich von der Ausgestaltung der Umsteigehaltestellen und der Anzahl und Lage der Park-and-Ride-Plätze ab. Eine Verringerung des Individualverkehrs durch administrative Maßnahmen ist nur durch Bereit-

stellung zusätzlicher Park-and-Ride-Plätze außerhalb unserer Städte und außerhalb der Verdichtungsgebiete vertretbar.

- 4.1.3.6 (G)** Es ist anzustreben, die Beförderungstarife und Beförderungsbedingungen sowie die Informationen über das Verkehrsangebot des Öffentlichen Personennahverkehrs so zu gestalten, daß eine wirkungsvolle Alternative zum Individualverkehr entsteht.

4.1.4 Luftverkehr

- 4.1.4.1 (G)** Die Luftverkehrsverbindungen sind so zu verbessern und auszubauen, daß die Region für den Luftverkehr bedarfsgerecht erschlossen wird.

Hierzu sind die bestehenden Verkehrslandeplätze

- Elchingen für den Raum Aalen - Heidenheim
- Heubach für den Raum Schwäbisch Gmünd
- Giengen für den Raum Giengen - Niederstotzingen - Sontheim

so auszubauen bzw. zu erweitern, daß sie den Anforderungen des modernen Flugverkehrs genügen.

Begründung:

Bei der starken Entwicklung des Luftverkehrs muß außer dem Verkehrsflughafen Stuttgart eine ausreichende Zahl gut erreichbarer und leistungsfähiger Verkehrslandeplätze vorgesehen werden, von denen aus Flüge zu anderen Flugplätzen im benachbarten Ausland möglich sind.

Verkehrslandeplätze sind neben den Flughäfen ein wichtiger Bestandteil des Luftverkehrsnetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie dienen dem Luftverkehr außerhalb des großräumigen Linien- und Gelegenheitsverkehrs der Luftverkehrsgesellschaften. Dazu gehören insbesondere die Arbeitsluftfahrt (z.B. der Einsatz von Luftfahrzeugen zu land- und forstwirtschaftlichen Zwecken), der gewerbliche Gelegenheitsverkehr sowie der Geschäfts-, Reise- und Sportflugverkehr.

- 4.1.4.2 (G)** Die bestehenden Sonderlandeplätze und Segelflugplätze sind weiterhin zur Verfügung zu halten.

Begründung:

Für die allgemeine Luftfahrt, insbesondere den Sportluftverkehr, sind der Fortbestand des Sonderlandeplatzes Gerstetten sowie die Segelfluggelände Bartholomä-Amalienhof, Hornberg, Neresheim, Röhlingen und Schafhalde (Steinheim) von Bedeutung.

4.1.5 Post- und Fernmeldewesen

- 4.1.5.1 (G)** Die Post- und Fernmeldedienste sind entsprechend den wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft weiter zu entwickeln. Insbesondere müssen alle Möglichkeiten der Telekommunikation in allen Teilen der Region angeboten werden. Alle Post- und Fernmeldedienste müssen daher flächendeckend angeboten werden. Die hierzu erforderliche Infrastruktur soll möglichst gebündelt ausgebaut werden, um Flächeninanspruchnahmen zu mindern und Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes zu minimieren.

Begründung:

Die Bedeutung und die Vielfalt der Möglichkeiten der Telekommunikation werden in Zukunft weiter zunehmen, ihre Bedeutung für Wirtschaft und Bevölkerung wachsen.

- 4.1.5.2 (G)** In den Bauleitplänen sind die Richtfunkstrecken der Deutschen Telecom AG (siehe Karte "Richtfunkstrecken") und der übrigen Bedarfsträger wie Bundeswehr, Deutsche Bahn AG, Polizei, zivile Verteidigung, Rundfunkanstalten und Elektrizitätsversorgungsunternehmen zu berücksichtigen.

Begründung:

Die für die Richtfunkverbindungen verwendeten Frequenzen breiten sich im zwischen der Sende- und Empfangsantenne liegenden Funkfeld geradlinig aus. Eine Richtfunklinie kann daher nur dann einwandfrei betrieben werden, wenn zwischen den Richtfunksendern und Richtfunkempfängern quasioptische Sicht besteht, d.h., wenn ein die Sichtlinie umgebender Raum, die sog. Fresnelzone, frei von Hindernissen ist.

Die Baubeschränkungszone verläuft längs der von den Antennen gebildeten Sichtlinie eines jeden Funkfeldes bis zu einem Abstand von 100 m rings um diese Sichtlinie.

Im Rahmen der Bauleitplanung ist daher eine Abstimmung mit der Deutschen Telekom AG erforderlich.

4.1.6 Rohrleitungsverkehr

4.1.6.1 (G) Die in der Raumnutzungskarte dargestellte

- TAL-Ölpipeline Nördlingen - Bopfingen, Aalen/Dewangen, Schwäbisch Gmünd - Lindach - Alfdorf und
- Produktenpipeline Lorch - Dewangen - Lauchheim - Richtung Nördlingen bzw. Lauingen/Donau

sind bei allen raumbedeutsamen Planungen zu berücksichtigen und zu schützen, ihr gefahrloser Betrieb ist sicherzustellen.

4.2 Energieversorgung

4.2.0 Allgemeines Entwicklungsziel

4.2.0.1 (G) Die Energieversorgung der Region soll so gestaltet und ausgebaut werden, daß

- der Bevölkerung und der Wirtschaft in allen Teilen der Region ein ausreichendes, langfristig gesichertes, möglichst vielfältiges und umweltfreundliches Energieangebot zu angemessenen Preisen zur Verfügung steht
- die angestrebte Entwicklung der Region insgesamt gefördert wird, wobei insbesondere die Standortvoraussetzungen in den Entwicklungsachsen und in den Zentralen Orten zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verbessert werden
- erneuerbare Energiequellen und die Kraft-Wärmekoppelung verstärkt genutzt werden.

4.2.0.2 (G) Wo es möglich ist, soll durch eine unterirdische Führung (Verkabelung) sowie eine Bündelung der erforderlichen Leitungstrassen eine umweltfreundliche Führung erreicht werden.

4.2.1 Elektrizitätsversorgung

4.2.1.1 (G) Die Elektrizitätsversorgung der Haushalte und der gewerblichen Wirtschaft ist durch Ausbau des Versorgungsnetzes aber auch durch verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen und durch Kraft-Wärmekoppelung, entsprechend der zu erwartenden Bedarfszunahmen, sicherzustellen.

4.2.1.2 (V) Für alle Neutrassierungen von Stromleitungen in der Region wird vorgeschlagen, daß

- neue überregionale Höchstspannungsleitungen (Transitleitungen) das Gebiet der Region Ostwürttemberg meiden;
- bei notwendigen Erhöhungen der Zuführungskapazitäten vorrangig bestehende Leitungen und Trassen ausgebaut werden;
- unvermeidbare neue Stromleitungen unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte des Umweltschutzes sowie der Versorgungs- und Betriebssicherheit zu Mehrfachleitungen gebündelt werden;
- bei jedem Leitungsneubau geprüft wird, ob bestehende Leitungen abgebaut, ersetzt oder gebündelt werden können;
- die gemeinsame Nutzung von Leitungsmasten durch mehrere Versorgungsunternehmen geprüft wird;
- die Verkabelung von Hochspannungsleitungen (110 kV) in Räumen, die besonders empfindlich sind oder nicht weiter belastet werden sollen, sowie in Siedlungsbereichen, vorgesehen wird.

4.2.1.3 (N) Zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung soll innerhalb der Region das in der Raumnutzungskarte nach Plänen der Energieversorgungsunternehmen nachrichtlich dargestellte Höchstspannungsnetz mit den jeweiligen Umspannwerken durch Bau neuer 380 kV-Leitungen bzw. Umstellung vorhandener 220 kV-Leitungen weiter ausgebaut werden. Es handelt sich um folgende Anlagen:

Neue Leitungen

380 kV-Freileitung Wendlingen - Lindach - Goldshöfe

Umspannwerke mit Sticheleitungen

380/110 kV

UW Lindach

110/20 kV

UW Abtsgmünd, UW Bopfingen, UW Heidenheim, UW Neresheim,
UW Seewiesen-Mitte (Heidenheim), UW Steinheim-Albuch

Begründung:

Da der Gesamtelektrizitätsverbrauch der Region Ostwürttemberg von Kraftwerken außerhalb der Region abgedeckt wird und in der Region keine Kraftwerkstandorte vorgesehen sind, muß innerhalb der Region das Leitungsnetz und die dazugehörigen Umspannwerke der erhöhten Nachfrage angepaßt werden.

Dabei müssen neue Leitungen und Umspannwerke für die Elektrizitätsversorgung der Region wegen ihrer starken Beeinträchtigung des Landschaftsbildes besonders sorgfältig geplant und in die Landschaft eingepaßt werden. In landschaftlich besonders empfindlichen Teilen der Region und auch in bewohnten Gebieten, wo derartige Leitungen eine besonders starke Zerschneidungs- und Trennfunktion haben, ist verstärkt eine Verkabelung zu erwägen.

Neue Leitungen, die nicht zur Versorgung der Region dienen, wie z.B. die ursprünglich geplante RWE-Leitung von Gundremmingen durch das Gebiet der Region nach Norden, sollten zum Schutz unserer ostwürttembergischen Landschaft vermieden werden.

4.2.2 Gasversorgung

- 4.2.2.1 (G)** Die Gasversorgung der Haushalte und der gewerblichen Wirtschaft über das in der Raumnutzungskarte dargestellte Ferngasnetz und zusätzliche örtliche Versorgungsnetze ist zur Sicherung der Energieversorgung der Region auszuweiten. Hierbei sind vornehmlich die Siedlungsbereiche längs der Entwicklungsachsen (Plansatz 2.3.1), die größeren Siedlungsbereiche in den ländlich strukturierten Regionsteilen (Plansatz 2.3.2), aber auch sonstige Gemeinden und Gemeindeteile sowie insbesondere die regionalbedeutsamen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsschwerpunkte- und -standorte (Plansatz 2.5.3 und 2.5.4) über Erweiterungen der örtlichen Versorgungsnetze mit Erdgas zu versorgen.

Begründung:

Das Vorhandensein von Erdgas zum Heizen, aber auch für die Produktion zusätzlich zu anderen Energieträgern, stellt für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region einen wichtigen Standortfaktor dar.

Nach Ausbau des regionalen Ferngasnetzes längs der Entwicklungsachsen und Anschluß aller Zentralen Orte höherer Stufe (Mittelzentren und Unterzentren) außerhalb der Entwicklungsachsen bleibt die Aufgabe, das örtliche Gasversorgungsnetz weiter auszubauen.

- 4.2.2.2 (G) Das in der Raumnutzungskarte dargestellte Gasfernleitungsnetz der Region ist bei allen räumlichen Planungen zu berücksichtigen, der Betrieb ist sicherzustellen.

4.3 Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft

4.3.1 Wasserversorgung

- 4.3.1.1 (G) Eine quantitativ und qualitativ ausreichende Wasserversorgung der Bevölkerung, der Land- und Forstwirtschaft wie auch der gewerblichen Wirtschaft der Region ist langfristig sicherzustellen. Der Wasserschatz der Region ist schonend zu behandeln.

- 4.3.1.2 (G) Für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und der Industrie sind, soweit vertretbar, örtliche Wasservorkommen zu nutzen. *Nichtöffentliche zentrale Wasserversorgungsanlagen von Teilorten und Eigenwasserversorgungsanlagen von Wohnplätzen, die nach Wassermenge und Güte den Anforderungen an Trinkwasser entsprechen, sind zu erhalten. Die Erstellung von Regenwasseranlagen ist zu fördern (s.a. Grundsätze des Sonderplans Wasserversorgung des Landes Baden-Württemberg)*.*

Begründung:

Ein großer Teil des Trink- und Brauchwassers wird von den Gemeinden durch Eigengewinnungsanlagen aus dem Grundwasser gewonnen.

Da Teile des Mittleren Neckarraumes und der Region Franken auf eine Wasserversorgung aus dem Grundwasserschatz unserer Region zwingend angewiesen sind, sollte der Wasservorrat der überregionalen Wasserversorgungsverbände von Gemeinden, die ihren Wasserbedarf örtlich decken können, auch in Zukunft nur ausnahmsweise beansprucht werden.

Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit sollen die örtlichen Wassergewinnungsanlagen auch bei einem Anschluß an überörtliche Was

**) von der Verbindlichkeit ausgenommen.*

erversorgungsunternehmen erhalten werden, um bei Ausfall der überörtlichen Versorgung die Notversorgung sicherstellen zu können.

Regenwasseranlagen können einen Beitrag zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs leisten.

- 4.3.1.3 (G)** *Gemeinden bzw. Teilorte und Wohnplätze mit knappem Wasserdargebot bzw. nur einer Wasserfassung sollen an die regionalen bzw. überregionalen Wasserversorgungsverbände angeschlossen werden. Die örtlichen Wassergewinnungsanlagen sind gemäß Plansatz 4.3.1.2 zu erhalten*.*

Begründung:

Zu Trockenzeiten oder durch plötzliche Verschmutzung besteht die Gefahr, daß weniger leistungsfähige Trinkwassergewinnungsanlagen von Teilorten, Gemeinden oder Hofgruppen ausfallen.

Nichtöffentlich zentral versorgte Teilorte sollen daher, soweit wirtschaftlich vertretbar und notwendig, zur Sicherung der Wasserversorgung an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen werden.

4.3.2 Abwasserbeseitigung

- 4.3.2.1 (G)** Zur Vermeidung hygienischer Mißstände und zum Schutz der ober- und unterirdischen Gewässer sind die Abwässer aus Siedlung, Gewerbe und Industrie (verunreinigtes Niederschlagswasser, häusliche und gewerbliche Abwässer) so weitgehend wie möglich in Kanälen zu erfassen und vor Einleitung in die Vorfluter in Sammelkläranlagen und Regenwasserbehandlungsanlagen so zu behandeln, daß mindestens Gewässergüte II erreicht wird.

Begründung:

Um das Grundwasser, aber auch die Oberflächengewässer vor Verschmutzung zu schützen sowie hygienische Mißstände zu vermeiden, muß möglichst das gesamte Abwasser in Kanälen erfaßt und in Sammelkläranlagen gereinigt werden. Wegen der vielen Wasserfassungen unserer Region ist hier besondere Sorgfalt erforderlich.

Die Abwasserbeseitigung hat in der Region Ostwürttemberg in den letzten Jahren durch den Bau bzw. die Erweiterung von Sammelkläranlagen, die Erstellung von Regenwasserbehandlungsanlagen und den Anschluß verschiedener Teilorte an zentrale Sammelkläranlagen einen hohen Stand erreicht.

**) von der Verbindlichkeit ausgenommen.*

Alle Städte und Gemeinden der Region, auch die meisten Orts- bzw. Stadtteile, verfügen inzwischen über eine vollständig ausgebaute Ortskanalisation mit anschließender Sammelkläranlage. So werden derzeit im Kreis Heidenheim ca. 98,5 % und im Ostalbkreis ca. 97 % der Einwohner auf diese Weise entsorgt.

Die mittlere Abbaustufe aller Sammelkläranlagen der Region liegt mit 1,9 etwas besser als die angestrebte Abbaustufe von 2,0.

Der Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen wurde in den vergangenen Jahren zügig vorangetrieben. Im Landkreis Heidenheim sind bisher 80 %, im Ostalbkreis 84 % des erforderlichen Regenbeckenvolumens erstellt.

4.3.3 Abfallwirtschaft

4.3.3.1 (G) Die beiden entsorgungspflichtigen Körperschaften in der Region Ostwürttemberg, die Landkreise Ostalbkreis und Heidenheim, müssen ihre Anstrengungen zur Abfallvermeidung und -verwertung fortsetzen und verstärken. Bei der Behandlung des Restmülls und Ablagerung der Reststoffe ist insbesondere die TA-Siedlungsabfall zu beachten.

4.3.3.2 (V) Für die nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Vermeidung verbleibenden Restmüllmengen wird vorgeschlagen, für die Region Ostwürttemberg die erforderlichen Abfallverwertungs-, Behandlungs- und Entsorgungseinrichtungen zu schaffen für

- die Sortierung und Wiederverwertung von Wertstoffen aller Art,
- die Verwertung der organischen Abfälle durch Kompostieren oder andere technische Verfahren,
- die Trocknung von schlammförmigen Abfallstoffen vor einer Weiterbehandlung oder Verwertung,
- die thermische Behandlung von Restmüll zur Erreichung von ablageungsfähigen Reststoffen im Sinne der TA-Siedlungsabfall, auch zur Schadstoffsenske und Ausnutzung der anfallenden Energie (Strom, Wärme),
- die Sortierung und Wiederverwertung von Erdaushub, Bauschutt und Ablagerung nicht verwertbarer Anteile sowie

- die Ablagerung von Reststoffen, die thermisch behandelt sind oder nicht thermisch behandelt werden müssen oder können.

Begründung:

Die geordnete und schadlose Entsorgung von Abfällen ist wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und Sicherung gesunder Lebensbedingungen. Zur Lösung des Entsorgungsproblems sind zunächst alle Möglichkeiten der Abfallvermeidung auszuschöpfen; die gesetzlichen Grundlagen hierfür müssen dringend verbessert werden. Zusammen mit der Aufbereitung und Wiederverwertung von Abfallstoffen (Recycling) kann das Abfallaufkommen erheblich reduziert und damit die Laufzeit der Deponien merklich verlängert werden. Dies führt letztendlich auch zu einer Verringerung der erforderlichen Deponiestandorte.

In der Region Ostwürttemberg gibt es bereits gute Erfahrungen mit der getrennten Sammlung von Wertstoffen bzw. schadstoffhaltigen Abfällen sowie der getrennten Erfassung von organischen Abfällen und der Wiederverwertung von Erdaushub und Bauschutt.

Auf dem erweiterten Gelände der früheren Hausmüllkompostierungsanlage in Heidenheim-Mergelstetten hat der Landkreis Heidenheim ein Entsorgungszentrum gebaut. Kernstück des Entsorgungszentrums Mergelstetten ist ein Bioabfallkompostwerk mit einer Jahreskapazität von 15.000 Tonnen. Ein Wertstoff-Zentrum und eine Problemstoffsammelstelle ergänzen die Anlage.

Weiterhin sind im Landkreis Heidenheim Hausmüll-, Erdaushub- und Bauschuttdeponien zur Ablagerung der nicht wiederverwertbaren Reststoffe vorhanden.

Im Ostalbkreis sind ebenfalls Hausmüll-, Erdaushub- und Bauschuttdeponien sowie eine Monodeponie für Gießereialtsande zur Ablagerung der nicht wiederverwertbaren Reststoffe mit jeweils ausreichender Kapazität vorhanden.

Zur Verwertung der organischen Abfälle wird neben den Grünabfallkompostierungsplätzen auf den beiden Kreismülldeponien Ellert und Reutehau das Bio-Abfall-Kompostwerk Reutehau mit einer Jahreskapazität von 6.500 to betrieben. Ein weiteres Bio-Abfall-Kompostwerk mit einer Jahreskapazität von bis zu 12.000 to einschließlich Vergärungsstufe wird Ende 1996/Anfang 1997 bei der Kreismülldeponie Ellert in Betrieb genommen werden.

Schlammförmige Abfallstoffe werden in zwei Klärschlamm-trocknungsanlagen mit jeweils 2,5 to Wasserverdampfung pro Stunde bei den Kreismülldeponien getrocknet.

- 4.3.3.3 (V)** Es wird vorgeschlagen, sowohl Verfahren zur thermischen Reduzierung der Abfälle als auch andere geeignete Verfahren zur Behandlung von Restmüll möglichst bald einzusetzen. Diese ermöglichen neben einer Reduzierung des anfallenden Mülls sowohl eine Schadstoffsenske und eine Wiedereingliederung in den Stoff- bzw. den Materialkreislauf nach den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft als auch eine Nutzung der Energie in Form von Strom und Wärme.

Begründung:

Industrie und Wirtschaft sind in den letzten Jahren bemüht, geeignete Verfahren zu entwickeln, damit Abfälle vermieden und verwertbare Altstoffe unter möglichst geringen Kosten wieder in den Rohstoffkreislauf und den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Deshalb sind auch in der Region Ostwürttemberg die Gewerbeabfallmengen zurückgegangen.

Die trotz aller Vermeidungs- und Verwertungsbemühungen verbleibenden Restmüllmengen müssen durch technische Verfahren soweit wie möglich reduziert werden, um Deponievolumen zu sparen. Alle thermischen Verfahren, soweit sie Stand der Technik sind oder noch werden, sind in die Überlegungen einzubeziehen.

Der Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (TAD) hat dem Landkreis Heidenheim im Frühjahr 1995 angeboten, ab 01.01.1996 Mitglied im Zweckverband TAD zu werden. Nach einer umfangreichen Prüfung hat der Kreistag des Landkreises Heidenheim am 16.10.1995 beschlossen:

- Der Landkreis Heidenheim tritt zum 01.01.1996 als weiterer Partner der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises in den Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal ein.
- Die Planungen für eine Thermische Restabfallbehandlungsanlage im Landkreis Heidenheim werden nicht weiterverfolgt.

Nach entsprechender Beschlußfassung des Stadtrats der Stadt Ulm und des Kreistages des Alb-Donau-Kreises hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes des TAD am 02.11.1995 die Aufnahme des Landkreises Heidenheim in den Zweckverband TAD beschlossen. Der Zweckverband TAD beabsichtigt das Müllheizkraftwerk im Jahr 1997 in Betrieb zu nehmen. Ab diesem Zeitpunkt kann aller

Restmüll aus dem Kreis Heidenheim entsprechend den Vorschriften der TASI thermisch behandelt werden.

Durch den Anschluß des Landkreises Heidenheim an den Zweckverband TAD wird sich der Ostalbkreis im Rahmen einer Fortschreibung seiner Abfallwirtschaftskonzeption hinsichtlich der thermischen Behandlung des Restmülls entsprechend den Vorschriften der TASI neu orientieren.

Im Rahmen einer Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzeption des Ostalbkreises werden die Möglichkeiten eines Einsatzes der PKA-Pyrolyseanlage, anderer geeigneter Verfahren und einer Kooperation mit anderen Landkreisen geprüft werden. Entsprechende Beschlüsse sollen im Laufe des Jahres 1996 gefaßt werden.

- 4.3.3.4 (Z)** *Regionale Standorte, die sich aufgrund ihrer Untergrundbeschaffenheit für die Ablagerung von Reststoffen eignen könnten, sind langfristig für die Abfallentsorgung der Region Ostwürttemberg zu sichern*.*

Begründung:

Trotz aller Bemühungen, den Abfall durch Verminderung, Verwertung und Behandlung zu reduzieren, werden auch in Zukunft große Abfallmengen deponiert werden müssen. Sollten Standorte in der Region, die sich für die Ablagerung von Reststoffen eignen, vorhanden sein, müssen sie ausschließlich für die Region Ostwürttemberg gesichert werden. Insbesondere muß eine Inanspruchnahme dieser wenigen regionalen Reserveflächen durch Träger der Abfallbeseitigung anderer Regionen verhindert werden.

- 4.3.3.5 (V)** Es wird vorgeschlagen, die Mülldeponie in Nattheim, wie bereits planfestgestellt, nach deren Verfüllung im Rahmen der Rekultivierung mit einer Oberflächenabdichtung zu versehen. Durch die Kombination von Basisabdichtungssystemen, Deponiesickerwassererfassungseinrichtungen und Oberflächenabdichtung muß garantiert werden, daß

- kein Niederschlagswasser mehr in den Deponiekörper gelangt,
- ein Austrocknen der Deponie erreicht und
- eine Grundwassergefährdung vermieden wird.

**) von der Verbindlichkeit ausgenommen.*

Begründung:

Die Deponie Nattheim liegt in Zone 3 des Wasserschutzgebietes für die Wasserfassung im Brenztal. Durch entsprechende Maßnahmen wie Rekultivierung, Oberflächenabdichtung und Sanierung muß dauerhafter Schutz erreicht werden, damit für spätere Generationen keine Altlasten auftreten.

- 4.3.3.6 (V)** Es wird vorgeschlagen, die Erkundung und Bewertung von stillgelegten Abfallbeseitigungsanlagen, d.h. alten Hausmüllkippen, Gewerbe- und Industrieabfallablagerungen fortzuführen. Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen sind durchzuführen.

Begründung:

In den vorangegangenen Jahren wurden die alten Deponien geschlossen und rekultiviert. Die in den alten Deponien und Müllkippen abgelagerten Stoffe können jedoch das Wasser, den Boden, die Luft und die Pflanzenbedeckung beeinträchtigen. Die tatsächliche Gefährdung der Umwelt durch solche "Altlasten" muß daher sorgfältig erkundet werden. Bei eventuell vorhandener Gefährdung müssen diese alten Müllkippen saniert werden.

4.3.4 Hochwasserschutz - Flußbau

- 4.3.4.1 (G)** In allen Teilen der Region ist bei bestehender Bebauung für einen ausreichenden Schutz gegen Hochwasser zu sorgen. Überschwemmungsgebiete sind von jeglicher Bebauung freizuhalten, insbesondere ist eine weitere Einengung der Flußtalquerschnitte zu vermeiden. Einer weiteren Versiegelung von Flächen ist zur Vermeidung von Hochwasser entgegenzuwirken.

- 4.3.4.2 (V)** Es wird vorgeschlagen, im Gebiet der Schneidheimer Sechta und der Eger die in der Raumnutzungskarte dargestellten Hochwasserrückhaltebecken zu erstellen.

Begründung:

In der Region kam es in der Vergangenheit im Bereich von Kocher - Lein, Oberer Jagst, Wedel - Brenz, der Egau, der Schneidheimer Sechta und der Eger immer wieder zu erheblichen Hochwasserschäden. Durch Bau einer Anzahl von Rückhaltebecken, verbunden mit einigen Flußbaumaßnahmen, konnte bereits ein spürbarer Schutz

erreicht werden. Der Bau der Hochwasserrückhaltebecken im Bereich der Schneidheimer Sechta und Eger steht jedoch noch aus.

- 4.3.4.3 (V)** Es wird vorgeschlagen, die Ergebnisse der "Integrierten Flußgebietsuntersuchung Rems" für einen ausreichenden Hochwasserschutz der Remsanlieger rasch umzusetzen.

Begründung:

Im Einzugsgebiet der Rems ist der vorhandene Hochwasserschutz unzureichend. Daher kommt es an der Rems immer wieder, zuletzt im Februar 1990, zu Ausuferungen und zu erheblichen Hochwasserschäden, vorwiegend in den bebauten Ortslagen. Ursache hierfür ist, daß trotz teilweisem Ausbau der Rems die hydraulische Leistungsfähigkeit des Gewässers nicht groß genug ist, um einen wirkungsvollen, dauerhaften Schutz der Anlieger vor Hochwasser zu gewährleisten.

Zum Schutz vor Hochwasser müssen die vorhandenen Überschwemmungsgebiete rechtskräftig ausgewiesen, Rückhalteräume gebaut und in den Ortslagen Seitendämme erstellt werden.

Gleichzeitig sollen die stark besiedelten Talauen entlang der Rems ökologisch verbessert werden.

Die Planungsgemeinschaft Rems, ein vertraglicher Zusammenschluß von Anliegergemeinden, dem Rems-Murr-Kreis, dem Ostalbkreis und dem Land betreibt seit 1993 die "integrierte Flußgebietsuntersuchung Rems" (IFU). Die IFU Rems hat als Zielsetzung ein abgestimmtes Hochwasserschutzkonzept sowie die ökologische Verbesserung der Rems. Es wird angestrebt, die Ergebnisse dieses Konzeptes sukzessive umzusetzen.

- 4.3.4.4 (V)** Zur Verhinderung von häufigen und starken Oberflächenabflüssen sind an den Oberläufen der gefährdeten Gewässerabschnitte die Retentionsflächen und in diesen der bestehende Wald sowie bestehende Naßflächen zu erhalten und durch Neuanlage von Auewäldern die Retention zu fördern.

- 4.3.4.5 (V)** Es wird vorgeschlagen, die Überschwemmungsflächen abzugrenzen und durch rechtskräftige Ausweisung als Überflutungsflächen für das Abfließen der Hochwasser und sonstiger wild abfließender Wasser zu sichern.

Begründung:

Die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten dient dem Schutz der Unterlieger, dem Abfluß von Hochwasser und trägt wesentlich zur Abflachung der Hochwasserspitze bei.

Straßenbau, Erschließung und Überbauung neuer Wohn- und Gewerbegebiete und teilweise auch Dränung von Wiesen und Feldern samt Naßflächen sowie Ausbau bzw. Regulierung von Flußläufen führen insbesondere bei Starkregen und während der Schneeschmelze zu einer Beschleunigung des Wasserabflusses und damit zu einer Vergrößerung der Hochwassergefahr. Daher müssen Flächen erhalten (Naßflächen) bzw. neu geschaffen werden, von denen das Niederschlagswasser zeitlich verzögert abgegeben wird.

4.4 (N) Militärische Anlagen

Im Plangebiet ist eine Reihe militärischer Anlagen mit und ohne Schutzbereiche vorhanden, durch die teilweise auch die Nutzung der Umgebung eingeschränkt wird. Diese Einrichtungen sind den Planungsbehörden bekannt und müssen bei raumbeanspruchenden und raumbeeinflussenden Maßnahmen auch dann berücksichtigt werden, wenn sie in der zeichnerischen Darstellung nicht enthalten sind.

10. November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Regionalverband Ostwürttemberg hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 die derzeitigen Planungen für die Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergienutzung verabschiedet. Mit diesem Planungsstand sind so genannte Suchräume erarbeitet worden, die vor dem Hintergrund der bestmöglichen Windhöflichkeit und geringstmöglichen Konfliktsituation eine substanzielle Nutzung der Windenergie ermöglichen. Der Regionalverband möchte diese Suchräume eng mit den Kommunen, berührten Behörden und der Bevölkerung abstimmen, um zu Vorschlägen für konkret abgegrenzte Vorranggebiete zu kommen. Dazu wird diese informelle Beteiligungsrunde durchgeführt.

Mit diesem Schreiben übersende ich Ihnen eine Darstellung des Stands der derzeitigen Planungen, mit den auf der Grundlage des Windatlas und der festgelegten Konfliktkriterien gefundenen Suchräumen.

Über diese Suchräume möchte der Regionalverband mit Ihnen in einen Dialog eintreten, um potentielle Vorranggebiete abzustimmen. Hierzu sind Abstimmungen nicht nur innerhalb der Kommune, sondern auch in den Verwaltungsgemeinschaften und über Gemeinde- und Regionsgrenzen hinaus erforderlich. Dem Regionalverband ist sehr daran gelegen, zu abgestimmten Lösungen zu kommen. Nach der derzeitigen von der Landesregierung geplanten neuen Rechtslage soll ab kommendem Jahr neben der Festlegung von Vorrangflächen im Regionalplan auch die Ausweisung von Sondergebieten für die Windkraftnutzung in Flächennutzungsplänen möglich werden. Mit einer substanziellen Positivausweisung von Vorrangflächen kann dann auch eine Ausschlusswirkung im übrigen Planungsgebiet erreicht werden. Über die vorgesehene neue Rechtslage lege ich diesem Schreiben ein Merkblatt bei (Anlage 5).


Für eine enge Abstimmung über die planerische Vorgehensweise und die Möglichkeiten zur Eingrenzung von Vorranggebieten eignen sich öffentliche Gemeinderatssitzungen und Bürgerversammlungen, beispielsweise auch auf der Ebene von Verwaltungsgemeinschaften oder mehrerer Verwaltungsgemeinschaften. Der Regionalverband ist gerne bereit, diese mit zu organisieren und die wesentlichen Grundlagen der Planung, die in einem solchen Prozess zu berücksichtigen sind, darzustellen und mit der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Für die nun eingeleitete informelle Beteiligung und Abstimmung haben wir einen Zeitrahmen bis Ende Februar 2012 vorgesehen. Wir bitten Sie, uns Ihre schriftlichen Rückmeldungen bis zum 17. Februar 2012 in Papier- und digitaler Form zu übermitteln. Unter www.ostwuerttemberg.org finden Sie alle Unterlagen auch digital.

Im Anschluss an die informelle Beteiligung wollen wir dann mit den gewonnenen Erkenntnissen im 2. Quartal 2012 einen Planentwurf mit konkreten Vorranggebietsausweisungen erarbeiten, zu dem Sie im 3. Quartal 2012 im Rahmen der gesetzlichen Anhörung nochmals angehört werden.

Um für diesen Schritt bestmöglich abgestimmte Planungen zu erarbeiten, würde ich mich daher freuen, wenn wir in den kommenden Wochen und Monaten zu konkreten und konstruktiven Abstimmungen kommen könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Eble
Verbandsdirektor

Anlagen:

- 1 Kartenset: Suchräume Windenergie
 - 1a Erläuterungen zu den Suchräumen und dem weiteren Verfahren
 - 1b Karte 1:50.000 groß (Kartenteil West)
 - 1c Karte 1:50.000 groß (Kartenteil Ost)
- 2 Kartenset: Suchräume Windenergie (Blattschnitte DIN A 4)
- 3 Kriterien zur Definition von Suchräumen zur Ermittlung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie. Übersicht über verwendete Ausschluss- und Abwägungskriterien (Stand 19.10.2011)
- 4 Hinweise für Rückmeldungen zu den Suchräumen des Regionalverbands zur Ermittlung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie
- 5 Auswirkungen der Änderung des Landesplanungsgesetzes auf die Steuerung raumbedeutsamer Windkraftanlagen – 09.11.2011

Alle Anlagen finden Sie zudem in digitaler Form unter www.ostwuerttemberg.org.

Erläuterungen zu den dargestellten Suchräumen und dem weiteren Verfahren

Suchräume, die als weiße Flächen in den vorliegenden Unterlagen dargestellt sind, sind das Ergebnis einer umfangreichen Auswertung von Ausschlusskriterien (s.u.). In einem weiteren Schritt müssen diese Suchräume weiter eingegrenzt werden, da verschiedene Themen bislang noch nicht erfasst werden konnten.

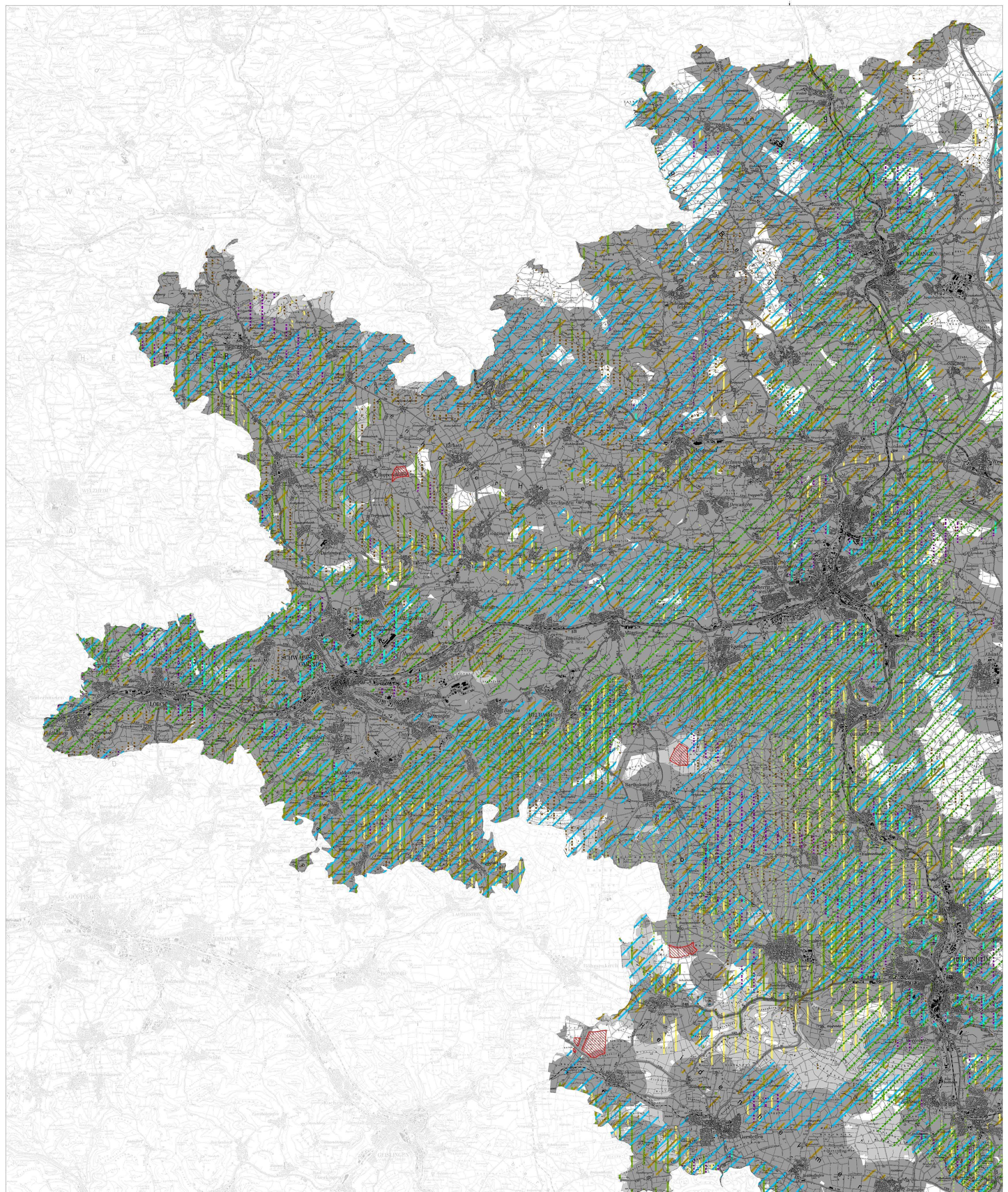
Ausschlusskriterien sind rechtliche Vorgaben, die den Bau von Windenergieanlagen generell nicht zulassen sowie Kriterien, die der Planungsausschuss des Regionalverbands Ostwürttemberg in seiner Sitzung am 22.07.2011 als Ausschluss festgelegt hat. Dazu gehören bspw.:

- Abstände zu Siedlung und sonstiger Wohnbebauung (750 m)
- Abstände zu Bundesautobahnen, Bundes- und Landesstraßen (65 m–100 m), Platzrunden der Flugplätze
- Freileitungen
- Naturschutzgebiete, Vogelschutzgebiete
- Waldschutzgebiete (Bannwald, Schonwald, gesetzlicher Erholungswald)
- Wasserschutzgebiete (Zone I und II)
- Festlegungen des Regionalplans 2010 (Grünzäsuren, Rohstoffabbau)
- Einzigartige Landschaftsformen (Albtrauf, Riesrand)

Abwägungskriterien sind Belange, die eine Errichtung von Windenergieanlagen nicht abschließend ausschließen, sondern in einer Einzelfallbetrachtung unter Beachtung der örtlichen Situation und standortspezifischer Regularien (wie Schutzgebietsverordnungen von Landschaftsschutzgebieten) zu berücksichtigen sind. In den Karten sind bislang nur die heute schon für die Region flächendeckend verfügbaren Abwägungskriterien dargestellt. Weitere Ausschluss- und Abwägungskriterien müssen in die standortbezogene Einzelfallbetrachtung der Suchräume und die regionalplanerische Abwägung einbezogen werden. Zu folgenden Kriterien liegen derzeit noch keine abschließenden ausreichenden Erkenntnisse vor:

- Artenschutz
- FFH-Gebiete sowie zusätzlicher Schutzabstand zu Vogelschutzgebieten
- Landschaftsschutzgebiete und großflächige, unbelastete und unzerschnittene Räume
- Anlagen der Landesverteidigung (Tiefflugzone und Radaranlagen)
- Beeinträchtigung relevanter regionalbedeutsamer Kulturdenkmale, insbesondere durch negative Sichtbeziehungen
- Beeinträchtigung von Zielen des Regionalplans 2010 wie Regionaler Grünzug, schutzwürdiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege, schutzwürdiger Bereich für die Erholung
- Wasserschutz
- Anlagen zur Ver- und Entsorgung
- Freizeit- und Erholungseinrichtungen

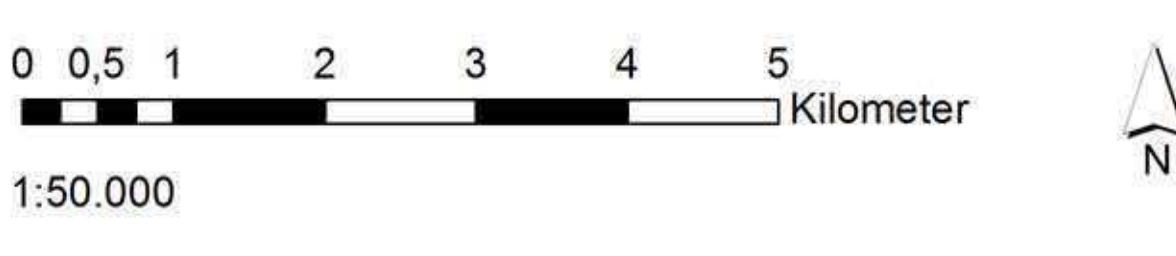
Es ist zu erwarten, dass sich im Rahmen der informellen Beteiligung in der Abstimmung mit den betroffenen Bürgern, Kommunen, Fachbehörden und weiteren Trägern öffentlicher Belange zusätzliche Kriterien für und wider bestimmte Standorte ergeben. Die Ergebnisse dieser öffentlichen Beteiligung werden ebenfalls in die letztendliche Ausformung der Vorranggebiete zur Windenergienutzung einfließen.



**Suchräume Windenergie
- Kartenteil West -**

Suchräume zur Eingrenzung von Vorranggebieten
für die Windkraftnutzung
(Stand 19.10.2011)

Entspr. Beschluss des Planungsausschusses des
Regionalverbands Ostwürttemberg vom 19.10.2011
zur informellen Beteiligung (DS 22 PA/VV 2011)

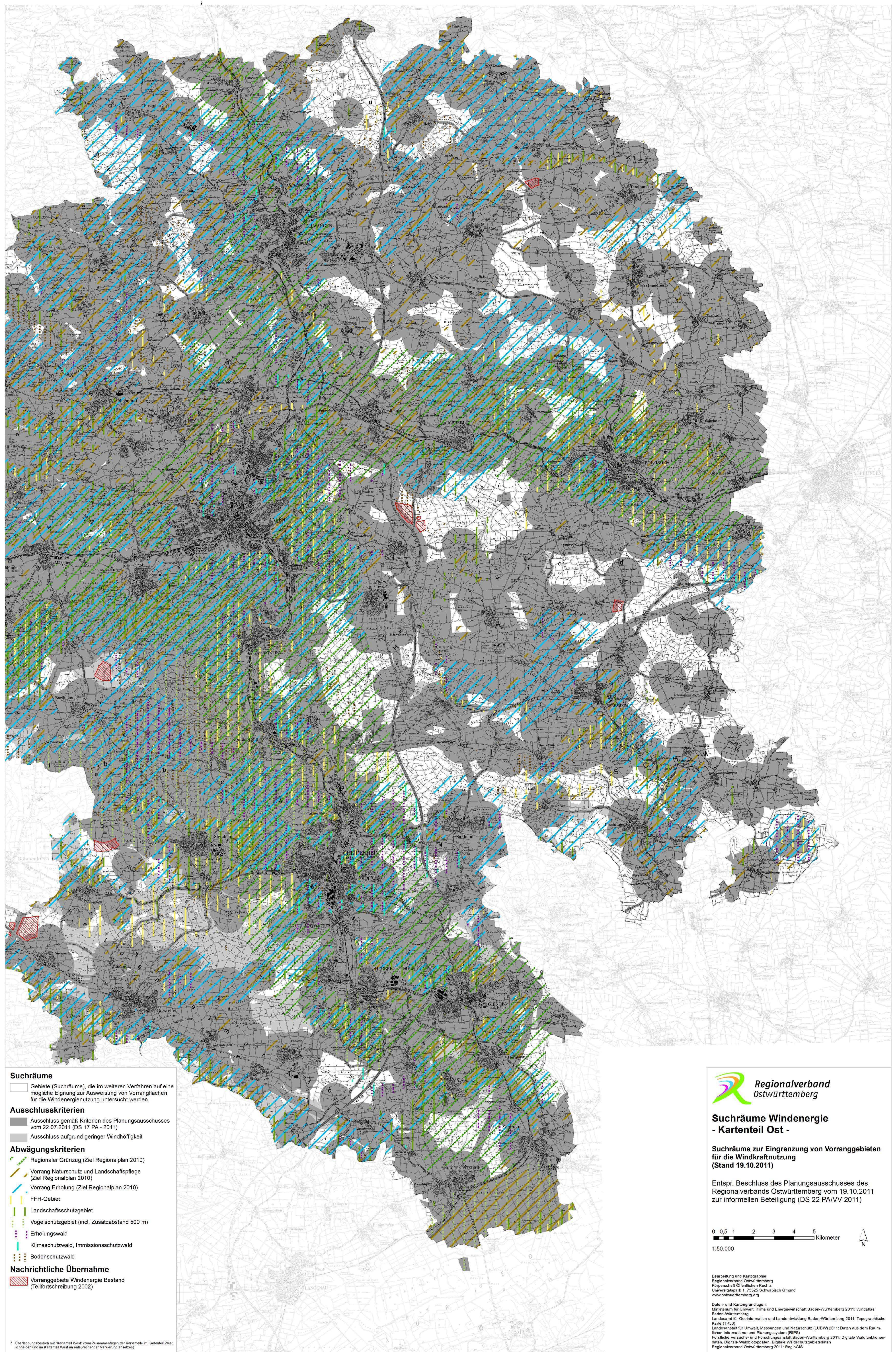


Bearbeitung und Kartographie:
Regionalverband Ostwürttemberg
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
www.ostwuerttemberg.org


Daten- und Kartengrundlagen:
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg 2011: Windatlas
Baden-Württemberg
Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg 2011: Topographische
Karte (TK50)
Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) 2011: Daten aus dem Räum-
lichen Informations- und Planungssystem (RIPS)
Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg 2011: Digitale Waldfunktions-
daten, Digitale Waldbiotopdaten, Digitale Waldschutzgebietsdaten
Regionalverband Ostwürttemberg 2011: RegioGIS

- Suchräume**
 □ Gebiete (Suchräume), die im weiteren Verfahren auf eine mögliche Eignung zur Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergienutzung untersucht werden.
- Ausschlusskriterien**
 ■ Ausschluss gemäß Kriterien des Planungsausschusses vom 22.07.2011 (DS 17 PA - 2011)
 ■ Ausschluss aufgrund geringer Windhöufigkeit
- Abwägungskriterien**
 - Regionaler Grünzug (Ziel Regionalplan 2010)
 - Vorrang Naturschutz und Landschaftspflege (Ziel Regionalplan 2010)
 - Vorrang Erholung (Ziel Regionalplan 2010)
 - FFH-Gebiet
 - Landschaftsschutzgebiet
 - Vogelschutzgebiet (incl. Zusatzabstand 500 m)
 - Erholungswald
 - Klimaschutzwald, Immissionsschutzwald
 - Bodenschutzwald
- Nachrichtliche Übernahme**
 ▨ Vorranggebiete Bestand (Teilfortschreibung 2002)

↑ Überlappungsbereich mit "Kartenteil Ost" (zum Zusammenfügen der Kartenteile hier schneiden und an entsprechender Markierung im Kartenteil Ost ansetzen)



- Suchräume**
- Gebiete (Suchräume), die im weiteren Verfahren auf eine mögliche Eignung zur Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergienutzung untersucht werden.
- Ausschlusskriterien**
- Ausschluss gemäß Kriterien des Planungsausschusses vom 22.07.2011 (DS 17 PA - 2011)
 - Ausschluss aufgrund geringer Windhöffigkeit
- Abwägungskriterien**
- Regionaler Grünzug (Ziel Regionalplan 2010)
 - Vorrang Naturschutz und Landschaftspflege (Ziel Regionalplan 2010)
 - Vorrang Erholung (Ziel Regionalplan 2010)
 - FFH-Gebiet
 - Landschaftsschutzgebiet
 - Vogelschutzgebiet (incl. Zusatzabstand 500 m)
 - Erholungswald
 - Klimaschutzwald, Immissionsschutzwald
 - Bodenschutzwald
- Nachrichtliche Übernahme**
- Vorranggebiete Windenergie Bestand (Teilfortschreibung 2002)



Regionalverband Ostwürttemberg

Suchräume Windenergie - Kartenteil Ost -

Suchräume zur Eingrenzung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung (Stand 19.10.2011)

Entspr. Beschluss des Planungsausschusses des Regionalverbands Ostwürttemberg vom 19.10.2011 zur informellen Beteiligung (DS 22 PA/VV 2011)

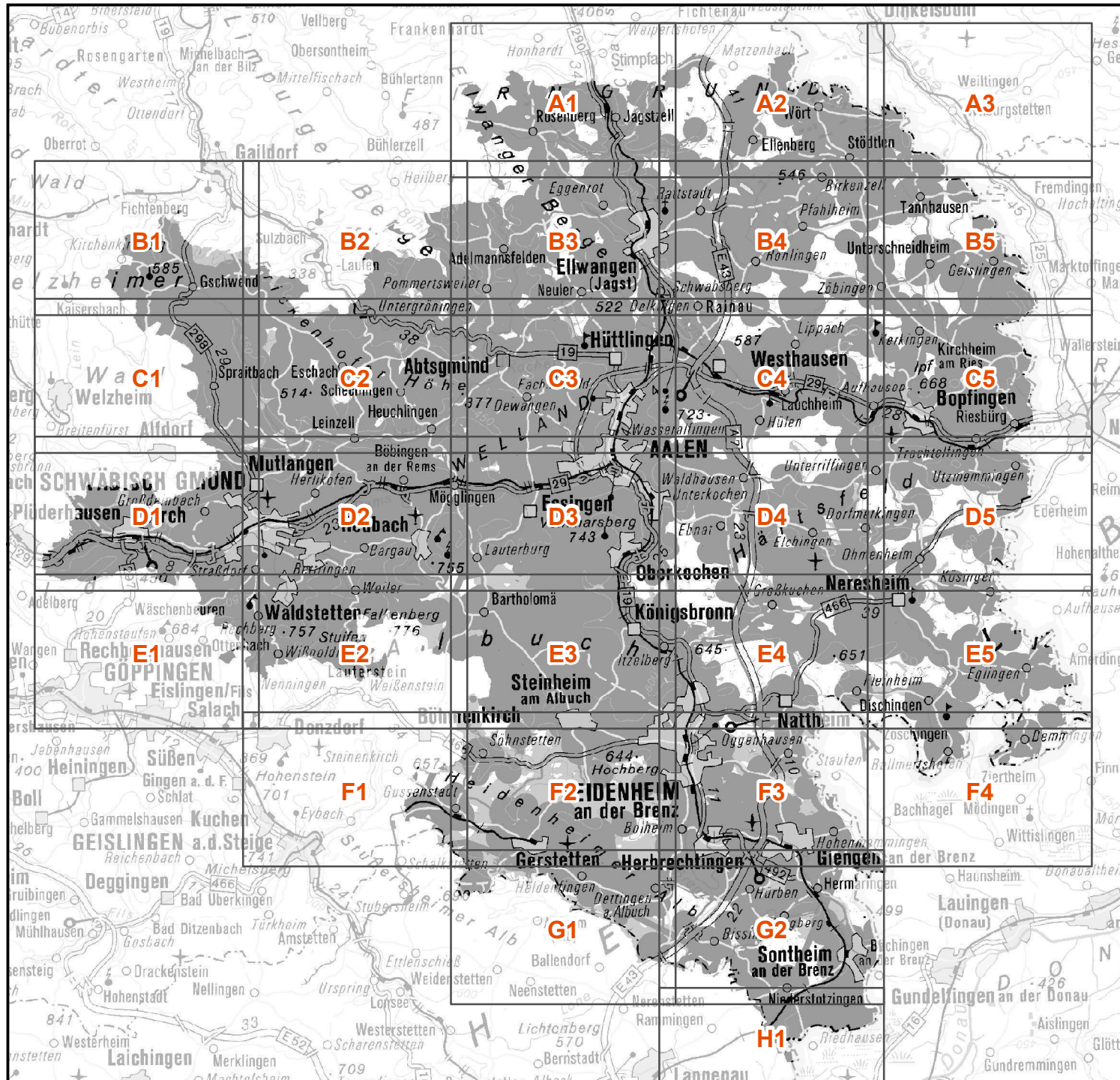
0 0,5 1 2 3 4 5 Kilometer

1:50.000

Bearbeitung und Kartographie:
 Regionalverband Ostwürttemberg
 Körperschaft Öffentlichen Rechts
 Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
 www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg 2011: Windatlas Baden-Württemberg
 Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg 2011: Topographische Karte (1:50.000)
 Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) 2011: Daten aus dem Räumlichen Informations- und Planungssystem (RIPS)
 Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg 2011: Digitale Waldfunktionsdaten, Digitale Waldbiotopdaten, Digitale Waldschutzgebietsdaten
 Regionalverband Ostwürttemberg 2011: RegioGIS

↑ Überlappungsbereich mit "Kartenteil West" (zum Zusammenfügen der Kartenteile im Kartenteil West schneiden und im Kartenteil West an entsprechender Markierung ansetzen)



Regionalverband
Ostwürttemberg

Suchräume Windenergie - Blattschnitte in DIN A 4 -

Suchräume zur Eingrenzung von
Vorranggebieten für die Windkraft-
nutzung
(Stand 19.10.2011)

Entspr. Beschluss des Planungsaus-
schusses des Regionalverbands
Ostwürttemberg vom 19.10.2011
zur informellen Beteiligung
(DS 22 PAVV 2011)

Bearbeitung und Kartographie:
Regionalverband Ostwürttemberg
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-
Württemberg 2011: Windatlas Baden-Württemberg
Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-
Württemberg 2011: Topographische Karte (TK50),
Übersichtskarte (ÜK50)
Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz
(LUBW) 2011: Daten aus dem Räumlichen Informations-
und Planungssystem (RIPS)
Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-
Württemberg 2011: Digitale Waldfunktionendaten,
Digitale Waldbiotopdaten, Digitale Waldschutzgebiets-
daten
Regionalverband Ostwürttemberg 2011: RegioGIS

Erläuterungen zu den dargestellten Suchräumen und dem weiteren Verfahren

Suchräume, die als weiße Flächen in den vorliegenden Unterlagen dargestellt sind, sind das Ergebnis einer umfangreichen Auswertung von Ausschlusskriterien (s.u.). In einem weiteren Schritt müssen diese Suchräume weiter eingegrenzt werden, da verschiedene Themen bislang noch nicht erfasst werden konnten.

Ausschlusskriterien sind rechtliche Vorgaben, die den Bau von Windenergieanlagen generell nicht zulassen sowie Kriterien, die der Planungsausschuss des Regionalverbands Ostwürttemberg in seiner Sitzung am 22.07.2011 als Ausschluss festgelegt hat. Dazu gehören bspw.:

- Abstände zu Siedlung und sonstiger Wohnbebauung (750 m)
- Abstände zu Bundesautobahnen, Bundes- und Landesstraßen (65 m-100 m), Platzrunden der Flugplätze
- Freileitungen
- Naturschutzgebiete, Vogelschutzgebiete
- Waldschutzgebiete (Bannwald, Schonwald, gesetzlicher Erholungswald)
- Wasserschutzgebiete (Zone I und II)
- Festlegungen des Regionalplans 2010 (Grünzäsuren, Rohstoffabbau)
- Einzigartige Landschaftsformen (Albtrauf, Riesrand)

Abwägungskriterien sind Belange, die eine Errichtung von Windenergieanlagen nicht abschließend ausschließen, sondern in einer Einzelfallbetrachtung unter Beachtung der örtlichen Situation und standortspezifischer Regularien (wie Schutzgebietsverordnungen von Landschaftsschutzgebieten) zu berücksichtigen sind. In den Karten sind bislang nur die heute schon für die Region flächendeckend verfügbaren Abwägungskriterien dargestellt. Weitere Ausschluss- und Abwägungskriterien müssen in die standortbezogene Einzelfallbetrachtung der Suchräume und die regionalplanerische Abwägung einbezogen werden. Zu folgenden Kriterien liegen derzeit noch keine abschließenden ausreichenden Erkenntnisse vor:

- Artenschutz
- FFH-Gebiete sowie zusätzlicher Schutzabstand zu Vogelschutzgebieten
- Landschaftsschutzgebiete und großflächige, unbelastete und unzerschnittene Räume
- Anlagen der Landesverteidigung (Tiefflugzone und Radaranlagen)
- Beeinträchtigung relevanter regionalbedeutsamer Kulturdenkmale, insbesondere durch negative Sichtbeziehungen
- Beeinträchtigung von Zielen des Regionalplans 2010 wie Regionaler Grünzug, schutzwürdiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege, schutzwürdiger Bereich für die Erholung
- Wasserschutz
- Anlagen zur Ver- und Entsorgung
- Freizeit- und Erholungseinrichtungen


Es ist zu erwarten, dass sich im Rahmen der **informellen Beteiligung** in der Abstimmung mit den betroffenen Bürgern, Kommunen, Fachbehörden und weiteren Trägern öffentlicher Belange zusätzliche Kriterien für und wider bestimmte Standorte ergeben. Die Ergebnisse dieser öffentlichen Beteiligung werden ebenfalls in die letztendliche Ausformung der Vorranggebiete zur Windenergienutzung einfließen.




Regionalverband
Ostwürttemberg


Suchräume Windenergie - Blattsschnitte in DIN A 4 -

Suchräume


 Gebiete (Suchräume), die im weiteren Verfahren auf eine mögliche Eignung zur Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergienutzung untersucht werden


Ausschlusskriterien


 Ausschluss gemäß Kriterien des Planungsausschusses vom 22.07.2011 (DS 17 PA - 2011)

 Ausschluss aufgrund geringer Windhöflichkeit

Abwägungskriterien, Einzelfallprüfung


 Regionaler Grünzug (Ziel Regionalplan 2010)


 Vorrang Naturschutz und Landschaftspflege (Ziel Regionalplan 2010)


 Vorrang Erholung (Ziel Regionalplan 2010)


 FFH-Gebiet

 Landschaftsschutzgebiet


 Vogelschutzgebiet (incl. Zusatzabstand 500m)

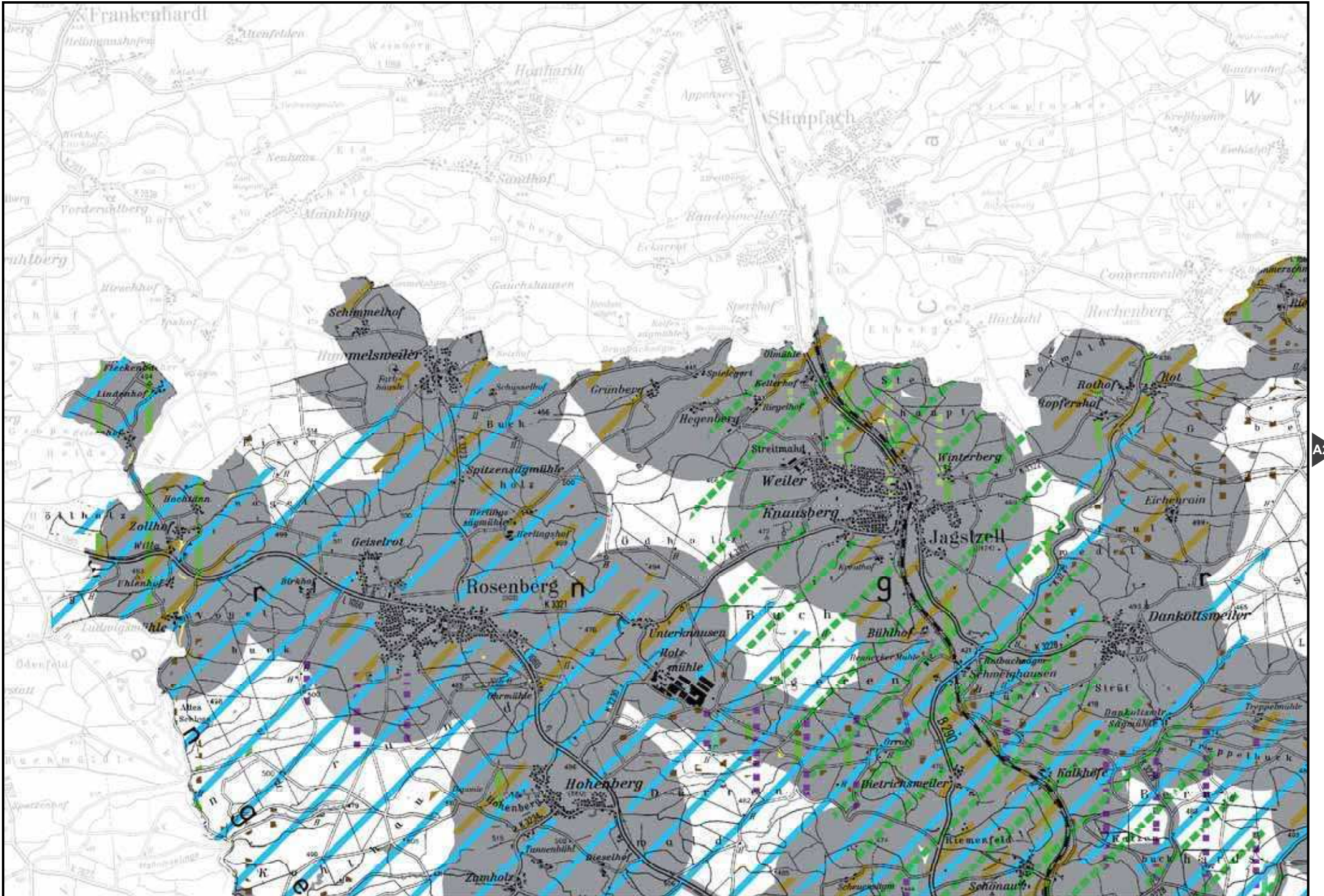
 Erholungswald

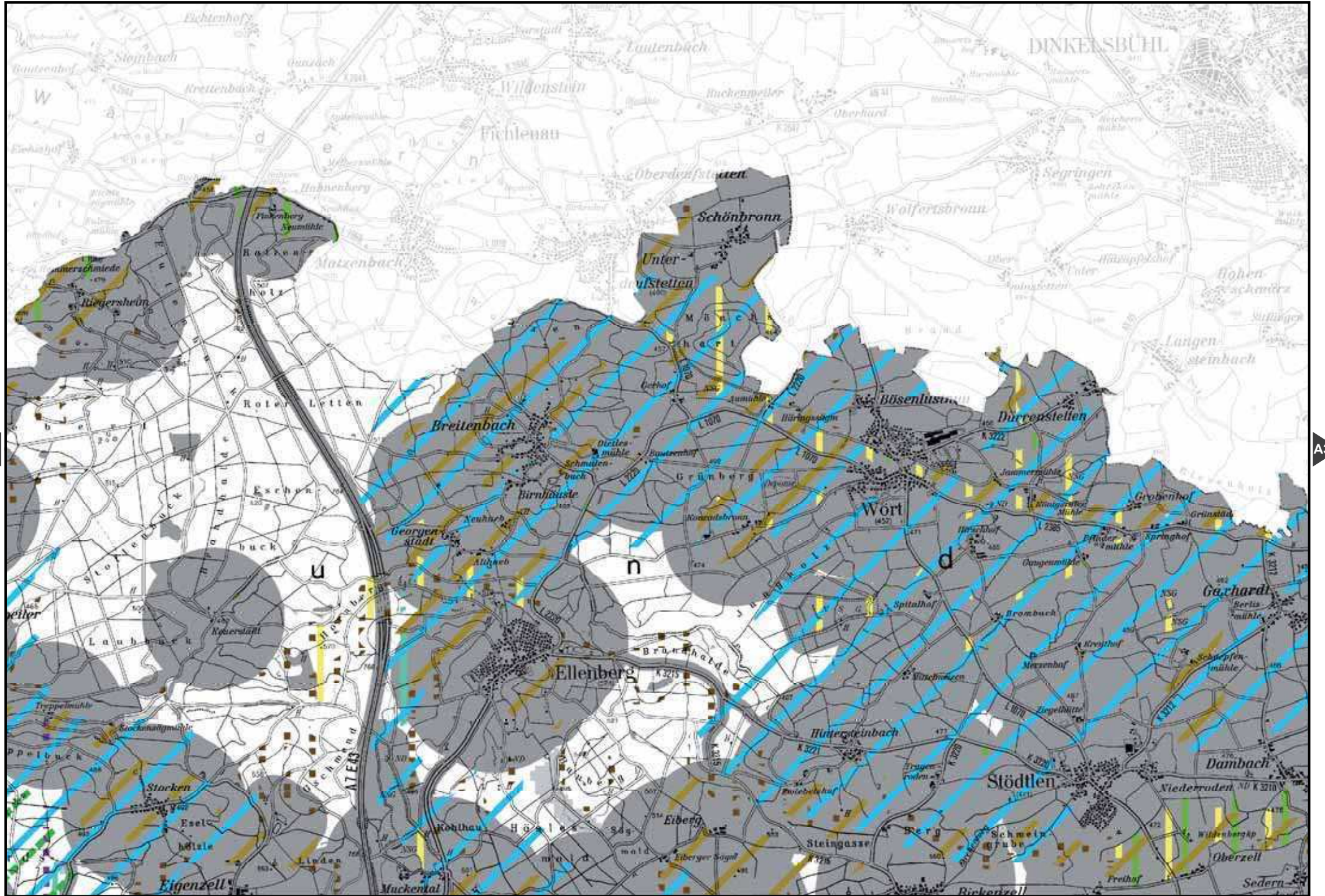
 Klimaschutzwald, Immissionsschutzwald

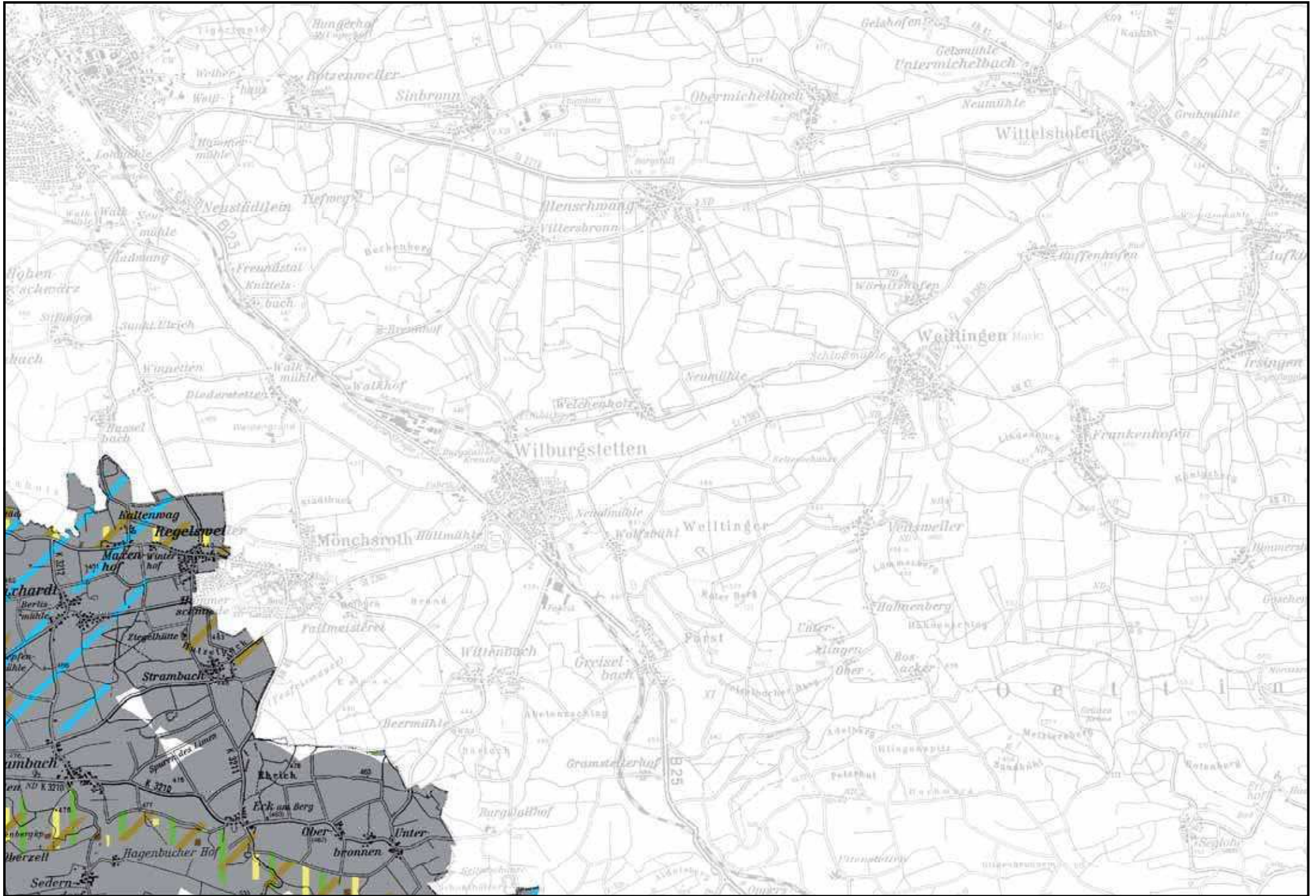
 Bodenschutzwald

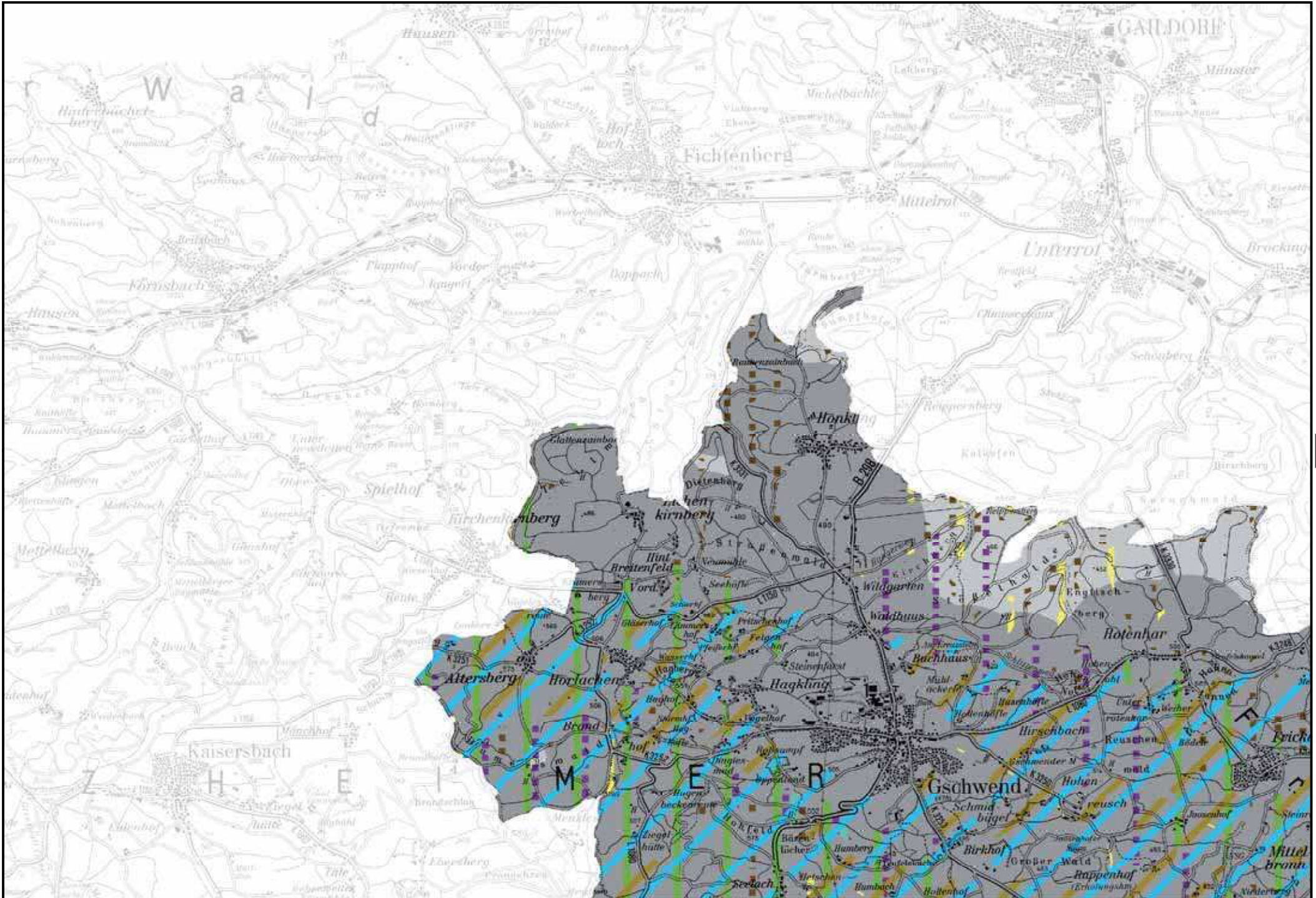
Nachrichtliche Übernahme

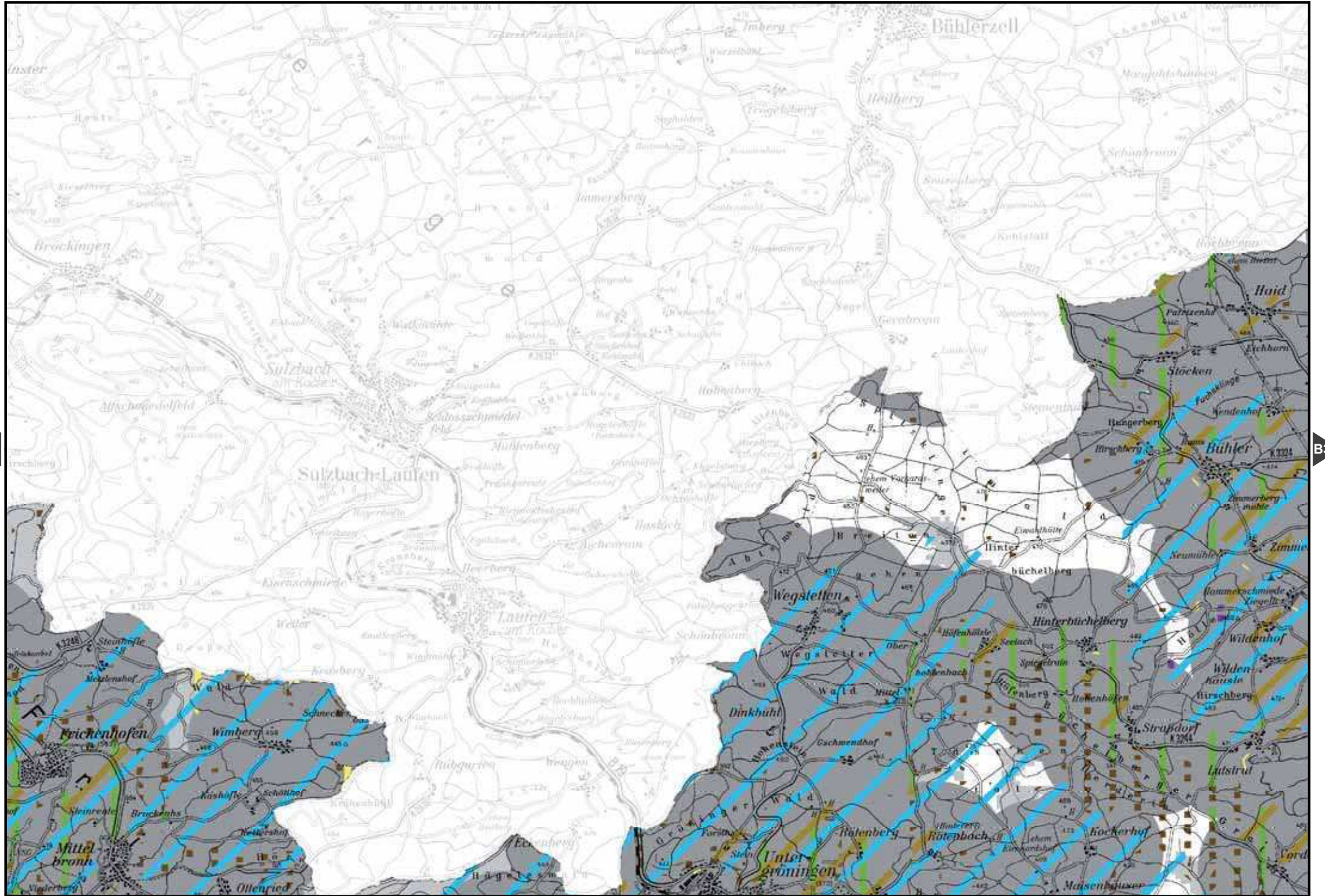
 Vorranggebiete Bestand (Teilfortschr. 2002)

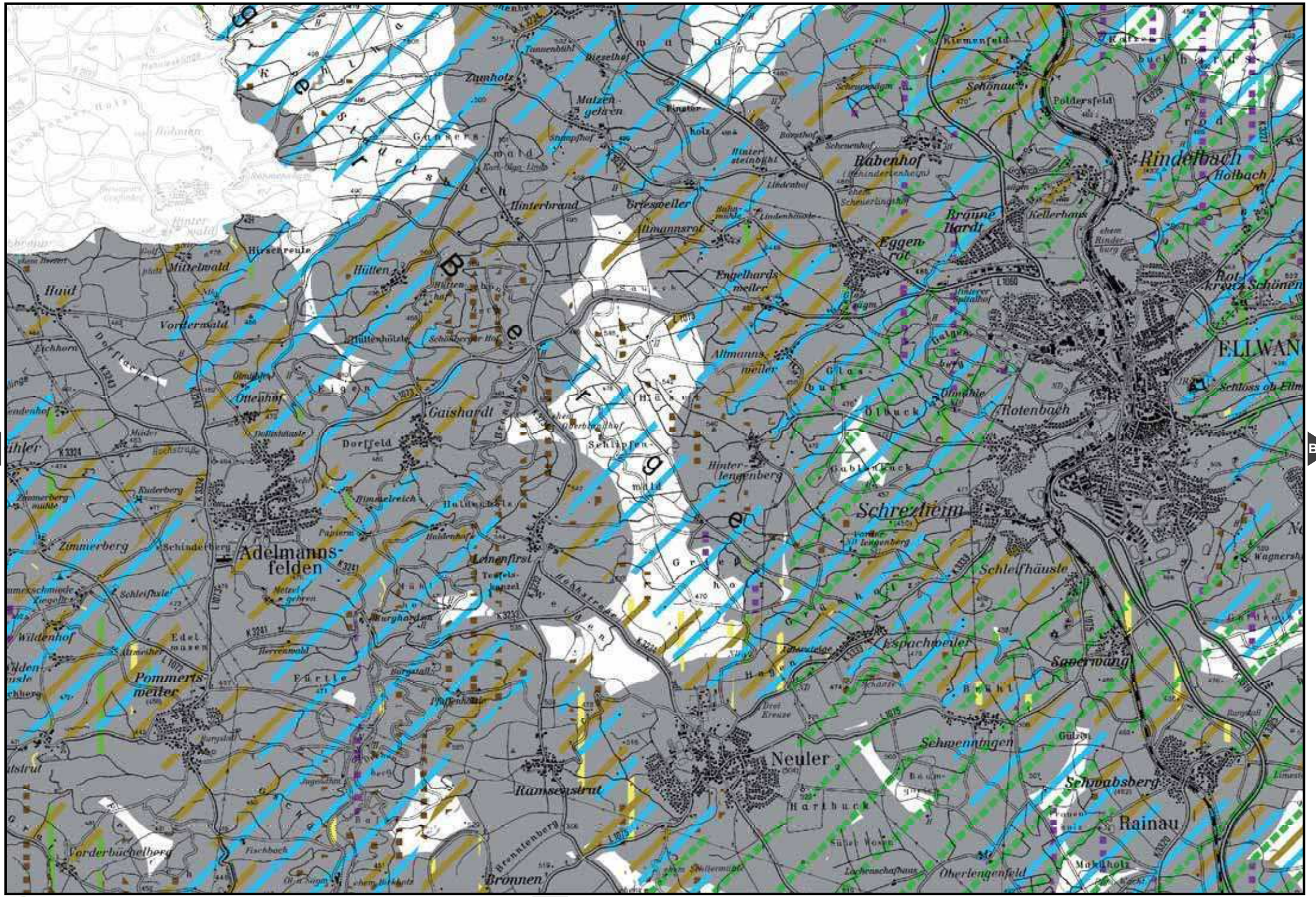


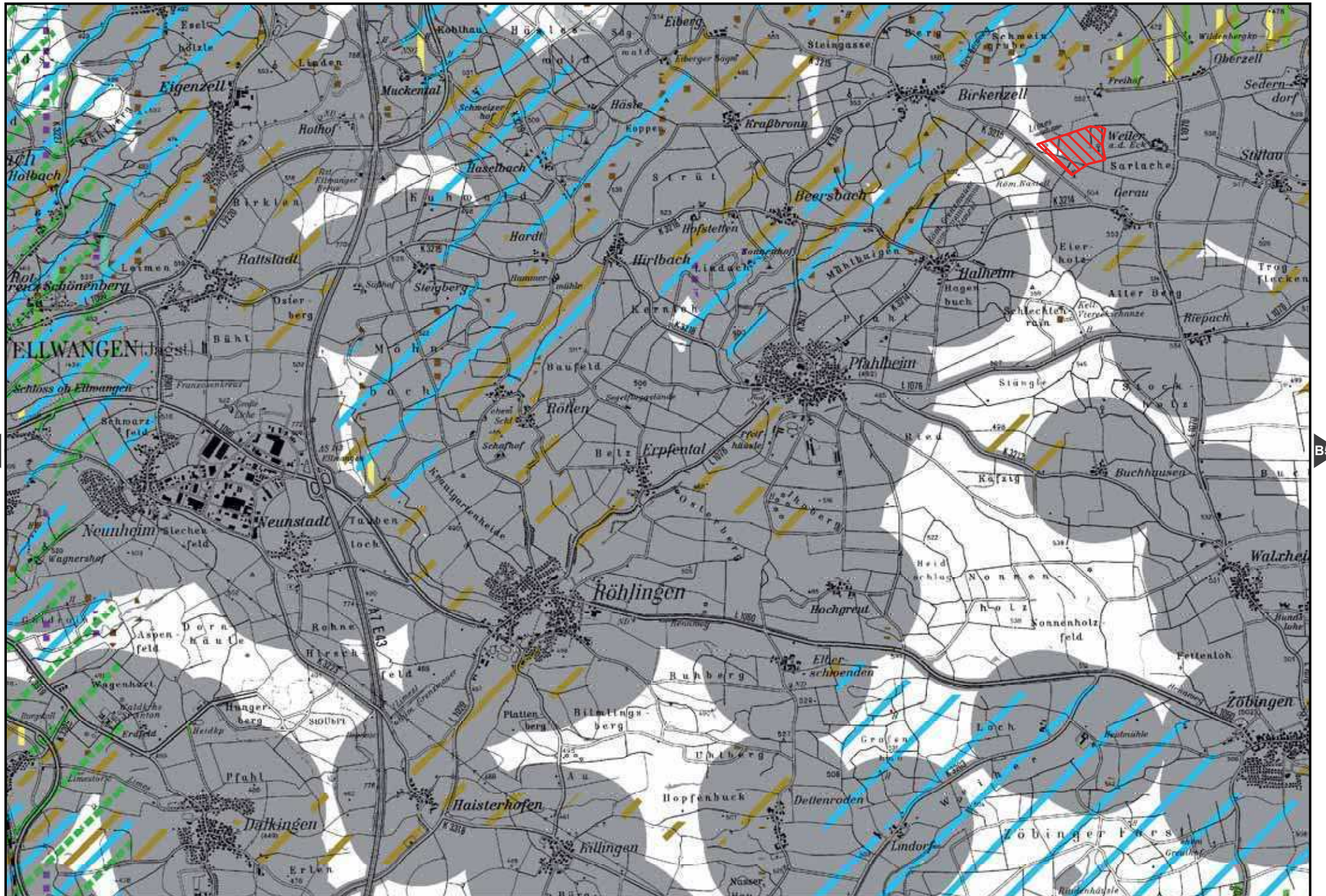


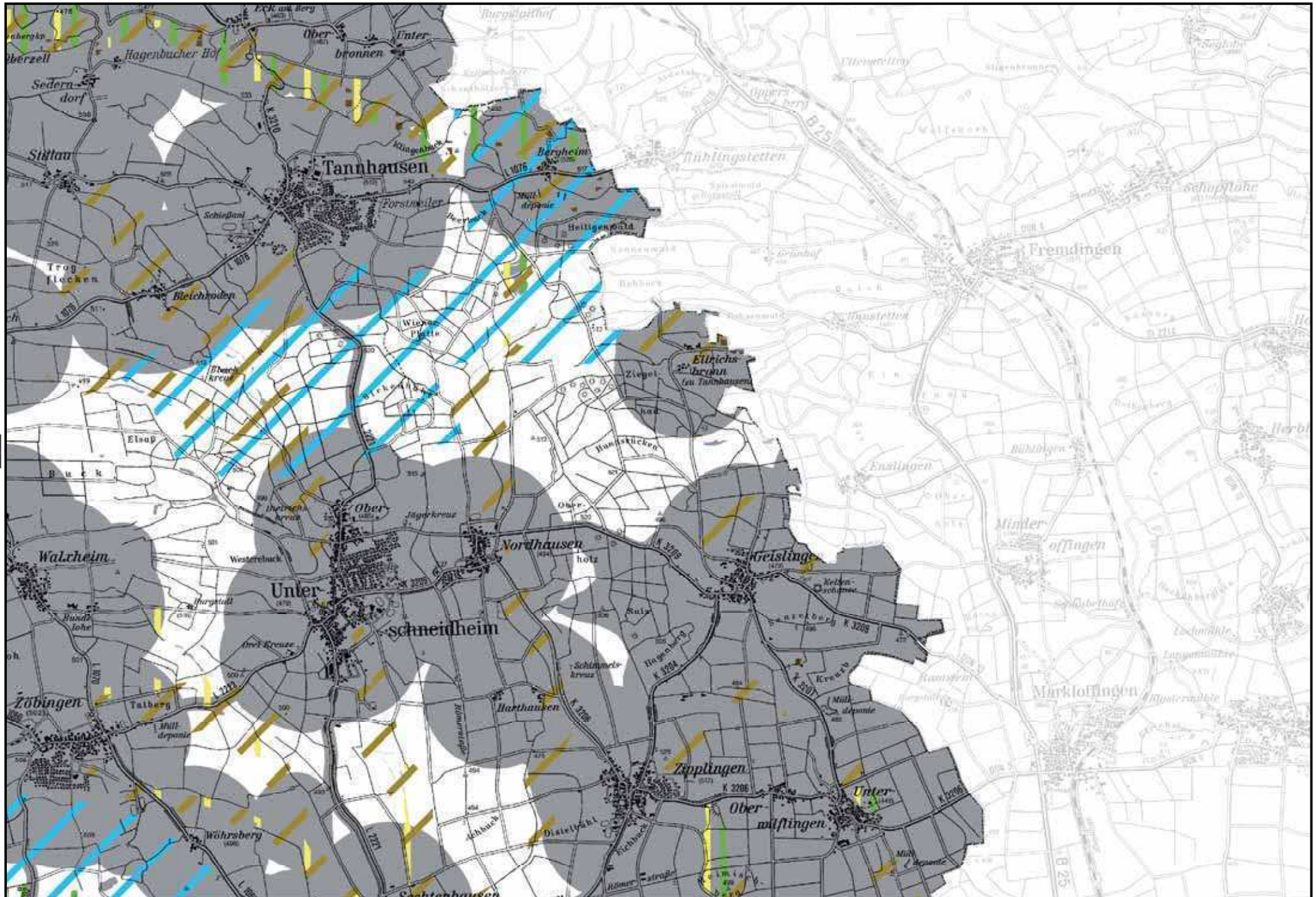








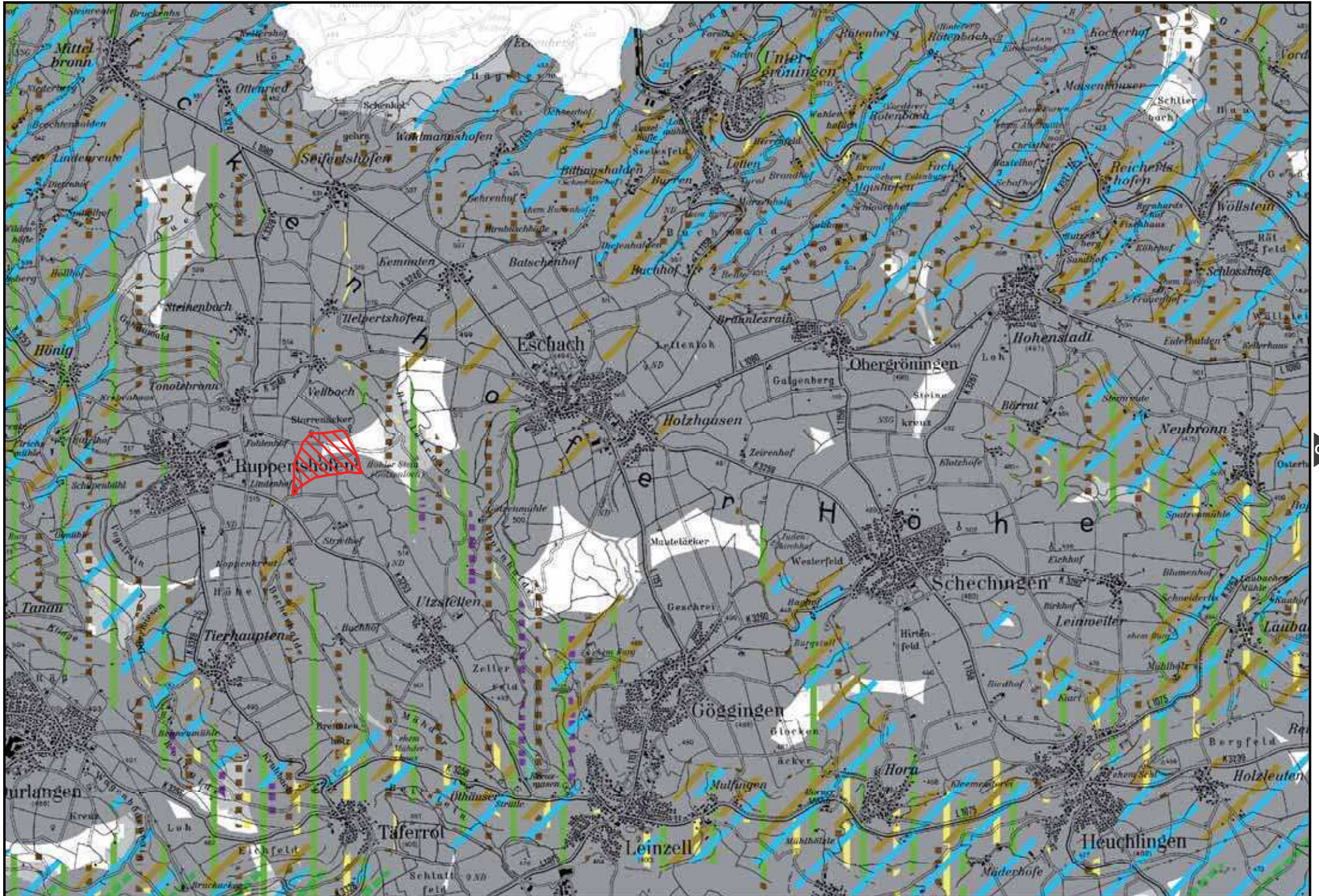


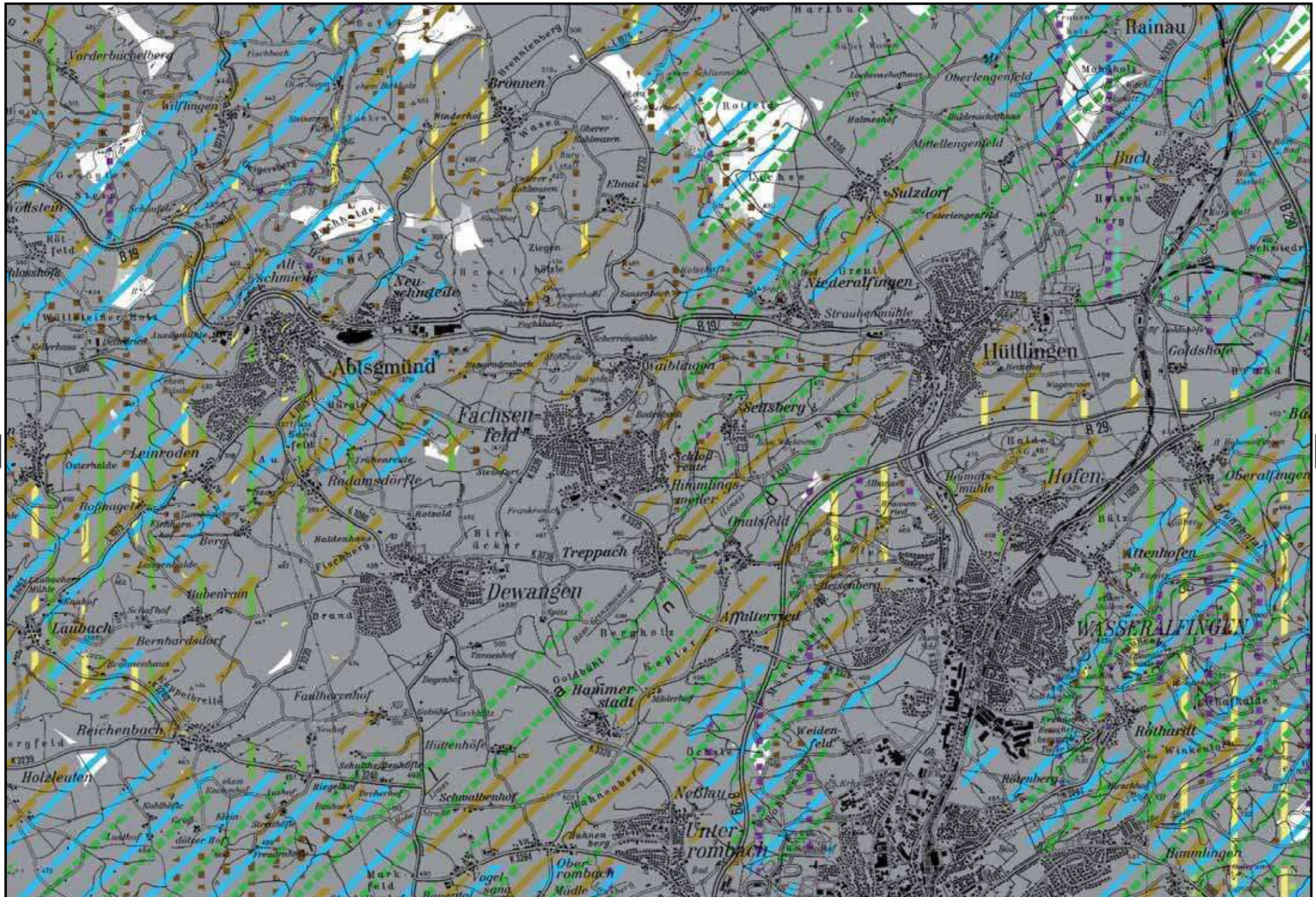


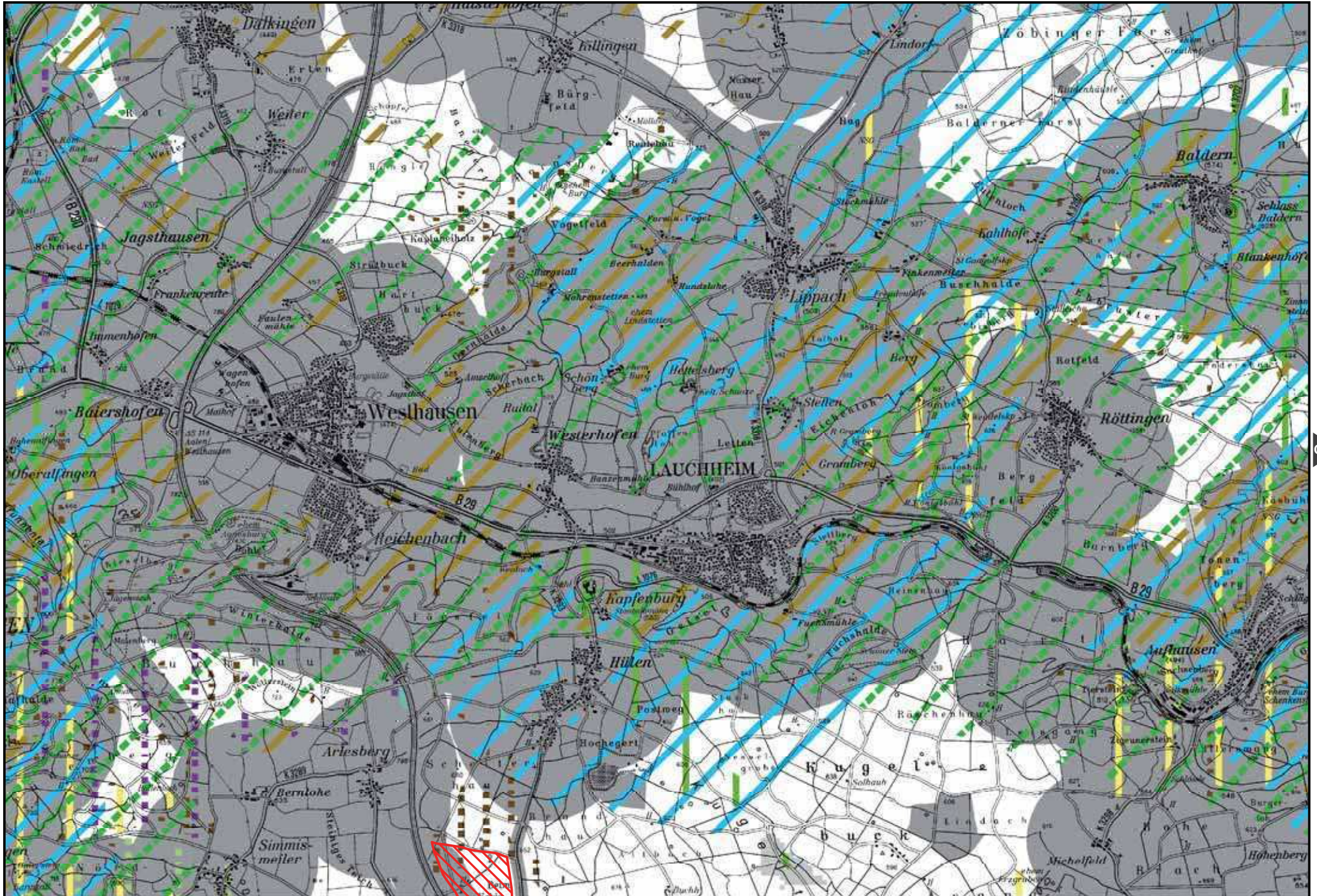
B4

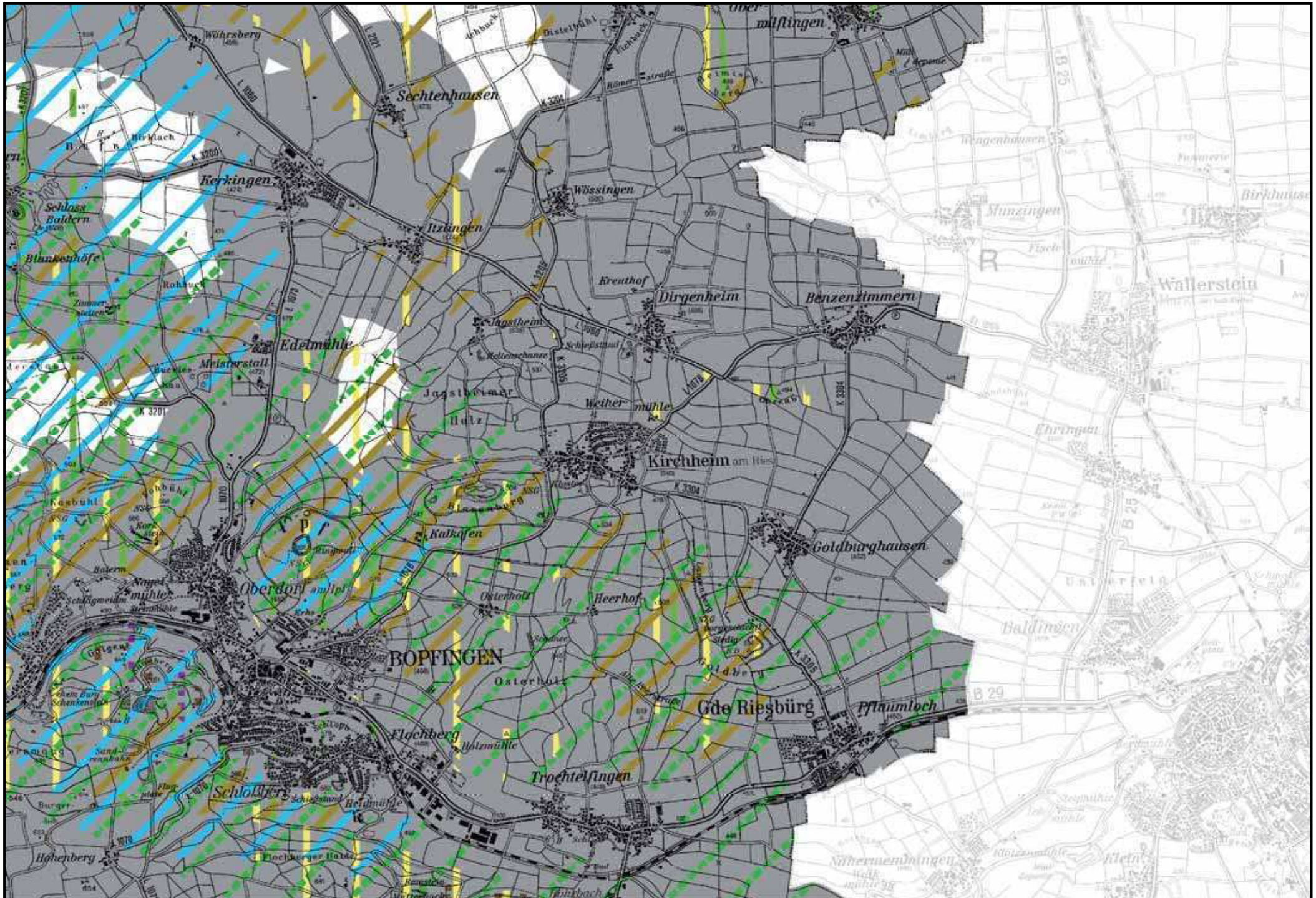
C5

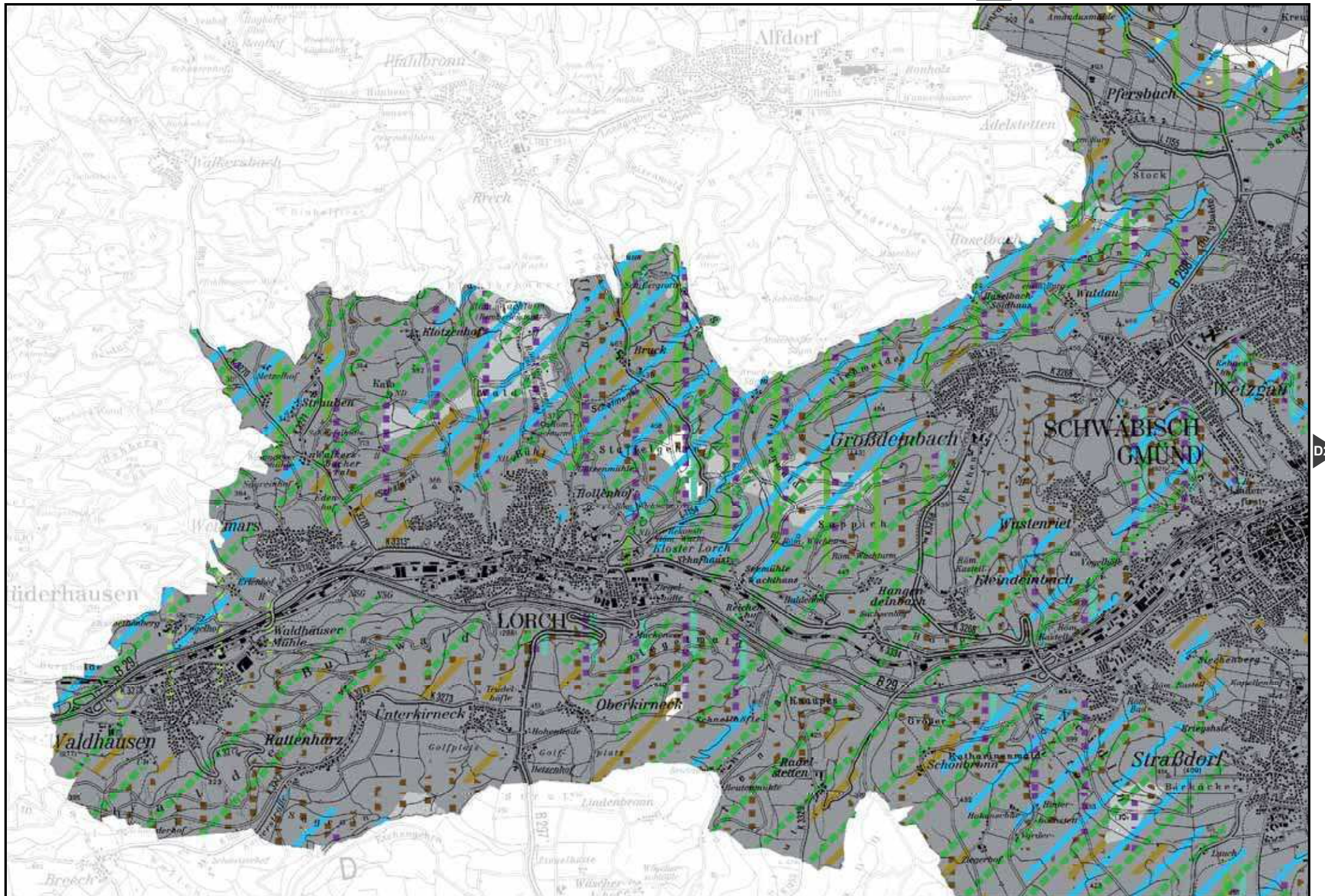


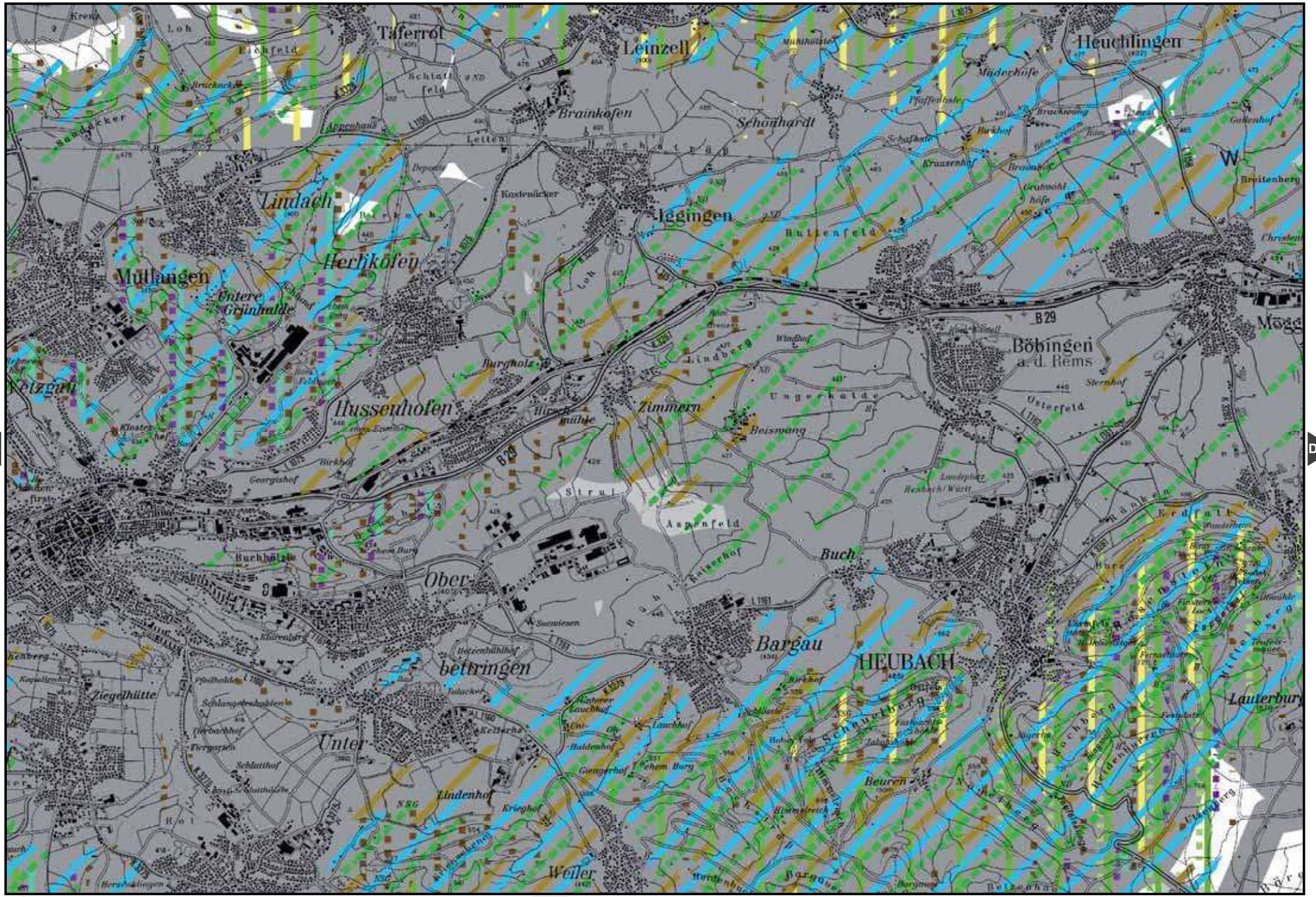






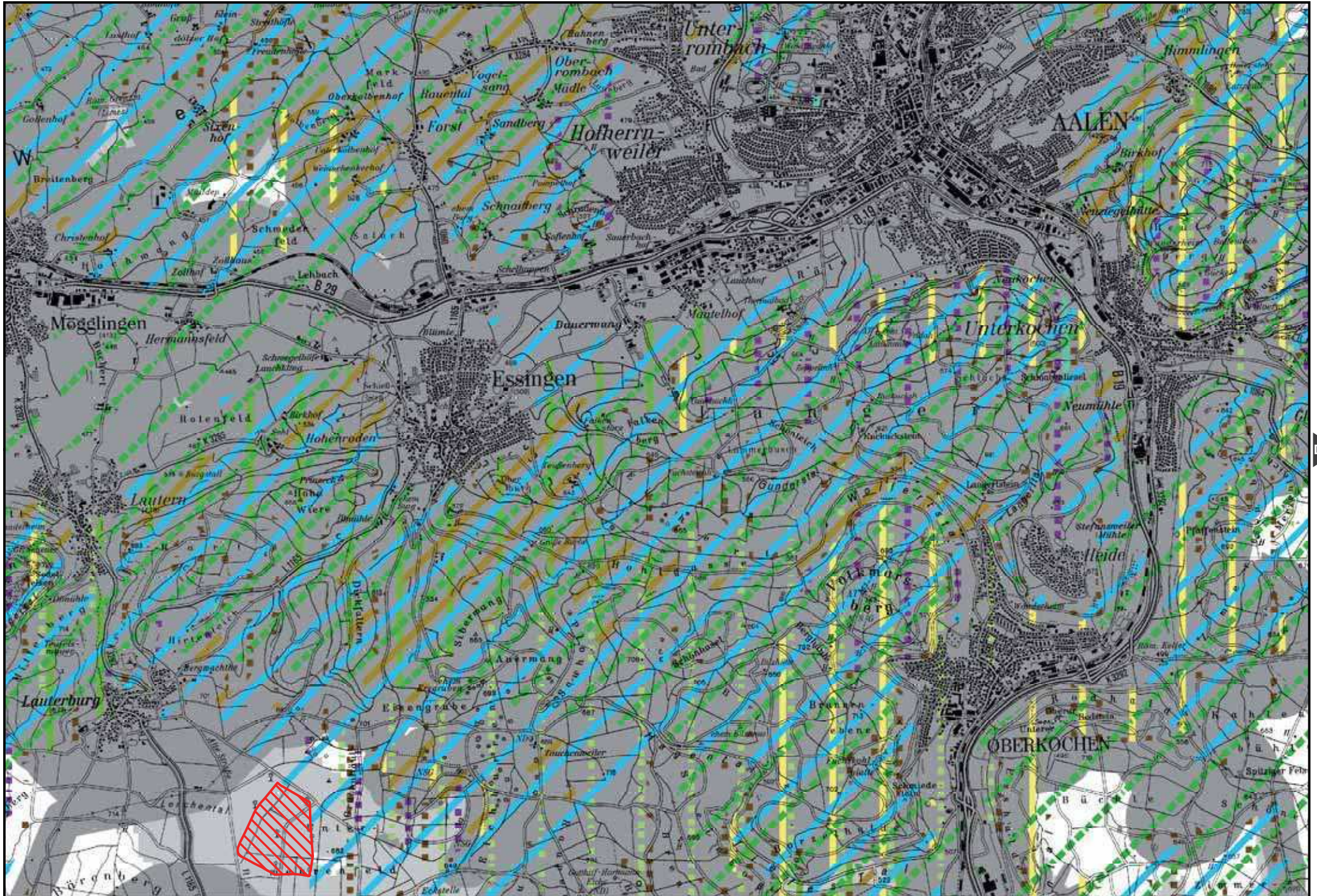


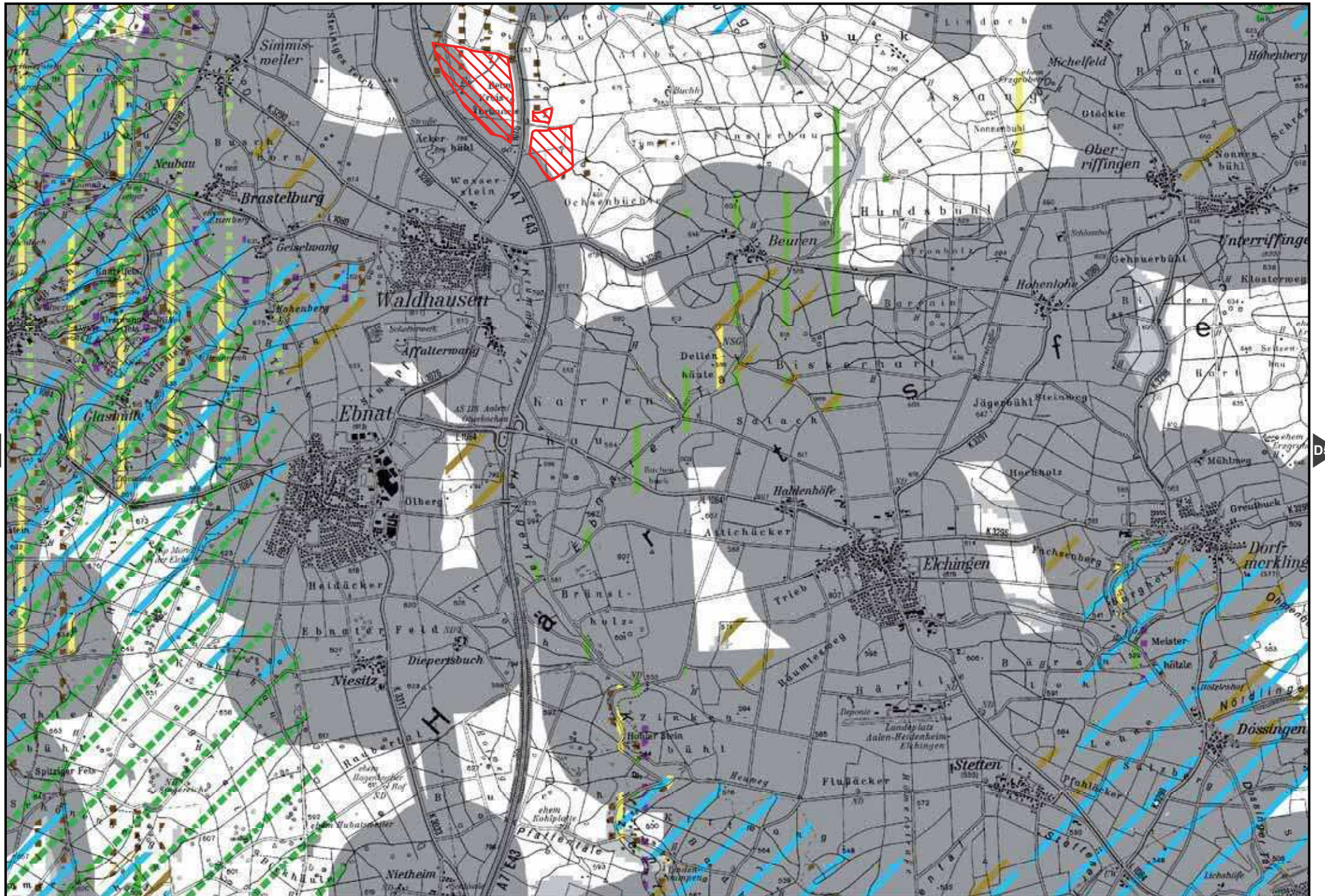


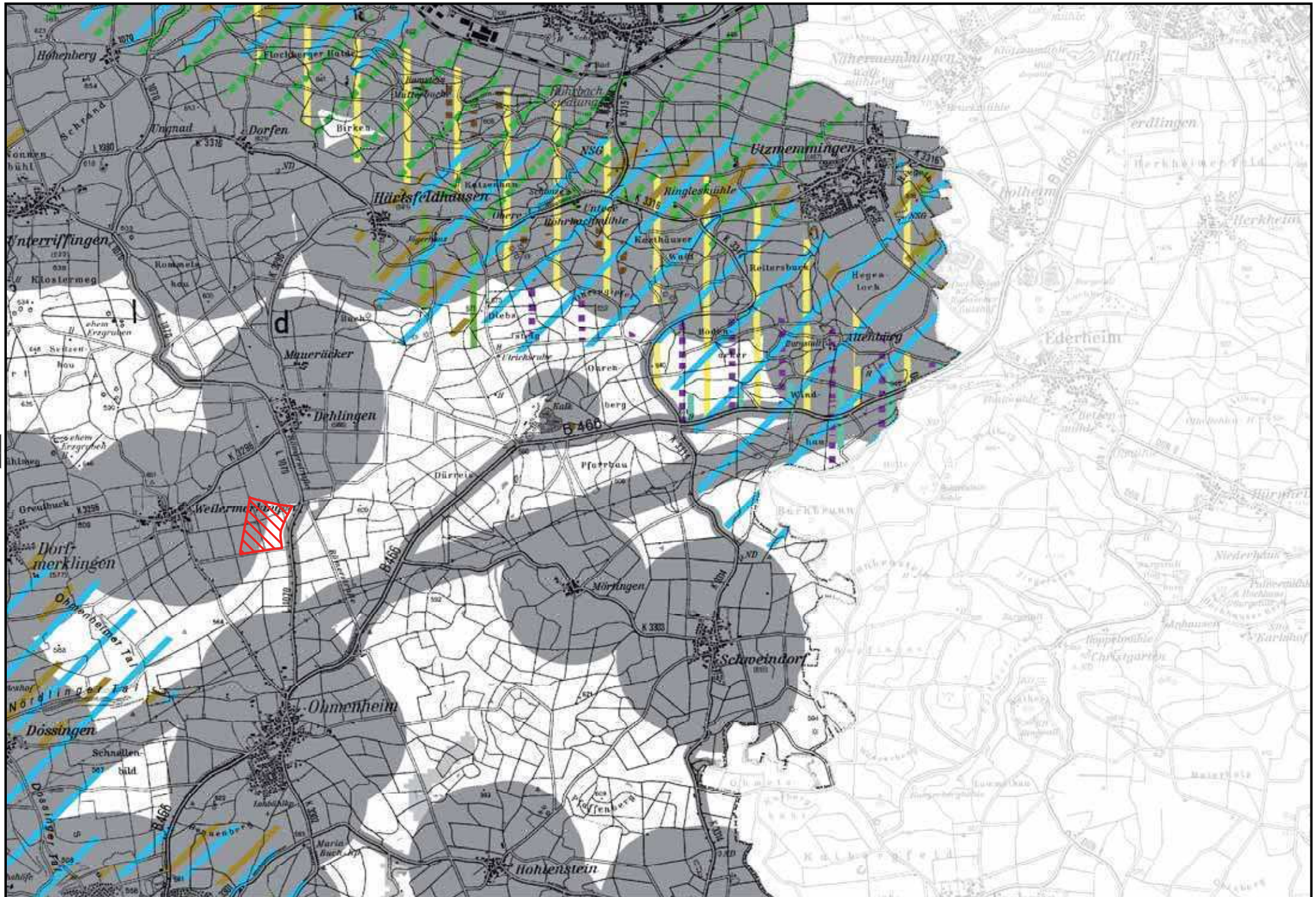


D1

D3

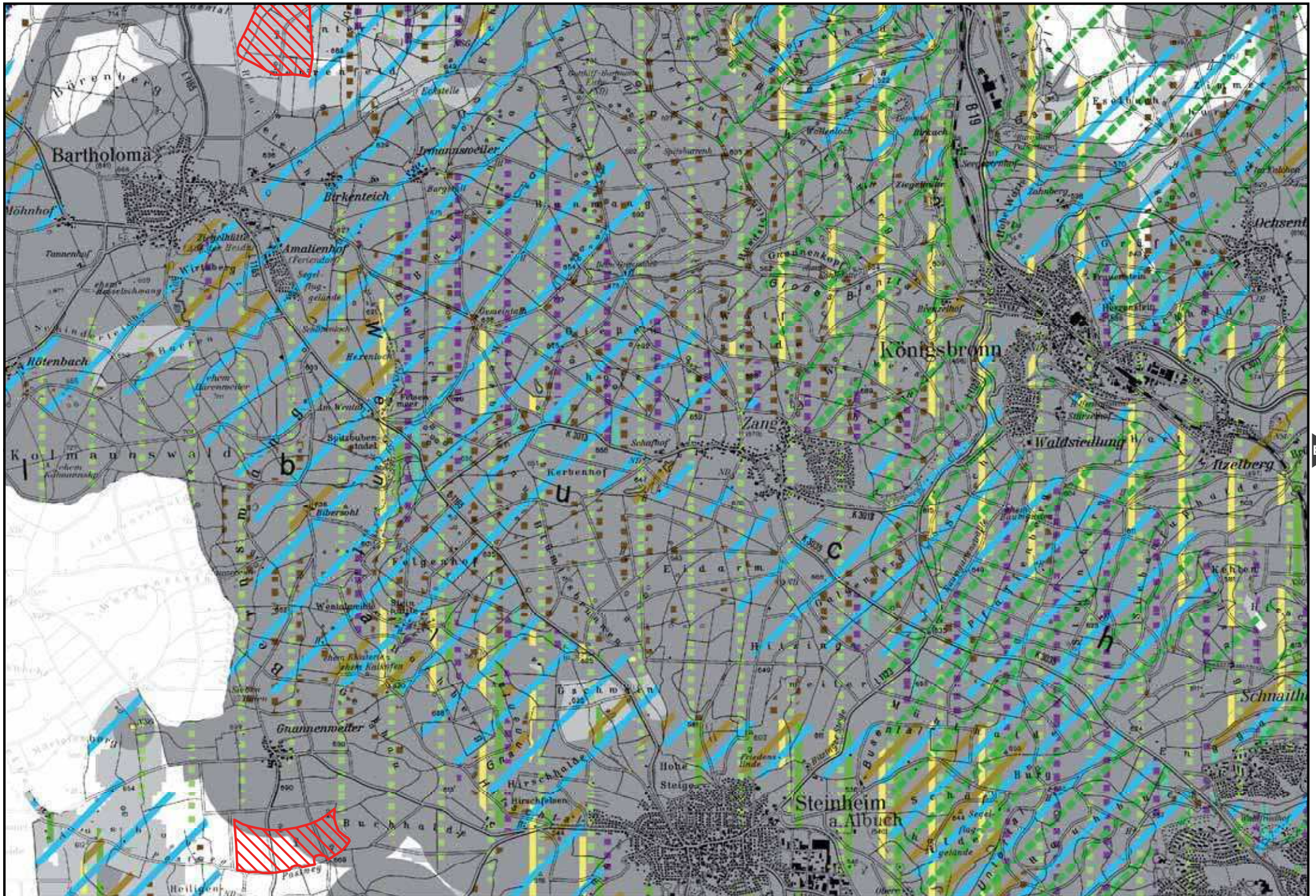


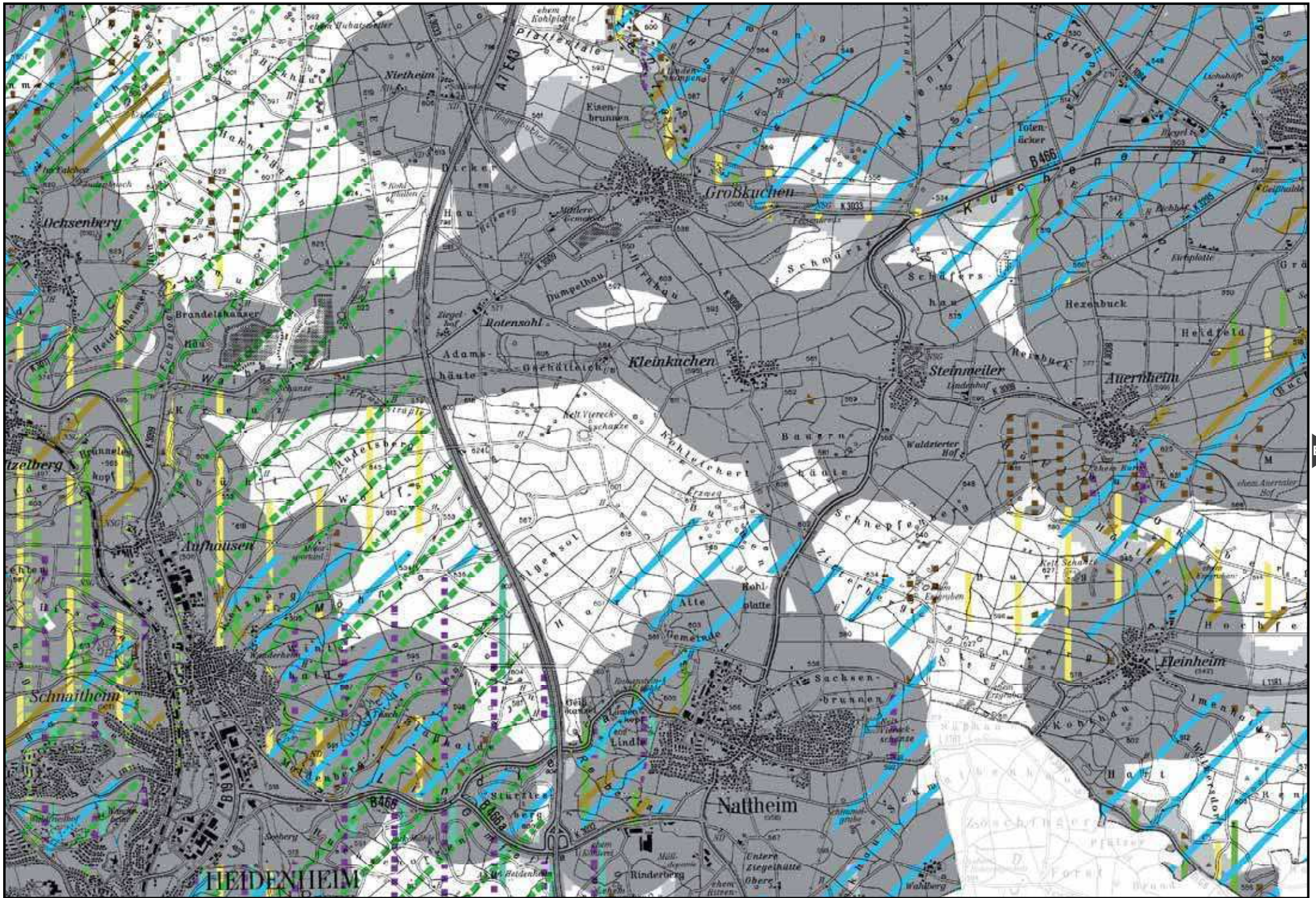


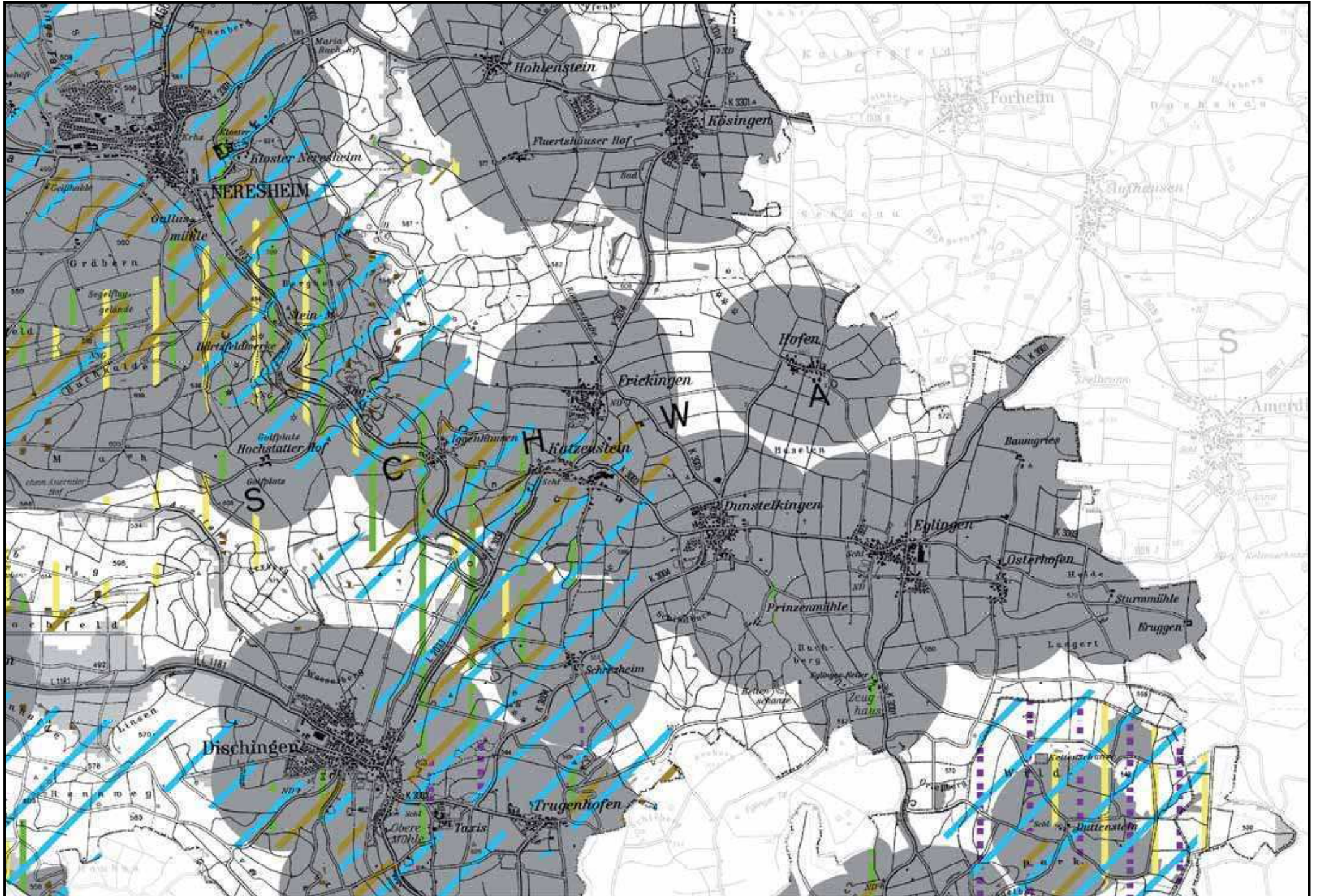






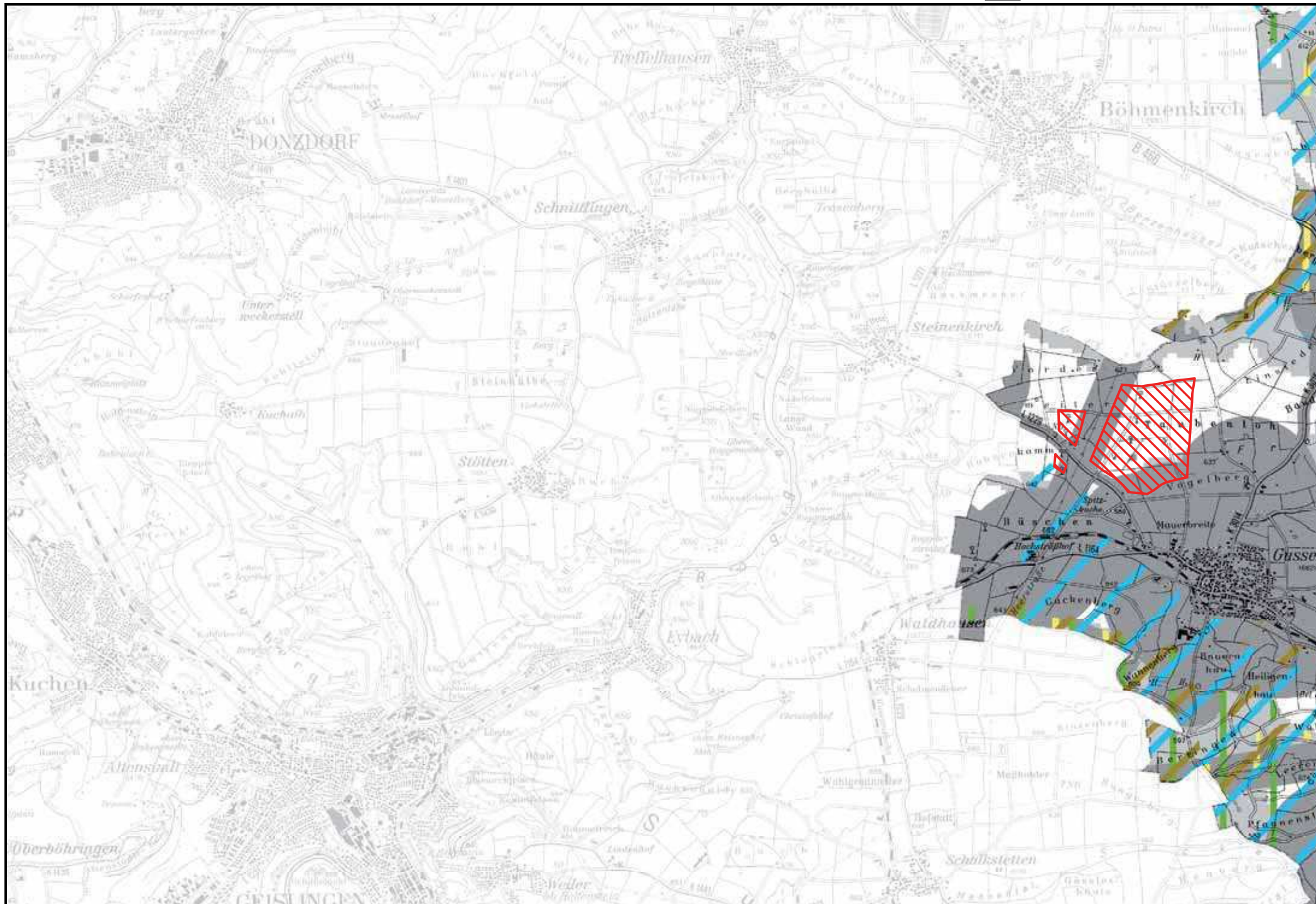




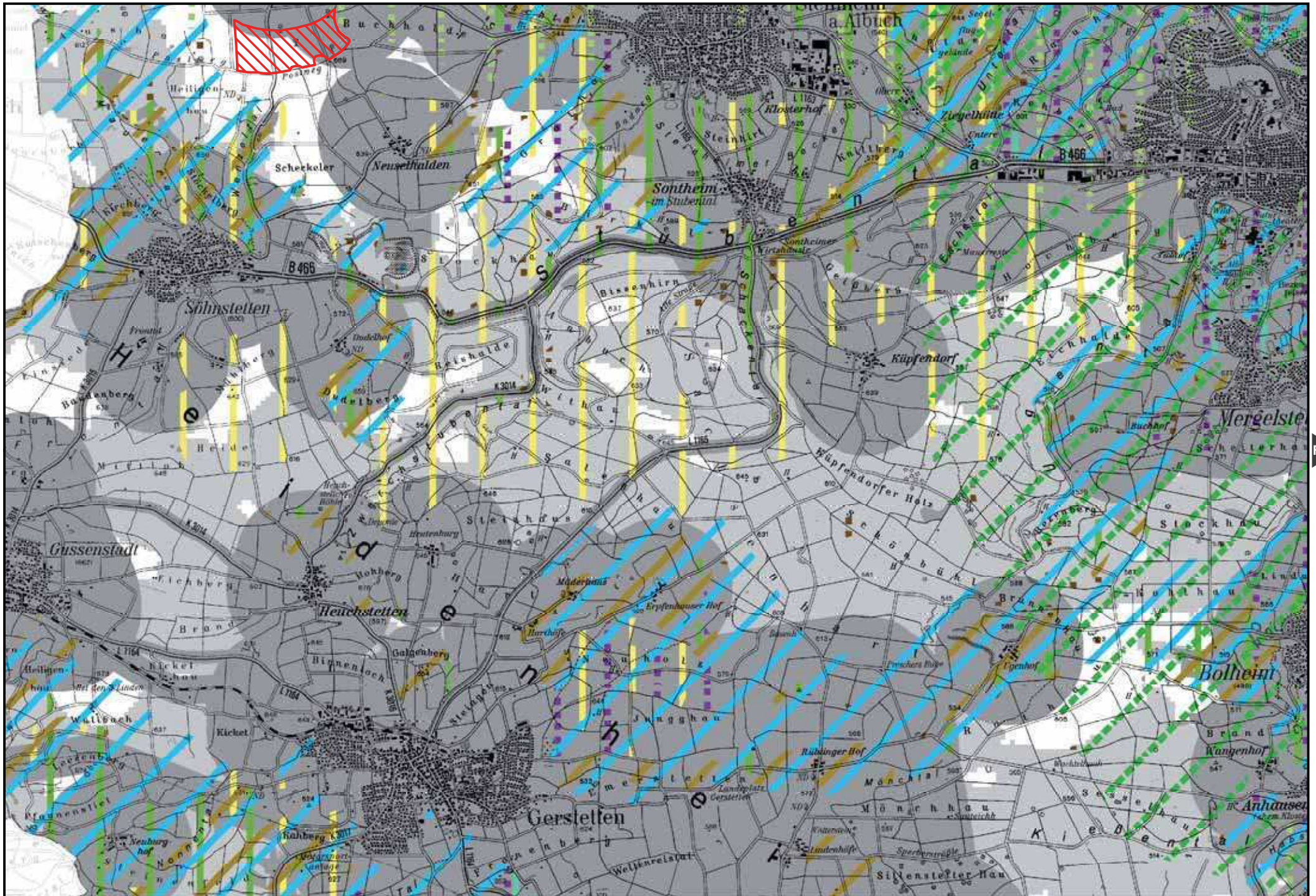


E4

F4

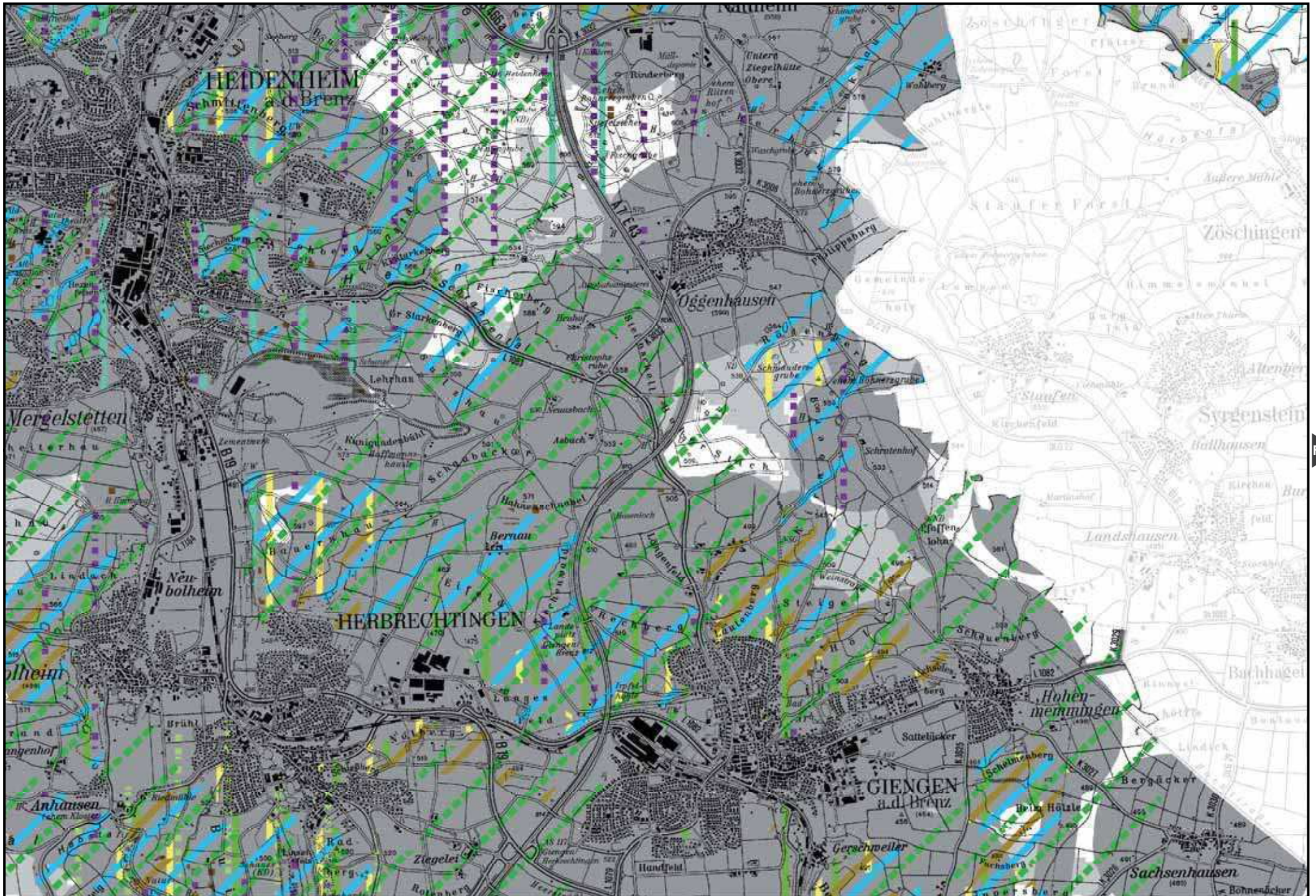


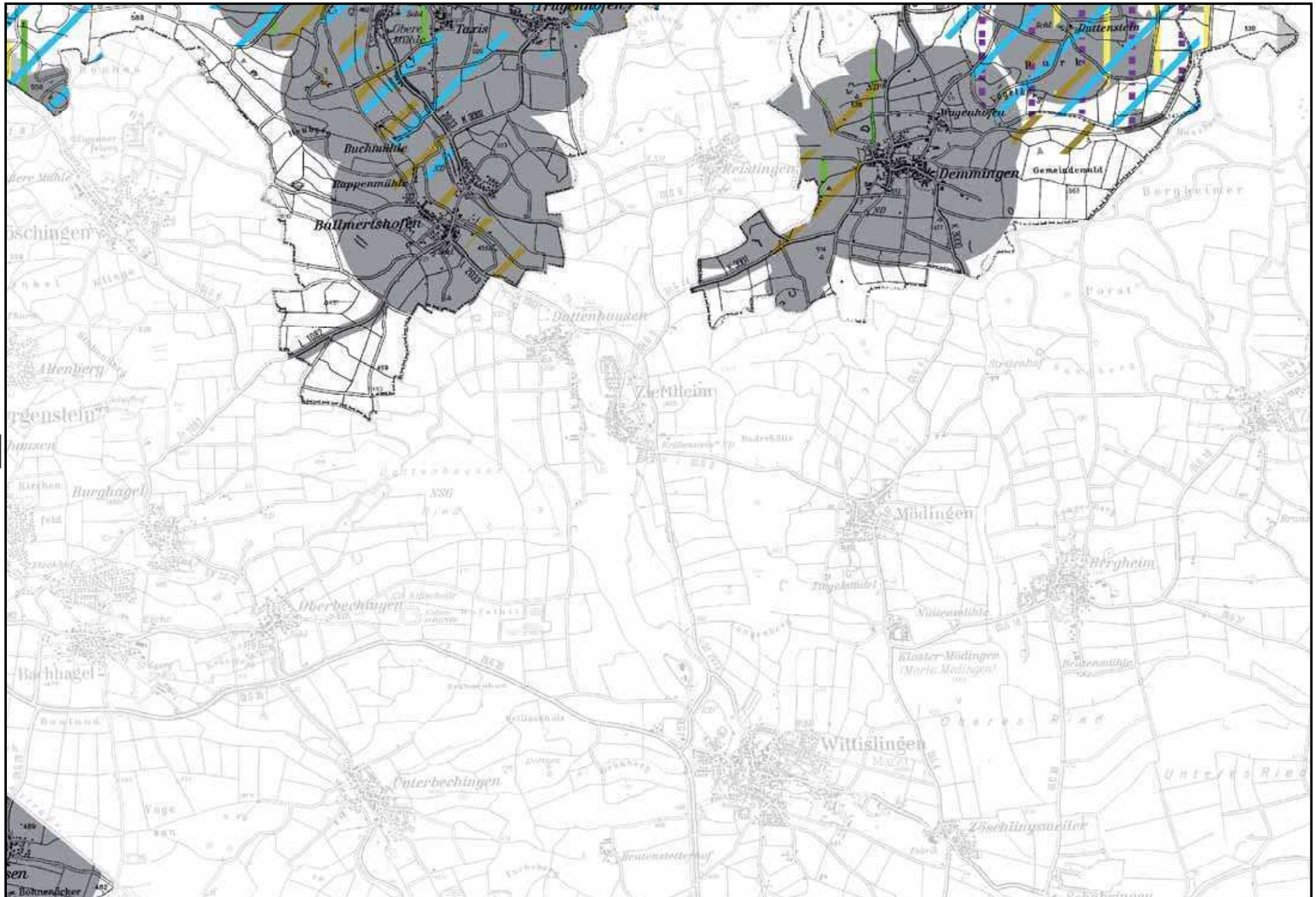
F2



F1

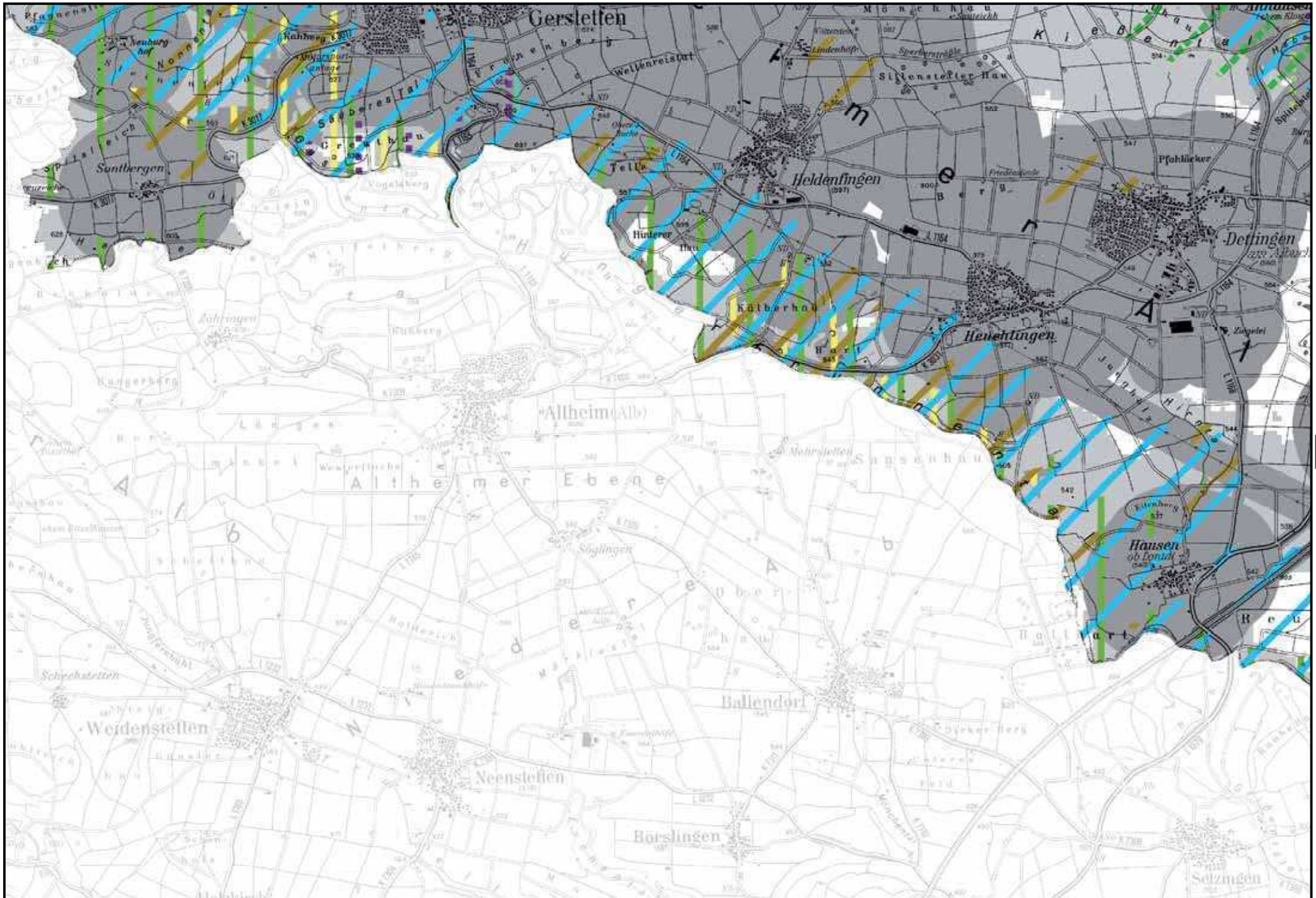
F3

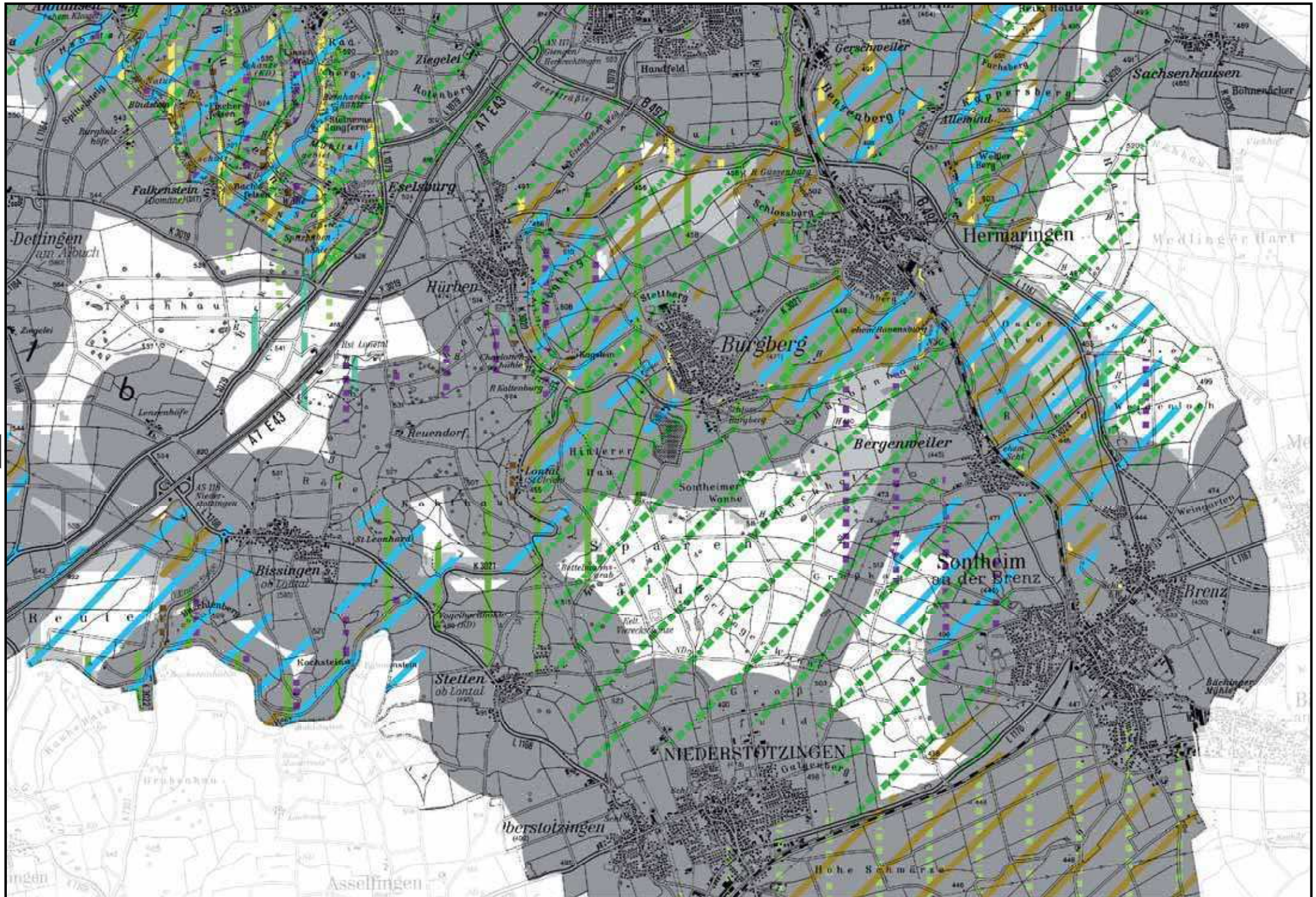




F3

E5







Kriterien zur Definition von Suchräumen zur Ermittlung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie

Übersicht über verwendete Ausschluss und Abwägungskriterien (Stand 19.10.2011)

In der folgenden Tabelle wird dargestellt, welche Inhalte des Kriterienkatalogs in der Karte „Suchräume Windenergie“ (Stand 19.10.2011) dargestellt sind und welche Kriterien erst in einer standortbezogenen Einzelfallbetrachtung bzw. im Abwägungsprozess behandelt werden.

	Ausschluss	Abwägung
Siedlung	<ul style="list-style-type: none"> - Wohnbauflächen (allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete) (750 m) - Gemischte Bauflächen (Kern-, Misch-, Dorfgebiete) (750 m) - Einzelgebäude wohngenutzt (Einzelgehöfte) (750 m) - Gewerbeflächen (250 m) - Industrieflächen (250 m) - Geplante Siedlungsentwicklungen – s.o. 	-
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - Freizeit und Erholung – Einrichtungen für längeren Aufenthalt (500 m) - Freizeit und Erholung – Einrichtungen für kürzeren Aufenthalt (350 m) - Unmittelbare Umgebung von Gebäuden und sonst. Einrichtungen der Ver- und Entsorgung – 100 m - Im Süden von Wohngebieten 	
Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> - Autobahnen (40 m + 50 m Rotor-Radius) - Bundes- und Landesstraßen (20 m + 50 m Rotor-Radius) - Kreisstraßen (15 m + 50 m Rotor-Radius) - Bahnlinien (100 m/ 500 m) - Kabelfreileitungen (200 m) 	<ul style="list-style-type: none"> - Ziviler Richtfunk - Leitungen (Erdgas, Wasser usw.)
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - Behördenfunk 	
Flugsicherheit	<ul style="list-style-type: none"> - Platzrunden der Flugplätze 	-
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - Navigationsanlagen (Radar) - Sonstige Bauschutzbereiche 	
Freiraum- schutz Regionalplan	<ul style="list-style-type: none"> - Grünzäsuren - Schutzbedürftiger Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe - Bereiche zur Sicherung von Rohstoffvorkommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Regionaler Grünzug - Schutzbedürftiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege - Schutzbedürftiger Bereich für die Erholung
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - Zusatzabstand zu Schutzbedürftigem 	

	<ul style="list-style-type: none"> Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe - Zusatzabstand zu Bereichen zur Sicherung von Rohstoffvorkommen - Interessensgebiete 	
Naturschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Naturschutzgebiete - Zusatzabstand zu Naturschutzgebiete (200 m, standortabhängig) (Ergebnis Scoping) - Natura 2000 – Vogelschutz-Gebiete 	<ul style="list-style-type: none"> - Natura 2000 – FFH-Gebiete (schutzzweckabhängig) - Zusatzabstand zu Natura 2000 – Vogelschutz-Gebieten (schutzzweckabhängig)
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - Besonders geschützte Biotope - Naturdenkmale 	
Artenschutz	-	-
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - besonderer Artenschutz - Avifaunistisch wertvolle Bereiche - Vogelzugstrecken 	
Landschaftsschutz	<ul style="list-style-type: none"> - einzigartige geomorphologische Erscheinungen (Ries, Riesrand) - Albrauf (500 m) 	- Landschaftsschutzgebiete
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	-	- großflächige, unbelastete und unzerschnittene Räume
Wald/Forstwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Bannwald - Schonwald - Gesetzlicher Erholungswald - Zusatzabstand zu Bannwald (200 m, standortabhängig) (Ergebnis Scoping) 	<ul style="list-style-type: none"> - Biotopschutzwald (standortabhängig) - Erholungswald - Schutzwald gegen schädliche Umwelteinwirkungen (Klima-, Immissionsschutzwald) - Bodenschutzwald
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	-	- Zuwegung, Erschließung in Waldgebieten
Wasserschutz	- Wasserschutzzonen I und II	-
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - Fließgewässer 1. Ordnung – 10 m - übrige Fließgewässer – 10 m - Binnengewässer (> 0,5 ha) 	
Kulturgüter	-	-
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - regional und lokal bedeutsame Kulturgüter - archäolog. Kulturgüter (z.B. Limes) 	- Zusatzabstand zu regional und lokal bedeutsamen sowie archäologischen Kulturgüter (Burgen, Schlösser, Klöster) (standortabhängig, z.B. Sichtbarkeit)
Landesverteidigung	- Militärische Richtfunkstrecken	-
	<i>Noch nicht/ nicht vollständig dargestellt bzw. erfasst:</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> - Militärische Tiefflugstrecken - Sonstige Belange der Landesverteidigung 	

Hinweise für Rückmeldungen zu den Suchräumen des Regionalverbands zur Ermittlung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie

Es werden im Rahmen der informellen Beteiligung alle Gemeinden der Region Ostwürttemberg sowie die betroffenen Träger öffentlicher Belange beteiligt. Auch Bürger der Region und weitere Interessierte haben die Möglichkeit, Anmerkungen zu machen. Aus diesem Grund werden große Zahlen an Rückmeldungen und Informationen erwartet. Damit die Verbandsverwaltung des Regionalverbands Ostwürttemberg diese Informationen effektiv auswerten und entsprechend ihrem Gewicht in die weitere Planung einfließen lassen kann, ist eine Kennzeichnung Ihrer Anregungen erforderlich. Im Folgenden wird dargestellt, welche Form der Kennzeichnung die Bearbeitung für den Regionalverband erleichtert.

Wir bitten Sie, uns Ihre Rückmeldung entweder zusätzlich zur Papierform auch in elektronisch Form oder gerne auch ausschließlich elektronisch zu senden.

A: Anmerkung ohne konkreten Standortbezug

Für Informationen, generelle Anmerkungen oder Kritik, die sich nicht auf eine bestimmte Fläche beziehen, sondern einen allgemeinen Charakter haben, ist eine textliche Beschreibung ausreichend. Gegebenenfalls können die Angabe der Quelle oder Hintergrundinformationen hilfreich sein.

B: Informationen und Anmerkungen mit konkretem Standortbezug

Abhängig vom Konkretisierungsgrad der Anmerkungen, Anregung, Vorschläge oder Informationen kann eine räumliche Verortung erforderlich sein. Um die Inhalte dem richtigen Standort zuordnen zu können, sind folgende Informationen zu geben:

1. Textliche Beschreibung

notwendige Angaben:

- a. Gemeindegebiet, ggf. incl. Teilort
- b. Kartenfeld (Nummer des Blattschnitts (Blatt A1 bis H1))
- c. Eigene Nummer der Anmerkung (1 bis ...)
- d. Ggf. weitere hilfreiche Informationen (z.B. bei artenschutzrechtlichen Angaben Datum und Ort von Kartierungen und Name des Kartierers)

2. Verortung der Information/ Anmerkung

Die flächenkonkreten Angaben können nur mit der eigenen Nummer in den Kartenblättern (Anlage 2) gekennzeichnet werden (s. Beispiel). Keine Verortungen anhand von Parzellennummern, Flurstücksnummern, Schlagbezeichnungen o.ä.! Informationen, deren räumlicher Bezug über die DIN A4-Kartenausschnitte hinausgehen, bitte auf einer separaten, geeigneten Karte verorten (bspw. Vogelzugstrecken o.ä.)

3. Zusätzliche Flächenvorschläge

Wenn ein konkretes Interesse zum Bau von Windenergieanlagen an einem bestimmten Standort vorliegt, können eigene zusätzliche Flächenvorschläge für eine konkrete Prüfung vorgeschlagen werden.

Angaben zur Person:

Um die Angaben besser zuordnen zu können, sind Angaben zur Person sowie ggf. zu Behörde oder Verband erforderlich:

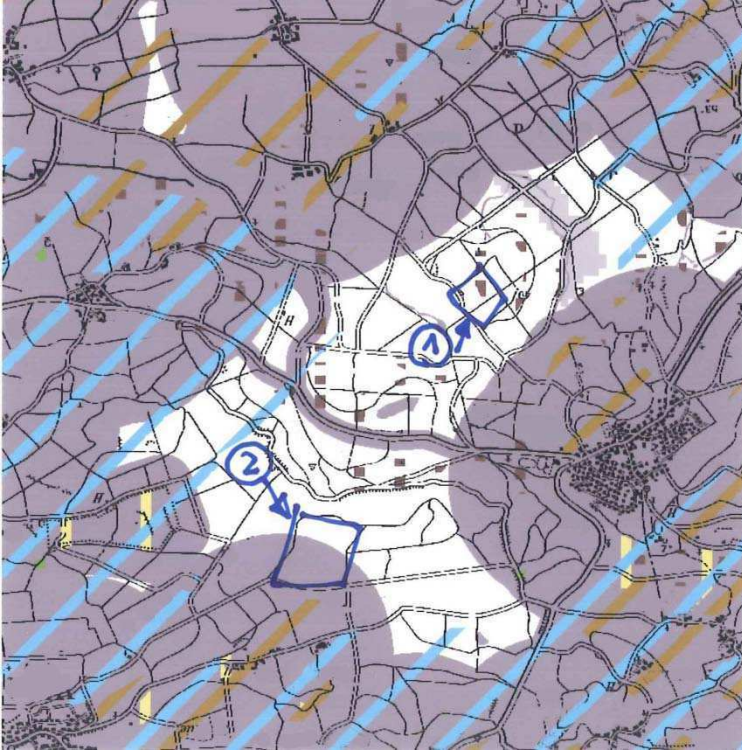
- a. Name, Adresse
- b. Ggf. Behörde (incl. Fachbereich/ Abteilung/ Sachgebiet), Verband oder Institution (Träger öffentlicher Belange)

Desweiteren können folgende Angaben hilfreich sein:

- c. Ggf. fachlicher Hintergrund (z.B. Beruf/ Ausbildung, ehrenamtlicher Naturschutz usw.)

Beispiel:

Verortung des Standorts



Textliche Beschreibung

- 1 In diesem Waldstück wurde in den letzten 2 Jahren ein Rebhuhn mit Nachwuchs (Bruterfolg) gesehen

(Nachweis durch W. Xyz, Jäger)
- 2 Dieser Bereich hat eine extreme Hanglage, sodass der Bau einer Windkraftanlage unmöglich ist

Rückmeldebogen

zu den Suchräumen des Regionalverbands für die Ermittlung von Vorranggebieten für die
Windkraftnutzung

Name:	
Behörde/ Institution:	
Straße: Postleitzahl, Ort:	
E-Mail:	
Telefon: Fax:	
A	Anmerkungen ohne konkreten Standortbezug

Weitere Informationen im Verfahren erwünscht

Rückmeldebogen
 zu den Suchräumen des Regionalverbands für die Ermittlung von Vorranggebieten für die
 Windkraftnutzung

Name:			
Behörde/ Institution:			
Straße: Postleitzahl, Ort:			
E-Mail:			
Telefon: Fax:			
B	Anmerkungen mit konkretem Standortbezug	Nr.
Gemeinde: 			
Blatt-Nummer: 			
Eigene Nummer: 			

Weitere Informationen im Verfahren erwünscht

Anlage 4

Rückmeldebogen

zu den Suchräumen des Regionalverbands für die Ermittlung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung

Name:	
Behörde/ Institution:	
Straße: Postleitzahl, Ort:	
E-Mail:	
Telefon: Fax:	
A	Anmerkungen ohne konkreten Standortbezug

Weitere Informationen im Verfahren erwünscht

Anlage 4

**Rückmeldebogen
zu den Suchräumen des Regionalverbands für die Ermittlung von Vorranggebieten für die
Windkraftnutzung**

Name:			
Behörde/ Institution:			
Straße: Postleitzahl, Ort:			
E-Mail:			
Telefon: Fax:			
B	Anmerkungen mit konkretem Standortbezug	Nr.
Gemeinde: 			
Blatt-Nummer: 			
Eigene Nummer: 			

Weitere Informationen im Verfahren erwünscht

Auswirkungen der Änderung des Landesplanungsgesetzes auf die Steuerung raumbedeutsamer Windkraftanlagen – 09.11.2011

Kurzfassung :

- 1. Die Regionalverbände müssen auch weiterhin Vorranggebiete zur Windkraftnutzung im Regionalplan ausweisen.*
- 2. Die zu einer umfassenden Steuerung notwendigen „Schwarz-Weiß-Regelungen“ können zukünftig (nur noch) auf Ebene der Flächennutzungspläne der Kommunen und Planungsverbänden durch die Ausweisung von Sondergebieten zur Windenergienutzung in Teilflächennutzungsplänen gesichert werden. Dabei ist ein schlüssiges Planungskonzept und Ausweisungen, die der Windkraftnutzung substanziell Raum einräumen zwingend. Grundlage dafür können die Vorranggebiete aus dem Regionalplan sein.*
- 3. Liegt keine kommunale Flächennutzungsplanung zur Windkraftnutzung vor, gelten allein die gesetzlichen Mindestbestimmungen aus dem BImSchG und des BauGB § 13. Weitere kommunale oder städtebauliche Belange können bei der Genehmigung eines Bauantrags nicht berücksichtigt werden.*

Im Frühjahr 2012 beabsichtigt die Landesregierung die Änderung des Landesplanungsgesetzes zu beschließen. Damit werden zukünftig neue Rahmenbedingungen in Bezug auf die planungsrechtliche Zulässigkeit von raumbedeutsamen Windenergieanlagen¹ gelten. Aufgrund der Komplexität der Materie soll vorliegende Ausarbeitung einen Überblick über diese Rahmenbedingungen geben.

Zu berücksichtigen sind hierbei sowohl die Vorgaben des Bundesgesetzgebers (Baugesetzbuch (BauGB), Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSch), Raumordnungsgesetz (ROG) etc.) und Vorgaben des Landesgesetzgebers (Landesplanungsgesetz (LPlG), Landesentwicklungsplan (LEP))

Die nach LPlG § 11 Abs. 3 heute geltende, so genannte „Schwarz-Weiß-Regelung“² wird durch eine „Weiß-Grau“-Regelung ersetzt. Das bedeutet, dass in den Regionalplänen weiterhin Vorranggebiete für raumbedeutsame Windkraftanlagen festgelegt werden müssen, jedoch eine Festlegung von dezidierten Ausschlussgebieten nicht möglich ist. Die Regionalplanung behält damit die Aufgabe, bestmögliche Standorte zur Errichtung von Windenergie-

¹ Unter raumbedeutsamen Windenergieanlagen, werden Anlagen ab einer Nabenhöhe von 50 m verstanden.

² Die Regionalverbände legen in ihren Regionalplänen Vorranggebiete für raumbedeutsame Windenergieanlagen fest, alle anderen Bereiche sind Ausschlussgebiete, d.h. der Bau einer Windkraftanlage ist nicht zulässig.

gieanlagen zu sichern. Zur räumlichen Steuerung der Windenergieanlagen stehen damit folgende planungsrechtliche Möglichkeiten zur Verfügung:

- a) Genehmigungen nach § 35 BauGB im Rahmen eines Bundesimmissionsschutzverfahrens.
- b) Aufstellung von „Teilflächennutzungsplänen Windenergie“ durch die Kommunen
- c) Ausweisung von Vorranggebieten im Regionalplan

zu a): Windenergieanlagen gehören gemäß BauGB § 35 Abs. 1 Satz 5 im Gegensatz zu z.B. Freiflächenphotovoltaikanlagen zu den so genannten „privilegierten Vorhaben“. Insofern keine öffentlichen Belange nach BauGB § 35 Abs. 3 betroffen sind, müssen Bauanträge hierzu von den Genehmigungsbehörden genehmigt werden. Zu den öffentlichen Belangen gehören z.B. Abstände zu Siedlungen gemäß TA Lärm, Natur- und Landschaftsschutzgebiete (sofern Windkraftanlagen den in der Schutzverordnung festgelegten Schutzzwecken widerspricht), aber auch Planaussagen in Flächennutzungsplänen, in den Regionalplänen oder der Artenschutz.

Das Einvernehmen der betroffenen Kommune ist kein gültiger Belang und hat keine Bedeutung für die rechtliche Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen. D.h. die Genehmigungsbehörde (in der Regel das Landratsamt) kann diese Belange bei der Genehmigung nicht berücksichtigen, der Antragsteller hat ein Recht auf Genehmigung.

zu b): Nach § 35 BauGB Abs. 3 Satz 3 gibt es nur dann die Möglichkeit planerische Erwägungen als öffentliche Belange einem privilegierten Vorhaben entgegen zu stellen, wenn in Flächennutzungsplänen Sondergebiete zur Windkraftnutzung, verbunden mit dem Ausschluss aller anderen Gebiete erfolgt ist oder z.B. in Regionalpläne Ziele der Raumordnung die Aufstellung raumbedeutsamer Windkraftanlagen ausschließen. Mit der derzeit diskutierten Änderung des Landesplanungsgesetzes wird die Möglichkeit für eine Schwarz-Weiß-Planung auf der regionalen Ebene entfallen. Weiter bestehen bleiben jedoch die sonstigen Ausweisungen zum Freiraumschutz in den Regionalplänen, die ebenfalls dazu führen können, dass die Errichtung von Windenergieanlagen (wie auch anderer raumbedeutsamer privilegierter Vorhaben, z.B. sehr große Schweinemastställe) an einem bestimmten Standort ausgeschlossen sind.

Auf der kommunalen Ebene ist die Steuerung weiterhin auf Grundlage der Bundesgesetzgebung (BauGB) möglich, d.h. eine Kommune, bzw. ein Gemeindeverwaltungsverband oder bei einem Zusammenschluss benachbarter Gemeinden nach BauGB § 204 können räumliche oder/und sachliche Teilflächennutzungspläne aufgestellt werden.

In solch einem Teilflächennutzungsplan können Konzentrationsflächen (z.B. Sondergebiete zur Nutzung der Windenergie) auf der Grundlage eines schlüssigen Planungskonzepts dargestellt werden. Dies hat dann gemäß des o.g. § 35 Abs. 3 Satz 3 die Ausschlusswirkung auf alle anderen Bereiche des Plangebietes³. Wichtig ist, dass in einem solchen Plan der Windkraftnutzung „substanziell“ Raum eingeräumt wird. Eine reine Verhinderungsplanung ist nicht möglich.

³ D.h. z.B. in einem Planungsraum der mehrere Gemeindegebiete umfasst, kann es einzelne Gemeindegebiete geben, in denen keine Flächen zur Windkraftnutzung ausgewiesen werden.

zu c): Gemäß des Entwurfs der Landesregierung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vom September 2011 sind folgende Rahmenbedingungen für die Behandlung der Windenergienutzung zukünftig vorgegeben.

1. Im Regionalplan sind Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festzulegen (LPIG § 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 11).
2. Standort für regionalbedeutsame Windkraftanlagen können nur als Vorranggebiete festgelegt werden (aktuell gültige Fassung verbindet mit der Ausweisung von Vorranggebieten gleichzeitig die Ausweisung von Ausschlussgebieten).
3. Die bisherigen Festlegungen zu Windkraftstandorten in den Regionalplänen werden zum 01.09.2012 aufgehoben.

Damit sind die Regionalverbände in Baden-Württemberg weiterhin verpflichtet, Vorranggebiete zur Windkraftnutzung auszuweisen. In diesen Gebieten dürfen keine weiteren Nutzungen oder Planungen zugelassen werden, die der Nutzung der Windenergie entgegenstehen.

Zukünftig im Regionalplan ausgewiesene Vorranggebiete geben Planungssicherheit für Investoren, da im Rahmen der Aufstellung nur wirtschaftlich nutzbare Standorte ausgewiesen werden, deren Eignung zuvor intensiv erkundet und mit den relevanten Kommunen, Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange abgestimmt wurden.

Die Kommunen oder auch Planungsverbände können in diesen Vorranggebieten (aber auch ergänzend an weiteren Standorten) Sondergebiete zur Windkraftnutzung ausweisen. D.h. die Kommunen können in ihrer eigenen Planung auf den Erkenntnissen und Vorarbeiten des Regionalplans aufbauen, um entsprechend substantiell Raum für die Windkraftnutzung zu schaffen.



**Regionalverband
Ostwürttemberg**

Entwurf der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans Ostwürttemberg

**zur Anhörung der Träger öffentlicher Belange
und der Öffentlichkeit gem. § 12 (2) LPlG**

Entspr. Beschluss der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg
vom 06.07.2012 zur Anhörung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit

Plansätze

Plansätze zur Teilfortschreibung Regenerative Energien des Regionalplans Ostwürttemberg

4.2. (G) Nutzung Regenerativer Energien zur Stromerzeugung

Die Region Ostwürttemberg verfolgt das Ziel, durch möglichst viele, geeignete Maßnahmen auf regionaler und kommunaler Ebene, aber auch durch Anstrengungen der Wirtschaft und der Bevölkerung, zur Verminderung schädlicher Emissionen und zur Verringerung des Energieverbrauchs beizutragen.

Die Region leistet ihren Beitrag zur Steigerung der regionalen Energieerzeugung, zur Reduzierung ansonsten notwendiger Energieimporte und für eine sichere, umweltverträgliche und wirtschaftliche Energieversorgung unter Bewahrung der natürlichen Ressourcen. Die Belastung von Umwelt, Natur und Landschaft soll dabei verträglich gestaltet werden. Für die Versorgung mit Strom und Wärme sollen möglichst moderne Anlage mit hohen Wirkungsgraden eingesetzt werden. Dabei müssen zum Erreichen der oben genannten Ziele verstärkt regenerative Energieträger genutzt werden.

4.2.1 (Z) Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen (VRG)

Folgende Vorranggebiete sind für den Bau und Betrieb von raumbedeutsamen Windenergieanlagen geeignet und werden als Vorranggebiete festgesetzt. Andere raumbedeutsame Nutzungen sind in den Vorranggebieten ausgeschlossen, soweit sie mit dem Bau und Betrieb von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen nicht vereinbar sind. Ihre räumliche Lage ist in den Ergänzungen zur Raumnutzungskarte dargestellt. Im Einzelnen handelt es sich um die Vorranggebietsstandorte:

„Striethof“	[Nummer Planungsverfahren: 1]	Flächengröße: ca. 29 ha
Lage: östlich Ruppertshofen, südlich Vellbach, nördlich Striethof	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Vom dort verlaufenden Limes ist ein Mindestabstand von beidseits 100 m einzuhalten	
„Eschach/Göggingen“	[Nummer Planungsverfahren: 2]	Flächengröße: ca. 61 ha
Lage: südlich Eschach, westlich Schechingen, nordwestlich Göggingen, östlich Utzstetten	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Die in der Fläche liegenden gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 BNatSchG sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen	

„Bühler“	<i>[Nummer Planungsverfahren: 5]</i>	Flächengröße: ca. 263 ha
Lage: westlich Adelmansfelden-Bühler	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Die in der Fläche liegenden Flächen des Artenschutzprogramms des Landes sowie die Habitatbaumgruppen sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen	
„Neuler/Schrezheim“	<i>[Nummer Planungsverfahren: 7/8]</i>	Flächengröße: ca. 145 ha
Lage: östlich Gaishard, nördlich Neuler, westlich Engelhardsweiler (Ellwangen)	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Die in der Fläche liegenden Habitatbaumgruppen sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Fledermäuse nicht ausgeschlossen werden (Vorkommen windkraftempfindlicher Fledermausarten)	
„Rosenberg“	<i>[Nummer Planungsverfahren: 9]</i>	Flächengröße: ca. 48 ha
Lage: nordwestlich Rosenberg, südwestlich Hummelsweiler	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten)	
„Ellenberg/Jagstzell“	<i>[Nummer Planungsverfahren: 11]</i>	Flächengröße: ca. 211 ha
Lage: westlich Ellenberg, westlich der A7, nördlich Keuerstadt, östlich Dankoltsweiler	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Die in der Fläche liegenden gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 BNatschG, Flächen des Artenschutzprogramms des Landes, Habitatbaumgruppen sowie Naturdenkmale sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - FFH-Gebiet im Süden angrenzend - Die Notwendigkeit einer Bauhöhenbeschränkung aufgrund Flugnavi-gationsanlage Dinkelsbühl ist zu überprüfen - Die durch die Fläche verlaufenden Behördenfunktrassen sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen	
„Dalkingen/Neunheim“	<i>[Nummer Planungsverfahren: 12]</i>	Flächengröße: ca. 86 ha
Lage: südlich Neunheim, nordwestlich Dalkingen, nordöstlich Rainau, westlich Röhlingen	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Im Süden der Fläche verlaufenden Behördenfunk ist bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen	

„Freihof“	[Nummer Planungsverfahren: 14]	Flächengröße: ca. 39 ha
Lage: südlich Stödlen, östlich Birkenzell, beim Freihof	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - keine	
„Nonnenholz“	[Nummer Planungsverfahren: 17]	Flächengröße: ca. 433 ha
Lage: südwestlich Pfahlheim, westlich Röhlingen, nordwestlich Zöbingen, westlich Walxheim	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Die in der Fläche liegenden gesetzlich geschützten Biotop gem. § 30 BNatschG sowie Waldrefugien sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten)	
„Waldhausen/Beuren“	[Nummer Planungsverfahren: 19]	Flächengröße: ca. 717 ha
Lage: nordöstlich Waldhausen, südlich Lauchheim, südwestlich Bopfingen, westlich Unterriffingen, nördlich Elchingen	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Die in der Fläche liegenden Naturdenkmale sowie Habitatbaumgruppen sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Angrenzend: FFH-Gebiet im Osten - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten)	
„Weilermerkingen/Dehlingen“	[Nummer Planungsverfahren: 21]	Flächengröße: ca. 71 ha
Lage: östlich Weilermerkingen, südlich Dehlingen, nördlich Ohmenheim	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Die in der Fläche liegenden gesetzlich geschützten Biotop gem. § 30 BNatschG sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Angrenzend: Naturdenkmale, Waldrefugien	
„Dischingen“	[Nummer Planungsverfahren: 23]	Flächengröße: ca. 67 ha
Lage: südöstlich Auernheim, nordwestlich Dischingen, nordöstlich Fleinheim	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten sowie Schwerpunktgebiet für Vogelzug) - FFH-Gebiet im Süden angrenzend	

„Heidenheim/Nattheim“	[Nummer Planungsverfahren: 25]	Flächengröße: ca. 292 ha
Lage: südwestlich Kleinkuchen, nordwestlich Nattheim, nordöstlich Heidenheim	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): <ul style="list-style-type: none"> - Die in der Fläche liegenden gesetzlichen Waldrefugien sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Der durch das Möhntal verlaufende Wildkorridor von internationaler Bedeutung ist von Anlagenstandorten freizuhalten - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten) 	
„Königsbronn/Ebnat“	[Nummer Planungsverfahren: 26]	Flächengröße: ca. 285 ha
Lage: südlich Niesitz, westlich Niethem, nordöstlich Ochsenberg	Überlagerung mit Zielen der Raumordnung: <ul style="list-style-type: none"> - Regionaler Grünzug Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): <ul style="list-style-type: none"> - Bauhöhenbeschränkungen aufgrund der An- und Abflugstrecken des Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen möglich - Der im östlichsten Bereich kreuzende Wildkorridor ist bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Die in der Fläche liegenden Naturdenkmale sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten und Fledermäuse nicht ausgeschlossen werden (Schwerpunktbereich für Vogelzug, Verdacht auf Fledermauskolonie) 	
„Oberkochen“	[Nummer Planungsverfahren: 27]	Flächengröße: ca. 76 ha
Lage: südöstlich Oberkochen, nördlich Königsbronn, nordwestlich Ochsenberg	Überlagerung mit Zielen der Raumordnung: <ul style="list-style-type: none"> - Regionaler Grünzug Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): <ul style="list-style-type: none"> - Bauhöhenbeschränkungen aufgrund der An- und Abflugstrecken des Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen möglich (Prüfung im Genehmigungsverfahren) - Die in der Fläche liegenden Habitatbaumgruppen sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Fledermäuse und Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten sowie Schwerpunktbereich für Vogelzug) - FFH-Gebiet im Westen angrenzend 	

„Dettingen/Hürben“	[Nummer Planungsverfahren: 34]	Flächengröße: ca. 346 ha
Lage: südlich Herbrechtingen, westlich Hürben, nördlich Bissingen, östlich Dettingen	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): <ul style="list-style-type: none"> - Die in der Fläche liegenden gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 BNatschG sowie Naturdenkmale sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Bauhöhenbeschränkungen aufgrund von militärischem Nachttiefflug möglich - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten) 	
„Gussenstadt“	[Nummer Planungsverfahren: 36]	Flächengröße: ca. 200 ha
Lage: südwestlich Söhnstetten, nördlich Gussenstadt	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): <ul style="list-style-type: none"> - Die in der Fläche liegenden gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 BNatschG sowie Naturdenkmale sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Bauhöhenbeschränkungen aufgrund des Wetterradars des Deutschen Wetterdienstes möglich - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogel- und Fledermausarten nicht ausgeschlossen werden (Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten, Vorkommen windkraftempfindlicher Fledermausarten) 	
„Gnannenweiler“	[Nummer Planungsverfahren: 37]	Flächengröße: ca. 105 ha
Lage: südlich Gnannenweiler, westlich Steinheim, nördlich Söhnstetten	Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren): <ul style="list-style-type: none"> - Die in der Fläche liegenden gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 BNatschG sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Angrenzend: FFH-Gebiet im Süden - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten) 	

„Falkenberg“	[Nummer Planungsverfahren: 38]	Flächengröße: ca. 56 ha
Lage: südlich Heubach, westlich Bartholomä, nordöstlich Degenfeld, beim Kitzinghof	<p>Überlagerung mit Zielen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schutzbedürftiger Bereich für die Erholung <p>Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogel- und Fledermausarten nicht ausgeschlossen werden (Vorkommen windkraftempfindlicher Fledermausarten, Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten sowie Schwerpunktbereich Vogelzug) - Der in der Fläche vorhandene Bodenschutzwald gem. § 30 LWaldG ist bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen 	
„Lauterburg“	[Nummer Planungsverfahren: 40]	Flächengröße: ca. 55 ha
Lage: südlich Lauterburg, nördlich Bartholomä	<p>Hinweise auf Restriktionen (Überprüfung in nachgelagerten Verfahren):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die in der Fläche liegenden gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 BNatschG sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Die durch die Fläche verlaufenden Behördenfunktrassen sind bei der konkreten Standortwahl der Anlagen zu berücksichtigen - Artenschutzrechtliche Betroffenheit kann für Vogelarten nicht ausgeschlossen werden (Brut- und Nahrungshabitate windkraftempfindlicher Vogelarten sowie Schwerpunktbereich Vogelzug) 	

Begründung zum Plansatz 4.2.1

Durch die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung und die Festlegung von Grundsätzen für die Nutzung weiterer regenerativer Energien wie Wasserkraft, Solarenergie, Biogas und Biomasse trägt der Regionalverband Ostwürttemberg mit den ihm zur Verfügung stehenden planerischen Instrumenten und ergänzend durch beratende und bewusstseinsbildenden Maßnahmen das Mögliche bei.

Nach dem beschleunigten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie müssen die wegfallenden Strommengen in anderer Weise, nicht zuletzt auch durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien gewonnen werden. Hierzu muss auch Ostwürttemberg einen Beitrag leisten. Auch im Interesse der Ressourcenschonung, des Umweltschutzes und der Verringerung von Importabhängigkeiten muss der Verbrauch fossiler Energieträger reduziert und der Einsatz regenerativer Energieträger verstärkt werden, sowie die Energienachfrage durch Verhaltensänderungen und technische Maßnahmen gesenkt werden. Bei der Nutzung der erneuerbaren Energien in der Region Ostwürttemberg besteht dabei die Chance, eine erhöhte Wertschöpfung innerhalb der Region zu generieren und einen Ressourcenabfluss infolge des Imports von Energieträgern zu verringern. Mit der Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Windenergie entspricht der Regionalverband dem neuen Landesplanungsgesetz in der Fassung vom 9. Mai 2012.

Im Rahmen dieser Teilfortschreibung hat der Regionalverband Ostwürttemberg auf der Grundlage eines umfangreichen Kriterienkatalogs und in intensiven Diskurs mit der Bürgerschaft und in kommunalen Gremien geeignete Standorte für regionalbedeutsame Anlagen zur Nutzung der Windkraft ermittelt und die unterschiedlichen raumordnerischen Belange abgewogen. Die Hinweise des Windenergieerlasses Baden-Württemberg vom 9. Mai 2012 entsprechen dem zu Grunde gelegten Planungskonzept Ostwürttemberg. Belange des Artenschutzes sind auf der Grundlage der Erkenntnisse aus der informellen Beteiligung, des Expertengesprächs Artenschutz am 26.04.2012 und der von den privaten und amtlichen Naturschützern und Verbänden mitgeteilten Informationen eingeflossen. Bei den nachfolgenden Planungen und Genehmigungsverfahren sind Belange des Artenschutzes mit der dort notwendigen Tiefenschärfe zu prüfen. Mit diesen Festsetzungen werden einerseits den kommunalen Planungsträgern wertvolle Hinweise in Bezug auf das nutzbare Windpotential und die Festlegung in vorbereitenden Bauleitplänen gegeben, den Betreibern und Investoren Standort- und Rechtssicherheit gewährleistet. Dies enthebt jedoch nicht von der konkreten Windmessung am vorgesehenen Standort, um in Bezug auf das nutzbare Windpotential die bestmögliche konkrete Standortfestlegung für die einzelne Windenergieanlage zu finden. Die Aussagen zu Windkraftanlagen im Regionalplan beziehen sich auf regionalbedeutsame Anlagen. Dies sind i. d. R. Einzelanlagen mit einer Nabenhöhe von mehr als 50 m oder Windparks ab drei Einzelanlagen unabhängig von der Nabenhöhe. Die Flächen für die Nutzung der Windenergie werden im Regionalplan als Vorranggebiete festgesetzt. Auf diesen Vorranggebieten sind alle Vorhaben ausgeschlossen, die einer möglichen Nutzung der Flächen als Standort für regionalbedeutsame Windkraftanlagen entgegenstehen.

4.2.2 (G) Photovoltaik

- (1) Im Rahmen einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien ist auch ein Ausbau der solaren Stromgewinnung (Photovoltaik) anzustreben. In Ostwürttemberg befindet sich ein hohes nutzbares Gebäudepotential in besiedelten Gebieten, in erster Linie an oder auf Gebäuden, Wohnhäusern und Gewerbebetrieben oder öffentlichen Gebäuden, als integrierte Fassadenelemente oder auf Dach- oder Verkehrsflächen. Diese sollen vorrangig für die Nutzung der Sonnenenergie zur Stromerzeugung in Anspruch genommen werden.
- (2) Bei Photovoltaikanlagen im Außenbereich sollen vorrangig Flächen in Anspruch genommen werden, die eine Vorbelastung aufweisen, das Landschaftsbild möglichst wenig beeinträchtigen und die Funktionsfähigkeit mit ihren wichtigen ökologischen Ausgleichsfunktionen und ihrer Erholungsnutzung nicht beeinträchtigen, sowie dem Erfordernis einer landschaftsverträglichen Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung Rechnung tragen.
- (3) Es sollen darüber hinaus keine Flächen in Anspruch genommen werden, die im regionalen Vergleich aufgrund ihrer natürlichen Eignung für die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln und Futtermitteln gut geeignet sind, da die Flächen der Solarnutzung grundsätzlich der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden. Diese stehen dann nicht mehr für die verbrauchernahe Lebensmittel- und Rohstoffproduktion zur Verfügung.
- (4) Aus agrarstruktureller Sicht sollen, insofern keine anderen Alternativen vorhanden sind, geringwertige Flächen genutzt werden.

Begründung zum Plansatz 4.2.2

Ostwürttemberg bietet gute Potentiale und Nutzungsmöglichkeiten der Photovoltaik. zu (1): Zur Verhinderung der Zersiedelung der Landschaft durch bauliche Anlagen kommt vorrangig das große nutzbare Gebäude- und Verkehrswegepotential für die Nutzung der Sonnenergie in Betracht. Photovoltaikanlagen sollen deshalb in besiedelten Gebieten, vor allem an oder auf baulichen Anlagen wie Fassaden, Dächern von Wohnhäusern, Betrieben, öffentlichen Gebäuden, Schulen, Einkaufszentren, Garagenstellplätzen, landwirtschaftlich genutzten Gebäuden und Schuppen sowie von Deponien, oder im Zusammenhang mit technischen Infrastrukturen, also auf Kläranlagen und Lärmschutzwänden errichtet werden.

zu (2): Eine Fläche kann ausgewiesen werden, wenn ein siedlungsstrukturell günstiger Standort nicht verfügbar, keine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbilds zu erwarten ist und bereits eine Vorbelastung besteht. Vorbelastungen können brachliegende, ehemals baulich genutzte Flächen, Konversionsflächen, Flächen im räumlichen Zusammenhang mit größeren Gewerbegebieten oder großen Windkraftanlagen im Außenbereich sein. Denkbar sind auch Lärmschutzeinrichtungen, ehemalige Mülldeponien und aufgelassene Rohstoffabbaugebiete.

zu (3) und (4): Eine leistungsfähige Landwirtschaft ist zur Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln aus regionalem Anbau, zur Pflege der Kulturlandschaft und als regionaler Wirtschaftsfaktor unerlässlich. Gerade die höherwertigen landwirtschaftlichen Produktionsflächen für Lebensmittel stehen immer stärker unter Konkurrenzdruck durch Siedlungstätigkeit, Verkehrswegebau, Nutzung für Ausgleichsmaßnahmen und eben der Nutzung für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Dabei ist im Vergleich mit dem Flächenanspruch von Windkraftanlagen die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen sehr flächenintensiv und entzieht große Flächen der Zugänglichkeit und dem Anbau von Lebens- und Futtermittel. Zur Sicherung der Ackerbau betreibenden Betriebe in Ostwürttemberg und der Wahrung der im regionalen Vergleich guten landwirtschaftlichen Böden sollen Flächen, die gemäß Wirtschaftsfunktionskarte und Flächenbilanzkarte der Landwirtschaftsverwaltung als Vorangflur/-fläche Stufe 2 und höher eingestuft sind, nicht zur Errichtung von Photovoltaikanlagen genutzt werden, sondern Flächen der Kategorien Grenzflur/-fläche, bzw. Untergrenzflur/-fläche.

4.2.3 (G) Biogas und Biomasse

Standorte für Biogas- und Biomasseanlagen sind im Zusammenhang mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu fördern, um einen Beitrag zur Nutzung regenerativer Energien zu leisten. Auf eine möglichst vollständige Nutzung der anfallenden Abwärme ist besonders hinzuwirken.

Begründung zum Plansatz 4.2.3

Bei der Nutzung der Bioenergie zur Energiegewinnung muss auf die Sicherung der Lebensmittelversorgung, der Nahrungsmittel- sowie Futtermittelproduktion geachtet werden. Daher sollen vor allem Biomasse aus Tierhaltungsbetrieben wie Gülle oder Mist als Rohstoffe bevorzugt werden. Auf einen Import der Biomassen von außerhalb der Region soll verzichtet werden, sondern das innerhalb der Region anfallende Biomassematerial verwendet werden. Am effi-

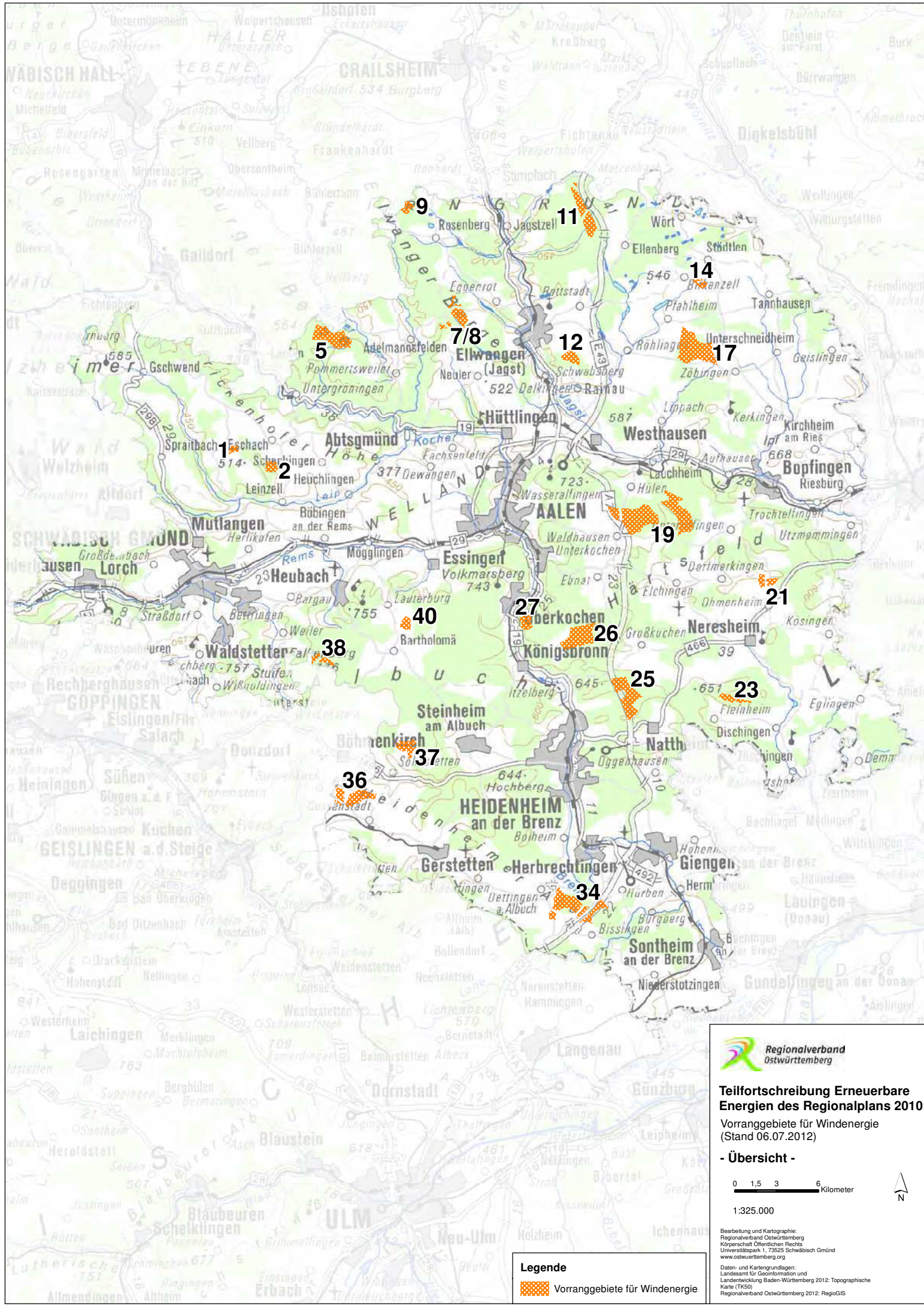
zientesten arbeiten Biomasseenergieanlagen in Kraft-Wärme-Koppelung. Daher ist auf eine weitgehende Nutzung der anfallenden Abwärme der Biomasseanlagen zu achten.

4.2.4 (G) Geothermie

In bestehenden oder neu zu errichtenden Gebäuden soll die Nutzung der Geothermie unter Berücksichtigung hydrogeologischer Fragestellungen und der Berücksichtigung der Belange des Grundwasserschutzes entsprechend der Fachgesetze besonders geprüft werden.

Begründung zum Plansatz 4.2.4

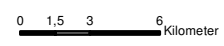
Sogenannte Tiefengeothermieprojekte gibt es bislang in der Region Ostwürttemberg nicht. Auch ist für die Nutzung der Tiefengeothermie sehr wenig Datenmaterial verfügbar. Außerdem bringt diese Nutzung einer erneuerbaren Energie unter Umständen ein hohes Gefährdungspotential mit sich. Aus diesen Gründen muss die Geothermie, insbesondere die Tiefengeothermie sehr verantwortlich behandelt werden.



Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans 2010


Vorranggebiete für Windenergie (Stand 06.07.2012)

- Übersicht -



1:325.000



Legende
 Vorranggebiete für Windenergie

Bearbeitung und Kartographie:
 Regionalverband Ostwürttemberg
 Körperschaft Öffentlichen Rechts
 Universitätspark 1, 73235 Schwäbisch Gmünd
 www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
 Landesamt für GeoInformation und
 Landesentwicklung Baden-Württemberg 2012; Topographische
 Karte (TK25)
 Regionalverband Ostwürttemberg 2012; RegioGIS

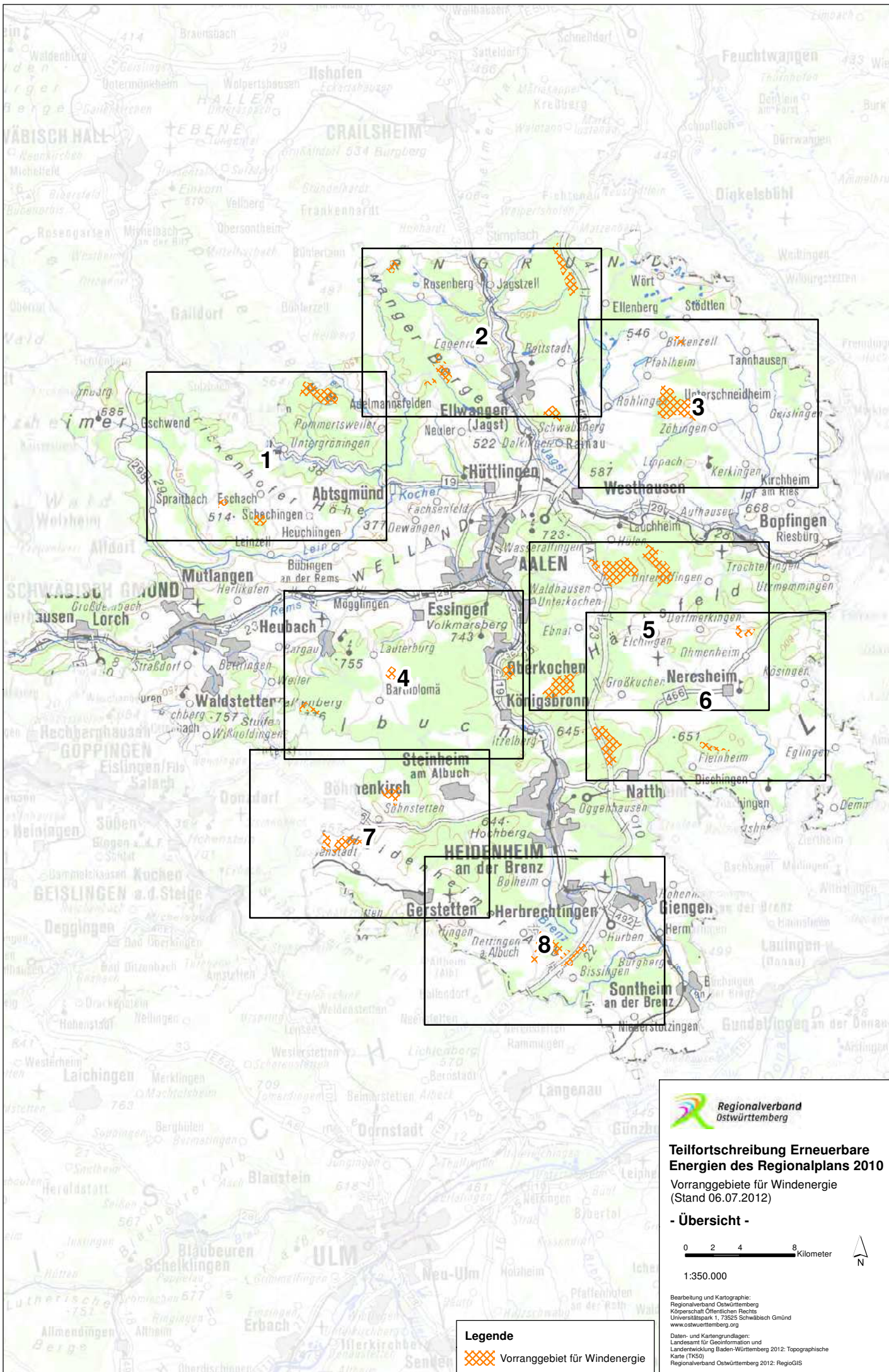
Entwurf der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans Ostwürttemberg


**zur Anhörung der Träger öffentlicher Belange
und der Öffentlichkeit gem. § 12 (2) LPlG**

Entspr. Beschluss der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg
vom 06.07.2012 zur Anhörung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit

Plangrafiken mit Vorranggebieten für Windenergie


**Hinweis für digitales Exemplar: Die Maßstäblichkeit von 1:50.000 ist nur bei einem Ausdruck auf
DIN A3 gegeben.**




Regionalverband Ostwürttemberg

Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans 2010
Vorranggebiete für Windenergie
 (Stand 06.07.2012)


- Übersicht -

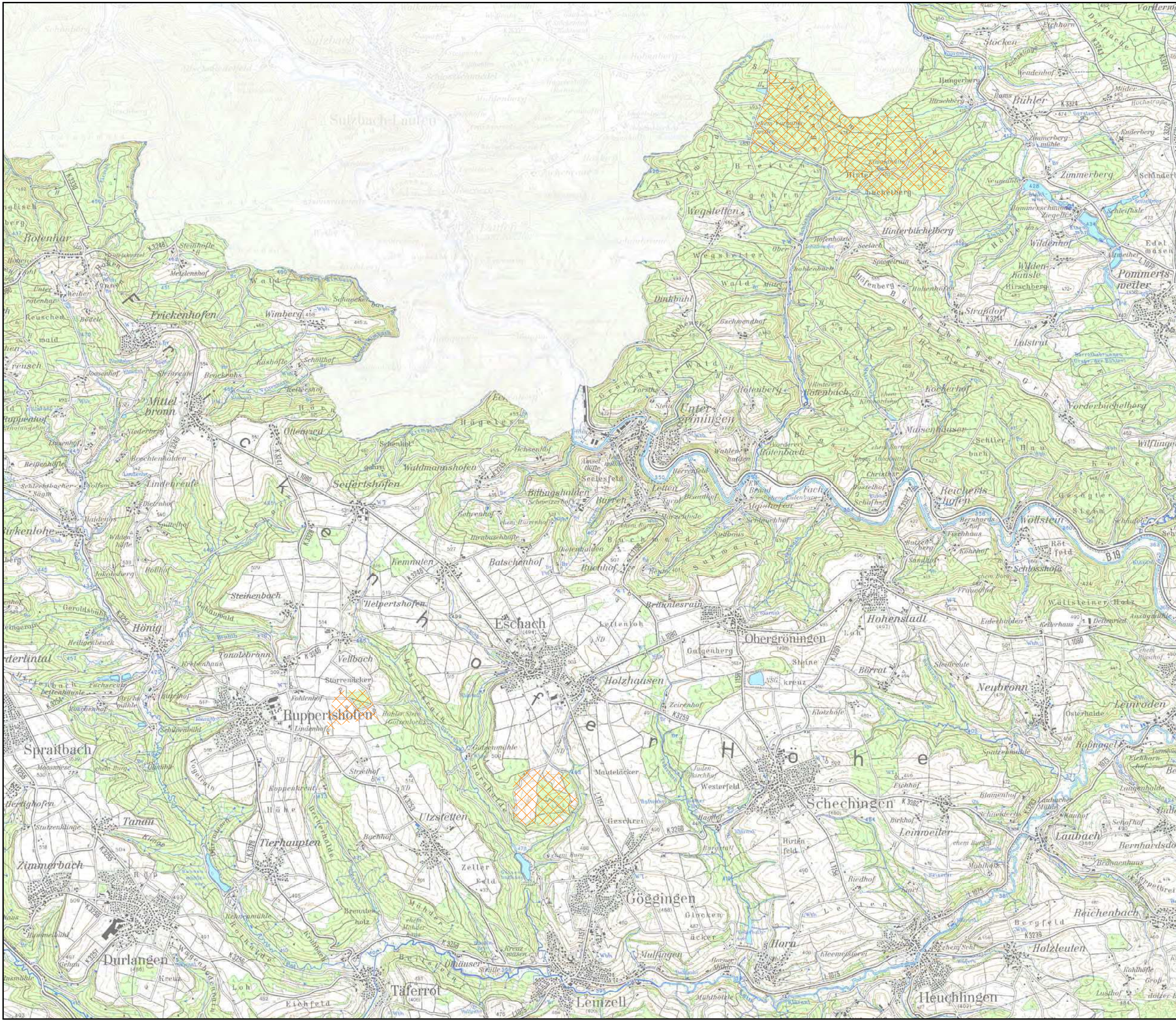
0 2 4 8 Kilometer 

1:350.000

Bearbeitung und Kartographie:
 Regionalverband Ostwürttemberg
 Körperschaft Öffentlichen Rechts
 Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
 www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartgrundlagen:
 Landesamt für Geoinformation und
 Landentwicklung Baden-Württemberg 2012; Topographische
 Karte (TK50)
 Regionalverband Ostwürttemberg 2012; RegioGIS

Legende
 Vorranggebiet für Windenergie



Legende

 Vorranggebiet für Windenergie



Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans 2010 - Ausschnitt 1 -

Plangrafik mit Vorranggebieten für Windenergie (Stand 06.07.2012)

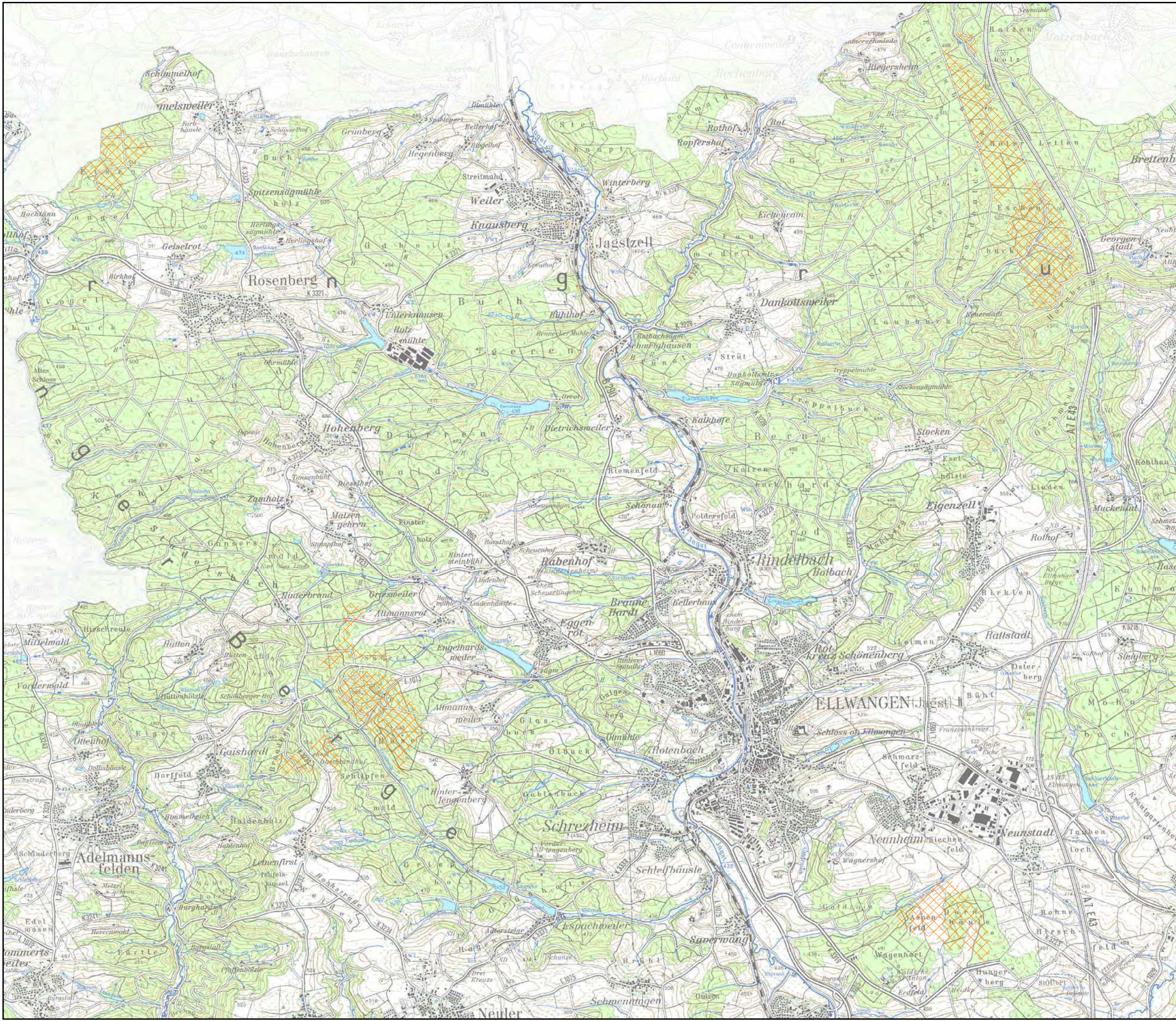


1:50.000


Bearbeitung und Kartographie:
 Regionalverband Ostwürttemberg
 Körperschaft Öffentlichen Rechts
 Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
 www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
 Landesamt für Geoinformation und
 Landentwicklung Baden-Württemberg 2012: Topographische
 Karte (TK50)
 Regionalverband Ostwürttemberg 2012: RegioGIS





Legende

 Vorranggebiet für Windenergie



**Teilfortschreibung Erneuerbare Energien
des Regionalplans 2010
- Ausschnitt 2 -**

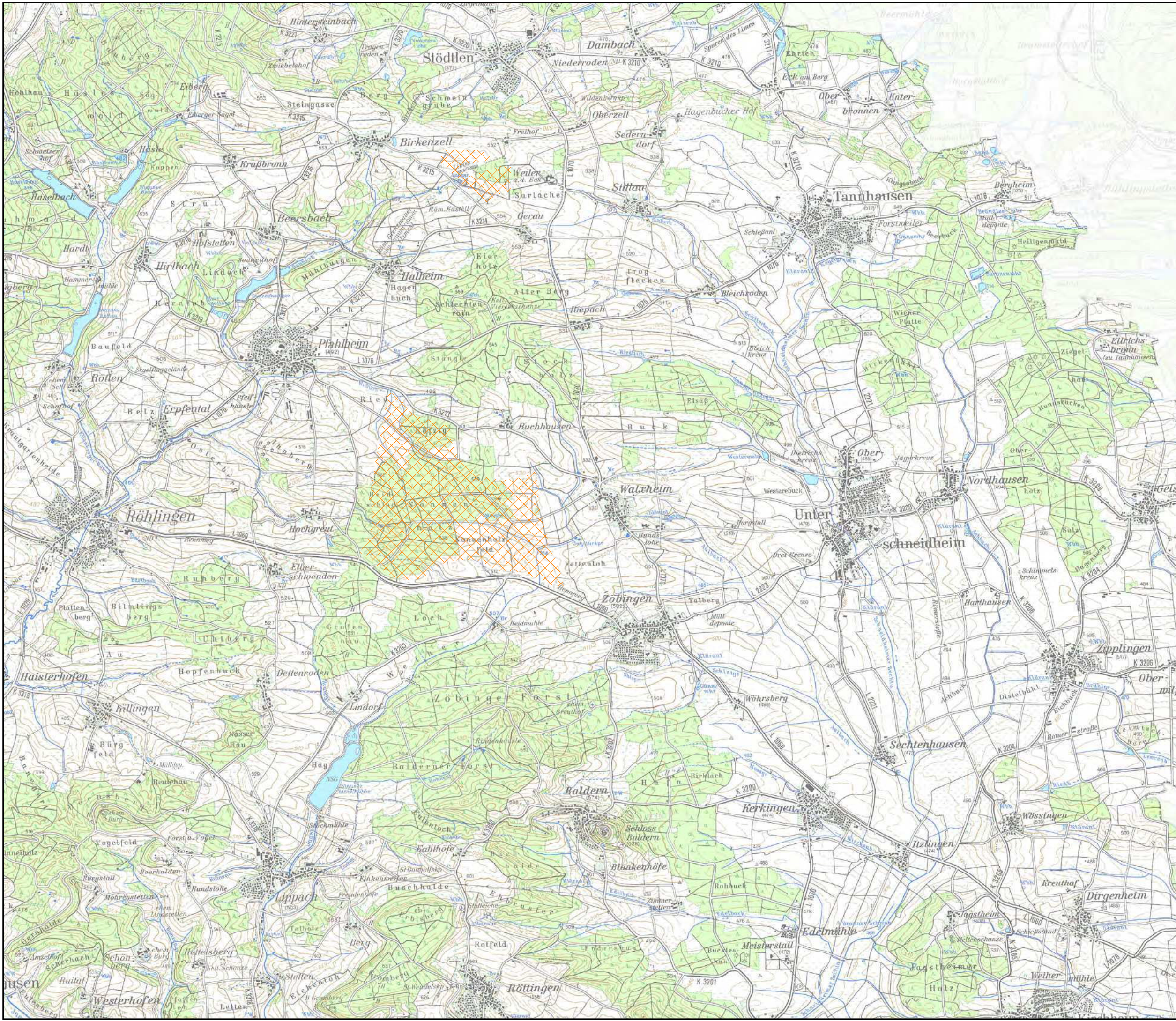
**Plangrafik mit Vorranggebieten für
Windenergie
(Stand 06.07.2012)**



1:50.000

Bearbeitung und Kartographie:
Regionalverband Ostwürttemberg
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
Landesamt für Geoinformation und
Landentwicklung Baden-Württemberg 2012: Topographische
Karte (TK50)
Regionalverband Ostwürttemberg 2012: RegioGIS



Legende

 Vorranggebiet für Windenergie



Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans 2010 - Ausschnitt 3 -

Plangrafik mit Vorranggebieten für Windenergie (Stand 06.07.2012)

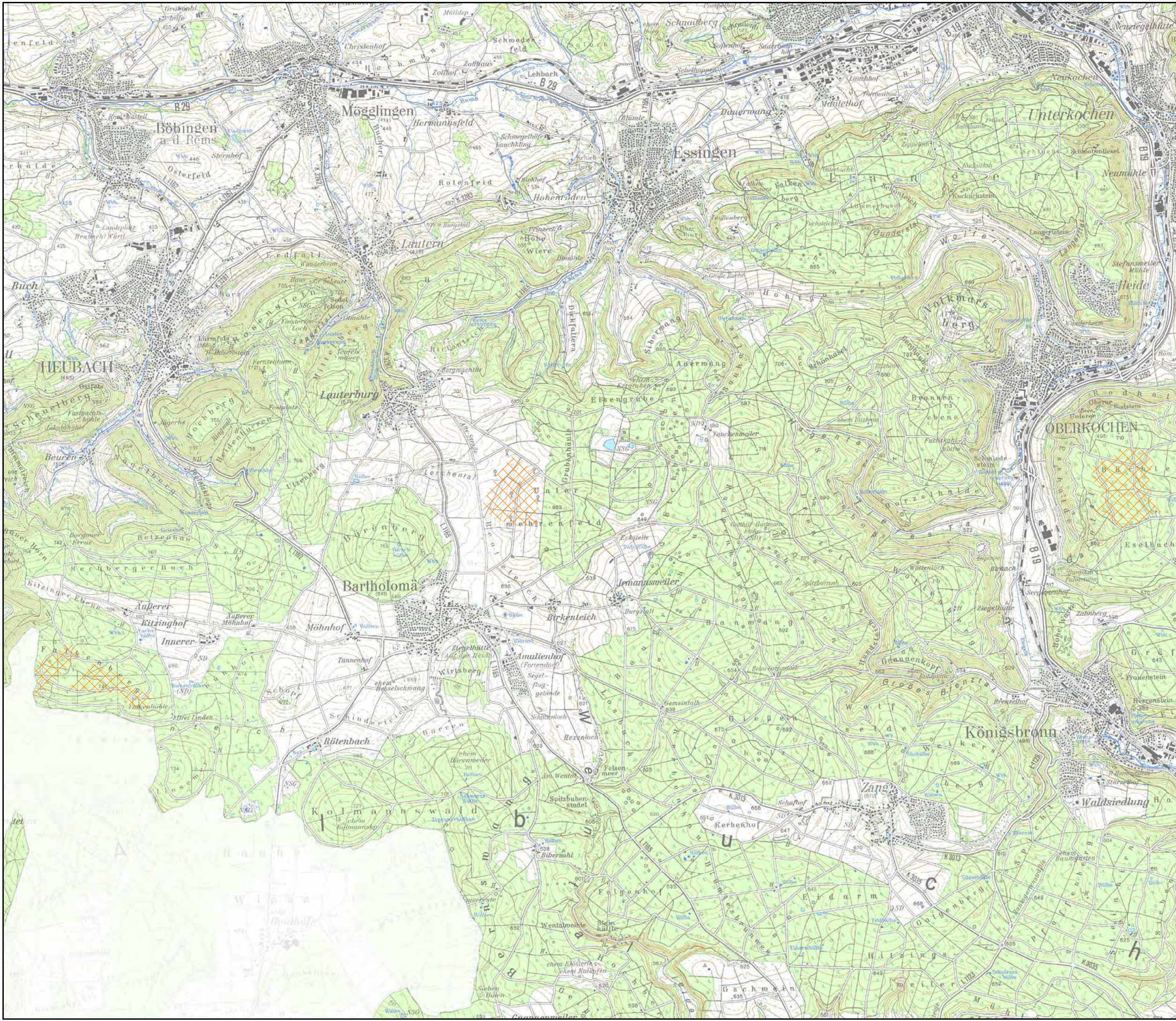


1:50.000




Bearbeitung und Kartographie:
 Regionalverband Ostwürttemberg
 Körperschaft Öffentlichen Rechts
 Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
 www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
 Landesamt für Geoinformation und
 Landentwicklung Baden-Württemberg 2012: Topographische
 Karte (TK50)
 Regionalverband Ostwürttemberg 2012: RegioGIS



Legende

 Vorranggebiet für Windenergie



**Teilfortschreibung Erneuerbare Energien
des Regionalplans 2010
- Ausschnitt 4 -**

**Plangrafik mit Vorranggebieten für
Windenergie
(Stand 06.07.2012)**

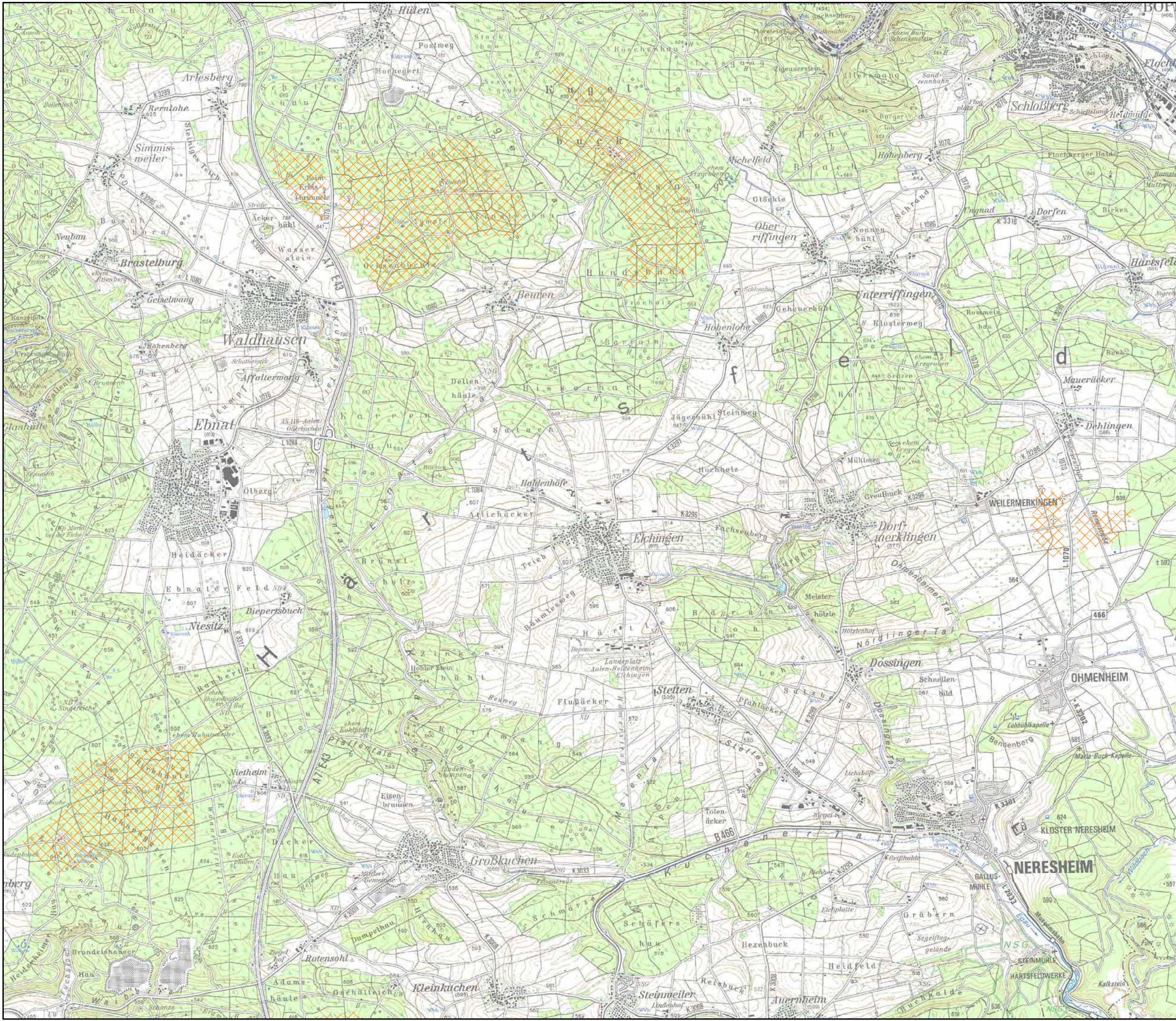


1:50.000



Bearbeitung und Kartographie:
Regionalverband Ostwürttemberg
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
Landesamt für Geoinformation und
Landentwicklung Baden-Württemberg 2012: Topographische
Karte (TK50)
Regionalverband Ostwürttemberg 2012: RegioGIS



Legende

 Vorranggebiet für Windenergie



Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans 2010 - Ausschnitt 5 -

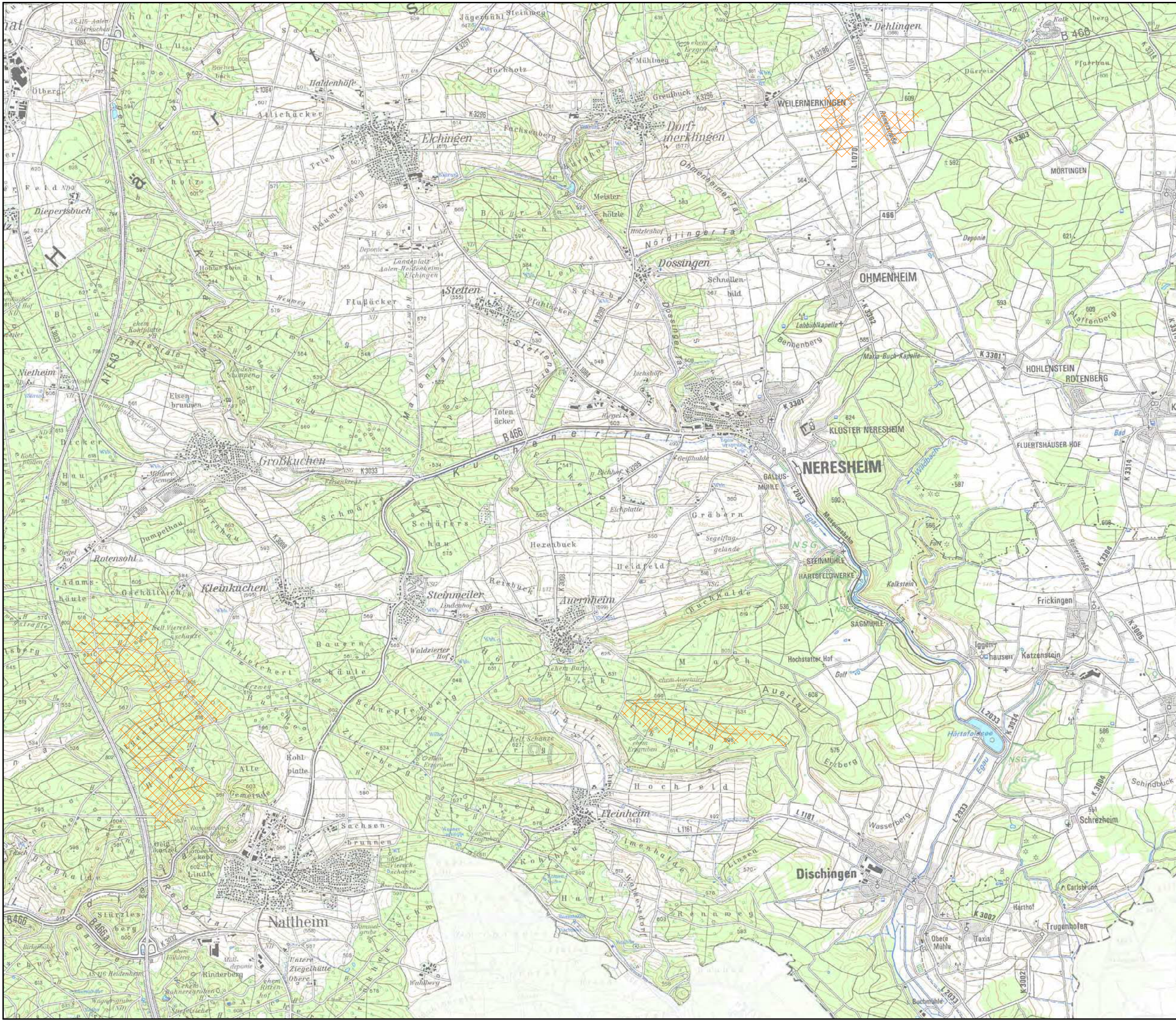
Plangrafik mit Vorranggebieten für Windenergie (Stand 06.07.2012)

0 0,5 1 2 Kilometer 

1:50.000

Bearbeitung und Kartographie:
Regionalverband Ostwürttemberg
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartgrundlagen:
Landesamt für Geoinformation und
Landentwicklung Baden-Württemberg 2012: Topographische
Karte (TK50)
Regionalverband Ostwürttemberg 2012: RegioGIS



Legende

 Vorranggebiet für Windenergie



**Teilfortschreibung Erneuerbare Energien
des Regionalplans 2010
- Ausschnitt 6 -**

**Plangrafik mit Vorranggebieten für
Windenergie
(Stand 06.07.2012)**

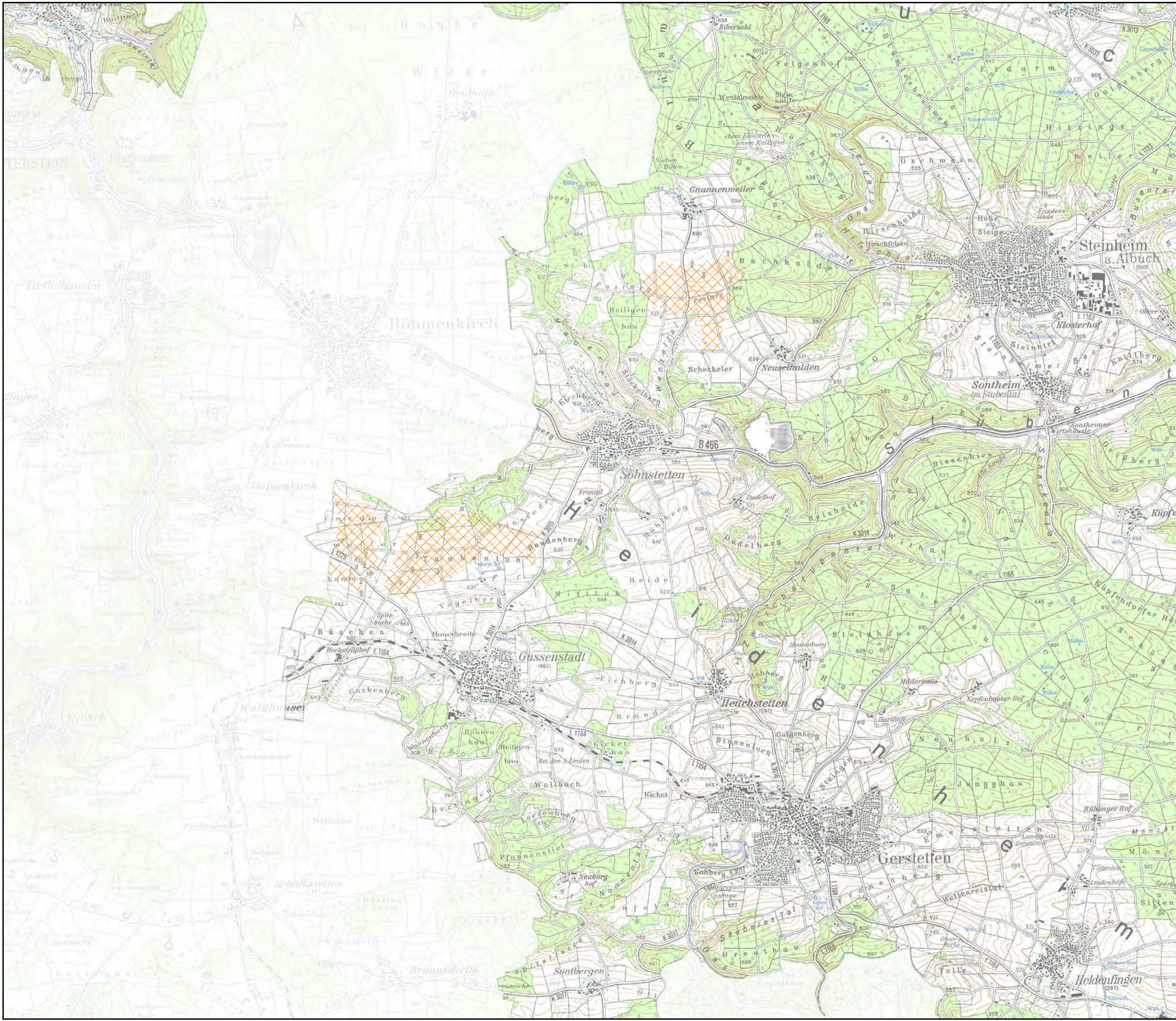


1:50.000




Bearbeitung und Kartographie:
Regionalverband Ostwürttemberg
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
Landesamt für Geoinformation und
Landentwicklung Baden-Württemberg 2012: Topographische
Karte (TK50)
Regionalverband Ostwürttemberg 2012: RegioGIS



Legende

 Vorranggebiet für Windenergie



Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans 2010 - Ausschnitt 7 -

Plangrafik mit Vorranggebieten für Windenergie (Stand 06.07.2012)

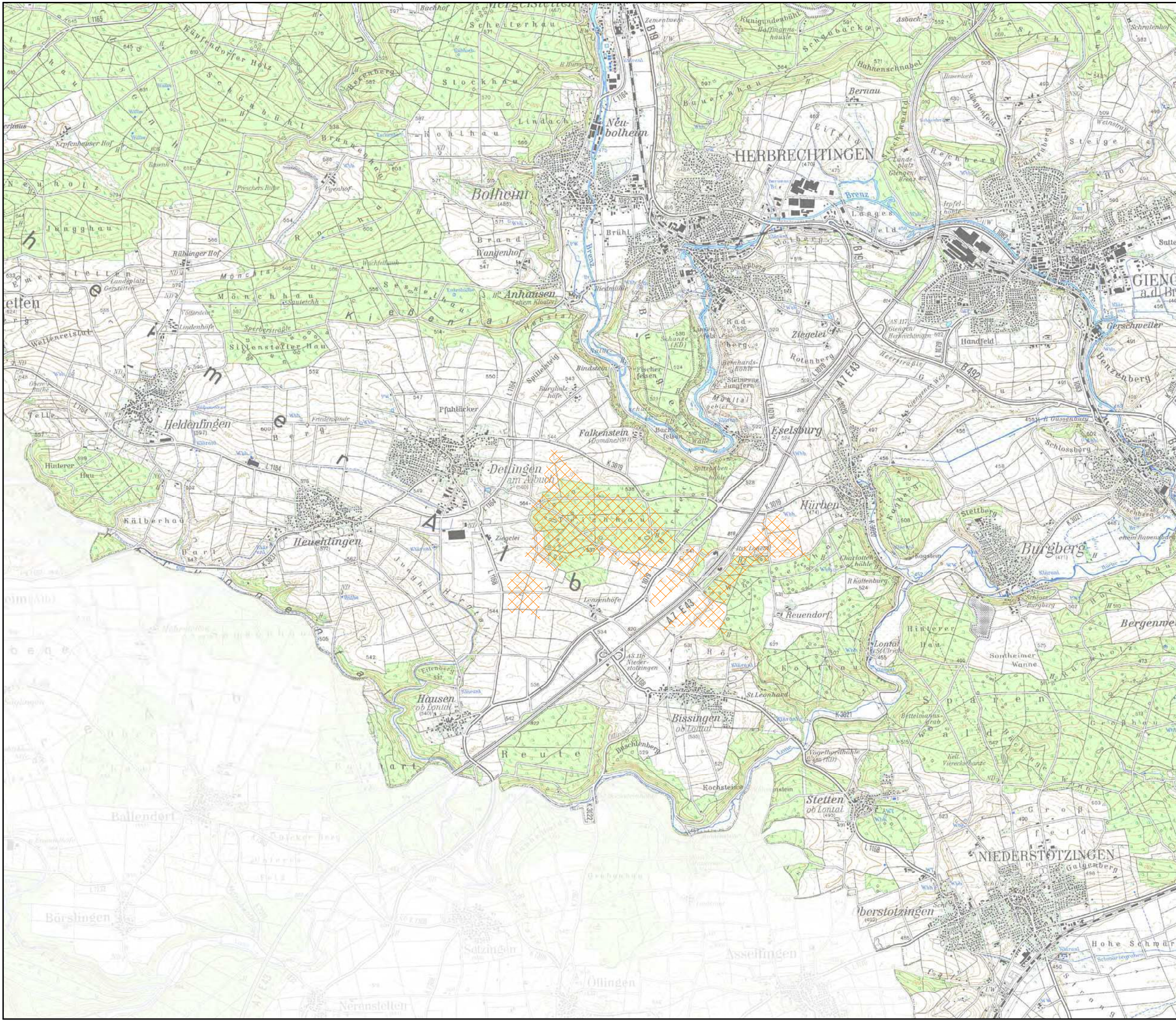


1:50.000




Bearbeitung und Kartographie:
 Regionalverband Ostwürttemberg
 Körperschaft Öffentlichen Rechts
 Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
 www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartgrundlagen:
 Landesamt für Geoinformation und
 Landentwicklung Baden-Württemberg 2012: Topographische
 Karte (TK50)
 Regionalverband Ostwürttemberg 2012: RegioGIS



Legende

 Vorranggebiet für Windenergie



**Teilfortschreibung Erneuerbare Energien
des Regionalplans 2010
- Ausschnitt 8 -**

**Plangrafik mit Vorranggebieten für
Windenergie
(Stand 06.07.2012)**



1:50.000



Bearbeitung und Kartographie:
Regionalverband Ostwürttemberg
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Universitätspark 1, 73525 Schwäbisch Gmünd
www.ostwuerttemberg.org

Daten- und Kartengrundlagen:
Landesamt für Geoinformation und
Landentwicklung Baden-Württemberg 2012: Topographische
Karte (TK50)
Regionalverband Ostwürttemberg 2012: RegioGIS